
DUDEN
Deutschland
Alles, was man wissen muss

Duden

Deutschland

Alles, was man wissen muss

Duden

Deutschland

Alles, was man wissen muss

Dudenverlag
Berlin

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbiografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Bibliographisches Institut GmbH, Mecklenburgische Straße 53, 14197 Berlin

Redaktionelle Leitung Iris Glahn
Redaktion Guido Huß, Frank Müller, red.sign GbR
Autor(inn)en Giovanni Brullo, Simone Harland, Michael Horst, Roland Knauer, Rita Mielke, Holger Sonnabend, Frank Überall, Kerstin Viering

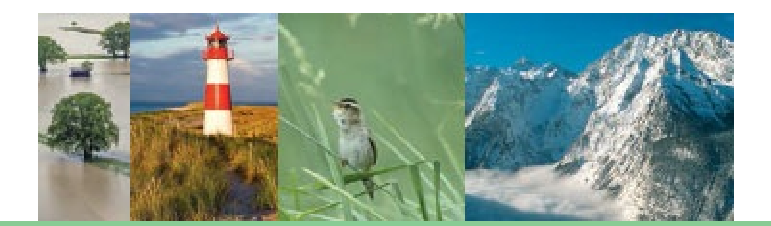
Herstellung Maike Häßler
Layout Anette Vogt, red.sign GbR
Bildredaktion Anja Schlatterer, red.sign GbR
Umschlaggestaltung Büroecco, Augsburg
Umschlagabbildung iStockphoto, picstodisc, nicoolay, kontrast-fotodesign, TommL, Gyusko, Nikada
Satz Susanne Junker, red.sign GbR, Alexanderstraße 171, 70180 Stuttgart

ISBN 978-3-411-74852-5 (Buch)
ISBN 978-3-411-91119-6 (E-Book)
www.duden.de

Inhalt

Natur & Umwelt

Wattenmeer, Sandstrände und flaches Land im Norden, Hügel und Berge unter dichten Wäldern, durch die sich wie Lebensadern Flüsse winden, in der Mitte sowie große Seen und dahinter ein Hochgebirge im Süden: Diese Fülle sehr unterschiedlicher Landschaften – das ist Deutschland.



Unser Naturerbe

Ohne die Natur könnten wir nicht leben. Unser Verhalten ihr gegenüber entspricht dieser Einsicht jedoch oft nicht. Deutschland ist ein Mosaik aus verschiedenen Landschaften und Naturräumen, in denen eine Vielzahl von Arten lebt, die es zu schützen und zu erhalten gilt. Die Wiedervereinigung hat für einen nachhaltigen Umgang mit der Natur große Chancen eröffnet.

Landschaften

Deutschland erstreckt sich in Nord-Süd-Richtung über 874 km (Ellenbogen auf Sylt bis Haldenwanger Eck bei Oberstdorf) und in West-Ost-Richtung über 636 km (Isenbruch, Kreis Heinsberg, bis Neißeaue/Neißetal); insgesamt ist es 357 000 km^2 groß. Im Norden ist die Landschaft von Nordund Ostsee geprägt. Die Nordsee im Nordwesten ist zwar kein Ozean, aber immerhin ein Randmeer des zweitgrößten Weltmeers Atlantik. Die Ostsee im Nordosten ist dagegen ein typisches Binnenmeer, das mit den Förden sogar Miniaturausgaben der Fjorde Skandinaviens besitzt.

Deutschlands Landschaften sind meist flach, nur in wenigen Regionen ragen nennenswerte Hügel auf. Erst weit im Binnenland gibt es richtige Berge, die abgesehen vom

Harz, der ein wenig isoliert in die norddeutsche Tiefebene hineinragt, tendenziell umso höher werden, je weiter man nach Süden kommt. Aber auch der Schwarzwald bleibt mit dem 1493 m über den Meeresspiegel aufragenden Feldberg noch ein typisches Mittelgebirge. Erst an der südlichen Grenze hat das Land dann noch einen kleinen Anteil an einem Hochgebirge, den Alpen.

Wälder

Deutschland gehört zu den waldreichsten Ländern der Europäischen Union: Auf rund 11,4 Mio. ha wachsen Forste, was einem knappen Drittel der Gesamtfläche entspricht. Von den natürlichen Voraussetzungen her müsste jedoch fast ganz Deutschland von dichten Wäldern bedeckt sein. Nur in den Gipfelregionen der höchsten Mittelgebirge wie Schwarzwald, Erzgebirge und Harz, in den Hochlagen der Alpen sowie in Moorgebieten sollten keine geschlossenen Wälder stehen. Und dort, wo heute Wälder noch wachsen, unterscheiden sie sich meistens grundlegend von der ursprünglichen Vegetation.

Die Ursache dafür sind die Menschen, die hier leben. So begannen vor 7500 Jahren die ersten Bauern in den Mittelgebirgen und vor 6000 Jahren in der norddeutschen Tiefebene die Urwälder zu roden, die damals fast das gesamte Land bedeckten, um Ackerbau zu betreiben. Im Lauf der Jahrtausende verschwanden so die einstigen Buchenwälder, in denen auch viele andere Arten wuchsen. Die letzten Reste wurden später in Wirtschaftswälder verwandelt, in denen nur noch die Bäume wachsen durften, für die der Eigentümer eine Verwendung hatte.

Bereits im Mittelalter und bis weit ins 19. Jh. hinein

wurden auch die meisten Moore trockengelegt, um sie anderweitig zu nutzen. Von der ursprünglichen Vegetation ist in Deutschland daher bis auf winzige Reste praktisch nichts mehr übrig geblieben.

Industrialisierung

Vor allem im 19. und 20. Jh. führten zwei weitere Faktoren zu Veränderungen der Natur: Die starke Industrialisierung belastete Luft, Gewässer und Böden mit vielen Schadstoffen. Gleichzeitig explodierten die Zuwachsraten der Bevölkerungszahlen, sodass die Menschen zum Leben und Arbeiten sowie für den Verkehr immer größere Flächen kultivierten und bebauten.

Flächenverbrauch

Während die Belastung durch Schadstoffe vor allem durch technische Maßnahmen in den letzten Jahrzehnten des 20. Jh. stark reduziert wurde, geht der Flächenverbrauch erst seit Beginn des 21. Jh. sichtbar zurück: Wurden im Jahr 2000 nach Angaben des Umweltbundesamts jeden Tag noch 129 ha für Gebäude und Straßen unter Beton begraben, waren das 2013 nach Angaben des Naturschutzbunds Deutschland (NABU) nur noch 74 ha. Die Tendenz ist auch jetzt noch fallend, der Flächenverbrauch geht weiter zurück.

Gleichzeitig erobert sich auf wenigen, meist eher kleinen Flächen, die Natur verlorenes Terrain wieder zurück und auch ausgerottete Arten wie Wölfe und Luchse besiedeln langsam wieder ihre alte Heimat. Diese Entwicklung wurde nicht zuletzt vom Ende des Kalten Krieges und der Wiedervereinigung Deutschlands begünstigt: Auf weiten Teilen des ehemaligen innerdeutschen Grenzstreifens,

heute Grünes Band genannt, sowie auf zahlreichen zuvor militärisch genutzten Flächen hat die Natur das Kommando wieder übernommen.

Klima

Vom Wetter – und seinen Kapriolen

In Deutschland herrscht ein gemäßigtes Klima. Damit liegt das Land zwischen dem maritimen Klima Westeuropas und dem Kontinentalklima Osteuropas. Trotz des Attributs „gemäßigt“ verursachen Starkregen und schwere Stürme immer wieder katastrophale Schäden.



„Jahrhunderthochwasser“ im Juni 2013: die überflutete Halbinsel Feldwies am Chiemsee

Deutschland liegt in den gemäßigten Breiten zwischen den Subtropen und der subpolaren Zone. Das Klima in Deutschland ist also von einem

eindeutigen Jahreszeitenwechsel mit unterschiedlichen Temperaturen und Niederschlägen geprägt.

Temperaturen

Charakteristisch für Deutschland sind Temperaturen von über 30 °C im Sommer, im Winter unterschreiten sie oftmals den Gefrierpunkt. Auch in den verschiedenen Landschaften Deutschlands ist das Klima recht variabel. So sinken die Temperaturen normalerweise um etwa 6 °C, wenn man 1000 m höher steigt: Während die Jahresmitteltemperatur auf der 2962 m hoch gelegenen Zugspitze bei -3,7 °C liegt, beträgt sie im nur 11 m hoch gelegenen Oldenburg 9,5 °C.

Neben der Abhängigkeit von der Geländehöhe ist auch die Entfernung zur Küste ein entscheidender Faktor für die Temperaturen. Denn mit ihrer Funktion als Temperaturspeicher mildern die großen Wassermassen von Nord- und Ostsee die Temperaturschwankungen zwischen den Jahreszeiten in den angrenzenden Regionen, wobei dieser Effekt zumindest im Norden bis weit nach Deutschland reicht. Andererseits strahlen auch die schroffen Temperaturgegensätze Zentralasiens bis nach Deutschland und sorgen vor allem im Osten für deutlich eisigere Wintertemperaturen. Das mildeste Klima in Deutschland hat über das ganze Jahr hinweg der Oberrheingraben.

Niederschläge

Auch die Niederschläge unterscheiden sich in den verschiedenen Regionen zum Teil deutlich. In relativer Meeresnähe (z.B. Köln: ca. 800 l/m^2) und an den Westhängen der Gebirge liegen sie deutlich höher als landeinwärts (z. B. Berlin: ca. 600 l/m^2). Die größten Niederschlagsmengen gibt es in der Regel im Herbst.

Naturkatastrophen

In Deutschland gibt es viele Naturkatastrophen mit oft immensen Schäden. In der Folge muss die Versicherungswirtschaft häufig

Milliardenbeträge auszahlen.

Hochwasser

- Die legendäre Sturmflut an der Unterelbe im Jahr 1962, bei der sich die vorhandenen Deiche als zu niedrig erwiesen, richtete enorme Schäden an. 347 Menschen kamen ums Leben.
- Im Juni 1965 lösten schwere Regenfälle in Süddeutschland ein Hochwasser aus. In Passau erreichte der Pegelstand der Donau 5 m über dem Normalstand. 21 Todesopfer waren zu beklagen.
- Im Juli 1997 erlebte der Osten Deutschlands mit dem Oderhochwasser eine extreme Flut. In den Nachbarländern Polen und Tschechien kamen dabei 114 Menschen ums Leben.
- Im August 2002 rollte nach schweren Regenfällen ein Hochwasser von Tschechien und der sächsischen Erzgebirgsregion bis weit nach Niedersachsen hinein. Zahlreiche Dämme brachen, mehr als 20 Menschen starben.
- Bei der Hochwasserkatastrophe im Juni 2013 stiegen die Pegelstände von der Donau bis zur Elbe erneut auf extreme Werte.

Wetterextreme

Art	Einheit	Datum	Ort
Höchste Temperatur	40,2 °C	27. 07. 1983	Gärmersdorf
		09. 08. 2003	Karlsruhe
		11. 08. 2003	Karlsruhe
		11. 08. 2003	Freiburg
Niedrigste Temp.	-37,8 °C	12. 02. 1929	Wolnzach
Stärkster Niederschlag in 24 Stunden	312 l/m^2	12. 08. 2002	Zinnwald
Höchste Schneedecke	830 cm	02. 04. 1944	Zugspitze
Stärkste Windböe	335 km/h	12. 06. 1985	Zugspitze

Jahresmitteltemperaturen zwischen 1981 und 2010 (Deutscher Wetterdienst)

Ort	Höhe über dem Meer	Temperatur
Schneefernerhaus/Zugspitze	2650 m	-3,7 °C
Messstetten/Baden-Württ.	920 m	6,6 °C
Nuerburg-Barweiler/Rh.-Pf.	485 m	8,2 °C
Oldenburg/Niedersachsen	11 m	9,5 °C

Sturm

■ Am 26. Dezember 1999 tobte Orkan „Lothar“ mit Spitzengeschwindigkeit von 272 km/h über den Süden Deutschlands. Dort verloren dabei 13 Menschen ihr Leben.

■ Am 18. Januar 2007 suchte Orkan „Kyrill“ mit Spitzengeschwindigkeit von 200 km/h Mitteleuropa heim. In Deutschland waren 13 Todesopfer zu beklagen.

„Nehmen Sie Ihre Wertsachen und eine Decke, und begeben Sie sich in die vorgesehenen Unterkünfte.“

Polizeidurchsage im Juli 2013 im sächsischen Pirna

Landschaften

Die Nordsee und ihre Küsten

Hoch oben im Norden liegt das Tor zur Welt, die Nordsee. Sie ist nicht nur für Deutschland, sondern für große Teile Mittel- und Nordeuropas der wichtigste Zugang zu den Weltmeeren.

Aus Sicht eines Geografen ist die Nordsee trotz ihrer enormen Bedeutung als Verkehrsweg Richtung Amerika, Afrika und Asien nur ein Randmeer des Atlantiks: Im Westen verbindet der Ärmelkanal die Nordsee mit dem Atlantischen Ozean, im Osten führt der Skagerrak zur Ostsee, im Norden bildet sie den Übergang zum Europäischen Nordmeer. In diesem nördlichen Bereich hat sie Tiefen zwischen meist 100 und 200 m, im Süden wird sie zusehends flacher.

→ **Eiszeit** Eine Jahrhunderte oder Jahrtausende anhaltende Phase der Erdgeschichte, in der es deutlich kühler ist und es zu einer enormen Ausbreitung von Gletschern kommt

Deutsche Bucht

Der Nordseebereich zwischen dem dänischen Festland, der deutschen und niederländischen Küste und der zum Teil nur 13 m unter dem Wasserspiegel liegenden Doggerbank, die rund 100 km östlich der englischen Küste liegt, wird Deutsche Bucht genannt. Als einzige Insel in größerer Entfernung zum Festland liegt hier Helgoland.

Neben Helgoland gehören auch die Nordfriesischen Inseln vor der

Westküste Schleswig-Holsteins und die ostfriesischen Inseln vor der Nordküste Niedersachsens zur Deutschen Bucht. Obwohl sie alle von Wind, Wellen und Strömungen geformt wurden, ist ihre jeweilige Entstehungsgeschichte doch gänzlich unterschiedlich.

Helgoland

Mehr als 40 km vom Festland entfernt ragt die Insel Helgoland aus der Nordsee. Der Buntsandstein dort ist härter als die nach der letzten Eiszeit abgelagerten Sedimente und Sande der Umgebung. Mit der Zeit trugen Sturmfluten den weichen Untergrund ab und ließen nur die heutige gerade einmal 1 km^2 große Insel übrig, deren höchster Punkt 61,3 m über dem Meeresspiegel liegt. In ihrem östlichen Windschatten liegt die 0,7 km^2 große Nebeninsel Düne, die aus einem kleinen Rest dieser einstigen Sande besteht. Auch heute noch verändern Wind, Wellen und Witterung die Küsten der beiden Inseln, die bis 1721 noch miteinander verbunden waren.



Die „Lange Anna“ auf **Helgoland** ist ein einzelner Felsen an der Nordwestspitze der Insel. Er gilt

als einsturzgefährdet.

Nordfriesische Inseln

Die Nordfriesischen Inseln waren einst Teil des Festlands an der Westküste des heutigen Schleswig-Holstein und Dänemark. Der hier in der letzten Eiszeit abgelagerte Sand, die sogenannte Geest, wurde aber im Lauf der Jahrhunderte vor allem durch schwere Sturmfluten, die aus westlichen Richtungen kamen, abgetragen. Dabei wurde die Küste enorm verändert, bisweilen wurden auch Geestrücken vom Festland abgetrennt. Diese Inseln waren oft nur durch schmale Arme der Nordsee vom Festland getrennt, bis Mitte Januar 1362 eine Sturmflut ungeahnten Ausmaßes binnen drei Tagen die Küste völlig veränderte. Durch die Fluten entstand damals die mehr als 200 km^2 große Insel Strand, die durch breite Meeresarme vom Festland getrennt war.

Die Nordfriesischen Inseln (bewohnt)

Name	Größe/km^2	Einwohner
sylt[1)]	99,14	21 000
Föhr	82,82	8600
Nordstrand[2)]	48,6	2300
Pellworm	37,44	1200
Amrum	20,46	2200

[1)] über den Hindenburg-Damm mit dem Festland verbunden
[2)] seit 1987 Halbinsel

Am 11. und 12.10.1634 peitschte ein Nordwest-Orkan zwei Tage lang eine verheerende Sturmflut gegen Nordfriesland. Dabei wurde die keine drei Jahrhunderte zuvor entstandene Insel Strand in die drei Inseln Pellworm, Nordstrandischmoor und Nordstrand zerrissen.



Die bekannteste Nordseeinsel ist **Sylt** (im Bild der Leuchtturm auf den Dünen an der Nordspitze der Insel). Sie verliert jährlich etwa 1 Mio. m^3 Sand, der mithilfe von Baggerschiffen ersetzt wird.

Ostfriesische Inseln

Ganz anders entstanden die Ostfriesischen Inseln, die sich vor der Nordküste Niedersachsens 90 km entlangziehen. Sie haben keinen Geestkern und sind im Grunde nichts anderes als Sandbänke, auf denen der Sand im Lauf der Jahrhunderte zu oft erstaunlich hohen Dünen angeweht wurde.

→ **Sturmflut** Ein außergewöhnlich hoher Wasserstand des Meeres, der durch

auflandigen Sturm vor allem in Buchten, Flussmündungen und an Flachküsten erzeugt wird

Die Ostfriesischen Inseln (bewohnt)

Name	Größe/km2	Einwohner
Borkum	30,97	5130
Norderney	26,29	5820
Langeoog	19,67	1690
Spiekeroog	18,25	760
Juist	16,43	1660
Wangerooge	7,94	1270
Baltrum	6,50	550

SCHLAGZEILE

Ein Turm wandert

Die Bewohner von Wangerooge bauten 1602 einen Turm weit im Osten der Insel. Als der 1860 durch eine Sturmflut schwer beschädigte und seit 1900 im Wasser stehende Turm 1914 gesprengt wurde, geschah dies allerdings nicht vor der Ostküste, an der er gebaut wurde, sondern vor der Westküste – Wangerooge war in drei Jahrhunderten um eine Insellänge weiter gewandert.

Sandbänke sind allerdings keine starren Gebilde, sondern verändern ihre Form laufend. Genau das passiert auch vor der Küste Niedersachsens. Die meist aus West oder Nordwest wehenden Winde und Sturmfluten schwemmen im Westen der Inseln Land weg und lagern es im Osten wieder an. Von der heute 8,5 km langen Insel Wangerooge verschwanden z. B. vom 17. bis zum 19. Jh. im Westen rund 2 km Land, während im Osten zur gleichen Zeit 4 km dazukamen. Die Insel wandert also nach Osten. Seit dem 19. Jh. fixieren Deiche, Steinwälle und andere

Bauten zumindest das Innere von Wangerooge und allen anderen bewohnten Ostfriesischen Inseln. Die Strände aber werden weiterhin von den Fluten heimgesucht.

Um die westlichen Strände und ihre Inseldörfer zu retten, wird jedes Frühjahr ein enormer Aufwand getrieben und neuer Sand aufgeschüttet. Hierbei handelt es sich um Sand, der sich entweder im Osten abgelagert hat und mit Radladern wieder zurückgebracht wird oder der mit Baggerschiffen vom Grund der Nordsee gefördert wird.

Wattenmeer

Ein Watt entsteht nur in einem relativ flachen Meeresgebiet mit starken Gezeiten wie der Deutschen Bucht. Dort fallen im Rhythmus von Ebbe und Flut oft viele Kilometer breite Küstenstreifen zweimal am Tag trocken und werden genauso oft wieder überflutet. Dabei entstehen starke Strömungen. Diese wiederum reißen an einigen Stellen viel Material weg, das sie an anderen Stellen wieder deponieren.

Auf den ersten Blick wirkt das Wattenmeer allerdings fast langweilig: Bei Hochwasser dehnt sich eine endlose Wasserfläche bis zum Horizont, die sich gut sechs Stunden später bei Niedrigwasser in eine ebenso endlos wirkende braune Schlammfläche verwandelt. Dann strömt das Wasser gurgelnd in schmalen Rinnen, den Prielen, in Richtung Nordsee. Muscheln graben sich in den Schlamm und verbergen sich so vor ihren Feinden.

Leben im Watt

Die Lebensbedingungen im Watt scheinen also alles andere als ideal: Im Sommer kann sich das Watt stellenweise auf über 40 °C aufheizen und im Winter auf etliche Frostgrade abkühlen. Die Nordsee liefert obendrein so viel Salz, dass nur wenige Spezialisten mit diesen extremen Bedingungen im ständigen Wechsel zwischen Schlamm und Überflutung leben können. Diese aber kommen in riesigen Mengen vor. 50 000 Wattschnecken und Tausende von Schlickkrebsen auf 1 m^2 sind keine Seltenheit. Kaum ein

Fleck im Watt ist nicht von den Kothaufen der Wattwürmer bedeckt. Muscheln stecken tief im feuchten Untergrund und weiden z. B. mit langen Schnorcheln Kieselalgen ab. 250 Herzmuscheln teilen sich mancherorts einen einzigen Quadratmeter Watt. Mehr Leben auf einem Quadratmeter kommt kaum in einem anderen Gebiet der Erde vor.

Die Muscheln und Schnecken, Wattwürmer und Krebse wiederum füttern jedes Jahr rund 10 Mio. Zugvögel: Gänse, Enten, Watvögel und einige Singvögel rasten auf ihrer langen Reise zwischen ihrem Winterdomizil im Süden und ihrem Zuhause im Norden hier im Wattenmeer.

Zu den Durchreisenden kommen noch 1 Mio. Austernfischer, Silbermöwen, Seeschwalben, Säbelschnäbler und andere Vögel, die im Wattenmeer ihren Nachwuchs groß ziehen.

Weltnaturerbe Wattenmeer

2009 erkannte die UNESCO das Wattenmeer als Weltnaturerbe an. Das ist das höchste Prädikat, mit dem auf der Erde eine Naturlandschaft ausgezeichnet werden kann. 2014 wurden die noch fehlenden Wattenmeergebiete in Dänemark und kleinere Flächen vor der Küste von Niedersachsen ergänzt. Inzwischen sind daher 11 500 km^2 Wattenmeer vom Süden Dänemarks bis nach Holland Weltnaturerbe.

Im Wattenmeer gibt es eine einmalige Pflanze, die Queller heißt. Sie wächst an der Grenze zwischen Wattenmeer und Küste genau dort, wo das Wasser ihre Samen nicht mit dem Boden wegspült oder gleich die ganzen Pflanzen mitreißt. Im Durchschnitt umspült zwei mal am Tag das Hochwasser die Stängel. Solch hohe Salzkonzentrationen hält kaum eine Pflanze aus. Dieses Gewächs gilt daher als Pendant zu den Mangrovenwäldern, die in tropischen Regionen auf Wattflächen wachsen.

Salzwiesen

Die Landschaft, die an den ein wenig höher liegenden Uferstreifen direkt landeinwärts vom Queller gedeiht, nennt man Salzwiese. Dieser Bereich wird nur von Hochwassern überschwemmt, die täglichen Fluten erreichen diese Flächen nicht. Im Boden steckt daher weniger Salz und es wachsen Pflanzen wie der Strandflieder, das Andelgras, die Keilmelde und die Salzaster. Den wiederum weiter oben gelegenen Bereich erreicht das Hochwasser nur wenige Male im Jahr, die Salzkonzentration sinkt entsprechend; dort blühen Pflanzen wie der Rotschwingel und verschiedene Binsenarten.

Wattlandschaften

Typisch für diese Landschaften an der deutschen Nordseeküste sind die Wattflächen, die im Rhythmus von Ebbe und Flut trockenfallen und wieder vom Meer überschwemmt werden. Inseln und Halligen, Dünen und Sandbänke, Salzwiesen und Strände, Priele und das offene Meer vervollständigen das Landschaftsbild. In drei Nationalparks wird diese Landschaft besonders geschützt: Im Schleswig-Holsteinischen Wattenmeer (4415 km^2), im Niedersächsischen Wattenmeer (3450 km^2) und im Hamburgischen Wattenmeer (137 km^2).

Interessante Tiere und Pflanzen: Seehund, Schweinswal, Brandgans, Grünschenkel, Säbelschnäbler, Eiderente, Großer Brachvogel; Queller, Gewöhnlicher Strandflieder

Besonderheiten: Das Schleswig-Holsteinische Wattenmeer ist der größte Nationalpark zwischen dem Nordkap und Sizilien. Das Wattenmeer ist das vogelreichste Gebiet Europas.

Halligen

Halligen nennt man die kleinen Inseln, die sich in den Salzwiesen des Wattenmeers bilden. Sie entstehen durch die Sedimente, die die Gezeiten mit sich bringen, und die sich hier in den Salzwiesen, wo die Strömung nur noch sehr gering ist, leichter ablagern. Auf den höchsten Punkten der Halligen haben Menschen kleine Hügel aufgeschüttet, die man Warften

nennt. Hier haben sie ihre Häuser gebaut, in denen sie selbst Sturmfluten trotzen.

Ölbohrinseln und Off-Shore-Windparks

Im Wattenmeer gibt es nicht nur attraktive und interessante Natur, sondern auch Rohstoffe. Bereits seit 1987 steht im Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer eine Ölbohrplattform, die der Betreiber gern erweitern würde. Der Bau einer zusätzlichen Pipeline und von weiteren Stromtrassen würde die Natur jedoch stark belasten.

Off-Shore-Windparks als Bausteine einer künftigen nachhaltigeren Energieversorgung entstehen zwar weit außerhalb des Wattenmeers. Doch wenn von dort aus Kabel an die Küste verlegt werden, pflügen die Bauarbeiten das streng geschützte Wattenmeer entlang der Kabeltrassen komplett um. Naturschutzorganisationen wie der World Widfe Fund For Nature (WWF) kritisieren solche Vorhaben aufs Entschiedenste.

Die Ostsee

Die vor etwa 12 000 Jahren entstandene Ostsee, auch Baltisches Meer genannt, ist ein Binnenmeer – ein Status, den sie ihrer Verbindung zur Nordsee verdankt.

Mit 412 560 km^2 Fläche ist die Ostsee gut 15 % größer als Deutschland und damit auch größer als das Kaspische Meer, das offiziell der größte See der Welt ist. Von einem echten See unterscheidet die Ostsee allerdings die direkte Verbindung zur Nordsee, die über die Kattegat genannten Wasserstraßen zwischen Schweden und den dänischen Inseln sowie der Halbinsel Jütland besteht.

Entstehung der Ostsee

In den Kaltzeiten der vergangenen Jahrhunderttausende stießen wiederholt mächtige Gletscher aus Skandinavien bis in den Norden Mitteleuropas vor und hobelten dabei ein flaches Becken aus. Als sich am Ende der letzten Eiszeit vor etwa 12 000 Jahren die Eismassen langsam nach Norden zurückzogen, gaben sie ein Becken frei, in dem sich rasch das Schmelzwasser sammelte. Vor ungefähr 10 000 Jahren war dann der Spiegel der Weltmeere so weit angestiegen, dass erstmals Salzwasser in diesen Baltischen Eisstausee strömte. Rund 300 Jahre lang war die Ostsee damals ein Brackwassermeer.

Bewohnte Inseln der deutschen Ostsee

Name	Größe/km^2	Einwohner	höchste Erhebung/m
Rügen	926,0	77 000	161

Usedom*	373,0	31 500	69
Fehmarn	185,4	12 400	27
Poel	36,0	2500	26
Ummanz	19,6	274	3
Hiddensee	19,0	1010	72

* deutscher Teil von Usedom

→ **Kaltzeit** Erdgeschichtlicher Zeitraum mit durchschnittlich tieferen Temperaturen zwischen zwei Zeiträumen mit höheren Temperaturen



Viele Ostseestrände sind von **Kiefernwäldern** gesäumt, wie hier in Mecklenburg-Vorpommern.

Über Skandinavien lag damals noch ein gewaltiger Eispanzer, dessen Gewicht die Erdoberfläche nach unten drückte. Doch als ein großer Teil der Gletscher am Rand des Brackwassermeers abschmolz, erhob sich die vom Gewicht des Eises befreite Erde und kappte die Meeresverbindungen.

→ **Brackwasser** Gemisch aus Salzund Süßwasser

Rund 1500 Jahre später war der Spiegel der Weltmeere wiederum so weit angestiegen, dass Teile der Landschaft zwischen dem heutigen Deutschland und Dänemark überflutet wurden. Seither trennt das Kattegat genannte Meeresgebiet die skandinavische Halbinsel vom Rest des Europäischen Kontinents.

Salzgehalt

Im Gegensatz zu den Weltmeeren ist der Salzgehalt der Ostsee relativ gering. Verschiedene Flüsse tragen jedes Jahr rund 230 km^3 Wasser in die Ostsee, das kaum Salz enthält. Aus der Nordsee wiederum strömt nur relativ wenig Salzwasser Richtung Ostsee, weil Inseln die Verbindung zwischen beiden Meeren stark verengen und das Wasser in den Meeresstraßen recht flach ist. Außerdem liegt das Binnenmeer recht weit im kühlen Norden, was zu einer geringeren Wasserverdunstung führt, die wiederum eine höhere Salzkonzentration mit sich brächte. Im Westen hat die Ostsee daher einen Salzgehalt von höchstens 17 g/l Wasser, während im Norden nur noch 3–5 g gemessen werden. Zum Vergleich: Die Nordsee erreicht im Norden Werte über 30 g.

Sauerstoff

Der geringe Salzgehalt des Wassers verursacht immer wieder eine Sauerstoffknappheit in den tieferen Becken der Ostsee. Das geschieht auf folgende Weise: Je mehr Salz im Wasser ist, umso schwerer wird es. Am Grund der Ostsee sammelt sich also das salzreiche Wasser, das aus der Nordsee in das Binnenmeer fließt. Darüber befindet sich das salzarme Wasser aus den Flüssen. Solange diese Schichtung stabil ist, fällt jedoch vielerorts ein wichtiger Mechanismus aus, der in Seen und Ozeanen normalerweise das Wasser in der Tiefe mit Sauerstoff versorgt: Kühlt im Winter die kalte Luft das Wasser an der Oberfläche, wird es schwerer und trägt beim Absinken Sauerstoff aus der Luft in die Tiefe. Doch zumindest

im Süden und Westen der Ostsee kommt dieser wichtige Mechanismus heute praktisch nicht mehr in Gang.



In den großflächigen Salzweiden der Insel Kirr im **Nationalpark Vorpommersche Boddenlandschaft** ist das ursprüngliche Prielsystem weitgehend erhalten.

Um die Sauerstoffversorgung der tiefen Schichten zu gewährleisten, muss ein relativ seltenes Phänomen auftreten: Mindestens zehn Tage lang muss ein steifer Ostwind salzarmes Oberflächenwasser Richtung Nordsee drücken. Dreht danach der Wind auf Nordwest, drückt er salzreiches Wasser mit viel Sauerstoff aus der Nordsee in die Ostsee zurück. Da die Meeresstraßen aber flach und eng sind und das Wasser weiter im Osten flache Schwellen überströmen muss, sollte die steife Brise mindestens zehn Tage anhalten, bis sie mit etwa 200 bis 300 km3 Wasser rund 2 Mrd. t Salz und 1–2 Mio. t Sauerstoff in den zentralen Teil der Ostsee gedrückt hat.

In den 1950er- bis 1970er-Jahren traten solche Wetterlagen durchschnittlich einmal im Jahr auf. Seit den 1980er-Jahren aber geschieht dies nur noch ein Mal im Jahrzehnt. Daher wird in den tieferen

Becken immer wieder der Sauerstoff knapp. Verbraucht wird er zunächst von Bakterien, die Überreste von Tieren und Algenblüten, die von der Oberfläche nach unten rieseln, zersetzen. Ist für deren Überleben nicht mehr genügend Sauerstoff da, übernehmen anaerobe Organismen die Zersetzung und setzen dabei den für viele Organismen giftigen Schwefelwasserstoff frei. So entstehen „Todeszonen am Ostseegrund".

Abwasser

Auch der Mensch trägt seinen Anteil zur Sauerstoffknappheit in der Ostsee bei. Die Abwässer, die er in den vergangenen Jahrzehnten nicht zu knapp einfließen ließ, enthielten Waschmittelreste und Dünger. Das in diesen Substanzen enthaltene Phosphat aber führt dazu, dass sich die Algenblüten an der Oberfläche des Wassers explosionsartig vermehren. Die Zersetzung toter Algen lässt wiederum den Sauerstoffgehalt der Ostsee drastisch sinken. Zwar hat seit den 1980er-Jahren der Eintrag von Phosphat aus Abwässern und Düngern in die Ostsee abgenommen. Das dort vorhandene Phosphat aber wird praktisch immer wieder recycelt. Denn das über die toten Organismen eingetragene Phosphat wird aus dem Meeresboden wieder freigesetzt und steht in der nächsten Saison den Blüten wieder zur Verfügung.

Bodden und Boddenlandschaft

In der Ostsee trennen häufig lang gestreckte Landzungen aus angeschwemmtem Sand größere Buchten fast vollständig vom Rest des Binnenmeeres ab. Da in diese „Bodden" genannten Lagunen einige Gewässer münden, deren Süßwasser nur durch schmale Arme wieder ausfließen kann, ist der Salzgehalt noch niedriger als im Rest der Ostsee. Solche Bodden gibt es vor allem an der Küste Vorpommerns.

Landschaft: Typisch für diese Landschaft sind die offene Ostsee, die Lagunenlandschaft des Boddens sowie oft mit Kiefern- und Buchenwäldern bewachsene Landflächen. Windwatten, Sandhaken und Nehrungen, Kliffs, Strände und Dünen vervollständigen ein sehr attraktives Landschaftsbild, das die Region zu einem Tourismusmagneten gemacht hat. Im 786 km2

großen Nationalpark Vorpommersche Boddenlandschaft wird dieser Landschaftstyp besonders geschützt.

Interessante Tiere und Pflanzen: Kegelrobbe, Seehund, Fischotter, Kranich, Europäischer Aal; Wilder Sellerie

Besonderheiten: Zwischen September und November rasten in dem Gebiet ca. 60000 Kraniche.

Deutschland wächst

An den Küsten der Ostsee kann man „Geologie im Zeitraffer" beobachten. Auf der Halbinsel Darß in Vorpommern führt sie sogar zum Wachstum Deutschlands: Am Weststrand der Halbinsel knabbern Wind und Wellen in zwölf Monaten rund 1 m Land weg. Die Strömung trägt den Sand nach Norden. Am Ende der Halbinsel, am Darßer Ort, lagert sich das Material wieder ab. Sandbänke entstehen, wachsen zu Strandwällen zusammen, wandeln sich im Lauf der Zeit zu Dünen, hinter denen abgeschnittene Wasserflächen als Strandseen langsam verlanden.

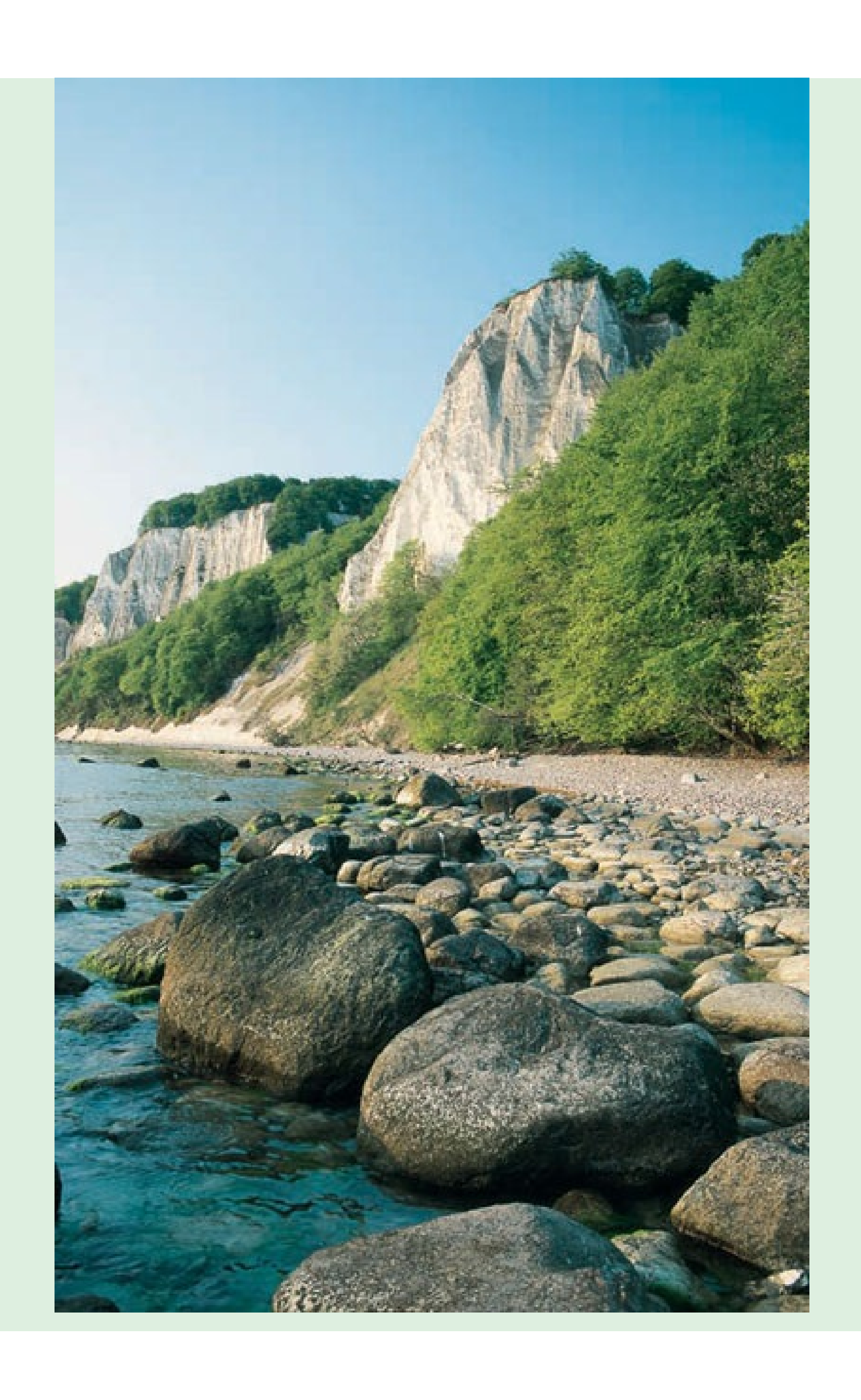
Rügen

Die Insel Rügen in Mecklenburg-Vorpommern ist vor allem für ihre Kreidefelsen bekannt. Diese Touristenattraktion liegt im 30 km2 großen Nationalpark Jasmund.

Landschaft: Typisch für den Nationalpark Jasmund sind Buchenwälder und die berühmten Kreidefelsen an der Ostseeküste. Daneben gibt es auch Moore und Trockenrasen, die vielen bedrohten Arten einen Lebensraum bieten. Auch der höchste Berg Rügens, der 161 m hohe Piekberg, liegt im Schutzgebiet.

Interessante Tiere und Pflanzen: Seeadler, Kranich, Ringelnatter, Kreuzotter und Glattnatter, Edelkrebs; Frauenschuh und andere Orchideen, Salzpflanzen wie Salzbinse und Strandtausendgüldenkraut, Moorpflanzen wie Sonnentau, Wollgräser und seltene Moose

Besonderheiten: Dieses Schutzgebiet ist Deutschlands kleinster Nationalpark. In seinen kalten Quellen lebt eine zoologische Besonderheit: Der Alpenstrudelwurm, der eigentlich als Gebirgsbewohner gilt, ist vermutlich ein Überbleibsel aus der letzten Eiszeit.



Knapp 1 m schiebt sich die Halbinsel Darß jeden Monat nach Norden in die Ostsee hinein. Schon von Weitem sieht man dort einen Leuchtturm. Er steht genau an der Stelle, an der vor 300 Jahren die Küste verlief. Um fast 3 km ist Deutschland seither in Richtung Dänemark gewachsen.

Wie sich Neuland entwickelt

Am Darßer Ort wimmelt es von Leben. Zwergseeschwalbe und

Sandregenpfeifer brüten auf den neu entstandenen Sandbänken, salzliebende Pflanzen besiedeln als Pioniere den sandigen Grund. An ihnen bleibt bei Hochwasser wiederum Sand hängen, die Sandbank wird zu einer Vordüne. Strand- und Dünengräser wachsen auf den schließlich entstehenden Weißdünen. Absterbende Pflanzen hinterlassen eine dünne Humusschicht.

Auf diesem kargen Boden keimt zunächst nur die Kiefer. Später kommt die Birke dazu, dann die Eiche, deren Wipfel von den häufigen Stürmen zerzaust werden. Erst nach 300 Jahren ist der Boden gut genug, um auch die Buche zu nähren. „Reffe" nennen die Einheimischen die aus Dünen entstandenen flachen Rücken, auf denen nach Jahrhunderten ein Mischwald wächst. Dazwischen liegende Strandseen verlanden langsam. Später sammelt sich in diesen „Riegen" genannten Vertiefungen Süßwasser. Ein Moor entsteht, in dem schließlich Erlenbruchwälder wachsen, in denen der Kranich gern brütet und Frösche und Kröten laichen.

Steckbrief

Alfred Brehm

Der bekannteste deutsche Tierforscher (1829-84) des 19. Jh. fand durch sein mehrbändiges zoologisches Nachschlagewerk „Brehms Tierleben" weltweit Beachtung. Obwohl es mittlerweile wissenschaftlich als überholt gilt, ist „Brehms Tierleben" heute immer noch ein Begriff. Es behandelt Säugetiere, Vögel, Fische, Reptilien, Amphibien und Wirbellose und zeichnet sich durch seine reiche Illustrierung aus. Es gilt als das erste tierkundliche Werk, das neben der Anatomie auch die Lebensweise der Tiere schilderte.

Wale und Robben

■ Der Unkundige würde sie hier nicht unbedingt vermuten: Mit dem Schweinswal schwimmt der kleinste Wal der Welt auch in der Ostsee. Früher besiedelten zahlreiche Schweinswale das Gebiet. Alfred Brehm

schreibt noch 1877 in seinem „Thierleben“ über ihn: „Als seine eigentliche Heimat ist der ganze Norden des atlantischen Weltmeeres von Grönland bis Nordafrika, einschließlich der Ostsee anzusehen.“ Seit der Jahrhundertwende schrumpfen die Bestände allerdings; allein im Jahr 2013 wurden an den Küsten von Mecklenburg-Vorpommern 44 tote Tiere gefunden.

■ Erfreulicheres gibt es von den Kegelrobben zu berichten: Galten sie vor Jahrzehnten noch als nahezu ausgestorben, nimmt ihre Zahl seit einigen Jahren in der Ostsee wieder zu. Mit einem Körpergewicht von bis zu 300 kg sind sie die größten Raubtiere Deutschlands.



Der **Schaalsee** in Mecklenburg-Vorpommern war bis 1989 streng bewachter Teil der innerdeutschen Grenze. Seit dem Jahr 2000 genießt er den Status eines Unesco-Biosphärenreservats.

Norddeutsches Tiefland

Das im Anschluss an die Küsten beginnende Norddeutsche Tiefland haben die Menschen seit Jahrtausenden umgestaltet. Wo einst Moore und Urwälder die Landschaft prägten, sind es heute Äcker, Wiesen, Wirtschaftswälder und Siedlungen.

Grundlegende landschaftliche Veränderungen gab es häufig in der Geschichte des Norddeutschen Tieflands, das in den letzten Jahrhundertausenden von mehreren Kaltzeiten und Warmzeiten heimgesucht wurde. Heute erstreckt es sich über das Marschland, das Mecklenburgisch- Vorpommersche Küstengebiet, die Norddeutsche Seenplatte, das Zentrale Norddeutsche Tiefland und die Lössbörden.

Bodenschätze

Das Norddeutsche Tiefland ist ein uraltes Becken, das vor 350 Mio. Jahren am Nordrand eines gerade entstehenden Hochgebirges lag, dessen Reste die südlich davon liegenden heutigen Mittelgebirgszüge sind.

Im feucht-warmen Klima der damaligen Zeit bildeten sich am Fuß des jungen Gebirges immer wieder Moore. Deren tropische Vegetation wurde bald von Sedimentmaterial überdeckt, das von den Hängen permanent abgewaschen wurde. Unter dieser Decke entstand im Lauf der Jahrmillionen die Steinkohle, die in schrägen Schichten unter dem heutigen Ruhrgebiet liegt.

Im Zuge der erdgeschichtlichen Entwicklungen sank das Norddeutsche Becken mehrmals in die Tiefe, wurde vom Meer überflutet und stieg

danach wieder auf. Am Grund dieses Meeres lagerten sich große Mengen von Sediment ab, die immer wieder auch die Reste des reichen Meereslebens der vorherigen Epochen abdeckten. Aus diesen Resten entstanden im Lauf der Jahrmillionen Erdöl und Erdgas, die heute z. B. in der Nordsee, in Niedersachsen und den Niederlanden gefördert werden. In dieser Zeit entstanden auch riesige Salzschichten, die inzwischen als Salzstöcke und wertvolle Bodenschätze tief unter dem Norddeutschen Tiefland liegen.

Hügel und Seen

Bis zu 10 km dick liegt das in mehreren 100 Mio. Jahren abgelagerte Sedimentmaterial heute über dem Norddeutschen Becken. Dessen oberste Schichten wurden in den vergangen Jahrhunderttausenden von den Gletschern verändert, die immer wieder von Norden bis nach Mitteleuropa vorstießen. Dabei erreichten die Eismassen einmal sogar den Nordrand der Mittelgebirge, ein anderes Mal kamen sie nur bis in den Bereich der heutigen Großstädte Berlin und Hamburg. An ihrer Front lagerten die Gletscher mitgetragenes Geröll und Sand ab. Als sich das Eis zurückzog, blieben diese Endmoränen zurück und bilden heute Hügellandschaften wie den Fläming südlich von Berlin.

→ **Gletscher** Eisfelder bzw. Eisströme, die sich sehr langsam an Hängen abwärts bewegen. Wenn sie sehr mächtig und ausgedehnt sind, können sie auch weite Teile der Landflächen bedecken.

Selbst auf dem Höhepunkt einer Kaltzeit schmolzen die Eismassen im Sommer in ihrem südlichen Bereich kräftig weg. Das Schmelzwasser floss unter dem Eis ab und höhlte dabei Rinnen im Untergrund aus. Als sich das Eis zurückzog, füllten sich solche Rinnen mit Wasser und bildeten Ketten von Seen, die heute in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg weiträumige Seenlandschaften bilden.

Urstromtäler und Sumpflandschaften

In einer der Kaltzeiten, die das Norddeutsche Tiefland erfasste, stieg das flache Land am Rand der Gletscher nach Süden leicht an. Die Schmelzwasser flossen daher parallel zum Eisrand nach Westen und Nordwesten, bis sie das damals über dem Meeresspiegel liegende Becken der heutigen Nordsee erreichten. Auf diesem Weg gruben die Wassermassen mächtige Urstromtäler in den Untergrund, die heute noch mit weiten Sand- und Kiesflächen die Landschaft prägen. Die Flüsse Spree, Havel und Elbe fließen heute zum Teil in diesen Urstromtälern. Vom Nordseebecken flossen die Wassermassen dann durch den heutigen Ärmelkanal in den Atlantik, dessen Spiegel damals mehr als 100 m tiefer als heute lag.

Mecklenburgische Seenplatte

Die Mecklenburgische Seenplatte ist ein Seenund hügelreiches Gebiet in Mecklenburg-Vorpommern. Ihr größter See ist mit 112,6 km^2 die Müritz, der größte See Norddeutschlands. Östlich des Sees liegt der 322 km2 große Müritz-Nationalpark:

Landschaft: Typisch für diesen Nationalpark sind vor allem seine mehr als 100 Seen der unterschiedlichsten Größen und Formen, von denen jeder seinen eigenen Charakter hat. Auch ein 500 m breiter Streifen am Ostufer der Müritz gehört zu diesem Schutzgebiet. Eingebettet sind die Gewässer in eine Waldlandschaft mit Buchen- und Kiefernwäldern, die von zahlreichen Mooren durchsetzt sind.

Interessante Tiere und Pflanzen: Seeadler, Fischadler, Kranich, Teichrohrsänger, Krick- und Knäkente, Schwarzstorch, Rohrdommel; Große Röhrichte aus dem seltenen Sauergras Schneidried, See rose, Wollgras

Besonderheit: Dieses Schutzgebiet ist der größte an Land gelegene Nationalpark Deutschlands.

Uckermärkische Seen

Die 590 Uckermärkischen Seen liegen im Nordosten Brandenburgs an der Grenze zu Mecklenburg-Vorpommern. Die für sie typische Landschaft ist im 897 km2 großen Naturpark Uckermärkische Seen, der 230 Seen umfasst, unter Schutz gestellt.

Landschaft: Zwischen unzähligen Hügeln funkelt das Wasser der zahlreichen Seen, von denen jeder mehr als 1 ha Fläche einnimmt, in der Sonne. Fast die Hälfte der Hügel zwischen diesen Gewässern ist von Buchenwäldern bedeckt, in denen u. a. die mächtigste Lärche Deutschlands wächst. Dazwischen ist noch Platz für einige der selten gewordenen Moore.

Interessante Tiere und Pflanzen: Seeadler, Fischadler, Fischotter, Große Rohrdommel; Sonnentau, Gelbes Knabenkraut

Besonderheiten: Mehr als 100 alte regionale Apfelsorten werden im Naturpark erhalten. Ein riesiges Netz von Wasserwanderwegen lockt viele Kajak- und Kanufahrer an.

→ Urstromtäler Breite Täler, die während der Eiszeiten am Rand des Inlandeises entstanden, weil dort das Schmelzwasser abfloss

Zwischen den sandigen und kargen Urstromtälern und den Moränenhügeln der Eiszeit wurden in tieferen Regionen vom Wind und vom Meer fette Böden wie der Löss in der Magdeburger Börde oder die Marschgebiete in Schleswig-Holstein und Niedersachsen abgelagert. Als die Gletscher sich zurückzogen, bedeckten bald ausgedehnte Wälder die ehemaligen Kältesteppen der Eiszeit. Wo Seen verlandeten oder das Wasser nicht abfließen konnte, bildeten sich weite Sumpflandschaften.

Natur im Wandel

In den Jahrtausenden der Zivilisation hat der Mensch große Eingriffe in die Natur vorgenommen, die oft starke Veränderungen für Tiere und Landschaften bedeuteten.

Seggenrohrsänger und Auerochse

Aus Gründen der Landgewinnung hat der Mensch im Norddeutschen Tiefland die in der Urzeit entstandenen Sumpfgebiete weitgehend trockengelegt. Damit wurde dem Seggenrohrsänger die Existenzgrundlage entzogen. Noch am Anfang des 20. Jh. sangen mehr als 10 000 Männchen in den Mooren wie dem Havelländischen Luch und dem Rhinluch im heutigen Bundesland Brandenburg. Heute hat der

Seggenrohrsänger seine Heimat verloren, er wurde zum bedrohtesten Singvogel auf dem europäischen Festland, in Deutschland ist er nahezu ausgestorben. Mit ihm verschwanden viele weitere Organismen, die auf solche Moorgebiete angewiesen sind.

Auch die Urwälder der Nacheiszeit sind vielerorts längst Wirtschaftsforsten, Äckern und Wiesen gewichen. Mit diesem Wandel der Landschaft verschwanden etliche der einst dort lebenden Arten wie der Auerochse, der noch im Mittelalter durch Sümpfe und Auwälder stapfte.

Auwälder

Auwälder sind Wald- und Buschgebiete an Standorten, die von starken Schwankungen des Wasserstands gekennzeichnet sind, d.h. die bei höherem Wasserstand geflutet sind und bei niedrigen Pegelständen trocken liegen. Dazu zählt z. B. auch die Flusslandschaft im Urstromtal der Elbe, die durch Eingriffe des Menschen bis zu 80 % ihrer Auwälder verloren hat.



Der **Seggenrohrsänger**, der Moorlandschaften bewohnt, ist in Deutschland fast ausgestorben.

Um seine ufernahen Siedlungen und Felder zu schützen, hat der Mensch Deiche gebaut, die die Auwälder stark zurückdrängen. Dazu kommt, dass die Deiche den Raum der Flussläufe beschränken, sodass z. B. die Elbe nur noch 20 % des Platzes wie noch vor 1000 Jahren zur Verfügung hat, um ihr Hochwasser zu verteilen. Daher steigt der Pegel bei Hochwasser stärker an und die Deiche werden aufgeweicht oder überflutet. Um die Gefahr zu mildern und die Auwälder wiederherzustellen, werden die Deiche daher mancherorts zurückverlegt.

Kohlegruben

Holt der Mensch Bodenschätze aus der Erde, verändert er die Umwelt ebenfalls oft enorm. So kehren z. B. in den Braunkohlegruben der Niederlausitz weit im Osten der Norddeutschen Tiefebene Riesenbagger das Unterste nach oben. Ziehen die Maschinen weiter, verwandelt sich die Mondlandschaft aber langsam in eine Steppe, die man eher in Afrika vermuten würde. Dort tummeln sich Arten wie die Blauflügelige Sandschrecke und die Italienische Schönschrecke, Wiedehopf und Feuerlibelle, die andernorts in Deutschland nahezu verschwunden sind. Die ehemaligen Gruben laufen langsam mit Wasser voll, in den flacheren Bereichen der neuen Seen rasten Kraniche auf ihrem Weg in den Süden.

Organisierter Naturschutz

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und der Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU) sind mit je über 500 000 Mitgliedern und Förderern die größten Naturschutzverbände Deutschlands. Ihr hauptsächliches Ziel gilt dem Schutz und Erhalt von Lebensräumen und der Artenvielfalt.

Steckbrief

Bernhard Grzimek

Der einflussreichste deutsche Naturschützer (1909–87) seiner Zeit war von 1970 bis 1973 der Beauftragte der deutschen Bundesregierung für den Naturschutz. 1975 gründete er zusammen mit anderen Umweltschützern den Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). Darüber hinaus arbeitete der Tierarzt und Verhaltensforscher u. a. als erfolgreicher Tierfilmer. Sein Dokumentarfilm „Serengeti darf nicht sterben" wurde 1960 als erster deutscher Film nach dem Zweiten Weltkrieg mit einem Oscar ausgezeichnet. In den 1960erund 1970er-Jahren war er aufgrund seiner regelmäßigen Fernsehsendung „Ein Platz für Tiere" der bekannteste Tierfachmann Westdeutschlands.

Flussaue

Flussauen sind Landschaften an Standorten mit stark schwankenden Grundwasserständen, meist Niederungen entlang von Flüssen und Bächen. Diese Landschaft genießt im 104 km^2 großen, an der polnischen Grenze gelegenen Nationalpark Unteres Odertal besonderen Schutz.

Landschaft: Typisch ist eine regelmäßig überschwemmte Flussaue mit ihren Feuchtwiesen, Röhrichten, Altwassern und Auwaldresten. Auch die angrenzenden Hänge mit Laubmischwäldern und blütenreichen Trockenrasen gehören dazu.

Interessante Tiere und Pflanzen: See-, Fisch- und Schreiadler, Kranich, Wachtelkönig, Seggenrohrsänger, Weiß- und Schwarzstorch, Biber; Flaumeiche

Besonderheiten: Der einzige deutsche Auen-Nationalpark ist äußerst artenreich. Dort brüten allein mehr als 160 Vogelarten.



Schaalsee

Der zwischen den Großstädten Hamburg, Lübeck und Schwerin gelegene 24 km^2 große Schaalsee ist ein Überbleibsel der Eiszeit und mit einer Tiefe von 71 m der tiefste See Norddeutschlands. Das 309 km^2 große Biosphärenreservat Schaalsee schützt sowohl vom Menschen unbeeinflusste Gebiete als auch Kulturlandschaften:

Landschaft: Der größte Teil des Biosphärenreservats war in der Zeit der deutschen Teilung Sperrgebiet, sodass dort eine reiche Naturlandschaft mit Bruchwäldern, Mooren und Trockenrasen erhalten blieb.

Interessante Tiere: Der Schaalsee ist ein wichtiger Rastplatz für Kraniche und als Europäisches Vogelschutzgebiet ausgewiesen.

Mittelgebirge

Südlich des Norddeutschen Tieflands folgt eine völlig andere Landschaft: Die Hügel werden höher und es beginnt eine Mittelgebirgslandschaft, deren Gipfel jedoch nirgends höher als 1500 m über dem Meeresspiegel liegen.



Die Luftaufnahme zeigt das **Pulvermaar im Nationalpark Eifel**. Maare sind durch Vulkanismus entstanden. Sie sind meist kugelrund, trichterförmig und tief.

Der größte Teil der deutschen Mittelgebirge befindet sich in der Deutschen Mittelgebirgsschwelle, die wiederum das Rheinische Schiefergebirge, das Niedersächsische Bergland, das West- und Osthessische Bergland, den Harz sowie das Thüringisch-Fränkische

Mittelgebirge umfasst. Ein weiterer beträchtlicher Teil bildet das Süddeutsche Schichtstufenland.

Alte Hochgebirge

Der Ursprung der Mittelgebirge liegt mehr als 300 Mio. Jahre zurück. Als damals verschiedene Erdplatten zusammenstießen, hob diese Kollision ein riesiges Gebirgsmassiv in eine Höhe von durchschnittlich 5000 m über dem Meeresspiegel. Niederschläge trugen die Berge wieder ab, Senken entstanden, die immer wieder geflutet, aber auch wieder angehoben wurden.

Vulkanismus

Die Mittelgebirgslandschaft wurde stark durch Vulkanismus geprägt. In manchen Regionen wie dem Vogelsberg und der Rhön ließ das Entstehen der einige Hundert Kilometer weiter südlich liegenden Alpen vor etwa 25 Mio. Jahren Vulkane ausbrechen, die zum Teil noch vor wenigen Jahrmillionen aktiv waren. Noch jünger ist der Vulkanismus in der Eifel mit den letzten Eruptionen vor rund 11 000 Jahren.

Eifel

Im 107 km^2 großen Nationalpark Eifel an der Grenze zwischen Deutschland und Belgien, wird dieser Landschaftstyp besonders geschützt.

Landschaft: Neben den typischen Buchenwäldern sorgen Eichenmischwälder, schattige Schluchten mit Eschen und Ahorn sowie Quellgebiete und Auenwälder für Abwechslung. Es gibt aber auch offene Grasflächen.

Interessante Tiere und Pflanzen: Wildkatze, Biber, Uhu, Rauhfußkauz, Schwarzstorch, Wespenbussard, Rot- und Schwarzmilan, Eisvogel; Gelbe Wildnarzisse

Besonderheit: Teile des Nationalparks sind für die Öffentlichkeit gesperrt, weil dort noch Minenfelder – Überbleibsel aus dem Zweiten Weltkrieg – liegen.

Schwarzwald

Diese Landschaften sind typisch für den 101 km^2 großen Nationalpark

Schwarzwald, der sich im nördlichen Schwarzwald entlang der Schwarzwaldhochstraße erstreckt.

Landschaft: Im größten Teil des Nationalparks prägen heute Bergmischwälder mit Fichten, Tannen und Buchen das Bild. Durch die forstwirtschaftliche Nutzung ist die Fichte derzeit die häufigste Baumart, es gibt aber auch noch sehr naturnahe Waldgebiete. Einen Teil der Hochflächen bedecken durch landwirtschaftliche Nutzung entstandene Heiden, die man als „Grinden" bezeichnet. Außerdem gibt es im Schutzgebiet etliche Moore.

Interessante Tiere und Pflanzen: Baummarder, Gartenschläfer, Schwarzspecht, Dreizehenspecht, Raufußkauz, Sperlingskauz, Auerhuhn; Weißtanne

Besonderheiten: Um die Einrichtung dieses Nationalparks im Jahr 2014 gab es im Vorfeld heftige Diskussionen. Die Oppositionsparteien CDU und FDP, Vertreter der holzverarbeitenden Industrie sowie Teile der Bevölkerung sprachen sich gegen das Schutzgebiet aus.

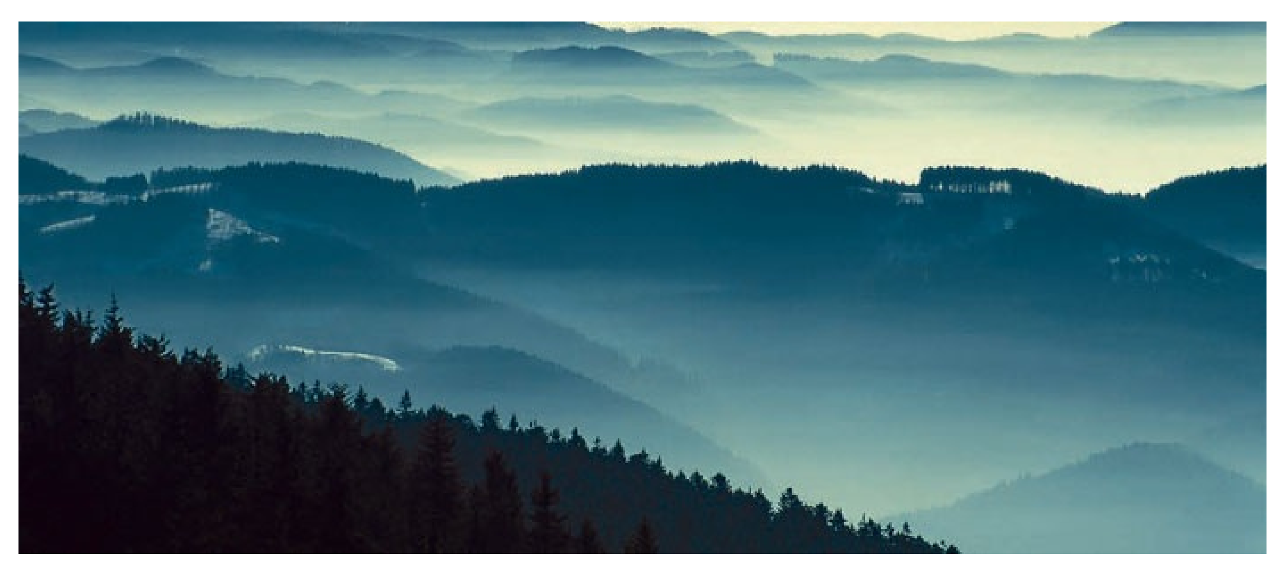
Harz

Der 247 km2 große Nationalpark Harz, der sich rund um den bei Wernigerode gelegenen Brocken erstreckt, schützt eine typische Mittelgebirgslandschaft mit Wäldern, Mooren und Bächen.

Landschaft: Am Nord- und Südrand des Nationalparks wachsen Buchenwälder, in den Höhenlagen prägen Fichtenwälder, Moore und Felsen das Bild. Höchste Erhebung ist der 1141 m hohe Brocken. Die eng beieinanderliegenden Höhenstufen mit ihren jeweils eigenen Lebensbedingungen beheimaten eine reiche Tier- und Pflanzenwelt.

Interessante Tiere und Pflanzen: Luchs, Wildkatze; Hochmoorpflanzen wie Torfmoose und Sonnentau

Besonderheiten: Im Harz sind einige der beeindruckendsten Moorlandschaften Deutschlands erhalten geblieben.



Der wie hier meist dicht bewaldete **Schwarzwald** im Südwesten Baden-Württembergs ist Deutschlands größtes und höchstes Mittelgebirge. Seine höchste Erhebung ist mit 1493 m der Feldberg.

Als sich vor rund 50 Mio. Jahren in Mitteleuropa die Erdkruste auszudehnen begann und somit dünner wurde, bildete sich dadurch im Bereich zwischen den heutigen Städten Basel und Frankfurt am Main ein tiefer Graben, der später wieder aufgefüllt wurde und in dem heute der Rhein fließt. An seinen Rändern hob sich die Erde, dadurch entstand z. B. der Schwarzwald. Noch heute zeugen Erdbeben im Oberrheingraben vor allem in der Region um Basel von dieser unruhigen Vergangenheit.

Weiter im Osten kippten bei diesen Prozessen die Ablagerungen aus der bewegten geologischen Geschichte in eine Schräglage und es entstanden Mittelgebirge wie der Odenwald und der Spessart, aber auch die Schwäbische und die Fränkische Alb. Diese Region nennt man Südwestdeutsches Schichtstufenland.

Meteoritenkrater

Im Osten des Südwestdeutschen Schichtstufenlands finden sich zwei der am besten erhaltenen Meteoritenkrater auf der Erde, das Nördlinger Ries und das Steinheimer Becken. Das Nördlinger Ries wurde gebildet, als vor 14,6 Mio. Jahren ein Himmelskörper von der Größe eines Berges im Mittelgebirge und einem Durchmesser von vermutlich 1 km das heutige

Süddeutschland traf und einen Krater mit 22 km Durchmesser schlug. Dabei verdampften große Mengen Gestein und eine Glut- und Druckwelle mit Windgeschwindigkeiten von 600 km/h vernichtete vermutlich im Umkreis von 100 km alle Säugetiere und die meisten Pflanzen.

Etwa 40 km südwestlich entstand zur gleichen Zeit ein weiterer Meteoritenkrater. Das Steinheimer Becken ist fast kreisrund und hat einen Durchmesser von etwa 380 m. Vermutlich schlug hier ein Splitter des Nördlinger Meteoriten ein, der einen geschätzten Durchmesser von 150 m hatte. Auch dort löschte der unvorstellbare Einschlag alles Leben aus. Heute dagegen pflügen die Bauern am Boden des Kraters ihre Felder.

→ **Meteorit** Ein Festkörper aus dem All, der beim Eindringen in die Erdatmosphäre nicht ganz verglüht und bis zur Erdoberfläche gelangt

Wälder

Ursprünglich wuchsen in der deutschen Mittelgebirgslandschaft undurchdringliche Wälder mit vielen gefallenen Stämmen, die schnell verrotteten, weil Pilze Nährstoffe aus dem toten Holz zogen und es dabei in seine Bestandteile zerlegten.

Buchenwaldgebiete

Der 75 km^2 große Nationalpark Hainich am Rand des Thüringer Beckens, im Städtedreieck zwischen Eisenach, Mühlhausen und Bad Langensalza, schützt vor allem verschiedene Typen von Buchenwäldern.

Landschaft: In den Buchenwäldern findet sich viel Totholz, das dem Wald nicht nur seinen Urwaldcharakter verleiht, sondern auch vielen speziell angepassten Arten einen Lebensraum bietet. Je nach Standort mischen sich verschiedene andere Laubbäume wie Esche, Ahorn, Linde oder die seltene Elsbeere zwischen die Rotbuchen.

Interessante Tiere und Pflanzen: Wildkatze, 15 verschiedene Fledermausarten, sieben Spechtarten und mehr als 500 Arten von holzbewohnenden Käfern; beeindruckende Bestände von Frühlingsblühern wie Märzenbecher, Hohler

Lerchensporn, Leberblümchen, Bärlauch, Türkenbundlilie
Besonderheiten: Auf 160 km^2 wächst hier der größte zusammenhängende Laubwald Deutschlands.

Hainsimsen-Buchenwald

Der 57 km^2 große Nationalpark Kellerwald-Edersee südwestlich von Kassel am Südufer des Edersees schützt vor allem Hainsimsen-Buchenwälder, die auf sauren und nährstoffarmen Böden wachsen.

Landschaft: Neben den Buchenwäldern gibt es aber auch viele besondere Standorte, an denen beispielsweise Eichenwälder oder Blockschutt- und Hangwälder mit Linden, Ahorn, Ulmen und Hainbuchen gedeihen. Daneben bestimmt vor allem der Edersee, der bezogen auf die Fläche zweitgrößte Stausee Deutschlands, das Bild.

Interessante Tiere und Pflanzen: Wildkatze, 15 Fledermausarten wie Große Bartfledermaus, Braunes Langohr und Bechsteinfledermaus, Schwarzstorch, Uhu, sechs Spechtarten, Neuntöter, mehr als 800 Schmetterlingsarten; Pfingstnelke

Besonderheiten: 2011 hat die UNESCO fünf Buchenwaldgebiete in Deutschland in die Liste des Weltnaturerbes aufgenommen. Außer dem Nationalpark Kellerwald-Edersee gehören der Grumsiner Forst in Brandenburg, der Nationalpark Jasmund, der Serrahner Buchenwald im Müritz Nationalpark und der Nationalpark Hainich dazu.

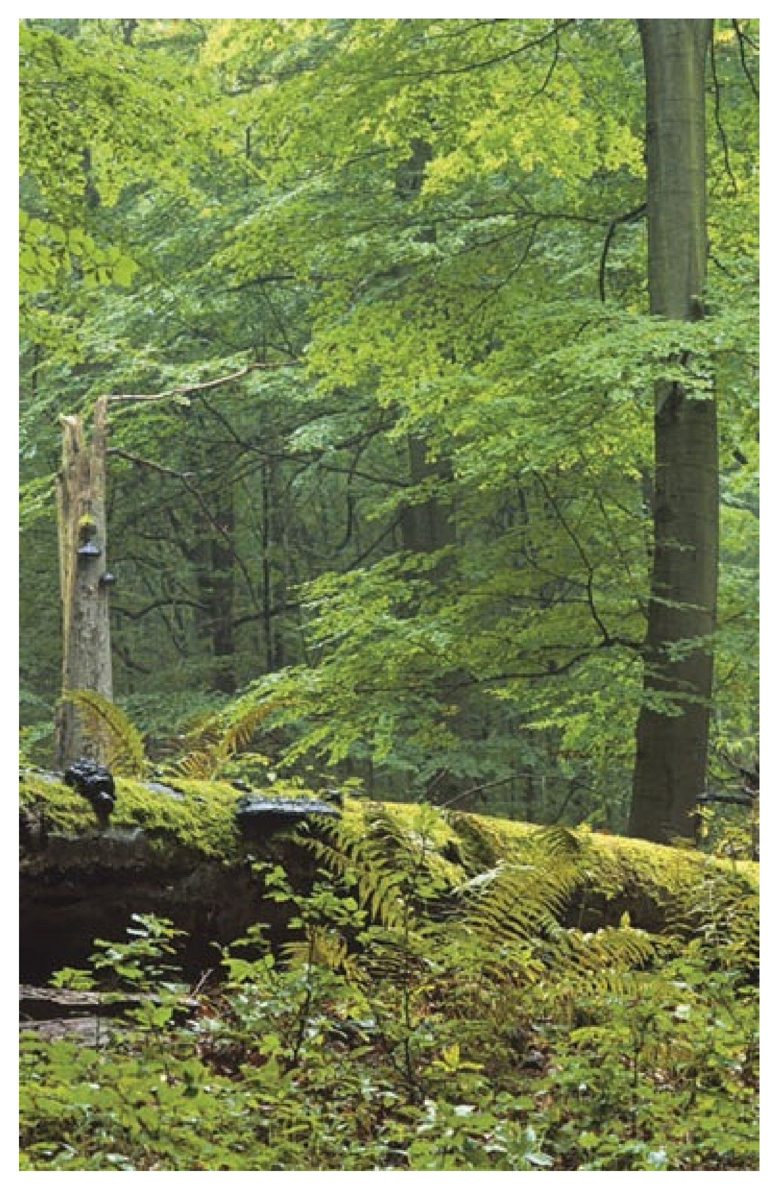
Hohe Mittelgebirgslandschaft

Der 242 km^2 große Nationalpark Bayerischer Wald an der Grenze zu Tschechien liegt in Höhen zwischen 600 und 1453 m über dem Meeresspiegel.

Landschaft: In dieser hohen Mittelgebirgslandschaft gedeihen verschiedene Waldtypen: Fichtenwälder sind sowohl für Lagen oberhalb von 1200 m als auch für nasse Talmulden typisch. An wärmeren Hängen wachsen Bergmischwälder aus Fichten, Tannen, Buchen und Bergahorn. Bereichert wird die Waldlandschaft durch Moore, Bergbäche und Seen.

Interessante Tiere und Pflanzen: Luchs, Fischotter, Auerhuhn, Weißrückenspecht, Rauhfuß-, Habichts- und Sperlingskauz, Uhu; Pannonischer Enzian

Besonderheiten: Zusammen mit dem angrenzenden Nationalpark Sumava in Tschechien bildet der Park das größte Waldschutzgebiet Mittel europas.



Der **Nationalpark Hainich** zeichnet sich durch seine Buchenwälder mit viel liegendem und stehendem Totholz aus.

Vom Urwald zum Nutzwald

Deutschland ist heute zu etwa 31 % von Wald bedeckt. Vorherrschend sind die Nutzwälder, also wirtschaftlich genutze Wälder. Der Übergang vom Urwald zum Nutzwald geschah im Zuge eines langen Prozesses, der sich aber in den letzten Jahrhunderten stark beschleunigte.

Für die ersten Eingriffe in die Urwälder waren schon unsere frühesten Vorfahren verantwortlich. Sie durchbrachen den ewigen Kreislauf von Wachsen und Zersetzen, indem sie etwa Stämme aus dem Wald holten,

deren Holz sonst als Rohstoff für den nachwachsenden Urwald gedient hätte. Im Lauf der Jahrhunderte wurden solche Eingriffe immer größer und schwerwiegender, sodass sich der Charakter des Waldes veränderte.

Als die Römer vor rund 2000 Jahren gegen die Germanen kämpften, hatten die Bauern in einigen Gebieten kleinere Flächen der Urwälder zu Siedlungszwecken bereits gerodet. Andernorts aber war das Unterholz noch undurchdringlich und Bäume mit bis zu mehrere Meter dicken Stämmen standen noch.

Ab dem Mittelalter wurden die Wälder dann viele Jahrhunderte lang rigoros zur Gewinnung des Rohstoffs Holz für Bau, Industrie und zur Verbrennung genutzt, die mancherorts verheerende Folgen nach sich zog. Große Waldbestände gingen für immer verloren. Die moderne Forstwirtschaft bemüht sich seitdem, die Nutzung und den Schutz des Waldes in Einklang zu bringen, indem nicht mehr Bäume gefällt werden als nachwachsen.

Hutewälder und Wacholderheiden

Im Mittelalter entstanden auch neue Kulturlandschaften, z. B. der Hutewald: Als die Bauern begannen, ihre Schweine, Rinder und Pferde zum Weiden in den Wald zu treiben, verzehrten diese die Vegetation am Boden – und ließen offene Waldbestände mit wenig Unterholz zurück.

Auch die für die Mittelgebirgslandschaften charakteristischen Wacholderheiden auf der Schwäbischen Alb entstanden durch den Eingriff von Mensch und Tier. Weiden regelmäßig Schafe an einem Hang, fressen die Tiere die gerade keimenden Jungbüsche gleich mit, nur den Wacholder mit seinen spitzen Nadeln verschmähen sie. Auf der dann größeren freien Fläche bekommt der Wacholder ausreichend Licht und kann zu einem stattlichen Baum mit einem Stammdurchmesser von 30 cm wachsen. Heute werden die Wacholderheiden allerdings von Büschen überwuchert, weil kaum noch Schafherden durch die Lande ziehen.

„Dieser erste deutsche Nationalpark … eröffnete dem deutschen Naturschutz europäische und weltweite Dimensionen … und wurde zum Vorbild für andere Nationalparks in Deutschland.“

Michael Succow und Hans Dieter Knapp über den Nationalpark Bayerischer Wald (in einer Publikation des NABU über den Nationalpark Nordschwarzwald)



Die Basteibrücke im Nationalpark **Sächsische Schweiz** im Elbsandsteingebirge. Zusammen mit dem umliegenden Landschaftsschutzgebiet bildet er die Nationalparkregion Sächsische Schweiz.

Hirschkäfer

Mit der Kultivierung des Waldes wurden für manche seiner Bewohner die Lebens bedingungen drastisch eingeschränkt. So brauchen die Larven des Hirschkäfers viel Totholz, am besten von Eichen. Denn unter der Rinde und im Holz abgestorbener Bäume wimmelt es von Pilzen, Insekten und Käfern, die z. B. die Larven des Hirschkäfers als Nahrung brauchen. Seit Totholz im Wald knapp geworden ist, gilt der Hirschkäfer in Deutschland als stark gefährdet.

Schwarzspecht

Auch für manche Vogelarten sind die Eingriffe des Menschen fatal. Einige sind z. B. auf dicke Stämme angewiesen. Der Schwarzspecht etwa zimmert seine Höhle in mindestens 11 m Höhe in den Baum. Die entsprechenden Stämme müssen am Boden mehr als 40 cm Durchmesser haben. Vielerorts werden solche Bäume bereits vorher gefällt und der Schwarzspecht findet keinen Platz für seine Höhle mehr. Damit kommen aber auch andere Vögel wie die ebenfalls seltene Hohltaube in Schwierigkeiten, die die Höhle des Schwarzspechts als „Nachmieter“ nutzt.

Sächsische Schweiz

Die Sächsische Schweiz liegt im waldreichen Elbsandsteingebirge südöstlich von Dresden. Der 93,5 km^2 große Nationalpark Sächsische Schweiz ist auch eine bedeutende Touristenattraktion.

Landschaft: Die Sächsische Schweiz ist für ihre Felsformationen berühmt. In der Kreidezeit schwappte hier noch ein Meer, in dem sich Sand und Ton zu mehr als 600m dicken Sandsteinformationen ablagerten. Nach dem Absinken des Meeresspiegels haben die Erosionskräfte von Wind und Wasser daraus die Felslandschaft des heutigen Elbsandsteingebirges geschaffen. Steile Felsen, tiefe Schluchten, klare Bäche und ganz eigene Laub- und Nadelwälder prägen das Bild.

Interessante Tiere und Pflanzen: 17 Fledermausarten, Fischotter, Biber, Dachs, Baummarder, Schwarzstorch, Eisvogel; Leuchtmoos

Besonderheiten: Dieses Schutzgebiet ist der einzige Felsen-Nationalpark in Deutschland. Die normalen Höhenstufen der mitteleuropäischen Wälder sind in dieser Landschaft umgekehrt angeordnet: Pflanzen, die sonst in größeren Höhen wachsen, befinden sich hier im „Kellerklima“ der tiefen Schluchten.

Die Alpen

Die Alpen sind das höchste Gebirge in Mitteleuropa. Der deutsche Anteil liegt auf ihrer Nordseite ausschließlich auf bayerischem Gebiet. Auch hier im Hochgebirge sind Kultur- und Naturlandschaften gefährdet.

Die Auffaltung – also die Bildung – der Alpen geschah in mehreren Etappen und begann vor weit mehr als 100 Mio. Jahren. Damals wurde die afrikanische Platte mitsamt dem Kontinent auf ihrem Rücken gedreht und Richtung Europa gedrückt. Vor etwa 53 Mio. Jahren driftete Afrika direkt nach Norden und presste dabei einen Sporn der zwischen beiden Kontinenten liegenden kleineren Apulischen Platte gegen Europa. Diese Platte erstreckt sich heute vom Norden Siziliens bis in die Ostalpen. Bei der Kollision wurden verschiedene Schichten übereinandergeschoben. Gleichzeitig wurde das Gelände mit einer Geschwindigkeit von bis zu 5 mm im Jahr aufwärts gedrückt – das Gebirge wuchs in die Höhe. Da sich Afrika und Europa auch heute noch mit einem Tempo von 5 cm im Jahr aufeinander zubewegen, falten sich die Alpen immer noch auf, allerdings deutlich langsamer als früher.

Nördliche Kalkalpen

Die am weitesten nach Norden geschobenen Schichten der Alpen wurden gebildet, als sich vor mehr als 150 Mio. Jahren am Grund eines Meeres die Schalen toter Tiere und andere Substanzen zu Schichten von oft mehr als 1000 m Dicke ansammelten. Als diese Kalkablagerungen beim Zusammenstoß von Afrika und Europa angehoben wurden, entstanden die

Nördlichen Kalkalpen. Dieser 600 km lange Gebirgszug bildet zwischen den Allgäuer und den Berchtesgadener Alpen die südliche Grenze Bayerns. Die höchsten Berge Deutschlands bestehen also aus einem Stück in die Höhe geschobenem Meeresgrund.

Gebirgsgruppen und ihre höchsten Gipfel in den deutschen Alpen

Gebirgsgruppe	Gipfel	Höhe in m
Allgäuer Alpen	Hochfrottspitze	2649
Ammergauer Alpen	Kreuzspitze	2185
Wettersteingebirge	Zugspitze	2962
Bayerische Voralpen	Krottenkopf	2086
Karwendel	Östliche Karwendelspitze	2537
Chiemgauer Alpen	Sonntagshorn	1961
Berchtesgadener Alpen	Watzmann	2713

Voralpenland

Die gigantische Masse der entstehenden Alpen drückte die Erdkruste nach unten. Am Nordrand des Hochgebirges bildete sich dadurch eine Senke, die rasch überflutet wurde. Dieses Molassebecken war immer wieder mit den Weltmeeren verbunden und zog sich vom heutigen Genfer See bis fast in die Gegend, in der heute Wien liegt. In den Alpen schwemmten die Niederschläge und das abfließende Wasser im Lauf der Jahrmillionen riesige Gesteinsmengen weg, die sich in der Senke davor ablagerten. So entstanden in den letzten 34 Mio. Jahren die zum Teil mehr als 4000 m dicken Schichten, die heute das Voralpenland bilden.

→ **Molasse** Sedimentablagerungen in Senken aufsteigender Faltengebirge

Deutschlands flächengrößte Seen

Name	Größe in km^2	Volumen in km^3
Bodensee	536,0	48,0

Müritz	112,6	0,74
Chiemsee	79,9	2,05
Schweriner See	61,5	0,79
Starnberger See	56,36	2,3
Ammersee	46,6	1,75
Plauer See	38,4	0,3
Kummerower See	32,55	0,26
Steinhuder Meer	29,1	0,04
Großer Plöner See	28,4	0,38

Seen

Im Voralpenland haben auch die Kaltzeiten der letzten 500 000 Jahre deutliche Spuren hinterlassen. Damals bildete sich über den Alpen ein mächtiger Eispanzer, dessen Ausläufer vor mehr als 100 000 Jahren über den Lauf der heutigen Donau hinweg bis zur Schwäbischen Alb reichten. Ihre Zungen gruben tiefe Becken in das von ihren Vorgängern abgelagerte Material. Als sich die Gletscher zurückzogen, sammelte sich in diesen langgestreckten Senken das Schmelzwasser des Eises. Einige dieser Gewässer wie Bodensee, Starnberger See und Ammersee gibt es heute noch. Andere verlandeten mit der Zeit und wurden zu ausgedehnten Moorflächen wie dem Murnauer Moos im Landkreis Garmisch-Partenkirchen.

Moorlandschaft

Moore sind von einem ständigen Wasserüberschuss geprägte und daher dauernd feuchte, oft unzugängliche Gelände. Das 69,4 km^2 große Murnauer Moos im Voralpenland etwa 70 km südlich von München umfasst etwa 32 km^2 Moor. Die Landschaft wurde aufwendig renaturiert.

Landschaft: Um eine Landschaft mit Nieder- und Übergangsmooren, Quellen, Teichen und voll ausgebildeten Hochmooren gruppiert sich eine

landwirtschaftlich genutzte Fläche mit vielen Streuobstwiesen. Zur Vegetation zählen zahlreiche gefährdete Arten: Wanzenknabenkraut, Sibirische Schwertlilie, Karlszepter, Torfsegge, Zierliches Wollgras, Moorbinse, Heidelbeerweide und Niedrige Birke gehören zu den prominentesten Vertretern.

Interessante Tiere: Wachtelkönig, Weißrückenspecht, Raubwürger, Kreuzotter

Besonderheit: Es gibt Überlegungen, dieses größte zusammenhängende Moorgebiet Mitteleuropas durch einen Nationalpark dauerhaft unter Schutz zu stellen.

Sander

Mancherorts landeten die Schmelzwasser der Eiszeit-Alpengletscher nicht in einem See, sondern durchbrachen die Endmoränen. Auf den dahinter liegenden leicht abfallenden Ebenen verzweigten sich diese Gewässer in viele kleinere Arme mit etlichen Inseln dazwischen. Dort verringerte sich die Fließgeschwindigkeit und mitgetragenes Material aus den Bergen lagerte sich an den Ufern ab. Mit der Zeit entstanden im Voralpenland so riesige Schwemmkegel, an denen anfangs Schotter und weiter flussabwärts feineres Material wie Sand abgelagert wurde. Vom isländischen Wort „Sandur“ für solche Landschaften leitet sich der deutsche Begriff „Sander“ ab. Der bekannteste Sander im Alpenvorland dürfte die 1500 km^2 große Münchener Schotterebene sein.

Isar

In den Alpen existieren schon seit Langem keine nicht regulierten Flüsse mehr. So entstanden entlang der Isar, die mit einem Einzugsgebiet von 9000 km^2 einen großen Teil der deutschen Alpen entwässert, seit den 1920er-Jahren auf gerade einmal 295 Flusskilometern 28 Stauwerke. Mit ihnen wird elektrischer Strom gewonnen, einige wie der Sylvensteinspeicher schützen zusätzlich vor Hochwasser. Genau diese Überschwemmungen aber fehlen weiter flussabwärts: Ohne sie werden keine Kies- und Sandbänke mehr abgelagert, auf denen seltene Vögel wie

der Flussregenpfeifer brüten. Erst seit den 1990er-Jahren sorgen verschiedene Maßnahmen dafür, dass wieder mehr Wasser in der Isar fließt und der Fluss so zumindest ein wenig mehr Kies transportiert.



Berchtesgaden

Lage: Gebirge zeichnen sich u. a. durch steile Hänge, schmale Grate und schroffe Gipfel aus. Hochgebirge ragen in der Regel über die Waldgrenze auf, meist reichen sie über die Schneegrenze. Der 208 km^2 große Nationalpark Berchtesgaden im Südosten Bayerns an der Grenze zu Österreich schützt eine Hochgebirgslandschaft.

Landschaft: Der 2713 m hohe Watzmann und der 603 m über dem Meeresspiegel liegende Königssee markieren den höchsten und den niedrigsten Punkt dieser Landschaft. In tieferen Lagen wachsen Laub-, Nadel- oder Bergmischwälder, weiter oben gibt es buschartige Latschenkiefern, Almweiden, Zwergstrauchheiden, alpine Matten und Felsfluren. Auch Moore, Bäche und Seen gehören zum Landschaftsbild.

Interessante Tiere und Pflanzen: Alpensteinbock, Gämse, Murmeltier,

Steinadler, Alpenschneehuhn, Birkhuhn, Auerhuhn; Edelweiß, verschiedene Enzianarten
Besonderheit: Deutschlands einziger Hochgebirgs-Nationalpark

Almwiese

Die wohl bekannteste Kulturlandschaft der Alpen ist die Almwiese, deren Entstehen bis weit vor die Zeit vor Christus zurückreicht. Das von Menschen ausgetriebene Weidevieh hielt und hält die Almflächen waldfrei und fördert damit bestimmte Pflanzengesellschaften wie die Borstgrasweide oder den Blaugras-Horstseggenrasen. Da viele Almbetriebe wegen Unwirtschaftlichkeit geschlossen werden, ist der Bestand der Almwiesen jedoch gefährdet. Denn sobald auf ihnen keine Kühe mehr weiden, überwuchern im Hochgebirge Hochstauden die Flächen. Mit den Almen droht also eine weitere Kulturlandschaft aus Deutschland zu verschwinden.



An ihrem Oberlauf bei Wallgau strömt die **Isar** noch in ihrem natürlichen Bett.

Aber zumindest oberhalb der Baumgrenze ist in einigen Gebieten eine der letzten Naturlandschaften des Landes mit Hochgebirgsrasen, Stauden, Polsterpflanzen und oft auch Schotter und Fels erhalten geblieben.

Ismaninger Speichersee

Der nordöstlich von München gelegene 10,1 km^2 große Ismaninger Speichersee wurde 1929 von Menschenhand geschaffen. Er reguliert den Wasserstand des Isarkanals, puffert Hochwasser ab und dient der Nachklärung eines Teils der Abwässer der Stadt München. Trotz dieser Funktionen hat er sich zu einem Vogelparadies entwickelt, das bereits seit 1962 im 10,1 km^2 großen Europareservat Ismaninger Speichersee geschützt

wird.

Landschaft: Obwohl am Nordufer des Sees die Teststrecke des Auto- und Motorradherstellers BMW liegt und der viel befahrene Münchener Autobahnring im Südwesten am See vorbeiführt, brüten hier eine Reihe extrem seltener Vögel. Der Ismaninger Speichersee und die angrenzenden Fischteiche gehören zu den drei wichtigsten Gebieten Europas, in denen Wasservögel mausern, er ist für viele Zugvögel ein wichtiger Rast- und Überwinterungsplatz.

Wichtige Brutvögel: Blaukehlchen, Rohrweihe, Schwarzhalstaucher, Kolbenente, Krickente, Teichsänger, Drosselrohrsänger, Nachtreiher, Schwarz milan, Wanderfalke

Durchziehende und überwinternde Vögel: Prachttaucher, Singschwan, Silberreiher, Moorente, Kampfläufer, Bruchwasserläufer, Trauerseeschwalbe, Schwarzkopfmöwe

Die Folgen der Einheit

Naturschutz nach der Wende

Der politische und gesellschaftliche Umbruch Ende der 1980er-Jahre blieb auch für Natur und Umwelt nicht ohne Folgen. Einige Tier- und Pflanzenarten sind seither stärker bedroht, doch es ergaben sich auch viele neue Chancen für den Naturschutz.

Für die Natur war die innerdeutsche Grenze insofern von Vorteil, als im sogenannten „Todesstreifen“ über 1200 bedrohte Tier- und Pflanzenarten eine Nische zum Überleben gefunden haben – heute wird dieser Streifen als Biotopverbund „Grünes Band“ weiterhin geschützt. Auch andere naturbelassenere Gebiete konnten als Nationalparks, Naturparks oder Biosphärenreservate ausgewiesen werden. Ebenso konnten negative Umweltaspekte wie Grundwasser- und Bodenbelastungen, die durch den sorglosen Umgang mit Industrieabfall entstanden waren, nach der Wende bereinigt oder eingedämmt werden.

Neue Probleme im Osten

Aber die Wende hat in puncto Naturschutz nicht nur Positives gebracht, so tragen z. B. die wachsenden Transportströme und Veränderungen in Landwirtschaft und Tagebau zu einer erheblichen Verschlechterung der Lebensbedingungen von Flora und Fauna bei.

Verkehr

Der umfangreiche Ausbau des Verkehrsnetzes in Ostdeutschland führt seit der Wende zu einer starken Veränderung der Landschaften und damit zu Problemen, mit denen der Westen schon seit vielen Jahrzehnten zu kämpfen hat. Durch die Landschaftszergliederung kommt es zu einer Gefährdung einer Reihe von Tieren, die auf dem Weg zu ihren Laichplätzen die neuen Straßen kreuzen. So ist nicht nur das Leben von Kröten und Fröschen gefährlicher ge worden, selbst die flinken Fischotter enden immer wieder als Verkehrsopfer unter den Rädern.

Bedrohte Wiesenbrüter

Art	Grad der Gefährdung
Großer Brachvogel	vom Aussterben bedroht
Uferschnepfe	vom Aussterben bedroht
Bekassine	vom Aussterben bedroht
Kiebitz	stark gefährdet
Wachtelkönig	stark gefährdet
Braunkehlchen	gefährdet
Feldlerche	gefährdet

Quelle: Rote Liste 2008

Bedrohte Amphibien in Deutschland

Art	Grad der Gefährdung
Rotbauchunke	stark gefährdet
Gelbbauchunke	stark gefährdet
Geburtshelferkröte	gefährdet
Wechselkröte	gefährdet
Knoblauchkröte	gefährdet
Laubfrosch	gefährdet
Moorfrosch	gefährdet

Quelle: Rote Liste 2009



Die auch als Blaualgen bekannten, giftigen **Cyanobakterien** - hier im Strelasund vor Altefähr - mögen hohe Wassertemperaturen und brauchen viele Nährstoffe. In überdüngten Seen finden sie daher beste Lebensbedingungen.

SCHLAGZEILE

Umweltkatastrophen in der DDR

Obwohl in keiner Statistik erfasst, konnten etliche Umweltkatastrophen in der DDR durch Archivarbeit rekonstruiert werden. Das Ausmaß der unmittelbaren Schäden für Mensch und Umwelt lässt sich nur erahnen: Allein 1983 wurden in der DDR 1145 Brände, 331 Havarien und 67 Explosionen in Industriebetrieben gezählt. Dabei fanden 18 Menschen den Tod und 85 wurden zum Teil schwer verletzt.

Landwirtschaft

Zu DDR-Zeiten gab es neben landwirtschaftlichen Großbetrieben, die eine sehr intensive Landwirtschaft betrieben, auch viele Menschen, die nebenberuflich und nicht zuletzt für den Eigenbedarf kleine und wenig ertragreiche Parzellen bewirtschafteten. Diese Form der kleinteiligen Landwirtschaft kam nach der Wende aus der Mode. Da viele Magerrasen oder Feuchtwiesen nun nicht mehr bewirtschaftet wurden, machten sich darauf Stauden und Büsche breit und die typischen Tiere und Pflanzen verschwanden. Darunter haben z. B. viele Vogelarten wie die Uferschnepfe gelitten, die auf Feuchtwiesen brüten.

Spree

Zu DDR-Zeiten hatte man riesige Mengen Grundwasser aus den Tagebauen der Lausitz in die Spree gepumpt. Damit die Spree die Fluten überhaupt fassen konnte, wurde ihr Bett stellenweise verbreitert und vertieft. Doch als nach 1990 zahlreiche Tagebaue stillgelegt wurden und daher weniger Wasser in den Fluss strömte, war das ausgebaute Bett plötzlich zu groß. Vor allem in trockenen Sommern floss die Spree nur noch träge dahin, es kam zu Sauerstoffmangel, unter dem Fische und viele andere Wassertiere litten. Muscheln drohten zudem unter Schlammablagerungen zu ersticken. Heute wird in trockenen Sommern zusätzliches Wasser aus Talsperren in den Fluss geleitet. Außerdem wird das Flussbett in einigen Abschnitten wieder so umgestaltet, dass auch geringere Wassermengen wieder schneller strömen können.

Rückgang von Umweltbelastungen

Nach der Wende haben Wissenschaftler für etliche Altlasten neue Sanierungsmethoden entwickelt, sodass Böden und Gewässer an vielen Industriestandorten in deutlich besserem Zustand sind als zuvor. Zudem sprudeln zahlreiche Schadstoffquellen längst nicht mehr so stark wie zu DDR-Zeiten.

Gewässer

Viele Seen und Flüsse im Osten sind längst nicht mehr so stark mit chemischen Stoffen belastet wie früher. Der Bau von leistungsfähigeren Kläranlagen hat ebenso dazu beigetragen wie Veränderungen in der Landwirtschaft und die Stilllegung von Tagebauen.

Das Naturerbe der DDR

Mit der Übernahme des DDR-Nationalparkprogramms in den Einigungsvertrag gewann Deutschland auf einen Schlag fünf Nationalparks, sechs Biosphärenreservate und drei Naturparks:

- Nationalpark Vorpommersche Boddenlandschaft (Mecklenburg-Vorpommern)
- Nationalpark Jasmund auf Rügen (Mecklenburg-Vorpommern)
- Müritz-Nationalpark (Mecklenburg-Vorpommern)
- Nationalpark Hochharz (Sachsen-Anhalt)
- Nationalpark Sächsische Schweiz (Sachsen)
- Biosphärenreservat Südost-Rügen (Mecklenburg-Vorpommern)
- Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin (Brandenburg)
- Biosphärenreservat Spreewald (Brandenburg)
- Biosphärenreservat Mittlere Elbe (Sachsen-Anhalt)
- Biosphärenreservat Rhön (Thüringen)
- Biosphärenreservat Vessertal (Thüringen)
- Naturpark Schaalsee (Mecklenburg-Vorpommern)
- Naturpark Drömling (Sachsen-Anhalt)
- Naturpark Märkische Schweiz (Brandenburg)

Auch beim sommerlichen Badeausflug macht sich die bessere Wasserqualität bemerkbar. Denn die grünlich-blauen Teppiche aus Cyanobakterien, die früher regelmäßig auf überdüngten Badeseen trieben, tauchen inzwischen seltener auf.

→ **Tagebau** Bergbaulicher Betrieb, bei dem an der Erdoberfläche abgebaut wird. Dazu wird das Erdreich über der Lagerstätte beseitigt, womit meist schwerwiegende Eingriffe in die Landschaft verbunden sind.

Als eine der spektakulärsten Altlasten der DDR gilt ein 9 ha großer und bis zu 27 m tiefer See in der Nähe des Dorfes Trebnitz in Sachsen-Anhalt. Zwischen 1950 und 1968 hatte man dort hochkonzentrierte Abwässer aus der Braunkohlenverschwelung in einen ehemaligen Tagebau geleitet. So entstand ein fast schwarzes stinkendes Gewässer voller giftiger Substanzen wie Phenolverbindungen und Ammonium.

Steckbrief

Michael Succow

Der 1941 geborene Biologe und Agrarwissenschaftler Michael Succow hat sich vor allem als Fachmann für die Ökologie von Mooren einen Namen gemacht. Von Januar bis Mai 1990 war er stellvertretender Umweltminister der DDR und trieb in dieser Funktion das nationalparkprogramm voran, das zur Ausweisung zahlreicher Großschutzgebiete im Osten Deutschlands führte. Anschließend setzte sich der Wissenschaftler in vielen Ländern Osteuropas sowie Zentral- und Ostasiens für die Einrichtung von Großschutzgebieten ein. Für dieses Engagement wurde er 1997 mit dem „Alternativen Nobelpreis" ausgezeichnet.

Selbst in dieser Brühe fanden sich noch lebende Mikroorganismen. Durch ein spezielles Sanierungskonzept ist es gelungen, diese winzigen Lebewesen für die Wasserreinigung einzuspannen, was auch schon sichtbare Früchte trägt. Für Fische wird das Wasser zwar noch auf Jahrzehnte hinaus zu stark belastet sein. Bakterien, Algen sowie

verschiedene tierische Einzeller und Insektenlarven aber können bereits problemlos in dem Gewässer leben.

→ DDT (Dichlordiphenyltrichlorethan) Äußerst wirkungsvolles Insektizid, das äußerst langlebig ist, sich im Gewebe von Menschen und Tieren anreichert, hormonähnliche Wirkungen entfaltet und zudem im Verdacht steht, krebserregend zu sein

Luft

Auto-Katalysatoren und Filter an Industrieanlagen haben die Luftverschmutzung im Osten Deutschlands massiv reduziert. Davon profitieren z. B. viele Flechten: Diese Lebensgemeinschaften aus Algen und Pilzen reagieren besonders empfindlich auf Schwefeldioxid und andere Luftschadstoffe.

Greifvögel

In der DDR hatten viele Greifvögel unter dem Insektizid DDT gelitten, das dort u.a. in der Forstwirtschaft eine deutlich größere Rolle spielte als in Westdeutschland. Während das Ausbringen der Chemikalie in der Bundesrepublik 1972 verboten wurde, durfte das letzte Holzschutzmittel mit diesem Wirkstoff in Ostdeutschland noch bis 1991 eingesetzt werden.

DDT führt bei manchen Greifvögeln dazu, dass sie Eier mit sehr dünner Schale legen, die beim Brüten leicht zerbricht. Dadurch gingen z. B. die Bestände von Wanderfalken und verschiedenen Adlern in Europa seit den 1950er-Jahren massiv zurück. Seit derWende und dem DDT-Verbot sind diese Vögel in Deutschland wieder im Aufwind.

So hatten Ornithologen im Jahr 1990 deutschlandweit nur 185 Seeadlerpaare gezählt. 2004 waren es bereits 470 und 2007 sogar 575 Paare. Einen ähnlich positiven Trend gibt es auch bei den Fischadlern.

Nationalparkprogramm der DDR

In der Umbruchsphase von 1989/90 gelang einer Gruppe von Naturschützern ein Geniestreich: Sie stellte 14 Großschutzgebiete für Flora und Fauna auf dem Gebiet der heutigen neuen Bundesländer

sicher. Ein normalerweise komplexes und langwieriges Unternehmen, das wohl nur in den elf turbulenten Monaten zwischen Wende und Wiedervereinigung möglich war

Wettlauf gegen die Zeit

Schon Ende 1989 hatten Bürgerinitiativen und Naturschutzfachleute damit begonnen, für die Einrichtung von Nationalparks in der DDR zu werben. In der Diskussion waren u.a. Gebiete an der Müritz und auf Rügen. Anfang 1990 begannen Experten um den damaligen stellvertretenden Umweltminister Michael Succow damit, ein Nationalparkprogramm auszuarbeiten, das unmittelbar vor der ersten freien Volkskammerwahl am 18. März fertig wurde.



Der **Seeadler** ist einer der größten Profiteure des DDT-Verbots. Aber auch andere Maßnahmen wie der Schutz seiner Nestplätze und die Fütterung im Winter haben zur Erholung des Bestands beigetragen.

Zwei Tage vor der Wahl beschloss der Ministerrat der DDR, insgesamt 24 große „Schutzgebiete gesamtstaatlicher Repräsentanz“ einstweilig sicherzustellen. Diese umfassten immerhin knapp 11 % des DDR-Territoriums.

Zur Umsetzung der ehrgeizigen Pläne galt es nun, in aller Eile Schutzgebietsverordnungen vor Ort mit den Räten der Bezirke und Kreise abzustimmen und einen entsprechenden Vorschlag für den Ministerrat auszuarbeiten. Das Vorhaben gelang: Auf seiner letzten Sitzung am 12.9.1990 verabschiedete der Ministerrat das Nationalparkprogramm.

Die Verordnungen mussten anschließend in den Einigungsvertrag aufgenommen werden. Am 1.10.1990 traten sie schließlich in Kraft, mit der Vereinigung beider Staaten am 3.10.1990 ging die Zuständigkeit für die neuen Schutzgebiete auf die neuen Bundesländer über. Damit waren rund 5000 km^2 oder 4,5 % der Landesfläche der DDR unter Schutz gestellt. Der damalige Bundesumweltminister Klaus Töpfer sprach vom „Tafelsilber der deutschen Vereinigung".

Grünes Band

Die großen Flächen entlang der einstigen innerdeutschen Grenze sind ein weiteres Naturerbe der deutschen Einheit. Dort sind Lebensräume erhalten geblieben, in denen viele bedrohte Arten leben. Schließlich blieb der Grenzstreifen fast 40 Jahre lang ungenutzt, die Natur konnte sich dort weitgehend ungestört entwickeln. So ist ein wertvolles, 1400 km langes und äußerst vielfältiges Mosaik aus den verschiedensten Biotopen entstanden.

Steckbrief

Heinz Sielmann

Der deutsche Ökologe, Biologe, Verhaltensforscher und Tierfilmer (1917–2006) drehte international anerkannte Naturfilme und moderierte von 1965 bis 1991 im deutschen Fernsehen die erfolgreiche Tiersendung „Expeditionen ins Tierreich". Seit 1988, als er den Film „Tiere im Schatten der Grenze" drehte, engagierte sich Sielmann dafür, den Todesstreifen der ehemaligen innerdeutschen Grenze zu Thüringen für den Naturschutz zu erhalten. Als „Grünes Band Deutschland" ist das Naturschutzprojekt inzwischen Teil der internationalen Initiative „Grünes Band Europa".

SCHLAGZEILE

Natur verdrängt Eisernen Vorhang

„Das Grüne Band Deutschland“ ist Teil eines größeren gesamteuropäischen Projekts. Ähnlich wie entlang der innerdeutschen Grenze soll sich eine Kette von geschützten Naturparadiesen auch entlang des gesamten Eisernen Vorhangs ziehen, der einst die Machtblöcke in Europa voneinander trennte. Dieses „Grüne Band Europa“ führt durch 24 europäische Länder über rund 8500 km vom Eismeer im Norden Norwegens bis zum Schwarzen Meer an der Grenze zur Türkei. Entsprechend groß ist die Vielfalt der Arten und Lebensräume, die dort geschützt werden können. Die Koordination des Projekts hat die Weltnaturschutzunion IUCN übernommen.

Schon kurz nach der Wende haben sich Naturschützer für den Erhalt dieser Lebensräume eingesetzt. Statt einer scharf bewachten Grenze mit Stacheldraht und Wachtürmen sollte sich nun ein „Grünes Band“ aus Naturparadiesen durch Deutschland ziehen – ein Mahnmal für Frieden und Demokratie und zugleich ein Refugium fürTiere und Pflanzen.

Diese Idee hat sich inzwischen zu einem dergrößten Naturschutzvorhaben in Deutschland entwickelt. Verschiedene Naturschutzorganisationen haben zahlreiche Flächen entlang der ehemaligen Grenze gekauft oder gepachtet, die Behörden haben zudem sehr viele Naturschutzgebiete dort ausgewiesen. 2014 standen bereits mehr als zwei Drittel des Grünen Bandes unter Schutz. Wie wertvoll diese Refugien sind, zeigen Bestandserhebungen der Tier- und Pflanzenwelt: Mehr als 1 200 bedrohte Arten der Roten Liste haben Biologen in den Lebensräumen des Grünen Bandes nachgewiesen.



Nur noch der Kolonnenweg erinnert an die ehemalige innerdeutsche Grenze bei Nordhausen. Im Schatten des einstigen DDR-Todesstreifens konnte sich die Natur weitgehend unberührt entwickeln – das **„Grüne Band“** ersetzte den Eisernen Vorhang.

Wieder mehr Natur

Das Comeback der Wildnis

Jahrtausende lang war die Wildnis in Deutschland auf dem Rückzug. Mittlerweile aber nimmt sie zumindest kleinere Flächen wie ehemalige Truppenübungsplätze oder die Kernzonen der Nationalparks wieder in Besitz. Sogar längst ausgerottete Tierarten tauchen wieder auf.

Im Jahr 2014 blieb in Deutschland nicht einmal 1 % der Landesfläche sich selbst überlassen. Der größte Teil dieser Gebiete liegt in den Kernzonen der Nationalparks. Nach der 2007 von der Bundesregierung verabschiedeten „Nationalen Biodiversitätsstrategie" soll der Anteil solcher Wildnisgebiete bis 2020 allerdings auf 2 % der Landesfläche ansteigen.

Insgesamt kommen im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland mehr als 48 000 Tier- und mindestens 24 000 Pflanzen- und Pilzarten vor. Nur etwa die Hälfte gelten laut der Roten Listen in ihrem Bestand als gesichert.

Naturschutz auf dem Übungsplatz

Das Ende des Kalten Krieges hat neue Chancen für den Naturschutz geschaffen. Als die russischen Truppen 1994 aus Deutschland abzogen, ließen sie riesige Truppenübungsplätze zurück. Allein in Brandenburg

machen solche Liegenschaften mit 2300 km^2 rund 8 % der Landesfläche aus, in Sachsen sind es immerhin 4 %.

Typisch für ehemalige Militärflächen ist ein Mosaik aus Wäldern und Mooren, Seen, Dünen, Trockenrasen und Heideflächen. Außerdem sind sie meist groß, nicht besiedelt und kaum von Straßen zerschnitten.

Dieser Flickenteppich aus unterschiedlichen Biotopen ist extrem artenreich. So haben Wissenschaftler in der Döberitzer Heide mehr als 5000 Tier- und Pflanzenarten nachgewiesen, davon allein 2000 verschiedene Käfer

Die Chance, solche Landschaften zu schützen, ergreift z. B. die „Stiftung Naturlandschaften Brandenburg". Sie besitzt und verwaltet insgesamt 127 km^2 Fläche auf den Truppenübungsplätzen Jüterbog, Lieberose, Heidehof und Tangersdorf. In diesen Dimensionen spielt sich Naturschutz in Deutschland sonst nur selten ab: Das durchschnittliche Naturschutzgebiet ist knapp 1,6 km^2 groß.

→ **Rote Liste** Vom Bundesamt für Naturschutz in etwa zehnjährigem Rhythmus herausgegebene Liste von Tier- und Pflanzenarten, Pilzen und Biotoptypen, die durch Klimawandel, Umweltverschmutzung und andere äußere Einflüsse in ihrem Bestand bedroht sind

Naturlandschaft Döberitzer Heide

Truppenübungsplätze zeichnen sich u. a. dadurch aus, dass sie durch den militärischen Übungsbetrieb nicht bewirtschaftet wurden und somit Platz für sogenannte Offenlandschaften aus Heiden und Trockenrasen boten. Nach Stilllegung der Übungsplätze wurden diese Flächen immer mehr von Stauden und Gehölzen und später auch von jungen Bäumen wie Birken und Kiefern in Besitz genommen. Um aber die bedrohten Arten, deren Lebensraum die offenen Biotope sind, zu erhalten, setzen Naturschützer in der Döberitzer Heide auf Wisente, Przewalski-Pferde und Hirsche – sie fressen nicht nur Gras, sondern auch Büsche und kleine Bäume und halten so die aufkeimende Vegetation kurz.



Sielmanns Naturlandschaft Döberitzer Heide

Das 38 km^2 große Gelände des ehemaligen Truppenübungsplatzes Döberitzer Heide bei Berlin hat die Stiftung des Tierfilmers Heinz Sielmann 2004 für den Naturschutz gesichert. Dort haben rund 5000 Tier- und Pflanzenarten Schutz gefunden.

Landschaft: Ein Mosaik aus Wald, Heiden, Sandflächen und Trockenrasen. Gewässer, Moore, Feuchtwiesen und Röhrichte vervollständigen das Bild.

Interessante Tiere und Pflanzen: Wisent, Przewalski- Pferd, Seeadler, Ziegenmelker, Fischotter, Urzeitkrebse; Sumpf-Knabenkraut, Lederblättrige Rose, Lungenenzian

Moränenlandschaft

In der Eiszeit geformte Moränenlandschaften erstrecken sich über große Teile Norddeutschlands, man findet sie aber auch im Alpenvorland. Sie sind meist eben, wellig oder leicht hügelig mit vielen seichten, oft mit Wasser oder Mooren gefüllten Becken. Auf dem 255 km^2 großen ehemaligen Truppenübungsplatz Lieberose wird eine solche Landschaft geschützt.

Landschaft: Eine typische Moränenlandschaft mit Laubmisch- und Kiefernwäldern, Seen, Bächen und Mooren, Heiden, Trockenrasen und Dünen

Interessante Tiere und Pflanzen: Wolf, Fischotter, See- und Fischadler, Wiedehopf, Ziegenmelker, Raufußund Sperlingskauz, Hirschkäfer; Bärentraube, verschiedene Sonnentau- und Orchideenarten

Nationalpark Hainich

Andere Gebiete wie der Nationalpark Hainich sollen wieder zu kleinen Urwäldern werden. Obwohl auf seiner Fläche sogar zwei ehemalige Truppenübungsplätze beheimatet waren, wurden große Teile des Waldes offensichtlich vom Militär geschont. Und auch heute wird auf 90 % des Nationalparks keine Forstwirtschaft betrieben. So stehen hier junge, alte und absterbende Bäume nebeneinander – auch tote Bäume gibt es nicht zu knapp. Und ausgerechnet dieses Totholz bringt neues Leben in den Wald zurück. Neben verschiedenen Pilzen sind es vor allem die 453 Käferarten, die sich von ihm ernähren.

Die Rückkehr ausgerotteter Arten

Durch intensive Naturschutzbemühungen werden einige der vor noch gar nicht allzu langer Zeit verschwundenen Arten wieder in Deutschland heimisch. Manche Arten siedeln von alleine wieder an, bei anderen helfen Projekte zur Wiederauswilderung nach.

Wolf

Einer der erfolgreichsten Rückkehrer ist der Wolf, der in Deutschland bereits 1845 ausgerottet wurde. Erst als die Art nach der Wende auch im Osten Deutschlands nicht mehr gejagt werden durfte, hatten die Tiere eine Chance. Und diese nutzten sie zuerst in Sachsen. Dort ließ sich 1998 ein Wolfspaar in der Muskauer Heide auf dem Truppenübungsplatz Oberlausitz nieder. Zwei Jahre später sorgten diese beiden Tiere für den ersten Wolfsnachwuchs in Deutschland seit mehr als 150 Jahren.

Bis 2014 war die Zahl der Rudel und Paare bereits auf 32 angewachsen, dazu kamen noch fünf sesshafte Einzelwölfe. Von einer Wolfs-Überbevölkerung ist Deutschland allerdings noch weit entfernt: Laut

einer Studie des Bundesamts für Naturschutz könnten in Deutschland mehr als 400 Wolfsrudel leben.

Luchs

Luchse sind nicht so wanderfreudig wie Wölfe und brauchten daher Unterstützung, um wieder heimisch zu werden. In Deutschland hatten Jäger die Katzen mit den Pinselohren im 19. Jh. ausgerottet. Das erste Wiederansiedlungsprojekt begann Anfang 2000 im Harz, wo innerhalb von sechs Jahren 24 Luchse aus Gehege-Nachzuchten ausgewildert wurden. Seit 2002 sind dort zahlreiche Jungtiere geboren worden, der Bestand wuchs auf mehr als 80 Tiere an.

Eine zweite Population entstand im Bayerischen Wald, nachdem im angren zenden tschechischen Böhmerwald ebenfalls Luchse freigelassen worden waren. Dazu kommen noch einige illegale Auswilderungen und Tiere, die aus Gehegen entkommen sind.

Wölfe in Deutschland

Ort	Anzahl Rudel/Tiere
Sachsen	11 Rudel oder Paare
Grenzgebiet Sachsen / Brandenburg	1 Rudel
Brandenburg	10 Rudel oder Paare, mindestens 1 sesshaftes Einzeltier
Grenzgebiet Brandenburg / Mecklenburg-Vorpommern	1 sesshaftes Einzeltier
Mecklenburg-Vorpommern	1 Paar, 1 sesshaftes Einzeltier
Sachsen-Anhalt	5 Rudel, 1 sesshaftes Einzeltier
Niedersachsen	3 Rudel, 1 Paar, 1 sesshaftes Einzeltier

(Stand Juli 2014)

Die großen Katzen scheinen sich vom Harz nach Nordhessen auszubreiten. Auch im Thüringischen Nationalpark Hainich, im

Schwarzwald und im Pfälzer Wald gibt es Hinweise auf einzelne Luchse.

„Vor der Wende ist jeder Wolf erschossen worden, sobald er seinen Kopf über die Grenze steckte."

Gerd Schumann, Referatsleiter für Artenschutz im brandenburgischen Umweltministerium, am 20.9.2007

Wisent

Auch die größten Tiere, die heute in Europa leben, haben mit menschlicher Unterstützung die Rückkehr nach Deutschland geschafft: die Wisente. Die mächtigen Rinder sind wohl spätestens im 16. Jh. aus dem heutigen Deutschland verschwunden, in freier Natur galten sie seit 1927 als ausgestorben.

Bedrohte Säugetiere

Art	Grad der Gefährdung
Alpenspitzmaus	vom Aussterben bedroht
Nymphenfledermaus	vom Aussterben bedroht
Feldhamster	vom Aussterben bedroht
Hausratte	vom Aussterben bedroht
Luchs	stark gefährdet
Kegelrobbe	stark gefährdet
Schweinswal	stark gefährdet

Quelle: Rote Liste 2009

Große Pflanzenfresser Mitteleuropas

Name	Gewicht	Größe
Auerochse (ausgestorben)	bis 1000 kg	bis 3,10 m Kopf-Rumpf-Länge, bis 2 m Schulterhöhe
Wisent	bis 900 kg	bis 3 m Kopf-Rumpf-Länge, bis 1,88 m Schulterhöhe

Elch	bis 800 kg	bis 3 m Kopf-Rumpf-Länge, bis 2,30 m Schulterhöhe
Rothirsch	bis 280 kg	bis 2,45 m Kopf-Rumpf-Länge, bis 1,40 m Schulterhöhe
Reh	bis 32 kg	bis 1,35 m Kopf-Rumpf-Länge, bis 0,75 m Schulterhöhe

In Zoos und Gehegen hatten jedoch einige Tiere überlebt, die den Grundstock für ein Zuchtprogramm bildeten. Im Jahr 2013 gab es immerhin wieder rund 4500 Wisente, von denen mehr als die Hälfte in freier Wildbahn lebt. Die meisten dieser Herden streifen durch Osteuropa, doch eine ist seit 2013 auch im nordrheinwestfälischen Rothaargebirge zu Hause. Bereits im folgenden Jahr wurden dort die ersten Kälber in Freiheit geboren.

Elch

Im Gebiet des heutigen Deutschland waren die Elche spätestens um 1850 ausgestorben.

Nach erfolgreichen Schutzmaßnahmen in Polen und der Sowjetunion breiteten sich die Tiere ab der Mitte des 20. Jh. wieder nach Westen aus. Seither tauchen immer wieder einzelne Elche in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen auf, 2009 hat es ein junger Bulle sogar bis in die Nähe von Kassel geschafft. Auch Bayern verzeichnet ab und zu Besucher, die über die tschechische Grenze kommen. Der größte Elch-Magnet in Deutschland aber scheint Brandenburg zu sein. Dort sind zwischen April 2011 und Oktober 2012 immerhin 43 Elch-Meldungen eingegangen, insgesamt sollen sich fünf der großen Hirsche dauerhaft dort aufhalten. Wieder eine Facette mehr im Bild der deutschen Natur.



Am 25. August 2014 stattete dieser junge, wahrscheinlich aus Polen kommende **Elch** einem Bürogebäude bei Dresden einen Besuch ab.

Geschichte

Die deutsche Geschichte ist reich an Wandlungen und Umbrüchen, Katastrophen und Neuanfängen. Sie alle kamen nicht aus heiterem Himmel, sondern sind meist Ergebnisse langfristiger Entwicklungen. Neben den eigentlichen Ereignissen werden im Folgenden auch diese Linien aufgezeigt – bis hin zur Wiedervereinigung und der aktuellen Politik.



2000 Jahre Geschichte

Von den alten Germanen bis zur Wiedervereinigung: ein Überblick über wichtige Personen, Ereignisse und Entwicklungen in der wechselvollen Geschichte der Deutschen.

Der Name „Deutschland“

Die Geschichte Deutschlands begann später als die Geschichte der Deutschen. Als Nation und als staatliche Einheit fanden die Deutschen erst mit der Reichsgründung im 19. Jh. zusammen. Der Name „Deutschland” taucht zum ersten Mal gegen Ende des 15. Jh. auf. Die „Deutschen” gab es dagegen schon früher. Abgeleitet von dem althochdeutschen Wort diutisc, wurden mit diesem Namen im 8. Jh. jene Menschen bezeichnet, die nicht das Latein der gehobenen Schichten, sondern die Volkssprache verwendeten. Bald wurde der Begriff auf alle Bewohner jenes Territoriums übertragen, das aus dem östlichen Teil des fränkischen Reiches der Karolinger entstanden war. Der westliche Teil wurde von Frankreich und den Franzosen gebildet.

Frühzeit und Mittelalter

Die frühe Geschichte begann mit den Kelten und den

Germanen. Nach der großen Völkerwanderung setzte das frühe Mittelalter (ab 500) mit der Herrschaftsbildung der Franken ein, die unter Kaiser Karl dem Großen ihre Blütezeit erreichte. Unter den Ottonen entstand das „Heilige Römische Reich", später mit dem Zusatz „Deutscher Nation" versehen. Das Hochmittelalter (bis zum 13. Jh.) wurde von den Saliern und Staufern geprägt, im Spätmittelalter (14. und 15. Jh.) gewannen die Habsburger die Oberhand in einem Reich, das zwar von Kaisern regiert wurde, in denen die monarchisch beherrschten Einzelstaaten jedoch eine wichtige Rolle spielten.

Reformation und Glaubenskriege

Mit der von Martin Luther 1517 ausgelösten Reformation begann eine Epoche politischer und konfessioneller Machtkämpfe, die ihren Höhepunkt im Dreißigjährigen Krieg (1618–48) fanden. Nach der Mitte des 17. Jh. begann der Aufstieg der protestantischen Preußen, die im 18. Jh. unter Friedrich dem Großen mit den katholischen Habsburgern um die Macht im Reich stritten.

Von den Befreiungskriegen zum Parlament

Nach der Französischen Revolution (1789) brachte Kaiser Napoleon I. große Teile Deutschlands unter seine Herrschaft. 1806 bereitete er dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation ein Ende. Nach den Befreiungskriegen entstand 1815 mit dem „Deutschen Bund" der erste Staatenbund auf deutschem Boden. Forderungen nach Reformen und nach einem Nationalstaat wurden in der Zeit der „Restauration" von den Monarchen unterdrückt. Als Folge der bürgerlichen Revolution von

1848/49 trat in der Frankfurter Paulskirche eine gewählte Nationalversammlung zusammen. Das Parlament scheiterte aber, als der preußische König die ihm angetragene Kaiserkrone ablehnte.

Kaiserreich und Erster Weltkrieg

Die Zuspitzung des preußisch-österreichischen Dualismus führte 1866 zum Krieg, 1867 zur Gründung des Norddeutschen Bundes unter Preußens Führung und 1871 auf Initiative Otto von Bismarcks zur Reichsgründung. Zum ersten Kaiser des neuen Reiches wurde in Versailles der preußische König Wilhelm I. proklamiert. Der Erste Weltkrieg (1914–18) bedeutete für Deutschland den Verlust seiner außenpolitischen Vormachtstellung und innenpolitisch mit der Abdankung Kaiser Wilhelms II. das Ende der Monarchie.

Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg

Aus dem Kaiserreich ging 1919 mit der Weimarer Republik die erste deutsche Demokratie hervor. Das nach dem Ersten Weltkrieg isolierte Deutschland fand in dieser Zeit wieder den Anschluss an die internationale Gemeinschaft. Die Machtübernahme der von Adolf Hitler geführten Nationalsozialisten (1933) bedeutete für Deutschland den Weg in die Diktatur und die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs (1939–45).

Von der Teilung zur Wiedervereinigung

Ein Ergebnis des Zweiten Weltkriegs war die Teilung Deutschlands in die Bundesrepublik Deutschland (BRD) und die Deutsche Demokratische Republik (DDR). Mitten durch

Deutschland verlief die Grenze zwischen den beiden von den USA und der Sowjetunion geführten Machtblöcken des Westens und des Ostens. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion endete auch die deutsche Teilung: Der „friedlichen Revolution“ von 1989 folgte am 3.10.1990 der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland. Am 2.12.1990 fanden die ersten gesamtdeutschen Wahlen zum Bundestag statt.

Frühzeit und Mittelalter

Germanen und Völkerwanderung

Die Welt der Germanen bestand aus einer Vielzahl von einzelnen Stämmen. Erst unter den fränkischen Merowingern kam es zur Bildung eines größeren Reiches.

Politische Verhältnisse

Zu Beginn des 1. Jt. v. Chr. bildeten sich im nördlichen und mittleren Deutschland zahlreiche germanische Stammesgesellschaften heraus. Ihre ursprünglichen Siedlungsgebiete lagen in Skandinavien. Über das heutige Deutschland hinaus erstreckte sich ihr Radius im Osten bis an die Weichsel. Nach ihrer geografischen Verteilung werden die Germanen, die zur indoeuropäischen Sprachfamilie gehörten, heute in Nord-. Ost- und Westgermanen eingeteilt. Im Südwesten Deutschlands und westlich des Rheins grenzten sie an eine überwiegend keltische Bevölkerung. Die Germanen bildeten keine staatliche Einheit, sie waren politisch getrennt und nur durch Sprache und Religion miteinander verbunden. Sie waren als Nomaden unterwegs oder bewohnten, wenn sie sesshaft waren, kleinere Siedlungen. Häufig kam es zu Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Stämmen, deren Ursachen Machtkämpfe oder die Aussicht auf Beute und Gewinn waren.

Römische Stadtgründungen in Deutschland

Stadtname	Stadtname in römischer Zeit

Augsburg	Augusta Vindelicorum
Bonn	Bonna
Koblenz	Ad Confluentes
Köln	Colonia Claudia Ara Agrippinensium
Mainz	Mogontiacum
Neuss	Novaesium
Regensburg	Castra Regina
Rottweil	Arae Flaviae
Trier	Augusta Treverorum
Xanten	Colonia Ulpia Traiana

Römische Herrschaft

Im 2. Jh. v. Chr. hatten die Germanen erstmals direkten Kontakt mit den expandierenden Römern, als sich die Kimbern und Teutonen von Jütland zu Wanderungszügen in Richtung Süden aufmachten. Unter Kaiser Augustus unternahmen die Römer zu Beginn des 1. Jh. n. Chr. den groß angelegten Versuch, Germanien bis zur Elbe zu unterwerfen. Der Plan scheiterte, weil ein germanisches Stammesbündnis unter Führung des Cheruskers Arminius (Hermann) den Römern und ihrem Feldherrn Varus 9 n. Chr. in der Schlacht im Teutoburger Wald eine schwere Niederlage zufügte. Nur die Gebiete links des Rheins, und später, nach der Anlage einer künstlichen Reichsgrenze (Limes), auch Teile Hessens, Südwestdeutschlands und Bayerns, waren bis zum 3. Jh. n. Chr. Teil des Römischen Reiches. In dieser Zeit entstanden die ältesten Städte auf dem Boden Deutschlands.

Völkerwanderung und Merowinger

Im 4. und 5. Jh. machten sich viele germanische Stämme, veranlasst durch Klimawandel, Übervölkerung und Versorgungsprobleme, auf die Wanderschaft, um neue Siedlungsplätze zu finden. Ausgelöst wurde dies

durch den Vorstoß der Hunnen aus den Steppen Asiens in Richtung Europa. Diese Phase der Völkerwanderung, die vor allem von den Westgoten, Ostgoten, Franken, Burgundern, Alamannen und Vandalen getragen wurde, führte zu neuen territorialen Verhältnissen links und rechts des Rheins. Aus den Verteilungskämpfen um das Erbe des Weströmischen Reiches, dessen letzter Kaiser 476 gestürzt worden war, gingen die Franken als Sieger hervor. König Chlodwig (ca. 466-511) aus der fränkischen Dynastie der Merowinger unterwarf die Burgunder und die Alamannen und leitete mit seinem Übertritt zum katholischen Glauben (497 oder 498 in Reims) die Bindung der deutschen Herrscher des Mittelalters an die römische Kirche ein.

→ **Vandalen** Germanisches Volk, dessen frühestes bekanntes Siedlungsgebiet der Oder-Warthe-Raum ist. Im Zuge der Völkerwanderung plünderten die Vandalen Rom.



Karl der Große war der Begründer des mittelalterlichen Kaisertums. Seine Büste wird in der Schatzkammer des Aachener Doms aufbewahrt.

Karl der Große

Unter der Dy-Onastie der Karolinger erreichten die Franken den Gipfel ihrer Macht. Karl der Große (747–814) dehnte das Fränkische Reich bis nach Nordspanien und Italien aus. In langwierigen Kriegen wurden die Sachsen unterworfen und zwangschristianisiert. 800 ließ sich Karl vom Papst zum Kaiser krönen. Bewusst knüpfte Karl an das alte römische Kaisertum an und schuf damit die Voraussetzungen für das „Heilige Römische Reich", das unter dem späteren Zusatz „Deutscher Nation" bis

1806 Bestand hatte. 843 zerfiel das Reich der Franken in einen westfränkischen und einen ostfränkischen Teil, die zu den Keimzellen Frankreichs und Deutschlands wurden.

Investiturstreit

Aus den rivalisierenden Stammesherzogtümern der Sachsen, Schwaben, Franken und Bayern gingen die Sachsen als neue deutsche Vormacht hervor. 919 wurde Heinrich I. zum König gekürt, 962 Otto I. nach dem Vorbild Karls des Großen in Rom zum Kaiser gekrönt. Unter den fränkischen Saliern kam es zum Konflikt zwischen König und Papst. Der Investiturstreit, benannt nach der Streitfrage, wer Bischöfe und andere geistliche Würdenträger mit entsprechenden Insignien in ihr Amt einsetzen durfte, gipfelte in dem „Gang nach Canossa", den 1077 Heinrich IV. zu Papst Gregor VII. unternahm, um die Auflösung des Kirchenbanns zu erreichen. Im Wormser Konkordat von 1122 konnte der Streit im Sinne eines Ausgleichs beigelegt werden.

Die Kurfürsten

Das mittelalterliche Königtum war eine Wahlmonarchie. Seit dem Ende des 12. Jh. stand den sieben Kurfürsten das alleinige Recht der Königswahl zu. Entschieden wurde per Mehrheitsbeschluss. Mitglieder des Gremiums, das die Herrscher bestimmte, waren kraft Amtes die Erzbischöfe von Köln, Mainz und Trier, der König von Böhmen, der Pfalzgraf bei Rhein, der Herzog von Sachsen und der Markgraf von Brandenburg.

→ **Goldene Bulle** Das Reichsgrundgesetz Kaiser Karls IV. war bis 1806 das wichtigste Verfassungsgesetz des Heiligen Römischen Reiches.

Die Staufer

1138 ging die Königswürde im Reich an die schwäbischen Staufer. Ihre bedeutendsten Vertreter waren Friedrich Barbarossa (1122–90) und

dessen Enkel Friedrich II. (1194–1250). Barbarossa ging aus dem Machtkampf mit den konkurrierenden Welfen (Heinrich der Löwe) als Sieger hervor, kam aber auf dem 3. Kreuzzug in Kleinasien ums Leben. Friedrich II. erbte von seiner normannischen Mutter Konstanze Süditalien und Sizilien. Nach seinem Tod wurde er im Dom von Palermo auf Sizilien bestattet. Die Staufer wurden ihrerseits von den österreichischen Habsburgern beerbt, deren Wurzeln im Schweizer Aargau liegen. 1273 erlangte Rudolf I. als erster Habsburger die Königskrone und begründete damit eine lange, bis ins 20. Jh. reichende Herrschaftstradition.

Karl IV.

In der Zeit nach den Staufern vollzogen sich, aufgrund der strukturell schwachen Position des deutschen Königs, im Reich immer wieder Macht- und Dynastiewechsel. 1346 wurde der Luxemburger Karl IV. König, 1355 Kaiser des Heiligen Römischen Reiches. Mit ihm wurde Böhmen zum Kernland des Deutschen Reiches. In der Goldenen Bulle von 1356 regelte er die Modalitäten der Königswahl und die Funktion der sieben Kurfürsten, deren Stellung gegenüber dem König weiter gestärkt wurde. Prag entwickelte sich unter seiner Herrschaft zu einer der wichtigsten Metropolen in Europa.

Konstanzer Konzil

Unter seinem Sohn Sigismund (1368 bis 1437) fand von 1414 bis 1418 das Konstanzer Konzil statt. Dabei wurde der böhmische Reformator Jan Hus zum Tode verurteilt und auf dem Scheiterhaufen verbrannt. Die folgenden, von Böhmen ausgehenden Hussitenkriege führten bis 1436 in weiten Teilen des Reiches zu Not und Elend.

Wormser Reichstag

Eine neue Herausforderung stellte der Vormarsch der Türken Richtung Westen dar, die 1453 mit der Eroberung von Konstantinopel die Herrschaft des Reiches von Byzanz beendet hatten. Der Habsburger

Kaiser Maximilian I. war deswegen zu erheblichen Zugeständnissen an die Fürsten im Reich (Reichsstände) bereit, auf deren militärische und finanzielle Hilfe er angewiesen war. So wurde 1495 auf dem Wormser Reichstag die Einrichtung eines von der kaiserlichen Gewalt unabhängigen Reichskammergerichts beschlossen.

Frühe Neuzeit

Glaubenskriege und Absolutismus

Mit der Reformation begann die religiöse Spaltung Deutschlands. Der Absolutismus wurde zur vorherrschenden Regierungsform. Preußen entwickelte sich zum Konkurrenten der Habsburger.

Reformation

Mit der von Martin Luther (1483–1546) im Oktober 1517 ausgelösten Reformation begann die konfessionelle Spaltung Deutschlands. Da viele Reichsfürsten und freie Städte sich, wenn auch eher aus politischen als aus religiösen Gründen, dem Protestantismus anschlossen, gerieten Kaiser und katholische Kirche in Bedrängnis. Der habsburgisch-katholische Kaiser Karl V. (1500–56) war zudem zu sehr mit der Abwehr der Türken, die 1529 erstmals vor Wien standen, beschäftigt, um sich den Angelegenheiten im Reich ausreichend widmen zu können. Im Augsburger Religionsfrieden von 1555 wurde die konfessionelle Spaltung Deutschlands besiegelt. Die Landesherren durften seitdem in ihren Territorien die Religion der Untertanen bestimmen. Wer damit nicht einverstanden war, musste das Land verlassen.



Das Tor der **Schlosskirche zu Wittenberg** gilt bis heute als Symbol der Reformation. Der Legende zufolge soll Martin Luther hier seine 95 Thesen gegen den Ablasshandel angeschlagen haben.

Dreißigjähriger Krieg

Die vor allem von Bayern ausgehenden Bestrebungen einer katholischen Gegenreformation führten zu einer weiteren Verschärfung der Lage. Sie mündeten 1618 in den Dreißigjährigen Krieg. Er begann als eine aus den konfessionellen Gegensätzen in Deutschland resultierende Auseinandersetzung und entwickelte sich durch das Eingreifen Schwedens, Dänemarks und Frankreichs zu einem großen europäischen Krieg. Im Westfälischen Frieden von 1648, den die Siegermächte Schweden und Frankreich in Osnabrück und Münster mit dem Kaiser schlossen, musste Deutschland, neben Gebieten am Rhein und an Nord- und Ostsee, auf die Niederlande und die Schweiz verzichten, die endgültig aus dem Reichsverband ausschieden. In konfessioneller Hinsicht wurden die Bestimmungen des Augsburger Religionsfriedens bestätigt.



Das ab 1720 erbaute **Schloss Bruchsal** diente den Fürstbischöfen von Speyer als Residenz und ist ein typisch absolutistisches Bauwerk.

Absolutismus

Nach dem Westfälischen Frieden entwickelte sich in den einzelnen Territorien die Herrschaftsform des Absolutismus. Nach französischem Vorbild (Ludwig XIV.) präsentierten sich die Könige und Fürsten auf Kosten des Adels und des Klerus als über dem Gesetz stehende Herrscher, mit entsprechendem höfischen Prunk. Sie stützten sich auf eine starke Armee und eine straffe Bürokratie, zu deren Finanzierung die auf eine positive Handelsbilanz zielende Wirtschaftsform des Merkantilismus entwickelt wurde.

Protestantismus

Die Kernidee Martin Luthers war die Rückbesinnung auf das Evangeliums des Neuen Testaments. So bezeichneten diejenigen, die seiner Lehre folgten, ihre Konfession als „evangelisch“. 1529 kam der Begriff „Protestanten“ hinzu. Anlass war ein Vorgang auf dem Reichstag von Speyer: Die katholischen

Fürsten hatten die Revision eines Beschlusses durchgesetzt, der den Anhängern der Reformation die freie Religionsausübung zugesichert hatte. Gegen diese Revision erhoben die evangelischen Reichsstände Einspruch in Form einer schriftlichen „Protestation“. Seitdem wurden sie als Protestanten bezeichnet.

Brandenburg-Preußen

In der zweiten Hälfte des 17. Jh. begann der Aufstieg der Preußen. Wegbereiter war der „Große Kurfürst“ Friedrich Wilhelm von Brandenburg (1620–88). 1701 erwarb Friedrich I. als erster den Königstitel (König in Preußen). Der „Soldatenkönig“ Friedrich Wilhelm I. (1688–1740) formte eine schlagkräftige Armee, die sein Sohn Friedrich II. (der Große, 1712–86) in den Kriegen gegen seine habsburgische Rivalin Maria Theresia, in den Schlesischen Kriegen und im Siebenjährigen Krieg (1756–63) erfolgreich zum Einsatz brachte. Damit war der preußisch-habsburgische Dualismus, der die deutsche Geschichte in der Folgezeit bestimmte, etabliert. Es handelte sich sowohl um einen machtpolitischen als auch um einen konfessionellen Gegensatz, in dem sich die Habsburger als Vormacht des Katholizismus und die Preußen als Vormacht des Protestantismus sahen.

Deutscher Bund

Ende und Neuanfang

In Deutschland führte die Herrschaft Kaiser Napoleons I. zur Auflösung des Heiligen Römischen Reiches. Nach dem Ende Napoleons wurde auf dem Wiener Kongress der Deutsche Bund ins Leben gerufen. Die deutschen Fürsten steuerten nun einen Kurs, der auf die Wiederherstellung der politischen Verhältnisse vor der Französischen Revolution zielte.

Deutschland unter der Herrschaft Napoleons

Aus der Französischen Revolution ging Napoleon I. als Kaiser hervor. Er beherrschte zeitweilig weite Teile Europas. In Deutschland führte seine Herrschaft zur Auflösung des Heiligen Römischen Reiches

Revolutionskriege

Die Revolution, die 1789 in Frankreich ausbrach, führte in Deutschland zu unterschiedlichen Reaktionen. Während Teile des Bürgertums mit den Revolutionären sympathisierten, befürchteten der Kaiser und die Reichsfürsten ein Übergreifen der Ideen auf Deutschland. Auf europäischer Ebene wurden militärische Koalitionen geschmiedet, um den expandierenden Revolutionsheeren der Franzosen Einhalt zu gebieten. Jedoch gelang es der französischen Armee, große Teile Süddeutschlands zu besetzen. Die linksrheinischen deutschen

Besitzungen gingen an Frankreich verloren.

Napoleon Bonaparte

In Frankreich setzte sich 1799 Napoleon Bonaparte als Erster Konsul an die Spitze des Staates. 1804 krönte er sich selbst zum Kaiser der Franzosen. Außenpolitisch verfolgte Napoleon das Ziel, Frankreich zur führenden Macht in Europa werden zu lassen. Deutschland spielte in seinen Vorstellungen die Rolle eines Puffers gegenüber den Habsburgern. So war er bestrebt, die Kontrolle über die politischen Verhältnisse in Deutschland zu gewinnen.

→ **Heiliges Römisches Reich** Amtliche Bezeichnung für den Herrschaftsbereich der römisch-deutschen Kaiser, seit dem 11./12. Jh. auch „Reich der Deutschen“ genannt

Säkularisation

Bereits 1803 hatte der „Reichsdeputationshauptschluss“, ein Ausschuss der Reichsstände, die geistlichen Fürstentümer aufgelöst, um die territorialen Verluste links des Rheins auszugleichen. Durch diese Säkularisation ging der Kirchenbesitz in den Besitz der jeweiligen deutschen Staaten über. Währenddessen setzte Napoleon seinen europäischen Siegeszug fort. 1805 wurden die Österreicher und die Russen in der Schlacht von Austerlitz und 1806 die Preußen in der Schlacht von Jena/Auerstedt besiegt. Danach zog der französische Kaiser im Triumph nach Berlin ein, König und Königin mussten fliehen.

Verluste und Gewinne Bayerns

Ereignis	Verluste		Gewinne	
	Einwohner	Fläche	Einwohner	Fläche
Koalitionskriege gegen Frankreich	730 000	14 343 km^2		
Bündnis mit Napoleon/Reichsdeputationshauptschluss			880 000	16 312 km2

Das Ende des Heiligen Römischen Reiches

Um Österreich und das Deutsche Reich nachhaltig zu schwächen, gründete Napoleon im Juli 1806 den Rheinbund. In ihm schlossen sich unter französischer Führung zunächst 16, später mit Ausnahme Preußens, Österreichs, Kurhessens und Braunschweigs, alle deutschen Fürsten zu einer Konföderation zusammen. Sie verpflichteten sich zur Heeresfolge und profitierten von der Loyalität zu Napoleon durch politische Aufwertung. So wurde aus dem Herzogtum Württemberg das Königreich Württemberg und aus dem Herzogtum Bayern das Königreich Bayern. Mit dem von Napoleon erzwungenen Rücktritt des Habsburger Kaisers Franz II. am 6.8.1806 war das Heilige Römische Reich offiziell aufgelöst.



In der **Völkerschlacht bei Leipzig** (Gemälde von Bogdan Willewalde, 1886; Kunstmuseum Nischnij Tagil) erlitt Napoleons Grande Armee 1813 eine schwere Niederlage, die das Scheitern seiner Expansionspläne Richtung Osten markiert.

Politische Folgen für Deutschland

Um seine Herrschaft in Deutschland zu sichern, setzte Napoleon einen seiner Brüder als Herrscher über das neu geschaffene Königreich Westphalen ein, das sich bis nach Sachsen erstreckte. In den

linksrheinischen Gebieten wurde das französische Recht bindend. Darüber hinaus wurde in weiten Teilen Deutschlands der Code civil eingeführt. Dieses im Auftrag Napoleons erstellte Gesetzbuch des Zivilrechts machte Deutschland mit liberalen Errungenschaften der Französischen Revolution vertraut. So galt jetzt fast überall die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz.

Napoleons Ende

1812 zog Napoleon mit 610 000 Soldaten, darunter auch deutsche Truppen, nach Russland. Das Scheitern dieser Expedition führte zu den „Befreiungskriegen", die Preußen, Russland und Großbritannien gegen Napoleon führten. Empfindlich geschlagen wurde die Grande Armee in der „Völkerschlacht" bei Leipzig (Oktober 1813). Die Entscheidung brachte die vernichtende Niederlage Napoleons bei Waterloo (Juni 1815).

Zeitalter der Restauration

Auf dem Wiener Kongress wurde die Gründung des Deutschen Bundes beschlossen. In der Folgezeit steuerten die deutschen Fürsten einen Kurs, der auf die Wiederherstellung der politischen Verhältnisse vor der Französischen Revolution zielte.

Wiener Kongress

Zwischen September 1814 und Juni 1815 trafen sich in Wien 467 Vertreter von 200 Staaten, Städten und Organisationen zum Wiener Kongress, um Europa politisch neu zu ordnen. Den Vorsitz führte der österreichische Kanzler Klemens Wenzel Fürst von Metternich (1773–1859). Sein Ziel bestand darin, die Autorität der Fürsten zu stärken und stabile Herrschaftsverhältnisse in Europa herzustellen. Die liberalen und fortschrittlichen Errungenschaften der Französischen Revolution sollten in den Hintergrund gedrängt werden. Dieser Kurs der „Restauration" wurde von allen Teilnehmern des Kongresses unterstützt.

Schwarz-Rot-Gold

Die deutschen Nationalfarben gehen auf die Zeit der Befreiungskriege gegen Napoleon zurück. Damals trug das Lützowsche Freikorps, ein vom preußischen Major Ludwig Adolf Wilhelm von Lützow kommandierter Freiwilligenverband, Uniformen mit schwarzen Röcken, roten Aufschlägen und goldenen Knöpfen. Später übernahmen ehemalige Angehörige des Korps als Mitglieder der Jenaer Burschenschaften diese Farben für ihre Fahne, als Symbol für Freiheit und nationale Einigung. 1848 entschied sich das Parlament in der Frankfurter Paulskirche für Schwarz-Rot-Gold als deutsche Nationalfarben. Im deutschen Kaiserreich von 1871 waren die Farben Schwarz-Weiß-Rot, wie bereits zuvor beim Norddeutschen Bund, Hoheitszeichen. Die Bundesrepublik Deutschland kehrte 1949 bei ihrer Gründung zum traditionellen Schwarz-Rot-Gold zurück. Die DDR-Flagge zeigte ebenfalls Schwarz-Rot-Gold, dazu das Symbol von Hammer, Zirkel und Ährenkranz.

Preußen

Außenpolitisch stellte der Kongress das durch Napoleon zugunsten der Franzosen verschobene Gleichgewicht zwischen den europäischen Großmächten Frankreich, Großbritannien, Russland, Österreich und Preußen wieder her. Österreich wurde durch Gebiete in Oberitalien und Dalmatien für den Verzicht auf die habsburgischen Niederlande entschädigt. Preußen erhielt das nördliche Sachsen und Posen, dazu das Rheinland, Westfalen und das Saarland. Mit diesen neuen Westprovinzen reichte das preußische Staatsgebiet nun bis an die Grenzen Frankreichs.

→ **Habsburgische Niederlande** Sie umfassten in etwa das heutige Belgien, zeitweise auch die heutigen Niederlande. Nach der Französischen Revolution wurden sie von Frankreich erobert.



Zum Gedenken an das Reformationsjahr 1517 und die Völkerschlacht bei Leipzig (1813) versammelten sich am 18.10.1817 etwa 500 Studenten zum **„Wartburgfest“** auf der Wartburg bei Eisenach. Besonders die Verbrennung „reaktionärer Schriften“ erregte Aufsehen.

Deutscher Bund

In der Nachfolge des Heiligen Römischen Reiches wurde im Juni 1815 auf dem Wiener Kongress der „Deutsche Bund“ gegründet. Dieser Zusammenschluss von Einzelstaaten war der erste Staatenbund auf deutschem Boden. Mitglieder waren 35 souveräne Fürstentümer und vier freie Städte. Zentrales Bundesorgan war die Bundesversammlung (auch Bundestag genannt) mit Sitz in Frankfurt am Main. Sie bestand aus Gesandten, die von den Fürsten und den Städten bestimmt wurden.

Burschenschaften

Das konservative Bürgertum zog sich in der Zeit der Restauration ins Private zurück und pflegte, statt sich um die Politik zu kümmern, den behaglichen Biedermeierstil. An den Universitäten aber gab es Proteste gegen die autoritäre Politik der Fürsten. Zudem wurde die Forderung

laut, aus dem politisch zersplitterten Deutschland einen einheitlichen Nationalstaat zu machen. Träger dieser Forderung waren die in Burschenschaften organisierten Studenten. Bereits 1815 formierte sich der Dachverband der „Deutschen Burschenschaften“. Zum 300-jährigen Fest der Reformation verbrannten sie am 18.10.1817 auf der Wartburg von ihnen als reaktionär bezeichnete Bücher und verlangten Presse- und Versammlungsfreiheit.

Karlsbader Beschlüsse

Die europäischen Regierungen reagierten auf die Aktionen der Burschenschaften mit Härte. Nach einem Attentat, das ein Burschenschaftler auf den Dichter und russischen Konsul August von Kotzebue verübt hatte, empfing der österreichische Staatskanzler Metternich hochrangige Vertreter der Landesfürsten im böhmischen Karlsbad. Die „Karlsbader Beschlüsse“ von 1819 stellten die Universitäten unter staatliche Aufsicht, verfügten eine Pressezensur und verboten die Burschenschaften. Aufgelöst wurden auch die von Friedrich Jahn („Turnvater Jahn“) gegründeten Turnvereine, weil man sie ebenso wie die Sängerbünde für Keimzellen der Nationalbewegung hielt.

Vormärz und die Revolution von 1848

Die Ereignisse der Julirevolution 1830 in Frankreich strahlten auch nach Deutschland aus und setzten in Teilen seiner Bevölkerung revolutionäre Prozesse in Gang.

Vormärz

Die Zeit zwischen der Julirevolution 1830 in Frankreich und der Märzrevolution in Deutschland 1848 wird als die Zeit des „Vormärz" bezeichnet. Sie war von einem wachsenden Wunsch nach Reformen und nationaler Einheit geprägt.

Julirevolution in Frankreich

Wie 1789, so wehte auch 1830 der revolutionäre Wind aus dem Nachbarland Frankreich nach Deutschland. Im Juli wurde nach einem Aufstand der Pariser Bevölkerung Karl X., der letzte Bourbone, gestürzt. Ihm folgte der „Bürgerkönig" Louis Philippe mit dem Versprechen, sich für eine liberale, bürgerliche Politik einzusetzen. In Deutschland wuchsen durch diese Ereignisse die Hoffnungen, die Zeit der Restauration beenden zu können.

Hambacher Fest

Ein deutliches Signal ging vom Hambacher Fest aus, das 1832 vor dem gleichnamigen Schloss in der Nähe des heutigen Neustadt an der Weinstraße stattfand. Auf dem Burgberg trafen sich, einem Aufruf der Publizisten Philipp Siebenpfeiffer und Johann Wirth folgend, in der Zeit vom 27. bis 30.5.1832 mehr als 30 000 Menschen zur ersten Massenkundgebung in Deutschland. Die Teilnehmer kamen mit schwarz-

rot-goldenen Fahnen und forderten ein einiges, freiheitliches Deutschland. Auch in anderen Teilen Deutschlands fanden nach dem Vorbild des Hambacher Festes Kundgebungen statt.

Frankfurter Wachensturm

Für Aufsehen sorgte im April 1833 ein geplanter Angriff auf die Hauptwache und die Konstablerwache der Polizei in Frankfurt am Main. Die Angreifer, etwa 50 Studenten und Handwerker, wollten anschließend mit den erbeuteten Waffen den Tagungsort der Bundesversammlung des Deutschen Bundes stürmen, die Delegierten in Arrest nehmen und einen allgemeinen Aufstand herbeiführen. Der Plan kam jedoch aufgrund einer Indiskretion schon im Ansatz nicht zur Ausführung, die Verantwortlichen wurden festgenommen.

Steckbrief

Die Brüder Grimm

Die heute vor allem wegen ihrer Märchensammlungen bekannten Brüder Jacob und Wilhelm Grimm gehörten zu den Anhängern der liberalen Bewegung. 1837 verloren sie auf Veranlassung des Königs Ernst August von Hannover ihre Posten als Professoren an der Universität Göttingen, nachdem sie gegen eine Änderung der Verfassung protestiert hatten. Mit ihnen bildeten fünf andere betroffene Professoren die legendäre Gruppe der „Göttinger Sieben“, mit denen sich weite Teile der öffentlichen Meinung solidarisierten.

Schlesischer Weberaufstand

Zum unruhigen Klima in der Zeit des Vormärz trug auch ein Aufstand der schlesischen Weber bei. Sie hatten unter einem gravierenden Wandel der Arbeitsund Produktionsbedingungen zu leiden. Durch technische Neuerungen wie dem vollmechanischen Webstuhl waren die Heimarbeiter mit ihren Erzeugnissen nicht mehr konkurrenzfähig. Der Aufstand der schlesischen Weber im Juni 1844 wurde blutig niedergeschlagen.

→ **mechanischer Webstuhl** Seine Erfindung durch den Engländer Edmund Cartwright war ein wichtiger Schritt der Industriellen Revolution und der Mechanisierung der Arbeit.

Reaktionen der Obrigkeit

Die Forderungen nach Einheit und Freiheit stießen bei der Obrigkeit auf heftigen Widerstand. In allen deutschen Staaten kam es gegenüber den Protestierenden zu heftigen Repressalien. Bereits 1832 beschloss der Deutsche Bund harte Gegenmaßnahmen. So wurden die Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit noch weiter eingeschränkt. Die führenden Köpfe der liberalen Opposition wurden verhaftet.



Unter dem Eindruck des Weberaufstands entstand das Gemälde **„Die schlesischen Weber“** von Carl Wilhelm Hübner, das einen bürgerlichen Fabrikanten und die von ihm abhängigen Weber zeigt. Soziale Konflikte wurden nun zunehmend öffentlich diskutiert und auch zum Gegenstand künstlerischer Bearbeitung.

Rheinkrise

Außenpolitisch fiel in die Zeit des Vormärz ein Konflikt zwischen Preußen und dem Deutschen Bund auf der einen und Frankreich auf der anderen Seite. Die französische Regierung forderte die linksrheinischen Gebiete zurück, die auf dem Wiener Kongress Preußen zugeschlagen worden waren. Die Folge waren auf beiden Seiten heftige, von nationalen und patriotischen Gedanken erfüllte Reaktionen. Ein Regierungswechsel in Frankreich führte zu einem vorläufigen Ende der diplomatischen Auseinandersetzungen.

Revolution von 1848/49

In der Frankfurter Paulskirche trat das erste gewählte Parlament der Deutschen zusammen. Es scheiterte, weil der preußische König die Kaiserkrone ablehnte.

Märzrevolution

1848 erlebten die Deutschen die erste Revolution in ihrer Geschichte. Weil sie im März begann, wird sie als „Märzrevolution“ bezeichnet. Ihre Impulse empfing sie abermals aus dem benachbarten Frankreich, wo im Februar der „Bürgerkönig“ Louis Philippe gestürzt worden war. Träger des revolutionären Geschehens war das gehobene Bürgertum, das von den Monarchen in den einzelnen Teilen des Reiches liberale Reformen verlangte. Zudem wurden Stimmen immer lauter, die sich für die nationale Einheit des zersplitterten Deutschland einsetzten. Die massiven Proteste waren in Teilen des Reiches auch von gewaltsamen Auseinandersetzungen begleitet. In Berlin kamen im März 1848 bei Straßenkämpfen 254 Menschen ums Leben. In Baden riefen die Revolutionäre eine Republik aus, doch wurde der von dem populären Rechtsanwalt Friedrich Hecker organisierte Aufstand blutig niedergeschlagen.

In anderen Teilen des Reiches wie Bayern, Württemberg und Sachsen gaben die Landesherren dem Druck nach und gewährten ihren Untertanen Verfassungen, in denen die Grundrechte der Presse- und

Versammlungsfreiheit verankert wurden. In Preußen, dem wichtigsten deutschen Staat, ließ König Friedrich Wilhelm IV. eine verfassungsgebende Versammlung zu.

Parlamentswahlen

Als Folge dieser Entwicklungen setzten die liberalen und demokratischen Kräfte im Mai 1848 Wahlen zu einem nationalen Parlament durch. Gewählt wurde in den einzelnen Staaten des Deutschen Bundes nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht, jedoch ohne Beteiligung der Frauen. Am 18.5.1848 trat die erste deutsche Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Die 585 Abgeordneten stammten vor allem aus dem Bildungsbürgertum, die unteren Schichten der Bevölkerung waren so gut wie überhaupt nicht vertreten. Der Auftrag der Paulskirchen-Versammlung lautete, eine Verfassung für einen neuen gesamtdeutschen Bundesstaat auszuarbeiten.

SCHLAGZEILE

Die Nationalhymne entsteht

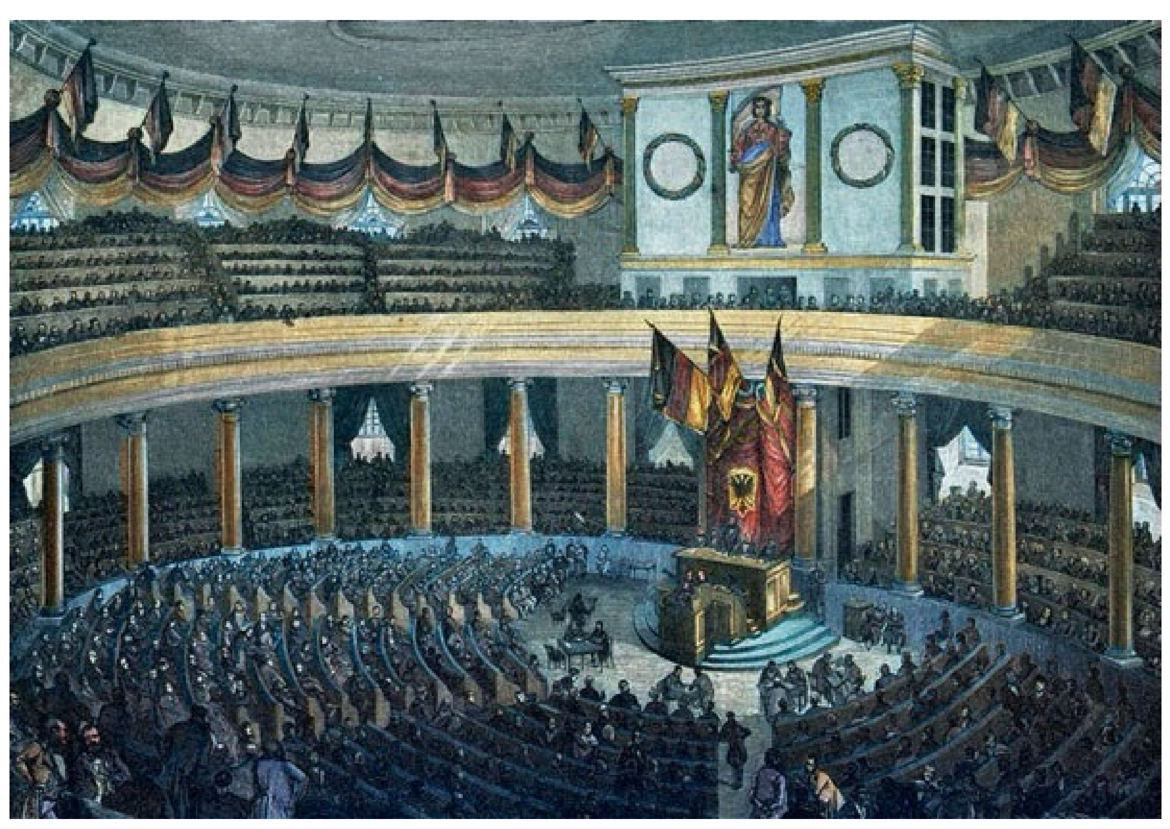
Am 26.8.1841 dichtete der Schriftsteller Heinrich Hoffmann von Fallersleben das „Lied der Deutschen". Der Beginn der ersten Strophe „Deutschland, Deutschland über alles" war ein Appell an die deutschen Fürsten, die nationale Einheit vor die partikularen Interessen der Einzelstaaten zu stellen. Mit der Melodie des bereits 1797 komponierten „Kaiserliedes" von Joseph Haydn wurde Hoffmanns Text 1922 zur deutschen Nationalhymne erhoben.

→ **Paulskirche** Diese evangelische Kirche in Frankfurt am Main diente als Tagungsort der Frankfurter Bundesversammlung.

Kleindeutsch – Großdeutsch

Nach heftigen Debatten wurde am 21.12.1848 ein „Gesetz über die

Grundrechte des Deutschen Volkes“ verabschiedet. Es sah die Abschaffung von Standesprivilegien, die Glaubens- und Gewissensfreiheit, den Verzicht auf die Todesstrafe sowie die Versammlungsund Pressefreiheit vor. Uneinigkeit herrschte über die Frage der künftigen Organisation des Reiches. Die einen plädierten für eine „großdeutsche“ Lösung mit der Einbeziehung Österreichs in den Reichsverband, die anderen für eine „kleindeutsche“ Lösung unter Führung Preußens und mit dem Ausschluss Österreichs. Schließlich setzten sich die Befürworter der kleindeutschen Variante durch. Am 28.3.1849 wählten die Abgeordneten mit 290 Stimmen bei 248 Enthaltungen den preußischen König Friedrich Wilhelm IV. zum Kaiser des neuen Deutschen Reiches. Doch der Monarch lehnte die Krone ab, weil er sie nicht aus den Händen von Parlamentariern erhalten wollte. Damit war das gesamte Unternehmen gescheitert.



Die Aufgabe der **Frankfurter Nationalversammlung**, die 1848/49 in der Frankfurter Paulskirche zusammentrat, war die Formulierung einer Verfassung, die einen gesamtdeutschen Bundesstaat begründen sollte.

Links-Rechts

Parteien im modernen Sinne gab es in der Frankfurter Nationalversammlung noch nicht. Jedoch bildeten sich unter den Abgeordneten der Paulskirche die Gruppierungen der Konservativen, der Liberalen und der radikalen Demokraten. Die Konservativen saßen, vom Parlamentspräsidenten aus gesehen, rechts. Links nahmen die Demokraten, in der Mitte die Liberalen Platz. Diese Sitzordnung hat in den Parlamenten der Bundesrepublik Deutschland bis heute Bestand.

In einzelnen Staaten flammten die Kämpfe wieder auf, wurden aber gewaltsam unterdrückt. Ein Rumpfparlament von 100 Abgeordneten fand im Juni 1849 in Stuttgart ein neues Domizil, doch wurde es bald von der Armee Württembergs aufgelöst. Als letzte Bastion der Revolutionäre fiel am 23.7.1849 die badische Festung Rastatt.

Auf dem Weg zur nationalen Einheit

Die Gebietsgewinne auf dem Wiener Kongress hatten Preußens Position in Europa erheblich gestärkt. Militärisch sah es sich bald für einen Krieg gegen den Rivalen Frankreich gerüstet.

Preußen wird deutsche Vormacht

Der Aufstieg Preußens zum beherrschenden Faktor in Deutschland ist eng mit dem Namen Bismarck verbunden. Der preußische Ministerpräsident steuerte zielstrebig auf die Einheit Deutschlands zu – unter Preußens Führung und auch auf Kosten von Kriegen.

Nach der Revolution von 1848/49

Nach dem Scheitern der Paulskirche und dem Streit um die klein- oder großdeutsche Lösung hielt der machtpolitische Dualismus zwischen Preußen und Österreich an. Nominell bestand der Deutsche Bund fort und die preußische Regierung scheiterte mit dem Plan, durch die Schaffung einer Union der deutschen Fürsten einen neuen Bundesstaat ohne Österreich zu gründen. Innenpolitisch hatten die konservativen Kräfte, die sich, wie in Preußen, nun zu regulären Parteien zusammenschlossen, die Oberhand. Jedoch hatte auch der politische Liberalismus an Bedeutung gewonnen.

Otto von Bismarck

1862 berief König Wilhelm I. Otto von Bismarck (1815–98) zum preußischen Ministerpräsidenten. Zuvor war der Sohn eines Gutsbesitzers preußischer Gesandter beim Bundestag in Frankfurt und Botschafter in Sankt Petersburg und Paris gewesen. Bismarck war

Vertreter eines streng konservativen Kurses und strebte nach der preußischen Vormachtstellung in Deutschland. Seine erste Bewährungsprobe war der preußische Verfassungskonflikt von 1862, der sich an der Frage der Heeresstärke entzündet hatte und den Bismarck dazu nutzte, die Macht des Königs gegenüber dem von den Liberalen dominierten Parlament zu stärken.

Deutschlands Liberale

In Preußen und in anderen deutschen Staaten spielte ab dem 19. Jh. der Liberalismus eine wichtige Rolle. Dessen Vertreter, die sich nach der Revolution von 1848/49 auch als Parteien zu organisieren begannen, stützten sich auf die Ideale der Aufklärung, die in Europa während der Französischen Revolution erstmals politisch wirksam geworden waren. Der Liberalismus (vom Lateinischen liber= frei) zielt auf die Freiheit des Individuums und setzt der staatlichen Autorität das Ideal der Vernunft entgegen. Zum klassischen Forderungskanon der Liberalen zählten im 19. Jh. die Versammlungs-, Presseund Religionsfreiheit sowie eine freie Wirtschaft.



Der Helm mit Spitze, die **Pickelhaube**, wurde zum Symbol der militärischen Stärke Preußens.

Deutsch-Dänischer Krieg

Bismarcks außenpolitische Ambitionen zeigten sich im Deutsch-Dänischen Krieg von 1864. Anlass war ein territorialer Streit mit dem Königreich Dänemark um den Besitz von Schleswig-Holstein. Entgegen vertraglichen Vereinbarungen besetzten die Dänen das Herzogtum Schleswig. Bismarck veranlasste Österreich dazu, an der Seite Preußens gegen Dänemark in den Krieg zu ziehen. Die Entscheidung zugunsten Preußens fiel in der Schlacht bei den Düppeler Schanzen in Nordschleswig (18.4.1864). Als Ergebnis des Krieges fielen ganz Schleswig-Holstein und Lauenburg an Preußen und Österreich.

„Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Deutschland, sondern auf seine Macht. Preußens Grenzen nach den Wiener Verträgen sind zu einem gesunden Staatsleben nicht günstig. Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die große Fragen der Zeit entschieden, sondern durch Eisen und Blut."

Aus einer Rede Bismarcks vor dem preußischen Abgeordnetenhaus am 30.9.1862

Deutscher Krieg

Trotz des gemeinsamen Vorgehens im Krieg gegen Dänemark verschärfte sich in der Folgezeit der preußisch-österreichische Gegensatz. Streitigkeiten um die Besitzungen in Schleswig-Holstein und um eine Reform des Deutschen Bundes wurden von den Beteiligten genutzt, um mit kriegerischen Mitteln eine Lösung der Machtfrage herbeizuführen. Auf der Seite Österreichs in diesem Deutschen Krieg, der im Juni 1866 ausbrach, standen mit Sachsen, Bayern, Baden, Württemberg, Hannover, Hessen-Darmstadt, Kurhessen und Nassau zahlreiche deutsche Staaten. Preußen wurde von den meisten Staaten in Norddeutschland unterstützt. Bei Königgrätz in Böhmen errangen die Preußen am 3.7.1866 unter Generalstabschef Helmut Graf von Moltke den entscheidenden Sieg. Im Frieden von Prag (23. 8. 1866) konnte Bismarck die kleindeutsche Lösung durchsetzen. Preußens Annexionen in

Norddeutschland wurden anerkannt, der Deutsche Bund wurde aufgelöst und die ehemalige deutsche Führungsmacht Österreich schied aus dem Reich aus.

Norddeutscher Bund

An die Stelle des Deutschen Bundes trat mit Wirkung vom 1.7.1867 der von Bismarck ins Leben gerufene „Norddeutsche Bund". Mitglieder waren neben dem Hegemon Preußen 17 norddeutsche Staaten. Bismarck übernahm das Amt des Kanzlers und war damit der erste Bundeskanzler der deutschen Geschichte. 30 Millionen Menschen waren unter dem Dach des Norddeutschen Bundes vereint.

Deutsch-Französischer Krieg

Der Krieg gegen Frankreich war für das preußisch geführte Deutschland nicht allein die militärische Abrechnung mit einem machtpolitischen Konkurrenten in Europa. Für Bismarck war der Krieg auch eine Voraussetzung für die Gründung des deutschen Kaiserreichs.

Traditionelle Gegnerschaft

Das politische Verhältnis zwischen den Nachbarn Deutschland und Frankreich war seit jeher belastet. Ausgehend von der Teilung des Karolingerreiches im Mittelalter prägten Streitigkeiten um Grenzen, um Territorien oder um die politische und konfessionelle Führung in Europa die gegenseitigen Beziehungen. Misstrauisch registrierte man rechts des Rheins, wie sich das militärisch und wirtschaftlich erstarkte Preußen zur deutschen Vormacht entwickelte und mit dem Erwerb der Territorien im Rheinland durch den Wiener Kongress unmittelbarer Nachbar Frankreichs geworden war



Otto von Bismarck hat die deutsche und europäische Geschichte in der zweiten Hälfte des 19. Jh. maßgeblich mitbestimmt (Puschkin Museum, Moskau).

Napoleon III.

In Frankreich hatte sich Napoleon III., ein Neffe Napoleons I., erst zum Staatspräsidenten wählen und 1852 zum Kaiser ausrufen lassen. Sein außenpolitisches Ziel bestand darin, Frankreichs Rolle in Europa und in der Welt wieder zu stärken. So unterstützte er, mit Verweis auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, nationale Bewegungen auf dem Balkan und in Italien. Den Sieg Preußens im Deutschen Krieg gegen den alten Rivalen Österreich sah Napoleon III. als eine Bedrohung für die Sicherheit Frankreichs an. Bismarck wiederum war daran gelegen gewesen, Frankreich aus dem Deutschen Krieg herauszuhalten und hatte Napoleon deswegen in die 1866 erfolgte Neugestaltung Deutschlands mit der Gründung des Norddeutschen Bundes einbezogen. Als der Krieg gegen Österreich gewonnen war, richtete sich Bismarcks außenpolitisches Augenmerk auf Frankreich. Er suchte den Krieg nicht,

wich ihm aber auch nicht aus, zumal er den strategischen Vorteil für sein Hauptziel, die Gründung des deutschen Kaiserreiches unter preußischer Führung, erkannte: Einen militärischen Sieg gegen den Nachbarn hielt er für eine wichtige Voraussetzung, um auch die süddeutschen Staaten für ein preußisches Deutschland unter einem preußischen Kaiser zu gewinnen.

Kriegsanlass spanischer Thron

Auslöser des Deutsch-Französischen Krieges war die Frage der Thronfolge in Spanien. Frankreich war beunruhigt, weil die Spanier auch über einen Nachfolger aus dem Haus Hohenzollern nachdachten. Frankreich fürchtete, in diesem Fall von Preußen von zwei Seiten bedroht zu werden. Nach erfolglosen diplomatischen Interventionen erklärte Frankreich am 19.7.1870 Preußen den Krieg. Bismarck sicherte sich durch Neutralitätserklärungen Italiens und Englands ab und verhinderte zudem das von Napoleon III. erhoffte Eingreifen Österreichs.

SCHLAGZEILE

Telegramm als Kriegsauslöser

Eine wichtige Rolle beim Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges spielte ein von Bismarck redigiertes Telegramm mit dem Inhalt einer Unterredung, die König Wilhelm I. von Preußen am 13.7.1870 im Kurort Bad Ems mit dem französischen Gesandten Graf Benedetti geführt hatte. Durch Bismarcks Textkürzungen erschien das Vorgehen des französischen Diplomaten als provozierend und anmaßend. Brüskiert durch das eigenmächtige Handeln Bismarcks erklärte Frankreich Preußen nur Tage später den Krieg.

Sedan-Kult

Im deutschen Kaiserreich wurde der Sieg bei Sedan zu einem nationalpatriotischen Ereignis stilisiert. Offiziell wurde ab 1871 in ganz Deutschland an jedem 2.9. mit Aufmärschen, Ansprachen und Zeremonien der „Sedantag“ gefeiert. Denkmäler erinnerten ebenso an das Geschehen wie die Namen von Straßen und Plätzen. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und dem Ende des Kaiserreichs wurde der Sedantag 1919 abgeschafft.



Die Fotografie zeigt Ruinen in Paris aus der Zeit des **Deutsch-Französischen Krieges 1870/71**. Bismarck hatte befohlen, die Stadt mit schweren Waffen zu bombardieren. Dies hatte die Kapitulation der Stadt am 28.1.1871 zur Folge.

Verlauf des Krieges

Die französische Armee geriet von Anfang an in die Defensive. Die deutschen Truppen griffen Frankreich von der Pfalz aus an und zwangen die Verteidiger zum Rückzug. Die Vorentscheidung fiel am 2. 9.1870 bei der im Nordosten Frankreichs gelegenen Stadt Sedan. Die Armee kapitulierte, Napoleon III. geriet in deutsche Gefangenschaft, wurde

zunächst nach Wilhelmshöhe (bei Kassel) gebracht und ging 1871 ins Exil nach England. Mit dem Abgang des Kaisers endete auch die französische Monarchie.

Ende des Krieges

Zunächst setzte die französische Armee auch nach der Ausrufung der Republik die Kämpfe fort. Nach einem Waffenstillstand im Januar wurde am 10.5.1871 der Frankfurter Frieden geschlossen. Frankreich trat darin das Elsass sowie einen Teil Lothringens an Deutschland ab und wurde verpflichtet, eine Kriegsentschädigung in Höhe von 5 Mio. Franc zu zahlen.

Deutsches Kaiserreich

Die Ära des „Eisernen Kanzlers“

Erstmals in der deutschen Geschichte und mit erheblicher Verspätung gegenüber den europäischen Nachbarn gab es mit der Reichsgründung 1871 in Deutschland einen einheitlichen Nationalstaat. Erster Kaiser wurde der preußische König Wilhelm I. Politisch geprägt wurde das Kaiserreich jedoch fast 20 Jahre vom „Eisernen Kanzler“ Otto von Bismarck.

Deutsche Reichsgründung

Die Gründung des Deutschen Reiches 1871 fiel zeitlich und ursächlich mit dem Krieg gegen Frankreich zusammen. Mit der Schlacht von Sedan war die Entscheidung zugunsten Preußens gefallen.

Vorgeschichte

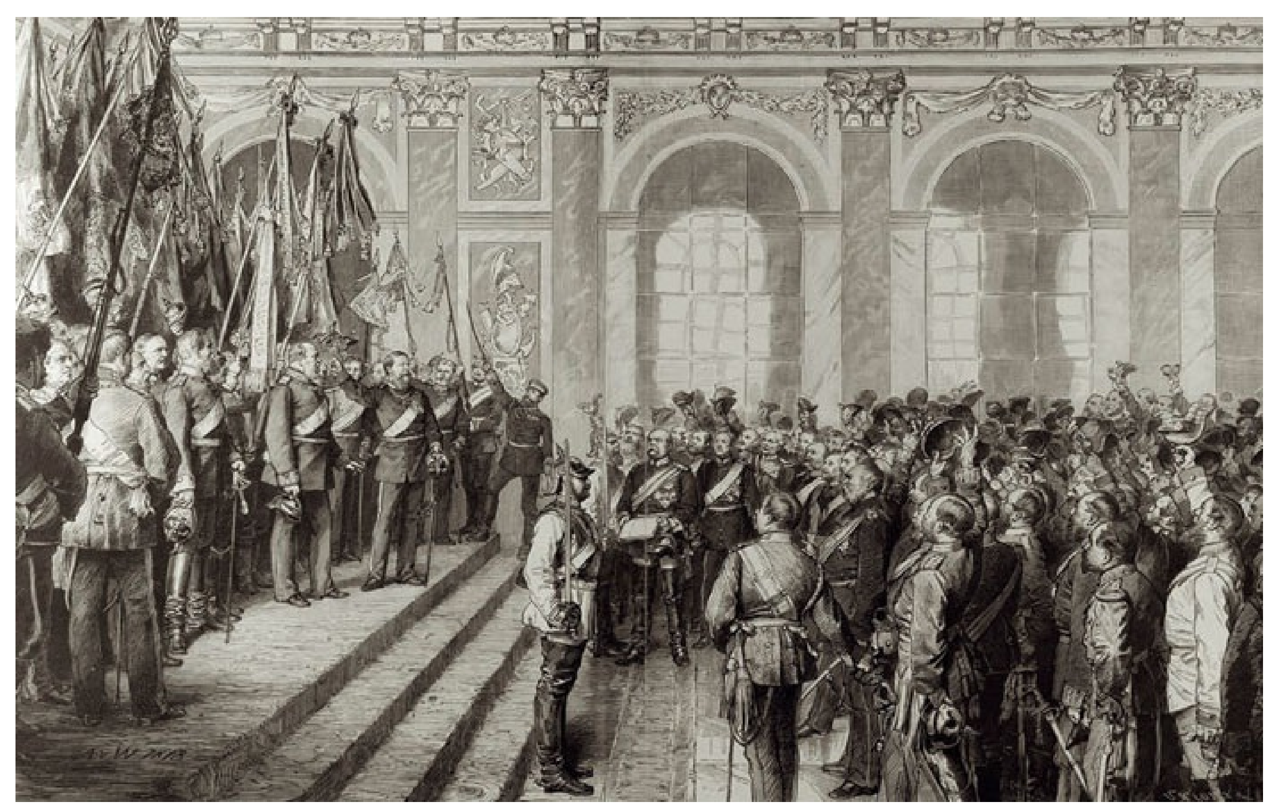
Nach der Schlacht von Sedan verhandelte der preußische Ministerpräsident Bismarck mit den süddeutschen Staaten, die wie Bayern, Württemberg und Baden im Deutsch-Französischen Krieg Trup pen gestellt hatten, über einen Beitritt zum 1867 gegründeten Norddeutschen Bund. Eine entscheidende Rolle bei den Verhandlungen spielte der bayerische König Ludwig II. Sein von Bismarck verfasstes Schreiben der deutschen Fürsten an den preußischen König Wilhelm I. vom 30.1 1.1870 (der sogenannte Kaiserbrief) schuf die Voraussetzungen

für die Proklamation Wilhelms zum Deutschen Kaiser. Um Ludwig auf seine Seite zu bringen, hatte Bismarck nicht nur sein diplomatisches Geschick spielen lassen, sondern auch mit finanziellen Anreizen nachgeholfen.

Steckbrief

Wilhelm I.

Wilhelm I. wurde am 22.3.1797 als zweiter Sohn des preußischen Königs Friedrich Wilhelm III. und Königin Luise geboren. 1829 heiratete er Augusta, die Prinzessin von Sachsen-Weimar. 1840 wurde sein Bruder Friedrich Wilhelm IV. König, Wilhelm erhielt den Titel „Prinz von Preußen“. Während der Revolution 1848/49 war er Befürworter eines harten Kurses gegenüber den Aufständischen und musste zeitweilig nach England fliehen. 1858 übernahm er für seinen dauerhaft erkrankten Bruder die Regentschaft und wurde 1861, nach dessen Tod, preußischer König. 1862 berief er Bismarck zum Ministerpräsidenten, der in der Folgezeit eigenständig die Politik des Landes bestimmte. Auch nach der Kaiserproklamation von Versailles am 18.1.1871 lenkte Bismarck, nun als Kanzler, die Geschicke des Reiches, während Wilhelm meist im Hintergrund blieb. Der Kaiser starb am 9. 3.1888 in Berlin im Alter von knapp 91 Jahren.



Pathetisch inszenierte Anton von Werner die **Proklamation des deutschen Kaiserreichs** im Spiegelsaal von Schloss Versailles am 18.1.1871 in mehreren Gemälden. Im Bild eine spätere Wiedergabe eines der Werke

Kaiserkrönung in Versailles

Die Proklamation Wilhelms zum Deutschen Kaiser fand am 18.1.1871 im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles statt. Das Datum war nicht zufällig gewählt. Genau 170 Jahre zuvor war Friedrich III., der Kurfürst von Brandenburg und Sohn des „Großen Kurfürsten", in Königsberg zum „König in Preußen" gekrönt worden. Die Wahl von Versailles als Krönungsort, wo einst der Sonnenkönig Ludwig XIV. mit höfischem Prunk geherrscht hatte, war dagegen nicht als eine bewusste Demütigung der Franzosen inszeniert. Vielmehr befand sich Preußen zu dieser Zeit noch im Krieg mit Frankreich und Versailles war ein militärisches Hauptquartier der deutschen Armeen.

Verfassung des Kaiserreichs

Die Verfassung des neuen Deutschen Reiches war das Werk Bismarcks.

Sie hatte die Form einer konstitutionellen Monarchie. Die Spitze des Reiches bildete der preußische König, der den Titel „Deutscher Kaiser" führte. Der Kaiser ernannte den Reichskanzler. Erster Inhaber dieses Amtes war Otto von Bismarck. Der Kanzler war ausschließlich dem Kaiser und nicht dem Parlament verantwortlich. Der Reichstag wurde in allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Wahl gewählt. Sein wichtigstes Recht war die Beratung und Verabschiedung des Haushalts. Daneben gab es den Bundesrat als die Vertretung der 25 Bundesstaaten. Preußens Führungsstellung im neuen Deutschen Reich zeigte sich nicht nur in der Besetzung der höchsten Positionen im Staat. 62 % der Bevölkerung und 65 % des Territoriums waren preußisch. Von daher war es nicht überraschend, dass als Hauptstadt und Sitz der Regierung die preußische Metropole Berlin gewählt wurde.

Erste Wahlen

Am 3.3.1871 wurde die Bevölkerung des Deutschen Reiches zum ersten Mal zu den Wahlurnen gerufen, um den Reichstag zu wählen. Nur 52 % der Wahlberechtigten (Männer über 25 Jahre, das waren knapp 20 % der Bevölkerung) machten von ihrem Recht Gebrauch. Sieger wurden die Nationalliberalen, die 125 der 382 Sitze im Parlament gewannen. Die Konservative Partei bekam 57 Sitze. 63 Sitze erhielt die katholische Zentrumspartei. Die zwei Jahre zuvor gegründete Sozialdemokratische Arbeiterpartei, der Vorläufer der Sozialdemokratischen Partei, konnte gerade einmal zwei Sitze verbuchen.

Die wichtigsten Parteien im Kaiserreich

Name	Gründung
Deutsche Fortschrittspartei	1861
Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein	1863
Nationalliberale Partei	1866/67
Freikonservative Partei	1867
Sozialdemokratische Arbeiterpartei	1870

Zentrum	1870
Deutschkonservative Partei	1876

Das Deutsche Kaiserreich unter Wilhelm I.

Bis 1871 war die deutsche Geschichte von politischer Zersplitterung geprägt gewesen. Zwar waren mit dem Deutschen Bund (1815) und dem Norddeutschen Bund (1867) bundesstaatliche Strukturen entwickelt worden. Doch hatten die einzelnen Staaten weiterhin die wichtigsten Hoheitsrechte.

Zusammenwachsendes Reich

Gleich nach der Reichsgründung wurden vereinheitlichende Maßnahmen ergriffen. Noch 1871 setzte Bismarck eine Währungsreform durch. Die Zeit der Taler und Gulden war vorbei, ab jetzt galten im ganzen Reich Mark und Pfennig. Die Reichsbank in Berlin (gegründet 1875) wurde zur allein berechtigten Institution zur Ausgabe von Münzen und Banknoten. Das im Mai 1871 veröffentlichte „Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich" sorgte für Rechtsgleichheit. 1873 folgten Gesetze zur Vereinheitlichung von Maßen und Gewichten.

Gründerjahre

Der Zusammenhalt des Reiches und die Zustimmung der Bevölkerung zu den neuen Verhältnissen wuchs in dem Maße, wie die wirtschaftlichen Verhältnisse sich verbesserten. Die ersten Jahre des Kaiserreiches waren geprägt von Neugründungen von Unternehmen, einer hohen Produktivität, einem Boom auf dem Bausektor, aber auch von überhitzten Aktienkursen. Innenpolitisch waren die Zustände stabil. Bismarck, politisch traditionell konservativ eingestellt, verstand es, die verschiedenen Parteien im Parlament für seine Zwecke einzuspannen oder gegeneinander auszuspielen.

Außenpolitik

Auf dem Gebiet der Außenpolitik ging Bismarck behutsam vor. Sie war von zwei Prinzipien geleitet. Erstens ging es darum, die „Saturiertheit" des Deutschen Reiches zu betonen. Das heißt: Dem Ausland sollte der Eindruck vermittelt werden, dass Deutschland nach dem Krieg gegen Frankreich kein Interesse an weiteren Gebietsgewinnen hatte. Zweitens wollte Bismarck europäische Mächtekonstellationen verhindern, die geeignet waren, das Deutsche Reich in politische oder militärische Bedrängnis zu bringen. Damit verbunden war die Furcht vor möglichen französischen Revancheplänen für den Krieg von 1870/71.

SCHLAGZEILE

Attentat auf den Kaiser

Vier Mal war Kaiser Wilhelm I. Ziel von Attentätern. Ernsthaft verwundet wurde er nur ein Mal. Während einer Kutschfahrt auf der Straße Unter den Linden in Berlin trafen ihn zwei Kugeln, die aus einem Haus abgefeuert wurden. Der 81-Jährige überlebte den Anschlag. Der Attentäter verletzte sich bei einem Selbstmordversuch schwer und starb einige Zeit später. Seine Motive blieben im Unklaren.

→ **Rückversicherungsvertrag** Geheimes Neutralitätsabkommen zwischen Deutschem Reich und Russischem Reich (1887)

Um diese Gefahren zu bannen, knüpfte Bismarck eine Reihe von Bündnissen mit den wichtigsten Mächten in Europa. Von den vier Großmächten neben Deutschland – Großbritannien, Frankreich, Russland, Österreich – sollten, so seine Devise, immer zwei auf der Seite Deutschlands stehen.

Diplomatie und Konferenzen

Ein Beispiel für diese Strategie ist das „Dreikaisertreffen" von 1872. In Berlin kam Kaiser Wilhelm I. auf Anregung Bismarcks mit dem

russischen Zaren Alexander II. und dem österreichischen Kaiser Franz Joseph I. zusammen. Im Mai unterzeichneten Vertreter der drei Staaten in Sankt Petersburg ein Militärabkommen zur gegenseitigen Unterstützung bei Angriffen anderer Mächte. Wenig später schlossen die drei Staaten einen umfassenden Bündnisvertrag. 1878 war Berlin Schauplatz einer Friedenskonferenz zur Beilegung der Balkankrise („Berliner Konferenz"). 1879 ging Deutschland mit Österreich-Ungarn den „Zweibund" ein, um ein Gegengewicht zu einem zu dieser Zeit deutlich eigenständiger operierenden Russland zu bilden. 1882 wurde ein Dreibund mit Österreich-Ungarn und Italien geschlossen, 1887 ein zunächst auf drei Jahre befristeter Rückversicherungsvertrag mit Russland. 1884 begann Deutschland mit dem Erwerb überseeischer Kolonien.

Sozialistengesetze und Kulturkampf

Innenpolitisch wurde die Ära Bismarck vom Kampf gegen die Sozialisten und gegen die katholische Kirche geprägt. Maßstäbe setzte der Reichskanzler mit seiner Sozialgesetzgebung.

Aufstieg der Sozialisten

Im Mai 1875 schlossen sich in Gotha der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (1863 von Ferdinand Lassalle ins Leben gerufen) und die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (gegründet 1869 von Wilhelm Liebknecht und August Bebel) zur Sozialistischen Arbeiterpartei zusammen. Das Parteiprogramm war ein Kompromiss zwischen den revolutionären und den gemäßigten Strömungen in den Reihen der deutschen Arbeiterschaft. Innerhalb der Bevölkerung hatten die Sozialisten zunehmend an Zustimmung und an Bedeutung gewonnen, auch wenn sich dies in den ersten Jahren des Deutschen Kaiserreichs noch nicht in den Ergebnissen der Reichstagswahlen niederschlug.

Bei den Wahlen von 1877 lag ihr Anteil an Stimmen bei 9,1 %. Jedoch spielte die soziale Frage eine immer wichtigere Rolle, seitdem die

Industrielle Revolution auch im Deutschen Reich mit den Fabrikarbeitern eine neue, zahlenmäßig stetig anwachsende Bevölkerungsschicht hervorgebracht hatte. Neben dem konservativen Adel und dem liberalen Bürgertum entwickelten sie sich zur dritten Kraft im Staat. Die Sozialistische Arbeiterpartei wurde zu ihrer politischen Interessensvertretung. Im Gothaer Programm formulierten sie als Ziele den „freien Staat" und die „sozialistische Gesellschaft".



Beim **Dreikaisertreffen** in Berlin vom 5. bis 11.9.1872 besuchten die Monarchen auch das neue Antilopenhaus des Zoologischen Gartens (Mitte: Kaiser Wilhelm I., links: Franz Joseph von Österreich, rechts: Alexander II. von Russland – Holzstich nach Julius Ehrentraut).

Sozialistengesetze

Die konservativen Kreise um Reichskanzler Otto von Bismarck sahen im Aufstieg der Sozialisten eine Bedrohung für Staat und Gesellschaft. So kam es in den folgenden Jahren zu einer ganzen Serie von gesetzlichen Initiativen gegen die Sozialisten. Im Oktober 1878 verabschiedete der Reichstag mit den Stimmen der Konservativen und der Nationalliberalen

das „Reichsgesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie". Es beinhaltete ein Versammlungs-, Organisations- und Publikationsverbot und ermöglichte die Ausweisung sozialdemokratischer Funktionäre. Die Reichstagsfraktion war zwar von den Sanktionen ausgenommen, sah sich durch sie jedoch im Wahlkampf behindert.

Ursprünglich auf zweieinhalb Jahre befristet, wurde das Gesetz bis 1890 immer wieder verlängert. In diesem Jahr bildete sich die Partei unter dem Namen „Sozialdemokratische Partei Deutschlands" (SPD) in Erfurt neu.



Um den „sozialistischen Teufel" wieder zurück in die Kiste zu zwingen, wie es diese Karikatur des britischen „Punch" vom 28.9.1878 zeigt, wurden die **Sozialistengesetze** von **Gesetzen zur Sozialversicherung** begleitet.

Sozialgesetzgebung

Parallel zu den Sozialistengesetzen beschloss der Reichstag auf Initiative Bismarcks eine Reihe von Gesetzen zur Verbesserung der sozialen Situation der Arbeiter. Den Anfang machte 1883 ein Gesetz zur Einführung der Krankenversicherung. 1884 folgte die Unfall-, 1889 die Alters- und Invalidenversicherung. Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte gab es eine staatlich garantierte Absicherung gegen Krankheit, Unfall und Altersarmut. Während die Konservativen die Gesetze als große soziale Errungenschaft feierten, sprachen die Liberalen und das Zentrum von „Staatssozialismus". Die Sozialdemokraten wiederum sahen darin eine bewusste Kampagne Bismarcks zur Schwächung ihrer Partei. Bismarck habe nicht den Arbeitern helfen, sondern den Sozialisten schaden wollen, indem er den Arbeitnehmern staatliche Geschenke gemacht und sie damit der Partei entfremdet habe.

→ **Papstprimat** Seit dem 3. Jh. beanspruchte die katholische Kirche den Vorrang in der Führung des Christentums. Im Ersten Vatikanischen Konzil 1870 wurde er neu definiert, u. a. wurde die Unfehlbarkeit des Papstes in Lehrentscheidungen festgestellt.

Kulturkampf

Neben den Sozialisten sagte Bismarck auch den Katholiken den Kampf an. 1870 hatte der Jurist Ludwig Windhorst die Zentrumspartei gegründet, als politische Vertretung des Katholizismus in Deutschland. Aus der Sicht Bismarcks waren die Aktivitäten der neuen Partei eine Gefahr für die Einheit des vom überwiegend protestantischen Preußen geführten Deutschen Reiches. Anlass zum Handeln bot ihm das vom Ersten Vatikanischen Konzil im Sommer 1870 verkündete Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes. Zugleich war der Anspruch vom Primat der Kirche über den Staat unterstrichen worden. Am 10.12.1871 verabschiedete der Reichstag ein Gesetz, das den Geistlichen Stellungnahmen zu staatlichen Angelegenheiten untersagte. 1872 verbot ein Gesetz den Jesuiten die Niederlassung. Im selben Jahr wurde in Preußen die Schulaufsicht – traditionell eine Domäne der Kirche – dem

Staat übertragen. 1873 beschloss der preußische Landtag die „Maigesetze“ mit einem ganzen Paket von Verfügungen gegen den Einfluss der Kirche in Preußen. Ermöglicht wurde im Rahmen des „Kulturkampfes“ auch die Zivilehe. Da die harten Maßnahmen auch bei den Protestanten umstritten waren und die Zentrumspartei bei den Wahlen einen erheblichen Stimmenzuwachs verbuchen konnte, wurden die Gesetze nach 1880 schrittweise wieder aufgehoben.

Das Zentrum bei den Reichstagswahlen

Wahl	Ergebnis
März 1871	18,6 %
Januar 1874	27,9 %
Januar 1877	24,8 %
Juli 1878	23,1 %
Oktober 1881	23,7 %

Sehenden Auges in den Untergang

1888 wurde Wilhelm II. deutscher Kaiser. Der neue Monarch pflegte einen anderen Regierungsstil als sein Großvater. Dies führte zum Ende der Ära Bismarck, Wilhelms Weltmachtstreben zum Ersten Weltkrieg. Die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ besiegelte schließlich auch den Untergang der Monarchie .

Dreikaiserjahr 1888

Am 9.3.1888 starb Kaiser Wilhelm I. Nachfolger als preußischer König und als deutscher Kaiser wurde sein Sohn Friedrich (geboren am 10.10.1831 in Potsdam). Der neue Monarch nannte sich Friedrich III, wobei er mit dieser Zählweise an die Tradition der preußischen Könige anknüpfte und sich in die Nachfolge Friedrichs II. („des Großen”) setzte. Verheiratet war er mit der aus England stammenden Prinzessin Viktoria. Als Friedrich den Thron bestieg, war er bereits schwer krank. Ein unheilbarer Kehlkopfkrebs hinderte ihn daran, sein Amt auszuüben. Am 15.6.1888 starb der „99-Tage-Kaiser“. Sein Tod wurde vor allem im liberalen Bürgertum betrauert, als deren Hoffnungsträger der Kaiser gegolten hatte. Schon bevor er Kaiser geworden war, hatte sich Friedrich häufig dem konservativen Kurs Bismarcks widersetzt. Am 15.6.1888 trat mit Wilhelm II. innerhalb weniger Monate der dritte Kaiser sein Amt an.



„Der Lotse geht von Bord." Karikatur im britischen „Punch" zur **Entlassung Bismarcks**

Wilhelm II.

Wilhelm wurde am 27.1.1859 in Berlin geboren. Aufgrund einer Komplikation bei der Geburt blieb sein linker Arm teilweise gelähmt. 1881 heiratete er die Prinzessin Auguste Victoria aus dem Haus Schleswig-Holstein. Aus der Ehe gingen zwischen 1882 und 1892 sieben Kinder hervor. Politisch stand der Kronprinz in Gegensatz zu seinen liberalen Eltern und setzte auf konservative Ideen und altpreußische Tugenden.

Entlassung Bismarcks

In jungen Jahren war Wilhelm ein großer Verehrer Bismarcks gewesen, doch zwischen dem jungen Kaiser, der bei Regierungsantritt 29 Jahre alt war, und dem alten Reichskanzler Bismarck, zu diesem Zeitpunkt bereits

73 Jahre alt, gab es von Anfang an erhebliche Differenzen. Sie waren politischer, vor allem aber persönlicher Natur. Anders als sein Großvater Wilhelm I. war der neue Kaiser nicht bereit, dem Reichskanzler in seinem Handeln freie Hand zu geben. Am 20.3.1890 kam es zum endgültigen Bruch. Kaiser Wilhelm II. händigte Bismarck das Entlassungsschreiben aus. Seine Nachfolge als Reichskanzler trat Leo Graf von Caprivi an. Bismarck zog sich auf Schloss Friedrichsruh im Sachsenwald zurück, wo er am 30.7.1898 starb.

→ **Deutscher Kolonialverein** 1882 in Frankfurt am Main gegründete Gesellschaft, die das Interesse der Deutschen für die Kolonialpolitik wecken und schüren sowie die Politik zu kolonialen Eroberungen animieren wollte

Die Reichskanzler des Kaiserreichs

Kanzler	Zeitraum
Otto von Bismarck	1871-1890
Leo Graf von Caprivi	1890–1894
Chlodwig Fürst zu Hohenlohe	1894–1900
Bernhard Graf von Bülow	1900–1909
Theobald von Bethmann Hollweg	1909–1917
Georg Michaelis	Juli–Nov. 1917
Georg Graf von Hertling	Nov. 1917–Sept. 1918
Max Prinz von Baden	Okt. 1918–Nov. 1918

Wilhelms Führungsstil

Nach Bismarcks Entlassung entwickelte Wilhelm II. einen dominanten persönlichen Führungsstil. In das politische Tagesgeschäft griff er ebenso ein wie in Debatten über die Grundsätze der Außen- und der Innenpolitik. Die Mitglieder des Kabinetts wurden entmachtet, stattdessen hörte der Kaiser auf persönliche Berater und Freunde.

Schwankender Kurs

In seinen politischen Einstellungen war der Kaiser schwankend und sprunghaft. Gab er sich zu Anfang seiner Regierung noch als Freund der Arbeiter (was zur Abschaffung der Bismarckschen Sozialistengesetze führte), so unterstützte Wilhelm II. später gegen die Sozialdemokratie gerichtete Maßnahmen. In der Außenpolitik bedeutete die Herrschaft Wilhelms II. eine Abkehr von der Sicherheitspolitik Bismarcks. Das ausgewogene Bündnissystem wurde 1890 durch die Weigerung, den vom früheren Reichskanzler ausgehandelten Rückversicherungsvertrag mit Russland zu verlängern, aufs Spiel gesetzt. Stattdessen setzte der Kaiser, auch aus familiären Gründen, auf eine verstärkte Zusammenarbeit mit Großbritannien. Während Bismarck Deutschlands Rolle als Kontinentalmacht gesehen hatte, dachte Wilhelm in globalen überseeischen Kategorien.

Weltmachtstreben

In der Ära nach Bismarck beteiligte sich das Deutsche Reich verstärkt an dem politisch und wirtschaftlich motivierten Wettstreit der europäischen Staaten um Macht und Einfluss in der Welt.

Kolonialpolitik

Noch in der Ära Bismarck hatte das Deutsche Reich begonnen, Kolonien in Afrika und in der Südsee zu erwerben. 1882 war der Deutsche Kolonialverein, 1884 die Gesellschaft für deutsche Kolonisation (Carl Peters) gegründet worden. 1884 wurde als erstes „Schutzgebiet" Deutsch-Südwestafrika (heute Namibia) eingerichtet. 1884 folgten Kamerun und Togo, 1885 Deutsch-Ostafrika (heute Tansania, Burundi, Ruanda). In der Südsee kamen die Besitzungen Neuguinea und die Marshall-Inseln hinzu. Die deutsche Kolonialherrschaft, mit der Deutschland mit den klassischen Kolonialmächten Großbritannien und Frankreich Schritt zu halten versuchte, führte bei den betroffenen Völkern wiederholt zu Aufständen (so bei den Herero in Südwestafrika). Auch der Nahe Osten wurde zur deutschen Interessenssphäre. Die kaiserliche

Regierung knüpfte enge Beziehungen zum türkischen Sultan in Istanbul und öffnete der deutschen Wirtschaft mit dem Bau der Bagdad-Bahn (1902) neue Horizonte.



Auf einen Aufstand der **Herero und Nama** (in der Bildmitte der Fürst der Herero, Samuel Maharero) in Deutsch-Südwestafrika 1904–08 reagierte die deutsche Kolonialmacht mit einem Völkermord.

Motive und Hintergründe

Hinter der offensiven Ausrichtung der deutschen Außenpolitik standen politische und wirtschaftliche Interessen. Wilhelm II. und seine Berater sprachen im Zusammenhang mit den Kolonien von einem „Platz an der Sonne" für Deutschland. Einflussreiche Organisationen wie der „Alldeutsche Verband" forderten aus völkischpatriotischen Gründen eine führende Rolle Deutschlands in der Welt. Wirtschaft und Industrie waren an neuen Absatzmärkten und Rohstoffquellen interessiert.

Flottenbau

Um diese Ziele zu erreichen, forcierte Großadmiral Alfred von Tirpitz (1849 bis 1930), seit 1897 Reichsmarineminister, mit kaiserlicher Rückendeckung ab 1898 ein ehrgeiziges Flottenbauprogramm, durch das die kaiserliche Marine hinter Großbritannien zur weltweit zweitstärksten Seemacht wurde. Die Folgen waren ein wachsendes Misstrauen der britischen Regierung gegenüber der deutschen Außenpolitik und ein deutschbritisches Wettrüsten.

SCHLAGZEILE

Wilhelm II.: „Pardon wird nicht gegeben!“

Am 27.7.1900 machten sich in Bremerhaven deutsche Soldaten auf den Weg nach China, um dort die Boxer zu bekämpfen, einen religiös-politischen Geheimbund, der gegen Angehörige der europäischen Kolonialmächte vorging. Bei der Verabschiedung der Einheit hielt Wilhelm II. eine als „Hunnenrede“ bekannt gewordene Ansprache, die später in der gegnerischen Propaganda als Beleg für das barbarischen Verhalten der Deutschen diente: „Pardon wird nicht gegeben. Gefangene werden nicht gemacht. (…) Wer euch in die Hände fällt, sei euch verfallen. Wie vor 1000 Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel sich einen Namen gemacht haben, so möge der Name Deutscher in China auf 1000 Jahre durch euch in einer Weise bestätigt werden, dass niemals wieder ein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen.“

Die Entente Cordiale

Im Bündnissystem Bismarcks hatte das russische Zarenreich eine wesentliche Rolle gespielt. 1890 wurde der vom ehemaligen Reichskanzler geschlossene Rückversicherungsvertrag gekündigt. Das Ergebnis war eine Annäherung zwischen Russland und Frankreich, das als Nachbar Deutschlands die Chance, einen neuen Verbündeten zu finden, entschlossen nutzte. 1904 schloss Frankreich in der „Entente Cordiale" auch mit Großbritannien ein Bündnis, in dem die Staaten ihre

kolonialen Streitigkeiten beilegten.

Marokkokrisen

Die Konkurrenz zwischen Deutschland auf der einen und Frankreich und Großbritannien auf der anderen Seite zeigte sich 1905 und 1911 in zwei Krisen um Marokko. Frankreichs Versuche, seinen Einfluss in dem nordwestafrikanischen Land zu stärken, beantwortete Wilhelm II. 1905 mit einem demonstrativen Besuch in Tanger. 1911 entsandte die deutsche Marine das Kanonenboot „Panther" nach Agadir (Panther-Sprung).

Daily-Telegraph-Affäre

Für Aufsehen sorgte im Oktober 1908 die Veröffentlichung eines Gesprächs, das Kaiser Wilhelm II. mit einem englischen Oberst geführt hatte, in der Londoner Zeitung „Daily Telegraph". Er betonte darin seine freundschaftliche Haltung gegenüber England und bedauerte, dass er mit dieser Einstellung nicht die Mehrheit der Deutschen hinter sich habe. Die Buren in Südafrika seien von England nur deswegen besiegt worden, weil er seiner Großmutter Queen Victoria einen Feldzugplan habe zukommen lassen. Das internationale Echo war verheerend. England sah die Äußerungen als überheblich an, Frankreich und Russland glaubten an ein taktisches Manöver, um einen Keil zwischen die Verbündeten zu treiben. In Deutschland kam es zu heftigen Debatten um die Frage, wie weit der Kaiser mit seinen öffentlichen Äußerungen gehen dürfe.

Erster Weltkrieg 1914–1918

Auslöser des Krieges war die Ermordung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand und seiner Frau am 28. 6.1914 bei einem Attentat in Sarajevo. Der junge serbische Täter wollte damit gegen die Besetzung der Provinz Bosnien-Herzegowina durch Österreich- Ungarn protestieren. Viele Nationalisten forderten den Anschluss an das Königreich Serbien. Aus Furcht vor einem Zusammenbruch des

Vielvölkerstaates auf dem Balkan wandte sich Kaiser Franz Joseph mit der Bitte um Hilfe an Wilhelm II. und die deutsche Regierung. Am 6.7.1914 erteilte diese per Telegramm eine Blankovollmacht: Sollte wegen der Balkankrise ein Krieg ausbrechen, würde Deutschland an der Seite Österreich-Ungarns stehen. Russland und Frankreich machten deutlich, dass sie in diesem Fall Serbien unterstützen würden.

Konstellationen und Schuldfrage

In der folgenden „Julikrise" kam es in den europäischen Hauptstädten zu hektischen Aktivitäten, Ultimaten und Mobilmachungen. Die Konstellationen unter den Großmächten entsprachen dabei den vor dem Krieg geschlossenen Bündnissen: Auf der einen Seite Deutschland und Österreich-Ungarn (die „Mittelmächte"), auf der anderen Seite Russland, Frankreich, Großbritannien und Serbien (die Entente). Später traten Italien, Rumänien, Japan und die USA für die Entente und die Türkei und Bulgarien für die Mittelmächte in den Krieg ein. Über die Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs gibt es bis heute unterschiedliche Auffassungen. In der aktuellen Geschichtsforschung neigt man dazu, keinem Staat speziell die Verantwortung zu geben. Vielmehr seien die Großmächte als Folge der vorhergehenden imperialistischen Kolonialpolitik mehr oder minder unbewusst in den Krieg hineingezogen worden.

Steckbrief

Carl Peters

Carl Peters (1856–1918) war der Pionier der deutschen Kolonialbewegung. Nach der Gründung der „Gesellschaft für deutsche Kolonisation" (1884) reiste er als privater Vertreter der Gesellschaft nach Ostafrika und schloss mit den Führern der Stämme sogenannte Schutzverträge. Nachdem 1891 das Deutsche Reich offiziell Kolonialmacht geworden war, bekleidete Peters in Deutsch-Ostafrika das Amt eines Reichskommissars. Sein brutales Vorgehen gegen die Einheimischen führte 1897 zur Entlassung aus dem Staatsdienst.



Das namenlose Entsetzen, das die Schlachten des **Ersten Weltkriegs** hervorriefen, beschäftigte zahlreiche Künstler. Der Russe P.P. Karjagin hielt seine Eindrücke in diesem Gemälde von 1918 fest (Museum der Artillerie, Sankt Petersburg).

Kriegserklärungen

Der „Große Krieg", wie er von den Zeitgenossen genannt wurde, begann mit einer Serie von Kriegserklärungen, die in rascher Folge abgegeben wurden: am 28. 7.1914 Österreich-Ungarn an Serbien, am 1.8.1914 Deutschland an Russland, am 3. 8. Deutschland an Frankreich, am 11.8. Frankreich an Österreich-Ungarn, am 12.8. Großbritannien an Österreich-Ungarn.

SCHLAGZEILE

Plan gegen Zweifrontenkrieg

Den „Schlieffen-Plan" hatte 1905 Alfred Graf von Schlieffen (1833–1913) in seiner Eigenschaft als Chef des Generalstabs entwickelt. Um einen Zweifrontenkrieg gegen Frankreich und Russland zu vermeiden, sah er zunächst einen Feldzug nach Westen und anschließend einen Vorstoß nach Osten vor.



Der Erste Weltkrieg war der erste mit **Massenvernichtungswaffen** geführte Krieg. Die Reichweite der Geschütze reichte bis zu 60 km. Im Bild das Geschütz „Gamma-Gerät", Kaliber 42 cm

Verlauf

Anfang August wurden nach dem „Schlieffen-Plan" die deutschen Truppen über das neutrale Belgien in Richtung Frankreich in Marsch gesetzt. Der Krieg an der Westfront entwickelte sich zu einem langwierigen und für beide Seiten äußerst verlustreichen Stellungskrieg. Allein bei Verdun kamen mehr als 700 000 Soldaten ums Leben. An der Ostfront konnte die deutsche Armee ein Vordringen der russischen Truppen aufhalten und Teile Polens besetzen, bevor 1916 auch hier ein

Stellungskrieg begann. Der Sturz des Zarenregimes durch die Russische Revolution 1917 führte zum Ausscheiden Russlands aus der Entente und zum „Frieden von Brest-Litowsk" mit dem Deutschen Reich (3. 3. 1918). Die Wende im Westen trat mit dem Kriegseintritt der USA (6.4.1917) und dem uneingeschränkten U-Boot-Krieg ein. Die deutschen Armeen waren überall auf dem Rückzug, letzte Angriffsversuche scheiterten. Die Bevölkerung in der Heimat litt, ebenso wie alle Menschen, die von dem kriegerischen Geschehen direkt betroffen waren, an Hunger und Elend.

Ende des Krieges
Im August 1918 errangen die Alliierten in der Schlacht von Amiens (Frankreich) einen wichtigen Sieg gegen das deutsche Heer. Die Oberste Heeresleitung (OHL) gab den Krieg daraufhin verloren. Anfang Oktober erfolgte ein Waffenstillstandsangebot an die USA. Am 11.11.1918 wurde in einem Eisenbahnwaggon im französischen Compiegne von Deutschland auf der einen und Frankreich und Großbritannien auf der anderen Seite ein Vertrag über einen Waffenstillstand unterzeichnet. Im „Versailler Vertrag" (28. 6.1918) hatte Deutschland die Alleinschuld am Krieg anzuerkennen. Zugleich enthielt er Bestimmungen über hohe Kriegsentschädigungen (Reparationen) und Gebietsabtretungen (Elsass-Lothringen, Polen).

Revolution und Ende des Kaiserreiches
Offiziell war der Krieg noch nicht zu Ende, als am 29.10.1918 die Matrosen der deutschen Hochseeflotte in Bremerhaven meuterten. Grund war ein Befehl der Seekriegsleitung, trotz aussichtsloser militärischer Lage den Seekrieg gegen Großbritannien wieder aufzunehmen. Dem Aufstand schlossen sich die Matrosen in Kiel an. In anderen Städten des Reiches entstanden Arbeiter- und Soldatenräte nach sowjetischem Vorbild. Sie forderten die Abdankung des Kaisers. Am 7.11.1918 erreichte die revolutionäre Bewegung München. Der sozialistische Politiker Kurt Eisner (1867–1919) rief an diesem Tag die bayerische Republik aus.

SCHLAGZEILE

Hindenburg stoppt russischen Vormarsch

Im August 1914 besiegte die 8. Armee unter dem Oberbefehl von Paul von Hindenburg bei Tannenberg (heute Polen) die russische Nordwestarmee und stoppte deren Vormarsch Richtung Westen. Die Schlacht von Tannenberg begründete den Ruf des späteren Reichspräsidenten Hindenburg als Kriegsheld und war nach dem Krieg Gegenstand patriotischer Propaganda (Mythos Tannenberg).

Abdankung des Kaisers

Auch in der Hauptstadt Berlin bildeten sich Arbeiter- und Soldatenräte, die zum Generalstreik aufriefen. Dabei kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit regierungstreuen Soldaten und Polizisten. Kaiser Wilhelm hielt sich zu dieser Zeit im Hauptquartier der Obersten Heeresleitung in Spa (Belgien) auf. Reichskanzler Max von Baden forderte ihn am 9.11. 1918 telegrafisch zur Abdankung auf. Der Kaiser galt als Symbolfigur des Krieges, nur durch seinen Rücktritt glaubte man eine weitere Ausbreitung der Revolution verhindern zu können. Da Wilhelm zögerte, ergriff der Reichskanzler die Initiative. Noch am selben Tag verbreitete er eine Erklärung, wonach sich der Kaiser zum Rücktritt entschlossen habe. Wilhelm wurde vor vollendete Tatsachen gestellt. Der ehemalige Monarch begab sich ins Exil in die Niederlande.

→ **Arbeiter- und Soldatenräte** Im Zusammenhang verschiedener revolutionärer Situationen bildeten sich zu Beginn des 20. Jh. diese Vertretungen von Arbeitern und Soldaten als Organe der revolutionären Gewalt. Daraus erwuchs das Rätesystem.

Ausrufung der Republik

Das politische Ende Wilhelms war gleichbedeutend mit dem Ende der Monarchie. Eine Schlüsselrolle kam den Sozialdemokraten zu. Bereits 1917 hatte sich von der SPD die USPD, die radikale „Unabhängige

Sozialdemokratische Partei Deutschlands“, abgespalten. Am Mittag des 9.11.1918 übertrug Max von Baden dem gemäßigten SPD-Politiker Friedrich Ebert das Amt des Reichskanzlers. Gegen 14 Uhr rief der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann von einem der Balkone des Berliner Reichstages die „Deutsche Republik“ aus. Zwei Stunden später proklamierte Karl Liebknecht, neben Rosa Luxemburg führende Figur des revolutionären Spartakusbundes, die „Freie sozialistische Republik Deutschland“.

Der Spartakusbund

1915/16 entstand innerhalb der SPD eine radikalsozialistische Gruppe um Rosa Luxemburg (1871 bis 1919), Karl Liebknecht (1871–1919) und Franz Mehring (1846–1919), die sich 1917 mit der USPD zusammenschloss. Den Namen „Spartakusbund“ gab sie sich im November 1918. Ende 1918/Anfang 1919 gründeten die Spartakisten die KPD.

Provisorische Regierung

Am 10.11.1918 bildete Ebert als Übergangsregierung den „Rat der Volksbeauftragten“, bestehend aus Mitgliedern der SPD und der USPD, die man für einen moderaten politischen Kurs gewonnen hatte. Am Tag darauf wurde in Compiegne der Waffenstillstand unterzeichnet, der nach 1564 Tagen den Ersten Weltkrieg beendete. Der 19.1.1919 wurde als Termin für die Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung festgelegt, mit dem Ziel, nach dem Ende der Monarchie einer parlamentarischen Demokratie den Weg zu ebnen.

„Arbeiter und Soldaten! Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. Das Alte, Morsche ist zusammengebrochen. Der Militarismus ist erledigt. Die Hohenzollern haben abgedankt. Es lebe die Deutsche

Republik!“

Aus der Rede Philipp Scheidemanns am 9.11.1918

Ende der Revolution

Die radikalen Kräfte um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg strebten dagegen weiterhin nach einer Räterepublik sowjetischen Musters. Vor allem in der Hauptstadt Berlin fanden heftige Straßenkämpfe statt. Am 1.1.1919 bildete sich aus dem Spartakusbund die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Am 15.1.1919 wurden Liebknecht und Luxemburg von Offizieren eines Freikorps ermordet. Das Ende der Revolution war damit eingeleitet.



Das Titelblatt der Zeitung „Das Illustrierte Blatt“ vom 24.11.1918 zeigt revolutionäre Matrosen und Soldaten mit roter Fahne, die während der **Novemberrevolution** auf einem Lastauto durch das Brandenburger Tor in Berlin fahren.

Weimarer Republik

Demokratisches Zwischenspiel

Das Kaiserreich wurde durch die erste parlamentarische Demokratie abgelöst. Die Weimarer Verfassung gab dem Reichspräsidenten umfassende Vollmachten. Dies sollte in der Krise der frühen 1930er-Jahre einer der Faktoren sein, der zum Untergang der Weimarer Republik führte.

Frühe Jahre

Am 19.1.1919 fanden die Wahlen zur Nationalversammlung statt. Der Auftrag der Delegierten lautete, eine demokratische Verfassung für Deutschland auszuarbeiten. Erstmals durften auch Frauen wählen. Die Mehrzahl der gewählten Abgeordneten gehörte der SPD (165) an, gefolgt vom Zentrum (91) und den Linksliberalen, 1918 gegründeten DDP (Deutsche Demokratische Partei, 75). Als Tagungsort wurde Weimar gewählt. Berlin galt wegen der noch anhaltenden revolutionären Unruhen als zu unsicher. Die Stadt in Thüringen symbolisierte mit den Namen Goethe und Schiller ein wichtiges Stück deutscher Kulturgeschichte und sollte dem Ausland einen Neuanfang signalisieren.

Neue Verfassung

Friedrich Ebert (SPD) wurde von der Versammlung zum provisorischen Reichspräsidenten gewählt. Philipp Scheidemann (SPD) formte als

Ministerpräsident die „Weimarer Koalition" aus SPD, Zentrum und DDP. Am 31.7.1919 wurde die Verfassung verabschiedet. Aus der konstitutionellen Monarchie des Kaiserreiches war eine parlamentarische Demokratie geworden. Dem vom Volk gewählten Reichstag oblagen die Gesetzgebung, das Budgetrecht und die Kontrolle der Regierung. Der Reichsrat fungierte als die Vertretung der Länder. Eine wichtige Rolle sah die Verfassung für den Reichspräsidenten vor, der für sieben Jahre vom Volk gewählt wurde. Er hatte das Recht, das Parlament aufzulösen und verfügte mit Artikel 48 der Verfassung über ein besonderes Machtinstrument. Der Artikel gab ihm das Recht, bei Gefährdung oder Störung der öffentlichen Sicherheit die notwendigen Schritte einzuleiten, vom Ausnahmezustand bis zu Notverordnungen. Mit der Festschreibung bürgerlicher Grundrechte wie der Meinungs-, Presseund Versammlungsfreiheit berücksichtigte die Weimarer Verfassung klassische Forderungen des Liberalismus.

→ **Ausnahmezustand** Er kann von einer maßgeblichen Instanz eines Staates erklärt werden, wenn dessen Existenz bzw. die Aufrechterhaltung staatlicher Grundfunktionen als akut bedroht eingeschätzt werden.

Erste Reichstagswahlen

Am 6.6.1920 fanden die ersten Reichstagswahlen statt. Die verfassungsgebende Nationalversammlung hatte ihre Aufgabe erfüllt. Das neue Parlament nahm seinen Sitz im Reichstagsgebäude in Berlin. Die SPD erlitt bei den Wahlen schwere Verluste, die „Weimarer Koalition" verlor ihre Mehrheit. Die Regierung bildete nun eine Koalition aus Zentrum, DDP und DVP (Deutsche Volkspartei, 1918 aus dem Zusammenschluss von Teilen der Nationalliberalen Partei und der Fortschrittlichen Volkspartei entstanden).

→ **Dolchstoßlegende** Nach dem Ersten Weltkrieg war die These, dass vor allem die linken Kräfte das unbesiegte deutsche Heer „von hinten erdolcht" und so die Niederlage des Deutschen Reiches verursacht habe, weit verbreitet. Sie gilt heute als widerlegt.

Krisen

Die ersten Jahre der Weimarer Republik waren Jahre der Unruhe und der Krisen. Wirtschaftlich wirkten sich Reparationen und Inflation negativ aus. Teile des Bürgertums und der Reichswehr waren mit dem neuen politischen System unzufrieden. Auf der Seite der Linken und der Rechten kam es zu teils gewalttätigen Agitationen und zu politischen Morden. Die Architekten der Weimarer Republik wurden von den rechten Parteien als „Novemberverbrecher“ verunglimpft, und man sprach von einem „Dolchstoß“, mit dem die Politik dem Militär in den letzten Tagen des Ersten Weltkriegs in den Rücken gefallen sei. Auch die harten Bedingungen des Versailler Vertrags wurden von den Rechten ausgenutzt, um eine Missstimmung gegen die Weimarer Republik zu schüren. Häufig wechselnde Regierungen und Koalitionen trugen ebenfalls zur politischen Instabilität bei.

Krisen der frühen Weimarer Repulik

- Kapp-Putsch von 1920: Putsch rechtsradikaler Politiker und von Teilen der Armee mit dem Ziel, die Regierung zu stürzen
- Hitler-Putsch von 1923: Putsch rechtsgerichteter Kreise um Adolf Hitler und General Ludendorff mit dem Ziel, die bayerische Landesregierung und die Reichsregierung zu stürzen
- Politische Morde: Kurt Eisner (USPD, bayerischer Ministerpräsident 1919); Matthias Erzberger (Zentrumspolitiker, 1921); Walter Rathenau (Außenminister, 1922)

Stabilisierung und neue Krise

Nach den Schwierigkeiten der Anfangsjahre stabilisierte sich die politische Situation in Deutschland. Auch außenpolitisch gewann die Weimarer Republik an Profil. Dann geriet sie erneut in die Krise.

Krisenjahr 1923

1923 erlebte die Weimarer Republik den Höhepunkt der Inflation. Am 15.11.1923 hatte der Dollar den Kurs von 4,2 Mio. Mark erreicht. Bisher hatte die Reichsbank ohne Deckung in Gold oder Devisen Banknoten gedruckt, um an Geld zu kommen. Die Wende brachte eine Währungsreform mit der Ausgabe einer Rentenmark, die durch Hypotheken auf Grundbesitz abgesichert war. Gleichzeitig endete der passive Widerstand gegen die Besetzung des Ruhrgebiets durch Frankreich, mit der Paris ausgebliebene Reparationszahlungen sanktioniert hatte. Der Dawes-Plan von 1924 (benannt nach dem US-Politiker Charles Dawes) verschaffte Deutschland bessere Konditionen bei der Zahlung der Reparationen. 1929 wurde mit dem Young-Plan (benannt nach dem US-Politiker Owen D. Young) eine endgültige Lösung der Zahlungsmodalitäten gefunden.

Außenpolitik

Prägende Gestalt der Weimarer Republik war ab 1923 Gustav Stresemann (1878 bis 1929). Der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei (DVP) war zunächst Reichskanzler und von 1923 bis 1929 Außenminister. Sein Ziel war die Wiedereingliederung des nach dem Krieg isolierten Deutschland in die internationale Staatengemeinschaft. 1925 handelte er mit dem französischen Außenminister Briand die Locarno-Verträge aus. Sie bedeuteten eine politische Verständigung über die Grenzen in Westeuropa und die friedliche Beilegung von Konflikten. 1926 wurde Deutschland Mitglied des 1920 gegründeten Völkerbunds (des Vorläufers der heutigen Vereinten Nationen).

Innenpolitik

1925 starb der erste Reichspräsident Friedrich Ebert. Zu seinem Nachfolger wurde Paul von Hindenburg (1847–1934) gewählt. Der volkstümliche Weltkriegsgeneral war als Kandidat der bürgerlichen Rechtsparteien (DNVP, DVP) angetreten. Hindenburg nutzte die präsidiale Machtfülle insofern aus, als er zunehmend von dem Recht Gebrauch

machte, Reichskanzler auch gegen die Mehrheitsverhältnisse im Parlament durchzusetzen. Das erste dieser sogenannten Präsidialkabinette wurde im März 1930 als Minderheitsregierung von dem Zentrumspolitiker Heinrich Brüning (1885-1970) gebildet. Der Kanzler unterstützte Hindenburg im Gegenzug bei seiner Wiederwahl zum Reichspräsidenten im Frühjahr 1932. Im Mai 1932 jedoch entließ Hindenburg Brüning wegen wirtschaftspolitischer Differenzen und beauftragte per Notverordnung Franz von Papen (1879–1969) mit der Bildung einer neuen Regierung.



In seiner kurzen Amtszeit als Reichskanzler stabilisierte **Gustav Stresemann** mit der Einführung der Rentenmark und dem Abbruch des passiven Widerstands gegen die Besetzung des Ruhrgebiets die Republik. 1926 erhielt er den Friedensnobelpreis für den Abschluss der Locarnoverträge.

Die Reichskanzler der Weimarer Republik

Reichskanzler	Partei	Amtszeit
Gustav Bauer	SPD	Aug. 1919–März 1920
Hermann Müller	SPD	März–Juni 1920

Konstantin Fehrenbach	Zentrum	Juni 1920–Mai 1921
Joseph Wirth	Zentrum	Mai 1921–Nov. 1922
Wilhelm Cuno	parteilos	Nov. 1922–Aug. 1923
Gustav Stresemann	DVP	Aug. 1923– Nov. 1923
Wilhelm Marx	Zentrum	Nov. 1923–Jan. 1925
Hans Luther	parteilos	Jan. 1925–Mai 1926
Otto Geßler	DDP	Mai 1926
Wilhelm Marx	Zentrum	Mai 1926–Juni 1928
Hermann Müller	SPD	Juni 1928–März 1930
Heinrich Brüning	Zentrum	März 1930–Mai 1932
Franz von Papen	Zentrum, später parteilos	Juni–Nov. 1932
Kurt von Schleicher	parteilos	Dez. 1932-Jan. 1933

Weltwirtschaftskrise

Schwer getroffen wurde Deutschland von der Weltwirtschaftskrise, die am 25.10.1929 mit dem Zusammenbruch des Aktienmarkts an der New Yorker Börse (Schwarzer Freitag) begonnen hatte. Die ausländischen Investoren kündigten ihre Kredite, die bis dahin blühende deutsche Wirtschaft erlitt einen großen Verlust an Kapital. Die Folge waren eine rapide wachsende Arbeitslosigkeit, soziale Not und innenpolitische Spannungen.

Drittes Reich

Das nationalsozialistische Terrorregime

Unter der Führung Adolf Hitlers war die rassistische NSDAP zur stärksten Partei in der Weimarer Republik geworden. 1933 kam sie an die Macht. Der „Führerstaat" wurde errichtet, die Vernichtung der Juden geplant und die militärische Expansion vorbereitet.

Die Machtübernahme 1933

Am 30.1.1933 ernannte Reichspräsident von Hindenburg den Nationalsozialisten Adolf Hitler zum Reichskanzler. Die Diktatur begann in den legalen Formen der Weimarer Republik.



Die **Berufung Hitlers zum Reichskanzler** am 30.1.1933 feierten die „nationalen Verbände“ SA, SS und Stahlhelm mit einem Fackelzug durch das Brandenburger Tor in Berlin. Das Foto zeigt eine im Sommer 1933 für einen Propagandafilm nachgestellte Szene des eigentlichen Fackelzugs.

Aufstieg der NSDAP

Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (NSDAP) war im Januar 1919 zunächst unter dem Namen „Deutsche Arbeiterpartei“ in München gegründet worden. Die Führung der Partei übernahm 1921 Adolf Hitler, der im Ersten Weltkrieg als Gefreiter gedient hatte. Nach einem gescheiterten Putsch in München (1923) entschied sich Hitler, den Weg zur Macht auf legalem Weg zu beschreiten. Mit völkisch-nationalistischen Parolen, insbesondere mit der Forderung nach der Revision des Versailler Vertrags, konnte sich die straff organisierte Partei im politischen Spektrum der Weimarer Republik bei der Bevölkerung eine

ständig wachsende Zustimmung sichern. Hinzu kam die Unzufriedenheit mit den jeweiligen Regierungskoalitionen und mit den sich mit der Weltwirtschaftskrise rapide verschlechternden Lebensverhältnissen.

Die Wahlergebnisse der NSDAP

Wahl	Stimmenanteil	Sitze
Mai 1924	6,5 %	32 Sitze
Dezember 1924	3,0 %	14 Sitze
Mai 1928	2,6 %	12 Sitze
September 1930	18,3 %	107 Sitze
Juli 1932	37,3 %	230 Sitze
November 1932	33,1 %	196 Sitze
März 1933	43,9 %	288 Sitze

Die Regierungen Papen und Schleicher

Franz von Papen, Nachfolger Brünings als Reichskanzler und von Reichspräsident Hindenburg im Juni 1932 an die Spitze eines weiteren Präsidialkabinetts berufen, scheiterte mit dem Versuch, gestützt auf die Reichswehr eine autoritäre Politik gegen den Reichstag zu betreiben. Am 2. 12.1932 ernannte Hindenburg General Kurt von Schleicher (1882–1934) zum neuen Reichskanzler, der maßgeblichen Anteil am Sturz Papens hatte.

Hitler wird Reichskanzler

Die NSDAP hatte bei den Reichstagswahlen vom 31.7.1932 einen Stimmenanteil von 37,3 % erhalten und war damit zur stärksten Partei im Parlament geworden. Hindenburg lehnte Hitler jedoch als Reichskanzler ab. Im November 1932 wurde der Reichstag aufgelöst. Bei den Neuwahlen am 6.11. verlor die NSDAP Stimmen, blieb mit 33,1 % aber stärkste Kraft im Reichstag. Im Hintergrund betrieb Papen die Ablösung seines Widersachers Schleicher und gewann schließlich Hindenburg für

den Plan, anstelle Schleichers doch Adolf Hitler zum Reichskanzler zu ernennen. Am 4. 1.1933 einigten sich Papen und Hitler auf eine gemeinsame Regierungsbildung. Am 30.1.1933 berief Reichspräsident Hindenburg Hitler zum neuen Reichskanzler. Tausende von Anhängern feierten ihn am Abend dieses Tages mit einem langen Fackelzug.

Kabinett Hitler

Wie seine drei Vorgänger kam Hitler als Kanzler eines Präsidialkabinetts an die Macht. Papen erhielt das Amt des Vizekanzlers. Von den übrigen Ministern waren nur zwei Nationalsozialisten. Hermann Göring wurde Reichsminister ohne Geschäftsbereich, Wilhelm Frick Innenminister. Die meisten waren parteilos, standen in ihrer politischen Ausrichtung aber den Konservativen nahe. Papen hatte Hindenburgs Bedenken mit der Aussicht beseitigt, dass mit ihm als Vizekanzler und mit vielen konservativen Ministern im Kabinett Hitler keine große politische Rolle spielen würde.

Die Wähler der NSDAP

■ Besonders stark war der Stimmenanteil der NSDAP bei den Arbeitern und den Selbstständigen, auch bei den Landwirten und den Handwerkern. Schwächer schnitt sie bei den Angestellten und Beamten ab.
■ Bei den Juli-Wahlen 1932 lagen die absoluten Hochburgen in Mittelfranken (Rothenburg ob der Tauber 75,7 %). Weitere Wahlkreise mit hohem NSDAP-Stimmenanteil gab es in Hessen und Niedersachsen.
■ In katholisch geprägten ländlichen Gebieten (Domänen des Zentrums) erreichte die NSDAP schlechte Ergebnisse (Hümmling/Emsland 5,1 %).

→ **Reichstagsbrand** Am 27.2.1933 wurde der Berliner Reichstag von dem niederländischen Kommunisten Marinus van der Lubbe in Brand gesteckt. Lange wurde dahinter ein Komplott linker bzw. rechter Kräfte vermutet, heute gilt die Alleintäterschaft van der Lubbes als gesichert.

Nationalsozialistische Herrschaft 1933–39

Adolf Hitler und die Nationalsozialisten errichteten in Deutschland eine Diktatur und Gewaltherrschaft. Die Politik zielte auf die totale Macht im Innern, auf Krieg und auf die Vernichtung der Juden.

Ende der Demokratie

Unmittelbar nach der Machtübernahme begannen die Nationalsozialisten mit dem Aushebeln der demokratischen Ordnung. Durch eine Serie von Gesetzen und Verordnungen verlor das Parlament den Großteil seiner Kompetenzen. Der Brand des Reichstagsgebäudes am 27. 2.1933 wurde zum Anlass für ein „Gesetz zum Schutz von Volk und Staat“ genommen, das die freiheitlichen Bürgerrechte außer Kraft setzte. Mit dem „Ermächtigungsgesetz“ (offiziell: „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“) vom 23. 3.1933 ging die gesamte staatliche Gewalt auf die nationalsozialistische Regierung über Nach dem Tod Hindenburgs (2. 8.1934) übernahm Adolf Hitler auch dessen Amt als Reichspräsident. Die Reichswehr schwor den Eid nun auf den „Führer und Reichskanzler Adolf Hitler“.

SCHLAGZEILE

Hitler verkündet Zeitplan für Eroberungen

Am 5.11.1937 verkündete Hitler in der Berliner Reichskanzlei vor hochrangigen Vertretern von Wehrmacht und Politik den Zeitplan seiner Eroberungen. Spätestens 1943 oder 1945 sollte die Raumfrage mit Gewalt gelöst sein. Dies geht aus den Notizen hervor, die während der Sitzung Hitlers Adjutant Oberst Friedrich Hossbach anfertigte (Hossbach Niederschrift).

Totalitärer Staat

Die Weimarer Verfassung hatte ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den staatlichen Gewalten geschaffen. Unter der nationalsozialistischen

Herrschaft wurde die „Gleichschaltung“ der politischen Institutionen mit dem Ziel der völligen Kontrolle des Staates vollzogen. Im Frühjahr 1933 wurden die Parlamente der Länder und der Reichsrat aufgelöst. Es folgte die Auflösung der Parteien und der Gewerkschaften, die durch die vom Regime gelenkte „Deutsche Arbeitsfront“ ersetzt wurden. Die NSDAP war künftig Staatspartei. Die jungen Leute wurden in der „Hitlerjugend“ (HJ) und dem „Bund deutscher Mädel“ (BDM) erfasst.

SA und SS

Im Zuge der totalen Erfassung von Staat und Gesellschaft übernahmen die Nationalsozialisten auch die Polizeigewalt. Alle Dienststellen wurden dem „Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei“ Heinrich Himmler unterstellt. Mit der SS (Schutzstaffel), die aus Hitlers Leibgarde hervorgegangen war, konkurrierte rierte die SA (Sturmabteilung), entstanden als Kampftruppe der NSDAP. Interne Machtkämpfe führten im Frühjahr 1934 zur Ermordung des SA-Chefs Ernst Röhm (Röhm-Putsch), woraufhin die SA in der SS aufging.

Verfolgungen

Hitler hatte bereits 1925 in seinem Buch „Mein Kampf” die Beseitigung der Juden als eines seiner obersten Ziele formuliert. Nach der Machtübernahme begann die Verfolgung der Juden und anderer ethnischer und religiöser Gruppen im Reich. Bereits 1933 ergingen Berufsverbote für Juden, sie wurden in der Öffentlichkeit diskriminiert und terrorisiert. Mit den „Nürnberger Gesetzen“ von 1935 erreichte der „arische“ Rassismus seinen ideologischen Höhepunkt. Parallel entstanden die ersten Konzentrationslager (KZ), die sich mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges von Arbeits- und Internierungslagern zu Vernichtungslagern entwickelten.



Fixpunkt des nationalsozialistischen Systems war **Adolf Hitler.** In seiner Schrift „Mein Kampf" entwickelte er ein extrem rassistisches und nationalistisches Weltbild, auf dessen Fundament er die NS-Diktatur errichtete und mit dem er die Vernichtung der Juden begründete. 1939 entfesselte er den Zweiten Weltkrieg.

SCHLAGZEILE

Jüdische Einrichtungen in Brand gesetzt

Am 9.11.1938 brannten in Deutschland Synagogen und andere jüdische Einrichtungen. Die Nationalsozialisten, die diese Aktionen veranlasst hatten,

sprachen verharmlosend von der „Reichskristallnacht“. Heute bevorzugt man die Bezeichnung „Reichspogromnacht“.

Außenpolitik

In der Außenpolitik strebte Hitler kurzfristig nach der Revision des Versailler Vertrags, mittelfristig nach einem neuen Krieg mit dem bereits in „Mein Kampf“ formulierten Ziel der „Eroberung von Lebensraum im Osten“, d. h. vor allem in Russland. Im Oktober 1933 verließ Deutschland den Völkerbund. Im Januar 1935 wurde nach einer Volksabstimmung das Saarland wieder Teil Deutschlands. Im März 1935 erfolgte die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht. Die Rüstungsindustrie arbeitete auf Hochtouren. 1936 ließ Hitler nach der Kündigung des Locarno-Vertrags die Armee ins entmilitarisierte Rheinland einmarschieren. Im März 1938 feierte Hitler den „Anschluss“ Österreichs. In der Münchner Konferenz (29.9.1938) wurde die Abtretung des Sudetenlandes an Deutschland beschlossen.

Zweiter Weltkrieg

Trotz aller öffentlichen Friedensbeteuerungen zielte Hitlers Politik auf die Eroberung Osteuropas, insbesondere Russlands, um dort seine Vorstellungen vom neuen Lebensraum für das deutsche Volk zu verwirklichen. Nach der Münchner Konferenz (September 1938) hatte Hitler betont, mit dem Erwerb des Sudetenlandes seien seine territorialen Forderungen erfüllt. Im März 1939 aber wurde auch der Rest der Tschechoslowakei in das „Reichsprotektorat Böhmen und Mähren“ umgewandelt. Als nächstes Land stand Polen auf Hitlers Eroberungsplan, für dessen Bestand die britische und die französische Regierung Ende März 1939 eine Garantieerklärung abgegeben hatten.

Hitler-Stalin-Pakt

Am 23.8.1939 wurde in Moskau der „Hitler-Stalin-Pakt“ mit einem geheimen Zusatzprotokoll über die Aufteilung Polens geschlossen. Hitler

diente der Pakt mit dem eigentlichen Gegner zur Absicherung des (nach dem Angriff auf Polen zu erwartenden) Krieges im Westen, Stalin brachte er Zeit, um die sowjetischen Rüstungen voranzutreiben.

Krieg in Polen und Skandinavien
Am 1.9.1939 marschierte die deutsche Armee in Polen ein. Am 3.9. erklärten Großbritannien und Frankreich Deutschland den Krieg. Nach 18 Tagen war Polen besiegt. Im Frühjahr 1940 besetzten deutsche Truppen Dänemark und Norwegen, um den Zugang zu den schwedischen Erzlagern zu sichern.

Krieg im Westen
Im Mai 1940 begann der deutsche Feldzug im Westen. Zuerst kapitulierten die Niederlande und Belgien. Am 14.6. wurde Paris eingenommen, am 22.6. ein Waffenstillstand geschlossen. Frankreich bestand nun aus einem besetzten und einem unbesetzten Teil (Vichy-Regierung). Ab August 1940 flog die deutsche Luftwaffe Angriffe auf Großbritannien. Die „Luftschlacht um England“ führte zur massiven Bombardierung englischer Städte. Die britische Royal Air Force antwortete mit Bombenangriffen auf deutsche Städte. Zugleich entwickelte sich im Atlantik ein von beiden Seiten heftig geführter Seekrieg.

Nordafrika und Balkan
Mitte 1940 weitete sich der Krieg auf den Balkan und Nordafrika aus. Auslöser waren die von Hitlers Verbündetem Mussolini initiierten Militäroperationen im Mittelmeerraum. In Libyen (Cyrenaika) kämpfte das deutsche Afrikakorps (General Rommel) bis 1943 gegen die britischen Truppen. Auf dem Balkan marschierten die deutschen Armeen in Griechenland und Jugoslawien ein.



Deutsche Kriegsgefangene nach der Kapitulation der 6. Armee am 31.1.1943 in **Stalingrad** auf dem Weg ins Lager. Die Niederlage machte für die Deutschen die militärische Wende offensichtlich.

Russlandfeldzug

Am 22.6.1941 gab Hitler ohne vorherige Kriegserklärung den Befehl zum Feldzug gegen Russland, der von Anfang an Kern seiner Eroberungspolitik gewesen war. Nach anfänglichen Erfolgen der deutschen Wehrmacht kam der Vormarsch im Herbst 1942 zum Stehen. Anfang 1943 (2. 2.) kapitulierte die in Stalingrad eingeschlossene 6. Armee. Über 100 000 Soldaten gerieten in sowjetische Gefangenschaft.

Ende des Krieges

Nach dem gescheiterten Russlandfeldzug geriet die deutsche Wehrmacht an allen Fronten in die Defensive. 1942, auf dem Höhepunkt von Hitlers Herrschaft in Europa, hatten etwa 170 Mio. Menschen unter deutscher Besatzung gestanden. Im Dezember 1941 erklärte der deutsche Diktator auch den USA den Krieg. Der Eintritt der Amerikaner in den Zweiten Weltkrieg stärkte die Reihen der Alliierten erheblich. Am 6.6.1944 (D-Day)

erfolgte die Invasion in der Normandie, womit das Ende der deutschen Besatzung im Westen eingeleitet wurde. Französische, britische und amerikanische Truppen überquerten den Rhein. Von Osten her marschierte die Rote Armee ins Deutsche Reich. Im Frühjahr 1945 standen die russischen Streitkräfte vor Berlin. Am 30. 4.1945 beging Hitler im Bunker unter der Reichskanzlei in Berlin Selbstmord. Am 8.5.1945 kapitulierte das Deutsche Reich - der Krieg war zu Ende.

Holocaust
Gleichzeitig mit dem Russlandfeldzug begann in den von Deutschland besetzten Gebieten die systematische Verfolgung und Vernichtung der Juden. Auf der Wannsee-Konferenz in Berlin (20.1.1942) wurden der organisatorische und technische Ablauf der „Endlösung" festgelegt. Bis zum Ende des Krieges kamen in den Konzentrationslagern 6 Mio. Juden aus ganz Europa, vor allem aus Osteuropa, ums Leben.

Der Volkssturm

Bis zum Schluss des Krieges propagierte die NS- Führung die Hoffnung auf den „Endsieg". Im September 1944 wurde der „Volkssturm" gebildet, als Aufgebot aller „waffenfähigen" Männer zwischen 16 und 60 Jahren (Jahrgänge 1884 bis 1928). Die Aufgabe der Armee der Kinder und Alten war es, den Vormarsch der russischen Truppen Richtung Berlin aufzuhalten.

Widerstand
In Opposition zur NS-Diktatur entstanden in Deutschland eine Reihe von Gruppen, die mit unterschiedlichen Motiven und Zielsetzungen für die Beseitigung des Regimes kämpften (Weiße Rose, Kreisauer Kreis, Rote Kapelle). Am 20. 7.1944 scheiterte ein von Oberst Graf Schenk von Stauffenberg verübtes Bombenattentat auf Hitler im Führerhauptquartier „Wolfsschanze". Hinter dem Attentat standen führende Offiziere der

Wehrmacht. Sie wurden, wie Stauffenberg, sofort oder nach einem Schauprozess vor dem „Volksgerichtshof“ (Vorsitz Roland Freisler) hingerichtet.

Opferzahlen weltweit

Tote	Verwundete	Vermisste
55 Mio. (davon ca. 25 Mio. Zivilisten)	35 Mio.	3 Mio.

Nachkriegsordnung

Deutschland unter alliierter Kontrolle

Die Details der Nachkriegsordnung in Deutschland wurden von den Allierten auf einer Reihe von Konferenzen festgelegt. Nach dem Zweiten Weltkrieg galt in Deutschland das Besatzungsstatut. Global zeichneten sich schon bald die Fronten des Kalten Krieges und damit auch die Teilung Deutschlands ab.

Allierte Konferenzen

Schon während des Krieges stellten die Siegermächte die Weichen für die Nachkriegsordnung in Deutschland. Die wichtigsten Entscheidungen fielen bei der Konferenz von Potsdam.

Casablanca

In der Zeit vom 14. bis zum 26.1.1943 trafen sich in Casablanca (Marokko) der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt und der britische Premierminister Winston Churchill. Neben der Abstim mung der gemeinsamen Kriegsführung gegen Deutschland und seine Verbündeten Italien und Japan ging es bei dieser Konferenz auch bereits um die Frage der Zukunft eines besiegten Deutschland. Die beiden Staatsmänner betonten dabei die Forderung nach einer bedingungslosen Kapitulation. Verhandlungen mit Hitler oder auch einer anderen deutschen Regierung sollten nicht stattfinden.



Die großen Drei - Winston Churchill, Franklin D. Roosevelt und Stalin - 1945 vor der ehemaligen Sommerresidenz des Zaren in **Jalta**

Teheran

Schauplatz der zweiten alliierten Konferenz (28.11.-1.12.1943) war die iranische Hauptstadt Teheran. An ihr nahm neben Roosevelt und Churchill auch der sowjetische Staats- und Parteichef Stalin teil. Die „Großen Drei" koordinierten bei diesem Treffen die weiteren militärischen Aktivitäten, insbesondere die Errichtung einer „zweiten Front" durch die Landung der Alliierten in der Normandie. Stalin erhielt die Zusage territorialer Gewinne auf Kosten Polens.

Jalta

Die dritte Konferenz der Alliierten fand in der letzten Phase des Krieges (4. bis 11.2.1945) in Jalta (Krim) mit denselben Teilnehmern wie in Teheran statt. In Bezug auf Deutschland wurden gemeinsame Maßnahmen nach Ende des Krieges und der deutschen Kapitulation besprochen. Unter Beteiligung Frankreichs sollte das Land in vier

Besatzungszonen geteilt werden. Weiterhin einigte man sich auf die Entwaffnung und die Entnazifizierung Deutschlands.

Potsdam

Die wichtigsten Entscheidungen über die Zukunft Deutschlands fielen auf der Konferenz von Potsdam. Sie fand wenige Wochen nach der Kapitulation vom 17.7. bis zum 2.8.1945 in Schloss Cecilienhof statt. Teilnehmer waren der amerikanische Präsident Harry Truman als Nachfolger des kurz zuvor verstorbenen Roosevelt, Stalin und zunächst Churchill, der während der Konferenz als Premierminister abgewählt und durch Clement Attlee ersetzt wurde. Frankreich war, wie bei den vorhergehenden Konferenzen, nicht eingeladen, teilte aber den Status einer Siegermacht.

Ergebnis der Konferenz war das „Potsdamer Abkommen". In Fortführung der Abmachungen von Jalta wurde die politische Nachkriegsordnung in Deutschland festgelegt. Bis zu einem endgültigen Friedensabkommen sollte Deutschland aus vier Besatzungszonen bestehen. Deutsche, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn lebten, sollten nach dem Willen Stalins umgesiedelt werden. Die Westgrenze Polens sollte durch die Oder-Neiße-Linie gebildet werden. Aus den Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Diktatur heraus sprachen sich die Teilnehmer der Potsdamer Konferenz für ein demokratisches Deutschland aus. Finanzielle Entschädigungen (Reparationen) sollten die Besatzungsmächte aus ihren jeweiligen Zonen beziehen. Stalin setzte in diesem Zusammenhang durch, dass die Sowjetunion zusätzlich 10 % seiner Reparationen aus den westlichen Besatzungszonen erhalten sollte.



Nürnberger Prozesse

Wenige Wochen nach dem Ende der Potsdamer Konferenz begannen die Nürnberger Prozesse. Gemäß den Beschlüssen der Konferenz gingen die Alliierten an die juristische und strafrechtliche Verfolgung von NS-Verbrechen. Erster Verhandlungstag war der 20.11.1945. Angeklagt waren 22 hochrangige Vertreter des Regimes wie Hermann Göring, Alfred Rosenberg, Julius Streicher, Joachim von Ribbentrop und Wilhelm Frick. Die Urteile wurden am 30.9. und 1.10.1946 verlesen. Zwölf Angeklagte wurden zum Tod verurteilt, die übrigen zu lebenslangen bzw. langjährigen Haftstrafen. Göring, in der Hierarchie der Nationalsozialisten als „Reichsmarschall" zweiter Mann nach Hitler, beging vor Vollstreckung des Urteils in seiner Zelle Selbstmord (15.10.1946).



Die **Nachkriegszeit** war voller Wirren und Entbehrungen. Das Foto zeigt ein Mädchen aus einem Flüchtlingstreck mit seiner Puppe im Arm.

Besatzungszeit

Nach dem Zweiten Weltkrieg galt in Deutschland das Besatzungsstatut. Vor dem Hintergrund des sich anbahnenden Kalten Krieges zwischen den Supermächten USA und UdSSR zeichnete sich auch bereits die deutsche Teilung ab.

Stunde Null

Als der Krieg zu Ende war, lag Deutschland in Trümmern. Städte wie Berlin, Hamburg, Köln und Dresden bestanden zum größten Teil nur noch aus Ruinen. Öffentliches Leben und Infrastruktur waren praktisch außer

Kraft gesetzt, die Ernährungslage war katastrophal. Aus dem Osten strömten Scharen von Flücht lingen in die zerstörten Städte. Auf der Flucht vor der Roten Armee mussten 2 Mio. Flüchtlinge mit Schiffen über die Ostsee evakuiert werden, da die Landwege abgeschnitten waren.

Besatzungsstatut

Entsprechend den Beschlüssen von Jalta und Potsdam übernahmen die vier Siegermächte USA, Großbritannien, Sowjetunion und Frankreich die „oberste Regierungsgewalt" in Deutschland. Oberstes Regierungsorgan wurde der Alliierte Kontrollrat, bestehend aus den Repräsentanten der vier Siegermächte. Gleichzeitig machten die Alliierten deutlich, dass Deutschland als staatliches Gebilde erhalten werden sollte, an eine Annektierung also nicht, wie von manchen gefordert, gedacht war.

Hauptquartiere der Alliierten

Besatzungsmacht	Ort
Großbritannien	Bad Oeynhausen
USA	Frankfurt/Main
Frankreich	Baden-Baden
Sowjetunion	Berlin-Karlshorst

Besatzungszonen

Grundlage der Zoneneinteilung war Deutschland in den Grenzen vom 31.12.1937. Jede Siegermacht erhielt einen Teil Deutschlands: die Sowjetunion den Osten, Großbritannien den Nordwesten, Frankreich den Südwesten und die USA den Süden. Die Hauptstadt Berlin wurde in vier Sektoren geteilt und einer gemeinsamen Verwaltung unterstellt. Von den geografischen Dimensionen her war die sowjetische Zone die größte der vier Zonen. Per Dekret der Alliierten entstanden in den Jahren 1945 bis 1947 innerhalb der Besatzungszonen die Länder.

Zulassung von Parteien

Noch 1945 genehmigten die Alliierten die Wiederzulassung bzw. Neugründung von Parteien. Im Westen bildeten sich die in der NS-Zeit verbotenen Sozialdemokraten (SPD) und Kommunisten (KPD) wieder als politische Organisationen heraus. Neu entstanden die Christlich-Demokratische Union (CDU) als Dachverband der Konservativen (in Bayern die Christlich-Soziale Union, CSU) und die Freie Demokratische Partei (FDP) als Vertretung der Liberalen. In der sowjetischen Besatzungszone bildete sich aus dem Zusammenschluss von SPD und KPD die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED).

16 Länder im besetzten Deutschland

■ Sowjetische Zone: Mecklenburg, Thüringen, Sachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt
■ Westzonen: Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Großhessen, Rheinland-Pfalz, Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern, Baden, Bayern

Beginn des Kalten Krieges

Bereits auf der Potsdamer Konferenz war deutlich geworden, dass die Siegermächte bei ihrer Deutschlandpolitik eigene machtpolitische Interessen verfolgten. So, wie die Sowjetunion danach strebte, die östliche Besatzungszone in ihren Machtbereich zu integrieren, war es das Ziel der USA, den Westen Deutschlands als einen Teil ihres Einflussgebietes zu gestalten. So unterstützten sie nachhaltig einen demokratischen Weg und förderten die Entwicklung von Wirtschaft und Industrie. Diesem Ziel diente auch die im Januar 1947 errichtete britisch-amerikanische Bizone, im April durch den Beitritt Frankreichs zur Trizone erweitert.

→ Kalter Krieg Konflikt zwischen zwei Staaten oder Staatengruppen, der nicht direkt

militärisch, aber u. a. durch Stellvertreterkriege ausgetragen wird. Im Ost-West-Konflikt waren die USA und die Sowjetunion die Vormächte im Kalten Krieg.

Berlin-Blockade

Die im Juni 1948 in den Westzonen erfolgte Währungsreform mit der Einführung der D-Mark beantwortete die Sowjetunion mit der Blockade Berlins. Von Juni 1948 bis Mai 1949 war die Stadt von allen Land- und Wasserwegen abgeschnitten. Die Versorgung der Bevölkerung übernahmen US-Transportflugzeuge (Rosinenbomber).

Geteiltes Deutschland

Ein Land – zwei Staaten

Die Gründungen der beiden deutschen Staaten bildeten eine Zäsur, die zunächst kaum widerrufbar erschien. Innerhalb weniger Jahre wurden sie fest in NATO und Warschauer Pakt integriert.

Gründung der Bundesrepublik Deutschland

Mit der Währungsreform und der Einrichtung der Bizone waren die Weichen für einen eigenständigen westdeutschen Staat gestellt worden. In der Londoner Sechsmächtekonferenz hatten im Frühjahr 1948 die drei westlichen Siegermächte und die Beneluxstaaten ihre Zustimmung zu einem demokratischen Westdeutschland signalisiert. Am 1.7.1948 übergaben die drei Militärgouverneure den Ministerpräsidenten der elf Länder in den westlichen Besatzungszonen die „Frankfurter Dokumente“ mit der Aufforderung, eine verfas sungsgebende Versammlung einzuberufen.

Steckbrief

Otto Grotewohl

Otto Grotewohl wurde am 11.3.1894 in Braunschweig geboren. Mitglied der SPD und der USPD. 1925–33 saß er für die SPD im Deutschen Reichstag. 1946 war er maßgeblich am Zusammenschluss von SPD und KPD zur SED beteiligt. In der DDR bekleidete er 1947–49 das Amt des Präsidenten des Volkskongresses. Vom 12.10.1949 bis zu seinem Tod am

21.9.1964 war Grotewohl Ministerpräsident der DDR.

Sitzverteilung im 1. Deutschen Bundestag

Partei	Sitze
CDU/CSU	139
SPD	131
FDP	52
DP (Deutsche Partei)	17
BP (Bayernpartei)	17
KPD	15
WAV (Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung)	12
DZP (Deutsche Zentrumspartei)	10
Sonstige	9

Am 1.9.1948 trat in Bonn unter Vorsitz von Konrad Adenauer (CDU) der Parlamentarische Rat zusammen. Die 65 von den elf westdeutschen Ländern gewählten Mitglieder hatten die Aufgabe, ein Grundgesetz für die neue Bundesrepublik Deutschland auszuarbeiten. Am 8.5.1949 wurde das Grundgesetz mit der Mehrheit von 53 Stimmen verabschiedet, am 12.5. von den Militärgouverneuren genehmigt und am 23. 5. offiziell verkündet. Am 14.8.1949 fanden die Wahlen zum ersten deutschen Bundestag statt. CDU/CSU siegten mit 31% der Stimmen knapp vor der SPD (29,2%). Am 15.9.1949 wurde der 73-jährige Adenauer mit einer Stimme Mehrheit zum Bundeskanzler gewählt. Erster Bundespräsident wurde Theodor Heuss (FDP). Als provisorische Hauptstadt erhielt Bonn den Vorzug gegenüber Frankfurt/Main.

Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

Im Osten Deutschlands entstand fast zum selben Zeitpunkt auf dem Boden der sowjetischen Besatzungszone als zweiter deutscher Staat die

Deutsche Demokratische Republik. Der von der SED dominierte Verfassungsausschuss des „Deutschen Volksrats“ arbeitete eine Verfassung der DDR aus, die am 30. 5.1949 vom Dritten Volkskongress bestätigt und am 7.10.1949 vom Zweiten Deutschen Volksrat (der provisorischen Volkskammer) offiziell verabschiedet wurde. Erster Staatspräsident wurde Wilhelm Pieck, erster Ministerpräsident Otto Grotewohl.



Mit selbstgebastelten Plakaten wirbt eine Gruppe Fahrradfahrer auf dem Frankfurter Römerberg mit dem Slogan „Wähl SPD“ für die bevorstehende **erste Bundestagswahl** am 14.8.1949.

Das politische System in der DDR

Die DDR war laut Artikel 1 (1) der Verfassung eine „demokratische Republik“. Faktisch handelte es sich, nach sowjetischem Vorbild, um die Alleinherrschaft einer Partei (SED) und deren Gremien (Zentralkomitee, Politbüro, Sekretariat). Politische Institutionen waren der Staatsrat und die nach einer Einheitsliste gewählte Volkskammer. Der Generalsekretär der SED war praktisch der erste Mann im Staat (Ulbricht, später Honecker). Der Staat der DDR war gesellschaftlich von der Bildung von

Massenorganisationen (FDGB, FDJ) und wirtschaftlich von sozialistischen Prinzipien (Planwirtschaft und Kollektivierung) geprägt. Das Ministerium für Staatssicherheit (Stasi) hatte die Aufgabe, nach innen wie nach außen für die „politische Sicherheit" zu sorgen. Dies geschah zunehmend durch ein System der Überwachung und Bespitzelung.

Innerdeutsche Beziehungen in der Gründungsphase

Die DDR-Führung erhob von Anfang an den Anspruch auf einen eigenständigen, souveränen Staat. Hingegen bestritten die Politiker der BRD die Legitimation der DDR. Allein rechtmäßiger deutscher Staat war demnach die Bundesrepublik. Die DDR war aus Sicht der Bundesrepublik nicht auf demokratischem Weg entstanden. Die deutsche Einheit wurde als unveränderliches Ziel der westdeutschen Politik formuliert. Deshalb war Bonn ausdrücklich nur als vorläufige Hauptstadt vorgesehen.

Die Regierungsorgane der DDR waren in Ostberlin angesiedelt. Offiziell sprach man von „Berlin, Hauptstadt der DDR".

Westdeutschland (1949–63)

Die von Konrad Adenauer geführte Bundesregierung verfolgte nach 1949 zwei Ziele: Erstens ging es um die Integration der Bundesrepublik in die politischen und wirtschaftlichen Bündnissysteme des Westens. Zweitens strebte sie nach dem Ende des Besatzungsstatus und der Erlangung der vollen staatlichen Souveränität. Beide Ziele waren eng miteinander verbunden und wurden gleichzeitig und parallel verwirklicht. Die Opposition (SPD) stand dieser Politik kritisch gegenüber. Sie befürchtete eine weitere Entfremdung zwischen den beiden deutschen Staaten.

SCHLAGZEILE

Hallstein-Doktrin verkündet

Im September 1955 verkündete die Bundesregierung den Grundsatz vom Anspruch der Bundesrepublik, völkerrechtlich ganz Deutschland, also auch die DDR, allein zu vertreten. Benannt war diese Doktrin nach Walter Hallstein (CDU), Staatssekretär im Auswärtigen Amt. Die BRD nahm als Folge dieser Doktrin keine Beziehungen zu Staaten auf, die die DDR völkerrechtlich oder diplomatisch anerkannten.

Erste Etappen der Integration

Am 22.1 1.1949 wurde auf dem Bonner Petersberg ein Abkommen zwischen der Bundesregierung und den Vertretern der drei westlichen Siegermächte geschlossen. Es erlaubte der Bundesrepublik, Beziehungen zum Ausland aufzunehmen und sich internationalen Organisationen anzuschließen. Im Juli 1951 beendeten die ehemaligen Kriegsgegner Frankreich und Großbritannien, im Oktober desselben Jahres die USA offiziell den Kriegszustand mit Deutschland. Der im Juni 1952 unterzeichnete Deutschlandvertrag verlieh Deutschland die Rechte eines souveränen Staates und löste damit das Besatzungsstatut von 1949 ab. Allerdings trat der Vertrag mit Änderungen erst 1955 in Kraft.

EWG und NATO

Die wirtschaftliche Integration der Bundesrepublik hatte bereits 1951/52 mit dem Beitritt zur „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl" (Montanunion) begonnen. Vollendet wurde sie 1957 mit der Mitgliedschaft in der „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft" (EWG). Sie war Teil der „Römischen Verträge" , die am 25.3.1957 von den Regierungschefs und Außenministern der Bundesrepublik, Belgiens, Frankreichs, Italiens, Luxemburgs und der Niederlande unterzeichnet worden waren. Die militärisch-politische Integration war zwei Jahre zuvor mit der Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO (North Atlantic Treaty Organization) verwirklicht worden (9.5.1955). Zuvor hatte es schon heftige innenpolitische Proteste gegen die deutsche Wiederbewaffnung gegeben.

Verhältnis Bundesrepublik-Frankreich

Ein wichtiger Baustein zur Verankerung der Bundesrepublik im Westen Europas war die politische Aussöhnung mit Frankreich. Am 22.1.1963 zogen Kanzler Adenauer und der französische Staatschef Charles de Gaulles mit dem deutschfranzösischen Freundschaftsvertrag (Élysée-Vertrag) einen Schlussstrich unter die „Erbfeindschaft“ zwischen beiden Ländern.



Die Unterzeichnung der Verträge zur **Montanunion** im April 1951 durch Bundeskanzler Konrad Adenauer war ein erster wichtiger Schritt auf dem Weg zur europäischen Integration Deutschlands. Das Foto zeigt den Kanzler (rechts) mit dem französischen Hochkommissar für Deutschland, André François-Poncet.

Gründungsmitglieder der NATO

USA, Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Portugal

DDR (1949–63)

Im selben Maß wie die Bundesrepublik Deutschland fester Bestandteil der westlichen Staatengemeinschaft wurde, ging die DDR in den politischen und wirtschaftlichen Organisationen des von der Sowjetunion dominierten Ostblocks auf. Sie gehörte zu den Gründungsstaaten des Warschauer Pakts (15.5.1955) und war ab September 1950 Mitglied des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (Comecon). 1955 wurde die Souveränität der DDR von der Sowjetunion offiziell anerkannt. Am 12.3.1957 wurde ein Vertrag über die Stationierung sowjetischer Truppen auf dem Boden der DDR unterzeichnet.

Innerdeutsche Beziehungen

Die unterschiedlichen politischen Systeme und die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Bündnissystemen gestalteten die Beziehungen zwischen der BRD und der DDR in den 1950er- und 1960er- Jahren außerordentlich schwierig. Negativer Höhepunkt war der Bau der Berliner Mauer am 13. 8.1961, womit die bis dahin noch offene deutsch-deutsche Grenze geschlossen wurde.

Die Ära Adenauer

Prägende Gestalt der (west-)deutschen Nachkriegsgeschichte war Konrad Adenauer. 14 Jahre lang bekleidete der CDU-Politiker das Amt des Bundeskanzlers.

Aufschwung und Aussöhnung

1949 wählte der Deutsche Bundestag Konrad Adenauer zum ersten Kanzler der Bundesrepublik Deutschland. Mit der Westintegration, dem Versuch der Versöhnung mit Israel (1953) und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion (1955) setzte Adenauer außenpolitische Maßstäbe. In der Innenpolitik steht seine Kanzlerschaft für den Ausbau demokratischer Institutionen und wirtschaftlichen Aufschwung, aber auch für eine zunehmend autoritäre Politik, die bei der Opposition und in der Öffentlichkeit auf Kritik stieß.

Frühe Karriere

1876 in Köln geboren, war Adenauer von 1917 bis 1933 Oberbürgermeister seiner Heimatstadt. Politisch gehörte er der ka tholischen Zentrumspartei an. Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg war er erneut Kölner Oberbürgermeister. Maßgeblich war er an der Gründung der CDU in der britischen Besatzungszone beteiligt, bevor er 1950 den Bundesvorsitz der Partei übernahm, den er bis 1966 innehatte. Als Mitglied des Parlamentarischen Rats wirkte Adenauer bei der Abfassung des Grundgesetzes mit.

Steckbrief

Kurt Schumacher

Adenauers Gegenspieler aufseiten der SPD war Kurt Schumacher (1895–1952). 1930-33 Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, war er während des NS-Regimes lange Jahre in Konzentrationslagern inhaftiert. 1946 wurde er Vorsitzender der SPD und stellte sich bald gegen Adenauers Politik der Westintegration, weil er dadurch die Wiedervereinigung gefährdet sah.

Wahlsieger Adenauer

Die erfolgreiche Politik Adenauers wurde bei den zweiten Bundestagswahlen 1953 von den Wählern mit 45,2 % der Stimmen für die CDU belohnt. Die oppositionelle SPD, die Adenauer wegen seiner Politik der Westintegration scharf kritisiert hatte, erreichte lediglich 28,8 %. Bei den Wahlen von 1957 erreichte Adenauer mit 50,2 % sogar die absolute Mehrheit.

Wirtschaftswunder

Zum Erfolg der Regierung trug entscheidend die rapide Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik bei. „Vater des Wirtschaftswunders“ war Adenauers Wirtschaftsminister Ludwig Erhard (1897–1977). Er verwirklichte das Konzept der „sozialen Marktwirtschaft“, das unter dem Motto „Wohlstand für alle“ den freien wirtschaftlichen Wettbewerb mit ausgleichenden Maßnahmen zwischen Arm und Reich verband. In den 1950er-Jahren erreichte die Produktion der deutschen Industrie Rekordwerte.



1963 besuchte US- Präsident John F. Kennedy (links) Westberlin. In einer Ansprache solidarisierte er sich mit den Worten **„Ich bin ein Berliner“** mit den Menschen in der geteilten Stadt. Das Foto zeigt links neben ihm den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, und Konrad Adenauer.

Bundeswehr

Für innenpolitische Auseinandersetzungen sorgte die Frage der deutschen Wiederbewaffnung. Die Auflösung der deutschen Streitkräfte war einer der zentralen Punkte im Potsdamer Abkommen gewesen. Auch im Ausland war die Furcht vor einer neuen Militärmacht Deutschland groß. Befürworter wie Adenauer sahen im Aufbau einer neuen Armee einen wichtigen Aspekt der nationalen Sicherheit und der Integration in die westeuropäischen Allianzen. 1955 wurde zeitgleich mit dem Beitritt der Bundesrepublik zur NATO die Bundeswehr gegründet.

Regierungskrise

Bei den Bundestagswahlen 1961 verlor die CDU ihre absolute Mehrheit, konnte aber in einer Koalition mit der FDP weiterregieren. 1962 kam es wegen der Affäre um das Magazin „Der Spiegel“ zu einer Regie

rungskrise, nachdem Redakteure der Zeitschrift wegen eines kritischen Artikels über die deutsche Verteidigungsbereitschaft verhaftet worden waren. Die FDP-Minister verließen das Kabinett, Verteidigungsminister Strauß (CSU) trat zurück. Am 15.10.1963 reichte auch der inzwischen 87-jährige Bundeskanzler Adenauer seinen Rücktritt ein. Die Nachfolge trat Ludwig Erhard an.

SCHLAGZEILE

Fußballwunder in Bern

Am 4.7.1954 gewann die deutsche Fußballnationalmannschaft durch einen 3:2-Sieg im Finale gegen Ungarn überraschend die Weltmeisterschaft. Das Ereignis hatte über den sportlichen Wert hinaus eine große politische Bedeutung. Es gab den Deutschen das Gefühl, nach den schweren Nachkriegsjahren auf der internationalen Bühne wieder eine wichtige Rolle zu spielen.

Die Republik wird erwachsen

Unter Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger währte die erste Ausgabe einer Großen Koalition knapp drei Jahre, bevor die sozialliberale Ära anbrach. Die Regierung Brandt vollzog eine Kehrtwende in der Politik gegenüber der DDR und dem Ostblock.

Regierung Erhard

Nach dem Rücktritt Konrad Adenauers führte Ludwig Erhard (1897–1977) die Koalition aus CDU/CSU und FDP fort. Bei den Bundestagswahlen 1965 siegten CDU/CSU mit 47,6 % (FDP 9,5 %). Die Koalition zerbrach wegen unterschiedlicher Auffassungen über die Haushaltspolitik.

Große Koalition

Nachfolger Erhards als Bundeskanzler wurde am 1.12.1966 der baden-württembergische Ministerpräsident Kurt-Georg Kiesinger (1904–88; CDU). Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik war in der „Großen Koalition“ die SPD an der Regierung beteiligt. Vizekanzler und Außenminister wurde der SPD-Vorsitzende Willy Brandt.

Eine der Hauptaufgaben der Großen Koalition war die Wiederbelebung der Wirtschaft, für die eine „Konzertierte Aktion“ von Arbeitgebern und Gewerkschaften ins Leben gerufen wurde. An den Universitäten begannen 1967 massive Studentenproteste, die in die Gründung der „Außerparlamentarischen Opposition“ (APO) mündeten. Die Unruhen eskalierten, als am 11.4.1968 ein Attentat auf den Studentenführer Rudi Dutschke (1940–79) verübt wurde. Die Große Koalition reagierte im Mai 1968 mit der Verabschiedung von Notstandsgesetzen, die dem Staat in

Krisensituationen außerordentliche Kompetenzen verliehen.

„Wir wollen mehr Demokratie wagen"

Leitsatz Willy Brandts in seiner ersten Regierungserklärung vom 28.10.1969

Sozialliberale Koalition unter Willy Brandt

Am 5.3.1969 wurde Gustav Heinemann als Nachfolger des zurückgetretenen Heinrich Lübke zum Bundespräsidenten gewählt. Der bisherige Justizminister war das erste Staatsoberhaupt, das der SPD angehörte. Bei den Bundestagswahlen im September 1969 erreichte die Union mit ihrem Spitzenkandidaten Kiesinger 46,1% der Stimmen. Die Regierung bildete jedoch eine Koalition aus SPD (42,7%) und FDP (5,8%). Willy Brandt (1913–92), zuvor Außenminister, wurde Regierungschef, Walter Scheel (*1919; FDP) Außenminister.

Die sozial-liberale Koalition leitete eine Reihe von innenpolitischen Reformen ein. Besonders engagierte sie sich auf dem Gebiet der Bildung und der Mitbestimmung. Massive Kritik erntete die Regierung Brandt/Scheel für den sogenannten Radikalenerlass vom Januar 1972. Bewerber für den öffentlichen Dienst konnten aufgrund dieser Bestimmung vor der Einstellung auf ihre Treue zur Verfassung überprüft werden.

Kurswechsel in der Deutschlandpolitik

Die sozial-liberale Koalition setzte auf eine Neuausrichtung der Ostpolitik. Das Verhältnis zur Sowjetunion, Polen, den übrigen Ostblockstaaten und vor allem auch zur DDR sollte normalisiert und auf eine neue Grundlage gestellt werden. In Bezug auf das deutsch-deutsche Verhältnis sprach Bundeskanzler Willy Brandt in seiner ersten Regierungserklärung von der „Existenz von zwei deutschen Staaten in einer Nation". Bei der Opposition und in Teilen der deutschen Öffentlichkeit stieß diese Politik auf heftige Kritik. Während Brandt die von dem SPD-Politiker Egon Bahr geprägte Formel „Wandel durch

Annäherung" zum Ziel seiner Politik machte, fürchteten die Gegner eine Festschreibung der bestehenden Verhältnisse.

Am 19.3.1970 traf Brandt in Erfurt mit Willi Stoph, dem Ministerpräsidenten der DDR, zusammen. Es handelte sich um die erste Zusammenkunft von Regierungschefs beider deutscher Staaten. Konkrete Ergebnisse wurden nicht erzielt, doch wurde die Begegnung in Inund Ausland als Zeichen für den Willen zur gegenseitigen Annäherung gewertet.

Moskauer Vertrag

Am 12.8.1970 unterzeichneten Bundeskanzler Brandt und der sowjetische Ministerpräsident Kossygin in Moskau den Deutsch-Sowjetischen Vertrag („Moskauer Vertrag). Beide Staaten erklärten darin den Verzicht auf Gewalt. Zugleich wurden die Grenzen in Europa als unverletzlich bezeichnet, was auch die Oder-Neiße-Grenze als die Westgrenze Polens und die deutsch-deutsche Grenze einschloss. Erstmals erkannte eine Bundesregierung die durch den Zweiten Weltkrieg entstandenen territorialen Verhältnisse an.

Warschauer Vertrag

Mit dem Warschauer Vertrag vom 7.12.1970 wurden die Beziehungen der Bundesrepublik zu Polen auf eine neue Grundlage gestellt. Die im Moskauer Vertrag vorgesehene Anerkennung der Oder-Neiße-Linie wurde bestätigt. Ebenso erklärten beide Partner ihren Willen zum Gewaltverzicht. Die polnische Regierung akzeptierte die Forderung, Deutsche aus Polen ausreisen zu lassen.



Der Kniefall von Warschau

Vor der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages legte Willy Brandt am 7.12.1970 vor dem Mahnmal der Opfer des jüdischen Ghetto-Aufstands von 1943 einen Kranz nieder. Weltweite Beachtung erhielt die Szene, wie der Kanzler zu einer Schweigeminute niederkniete. Der „Kniefall von Warschau" wurde zum Symbol der Ostpolitik Willy Brandts, für die er 1971 den Friedensnobelpreis erhielt.

Berlin-Abkommen

Am 3.9.1971 schlossen die drei Westmächte (Großbritannien, Frankreich, USA) und die Sowjetunion das „Viermächteabkommen über Berlin". Es bestätigte vor dem Hintergrund von Moskauer und Warschauer Vertrag die Rechte und Pflichten der Mächte und regelte die Modalitäten für Verkehr und Kommunikation zwischen Westberlin und der Bundesrepublik.

Grundlagenvertrag BRD-DDR

Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR wurden im Grundlagenvertrag vom 21.12.1972 geregelt. Beide Seiten verpflichteten sich zu gutnachbarschaftlichen Beziehungen, zur Anerkennung der

innerdeutschen Grenze, zur Abrüstung und zum Gewaltverzicht. Weiterhin wurde die Einrichtung Ständiger Vertretungen beschlossen. 1973 wurden die Bundesrepublik und die DDR Mitglieder der Vereinten Nationen (UN).

Prager Vertrag

Den Abschluss der Ostverträge bildete das Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei vom 1 1.12.1973. Die im Münchner Abkommen von 1938 beschlossene Abtretung der Sudetengebiete an Deutschland wurde aufgehoben und die Unverletzlichkeit der Grenzen garantiert.

Ende der Ära Brandt

Im April 1972 scheiterte die Opposition im Deutschen Bundestag mit dem Versuch, Kanzler Brandt durch ein konstruktives Misstrauensvotum zu stürzen. Bei den vorgezogenen Neuwahlen zum Bundestag im November 1972 erreichte die SPD mit 45,8 % das beste Ergebnis seit Bestehen der Bundesrepublik. Die Koalition mit der FDP wurde fortgesetzt. Am 7.5.1974 trat Brandt von seinem Amt zurück. Grund waren Differenzen innerhalb der SPD und die Enttarnung des DDR-Spions Günter Guillaume. Kanzler wurde der bisherige Finanzminister Helmut Schmidt.

Kanzlerschaft Helmut Schmidt

Helmut Schmidt (*1918) stand bis 1982 an der Spitze einer SPD/FDP-Regierung. Vizekanzler und Außenminister war Hans- Dietrich Genscher (*1927; FDP). Bei den Bundestagswahlen 1976 und 1980 wurde die Koalition bestätigt. Zentrale innenpolitische Themen waren der Kampf gegen die Rezession, der Terrorismus der „Rote-Armee-Fraktion“ (RAF) und die Ölkrise. Außenpolitisch setzte die Regierung Schmidt auf der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE) Akzente. Zu massiven Protesten im Inland führte das Bekenntnis der Koalition zum sogenannten NATO-Doppelbeschluss, der beim Scheitern

von Verhandlungen über das atomare Wettrüsten die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen vor allem in der Bundesrepublik vorsah.

Machtwechsel Ulbricht-Honecker

In der DDR löste im Mai 1971 Erich Honecker (1912–94) d en bisherigen Staatsratsvorsitzenden und Generalsekretär Walter Ulbricht (1893–1973) in seiner Funktion als Chef der SED ab. 1976 wurde Honecker auch Vorsitzender des Staatsrats. Ulbricht hatte gegen Ende seiner Amtszeit eine politische Annäherung an die Bundesrepublik vollzogen. Honecker, gebürtiger Saarländer, steuerte hingegen einen Kurs der Abgrenzung.

Die Ära Kohl

Nach dem Ende der sozial-liberalen Koalition bildeten Union und FDP 16 Jahre lang die Regierung. Helmut Kohl hatte die bisher längste Amtszeit eines Bundeskanzlers.



Der per Misstrauensvotum am 1.10.1982 gestürzte **Bundeskanzler Helmut Schmidt** (r, SPD) beglückwünscht im Deutschen Bundestag seinen Nachfolger **Helmut Kohl** (M, CDU) zu dessen Wahl.

Kanzlerschaft Helmut Kohl

Nach dem Bruch der SPD/FDP-Koalition im September 1982 wurde Helmut Schmidt am 1.10.1982 aufgrund eines konstruktiven Misstrauensvotums im Deutschen Bundestag seines Amtes enthoben. Zu seinem Nachfolger wählten die Abgeordneten den CDU-Vorsitzenden und CDU-Fraktionsvorsitzenden Helmut Kohl.

Bei den vorgezogenen Bundestagswahlen am 6.3.1983 siegte die Union

mit 48,8 % und schloss eine Koalition mit der FDP (7,0 %). Vizekanzler und Außenminister blieb Hans-Dietrich Genscher. Erstmals im Parlament vertreten waren die alternativen Grünen, die die in der Verfassung vorgesehene Fünfprozenthürde mit 5,6 % der Wählerstimmen sicher übersprangen.

Steckbrief

Helmut Kohl

Helmut Kohl wurde am 3.4.1930 in Ludwigshafen geboren. 1946 trat er der CDU bei und machte rasch Parteikarriere. 1969–76 bekleidete er das Amt des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten, 1973–98 war er Bundesvorsitzender der CDU. 1982 übernahm er von Helmut Schmidt (SPD) das Kanzleramt, das er bis 1998 innehatte. Höhepunkt seiner Karriere war die deutsche Wiedervereinigung, an deren erfolgreicher Umsetzung er maßgeblich mitwirkte – Kohl gilt als „Kanzler der Einheit". Seine Beteiligung an der 1999 aufgedeckten illegalen Spendenpraxis der CDU (Parteispendenaffäre) warf einen Schatten auf seine politische Lebensleistung.



Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (l) und Bundesfinanzminister Theo Waigel (r) unterzeichnen am 7.2.1992 den **Vertrag zur Wirtschafts- und Währungsunion der Europäischen Gemeinschaft** in Maastricht (Niederlande).

Mehrfache Wiederwahl

Auch bei den folgenden Wahlen zum Deutschen Bundestag konnte sich Kohls Union gegenüber der politischen Konkurrenz durchsetzen. 1987 holten CDU/ CSU 44,3 %, was zu einer Fortführung der Koalition mit der FDP (9,1 %) ausreichte. 1990 erreichte die Union bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen nach der Wiedervereinigung 43,8 %, 1994 vereinigte sie 41,4 % der Stimmen auf sich, was knapp eine Fortführung der Regierungskoalition mit der FDP ermöglichte.

> „Es lebe die deutsch-französische Freundschaft, es lebe Europa."
>
> Helmut Kohl am 22.1.1988 in Paris anlässlich des 25. Jahrestages des Élysée-Vertrags

Die Grünen

Die Partei bildete sich aus einzelnen ökologischen Initiativen und aus der Friedensbewegung der 1960er- und 1970er-Jahre. Gründungsdatum war der 20.1.1980. Im März 1980 wurde in Saarbrücken das erste Grundsatzprogramm beschlossen. Die Grünen definierten sich darin als eine ökologische, soziale, basisdemokratische und gewaltfreie Partei. Aufgrund des basisdemokratischen Anspruchs gab es, im Gegensatz zu den anderen Parteien, keine einzelnen Vorsitzenden, sondern eine mehrköpfige Führungsstruktur. 1980 bildeten Petra Kelly, August Haußleiter und Norbert Mann das grüne Führungstrio.

Blickpunkt Europa

Außenpolitisch präsentierte sich Kohl als Verfechter der europäischen Idee. Maßgeblichen Anteil hatte er am Vertrag von Maastrich (1992), der die Gründung der „Europäischen Union" (EU) als politischen und wirtschaftlichen Zusammenschluss der damals zwölf Mitgliedsstaaten festlegte. Ebenso war Deutschland bei dem Vertrag von Amsterdam (1997) federführend, der die europäischen Institutionen stärkte. Auch die

Osterweiterung der EU wurde von Kohl unterstützt.

Verhältnis Deutschland-Frankreich

Einen Stützpfeiler der europäischen Integration sah Kohl in der Intensivierung der deutsch-französischen Freundschaft. Neben praktischer Politik standen für dieses Bestreben symbolische Gesten wie im September 1984 der gemeinsame Besuch mit Frankreichs Staatspräsident Mitterrand auf dem Schlachtfeld von Verdun, wo sich im Ersten Weltkrieg deutsche und französische Soldaten einen erbitterten Stellungskrieg geliefert hatten.

Ende der Ära Kohl

In seiner letzten Amtszeit geriet Kohl innenpolitisch unter Druck. Verantwortlich waren dafür u. a. die wirtschaftlichen Daten und Probleme mit Gesundheits- und Steuerreform. Bei der Bundestagswahl am 27.9.1998 verlor die Union die Mehrheit. Die Nachfolge trat Gerhard Schröder (SPD) an d er Spitze einer rot-grünen Regierung an.

Wiedervereinigung

„Wir sind ein Volk!“

Mit dem Zerfall des Ostblocks wurde der Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland möglich. Damit endeten 40 Jahre der Teilung.

Auflösung des Ostblocks

Das Ende der DDR und die Wiedervereinigung waren das Ergebnis tiefgreifender Veränderungen der politischen Gesamtlage in Europa. In der Sowjetunion, während des Kalten Krieges unumstrittene Vormacht des kommunistischen Osteuropa, vollzog sich unter Michail Gorbatschow, seit 1985 Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU, ein Prozess der allmählichen Selbstauflösung. Das riesige Sowjetreich begann zu zerfallen. Zugleich kam es in anderen Ländern Osteuropas wie in Polen und Ungarn zu massenhaften Forderungen nach Freiheit und einem Ende der kommunistischen Regime.



Mit der **Öffnung der Berliner Mauer** am 9.11.1989 endeten die Reisebeschränkungen für DDR-Bürger. Sie war ein unwiderruflicher Schritt zur Öffnung des Landes nach Westen.

Revolution in der DDR

Auch in der DDR wurde der Ruf nach Freiheit immer lauter. Seit September 1989 fanden in Leipzig (Montagsdemonstrationen) und bald auch in anderen Städten des Landes friedliche Protestkundgebungen und Massendemonstrationen statt. Eine führende Rolle spielte dabei die evangelische Kirche, die bereits im Jahr 1985 eine „Initiative für Frieden und Menschenrechte" ins Leben gerufen hatte. Die Sicherheitskräfte der SED-Regierung gingen gegen die Demonstranten mit Härte und Gewalt vor.

Flucht in die Botschaften

Am 2.5.1989 öffnete Ungarn seine Grenzsperren nach Österreich. In der Folge flohen Tausende von DDR-Bürgern über die offene Grenze und suchten Aufnahme in den bundesdeutschen Botschaften in Prag, Budapest und Warschau. Ihr Ziel war die Weiterreise in die Bundesrepublik Deutschland. Am 30.9.1989 konnte Bundesaußenminister

Genscher den 4000 Flüchtlingen vom Balkon der Prager Botschaft aus mitteilen, dass ihre Ausreise in die Bundesrepublik ermöglicht worden sei.

SCHLAGZEILE

Berlin? Berlin!
Am 20.6.1991 debattierte der Deutsche Bundestag die Frage des künftigen Sitzes von Parlament und Regierung. Die Mehrheit der Abgeordneten entschied sich gegen Bonn und für Berlin, dessen Status als deutsche Hauptstadt bereits im Einigungsvertrag vom August 1990 festgeschrieben worden war.

Oktober 1989
Im Oktober 1989 nahmen immer mehr Menschen an den Montagsdemonstrationen in Leipzig teil. Am 2.10. kamen 20 000, am 23.10. 300 000 Teilnehmer. Erstmals mischte sich in die Forderungen der Demonstranten auch der Wunsch nach Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik. Die Opposition gab sich in der „Kontaktgruppe“ einen organisatorischen Rahmen. Am 18.10. musste Erich Honecker, der unbeirrt an seinem Kurs festhielt, sämtliche Ämter aufgeben. Seine Nachfolge trat Egon Krenz an.

Fall der Mauer
Am 4.11. erlebte Leipzig die größte Massendemonstration, als 1 Mio. Menschen auf die Straße gingen. Sie forderten Presse- und Meinungsfreiheit und freie Wahlen. Am 9.11. gab der SED-Politiker Günter Schabowski eher unabsichtlich die Öffnung der Mauer bekannt. Noch am selben Tag überquerten Tausende von DDR-Bürgern die bis dahin mithilfe eines sogenannten Todesstreifens gesicherte Grenze Richtung Westen.

Erste freie Wahlen

Am 28.11. stellte Bundeskanzler Kohl einen Zehnpunkteplan vor, nach dem die deutsche Einheit auf dem Weg über eine Konföderation beider deutscher Staaten erreicht werden sollte. Am 18.3.1990 fanden in der DDR die ersten freien Wahlen zur Volkskammer statt. Es siegte die CDU-geführte „Allianz für Deutschland". Zum Ministerpräsidenten in einer Koalition mit der SPD und den Liberalen wurde Lothar de Maiziere (*1940) gewählt. Dessen Ziel war eine möglichst rasche Vereinigung der DDR mit der Bundesrepublik.

Vollzug der Einheit

Der Prozess der deutschen Einheit war nicht ohne die Zustimmung der Großmächte, allen voran der Sowjetunion, denkbar. Im Februar 1990 erhielt Kohl in Moskau von Gorbatschow die Zusicherung, den Deutschen das Leben in einem Staat nicht zu verwehren.

Am 1.7.1990 trat der Staatsvertrag über eine Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion der DDR mit der Bundesrepublik in Kraft. Zentraler Punkt des Vertrags war die Einführung der D-Mark in der DDR, wobei die Währungen im Verhältnis 1:1 umgestellt werden sollten.

Mitte Juli stimmte Gorbatschow einer NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschland zu. Am 31.8. akzeptierte der Bundestag den Einigungsvertrag. Im September 1990 wurden die Zwei-plus- Vier-Gespräche mit Vertretern der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs und beider deutscher Staaten zu einem Abschluss gebracht. Am 3.10.1990 erklärte die DDR ihren Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland.

Geeintes Deutschland

Nach der Wiedervereinigung

Im wiedervereinigten Deutschland war es die zentrale Aufgabe der Politik, das Zusammenwachsen von Ost und West in der neuen Bundesrepublik zu organisieren und zu fördern. Als Hauptstadt wurde Berlin bestimmt.

Christlich-liberale Koalition

Nach der Wiedervereinigung stand Bundeskanzler Helmut Kohl im Zenit seines Ansehens. Bis 1998 setzte sich die Ära Kohl noch fort. Die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl am 2.12.1990 endete erwartungsgemäß mit einem Sieg der christlich-liberalen Koalition.

Modernisierung der neuen Bundesländer

Um die Kosten der Einheit bezahlen zu können, beschloss die neue Regierung am 8.3.1991 das 1991 und 1992 jeweils 12 Mrd. DM schwere „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost" sowie die Einführung des „Solidaritätszuschlags" von 7,5% auf Lohn-, Einkommen- und Körperschaftssteuer. Auch die Mineralölsteuer wurde deutlich erhöht. Diese Mittel flossen nun u.a. in eine umfassende Modernisierung der größtenteils maroden Infrastruktur in den fünf neuen Bundesländern.

Der erwartete Aufschwung – Bundeskanzler Kohl hatte „blühende Landschaften" versprochen, blieb jedoch aus. Viele vor allem jüngere

Menschen aus den neuen Bundesländern wanderten nach Westen ab, im Osten stieg dennoch die Arbeitslosigkeit erheblich an. Grund war vor allem die Stilllegung zahlreicher nicht konkurrenzfähiger Betriebe.

Stasiunterlagen

Ein wichtiges Thema war auch der Umgang mit der DDR-Vergangenheit, insbesondere den Auswüchsen der Herrschaft von SED und Staatssicherheit (Stasi). Mit dem Stasiunterlagen-Gesetz vom 29.12.1991 konnte jeder betroffene Bürger Einsicht in „seine" Akten nehmen, die von der „Gauck-Behörde" verwaltet wurden.



Viele Mitarbeiter der „Stasi" hatten versucht, Akten zu vernichten. Das Foto zeigt Archivassistenten der„**Gauck-Behörde"**, die Papierschnitzel aus der Hinterlassenschaft des allgegenwärtigen DDR-Ministeriums für Staatssicherheit zu kompletten Schriftstücken zusammensetzen.

Rot-Grün regiert

Bei der Bundestagswahl im Herbst 1998 kam es zu einem Machtwechsel. Helmut Kohl musste nach 16-jähriger Amtszeit als Bundeskanzler abtreten, Gerhard Schröder (*1944; SPD) führte als Kanzler eine rot-grüne Bundesregierung, die 2002 wiedergewählt wurde. Die Beteiligung der Bundesrepublik an Militäreinsätzen, der proklamierte Ausstieg aus der Kernenergie sowie die Reformen der Agenda 2010 kennzeichnen die rot-grüne Regierungszeit – außerdem der in zwei Schritten 1999 und 2002 vollzogene Währungswechsel von der D-Mark zum Euro.

Militäreinsätze

Schon kurz nach ihrem Amtsantritt stimmte die Regierung Schröder der Beteiligung deutscher Soldaten am NATO-Einsatz zur Befriedung des Kosovo im zerfallenden Jugoslawien, wo ein Völkermord an der albanischen Bevölkerungsmehrheit drohte, zu. Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg waren so deutsche Soldaten in einen bewaffneten Konflikt verwickelt. Nach den Anschlägen auf das World Trade Center in New York am 11.9.2001 beteiligte sich die Bundeswehr auch aktiv an der Terrorbekämpfung und dem Wiederaufbau in Afghanistan. Andererseits erteilte die Regierung Schröder den USA, die eine Beteiligung deutscher Truppen am US-Militäreinsatz im Irak 2003 wünschten, eine Absage.

Mark und Euro

Am 1.1.1999 begann das Eurozeitalter – zunächst nur für den bargeldlosen Zahlungsverkehr. Für die Verbraucher änderte sich zunächst also noch wenig – als Bargeld diente nach wie vor die D-Mark. Seit dem 1.1.2002 ist der Euro gesetzliches Zahlungsmittel.

Agenda 2010

Schon seit Längerem erreichte die deutsche Wirtschaft keine zufriedenstellenden Wachstumsraten mehr, die Arbeitslosigkeit und das

Haushaltsdefizit stiegen, Deutschland galt als „kranker Mann Europas“. Diese Probleme griff Schröder am 14.3.2003 in einer Regierungserklärung auf und verkündete die „Agenda 2010“. Sie beinhaltete eine Reihe von Maßnahmen, um die Sozialkassen zu stabilisieren, den Arbeitsmarkt zu flexibilisieren und Bürokratie abzubauen. Wie groß die Wirkung dieses Programms war, ist umstritten, doch hat es sicher wesentlich dazu beigetragen, dass Deutschland heute als wirtschaftliches Zugpferd Europas bezeichnet wird.

Kanzlerin Merkel

Seit dem 22.11.2005 ist Angela Merkel (*1954) Bundeskanzlerin, zunächst in einer Großen Koalition mit der SPD, dann in einer schwarz-gelben Koalition mit der FDP und schließlich seit 2013 erneut in einer Großen Koalition. Schwerpunkte der Regierungsarbeit seit 2005 waren der Abbau der Arbeitslosigkeit, die Sanierung des Staatshaushalts sowie die europäische Integration. Die wohl größten Herausforderungen waren aber die Bewältigung der 2008 aufgekommenen globalen Finanzkrise und seit Ende 2009 der europäischen Staatsschuldenkrise. Ein großes Zukunftsprojekt ist der im März 2011 nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima auch von der CDU/CSU forcierte, bis 2022 geplante und mit der Energiewende kombinierte Ausstieg aus der Atomkraft.

Politik & Staat

Politiker in einem demokratischen Staat wie Deutschland tragen die Verantwortung dafür, dass der Staat so funktioniert, wie die Bürger sich das vorstellen. Für die Organisation des Staates haben sich feste Regeln und Gewohnheiten etabliert.



Demokratie in Deutschland

Laut dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland geht „alle Staatsgewalt (…) vom Volke aus“ (Art. 20,2): In allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl wählt es Vertreter, die es repräsentieren und Entscheidungen in seinem Sinne treffen.

Grundrechte für alle

Das demokratische Deutschland zeichnet sich durch eine vielfältige Parteienlandschaft, freie Wahlen und das Mehrheitsprinzip aus. Darüber hinaus bietet es seinen Bürgern Schutz durch die Menschen- und Grundrechte, die durch die Verfassung gewährleistet werden. Das Grundgesetz garantiert die Einhaltung der Grundrechte für alle Bürger. Diese Grundrechte beinhalten auch das Recht, an der Demokratie aktiv mitzuwirken. Das wichtigste Mitwirkungsrecht ist die Möglichkeit aller erwachsenen Staatsbürger, in Wahlen ihren politischen Willen kundzutun und sich auch selbst für Wahlen aufstellen zu lassen. Wer dann tatsächlich ein politisches Amt übertragen bekommt, wird schnell feststellen, dass Demokratie mit ihrer ständigen Suche nach Mehrheiten ein anstrengendes Geschäft ist. Unzählige Forderungen aus den verschiedensten Politikbereichen werden aufgestellt und an

die Politiker herangetragen, viele Regeln und Gewohnheiten der politischen Kultur sind zu beachten und nicht zuletzt setzen die Finanzen oft enge Grenzen.

Gesetze müssen durchgesetzt werden

In einem demokratischen Staat wie Deutschland ist die Staatsgewalt auf mehrere Organe aufgeteilt (Gewaltenteilung): Wenn die Legislative, also das Parlament, Gesetze verabschiedet hat, die für alle verbindlich sind, kommt der Exekutive die Aufgabe zu, diese Gesetze auch durchzusetzen. Dazu erlässt sie konkrete Vorschriften, etwa Bestimmungen, die beispielsweise die Beantragung und die Ausgabe eines Personalausweises regeln. Ebenfalls zur Exekutive gehört die Polizei, die Kontrollen von Ausweisen vornehmen und Inhaber eines gefälschten Ausweises festsetzen kann.

Für das Modell des demokratischen Rechtsstaats ist es darüber hinaus von großer Bedeutung, dass seine Bürger jede dieser Handlungen von unabhängigen Gerichten (Judikative) überprüfen lassen können. So kann auch die Frage, ob eine polizeiliche Verhaftung rechtmäßig war, Gegenstand einer Verhandlung sein.

Politik als Prozess

Damit in einem demokratischen Staat Entscheidungen getroffen werden können, müssen politische Mehrheiten gesucht und gefunden werden. Das geht nicht von jetzt auf gleich, auch wenn sich Bürger und Medienvertreter das manchmal wünschen. Politik ist ein langwieriger Prozess, der seine Zeit braucht. Um die Mehrheiten zu organisieren, bringen sich verschiedene Interessengruppen ins Spiel, die

in vielen Fällen untereinander konkurrieren. Im politischen Wettstreit werden die Meinungen und Vorhaben öffentlich – also vor allem in den Medien – vorgestellt und diskutiert. Die den jeweiligen Ministerien zugeordneten Ämter kanalisieren die Meinungen und arbeiten entsprechend der Mehrheitsverhältnisse im Parlament die Gesetze aus. Dieses wiederum erörtert Pro und Kontra der Gesetze, um dann schließlich verbindliche Entscheidungen zu treffen.

Politik mitgestalten

Die Einwohner Deutschlands haben umfassende Möglichkeiten, Politik mitzugestalten. Dazu zählt die Teilnahme an Wahlen, aber auch das Engagement in Parteien, Vereinen oder Initiativen. Auf Landes- und Kommunalebene sind – nach einem langen bürokratischen Weg – auch Volksentscheide möglich. Dennoch ist in den letzten Jahren – nicht zuletzt aufgrund von Skandalen – eine Politikverdrossenheit zu beobachten. Eine weitere Herausforderung, der sich Politik und Staat stellen müssen, ist der politische Extremismus, der das demokratische Gemeinwesen in seinen Grundfesten infrage stellt und mitunter sogar angreift.

Die dunkle Seite der Macht

Hinter den Kulissen gibt es Gruppierungen, die mithilfe von mächtigen Interessenverbänden ihre Vorstellungen nachhaltiger durchsetzen können. Zuweilen gibt es dabei illegale Einflussnahmen: Zwar sind korrupte Beamte oder Politiker in Deutschland selten, gleichwohl gibt es sie. Skandale und Rücktritte zeugen davon, dass Politiker auch nur Menschen sind und deshalb anfällig für Verfehlungen

sein können.

Staatsform

Parlamentarische Demokratie

Der Deutsche Bundestag ist das Parlament in der Bundesrepublik Deutschland und stellt das Herzstück der deutschen Demokratie dar. Die dort versammelten Abgeordneten vertreten die Bürger und treffen politische Entscheidungen in deren Namen.

Als einziges Verfassungsorgan wird der Deutsche Bundestag direkt vom Volk gewählt. Der Abstand zwischen zwei Wahlen, Legislaturperiode genannt, beträgt vier Jahre. Der Bundestag muss über mindestens 598 Mitglieder (Abgeordnete) verfügen, wobei die tatsächliche Anzahl aufgrund von Überhang- und Ausgleichsmandaten meist höher ist.

→ **Verfassungsorgane** sind die im Grundgesetz vorgesehenen obersten Staatsorgane. Diese sind: Bundestag, Bundesrat, Gemeinsamer Ausschuss, Bundes präsident, Bundesversammlung, Bundesregierung und Bundesverfassungsgericht.

Wahlen

In Deutschland darf jeder deutsche Staatsbürger ab seinem 18. Geburtstag an der Bundestagswahl teilnehmen. Der Wähler verfügt über eine Erst- und eine Zweitstimme. Die Erststimme entscheidet direkt über einen der jeweiligen Kandidaten der bundesweit 299 Wahlkreise. Die Zweitstimme ist trotz ihres Namens die wichtigere Stimme, da sie die Mehrheitsverhältnisse der Sitze im Bundestag festlegt. Über sie werden

Kandidatenlisten gewählt, die zuvor von den Parteien aufgestellt wurden. Gewinnt eine Partei mehr Direktmandate über die Erststimme, als ihr nach den Zweitstimmen zustehen, erhält sie sogenannte Überhangmandate. Um wieder die Mehrheitsverhältnisse herzustellen, wie sie das Zweitstimmenergebnis vorsieht, erhalten die anderen Parteien seit 2013 Ausgleichsmandate.

Bundespräsidenten seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland

Name	Partei	Zeit
Theodor Heuss	FDP	1949–59
Heinrich Lübke	CDU	1959–69
Gustav Heinemann	SPD	1969–74
Walter Scheel	FDP	1974–79
Karl Carstens	CDU	1979–84
Richard von Weizsäcker	CDU	1984–94
Roman Herzog	CDU	1994–99
Johannes Rau	SPD	1999–2004
Horst Köhler	CDU	2004–10
Christian Wulff	CDU	2010–12
Joachim Gauck	parteilos	seit 2012

Bundestag

Die Abgeordneten einer Partei können – sofern sie mindestens 5 % der Bundestagssitze errungen haben – eine Fraktion bilden, die mehr Befugnisse hat als einzelne Abgeordnete. Nur einmal in der Geschichte der Bundesrepublik hatte eine Fraktion die absolute Mehrheit im Bundestag inne (1957–61: CDU/CSU). Diese wird benötigt, um die zentrale Funktion des Parlaments zu erfüllen: den Bundeskanzler zu wählen und Gesetze zu verabschieden. In allen anderen Legislaturperioden bildeten

zwei Fraktionen zu diesem Zweck eine Regierungskoalition. Die restlichen Parteien bilden die Opposition, der vor allem die Aufgabe zukommt, die Regierung zu kontrollieren.



Sitz des Bundestages ist seit 1999 das **Reichstagsgebäude** in Berlin. Zuvor war das (west)deutsche Parlament in Bonn beheimatet.

Der Bundestag ist ein Arbeitsparlament, d. h., die inhaltliche Arbeit findet in Ausschüssen statt. In der Vollversammlung (Plenum) werden deren Ergebnisse diskutiert und Grundsatzentscheidungen getroffen. Sind wesentliche Interessen der Bundesländer betroffen, muss die Länderkammer, der Bundesrat, zustimmen.

Der 18. Deutsche Bundestag (2013–17) hat 631 Sitze. Ihm gehören Fraktionen von CDU/CSU, SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen an.

Bundespräsident

Die Bundesrepublik ist eine parlamentarische Demokratie, in der der Regierungschef vom Parlament und nicht vom Volk direkt gewählt wird. Das eigentliche Staatsoberhaupt, der Bundespräsident, hat größtenteils repräsentative Funktionen und nur geringe Machtbefugnisse. Er wird für fünf Jahre von der Bundesversammlung gewählt, in die Bund und Länder

Vertreter schicken. Formal ernennt er den Kanzler, ferner auch die Minister und viele Beamte auf Bundesebene. Mit seiner Unterschrift setzt er beschlossene Gesetze in Kraft.

Starkes Parlament

Eine starke Demokratie braucht ein starkes Parlament. Um einer „Führer"-Diktatur wie in der Weimarer Republik einen Riegel vorzuschieben, haben die Verfassungsväter der Bundesrepublik ihre Lehren aus der Geschichte gezogen und u.a. folgende Regeln eingeführt:

- Eine Fünf-Prozent-Hürde (alternativ drei Direktmandate) für den Einzug einer Partei in den Bundestag – so soll eine Zersplitterung der politischen Landschaft verhindert werden.
- Der Bundespräsident hat weniger Macht und wird nicht vom Volk direkt gewählt.
- Die Opposition im Bundestag hat vielfältige Kontrollrechte gegenüber der Bundesregierung.

Bundesregierung

Kanzler und Kabinett

Bundeskanzler und Bundesminister bilden gemeinsam das Kabinett der Bundesregierung. Dieser kommt im Rahmen der Gewaltenteilung der deutschen Demokratie die Rolle der Exekutive zu.

Der Bundeskanzler hat formal viel Macht, da er die Minister auswählt und die Eckpfeiler der Regierungspolitik bestimmt. Um aber letztendlich Entscheidungen durchsetzen zu können, muss er für seine Ziele stets Mehrheiten im Bundestag finden.

„Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung.“

Artikel 65, Grundgesetz

Bundeskanzler

Obwohl der Bundeskanzler faktisch der mächtigste deutsche Amtsträger ist, steht er protokollarisch unter dem Bundespräsidenten und dem Bundestagspräsidenten.

SCHLAGZEILE

Spion im Bundeskanzleramt

Das hatte es noch nicht gegeben: Günter Guillaume, bis 1974 Referent für Parteifragen von Kanzler Willy Brandt (SPD), wurde als Agent enttarnt. Jahrelang hatte er direkt aus dem Kanzleramt Geheimnisse an die DDR-Regierung verraten. Brandt übernahm die Verantwortung und trat am 6.5.1974 als erster Bundeskanzler zurück. Zehn Tage später wählte der Bundestag Helmut Schmidt zu seinem Nachfolger.

Wahlverfahren

Das Wahlverfahren für den Bundeskanzler ist in Artikel 63 des Grundgesetzes festgelegt: Der Bundespräsident schlägt einen Kandidaten für das Amt des Kanzlers vor – wobei er in der politischen Praxis stets den Kandidaten der Regierungskoalition bestimmt. Der Bundestag stimmt darüber in einer geheimen Wahl ab. Gewählt ist, wer die absolute Mehrheit (Kanzlermehrheit) erreicht. Verfehlt der Kandidat diese, hat der Bundestag das Recht, innerhalb von 14 Tagen einen eigenen Kandidaten zu wählen. Danach genügt die einfache Mehrheit, wobei der Bundespräsident in diesem Fall den Kanzler ernennen oder aber auch den Bundestag auflösen kann.

Befugnisse

Nach dem Grundgesetz hat der Kanzler die Richtlinienkompetenz, d. h., er bestimmt die wesentlichen Ziele der Regierung in der Innen- wie Außenpolitik. Im Verteidigungsfall übernimmt der Kanzler die Befehlsgewalt über die Bundeswehr. Der Kanzler legt zudem fest, wie viele Ministerien es in seiner Regierung gibt und wie die Ressorts zugeschnitten werden. Ein Bundeskanzler verdient rund 17 000 € im Monat (ohne Zulagen), ein Bundesminister rund 14 000 € (Stand 2014).

Steckbrief

Angela Merkel

Die am 17.7.1954 in Hamburg geborene und in der DDR aufgewachsene Angela Merkel (CDU) ist die erste Frau, die das Bundeskanzleramt bekleidet. 1989 trat die Physikerin dem „Demokratischen Aufbruch“ in der DDR bei, wechselte aber schon 1990 zur CDU. Seit 1990 ist sie Mitglied des Deutschen Bundestags. In den Jahren 1991 bis 2000 hatte sie verschiedene Parteiämter inne, außerdem war sie Bundesministerin für Frauen und Jugend (1991–94) und Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (1994–98). Seit 2000 ist sie Vorsitzende der CDU, seit 2005 Bundeskanzlerin.



Misstrauensvotum und Vertrauensfrage

Das Amt des Bundeskanzlers endet grundsätzlich mit dem Ablauf einer Legislaturperiode. Der Bundeskanzler kann auch von sich aus zurücktreten, abgewählt werden kann er aber nur, wenn der Bundestag im Zuge eines konstruktiven Misstrauensvotums einen neuen Kandidaten mit absoluter Mehrheit wählt.

Ein nur selten angewendetes Machtinstrument des Bundeskanzlers ist die Vertrauensfrage. Sie dient ihm vor allem dazu, die eigenen Reihen zu disziplinieren: Auf seinen Antrag wird der Bundestag aufgefordert, dem

Regierungschef das Vertrauen auszusprechen. Hierzu ist eine absolute Mehrheit notwendig. Wird diese verfehlt, kann der Bundeskanzler dem Bundespräsidenten die Auflösung des Bundestags vorschlagen, sofern kein Gegenkandidat gewählt wurde.

Bundesminister

Die Bundesminister werden vom Kanzler vorgeschlagen. Ernannt und entlassen werden sie vom Bundespräsidenten. Den Ministern stehen in ihren Ministerien Staatssekretäre zur Seite, die auch Teil der Bundesregierung sind. Manche sind Beamte, andere Abgeordnete des Parlaments. Die Minister sind für ihren Arbeitsbereich politisch verantwortlich (Ressortprinzip). Sie müssen sich aber der Richtlinienkompetenz des Kanzlers unterordnen und sich mit ihren Kabinettskollegen abstimmen (Kollegialprinzip). Zu den klassischen Ressorts gehören die Außen-, Finanz-, Justiz- und Verteidigungspolitik. Den genauen Zuschnitt der Ressorts legt der Bundeskanzler fest.

→ **Absolute Mehrheit** ist erreicht, wenn bei einer Abstimmung auf einen Kandidaten oder Vorschlag mindestens 50 % der Stimmen plus eine Stimme erzielt wurde. Bei relativer Mehrheit genügen die meisten Stimmen.

Bundeskanzler seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland

Name	Partei	Zeit
Konrad Adenauer	CDU	1949–63
Ludwig Erhard	CDU	1963–66
Kurt Georg Kiesinger	CDU	1966–69
Willy Brandt	SPD	1969–74
Helmut Schmidt	SPD	1974–82
Helmut Kohl	CDU	1982–98
Gerhard Schröder	SPD	1998–2005
Angela Merkel	CDU	seit 2005

Föderale Struktur

Bundesländer

Deutschland ist föderal organisiert, d.h., es besteht aus einzelnen eigenständigen Bundesländern, die aber zu einem großen Ganzen zusammengeschlossen sind: dem Gesamt- bzw. Bundesstaat.

Die 16 Bundesländer der Bundesrepublik bilden die mittlere Ebene der politischen Gliederung. Sie besitzen jeweils eigene Verfassungen, Hauptstädte, Regierungen, Parlamente und Verwaltungseinheiten und übernehmen bestimmte staatliche Aufgaben, die sie autonom ausführen.

Baden-Württemberg

Hauptstadt: Stuttgart
Einwohner: 10 569 111
Das Bundesland entstand 1952 aus drei Ländern. Dank einer starken Industrie hat es die zweitniedrigste Arbeitslosenquote der Bundesrepublik. Jahrzehntelang hatte die CDU die Vorherrschaft. 2011 wurde mit Winfried Kretschmann der bundesweit erste Ministerpräsident gewählt, der Bündnis 90/Die Grünen angehört. Auf kommunaler Ebene sind freie Wählergemeinschaften außergewöhnlich stark.

Bayern



Hauptstadt: München
Einwohner: 12 519 571

Das flächenmäßig größte Bundesland hatte in den 1950er-Jahren mit Abwanderungen zu kämpfen. Danach erlebte die landwirtschaftlich geprägte Region durch den Aufbau einer modernen industriellen Produktion einen wirtschaftlich nachhaltigen Aufschwung. Die CSU ist traditionell die stärkste politische Kraft, die auch auf Bundesebene eine Sonderrolle spielt.

Berlin



Stadtstaat

Einwohner: 3 375 222

Die größte Metropole Deutschlands ist die Hauptstadt der Bundesrepublik, Sitz von Regierung und Parlament. Während des Kalten Krieges wurde die Stadt 1961 durch den Bau der Berliner Mauer geteilt: Ostberlin gehörte zur DDR, Westberlin zur Bundesrepublik. Mit seinem Spruch, Berlin sei „arm, aber sexy", illustrierte Klaus Wowereit (SPD), 2001-14 Regierender Bürgermeister der Stadt, deren schwierige Finanzlage.

Brandenburg



Hauptstadt: Potsdam

Einwohner: 2 449 511

Zwei Drittel der Brandenburger leben im ländlichen Raum. Das Land hat die meisten Binnengewässer Deutschlands. Neben Landwirtschaft war der Braunkohlebergbau lange wichtigster Wirtschaftszweig. Die SPD ist meist die stärkste Partei. Durch die Grenze zu Polen wird Brandenburg dort eine politische „Brückenfunktion" zugeschrieben.

Bremen

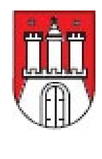
Stadtstaat

Einwohner: 654 774

Zwischen den Städten Bremen und Bremerhaven, die das Land bilden, liegen Gebiete von Niedersachsen. Seine Häfen sorgten für Wohlstand,

die Arbeitslosigkeit ist inzwischen aber hoch. Mit Technologie und Handel wird versucht, neue Branchen nachhaltig zu erschließen. Im kleinsten Bundesland ist politisch die SPD traditionell vorherrschend.

Hamburg



Stadtstaat

Einwohner: 1 734 272

Hamburg hat den größten deutschen Überseehafen. Daneben sind Luftfahrtindustrie und Medien wichtige wirtschaftliche Standbeine. Die SPD war lange dominierend. Das Stichwort „Hamburger Verhältnisse" beschreibt die politische Lage in den 1980er-Jahren, in denen sich Regierungsmehrheiten kaum bilden ließen.

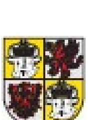
Hessen

Hauptstadt: Wiesbaden

Einwohner: 6 016 481

Hessen ist wirtschaftlich durch Mittelstand, Industrie und Dienstleistung geprägt. Die besondere Rolle des Finanzbereichs wird auch mit dem Sitz der Europäischen Zentralbank deutlich. Die SPD war in Hessen lange an der Macht, die CDU wandelte sich von einer eher konservativen zur sozialen Landespartei. 1985 gab es in Hessen die bundesweit erste rot-grüne Landesregierung.

Mecklenburg-Vorpommern



Hauptstadt: Schwerin

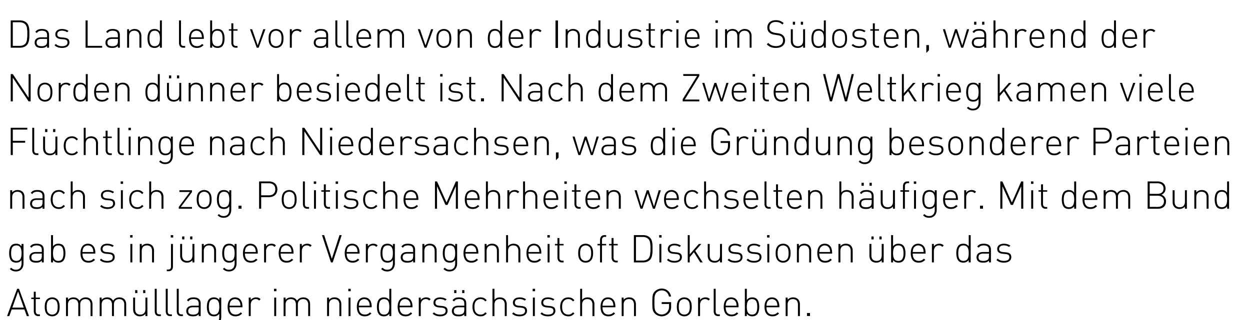
Einwohner: 1 600 327

Neben der Landwirtschaft bestimmen Ostseehäfen das Bild des Landes. Mit Rügen und Usedom hat es die größten deutschen Inseln, außerdem viele Seen und Naturschutzgebiete. Nach der Wiedervereinigung stellte die CDU meist die stärkste Fraktion. 1998 arbeiteten aber erstmals SPD und PDS (Die Linke) in einer Koalition zusammen; seit 1998 stellt die SPD den Ministerpräsidenten.

Niedersachsen



Hauptstadt: Hannover
Einwohner: 7 778 995



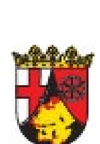
Das Land lebt vor allem von der Industrie im Südosten, während der Norden dünner besiedelt ist. Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen viele Flüchtlinge nach Niedersachsen, was die Gründung besonderer Parteien nach sich zog. Politische Mehrheiten wechselten häufiger. Mit dem Bund gab es in jüngerer Vergangenheit oft Diskussionen über das Atommülllager im niedersächsischen Gorleben.

Nordrhein-Westfalen

Hauptstadt: Düsseldorf
Einwohner: 17 554 329

Das bevölkerungsreichste Bundesland prägte mit der Produktion von Kohle und Stahl den Wirtschaftsaufschwung im Nachkriegsdeutschland. Inzwischen haben diese Branchen an Bedeutung verloren. Die CDU hatte mit ihrem sozialen Flügel in Nordrhein-Westfalen nur vereinzelt Mehrheiten, 1980-1995 regierte die SPD allein. Wegen seiner Größe hat das Land seit jeher auch eine besondere bundespolitische Bedeutung.

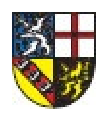
Rheinland-Pfalz



Hauptstadt: Mainz
Einwohner: 3 990 278

Historisch war Rheinland-Pfalz ländlich geprägt. Im Lauf der Jahre entwickelte sich die Wirtschaft zu einem modernen Branchenmix. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es eine klare Vorherrschaft der CDU. Nachdem die SPD jedoch in den 1990er-Jahren an politischem Gewicht zugelegt hatte, dominierte sie - später mit den Grünen - die Landespolitik.

Saarland



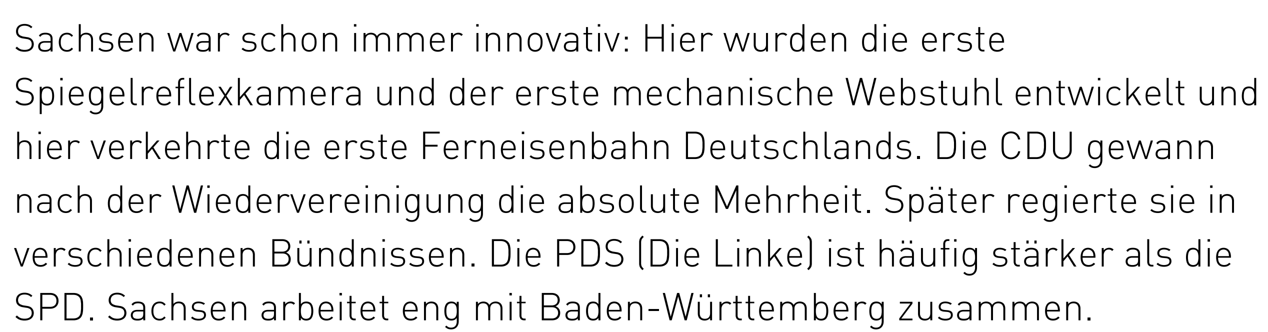
Hauptstadt: Saarbrücken

Einwohner: 994 287
Der kleinste aller Flächenstaaten setzte wirtschaftlich zunächst auf Kohle und Stahl. Krisen zwangen zu einem Strukturwandel. Nach französischer Besetzung erklärte das Saarland erst nach einer Volksbefragung 1955 den Beitritt zur Bundesrepublik. Das Land gilt nach wie vor als wichtiger Partner im deutsch-französischen Dialog.

Sachsen



Hauptstadt: Dresden
Einwohner: 4 050 204



Sachsen war schon immer innovativ: Hier wurden die erste Spiegelreflexkamera und der erste mechanische Webstuhl entwickelt und hier verkehrte die erste Ferneisenbahn Deutschlands. Die CDU gewann nach der Wiedervereinigung die absolute Mehrheit. Später regierte sie in verschiedenen Bündnissen. Die PDS (Die Linke) ist häufig stärker als die SPD. Sachsen arbeitet eng mit Baden-Württemberg zusammen.

Sachsen-Anhalt

Hauptstadt: Magdeburg
Einwohner: 2 259 393
Das Land war vor dem Zweiten Weltkrieg eine Hochburg der Sozialdemokraten. In den 1990er-Jahren fand eine rot-grüne Minderheitsregierung unter Tolerierung der PDS (Die Linke) als „Magdeburger Modell“ Beachtung. Zu DDR-Zeiten waren Chemie und Kohle wirtschaftliche Schwergewichte, sehr zum Schaden der Umwelt. Heute sind Landwirtschaft und Tourismus wichtige Standbeine.

Schleswig-Holstein



Hauptstadt: Kiel
Einwohner: 2 806 531
Das nördlichste Bundesland zwischen Nord- und Ostsee hat eine dänische Minderheit mit eigener Partei. Traditionelle

Wirtschaftsbranchen sind der Schiffbau, die Lebensmittelsindustrie und der Maschinenbau. Die CDU hatte lange die politische Macht. Die „Barschel-Affäre“ um die Bespitzelung politischer Gegner führte 1987 zu einem Erstarken der SPD.

Thüringen



Hauptstadt: Erfurt
Einwohner: 2 170 460
Arbeiterbewegung und SPD haben in dem Bundesland ihren Ursprung, seit der Wiedervereinigung dominierte jedoch die CDU. 2014 wurde mit Bodo Ramelow erstmals ein Politiker der Linkspartei Ministerpräsident eines deutschen Bundeslandes. Das Land lebt von Mittelstand und Kultur, aber auch Textil- und feinmechanischer Industrie. 40 % des Landes sind von Wald bedeckt, weshalb sich Thüringen als „grünes Herz Deutschlands“vermarktet.

Quelle Einwohnerzahlen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Stand 31.12.2012

Kommunalpolitik

Städte und Gemeinden

Wird die neue Sporthalle gebaut oder nicht? Wo ist der nächste Kindergarten? Wie wird der Müll entsorgt und was kostet das? Für diese Fragen sind die Kommunen, also die Städte und Gemeinden, zuständig, von denen es in Deutschland mehr als 12 000 gibt.

Die Kommunen bilden die kleinsten Verwaltungseinheiten und die unterste Ebene der politischen Gliederung Deutschlands. Sie bestehen aus kreisfreien Städten, Landkreisen und Gemeinden. Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung kümmern die Kommunen sich vor allem um die Daseinsvorsorge. Das reicht von der Gewährung von Sozialhilfe über den Straßenbau bis zur Gesundheits- und Jugendpflege. Zum Aufgabenkatalog gehören aber auch Kultur und Wirtschaftsförderung. Die Kommunen erlassen ferner Regeln für das Verhalten im öffentlichen Raum. Wer gegen diese verstößt, kann mit einem Verwarnungsoder Bußgeld belegt werden, das an die Kommune fließt.

Bußgeldkatalog Stadt Köln (Auszug)

Verstoß (im öffentlichen Raum)	Bußgeld
Hundekot nicht entfernen	35–500 €
Kaugummi ausspucken	35–50 €
Illegale Graffiti	35–500 €

Autos waschen	35–100 €
Aggressives Betteln	35–100 €
„Wildpinkeln“	35–100 €
Fahrradfahren auf Parkwiesen	15–50 €



Wer falsch parkt, muss mit einem **Knöllchen** rechnen und ein Bußgeld zahlen, das in den meisten Fällen an die Kommune fließt. Für falsches Parken sind die Bußgelder bundeseinheitlich geregelt.

Kommunalverfassungen

Das Zusammenspiel der einzelnen Organe einer Gemeinde, deren Wahl und Zusammensetzung sowie ihre Arbeit regeln die Kommunalverfassungen. Diese wurden von den jeweiligen Bundesländern erlassen und weisen daher mitunter große Unterschiede auf.

Gemeinde- und Stadträte

Gemeinsames Merkmal aller Kommunen ist die Existenz eines Stadt- oder Gemeinderats (kurz: Rat), der die wesentlichen politischen Entscheidungen in einer Kommune trifft. Die Sacharbeit findet in der

Regel in Ausschüssen statt, während in der Plenarsitzung des Rates Beschlüsse diskutiert und abgestimmt werden. Der Theorie nach soll dabei keine Konkurrenz-, sondern eine sogenannte Konkordanzdemokratie vorherrschen. D. h., die Vertreter sollen weitgehend ohne parteipolitische Rücksichtnahme über den besten Weg für die Kommune entscheiden. Eine Besonderheit der Parteienlandschaft vieler Gemeinden ist daher die starke Rolle freier parteiunabhängiger Wählergemeinschaften. Die Realität ist aber auch in den Gemeinden oft vom Gegeneinander der politischen Lager geprägt.

SCHLAGZEILE

Landflucht verursacht Probleme

Durch die abnehmende Bevölkerungszahl und einen Trend zum Umzug weg vom Dorf hinein in die Städte schrumpfen viele Kommunen. Als Folgen schrumpfen die Einnahmen der Gemeinden, die deshalb öffentliche Einrichtungen wie Schwimmbäder oder Bibliotheken schließen müssen. Zuweilen wird gefordert, die Abhängigkeit der Einnahmen einer Kommune von den Gewerbesteuern der ansässigen Unternehmen oder der Grundsteuer der Einwohner zu reduzieren.

→ **Ausschuss** Arbeitsgruppen, in denen die Fraktionen entsprechend der Mehrheitsverhältnisse im Rat mit Abgeordneten vertreten sind. Die Ausschüsse klären Detailfragen, bereiten Entscheidungen vor und treffen diese auf kommunaler Ebene.

Das Wahlrecht der Kommunen ist von Land zu Land unterschiedlich geregelt. Im Gegensatz zu den beiden oberen staatlichen Ebenen sind Bürger aus anderen EU-Staaten und in einigen Ländern auch ab 16 Jahren wahlberechtigt. In nahezu allen Kommunen üben die Kommunalpolitiker ihr Amt ehrenamtlich gegen Zahlung einer Aufwandsentschädigung aus. In Metropolen wie München bekommen die Politiker dagegen ein Teilzeitgehalt.

Bürger können sich mit Beschwerden und Eingaben an Rat und Verwaltung wenden. Außerdem können sie in vielen Kommunen im Rahmen eines „Bürgerhaushalts“ über Ausgaben mitentscheiden und unter bestimmten Bedingungen Bürgerabstimmungen einfordern.

Bürgermeister

Die Rolle des Bürgermeisters ist in den verschiedenen Kommunen völlig unterschiedlich. Stets ist er oberster Repräsentant der Stadt oder Gemeinde, in einigen Ländern auch zugleich Chef der Verwaltung. In den einen Kommunen wird der Bürgermeister direkt vom Volk gewählt, in den anderen vom Rat. Einige sind ehrenamtlich beschäftigt, andere erhalten ein festes Gehalt, das je nach Größe der Kommune variiert.

Verwaltung

Die Mitarbeiter im Rathaus gehören dem öffentlichen Dienst an. Die Verwaltung ist gegliedert nach Dezernaten oder Magistraten, die mit den Ministerien von Bund und Ländern verglichen werden können. Viele Entscheidungen können als Geschäfte der laufenden Verwaltung von den Mitarbeitern selbstständig getroffen werden. Der Rat kann aber allgemeine wie konkrete Vorgaben machen und einzelne Entscheidungen an sich ziehen.

Um Aufgaben zu erfüllen, die in mehreren kleinen Kommunen in gleicher Weise anfallen, schließen sich manche Gemeinden zu Landkreisen zusammen. Sie unterhalten dann gemeinsam beispielsweise eine zentrale Feuerwehr oder soziale Einrichtungen.

Parteien

Instrumente der Willensbildung

Parteien sind der Kitt der deutschen Demokratie, das Verbindungsglied zwischen Staat und Gesellschaft. Aufgrund ihrer bedeutsamen Rolle gewährt ihnen das Grundgesetz besondere Rechte, die aber auch zugleich mit Pflichten einhergehen.

In der Bundesrepublik haben die Parteien den Status einer verfassungsrechtlichen Institution, die durch das Grundgesetz einen besonderen Schutz genießen. In Artikel 21 des Grundgesetzes heißt es: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit." Sie sind die Schaltstellen der Demokratie in Deutschland. Das geht so weit, dass die Bundesrepublik als Parteiendemokratie charakterisiert wird.

Die Rolle der Parteien ist verantwortungsvoll. Sie sollen Vermittler zwischen Staat und Gesellschaft sein. Zu ihren wichtigsten Aufgaben zählen:

- die Auswahl der Kandidaten für politische Ämter,
- die Vermittlung politischer Inhalte und Positionen,
- die Sammlung, die Bündelung und der Ausgleich der unterschiedlichen Interessen innerhalb der Bevölkerung.



Die **Parteien** stehen für bestimmte politische Inhalte. Bei Wahlen - wie hier der Bundestagswahl 2013 - werben sie für ihre politischen Programme und ihre führenden Köpfe.

Fraktionsdisziplin versus Gewissensfreiheit

In den Parlamenten sind die Parteien strenggenommen nicht direkt vertreten. Die Abgeordneten werden zwar von den Parteien als Bewerber aufgestellt. Sobald sie gewählt sind, sind sie laut Grundgesetz jedoch „Vertreter des ganzen Volkes" und nur „ihrem Gewissen unterworfen" (Art. 38,1) . Deshalb sind sie ausdrücklich nicht an Weisungen ihrer Parteien gebunden. Die Angehörigen einer Partei schließen sich in den Parlamenten jedoch zu Fraktionen zusammen, die im Rahmen der Fraktionsdisziplin bei den meisten Entscheidungen gemeinsam abstimmen. Das Prinzip des freien Mandats ist aber dadurch nicht beeinträchtigt, solange kein Zwang auf die Abgeordneten ausgeübt wird.

Rechtlicher Rahmen

Das Parteiengesetz regelt die Voraussetzungen, unter denen eine politische Vereinigung als Partei gilt. Dazu zählt u. a., dass sie ein politisches Programm vorlegt und innerhalb von sechs Jahren mindestens einmal an einer Bundestags- oder Landtagswahl teilnimmt.



In den **Parteiprogrammen** sind die grundsätzlichen, meist langfristig gültigen politischen Positionen der Parteien formuliert. Einen stärkeren aktuellen Bezug haben die Wahlprogramme.

Organisationsform

Das Parteiengesetz schreibt eine demokratische innerparteiliche Entscheidungsfindung und damit eine klare und dauerhafte Organisationsform vor. Die großen Parteien sind bundesweit organisiert. Auf den verschiedenen staatlichen Ebenen haben sie regionale Verbände. So gibt es Ortsverbände/-vereine, die die Basis einer Partei ausmachen. Mehrere dieser Verbände bilden einen Stadt- oder Kreisverband (bei der SPD: Unterbezirke). Einflussreich auch in der Bundespolitik sind die Landesverbände der Parteien. Innerhalb der Parteien gibt es Vereinigungen, die wiederum bestimmte Interessen bündeln. Das reicht von Jugendorganisationen bis zu Sozial- oder Wirtschaftsflügeln.

Finanzierung

Von Parteien wird eine transparente Finanzierung verlangt. Alle Parteien finanzieren sich zu einem großen Teil aus Beiträgen ihrer Mitglieder. Hinzu kommen Abgaben der Mandatsträger, Spenden und staatliche Gelder. Über ihre Einnahmen müssen die Parteien jährlich

Rechenschaftsberichte verfassen, die vom Bundestag veröffentlicht werden. Der größte Teil der Ausgaben fließt in die Personalkosten. Zudem müssen Wahlkämpfe bezahlt, Informationsmaterial erstellt oder Veranstaltungen organisiert werden.

Der Staat zahlt den Parteien für jede abgegebene Stimme bei einer Landtags, Bundestags- oder Europawahl eine Wahlkampfkostenerstattung. Voraussetzung dafür ist, dass die Partei mindestens 0,5 % der Stimmen (bei Landtagswahlen 1 %) erhalten hat. Staatliche Gelder fließen auch in die Stiftungen, die den (Bundestags-) Parteien nahestehen.

Parteiverbot

Das im Grundgesetz verankerte Parteienprivileg sieht vor, dass Parteien nur unter strengen Bedingungen verboten werden können. Die Entscheidung obliegt dem Bundesverfassungsgericht, das in einem Verfahren prüft, ob die entsprechende Partei die freiheitlich-demokratische Grundordnung beeinträchtigt oder sie beseitigen will. Anträge auf Verbote können die Bundesregierung, der Bundesrat und der Bundestag sowie bei regionalen Parteien auch die Landesregierungen stellen. Bisher führten zwei Anträge zum Verbot einer Partei: der Sozialistischen Reichspartei (SRP) 1952 und der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) 1956.

Ehren- und Hauptamtliche

Die Parteiorganisationen werden je von einer gewählten Spitze repräsentiert. Die meisten dieser Vorstandsposten werden ehrenamtlich ausgeübt. Daneben gibt es einen hauptamtlichen Verwaltungsapparat. Kritik gibt es in der Öffentlichkeit oft daran, dass der Zugang zu Partei- und Staatsämtern zuweilen zwischen wenigen Aktiven aufgeteilt wird (Ämterpatronage).

Volksparteien

In Deutschland gelten SPD und CDU/CSU als Volksparteien. Das heißt, sie integrieren trotz ideologischer Schwerpunkte einen großen Teil der Bevölkerung. In der Theorie sollen so Stamm- wie Wechselwähler erreicht werden. Durch neue politische Kräfte, soziale Bewegungen und Bürgerinitiativen verlieren die etablierten Parteien jedoch an Bindekraft.

Die wichtigsten Parteien

■ CDU/CSU (476 347/147 965 Mitglieder)
Die Unionsparteien entstammen einem katholisch-religiösen, wirtschaftsnahen Milieu. Sie gelten als konservativ, haben aber auch einen starken sozialen Flügel.

■ SPD (477 037 Mitglieder)
Die SPD entstammt der Arbeiterbewegung. Soziale Gerechtigkeit gehört nach wie vor zu ihrem inhaltlichen Markenkern. Den Staat sehen die Sozialdemokraten als wichtigste Institution, um einen Interessenausgleich zu organisieren.

■ Bündnis 90/Die Grünen (59 653 Mitglieder)
Die Grünen sind aus der Umwelt- und Friedensbewegung Westdeutschlands und der ostdeutschen Reformbewegung „Bündnis 90" entstanden. Ihre Basis teilt sich in einen links orientierten und in einen bürgerlichen Flügel auf.

■ Die Linke (63 761 Mitglieder)
Die DDR-Einheitspartei SED gründete sich nach der Wende zunächst als PDS neu, fusionierte aber später mit der „Wahlalternative" WASG. „Die Linke" ist besonders stark in den neuen Bundesländern. Der Verfassungsschutz sieht Teile der Partei kritisch.

■ FDP (58 675 Mitglieder)
Die (wirtschafts-)liberale Partei steht für möglichst wenige Eingriffe des Staates. In der Geschichte der Bundesrepublik war sie oft Juniorpartner in wechselnden Koalitionen. Im Jahr 2013 scheiterte die Bundespartei erstmals an der 5-%-Hürde.

Daneben gibt es Klein- und Splitterparteien. Jüngst gründeten sich mit

der internetaffinen „Piratenpartei" und der europakritischen „Alternative für Deutschland" zwei Parteien, die den Sprung in einige Landtage schafften.

→ **Verfassungsschutz** Vom Bundesinnenminister bzw. den jeweiligen Landesinnenministern eingerichtete Behörde, die Aktivitäten gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung und als verfassungsfeindlich eingestufte Gruppierungen beobachtet

Mitgliederzahlen: Statistisches Bundesamt, Stichtag 31.12.2012

Abgeordnete

Wer macht Politik?

Welche Bevölkerungsgruppen sind im Deutschen Bundestag über, welche unterrepräsentiert? Antwort auf diese Frage liefert das amtliche Handbuch des Bundestags, das u. a. auch die Berufe der Abgeordneten dokumentiert.



Unter sozialen Gesichtspunkten betrachtet ist die **personelle Zusammensetzung des Bundestags** unausgewogen.

„Der deutsche Bundestag ist mal voller und mal leerer,

aber immer voller Lehrer.“

Otto Graf Lambsdorff, FDP, ehemaliger Bundeswirtschaftsminister

Der Theorie nach sollten die Abgeordneten des Deutschen Bundestags ein Spiegelbild der Gesellschaft sein. Dies ist aber nur sehr eingeschränkt der Fall. Eine Analyse der Berufsangaben der Parlamentarier für den 17. Deutschen Bundestag (2009–13) hat ergeben, dass die Beamten nach wie vor die größte Berufsgruppe unter den Abgeordneten stellen. Ihr Anteil fällt aber erstmals unter 30 %. Besonders stark ist die Gruppe der Lehrer geschrumpft, die traditionell stets sehr stark war. Beide Trends haben sich auch bei der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag (2013) fortgesetzt.

Überproportional vertreten sind Selbstständige und Freiberufler, zu denen u. a. Rechtsanwälte gehören. Hausfrauen, Arbeiter und Arbeitslose gibt es unter den gewählten Volksvertretern besonders selten.

Überraschend ist, dass Angestellte von Parteien, Fraktionen und politischen Vereinigungen immer häufiger in den Bundestag streben. Das gilt besonders für jüngere Abgeordnete: Unter den unter 40-Jährigen finden sich nur noch relativ wenige Beamte und kein einziger Lehrer Dafür sind gerade in dieser Altersgruppe außergewöhnlich viele Berufspolitiker, also ehemalige Mitarbeiter der Parteien und Fraktionen, zu finden.

Das Durchschnittsalter der Parlamentarier liegt in der 18. Wahlperiode des Bundestags knapp unter 50 Jahren und damit etwa auf dem Niveau der bisherigen Erhebungen.

Politikfelder

Ressorts und ihre Arbeitsfelder

Am Zuschnitt der Ministerien lässt sich ablesen, welche Themen von der Politik besonders intensiv bearbeitet werden. Die politische Gewichtung der verschiedenen Ressorts unterliegt einem ständigen Wandel, die Debatten über ihre Aufgaben können sehr hitzig sein.

Der Bundeskanzler legt die Zahl und die Zuschnitte der Bundesministerien fest. Dass für ein Politikfeld ein neues Ressort gegründet wird, kommt äußerst selten vor. 1986 war das mit der Einrichtung eines Bundesumweltministeriums der Fall. Das Ministerium für Post und Telekommunikation dagegen wurde Ende 1997 mit der Privatisierung der entsprechenden Staatsfirmen aufgelöst.

Bundesministerien der 18. Legislaturperiode (2013–17)

- Auswärtiges Amt
- Wirtschaft und Energie
- Inneres
- Justiz und Verbraucherschutz
- Finanzen
- Arbeit und Soziales
- Ernährung und Landwirtschaft
- Verteidigung

- Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Gesundheit
- Verkehr und digitale Infrastruktur
- Umwelt, Naturschutz, Bau, Reaktorsicherheit
- Bildung und Forschung
- Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Entwicklungsprozesse

Damit die Ministerien Entscheidungen treffen und Gesetze umsetzen können, müssen zumeist langwierige öffentliche Auseinandersetzungen geführt und mühsam Kompromisse gefunden werden, wie das Beispiel zweier Politikfelder zeigt.

Wirtschaft und Soziales

Sozial- und Arbeitslosenversicherung sowie die Vermittlung von Arbeitsstellen sind in Deutschland staatlich organisiert. Umstritten sind die Rahmenbedingungen: Soll man z. B. in wirtschaftlich guten Zeiten den Überschuss von Arbeitskräften durch Frühverrentungen abbauen? Wie hoch dürfen die – im internationalen Vergleich recht hohen – Lohnnebenkosten sein? Inwiefern dürfen staatliche Leistungen für Arbeitslose gekürzt werden, wenn sie angebotene Arbeit nicht annehmen?

Der Arbeitsmarkt lässt sich freilich nicht isoliert betrachten von der weltwirtschaftlichen Lage. Durch die Globalisierung stellt sich die Frage, wie der Sozialstaat Deutschland in der Zukunft finanzierbar ist. Die einen fordern mehr finanzielle Unterstützung für Unternehmen, andere lehnen genau das ab. Konflikte ergeben sich auch bei den Fragen, ob staatliche Aufgaben privatisiert werden sollen und welche Steuersätze die Bürger zahlen sollen. Zudem gilt es, die Infrastruktur – Straßen, Schienenwege und Telekommunikation – international konkurrenzfähig zu halten.

Umweltpolitik

Die Umweltpolitik ist ein vergleichsweise junges Politikfeld, das alle Maßnahmen zum Erhalt, Schutz und zur Verbesserung des natürlichen Lebensraums umfasst. Obwohl der Naturschutz an sich in Deutschland eine lange Tradition hat, spielten in den Zeiten der Industrialisierung, des Zweiten Weltkriegs und des anschließenden Wiederaufbaus Umweltfragen nahezu keine Rolle. Das änderte sich, als der spätere Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) Ende der 1960er-Jahre einen „blauen Himmel über dem Ruhrgebiet“ forderte. Die Kohle- und Stahlregion hatte mit am stärksten unter der Umweltverschmutzung zu leiden. In dieser Zeit wurden die ersten ernst zu nehmenden Umweltgesetze erlassen. Die Bedingungen für die staatliche Genehmigung von Industrieanlagen wurden verschärft, bleifreies Benzin sowie Grenzwerte für Schadstoffe wurden eingeführt und Anreize für umweltgerechtes Wirtschaften geschaffen.

In den 1980er-Jahren führte das Waldsterben zu einer Verschärfung der Regeln. In dieser Zeit gründeten sich auch alternative und „grüne“ Bürgerinitiativen. Lange Zeit standen jedoch Umweltinteressen weiterhin hinter wirtschaftlichen Interessen zurück und erst die Nuklearkatastrophe in Tschernobyl 1986 verhalf einer staatlichen Umweltpolitik zum Durchbruch. Bereits drei Jahre zuvor waren die Grünen als Umweltpartei in den Bundestag eingezogen. Erst Ende der 1990er-Jahre sollte eine rot-grüne Bundesregierung den schrittweisen Ausstieg aus der Kerntechnik beschließen. Eine neuerliche Reaktorkatastrophe, diesmal in Fukushima 2011, führte dazu, dass nun auch die einstigen Kritiker des Ausstiegkurses aus der CDU den Ausstieg beschleunigten.



Eine schwer kalkulierbare Größe für die öffentlichen Kassen sind die **Kosten der Infrastruktur**. Beispielsweise müssen viele Brücken saniert oder, wie hier im Fall der Lahntalbrücke bei Limburg, neu gebaut werden.

Weg zum Gesetz

Für ein geordnetes Zusammenleben

Gesetze prägen nahezu alle Bereich des Gemeinwesens, sie sind allgemeingültig, müssen von jedem Bürger befolgt werden und schützen ihn vor staatlicher Willkür.

An der Entstehung eines Gesetzes sind verschiedene Verfassungsorgane beteiligt. Die Grundlagen des Gesetzgebungsprozesses definiert das Grundgesetz.

Gesetzesinitiative

Das Recht zur Gesetzesinitiative liegt bei der Bundesregierung, dem Bundestag und dem Bundesrat. In der Praxis bringt jedoch die Bundesregierung den Großteil der Gesetzesvorlagen in den Bundestag ein, die dabei auf die fachliche Kompetenz der Ministerien zurückgreift. Nach der Stellungnahme durch den Bundesrat geht der fertige Entwurf dem Bundestag zu.

Erste bis dritte Lesung

Im Bundestag wird der Entwurf in einer ersten Lesung diskutiert, bevor er an den zuständigen Ausschuss weitergeleitet wird. Dieser bereitet die Entscheidung vor, die im Plenum des Bundestags in einer zweiten Lesung erneut diskutiert und in einer dritten Lesung schließlich verabschiedet wird. Die Lesungen im Bundestag dienen zur Herstellung der

Öffentlichkeit.

Im Bundesrat

Im nächsten Schritt muss der Bundesrat zustimmen. Aufhalten kann er aber nur sogenannte zustimmungspflichtige Gesetze. Legt er gegen ein solches Gesetz ein Veto ein, können beide Kammern den Vermittlungsausschuss anrufen, dem jeweils 16 Mitglieder von Bundestag und Bundesrat angehören. Erreicht das Gesetz danach in einer der beiden Kammern keine Mehrheit, ist es gescheitert. Bei einfachen Gesetzen kann das Veto des Bundesrats hingegen vom Bundestag überstimmt werden.

„Kein Gesetz verlässt den Bundestag so, wie es in den Bundestag gekommen ist.“

Peter Struck, SPD, ehemaliger Bundesverteidigungsminister

Prüfung

Nach der Ausfertigung und Unterzeichnung des Gesetzes durch den Bundespräsidenten und der Verkündung im Bundesgesetzblatt tritt es in Kraft. Es kommt aber immer wieder vor, dass Gesetze zurückgenommen werden müssen. Das Bundesverfassungsgericht kann auf Antrag von einem Viertel der Mitglieder des Bundestags, der Bundesregierung oder einer Landesregierung die Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes prüfen. Im Rahmen dieser „abstrakten Normenkontrolle" hat es von 1990 bis 2012 mehr als 130 Gesetze für „nichtig oder verfassungswidrig" erklärt.

→ **Bundesrat** Der Bundesrat ist die Vertretung der Länder auf Bundesebene. Er setzt sich aus Mitgliedern der Landesregierungen zusammen. Die Einwohnerzahl eines Bundeslandes bestimmt dessen Stimmanzahl (mindestens drei, maximal sechs).

Finanzen

Kraftstoff für den Staat

Ein Staat kann nur funktionieren, wenn er ausreichend Geld hat, um seine Aufgaben zu erfüllen. Dieses Geld wird vor allem durch Abgaben der Bürger aufgebracht.

Den Großteil der Einnahmen erzielt der Staat durch die Erhebung von Steuern. In Deutschland existiert ein schwer zu überblickendes Konstrukt aus Steuerarten und Ausnahmeregelungen.

→ **Steuern** sind allgemeine Abgaben, die jeder Bürger zu leisten hat. Sie werden auf den Verdienst oder auf Geschäftsvorgänge erhoben. Sie dürfen nicht zweckgebunden sein, fließen also in den Haushalt.

Steuerpflicht

Jeder Bürger ist steuerpflichtig, d. h., auf seinen Verdienst werden Abgaben fällig. Arbeitnehmer entrichten eine Lohnsteuer, die der Arbeitgeber direkt an die Staatskasse überweist. Bei Selbstständigen wird das Einkommen, also der Umsatz abzüg lich der Betriebsausgaben, besteuert. In beiden Fällen gilt eine sogenannte Steuerprogression, d. h., der Steuersatz steigt mit dem Verdienst überproportional an. Wesentlich komplizierter ist die Besteuerung von Unternehmen geregelt.

SCHLAGZEILE

Eine folgenschwere Frage

„Mitnehmen oder hier essen?“ – diese Frage kennt man von der Kasse in Schnellrestaurants. Sie ist dem Steuerrecht geschuldet: Auf „Außer-Haus-Umsätze“ ist der reduzierte Umsatzsteuersatz von 7 % an den Staat zu zahlen, für den Verzehr im Restaurant 19 %. Zwar zahlt der Kunde in den beiden Fällen meist den gleichen Preis, der Restaurantbetreiber muss aber mal mehr, mal weniger Steuern abführen.

Mehrwertsteuer

Neben den Steuern auf Erwerbseinkommen ist die Mehrwertsteuer (Umsatzsteuer) allgegenwärtig. Wann immer man Waren oder Dienstleistungen bezahlt, kassiert der Staat mit: 19 % müssen ans Finanzamt abgeführt werden (Stand 2014). Für Lebensmittel, Zeitungen, Bücherund einige andere Artikel gilt ein Steuersatz von derzeit 7%. 1968 lagen diese Sätze noch bei 10 bzw. 5 %.

Finanzausgleich

Die Verteilung der Einnahmen ist durch den Finanzausgleich gesetzlich eindeutig geregelt. So wird die Lohn- und Einkommensteuer zwischen Bund und Ländern (jeweils etwa 40%), Kommunen (ca. 15%) und der EU (unter 5%) aufgeteilt. Andere Steuerarten fließen hingegen direkt in die Haushalte der jeweiligen staatlichen Ebene:



Die **Mehrwertsteuer** verteuert alle Produkte – manche um 7 %, die meisten um 19 % (Stand: 2014).

- Bund: Energie, Schaumwein, Kaffee, Versicherungen, Kraftfahrzeuge
- Länder: Erbschaften, Schenkungen, Grunderwerb, Bier, Feuerschutz, Lotterien
- Kommunen: Gewerbesteuer, Grundsteuer, besondere Vergnügungssteuern

Neben diesem vertikalen Finanzausgleich gibt es noch den horizontalen zwischen den Bundesländern, den Länderfinanzausgleich. Dessen Grundgedanke ist es, dass die reichen Länder die ärmeren unterstützen. Überregional relevante Aufgaben wie der Bau von Verkehrsprojekten werden überdies oft von mehreren Ebenen finanziert.

Ausgaben

Im Arbeitskreis Steuerschätzungen geben Fachleute regelmäßig Prognosen ab. Auf Grundlage dieser Zahlen beschließt die Bundesregierung den finanziellen Rahmen des kommenden Etats. Das Finanzministerium stimmt sich dann mit den anderen Behörden sowie der Politik ab. Als Ergebnis wird ein Haushaltsentwurf präsentiert, der vom Kabinett beschlossen wird und danach den Gesetzgebungsprozess durchläuft.

Im Jahr 2014 umfasste der Bundeshaushalt geplante Ausgaben in Höhe von 296,5 Mrd. € und Einnahmen (überwiegend Steuern) von 290 Mrd. €. 6,5 Mrd. € sollten über Kredite finanziert werden.

→ **Sozialversicherungen** Nicht selbstständige Arbeit ist sozialversicherungspflichtig. Die Beiträge werden nach der Höhe des Einkommens bemessen und anteilig von Arbeitnehmern und Arbeitgebern entrichtet.

Staatsquote

Den Anteil der staatlichen Aktivitäten an der Gesamtwirtschaft benennt die „Staatsquote“. Vereinfacht formuliert gibt diese wieder, wie viel die „öffentliche Hand”– Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherungen – ausgibt. Sie liegt derzeit bei gut der Hälfte des Bruttoinlandsprodukts (1950er-Jahre: 30 %o).

→ **Bruttoinlandsprodukt (BIP)** umfasst den Geldwert aller Waren und Dienste, die in einem Land produziert bzw. geleistet werden. Es bildet die Leistungskraft einer Volkswirtschaft ab.

Quelle aller Daten: Statistisches Bundesamt

Steckbrief

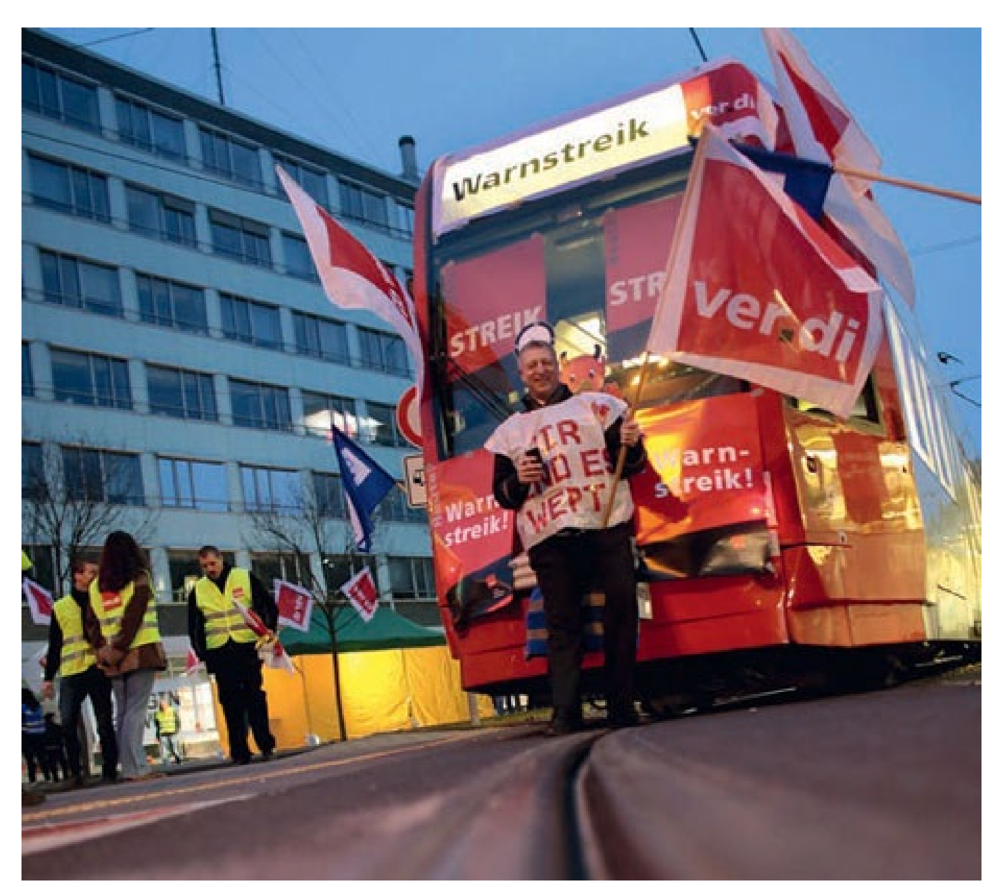
Wolfgang Schäuble

Wolfgang Schäuble wurde am 18.9.1942 in Freiburg geboren. In den mehr als 40 Jahren seiner Zugehörigkeit zum Deutschen Bundestag (seit 1972) bekleidete der promovierte Jurist zahlreiche Führungsämter in seiner Partei, der CDU, wie auch Regierungsämter. Seit 2009 ist er als Nachfolger von Peer Steinbrück (SPD) Bundesminister der Finanzen. Für das Jahr 2015 legte er 2014 erstmals seit 1969 einen ausgeglichenen Haushalt vor, musste also keine Neuverschuldung einplanen.

Organisierte Interessen

Gewerkschaften, Verbände, Vereine

Es gibt in Deutschland kaum ein Interesse, das nicht in irgendeiner Weise organisiert ist. Vereine, Verbände und Gewerkschaften bringen sich intensiv in politische Prozesse ein.



Der **Streik** – hier ein Warnstreik in Köln – ist das wirksamste Mittel, das die Gewerkschaften zur Durchsetzung ihrer Ziele einsetzen können.

Die Vereinigungsfreiheit, also das Recht, sich zu Vereinen und anderen Organisationen zusammenzuschließen, wird vom Grundgesetz garantiert (Art. 9). Die Bandbreite der Organisationen reicht vom kleinen Lokalverein bis zum bundesweiten Verband mit Millionen von Mitgliedern. Wenngleich die Gruppierungen oft den Anspruch erheben, das Gemeinwohl zu verfolgen, vertreten sie oft Partikularinteressen. Sie können langfristig ausgerichtet sein oder – etwa im Rahmen von Bürgerinitiativen – nur ein bestimmtes Ziel verfolgen. Und so unterschiedlich die Interessen dieser Vereinigungen sind, so stark variieren auch ihre Einflussmöglichkeiten, die vor allem durch ihre finanzielle und personelle Ausstattung, aber auch durch ihre Wahrnehmung in der Öffentlichkeit geprägt werden.

Innerhalb ihrer Organisationen einigen sich die Mitglieder in demokratischen Prozessen auf Positionen, die dann gegenüber Politik, Öffentlichkeit oder konkurrierenden Vereinigungen vertreten werden.

Sozialpartnerschaft

Dass Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber trotz manchmal gegeneinander stehender Interessen intensiv zusammenarbeiten, ist in Deutschland als Sozialpartnerschaft bekannt. Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände kooperieren bei Verhandlungen über Gehälter und Tarife, Arbeitsschutz oder Kündigungen miteinander.

Die größte Organisation der Arbeitnehmer ist der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB). Zahlreiche Einzelgewerkschaften vertreten darin die jeweiligen Berufsbereiche. Die größten sind die IG Metall und die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Daneben gibt es Gewerkschaften und Berufsverbände, die vom DGB unabhängig sind, z. B. den Deutschen Beamtenbund (DBB), die Pilotenvereinigung Cockpit und den Marburger Bund der Krankenhausärzte.

Mitgliederschwund beim DGB

Jahr	Mitgliederzahl
2013	6 142 720

2009	6 264 923
2000	7 772 795
1992	11015 612

Quelle: Homepage DGB

Auf der Gegenseite sind auch die Interessen der Wirtschaft in Vereinigungen gebündelt. Exemplarisch stehen dafür der Handelsverband Deutschland (HDE), der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA).

Sozial- und Freizeitvereine

Soziale Vereinigungen sind Anspruchsoder Leistungsverbände. Die einen, z. B. der Sozialverband Deutschland (SoVD), formulieren in erster Linie Ansprüche ihrer Basis gegenüber Behörden und Parlamenten. Die Leistungsverbände nehmen hingegen selbst gesellschaftliche Aufgaben wahr. So unterhalten die christlichen Kirchen mittels ihrer Verbände – des katholischen Caritasverbands und der evangelischen Diakonie Deutschland – Einrichtungen wie Kindergärten, Obdachlosentreffs und Krankenhäuser. Hilfsorganisationen wie das Deutsche Rote Kreuz (DRK) kümmern sich um Notfallrettung und Betreuung Kranker. Organisationen im kulturellen Bereich betreiben z. B. Theater. Der Allgemeine Deutsche Automobil-Club (ADAC) bietet seinen Mitgliedern Pannenhilfe, aber auch eine politische Interessenvertretung an. Sportvereine organisieren für ihre Anhänger Gelegenheiten zum Fußballspielen, Schwimmen oder Laufen.

Manche Organisationen kümmern sich auch im Freizeitbereich um eine inhaltliche Interessenvertretung und sammeln dafür Unterstützer. Ein Schwerpunkt ist der Umweltschutz (z. B. BUND, Nabu, Greenpeace). Andere Vereinigungen setzen sich politisch gegen Folter ein (amnesty international) oder bekämpfen Korruption (transparency international).

Lobbyismus

Das Bestreben, Interessen wirkungsvoll in den politischen Diskurs einzubringen, nennt man Lobbyismus: Über die Medien sowie über persönliche und schriftliche Kontakte wirken Verbände auch in die Politik. Gegenüber Abgeordneten, Ministerien oder der Öffentlichkeit wird versucht, die eigenen inhaltlichen Positionen zu vermitteln und ihre Berücksichtigung bei Entscheidungen sicherzustellen. Zudem ist in Gesetzgebungsverfahren vorgeschrieben, Interessenvertreter anzuhören. Das geschieht durch Anhörungen und schriftliche Stellungnahmen, aber auch bei informellen Gesprächen hinter den Kulissen. Da die Ressourcen, die hierzu von den jeweiligen Vereinigungen genutzt werden können, äußerst unterschiedlich sind, sehen viele Experten den Lobbyismus kritisch.

→ **Anhörung** Paragraf 70 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags sieht die Beratung eines Ausschusses durch Sachverständige, Interessenvertreter und andere Auskunftspersonen vor.

Korruption

Kampf gegen Schmiergelder

Die Bestechlichkeit von Politikern und Beamten schädigt alle Bürger Schmiergelder müssen schließlich „refinanziert“ werden. Der Staat unternimmt eine Vielzahl an Maßnahmen, um illegale Geschäfte hinter den Kulissen einzudämmen.

Korruption gibt es seit dem Altertum. Sie gehört wie Diebstahl oder Mord zu den Phänomenen, die in einer Gesellschaft stets vorkommen. „Gelegenheit macht Diebe“, heißt es denn auch im Volksmund. Sich illegal Vorteile auf Kosten anderer zu verschaffen, wird aber von manchen noch als Kavaliersdelikt abgetan. Und tatsächlich: Bis in die 1990er-Jahre waren Schmiergelder in Deutschland noch als „nützliche Aufwendungen“ steuerlich absetzbar. Inzwischen haben sich sowohl die öffentliche Meinung zu diesem Thema als auch die juristischen Grundlagen deutlich verändert.

Hotlines

Die meisten Landeskriminalämter haben telefonische Kontaktstellen speziell für Korruptionsfälle eingerichtet. Dort können auch anonym verdächtige Zusammenhänge geschildert werden. Die Rufnummern sind im Internet auf den Homepages der Innenministerien oder zusammen mit

Tipps für Hinweisgeber auf der Seite der Anti-Korruptions-Organisation transparency international (ti) zu finden.

Hohe Kosten für alle

Korruption wird von Fachleuten zugespitzt als vermeintlich „opferloses Delikt" bezeichnet. Die Teilnehmer einer illegalen Absprache setzen darauf, dass der geschädigte Dritte davon nichts erfährt. Nach dem Lagebild Korruption des Bundeskriminalamts (BKA) bezifferte sich allein der festgestellte finanzielle Schaden in diesem Bereich bundesweit im Jahr 2013 auf 175 Mio. €. 2012 war der Betrag noch gut doppelt so hoch. Das Entdeckungsrisiko ist bei diesen Taten aber vergleichsweise gering. Die tatsächliche Zahl liegt also um ein Vielfaches höher

Die Kosten für Korruption bezahlen die Bürger – durch höhere Preise in der freien Wirtschaft oder durch höhere Steuern aufgrund überhöhter Staatsausgaben. Zudem untergräbt Korruption massiv das Vertrauen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

Kriminologen wie Sozialwissenschaftler sind sich darüber einig, dass sich das Dauerproblem Korruption nur mit regelmäßigen Kontrollen lösen lässt. Außerdem sind präzise Gesetze und eine wirksame Bestrafung gefasster Täter nötig.

Korruptionsbeziehungen

Korruption findet hauptsächlich innerhalb krimineller Netzwerke statt, die aus zwei oder mehreren Personen über längere Zeit bestehen. Meist beginnen Korruptionsbeziehungen mit einer entscheidenden Situation: So lässt der zuständige Sachbearbeiter im örtlichen Bauamt durchblicken, dass man eine Baugenehmigung nur gegen Schmiergeld bekommt. Der Politiker bekommt von einem Unternehmer eine Belohnung – für den Fall, dass er sich erfolgreich für staatliche Zuschüsse oder Steuererleichterungen an den Bestechenden einsetzt.

Amtsträger

Wer im Auftrag der Bürger als Beamter oder Angestellter im öffentlichen Dienst arbeitet, sollte besonders vertrauenswürdig sein. Das wurde im Strafgesetzbuch entsprechend berücksichtigt. Sogenannte Amtsträger werden härter als Abgeordnete bestraft, wenn sie bestechlich sind. Außerdem können sie sich einer Verfehlung schuldig machen, die die Strafgesetze nur in Bezug auf Amtsträger kennen: die Vorteilsannahme. Es ist bereits strafbar, Geld, Geschenke oder andere Vorteile anzunehmen von Menschen, die mit dem eigenen Job zu tun haben. Es muss dabei nicht nachgewiesen werden, dass es dafür eine illegale Gegenleistung gibt. So soll erreicht werden, dass Korruptionsbeziehungen erst gar nicht angebahnt werden können.

Abgeordnete

In eigener Sache allerdings hielt sich der Gesetzgeber bisher zurück: Weil ein Paragraf über „Abgeordnetenbestechung“ jahrzehntelang ausgesprochen lasch formuliert war, gab es nahezu keine Verurteilungen wegen dieses Delikts. Erst auf Druck der Vereinten Nationen wurden im Jahr 2014 die Korruptionsvorschriften für Abgeordnete auf allen politischen Ebenen Deutschlands deutlich verschärft.



Die Erkenntnisse der **Anti-Korruptions-Arbeit** von transparency international (ti) und Germanwatch fließen in jährlich erscheinende Berichte ein. Das Foto zeigt die Vorsitzenden der Organisationen, Klaus Milke und Edda Müller (ti), bei deren Präsentation 2011 in Berlin.

Erfolgreicher Kampf

Im weltweiten Vergleich steht Deutschland bei der Korruptionsbekämpfung vergleichsweise recht gut da: Die Anti-Korruptions-Organisation transparency international (ti) zeichnet in einer jährlichen Studie die Länder aus, in denen am wenigsten Korruption vermutet wird. Deutschland landet bei der Betrachtung von 177 Ländern auf dem zwölften Platz.

Staatliche Verwaltung

Staatsdiener und Dienstleister

Die öffentlichen Verwaltungen werden in Deutschland durch die Steuern und Abgaben der Bürger finanziert und haben für die Gesellschaft wichtige Aufgaben zu erfüllen.

Die Verwaltung umfasst alle staatlichen Tätigkeiten, die nicht der Gesetzgebung oder der Rechtsprechung zuzuordnen sind, gehört also im Gewaltenteilungsschema der Exekutive an. Sie erlässt u. a. Verordnungen, die detailliert vorgeben, wie ein Gesetz auszuführen ist. Einzelfälle regelt sie rechtlich verbindlich und prüfbar in Verwaltungsakten (z. B. Baugenehmigungen).

Wurde die Verwaltung ursprünglich in fünf klassische Ressorts – Auswärtiges, Inneres, Militär, Justiz und Finanzen – unterteilt, haben sich mit der Differenzierung der Gesellschaft auch neue Verwaltungszweige ausgebildet (z. B. für Soziales oder Verkehr). Die Bereiche öffentlicher Verwaltung werden ferner darin unterschieden, wie eng sie organisatorisch an den Staat gebunden sind. Unmittelbare Behörden gehören direkt zum Staat – ob auf Bundesebene, in den Ländern oder den Kommunen. Mittelbare Stellen des öffentlichen Dienstes sind verselbstständigte Einrichtungen wie die Träger der Sozialversicherungen.



Auch **Lehrer** nehmen hoheitliche Aufgaben wahr. Ob diese jedoch den Beamtenstatus rechtfertigen, ist in den Bundesländern umstritten.

Hierarchischer Aufbau

Verwaltungen sind hierarchisch organisiert. Je weiter man in der Hierarchie aufsteigt, umso größer werden die inhaltlichen Gestaltungsspielräume. Das lässt sich am Beispiel der amtlichen Bearbeitung einer Steuererklärung deutlich machen: Der Finanzminister gibt –auf Grundlage der geltenden Gesetze und in Abstimmung mit der Politik – die grundsätzlichen Richtlinien vor. In den Abteilungen des Ministeriums werden Details für die unterschiedlichen Steuerarten ausgearbeitet und an die Chefs der Finanzämter vor Ort kommuniziert. Die dortigen Amtsleiter geben die Anweisungen an ihre Abteilungsleiter weiter. Der einfache Sachbearbeiter hat die Aufgabe, die erlassenen Regeln auf die tägliche Bearbeitung von Steuererklärungen anzuwenden. Dabei hat er nur einen geringen Ermessensspielraum. Er kann Verbesserungen vorschlagen, darf aber nicht eigenständig seine Arbeitsweise verändern.

Nicht nur die Arbeitsschritte sind in den Verwaltungen in einem hohen Grad vorgegeben, sondern auch die Zugangsund Karrierechancen. Die Bedingungen für die Aufnahme in den öffentlichen Dienst sind genauso klar definiert wie die Eignung für Beförderungen.

Haltung der Mitarbeiter

Den Gesetzen zufolge müssen sich Mitarbeiter der Verwaltungen politisch zurückhalten. Politische Mehrheiten können sich ändern, trotzdem müssen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes weitgehend neutral ihre Arbeit verrichten. Sie sind aber auch dafür zuständig, politische Weichenstellungen fachkundig vorzubereiten, sie zu gestalten und auszuführen. Zu ihren Aufgaben zählt es, Probleme zu identifizieren und dabei mitzuwirken, das Recht weiterzuentwickeln.

Staatsdiener

Der öffentliche Dienst zählt bundesweit rund 4,6 Mio. Beschäftigte. Davon sind knapp 1,7 Mio. Beamte. Die wenigsten Beamten findet man in den Kommunen, die meisten in den Bundesländern. (Stand Mitte 2013, Quelle: Statistisches Bundesamt)

Beamte und Angestellte

Die Mitarbeiter der Verwaltungen haben den Bürgern zu dienen. Gleichwohl gibt es Aufgaben, mit denen sie tief in die Lebenswirklichkeit der Menschen eingreifen. Solche hoheitlichen Aufgaben nehmen z. B. Polizisten oder Lehrer wahr Viele von ihnen sind deshalb keine Angestellten, sondern Beamte, für die ein besonderes Dienst- und Treueverhältnis gilt: Sie können nahezu nicht gekündigt werden, dürfen nicht streiken, bekommen eine lebenslange finanzielle Versorgung. Im Gegenzug garantieren sie, ihre gesamte Arbeitskraft dem öffentlichen Dienst dauerhaft zur Verfügung zu stellen und ihre Aufgaben so neutral

wie möglich wahrzunehmen.

„Beamtinnen und Beamte dienen dem ganzen Volk, nicht einer Partei. Sie haben ihre Aufgaben unparteiisch und gerecht zu erfüllen und ihr Amt zum Wohl der Allgemeinheit zu führen. Beamtinnen und Beamte müssen sich durch ihr gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekennen und für deren Erhaltung eintreten.“

Beamtenstatusgesetz § 33.1

Staatsgewalt

Rechtsstaat garantiert Freiheit

Die Freiheit des einzelnen Bürgers steht unter besonderen Schutz des Grundgesetzes, staatliche Eingriffe dürfen daher nicht willkürlich sein und können Gegenstand einer juristischen Überprüfung werden.

In einem rechtsstaatlich-demokratisch verfassten Staat wie Deutschland besteht ein Gewaltmonopol des Staates: Einzig demokratisch legitimierte staatlichen Behörden sind dazu befugt, im Rahmen überprüfbarer rechtlicher Grenzen notfalls Gewalt gegen Bürger auszuüben; explizit verboten ist Selbstjustiz. Diese Staatsgewalt im engeren Sinn wird in Deutschland von der Polizei und den Gerichten wahrgenommen. Für kleinere Vergehen (Ordnungswidrigkeiten) sind jedoch die kommunalen Ordnungsbehörden zuständig: Strafzettel für falsches Parken, nicht angeleinte Hunde oder Ruhestörungen stellen die Mitarbeiter der örtlichen Rathäuser aus.

Der Strafprozess

Nach einer Straftat müssen der oder die Täter ermittelt, verurteilt und schließlich die Strafe vollstreckt werden. Die Ermittlungen laufen unter der Ägide der Staatsanwaltschaft. Sie bedient sich dabei der Hilfe der Polizei; ggf.

beantragt sie Eingriffe in die persönliche Freiheit von Verdächtigen (Durchsuchung, Verhaftung) bei einem Ermittlungsrichter. Erhebt der Staatsanwalt Anklage, geht das Verfahren an ein Gericht über. Es stellt in der Hauptverhandlung fest, ob der Angeklagte die Tat begangen hat und wie er ggf. zu bestrafen ist. Nach einem rechtsgültigen Urteil sorgt wiederum die Staatsanwaltschaft dafür, dass die Strafe vollstreckt wird.

Polizei

Polizeiangelegenheiten sind dem Grundgesetz nach in erster Linie Sache der Länder. Auf Bundesebene sind jedoch überregionale Polizeiaufgaben organisiert. So kümmert sich die Bundespolizei (früher: Bundesgrenzschutz) um die Kontrolle der Grenzen und des Bahnund Flugbetriebs, der Zoll bekämpft Schmuggel und Schwarzarbeit und das Bundeskriminalamt koordiniert überregionale Ermittlungen. Auf Landesebene wird zwischen der Schutz- und Bereitschaftspolizei und der Kriminalpolizei unterschieden.

Schutzpolizei

Die Beamten der Schutzpolizei sind im öffentlichen Straßenbild mit ihren Uniformen und Streifenwagen deutlich sichtbar. Sie werden bei Notfällen wie akuten Bedrohungen oder Unfällen unter der einheitlichen Telefonnummer 110 alarmiert.

Kriminalpolizei

Die Kriminalpolizei (Kripo) ermittelt Sachverhalte und ermöglicht damit eine effektive Strafverfolgung. Die Mitarbeiter treten meist nicht in Uniform auf und der Großteil ihrer Arbeit spielt sich in Büros ab. Zum Aufgabenfeld der Kripo gehören aber auch Zeugenbefragungen vor Ort, Durchsuchungen und Beschattungen. Die Kriminalpolizei ist in Fachdienststellen gegliedert. Schwerpunkte sind etwa Mord, Diebstahl, Wirtschaftskriminalität und Staatsschutz.

Justiz

Gerichte in den Bundesländern kümmern sich um Streitigkeiten zwischen Bürgern bzw. zwischen staatlichen Behörden und den Bürgern sowie um die Sanktionierung gesetzeswidriger Handlungen. Der Großteil der Prozesse findet vor Amts- oder Landgerichten statt. Es gibt aber auch Gerichte für arbeits-, sozial- und verwaltungsrechtliche Verfahren.

Die Gerichte sind unabhängig, also nur an Gesetze und nicht an Weisungen von Vorgesetzten oder Politikern gebunden.

Rechtsweg und Rechtsmittel

Jeder Bürger, der sich durch die öffentliche Gewalt oder eine andere Zivilperson in seinen Rechten verletzt oder beeinträchtigt sieht, kann den Rechtsweg, also den Gang vor die Gerichte, einschlagen. Die Parteien in einem Verfahren verfügen zudem in der Regel über Rechtsmittel, d.h., im Rahmen einer Berufung oder Revision können Urteile von den zuständigen höheren Instanzen überprüft werden. Die höchstrichterlichen Instanzen sind die Bundesgerichte wie der Bundesgerichtshof bzw. bei verfassungsrechtlichen Fragen das Bundesverfassunsgericht.

Staatsanwaltschaft

Im Strafrecht spielen die Staatsanwaltschaften als Organe der Justiz eine wichtige Rolle. Bei ihnen können Strafanzeigen beim Verdacht auf kriminelle Taten gestellt werden. Vor allem aber werden sie aufgrund von Erkenntnissen der Polizei tätig (Offizialprinzip).

→ **Berufung** Rechtsmittel gegen Urteile der ersten Instanz. Das Berufungsgericht rollt den Prozess völlig neu auf

Die Staatsanwaltschaften koordinieren die Arbeit der Polizei. Nach Abschluss eines Ermittlungsverfahrens können sie dieses u. a. einstellen oder Anklage gegen den Beschuldigten vor einem Gericht erheben, das dann über eine mögliche Verurteilung und das Strafmaß entscheidet.

→ **Revision** Rechtsmittel, mit dem Urteile zur Überprüfung lediglich auf rechtliche Fehler und ohne neuerliche Beweisaufnahme an eine höhere letzte Instanz gelangen

Formal sind Staatsanwälte in Deutschland ebenso unabhängig wie Richter; als problematisch wird von Experten die vorgeschriebene Weisungsgebundenheit gegenüber den Justizministern gesehen. Für bundesweit bedeutsame Fälle wie terroristische Aktivitäten ist die Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe zuständig.



Blaulichter – im Amtsdeutsch „blaue Rundumkennleuchten“ genannt – werden u. a. von Einsatzfahrzeugen der Polizei verwendet. Sie stehen symbolisch für die Bevorrechtigung der Einsatzkräfte.

Extremismus

Feinde des Staates

Extremisten sind Menschen oder Gruppierungen, die die herrschende demokratische Ordnung grundsätzlich ablehnen und sie beseitigen möchten. Viele Extremisten sind gewaltbereit.

Jedes Jahr zählen die Sicherheitsbehörden bundesweit bis zu 30 000 politisch motivierte Straftaten, mehr als zwei Drittel davon mit extremistischem Hintergrund. Zahlreiche Delikte wie die Verbreitung volksverhetzender Schriften werden als Propagandatataten eingestuft. Immerhin 9 % der registrierten Straftaten sind jedoch Gewalttaten wie Anschläge oder Angriffe auf Andersdenkende.

Die Beobachtung von Extremisten ist Aufgabe der Bundes- und Landesbehörden des Verfassungsschutzes. Wenn diese Ämter konkrete Straftaten entdecken, leiten sie ihre Informationen an Polizei und Staatsanwaltschaft weiter

Rechtsextremismus

Rechtsextreme lehnen die Demokratie ab, da sie nicht von der Fundamentalgleichheit aller Menschen ausgehen und sich insofern auf eine „nationale Identität" berufen, meist verbunden mit dem Wunsch nach einem starken „Führer". Sie propagieren Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Zuwanderung aus dem Ausland wird als Ursache

von wirtschaftlichen Problemen und Kriminalität betrachtet.

In Deutschlands Parlamenten haben rechtsextreme Parteien nach dem Zweiten Weltkrieg nie wirklich Fuß gefasst. Im Bundestag waren in den 1980er- und 1990er-Jahren vereinzelt Abgeordnete der „Republikaner" vertreten, die von der CDU dorthin übergetreten waren. Die NPD zog in den 1960er-Jahren und nach der Wiedervereinigung in einige Landtage ein. Andere rechtspopulistische Gruppen wie die „Partei Rechsstaatliche Offensive" (Schill-Partei), „Bürgerbewegung Pro NRW" oder „Die Rechte" treten nur regional auf.



Die rechtsextremistische Organisation NSU wird für zahlreiche Bombenattentate und Morde verantwortlich gemacht – so auch für das **Nagelbombenattentat** am 9.6.2004 in Köln.

Der Verfassungsschutz berichtet regelmäßig von Waffenfunden bei militanten Rechtsextremen. Diese sind meist in Vereinen oder sogenannten Kameradschaften aktiv, von denen die gewalttätigsten regelmäßig verboten werden. Der Trend geht deshalb weg von festen

Organisationen hin zu einer informellen Zusammenarbeit einzelner Aktivisten. Ein Beispiel dafür ist der „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU), der jahrelang unbehelligt Anschläge verüben konnte.

Linksextremismus

Linksextreme lehnen die freiheitlichdemokratische Grundordnung ab, da sie in ihren Augen nur der Ausbeutung der Arbeiterklasse dient. Linksextreme Parteien wie die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) oder die „Marxistisch-Leninistische Partei“ (MLPD) sind parlamentarisch fast bedeutungslos. Linksextreme Kräfte versuchen aber immer wieder, in der Partei „Die Linke“ Einfluss zu gewinnen. Linksextreme Gewalt geht vor allem von anarchistischen autonomen Gruppierungen aus.

Islamismus

Der Anschlag auf das World Trade Center in den USA im Jahr 2001 hat den Blick auf muslimische Fundamentalisten in Deutschland gelenkt: Einige der Attentäter hatten zuvor in Hamburg gelebt. Die Behörden befürchten, auch in Deutschland könne es Anschläge geben. Als Belege für eine solche Gefährdung werden die Festnahmen der „Kofferbomber“ in Köln (2006) und ein Bombenfund am Bonner Hauptbahnhof (2012) genannt. Islamisten rechtfertigen Gewalt mit einer extremen Auslegung ihrer Religion und der vermeintlichen Pflicht zum Dschihad – dem „heiligen Krieg“ gegen Ungläubige. Deutsche Islamisten unterstützen Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden zufolge den Dschihad in Ländern wie Syrien aktiv im Kampf sowie mit Geld- und Sachspenden.

Politischer Extremismus in Deutschland

Politische Richtung	Zahl	davon gewaltbereit
Rechtsextremisten	21 700	9600
Linksextremisten	27 700	6900
Islamisten	43 190	keine Angaben
Ausländerextremisten	28 810	keine Angaben

Zahlen 2013, Bundesamt für Verfassungsschutz

Militante Gruppen

Für andere militante ausländische Gruppen steht eine „radikale Veränderung der politischen Verhältnisse in ihrem Heimatland" im Mittelpunkt. Ein Beispiel dafür ist die gewaltbereite kurdische Arbeiterpartei PKK.

SCHLAGZEILE

Politik verlangt Verfassungstreue

Extremisten sollten nicht im öffentlichen Dienst arbeiten – das war die Idee hinter einem Beschluss, den die Länderchefs und Bundeskanzler Willy Brandt 1972 fassten. Im „Radikalenerlass" verhängten sie faktisch ein Berufsverbot für Angehörige vermeintlich verfassungsfeindlicher Organisationen. Mit einer „Regelanfrage" an den Verfassungsschutz wurden Bewerber intensiv überprüft. Wer einer Organisation nahe stand, in der Kommunisten wesentlichen Einfluss hatten, wurde nicht eingestellt oder konnte seinen Arbeitsplatz verlieren. Der Beschluss wurde im Jahr 1976 aufgehoben. Nur eindeutig als Extremisten Identifizierte dürfen heute nicht im öffentlichen Dienst arbeiten.

Politik und Medien

Bindeglied zwischen Staat und Bürger

Politik ist ohne Medien nicht denkbar. Als „Vierte Gewalt“ stellen die Medien Öffentlichkeit her. Wissen und Meinungen werden über Zeitungen und elektronische Wege vermittelt.

Das Grundgesetz garantiert nicht nur die Meinungs-, sondern ausdrücklich auch die Pressefreiheit (Art. 5). Zensur gibt es nicht, Journalistinnen und Journalisten sind an keine Vorgaben seitens staatlicher oder politischer Einrichtungen gebunden, sie dürfen frei recherchieren und berichten. Auf diese Weise bilden sie die politische Wirklichkeit ab, beeinflussen sie aber auch.

SCHLAGZEILE

Sprachduell der Alphatiere

Seit den späten 1960er-Jahren wurde in Deutschland darüber diskutiert, ob sich Kanzlerkandidaten nach US-amerikanischem Vorbild ein „Live-Duell“ im Fernsehen liefern sollen. Es sollte bis zur Bundestagswahl 2002 dauern, bis das Realität wurde. Der damals amtierende Kanzler Gerhard Schröder (SPD) stellte sich seinem Herausforderer Edmund Stoiber (CSU/CSU). Die zwei Duell-Sendungen wurden jeweils von RTL und Sat1 sowie ARD und ZDF übertragen. Sie erreichten jeweils rund 15 Mio. Zuschauer. Seit dem Duell von Schröder und Stoiber hat sich diese Form des Wahlkampfs in Deutschland fest etabliert.

„Vierte Gewalt“

In einem demokratischen Wesen haben Medien eine bedeutsame Kontrollfunktion inne, sind also tatsächlich die „vierte Gewalt“ neben Legislative, Exekutive und Judikative. Vor allem wenn gesetzliche und strafrechtliche Grenzen nicht greifen, sondern vielmehr moralische Verfehlungen vorliegen, kann politisches Verhalten oft nur medial sanktioniert werden. Zahlreiche Skandale wurde daher erst durch die Recherche und Berichterstattung von Journalisten aufgedeckt.

Mit ihrer Wahl von Themen entscheiden die Medien zudem maßgeblich mit, was überhaupt auf die Agenda des öffentlichen Diskurses gelangt, wobei sie auch Stimmungen in der Gesellschaft aufgreifen. Schließlich liefern sie Erklärungs- und Deutungsmuster, die in unserer komplexen Welt Meinungen prägen können.

Medienlandschaft

Geprägt wird die Medienlandschaft vor allem durch Leitmedien mit großer, überregionaler Reichweite. Dazu zählen im Bereich der Politik einige Tageszeitungen (z. B. „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Süddeutsche Zeitung“) und Wochenmagazine (z. B. „Der Spiegel“) sowie die Nachrichtenprogramme der Fernsehsender. Für die schnelle Information spielen Radio und Internet eine wichtige Rolle. Der Großteil des Nachrichtenflusses wird zudem durch Agenturen bestimmt, wobei die „Deutsche Presse Agentur“ (dpa) am wirkungsvollsten ist.



Vier Moderatoren stellten im **TV-Duell** am 1.9.2013 die Fragen an die Kanzlerkandidaten Angela Merkel (CDU) und Peer Steinbrück (SPD).

Zunehmend wenden sich jedoch gerade junge Menschen von etablierten Medien zugunsten von (Nachrichten-)Portalen im Internet und sozialen Netzwerken ab. Die Politik wird dadurch vor eine neue Herausforderung gestellt: Es geht nicht mehr darum, einige wichtige Leitmedien für die eigenen Positionen zu gewinnen – jetzt muss Kommunikation „auf Augenhöhe“ mit den Bürgern erfolgen.

Politikverdrossenheit

Viele Politiker stehen den Medien kritisch gegenüber. Im Kampf um Aufmerksamkeit ist bei den Medien ein Trend zur Personalisierung und zur Dramatisierung zu beobachten. Während Politiker interne Streitigkeiten gern vor der Öffentlichkeit verbergen würden, setzen Medienvertreter alles daran, genau solche emotionalen Momente einzufangen.

Der Prozesscharakter von Politik lässt sich hingegen kaum adäquat im Mediengeschäft abbilden: Während der Nachrichtenwert der politischen Entscheidungsfindung oft als gering eingeschätzt wird, suchen Medien Streitpunkte, die zudem unter Vernachlässigung der Zusammenhänge

dramatisiert werden. Als Folge beobachten Wissenschaftler eine zunehmende Politikverdrossenheit.

Medien als „Versuchslabor"

Parteien werden ihrer Integrationsfunktion in der deutschen Demokratie nur in begrenztem Umfang gerecht. Um negative Schlagzeilen zu vermeiden, gilt Parteimitgliedern die Geschlossenheit ihrer Organisation als wichtiges Gut. Für Politiker bedeuten diese Entwicklungen einen schwierigen Spagat. Sie müssen Probleme erkennen und Lösungen finden und für diese Mehrheiten organisieren. Dabei sind sie jedoch zunehmend dem Risiko ausgesetzt, sich ganz persönlich herber öffentlicher Kritik auszusetzen. Zuweilen versuchen Politiker und Parteien bewusst, zunächst unverbindliche „Versuchsluftballons" steigen zu lassen, indem sie eine noch nicht abgestimmte Meinung in die Öffentlichkeit lancieren: Ist der Protest der Bürger zu groß, wird das politische Vorhaben zu den Akten gelegt.

Skandale und Rücktritte

Störfälle im politischen Geschäft

Auslöser politischer Skandale sind in der Regel Verfehlungen von Politikern, die oft vielmehr gegen moralische als gegen rechtliche Konventionen verstoßen. Nicht zwangsläufig müssen diese zum Rücktritt führen.

Politiker sind auch nur Menschen. Sie machen Fehler und verstoßen manchmal sogar gegen Regeln oder Gesetze. Das ist besonders dramatisch, weil es ja gerade die Parlamentarier sind, die die juristischen Leitlinien unseres Zusammenlebens definieren. Wenn sie sich noch nicht einmal selbst daran halten, wird das Vertrauen der Bürger in den Staat besonders geschädigt. Politiker haben also eine Vorbildfunktion.

SCHLAGZEILE

Gekaufte Politik?

Es war eine der großen Affären in der Bundesrepublik: Der Flick-Konzern hatte jahrelang hohe Summen an Politiker von CDU/CSU, FDP und SPD gespendet. Zu einem großen Teil flossen diese Gelder in „schwarze Kassen". Seit den 1970er-Jahren waren die Zahlungen geleistet worden, ein Zusammenhang mit politischen Entscheidungen ließ sich später aber nicht zweifelsfrei nachweisen. Deshalb wurden die früheren Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs und

Otto Graf Lambsdorff (beide FDP) im Jahr 1987 auch nur zu Geldstrafen wegen Steuerhinterziehung und Beihilfe dazu verurteilt. Die beteiligten Parteien hatten das seinerzeit lasche Parteiengesetz umgangen, um Millionensummen zu kassieren. Die Vorschriften wurden nach der „Flick-Affäre“ deutlich verschärft.

Hinzu kommt, dass ideologische Positionen im Lauf der Jahrzehnte an Bedeutung verloren haben und somit die persönliche Integrität von Politikern immer wichtiger geworden ist. Im konkreten Fall kommt es aber nicht nur auf den Grad einer möglichen Verfehlung an, sondern auch auf die Reaktion der Öffentlichkeit und der eigenen Partei.

Kosten-Nutzen-Rechnung

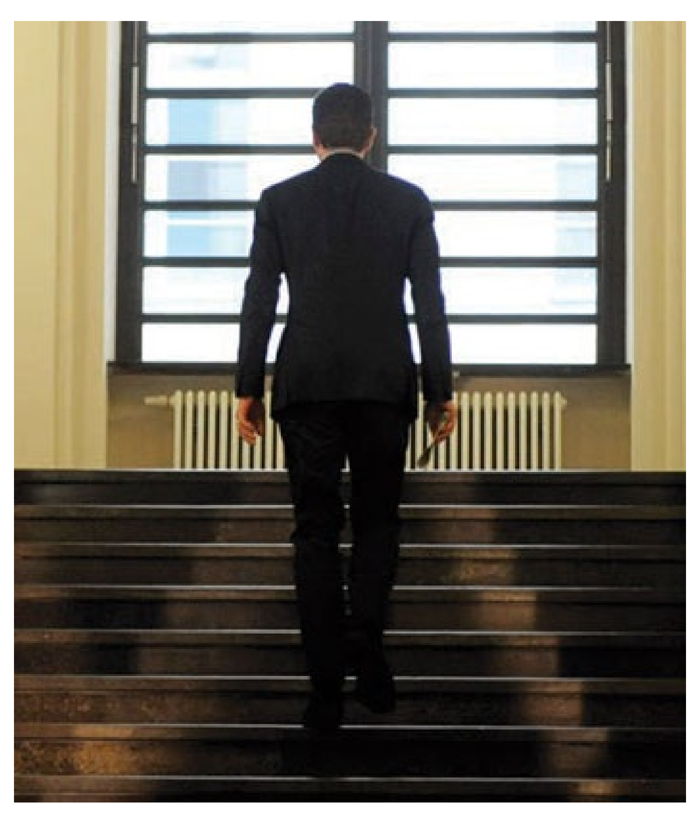
Innerhalb von Parteien, Fraktionen und Regierungen wird stets eine Kosten-Nutzen-Rechnung angestellt: Was bringt ein Volksvertreter an Zustimmung? Und wo wird diese Zustimmung durch Skandale eingeschränkt? Es gibt durchaus Fälle, in denen Politikertrotz massiver öffentlicher Angriffe im Amt bleiben können. Ein Beispiel ist die „Visa-Affäre“, bei der sich der damalige Bundesaußenminister Joschka Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) Anfang der 2000er-Jahre mit vehementen Rücktrittsforderungen konfrontiert sah. Fischer war vorgeworfen worden, mit einem Erlass den Missbrauch von Einreisevisa erleichtert zu haben. Offenbar bewerteten die relevanten Entscheidungsträger den Nutzen eines Verbleibs Fischers im Amt höher als den durch die Affäre angerichteten Schaden.

Anders endete die Affäre um Bundespräsident Christian Wulff. Dieser hatte sich zwei Monate der Vorwürfe der Vorteilsannahme und der verfassungswidrigen Beeinflussung der Presse erwehrt. Im Februar 2012 lastete der öffentliche Druck jedoch letztlich so schwer auf ihm, dass er seinen Rücktritt erklärte.

Freiwillige Rücktritte

Es kommt selten vor, dass Politiker freiwillig ihren Posten räumen, weil

sie mit bestimmten Entwicklungen nicht einverstanden sind. Ein prominentes Beispiel dafür ist Gustav Heinemann (SPD), der 1969–74 das Amt des Bundespräsidenten bekleidete. Zuvor aber hatte er sich in der CDU engagiert und wurde 1949 Innenminister der ersten Bundesregierung. Von diesem Amt trat er aus Protest gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und den autoritären Führungsstil von Kanzler Konrad Adenauer (CDU) zurück. Weitere Beispiele sind die Demissionen von Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) wegen des „Großen Lauschangriffs“ oder von Finanzminister und SPD-Vorsitzendem Oskar Lafontaine (SPD) wegen des, wie er erklärte, „schlechten Mannschaftsspiels“ in der Regierung von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD).



Der CSU-Politiker Karl-Theodor zu Guttenberg verlässt die Pressekonferenz, auf der er am 1.3.2011 seinen **Rücktritt als Verteidigungsminister** erklärte. Ursache waren Urheberrechtsverletzungen deren sich zu Guttenberg in seiner Dissertation schuldig gemacht hatte.

Bundesminister-Rücktritte wegen Verfehlungen (Auswahl)

Jahr	Name	Partei	Amt	Affäre
1974	Willy Brandt	SPD	Kanzler	Guilleaume-Spionage-Affäre
1984	Otto Graf Lambsdorff	FDP	Wirtschaftsminister	Flick-Affäre
1992	Gerhard Stoltenberg	CDU	Verteidigungsminister	Panzerlieferungen an Türkei
1993	Jürgen Möllemann	FDP	Wirtschaftsminister	Briefbogen-Affäre
2000	Reinhard Klimmt	SPD	Verkehrsminister	Beihilfe zur Untreue
2001	Andrea Fischer	Grüne	Gesundheitsministerin	BSE-Skandal
2001	Karl-Heinz Funke	SPD	Landwirtschaftsminister	BSE-Skandal
2009	Franz-Josef Jung	CDU	Arbeitsminister	Kunduz-Affäre
2011	Karl-Theodor zu Guttenberg	CSU	Verteidigungsminister	Plagiatsaffäre

→ **Großer Lauschangriff** akustische Wohnraumüberwachung durch die Behörden zum Zweck der Strafverfolgung

Unfreiwillige Rücktritte

Der skandalumwitterte Rücktritt gleicht einem Paukenschlag nach langer, öffentlicher Diskussion. Wenn die politischen „Kosten“, die ein Politiker verursacht, für die eigene Basis zu hoch werden, bleibt ihm nur noch der Schritt, sein Amt aufzugeben. Meist sind dafür handfeste Verfehlungen verantwortlich. In der Geschichte der Bundesrepublik hat es durchschnittlich in jedem Jahr mindestens einen Rücktritt eines Bundesministers gegeben.

Politik mitgestalten

Politische Mitbestimmung der Bürger

Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, als Bürger selbst Politik zu machen – oder sich zumindest mit der eigenen Meinung in den Diskurs und so auch in den Prozess der politischen Entscheidungsfindung einzubringen.

Demokratie lebt vom Mitmachen. Der Königsweg politischer Beteiligung ist die Mitgliedschaft in einer Partei oder Wählervereinigung. Sie ist in der Regel auch die Voraussetzung dafür, als Kandidat für einen Sitz im Parlament aufgestellt zu werden. Neben dem parteipolitischen Engagement gibt es vielfältige Möglichkeiten der Beteiligung.

Teilnahme an Wahlen

Die regelmäßige Teilnahme an Wahlen ist das wichtigste Element der repräsentativen Demokratie. Hier wird ausgewählt, welche Vertreter in den Parlamenten Entscheidungen im Namen der Bürger treffen. Weil die Abgabe der Stimme von so großer Bedeutung für die Demokratie ist, können Wähler, die am Wahltag verreist oder krank sind oder arbeiten müssen, per Briefwahl abstimmen.

„Die Politik bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß

zugleich."

Der Soziologe Max Weber in seinem Werk „Politik als Beruf"

Die Parteien legen für Wahlen Programme vor, die Auskunft über die grundsätzlichen Ziele geben. Eine Orientierungshilfe liefert hierzu der „Wahl-O-Mat", den z. B. die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) online zur Verfügung stellt: Die Nutzer können zu rund 30 Thesen Stellung beziehen; anschließend ermittelt der Wahl-O-Mat, mit welchem Parteiprogramm die meisten Übereinstimmungen bestehen.

Information über Politik

Um bei politischen Fragen mitsprechen zu können, muss man sich zunächst gut informieren. Dabei sollte man auf seriöse Medien setzen, die eine besondere journalistisch-redaktionelle Qualität versprechen. Gute Orientierung geben auch die Landeszentralen und die Bundeszentrale für politische Bildung. Seminare werden von Volkshochschulen, politischen Stiftungen und vielen anderen Organisationen angeboten. Die Internetseiten von Kommunen, Ministerien oder Parlamenten halten ebenfalls zahlreiche Fakten bereit. Darüber hinaus bestehen nach den Informationsfreiheitsgesetzen umfassende Möglichkeiten, von staatlichen Behörden Informationen einzufordern.

Engagement im Verein

Es muss nicht immer eine Partei sein: Wer sich nur für einen bestimmten Politikbereich interessiert, ist vielleicht in einem Verein, in einem Verband oder in einer Bürgerinitiative besser aufgehoben. Wie Parteien sind viele dieser Vereinigungen als gemeinnützig anerkannt, sodass man Spenden von der Steuer absetzen kann. Eine Mitgliedschaft kann passiv sein, beschränkt sich also größtenteils auf die Zahlung von Beiträgen und Teilnahme an Abstimmungen. Man kann aber auch in einer Funktion, z. B. als Sprecher, Inhalte aktiv gestalten und gegenüber Politik und

Öffentlichkeit vermitteln.

Teilnahme am Diskurs

Das Grundgesetz garantiert Meinungs, Vereinigungs- und Demonstrationsfreiheit. Dazu gehört auch das Recht, sich mit anderen zu versammeln, um für politische Überzeugungen einzutreten. Die einzige Bedingung ist, dass solche Treffen „friedlich und ohne Waffen" stattfinden. Behörden können jedoch Einschränkungen z. B. für den Weg eines Demonstrationszugs vorschreiben. Hat eine Demonstration viele Teilnehmer, wird das jeweilige Thema in Öffentlichkeit und Politik besonders wahrgenommen. Ein Handlungsbedarf wird deutlich.

Am öffentlichen Diskurs kann man aber auch auf andere Weise teilnehmen. Das reicht von Äußerungen in sozialen Internetnetzwerken bis zu Leserbriefen an Medien. Auch der persönliche Kontakt zu Politikern bei Veranstaltungen oder per E-Mail und Brief kann politische Überzeugungen in den Entscheidungsprozess einbringen. So besteht auf dem Portal www.abgeordnetenwatch.de die Möglichkeit, öffentlich Fragen an Volksvertreter zu richten.

Anträge stellen

Bei den Kommunen kann man Bürgeranträge oder Beschwerden einreichen. Man muss jedoch die konkreten rechtlichen Vorschriften beachten. In mehreren Bundesländern ist es auf kommunaler Ebene auch möglich, Bürgerentscheide auf den Weg zu bringen: Wenn man eine Mindestanzahl an Unterschriften sammelt, kann so das Verfahren zu einer formalen Abstimmung aller Wahlberechtigten eingeleitet werden. Auf Landesund Bundesebene wird die entsprechende Abstimmung Volksentscheid bzw. Volksabstimmung genannt.

Bei den Parlamenten auf Landesebene oder im Bundestag sind sogenannte Petitionen möglich. Solche Eingaben können auch online auf der Internetseite des Bundestags eingestellt werden. Erreichen sie eine bestimmte Zahl an Unterschriften von Unterstützern, muss sich das

Parlament damit beschäftigen.



Eine wichtige Möglichkeit des einzelnen Bürgers, auf die Politik Einfluss zu nehmen, ist die **Teilnahme an Wahlen.**

Systemvergleiche

Wie organisieren andere Demokratie?

Alle politischen Systeme der westlichen Demokratien haben ihre Eigenheiten. Ob präsidial oder parlamentarisch, föderal oder zentralistisch – die Vorstellungen, wie Demokratie am besten zu organisieren ist, weichen mitunter stark voneinander ab.

Deutscher Föderalismus

Bei Weitem nicht alle demokratischen Staaten sind föderalistisch verfasst. Während in Deutschland die Gliedstaaten ein vergleichsweise starkes Mitspracherecht auf Bundesebene besitzen, ist z. B. unser Nachbar Frankreich zentralistisch organisiert, d. h., alle politischen Kompetenzen werden auf der obersten staatlichen Ebene konzentriert.

Es gibt zwei wesentliche Merkmale, die die deutsche Politik prägen: die Macht des Regierungschefs und die Ausgestaltung des Parteiensystems.

Starker Regierungschef

Während in Deutschland einzig die Parlamente direkt vom Volk gewählt werden, entscheiden die Bürger in präsidentiellen Regierungssystemen wie den USA auch über den Präsidenten, den Chef der Exekutive, in einer direkten Wahl. Dies stärkt zwar zum einen dessen Stellung, da er

beispielsweise nicht vom Parlament abberufen werden kann. Allerdings verfügt der Präsident nicht zwangsläufig über eine Mehrheit im Parlament, weshalb die Regierung stets politische Mehrheiten organisieren muss. Und die direkte Wahl der Kongressabgeordneten, die nicht über Parteilisten erfolgt, hat zur Folge, dass man eine wirksame Fraktionsdisziplin in den USA kaum kennt: Die Abgeordneten sind stärker ihrem Wahlkreis verpflichtet als einer Partei und folgen bei Abstimmungen oft nicht den Vorgaben ihrer Parteizentrale.

Parteiensystem

Das Wahlsystem besitzt einen starken Einfluss auf die Parteienlandschaft einer Demokratie. Während das Verhältniswahlrecht in Deutschland auch kleineren Parteien eine Vertretung in den Parlamenten ermöglicht, hat das z. B. in Großbritannien angewandte Mehrheitswahlrecht zur Folge, dass meist nur zwei Parteien um die Regierungsmacht konkurrieren; Koalitionsregierungen sind eher selten. Eine wirksame Sperrklausel (5-%-Hürde) verhinderte in Deutschland zudem eine Zersplitterung der Parteienlandschaft, wie sie etwa lange Zeit Italien kennzeichnete. So konnte sich in Deutschland eine Parteienlandschaft ausbilden, die zur politischen Stabilität beitrug.

Außenbeziehungen

Deutschland in der Welt

Deutschland ist seit der Wiedervereinigung ein formal unabhängiger Staat. Das hat zu einem neuen Verhältnis gegenüber anderen Ländern geführt. Inzwischen ist die Bundesrepublik zu einem anerkannten Partner in internationalen Organisationen geworden.



Seit der Wiedervereinigung ist Deutschlands Bedeutung auf dem diplomatischen Parkett gewachsen. Eine Auswirkung davon ist die stärkere Einbindung deutscher Soldaten bei **UN-Einsätzen.**

Bis zur Wende gab es in Deutschland mit der Bundesrepublik und der DDR zwei Staaten, die um internationale Anerkennung konkurrierten. Während die Bundesrepublik in die Europäische Integration und das von den USA dominierte Verteidigungsbündnis der NATO eingebunden war, gehörte die DDR als Mitglied des Warschauer Pakts und Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe zum sozialistisch geprägten Einflussbereich der Sowjetunion. Erst seit der Wende 1989/90 tritt Deutschland in der Welt wieder mit einer Stimme auf.

Außenpolitik

In einer zunehmend komplexen Welt ist die Außenpolitik von zahlreichen Faktoren geprägt: Die wichtigste Leitlinie der deutschen Außenpolitik ist die Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts. Grundsätzlich dient Außenpolitik aber auch der Förderung des deutschen Exports und damit der Ankurbelung der Volkswirtschaft. Zudem muss die Außenpolitik regelmäßig mit Partnern auf europäischer und internationaler Ebene koordiniert werden.

Europa

Deutschland ist zwar das bevölkerungsreichste und wirtschaftlich wichtigste Land Europas, trotzdem würde es für sich allein in der internationalen Politik kaum realistische Chancen haben, seine Interessen nachhaltig durchzusetzen. Auch deshalb gehört Deutschland zu den Motoren einer engen europäischen Zusammenarbeit. Nach der Wiedervereinigung gab es internationale Befürchtungen, Deutschland könne sich von der Europäischen Union (EU) distanzieren. Tatsächlich hat sich die Bundesrepublik intensiv in die Sicherheits-, Wirtschafts- und Wertegemeinschaft der europäischen Staaten integriert. Dazu wurden auch Kompetenzen an die EU-Kommission und das EU-Parlament

abgegeben. So gibt es inzwischen eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und viele von der EU erlassene Vorschriften gelten auch in Deutschland.

Steckbrief

Hans-Dietrich Genscher

Hans-Dietrich Genscher wurde am 21.3.1927 in Reideburg (Saalkreis) geboren. 1952 siedelte er aus der DDR in die Bundesrepublik über und trat der FDP bei, in der er bald hohe Ämter innehatte. 1974–85 war er ihr Bundesvorsitzender. Genscher gehörte mehreren Bundesregierungen an, als Innen- (1969–74) und als Außenminister (1974–92). In dieser Funktion prägte er den Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands maßgeblich mit.

→ **Blauhelm-Mission** Von den Vereinten Nationen sanktionierte Entsendung von Truppen zur Sicherung des Friedens in eine Krisenregion

Zwei-plus-Vier-Vertrag

Offiziell ist nach dem Zweiten Weltkrieg zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Alliierten (USA, Frankreich, Großbritannien und Sowjetunion) nie ein Friedensvertrag geschlossen worden. Dadurch hatte weder die BRD noch die DDR eine formale völkerrechtliche Souveränität. Diese vollständige staatliche Unabhängigkeit wurde erst mit dem „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ hergestellt, der im Jahr 1991 in Kraft trat. Das wiedervereinigte Deutschland verpflichtet sich darin u. a., dass es seine Grenzen nicht mehr infrage stellt, in Ostdeutschland keine Kernwaffen stationiert und die Zahl der Soldaten dauerhaft reduziert.

Vereinte Nationen

Erst nach dem Beginn der Ost-West-Entspannungspolitik wurden beide deutsche Staaten 1973 in die Vereinten Nationen (UNO) aufgenommen. Ab etwa 1990 übernahm Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik.

Dazu gehört auch die Teilnahme an Blauhelm-Missionen in Konfliktfällen. Im Rahmen solcher Aufträge der UNO war die Bundeswehr bereits seit den 1970er-Jahren eingesetzt. Im Jahr 1994 stellte das Bundesverfassungsgericht nach einer Klage von Abgeordneten klar, dass bei solchen Missionen auch Kampfeinsätze erlaubt sind. Die Teilnahme an einer solchen Mission ist aber kein Automatismus: Der Bundestag muss jedem einzelnen Einsatz dieser Art ausdrücklich zustimmen.

Entwicklungshilfe

Ein wenig beachtetes Feld der Außenpolitik ist die Entwicklungshilfe, deren Ziel es ist, Armut zu bekämpfen, die Umwelt zu schützen und Krisen zu überwinden. Dafür wurde 1961 erstmals ein „Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit" gegründet. In der Entwicklungspolitik sind auch Nicht-Regierungs-Organisationen aktiv, darunter Kirchen und Parteistiftungen.

Gesellschaft

Das demokratische Gesellschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland lässt verschiedene Meinungen, Lebensstile und Wertvorstellungen zu. Aus diesem Grund wird die bundesrepublikanische Gesellschaft auch als offen bezeichnet. Als Folge gesellschaftlicher Entwicklungen und der damit verbundenen politischen Auseinandersetzungen unterliegt sie einem fortwährenden Wandel.



Gesellschaft im Wandel

Unsere Gesellschaft ist das Produkt vieler Einflüsse – die Zusammensetzung der Bevölkerung, Familie und Bildungswesen, Arbeit und Soziales zählen zu den wichtigsten Faktoren. Eine große Herausforderung war die deutsche Wiedervereinigung 1990.

Ein buntes Bild – die Bevölkerung

Deutschland ist das bevölkerungsreichste Land der Europäischen Union. Seine Bevölkerung ist geprägt durch Modernität und Weltoffenheit sowie eine Vielfalt unterschiedlicher Lebensstile und bietet – aufgrund der Zuwanderung von Menschen aus anderen Ländern – ein buntes Bild ethnischer und kultureller Prägungen. In den letzten 60 Jahren ist die Bevölkerung Deutschlands um gut 11 Mio. Menschen gewachsen, und das, obwohl seit Anfang der 1970er-Jahre mehr Menschen sterben als geboren werden. Aus dem Geburtenrückgang resultiert eine Überalterung der Gesellschaft, die der gesetzlichen Renten-, Krankenund Pflegeversicherung große Probleme bereitet. Dass die absolute Bevölkerungszahl weitgehend stabil ist, ist den zahlreichen Zuwanderern aus anderen Ländern zu verdanken, die auch das Bild der Gesellschaft insgesamt viel bunter haben werden lassen (Multikulti).

Soziale Sicherheit

Für die Grundsicherung seiner Existenz ist zunächste einmal jeder Erwachsene selbst zuständig. Wenn er dazu jedoch nicht in der Lage ist, springt der Sozialstaat ein und gewährleistet mit der Sozialhilfe das Existenzminimum. Mit den Sozialversicherungen (Kranken-, Pflege, Unfall-, Renten-, Arbeitslosenversicherung) stellt der Sozialstaat die Absicherung des Einzelnen in persönlichen Krisenfällen sicher.

Familie

Ebenso wie die Gesellschaft insgesamt sind auch die Familien im Lauf der letzten Jahrzehnte immer bunter und vielfältiger geworden. Die einst patriarchalischen Strukturen haben sich im Zuge der Gleichberechtigung von Mann und Frau weitgehend aufgelöst, neben das traditionelle Familienbild (Ehemann, Ehefrau und Kinder) ist eine Reihe anderer Modelle getreten – von der Patchworkfamilie bis zum Alleinerziehenden.

Frauen

Gemäß Artikel 3 des Grundgesetzes sind Männer und Frauen gleichberechtigt. Der gleiche Artikel sagt aber auch, dass die Gleichberechtigung noch der Durchsetzung bedarf und bestehende Nachteile beseitigt werden müssen. Im Arbeitsleben etwa sind niedrigere Entlohnung und schlechtere Aufstiegschancen für Frauen immer noch üblich.

Bildung

Als moderne Industrienation braucht Deutschland auf allen

Ebenen der Arbeitswelt sehr gut ausgebildete Arbeitskräfte. Entsprechend groß ist die Aufmerksamkeit, die dem deutschen Bildungssystem gewidmet wird. Es reicht von der frühkindlichen Bildung bis hin zu Hochschulabschluss und allgemeinen Weiterbildungsangeboten.

Religionen

Historisch ist Deutschland ein vom Christentum geprägtes Land. Die Bindung ans Christentum hat in den letzten Jahrzehnten aber deutlich nachgelassen - heute bekennen sich nur noch gut 60 % der Deutschen zu einer christlichen Kirche. Gründe dafür sind vor allem demografische Effekte, eine steigende Unzufriedenheit mit den Kirchen sowie die Zuwanderung von Mitgliedern anderer Religionsgemeinschaften.

Kriminalität

Natürlich halten sich nicht alle Mitglieder der Gesellschaft Deutschlands an alle Konventionen und Gesetze. Die Verfolgung von Straftätern ist Aufgabe der Justizbehörden, insbesondere der Polizei. Laut Statistik ist die Kriminalität in den letzten Jahrzehnten zurückgegangen.

Mobilität

Voraussetzung für eine mobile Gesellschaft ist eine gut ausgebaute Infrastruktur. Sowohl das Straßennetz als auch das Streckennetz der Bahn sind dicht, zahlreiche Flughäfen komplettieren das Bild. Nach wie vor ist jedoch das Auto „der Deutschen liebstes Kind".

Bevölkerung

Babyboom und Pillenknick

In Deutschland leben 80 Mio. Menschen. Probleme bereiten die niedrige Geburtenrate und der Anstieg der Lebenserwartung. In Zukunft müssen immer weniger Erwerbstätige immer mehr Rentner und Pflegebedürftige versorgen.

Von 1950 bis Anfang 2013 wuchs die Bevölkerung in ganz Deutschland um etwa 11,2 Mio. Menschen an. Während es noch in den 1960er-Jahren wesentlich mehr Geburten als Sterbefälle gab, hat sich das Verhältnis ab 1972 umgekehrt. Ab 2001 sank die Bevölkerungszahl deshalb zwar kontinuierlich, doch nicht übermäßig. Unter anderem sorgte der Zuzug von Menschen aus dem Ausland dafür, dass trotz des Geburtendefizits die Bevölkerungszahl in Deutschland nicht wesentlich zurückging.

→ **Demografie** Mithilfe von Statistiken beschreibt sie Zustand und Veränderung der Bevölkerungszusammensetzung.

Geburtenrate

1964, im geburtenstärksten Jahr der Nachkriegszeit, kamen in Deutschland noch 1,4 Mio. Kinder zur Welt. 2012 waren es nur noch 673 000. Das bedeutet, dass pro 1000 Einwohner in Deutschland 8,4 Kinder geboren wurden, womit Deutschland bei den Geburten Schlusslicht in Europa war. Brachte Anfang der 1960er-Jahre noch jede Frau in

Deutschland durchschnittlich 2,5 Kinder zur Welt, sank dieser Wert bereits Anfang der 1970er-Jahre nicht zuletzt aufgrund der Einführung der Antibabypille 1961 auf 1,4 Kinder. Zum Erhalt der Bevölkerungszahl wären jedoch 2,1 Kinder pro Frau notwendig. Insgesamt nahm die Zahl der Geburten zwischen 1971 und 2011 um 35 % ab.

Bildungschancen

Einer der Gründe für sinkende Geburtenzahlen ist das immer höhere Alter von Müttern bei der Geburt ihres ersten Kindes. Dadurch verringert sich naturgemäß die Lebensphase, während der sie weitere Kinder bekommen können. Brachten Frauen in Westdeutschland 1965 noch mit durchschnittlich 24,9 Jahren (Ostdeutschland: 23,2 Jahren) ihr erstes Kind zur Welt, stieg dieser Wert bis 2010 auf 29,2 Jahre (Ostdeutschland: 27,4 Jahre) an. Auch der Anteil kinderloser Frauen stieg stetig. Blieben von den 1939 geborenen Frauen in Deutschland nur 12 % kinderlos, waren es bei den 1963 geborenen Frauen in Westdeutschland bereits 19 %.

Deutschlands Bevölkerung in Mio.

	30. 9. 2013 [1)]	31. 12. 2012 [2)]	31. 12. 2011[3)]
Männer[3)]	39,54	39,38	39,2
Frauen[3)]	41,2	41,14	41,11
Insgesamt	80,72	80,52	80,33

[1)] Zensusdaten mit dem Stand 31. 5. 2013; [2)] Zensusdaten mit dem Stand 10. 4. 2014; [3)] vorläufiges Ergebnis, Quelle: Statistisches Bundesamt (Wiesbaden), Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011

Demografen sehen die Ursache dafür in den höheren Bildungsabschlüssen der Frauen. Viele wollen sich zunächst ein berufliches Standbein aufbauen, bevor sie an die Familiengründung denken.

Kindertagesstätten

Doch nicht allein die verbesserten Bildungschancen von Frauen sind schuld daran, dass die Geburtenzahlen zurückgingen. Die Experten sind sich einig, dass vielmehr die äußeren Rahmenbedingungen stimmen müssen, damit Frauen sich für Kinder entscheiden. Eine gute öffentliche Kinderbetreuung kann die Entscheidung für ein Kind offenbar wesentlich beeinflussen. Doch obwohl Eltern für ihr Kind einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertagesstätte (Kita) ab dem Alter von einem Jahr haben, gab es Mitte 2014 in vielen Regionen Deutschlands noch zu wenig Plätze. Zudem waren die Öffnungszeiten vieler Kindertagesstätten nicht an die Arbeitszeiten vieler erwerbstätiger Mütter angepasst. Auch das Angebot an Ganztagsschulen war noch nicht flächendeckend ausgebaut.

Der Pillenknick – ein Mythos?

Der Rückgang der Geburtenzahlen in Deutschland Anfang der 1970er-Jahre wird landläufig auf die Einführung der Antibabypille im Jahr 1961 zurückgeführt. Doch direkt nach der Einführung der Pille kamen in Deutschland die meisten Kinder der Nachkriegszeit zur Welt. Ein direkter Zusammenhang ist daher zunächst nicht erkennbar. Anfang der 1970er-Jahre hingegen kamen die vergleichsweise wenigen Frauen und Männer ins gebärfähige Alter, die während des Zweiten Weltkriegs geboren wurden. Da sie zahlenmäßig eine kleinere Gruppe waren als die zuvor Geborenen, musste die Geburtenzahl zwangsläufig sinken, die Antibabypille verstärkte diese Entwicklung noch.

Überalterung

Waren 1950 noch 30,4 % der Bevölkerung unter 20 und 14,6 % über 60 Jahre alt, kehrte sich dieses Verhältnis in den folgenden 60 Jahren nahezu um. Ende 2012 machten die unter 20-Jährigen nur noch 18,2 % aus, die über 60-Jährigen hingegen 26,9 %. Der Grund hierfür ist die sinkende Geburtenrate. Kamen zum Zeitpunkt des »Babybooms« 1964 in

ganz Deutschland 1,4 Mio. Kinder zur Welt, waren es 2012 noch ca. 670 000.



Bunter als in der Nachkriegszeit sind die Schuhregale in den Vorschulen zwar gefüllt, die Zahl der Vorschulkinder ist aufgrund des **Geburtenrückgangs** jedoch drastisch gesunken.

→ **Babyboom** Phase ansteigender Geburtenziffern. Das Phänomen tritt häufig nach Kriegen auf.



Als junge Menschen bildeten sie die breite Basis der **Bevölkerungspyramide**, heute stehen sie am oberen Ende der **Bevölkerungszwiebel.**

Gleichzeitig steigt aufgrund besserer Lebensbedingungen (Ernährung, medizinische Betreuung) die Lebenserwartung an. Die Folge: Die Altersstruktur wandelt sich. Ähnelte die Altersverteilung der Bevölkerung noch 1950 bildlich dargestellt einer Pyramide, wobei die unter 20-Jährigen die breite Basis bildeten, sieht sie heute eher aus wie eine Zwiebel, die sich zur Mitte und nach oben hin verdickt.

SCHLAGZEILE

Renteneintrittsalter steigt

Dänemark und Italien haben das Renteneintrittsalter an die Entwicklung der Lebenserwartung gekoppelt. Steigt die Lebenserwartung, verschiebt sich auch das reguläre Renteneintrittsalter nach hinten. Durch diese Maßnahme soll die durchschnittliche Dauer des Rentenbezugs in etwa gleich bleiben. Das Alter des Rentenbeginns könnte sich Modellrechnungen zufolge dadurch bis auf 74 Jahre erhöhen.

Ost und West

Die Bevölkerungsentwicklungen in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland verliefen im Zeitraum von 1950 bis 1990 gegenläufig. Während die Zahl der Menschen im alten Bundesgebiet von 51 Mio. auf 63,7 Mio. anstieg, sank sie in der DDR von 18,4 Mio. auf ca. 16 Mio. Der wichtigste Grund für den Rückgang in der DDR war die Abwanderung in die Bundesrepublik – sogar noch, nachdem diese durch den Mauerbau 1961 eingeschränkt worden war

Nach dem Fall der Mauer 1989 zogen innerhalb eines Jahres rund 400 000 Menschen von Ost- nach Westdeutschland und damit mehr als je zuvor. Dieser Trend setzte sich in den Folgejahren in abgeschwächter

Form fort. Besonders die Jüngeren zog es in die westdeutschen Bundesländer – 60 % der Ost-West-Migranten waren jünger als 30 Jahre. Ende 2012 lebten in Ostdeutschland 15,9 Mio. Menschen – inklusive der 2Mio. Einwohnervon Westberlin, die bis 2001 Westdeutschland zugerechnet wurden. Beleg für diese Entwicklung ist das im Osten höhere Durchschnittsalter.

Der Hauptgrund für die Abwanderung war und ist die Suche nach einem Arbeits- oder Ausbildungsplatz. Vor allem junge Frauen verließen aufgrund der hohen Frauenarbeitslosigkeit insbesondere in den 1990er-Jahren zur Arbeitssuche die ostdeutschen Bundesländer. 1992 z. B. waren von den 1,2 Mio. Menschen, die in Ostdeutschland im Jahresdurchschnitt arbeitslos waren, 740 000 Frauen. Für ostdeutsche Frauen war es jedoch eine Selbstverständlichkeit, erwerbstätig zu sein – in der DDR war Frauenarbeit aus wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Gründen immer stark gefördert worden.

Mittlerweile sind Arbeitsmarktstudien zufolge vor allem die höheren Bildungsabschlüsse junger Frauen für deren Wegzug aus Ostdeutschland verantwortlich. Sie wünschen sich einen ihrer Qualifizierung entsprechenden Arbeitsplatz, den sie vor Ort nicht immer finden. Zu den Folgen für die ostdeutschen Bundesländer gehören deshalb Frauenmangel und damit verbunden eine geringere Geburtenrate sowie eine Überalterung der Gesellschaft.

Sozialversicherung

Besondere Schwierigkeiten bereiten die Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur der gesetzlichen Sozialversicherung, insbesondere der gesetzlichen Renten, Kranken- und Pflegeversicherung. Diese sozialen Sicherungssysteme sind umlagefinanziert – die eingezahlten Beiträge werden also unmittelbar genutzt, um daraus die Renten bzw. die medizinischen Leistungen oder Pflegeleistungen zu finanzieren. Während in die Kranken- und Pflegeversicherung sowohl die versicherten Erwerbstätigen als auch die Rentner einzahlen, leisten allein die

Erwerbstätigen Beiträge zur Rentenversicherung. Kamen 1970 noch auf 100 Erwerbstätige 25 Personen im Rentenalter über 65 Jahre, waren es 2012 schon 34. 2030, wenn die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er-Jahre ins Rentenalter kommen, werden es mehr als 50 sein, schätzt das Statistische Bundesamt. Die Beiträge zur Rentenversicherung müssten demnach stark ansteigen, um die Umlagefinanzierung weiter zu gewährleisten bzw. Rentenkürzungen zu verhindern – wenn nicht politisch gegengesteuert wird.

Durchschnittsalter in den Bundesländern

Bundesland	Durchschnittsalter der Bevölkerung
Hamburg	42,4 Jahre
Berlin	42,8 Jahre
Baden-Württemberg	42,9 Jahre
Bayern	43,1 Jahre
Hessen	43,4 Jahre
Nordrhein-Westfalen	43,6 Jahre
Niedersachsen	43,8 Jahre
Bremen	43,9 Jahre
Rheinland-Pfalz	44,0 Jahre
Schleswig-Holstein	44,3 Jahre
Saarland	45,5 Jahre
Mecklenburg-Vorpommern	45,8 Jahre
Brandenburg	46,1 Jahre
Thüringen	46,2 Jahre
Sachsen	46,4 Jahre
Sachsen-Anhalt	46,9 Jahre

Ergebnisse auf der Grundlage des Zensus 2011;
Quelle: Statistisches Bundesamt (Wiesbaden) 2014

„Adieu Generationenvertrag, adieu sichere Rente!“

Martin Rupps, Journalist und Autor des Buchs „Wir Babyboomer“

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung empfahl in seinem Jahresgutachten 2013 daher für die Zukunft ein weiteres Heraufsetzen des Rentenalters und eine Ausweitung der Frauenerwerbstätigkeit. Zudem könne die Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften eine Unterstützung darstellen.

Zuwanderung

Nationale und kulturelle Vielfalt

In Deutschland leben Einwanderer aus fast 200 Ländern. Diesen Zuwanderern ist es zu verdanken, dass die Bevölkerung Deutschlands seit 2010 relativ konstant geblieben ist, obwohl die Zahl der Sterbefälle die Zahl der Geburten während dieses Zeitraums überstieg.

Die Einflüsse der in Deutschland lebenden Ausländer sind nicht mehr wegzudenken. Sie zeigen sich z. B. in der zunehmenden Vielfalt im kulinarischen Angebot, in der Sprache oder in der Musik. Auch ihre Bedeutung für den deutschen Arbeitsmarkt ist nicht zu unterschätzen.

Migrationshintergrund

2012 lebten in Deutschland ca. 16,3 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund. Als Person mit Migrationshintergrund gelten alle Zuwanderer, die nach 1949 in das heutige Gebiet Deutschlands gezogen sind, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer. Zu den Menschen mit Migrationshintergrund werden außerdem Personen gezählt, die in Deutschland geboren sind und einen deutschen Pass besitzen, aber wenigstens ein Elternteil haben, das zugewandert ist oder als Ausländer in Deutschland geboren wurde. 18,3 % der Menschen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland leben, stammen aus der

Türkei, 9,4 % aus Polen und 7,4 % aus der Russischen Föderation.



Die meisten Zuwanderer müssen die deutsche Sprache noch erlernen. Der Einbürgerungstest verlangt ausreichende Deutschkenntnisse. Das Foto zeigt **Teilnehmer eines Deutschkurses** in Leipzig.

Ausländische Bevölkerung in Deutschland

Jahr	Bevölkerung (Mio.)	
	Insgesamt	Ausländische Bevölkerung
1961[1]	56,1	0,7
1970[1]	60,7	2,6
1980[1]	61,7	4,6
1989[1]	62,7	5,0
1990[2]	79,8	5,6
2000	82,3	7,3
2013[3]	80,5	6,9

[1] Früheres Bundesgebiet
[2] ab 1 990 mit den ostdeutschen Bundesländern
[3] vorläufige Ergebnisse auf Basis des Zensus 2011;
Quelle: Statistisches Bundesamt (Wiesbaden)

Arbeitsmarkt

In den 1950er-Jahren, als die damalige Bundesrepublik Deutschland ein starkes Wirtschaftswachstum verzeichnete, fehlten Arbeitskräfte. Aus diesem Grund wurden mit mehreren Staaten (u. a. Italien, Türkei) sogenannte Anwerbeabkommen geschlossen, nach denen Arbeitskräfte aus diesen Ländern – zunächst befristet – in Deutschland arbeiten durften. Von 1961 bis 1970 erhöhte sich die Zahl der sogenannten Gastarbeiter um 2 Mio., u. a. auch deshalb, weil die Bundesregierung den Familiennachzug gestattete. 1973 wurde wegen der Ölkrise ein Anwerbestopp verhängt. Die in der Bundesrepublik lebenden Ausländer mussten sich nun entscheiden, ob sie bleiben oder in ihre Heimatländer zurückgehen wollten. Viele entschieden sich fürs Bleiben. 1975 lebten 3,9 Mio. Menschen aus anderen Ländern in Deutschland.

Auch die DDR war nach dem Bau der Mauer 1961 auf die Arbeitskraft von Ausländern angewiesen, hatte sie bis dahin doch mehr als 2 Mio. Einwohner an die Bundesrepublik verloren. Die Ausländer in der DDR stammten vornehmlich aus Vietnam, Polen und Mosambik. 1989, kurz vor der Wiedervereinigung, lebten 191 000 Ausländer in der DDR.

Neben Maßnahmen wie der Ausweitung der Frauenerwerbstätigkeit und der Erhöhung des Renteneintrittsalters sehen Fachleute die Zuwanderung nach wie vor als Mittel, Engpässe an Arbeitskräften zu überbrücken und damit die Wirtschaftskraft und die sozialen Sicherungssysteme Deutschlands zu erhalten.

Zuwanderungsgesetz

Durch den Fall des Eisernen Vorhangs und den Jugoslawienkrieg stieg die Zahl der Asylsuchenden Anfang der 1990er-Jahre stark an. 1992 erreichte sie den bis dahin höchsten Wert von rund 438 000. Daraufhin wurde 1993 das Asylrecht im Grundgesetz eingeschränkt. Die Zahl der Ausländer, die nach Deutschland kamen, sank.

2005 trat das sogenannte Zuwanderungsgesetz in Kraft, das trotz seines Namens kaum neue Möglichkeiten zur Einwanderung erschließt.

Dennoch sieht z. B. die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) Deutschland als Einwanderungsland, nicht zuletzt weil Deutschland 2012 nach den USA das Land mit den meisten Einwanderern (400 000) weltweit war. Viele Menschen (75 %) kamen aus anderen Staaten der Europäischen Union, die meisten aus Polen (85 000), Rumänien (56 000) und Ungarn (31 000).

Einbürgerung

Menschen, die als Ausländer in Deutschland leben, haben unter folgenden Voraussetzungen das Recht auf Einbürgerung:

- Ihr Aufenthaltsrecht in Deutschland ist unbefristet.
- Sie halten sich seit wenigstens acht Jahren gewöhnlich und rechtmäßig in Deutschland auf.
- Ihr Lebensunterhalt und der unterhaltsberechtigter Familienangehöriger ist gesichert. Hartz IV oder Sozialhilfe werden nicht bezogen.
- Sie verfügen über ausreichende Deutschkenntnisse.
- Sie bestehen den sogenannten Einbürgerungstest.
- Sie wurden nicht wegen einer Straftat verurteilt.
- Sie bekennen sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes.
- Sie geben ihre alte Staatsangehörigkeit auf.

Soziale Sicherheit

Im Notfall hilft das soziale Netz

Unter dem Oberbegriff „soziale Sicherungssysteme“ werden in Deutschland die Arbeitslosen-, Kranken-, Pflege-, Renten- und Unfallversicherung zusammengefasst. Diese Sozialversicherungen sollen die Versicherten gegen fundamentale finanzielle Lebensrisiken absichern.

„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein (…) sozialer Bundesstaat” – so legt Artikel 20 des Grundgesetzes es fest. Daraus folgt für den Staat die Verpflichtung, sich um Menschen, die in äußerste Not geraten, zu kümmern, soziale Gegensätze möglichst auszugleichen und die Schwachen zu schützen.

→ **Hartz-Reformen** Die Arbeitsmarktreformen von 2003 bis 2005 beruhen wesentlich auf Vorschlägen einer vom VW-Manager Peter Hartz geleiteten Kommission. Inoffiziell tragen sie bis heute seinen Namen.

Sozialversicherung

Die wichtigsten Ansprüche des Bürgers an den Sozialstaat werden über die gesetzlichen Sozialversicherungen (Kranken-, Pflege-, Unfall-, Renten-, Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe) abgesichert. Sie sind die Säulen des Sozialstaats.

Sozialleistungen in Deutschland

Jahr	Sozialleistungen (Mrd. €)	Veränderung zum Vorjahr (%)
1991	397,3	keine Angabe
1992	449,9	13,3
1995	522,4	5,3
2000	608,5	3,0
2005	669,3	1,1
2009[1)]	747,4	keine Angabe
2010	764,6	2,3
2011	768,1	0,5
2012	782,4	1,9

[1)] Ab 2009 wurden auch die Grundleistungen der privaten Krankenversicherung erfasst. Quelle: Sozialbericht 2013, Bundesarbeitsministerium

Solidargemeinschaft

Für die meisten abhängig Beschäftigten sind die gesetzlichen Sozialversicherungen Pflichtversicherungen, das heißt, sie müssen von ihrem Arbeitsentgelt Beiträge zahlen. Damit werden die finanziellen Risiken solidarisch auf alle Versicherten verteilt, auch unabhängig davon, ob sie nur geringe oder aber höhere Kosten (z. B. durch eine chronische Krankheit) verursachen. Die Gesamtheit der Versicherten wird daher auch als Solidargemeinschaft bezeichnet. Zur gesetzlichen Unfallversicherung muss der Einzelne keine Beiträge zahlen – hier tragen die Unternehmen und Verbände (bei der Schülerunfallversicherung z. B. die Kommunen) die Kosten allein.

Sozialversicherung in der DDR

In der DDR waren die gesetzliche Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung für Arbeiter und Angestellte in einer Pflichtversicherung, der einheitlichen Sozialversicherung zusammengeschlossen, die der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund

verwaltete. Der Beitragssatz betrug 20 % und wurde für fast alle Berufsgruppen je zur Hälfte von den Arbeitnehmern und Arbeitgebern getragen. 1968 führte die DDR eine freiwillige Zusatzrentenversicherung ein, mit der Arbeitnehmer ihre Rente erhöhen konnten. Nach der Wiedervereinigung 1990 übernahmen die ostdeutschen Bundesländer die Regelungen der westdeutschen Länder.



Der jüngste Pfeiler des Sozialstaats ist die 1995 eingeführte **Pflegeversicherung.** Angesichts der enormen Herausforderungen gilt sie als unterfinanziert.

Kranken- und Pflegeversicherung

Während die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) auf die Ende des 19. Jh. unter Reichskanzler Otto von Bismarck verabschiedeten Sozialgesetze zurückgeht, wurde die gesetzliche Pflegeversicherung als fünfter Pfeiler der gesetzlichen Sozialversicherung erst 1995 eingeführt. Sie wurde notwendig, weil die Lebenserwartung steigt, es daher immer mehr betagte Menschen in Deutschland gibt und so auch die Zahl der Pflegebedürftigen wächst.

Gesetzliche und private Krankenversicherung

In Deutschland besteht eine allgemeine Krankenversicherungspflicht. So

müssen sich z. B. abhängig Beschäftigte in einer gesetzlichen Krankenkasse versichern, es sei denn, ihr Jahreseinkommen übersteigt eine bestimmte Grenze (2014: 53 550 € brutto). Dann können sie wählen, ob sie freiwillig in der GKV bleiben oder sich privat krankenversichern. Beamte und Selbstständige hingegen haben fast immer die freie Wahlmöglichkeit. Die Beiträge zur privaten Krankenversicherung sind nicht wie bei der GVK einkommensabhängig, sondern nach Alter und Gesundheitszustand sowie der Art der gewünschten Leistungen gestaffelt.

Gesundheitsfonds

2009 wurde in der GKV ein sogenannter Gesundheitsfonds eingeführt, in den die Beiträge aller gesetzlich Krankenversicherten fließen, unabhängig davon, bei welcher Krankenkasse sie versichert sind. Damit wurde gleichzeitig ein einheitlicher Beitragssatz für alle gesetzlichen Krankenkassen eingeführt. Vorher flossen die Beiträge den einzelnen Krankenkassen zu, deren Beitragssätze sich abhängig von ihrer wirtschaftlichen Situation unterschieden. Aus dem Gesundheitsfonds erhalten die gesetzlichen Krankenkassen für jeden Versicherten eine Grundpauschale zuzüglich Zu- und Abschlägen (z. B. für das Alter des Versicherten), aus der sie ihre Leistungen für die Versicherten finanzieren.

Beitragsbemessungsgrenze

Beiträge zur gesetzlichen Arbeitslosen-, Kranken, Pflege- und Rentenversicherung werden nur bis zu einer gewissen Grenze des Bruttoarbeitsentgelts – der sogenannten Beitragsbemessungsgrenze – erhoben. Jeder Euro, der darüber liegt, ist beitragsfrei. Die Beitragsbemessungsgrenze für die Arbeitslosen– und Rentenversicherung lag in Westdeutschland Mitte 2014 bei 5900 € monatlich, in Ostdeutschland bei 5000 €/Monat. Für die Kranken- und Pflegeversicherung lag sie in ganz Deutschland bei 4050 € monatlich.

Ambulante und stationäre Pflege

Pflegestufe	Leistungsbezieher 2012[1)]	
	ambulant	stationär
I	1 043065	313280
II	483159	273733
III	140884	142 533
Insgesamt	1667108	729546

[1)] Leistungsbezieher der sozialen Pflegeversicherung; Quelle: Bundesministerium für Gesundheit

→ **Beitragsbemessungsgrenze** Sie definiert die maximale Einkommenshöhe, die der Berechnung der Beiträge zur Sozial-Versicherung zugrunde gelegt wird. Sie wird jährlich neu festgesetzt.

Zusatzbeitrag

Ab 2015 beträgt der Beitragssatz zur GKV einheitlich 14,6 % des Bruttoeinkommens, statt bis dahin 15,5 % – damit werden auch die Beiträge der Arbeitgeber zur GKV auf 7,3 % (Hälfte des Beitragssatzes) gedeckelt. Die gesetzlichen Krankenkassen bekommen jedoch die Möglichkeit, einen einkommensabhängigen Zusatzbeitrag zu erheben, um mögliche Mehrkosten auszugleichen. Die Versicherten können ihre Krankenkasse wechseln, falls die Kasse einen Zusatzbeitrag erhebt oder ihn erhöht. Sie müssen ihren Vertrag jedoch rechtzeitig innerhalb der gesetzlichen Fristen kündigen.

Pflegeversicherung

Die Pflegeversicherung, ebenfalls eine Pflichtversicherung, ist der Krankenversicherung angeschlossen. Das bedeutet, dass jeder, der gesetzlich krankenversichert ist, auch gesetzlich pflegeversichert ist. Mitglieder der privaten Krankenversicherung sind hingegen privat pflegeversichert. Die gesetzliche Pflegeversicherung hatte 2013 rund 70 Mio. Mitglieder, die private Pflege-Pflichtversicherung Ende 2012 etwa 9,5

Mio. Leistungen aus der gesetzlichen Pflegeversicherung bezogen 2012 ungefähr 2,4 Mio. Menschen.

Der Beitrag zur gesetzlichen Pflegeversicherung beträgt ab 2015 für Menschen mit Kindern 2,35 % des Bruttoeinkommens bis zur Beitragsbemessungsgrenze, für Kinderlose 2,6 %. Mit Inkrafttreten des geplanten zweiten Pflegestärkungsgesetzes soll er erneut um je 0,2 Prozentpunkte angehoben werden. Die Beiträge zahlen je zur Hälfte Versicherte und Arbeitgeber. Ziel ist es, die Leistungen der Pflegeversicherung auszuweiten. Außerdem soll es anstelle der bisherigen drei Pflegestufen in Zukunft fünf Pflegegrade geben, anhand derer sich die Leistungen der Pflegeversicherung (ambulante oder stationäre Pflege) bemessen. Auch die Unterscheidung zwischen Pflegebedürftigen mit körperlichen Einschränkungen und mit kognitiven sowie psychischen Einschränkungen soll entfallen.

Arbeitslosenversicherung

In der Bundesrepublik Deutschland wurde die Arbeitslosenversicherung 1952 erneut eingeführt, nachdem es sie bereits in der Weimarer Republik gegeben hatte. Sie soll den Lebensunterhalt der Versicherten bei Erwerbslosigkeit sichern. Anspruch auf das einkommensabhängige Arbeitslosengeld I hat, wer vor der Erwerbslosigkeit wenigstens zwölf Monate versicherungspflichtig beschäftigt war. Daneben erbringt die Arbeitslosenversicherung u. a. Leistungen bei Kurzarbeit und zur beruflichen (Wieder)eingliederung. Mitte 2014 betrug der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung 3 % des Bruttoarbeitsentgelts. Der Beitrag wird je zur Hälfte vom Arbeitnehmer und vom Arbeitgeber gezahlt.

Wer zu den Pflichtversicherten gehört, legt das Sozialgesetzbuch III fest. Dazu zählen abhängig Beschäftigte, deren Verdienst über der Geringverdienergrenze liegt (Ausnahme: Beamte). Selbstständige können sich unter bestimmten Voraussetzungen freiwillig versichern.

Arbeitslosenversicherung in der DDR

In der DDR hingegen war das Recht auf Arbeit in der Verfassung verankert, sodass eine Arbeitslosenversicherung als unnötig angesehen wurde. Zwar gab es bis 1977 eine Arbeitslosenversicherung, doch eine große Rolle spielte sie nicht, da einerseits der Arbeitsmarkt staatlich gelenkt wurde, andererseits Arbeitskräfte fehlten. Denn viele Einwohner der DDR zogen bis zum Mauerbau 1961 in die Bundesrepublik. Mit der Wiedervereinigung Deutschlands 1990 wurde die Arbeitslosenversicherung auch in Ostdeutschland eingeführt.

Steckbrief

Peter Hartz

Der diplomierte Betriebswirt Peter Hartz (*1941) wurde 1993 nach verschiedenen beruflichen Stationen im Inund Ausland als Personalvorstand in die Geschäftsleitung des VW-Konzerns berufen. Trotz Rezession konnte Hartz dort u. a. mithilfe der Einführung der Viertagewoche die Entlassung von Zehntausenden Mitarbeitern verhindern. Ab 2002 erarbeitete er im Auftrag der Bundesregierung mit der nach ihm benannten Hartz-Kommission Vorschläge zur Reformierung des Arbeitsmarktes, die zu großen Teilen in die schrittweise ab 2003 inkraftgetretenen Reformen Hartz I bis Hartz IV mündeten.

Hartz-IV-Reformen

Nach der Wiedervereinigung stieg di Arbeitslosenzahl in Deutschland stark an. Um sie zu senken, aber auch um die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und damit die Arbeitskosten zu verringern, reformierte die Bundesregierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen unter Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) die Arbeitslosenversicherung: 2005 trat das Gesetz zum Arbeitslosengeld (ALG) II, auch Hartz IV genannt, in Kraft. Erhielten zuvor Arbeitslose, die länger als ein Jahr Arbeitslosengeld bezogen hatten, auf unbegrenzte Zeit die steuerfinanzierte Arbeitslosenhilfe, deren Höhe sich genau wie das damalige Arbeitslosengeld am zuletzt bezogenen durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelt orientierte, wurden nun Sozialhilfe und

Arbeitslosenhilfe zusammengelegt.



Die demografische Entwicklung hat auch einen Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen zur Folge und macht den Ausbau der entsprechenden Infrastruktur erforderlich. Das Geld dafür soll die **Pflegeversicherung** aufbringen.

Entwicklung der Arbeitslosigkeit

Jahr	Arbeitslose (1000)	Arbeitslosenquote (%)[1]
2002	4061	9,8
2005[2]	4861	11,7
2010	3238	7,7
2012	2897	6,8

[1] Auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen;
[2] Jahr der Hartz-IV-Reformen;
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

→ **Nettoarbeitsentgelt** Das Gehalt, das einem Angestellten nach Abzug Von Lohnsteuer, ggf. Kirchensteuer sowie der Beiträge für Krankenkasse, ArbeitslosenVersicherung und Renten-Versicherung ausgezahlt wird

Die Höhe des ALG II bemaß sich nicht länger am Nettoarbeitsentgelt, sondern am soziokulturellen Existenzminimum. Das wiederum orientiert sich nicht nur am Mindestbedarf, der zum Leben nötig ist, sondern soll zudem eine gewisse Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gewährleisten. Die Agentur für Arbeit kann erwerbsfähigen ALG-II-Beziehern die Leistung kürzen, sollten sie ihre Pflichten verletzen, sich also etwa weigern, eine zumutbare Tätigkeit aufzunehmen.

„Weniger Kinder, später in den Beruf, früher raus, länger leben, (…) da reicht Volksschule Sauerland um zu wissen: Das kann nicht gehen."

Franz Müntefering, Bundesminister für Arbeit und Soziales, am 31.1.2006 zur Diskussion um die Rente mit 67

Rentenversicherung

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Renten zunächst zu einem großen Teil aus Steuermitteln finanziert. Erst mit der Rentenreform 1957 wurde die Umlagefinanzierung eingeführt, das heißt, aus den eingezahlten Beiträgen werden unmittelbar die Renten gezahlt, Rücklagen werden kaum gebildet. Gleichzeitig wurden Arbeiter und Angestellte rentenrechtlich gleichgestellt, die Rentenhöhe orientierte sich erstmals an den gezahlten Beiträgen. 1972 konnten erstmals auch Selbstständige freiwilliges Mitglied der Rentenversicherung werden, ab 1986 wurden Zeiten der Kindererziehung bei der Rentenberechnung berücksichtigt.

Versichert in der gesetzlichen Rentenversicherung sind abhängig Beschäftigte und Auszubildende (Ausnahme: Beamte). Selbstständige können sich freiwillig versichern. Die Höhe der im Rentenalter ausgezahlten Bezüge ist abhängig von der Höhe der geleisteten Beiträge. Durch die jährliche Rentenanpassung ist die Rentenhöhe an die Entwicklung von Löhnen und Gehältern gekoppelt.

Renteneintritt

Da die Bevölkerung Deutschlands immer älter wird und immer weniger Erwerbstätige in Zukunft immer mehr Rentner versorgen müssen, wird das Renteneintrittsalter seit 2012 sukzessive für die Geburtsjahrgänge ab 1947 von 65 auf 67 Jahre erhöht. Damit soll das System der umlagefinanzierten Rentenversicherung aufrechterhalten werden.

1964 oder später Geborene können grundsätzlich erst mit 67 Jahren Altersrente beziehen. Nur Versicherte, die im Alter von 65 Jahren wenigstens 45 Jahre lang Rentenbeiträge gezahlt haben, können mit 65 in Rente gehen, ohne Abschläge bei der Rentenhöhe hinnehmen zu müssen. Die Geburtsjahrgänge bis 1952 können nach 45 Beitragsjahren bereits mit 63 Jahren Rente beziehen, für die Jahrgänge 1953–1963 erhöht sich der Renteneintritt nach 45 Beitragsjahren um je zwei Monate pro Geburtsjahrgang.

Rehabilitationsmaßnahmen

Aus den Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung und einem aus Steuermitteln finanzierten Bundeszuschuss werden nicht nur die Renten (auch Berufs- und Erwerbsunfähigkeits-, Witwen-/ Witwer- und Waisenrenten) bestritten, sondern auch Rehabilitationsmaßnahmen, die das Ziel haben, die Arbeitsfähigkeit des Einzelnen wiederherzustellen. Der Beitragssatz (Mitte 2014: 18,9 % des Bruttoeinkommens) wird je zur Hälfte von Arbeitnehmern und Arbeitgebern getragen.

Private Altersvorsorge

Da die gesetzliche Rente bei vielen Menschen nicht ausreichen wird, um den Lebensstandard aufrechtzuerhalten, fördert der Staat unter bestimmten Umständen die private Altersvorsorge mit Zulagen (sogenannte Riester-Rente) oder steuerlich (Rürup-Rente). Diese private Altersvorsorge muss im Rentenalter voll versteuert werden, genau wie Altersrenten, die ab 2040 erstmals bezogen werden.



Die **Bundesagentur für Arbeit**, früher Arbeitsamt genannt, verwaltet u. a. die Arbeitslosenversicherung, zahlt das Arbeitslosengeld aus und vermittelt Arbeitsstellen.

Familie

Familiäre Lebensgemeinschaften

Der Familienbegriff hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das lange vorherrschende Verständnis von der Familie als Gemeinschaft verheirateter Eltern und ihrer Kinder immer weiter aufgelöst und ausdifferenziert.

Eine Familie besteht stets aus zwei Generationen, unabhängig vom Alter des Kindes. Allerdings muss das Kind im gleichen Haushalt leben und unverheiratet sein. Alleinlebende oder Paare ohne Kinder zählen nicht als Familie. Bei den Familien unterscheiden die Statistiker zwischen Ehepaaren mit Kindern, Lebensgemeinschaften (gemischt- oder gleichgeschlechtlich) mit Kindern und Alleinerziehenden mit Kindern.

Familie nach dem Zweiten Weltkrieg

In den Jahren unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg waren viele Familien auseinandergerissen. Etwa 11 Mio. Männer waren im Verlauf des Krieges gefangen genommen worden. 1948 waren noch immer 1,3 Mio. Männer nicht heimgekehrt.

Übernahmen die Frauen in dieser Zeit auch die Tätigkeiten der Männer im Haus sowie in den Unternehmen und Fabriken, änderte sich das bis Mitte der 1950er-Jahre in der Bundesrepublik Deutschland grundlegend.

Die Männer kehrten auf die Arbeitsplätze zurück, der Großteil der Frauen kehrte daraufhin (nicht immer freiwillig) dem Erwerbsleben wieder den Rücken und übernahm die Zuständigkeit für Haushalt und Kinder. Die meisten Kleinfamilien lebten nach dem sogenannten Versorger- oder Einernährermodell, bei dem der Mann das Geld verdiente.



Gehorsamsparagraf

Bis 1958 galt zudem § 1354 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB), der sogenannte Gehorsamsparagraf, nach dem der Mann alle Entscheidungen in den Angelegenheiten des ehelichen Lebens treffen durfte und Wohnort und Wohnung bestimmen konnte. Ohne die Erlaubnis des Mannes durften Frauen bis dahin auch keinen Arbeitsvertrag unterschreiben. Bis 1959 hatte der Mann zudem das Entscheidungsrecht in der Kindererziehung, er war bis dahin allein berechtigt, die Kinder gesetzlich zu vertreten. Damit war er der nahezu unumschränkte Vorstand der Familie.

Entwicklung in der DDR

Hinsichtlich der Gleichstellung von Mann und Frau war die DDR der

Bundesrepublik deutlich voraus. In der Verfassung von 1949 war die Gleichberechtigung von Mann und Frau festgeschrieben, ebenso die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Hinzu kam, dass es in der DDR nicht nur ein Recht auf Arbeit und auf Gleichberechtigung gab, sondern die herrschende Ideologie Erwerbstätigkeit als Grundbedürfnis eben auch der Frauen ansah.



In der DDR war ein ausreichendes **Angebot von Kitaplätzen** eine Selbstverständlichkeit. Das etwa zur Wendezeit entstandene Foto zeigt eine Erzieherin mit einer Kitagruppe im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg.

Die Umsetzung dieser Grundsätze wurde dadurch begünstigt, dass die Frauen in der DDR als Arbeitskräfte dringend benötigt wurden – nicht zuletzt wegen des Wegzugs von rund 2 Mio. Menschen bis zum Mauerbau 1961. In den Familien in der DDR waren daher in der Regel beide Ehepartner berufstätig. Die Kinder wurden während der Arbeitszeit in staatlichen Betreuungseinrichtungen untergebracht, die nicht zuletzt die Aufgabe hatten, für eine staatstragende ideologische Vorbildung zu sorgen.

Lebensgemeinschaften

Mit steigenden Bildungschancen für Frauen sowie der voranschreitenden Gleichberechtigung der Geschlechter änderte sich auch das traditionelle Familienbild in Deutschland. Frauen entschieden sich immer später für Kinder, gleichzeitig erhöhten sich sowohl das Heiratsalter als auch die

Zahl der nicht ehelichen Lebensgemeinschaften und die Zahl der unehelich geborenen Kinder

Partnerschaftsmodelle
Seit den 1960er-Jahren verliert die Ehe als Lebensform kontinuierlich an Bedeutung. Wurden zwischen 1952 und 1967 noch 600 000–700 000 Ehen pro Jahr geschlossen, ging die Zahl danach stetig zurück: von 575 000 im Jahr 1970 auf 387 000 im Jahr 2012.

Bis Mitte der 1970er-Jahre waren nicht eheliche Gemeinschaften in der Bundesrepublik Deutschland noch selten und gesellschaftlich nicht anerkannt. Bis 1973 gab es z. B. auch für Erwachsene noch den Strafbestand der Kuppelei, unter den u. a. auch die Vermietung von Zimmern und Wohnungen an unverheiratete Paare fiel. In den darauffolgenden Jahrzehnten stieg die Zahl der nicht ehelichen Lebensgemeinschaften langsam, aber stetig. Ab den 1990er-Jahren nahm sie noch einmal deutlich zu. So waren im Jahr 1996 etwa 449 000 Paare unverheiratet, im Jahr 2011 wurden bereits 739 000 nicht eheliche Lebensgemeinschaften gezählt.

→ **Kuppelei** Darunter Versteht man die Begünstigung sexueller Handlungen anderer. Sie ist strafbar, wenn sie z. B. mit Drohungen oder Gewalt Verbunden ist und gegenüber Minderjährigen.

Paare mit Kindern
Zwar war dem Mikrozensus 2011 zufolge die Ehe in Deutschland mit einem Anteil von 71 % nach wie vor die verbreitetste Familienform, doch ging die Zahl der verheirateten Paare mit Kindern von 1996 bis 2011 um 1,6 Mio. auf 5,7 Mio. zurück. Ingesamt gab es in Deutschland 2011 8,1 Mio. Familien mit wenigstens einem Kind unter 18 Jahren. Davon waren rund 20 % Alleinerziehende, die meisten davon Mütter mit Kindern (1,4 Mio.). Außerdem gab es 4000 gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften mit Kindern.

Waren in Westdeutschland 2011 die Partner in 74,9 % der Familien

miteinander verheiratet, lag dieser Anteil in Ostdeutschland nur bei 53,9 %. Ein Grund für die geringere Bereitschaft zur Eheschließung war neben der Wohnraumknappheit gerade für junge Paare vermutlich auch die größere wirtschaftliche Unabhängigkeit der ostdeutschen Frauen. 2011 gingen z. B. 39 % der ostdeutschen Mütter mit Kindern unter drei Jahren einer Arbeit nach, davon 53 % in Vollzeit. In Westdeutschland arbeiteten immerhin 30 % der Mütter mit Kleinkindern, aber nur 22 % davon in Vollzeit.

Stief- und Patchworkfamilien

Als Stief- oder Patchworkfamilien gelten Familien, bei denen mindestens einer der Partner ein Kind aus einer vorhergehenden Beziehung mitbringt, auch wenn das Kind zeitweise beim anderen Elternteil lebt. Die Partner in der Stief- oder Patchworkfamilie müssen nicht verheiratet sein, sie müssen auch nicht ständig zusammen in einem Haushalt leben. Als Stieffamilie im engeren Sinne bezeichnet das Statistische Bundesamt Familien, in denen Kinder aus einer vorherigen Beziehung, jedoch keine gemeinsamen Kinder leben. Sind zusätzlich gemeinsame Kinder vorhanden, gilt die Familie als Patchworkfamilie (Patchwork = Flickwerk). In Stieffamilien lebten dem Bundesfamilienministerium zufolge 10,9 % aller Kinder unter 18 Jahren (letzter Stand 2005). Über die Anzahl der Patchworkfamilien lagen keine konkreten Daten vor.

Kinder in Deutschland

Jahr	Kinder[1] in Deutschland (1000) nach Familienform			
	Insgesamt	Ehepaare	Lebensgemeinschaften[2]	Alleinerziehende
2005	14 374	11 224	957	2 193
2007	13 814	10 691	939	2 184
2009	13 271	10 114	971	2 185
2010	13 069	9 897	971	2 202

[1] Ledige Kinder; [2] nicht eheliche und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften;

Quelle: Statistisches Bundesamt (Wiesbaden)



Demonstranten fordern am 22.3.2013 vor dem Bundesrat in Berlin die vollständige rechtliche Gleichstellung der **gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaft.**

Eingetragene Partnerschaften

Seit 2001 haben in Deutschland gleichgeschlechtliche Paare die Möglichkeit, eine rechtlich anerkannte, eheähnliche Lebenspartnerschaft einzugehen. Im Jahr 2011 gab es bereits 34 000 solcher eingetragenen Partnerschaften. Unter anderem werden die Partner dadurch füreinander unterhaltspflichtig, können einen gemeinsamen Familiennamen führen und sind laut Bundesverfassungsgericht Ehegatten steuerrechtlich weitgehend gleichzustellen. Die gemeinsame Adoption eines Kindes war ihnen im Gegensatz zu Ehepaaren Mitte 2014 jedoch nicht möglich.

Alleinerziehende

Alleinerziehende haben – nicht zuletzt aufgrund mangelnder Betreuungsmöglichkeiten besonders in den westdeutschen Bundesländern – häufig Schwierigkeiten, Kinder und Beruf miteinander zu vereinbaren. Damit einher geht oft ein geringes Einkommen; 43 %o

aller von Armut betroffenen Kinder in Deutschland lebten 2011 bei nur einem Elternteil. Etwa 39 %o aller Alleinerziehenden bezogen nach Angaben einer Studie der Bertelsmann-Stiftung von 2014 Leistungen der Grundsicherung (Hartz IV), obwohl 70 %o von ihnen erwerbstätig waren.

Zu den Ursachen für die schwierige wirtschaftliche Situation vieler Alleinerziehender zählte die Bertelsmann-Stiftung u. a. die Änderung des Unterhaltsrechts von 2008, nach der der Unterhalt für den getrennt lebenden Erziehungsberechtigten in der Regel entfällt, wenn das jüngste Kind drei Jahre alt wird. Dazu komme die Tatsache, dass das staatlich festgelegte Existenzminimum für Kinder die Kosten, die durch sie tatsächlich entstehen, kaum deckt.

„Zwei Personen gleichen Geschlechts, die gegenüber dem Standesbeamten persönlich und bei gleichzeitiger Anwesenheit erklären, miteinander eine Partnerschaft auf Lebenszeit führen zu wollen …, begründen eine Lebenspartnerschaft."

Paragraf 1, Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG) vom 16.02.2001

Familienname und Ehename

Jeder Mensch trägt in Deutschland von Geburt an einen Familiennamen – nämlich seinen Nachnamen. Bei einer Heirat gibt es die Möglichkeit, dass beide Partner ihren Familiennamen behalten oder einer den Namen des anderen annimmt. Entscheidet sich einer der Partner für Letzteres, kann er seinen Familiennamen dem Ehenamen voran- oder hintanstellen. Allerdings dürfen insgesamt nur zwei Namen Bestandteil des eigenen Namens sein, nicht mehr. Ein Kind aus der Ehe erhält jedoch nur den Ehenamen als Familiennamen.

Leistungen für Familien

Zum Ausgleich der Kosten, die durch Kinder entstehen, erhalten Familien

auf Antrag verschiedene staatliche Leistungen:

- Kindergeld
- Kinderfreibetrag
- Elterngeld
- Betreuungsgeld

Darüber hinaus gibt es für einkommensschwache Familien auf Antrag den Kinderzuschlag und Leistungen für Bildung und Teilhabe (beispielsweise für die Teilnahme an Klassenausflügen und -fahrten).

Scheidungen

Die Zahl der Ehescheidungen sank in den Jahren von 2003 bis 2013 kontinuierlich ab. Dennoch zerbrach etwa jede zweite Ehe. Die meisten Ehescheidungen gingen von Frauen aus – sie reichten 2013 in 52 % die Scheidung ein (Männer: 40 %). Ehen können einvernehmlich geschieden werden, wenn ein Paar wenigstens ein Jahr getrennt voneinander lebt. Wenn die Scheidung gegen den Willen eines der Partner erfolgt, muss seit drei Jahren eine räumliche Trennung bestehen (§ 1566 BGB).

Bis 1977 galt im Scheidungsrecht in der Bundesrepublik Deutschland das sogenannte Schuldprinzip. Das heißt, eine Ehe konnte nur geschieden werden, wenn einer der Ehegatten gegen die Prinzipien der Ehe verstoßen hatte (z. B. untreu war). Mit der ersten Eherechtsreform von 1977 wurden das Zerrüttungsprinzip und der Begriff des Scheiterns der Ehe eingeführt und das Schuldprinzip abgelöst.

Ehescheidungen in Deutschland

Jahr	Scheidungen (insgesamt)	Scheidungen, bei denen minderjährige Kinder betroffen waren
1990	154786	80 713
1995	169425	92 664
2000	194408	94 850
2005	201693	99 250
2010	187027	91 455

2013	169833	84 844

Quelle: Statistisches Bundesamt (Wiesbaden)

Frauen

Gleichberechtigung und Gleichstellung

In Deutschland sind die Frauen gegenüber den Männern in der Mehrheit (41,2 zu 39,5 Mio). Die rechtliche Gleichberechtigung von Mann und Frau ist gewährleistet, die praktische Gleichstellung lässt jedoch immer noch zu wünschen übrig.

Die rechtliche Gleichberechtigung erfolgte in der Bundesrepublik ebenso wie in der DDR mit der Verabschiedung der jeweiligen Verfassung im Jahr 1949.

Entwicklung in der Bundesrepublik

Mit Verabschiedung des Grundgesetzes trat auch Artikel 3 in Kraft, nach dem Frauen und Männer gleichberechtigt sind. Bis zum Inkrafttreten des Gesetzes über die Gleichberechtigung im Jahr 1958 hatte jedoch in einer Ehe der Mann das Recht über alle Entscheidungen. So brauchte eine Frau z. B. die Einwilligung ihres Mannes, wenn sie erwerbstätig werden wollte.

Ende der 1960er-/Anfang der 1970er-Jahre formierte sich in der Bundesrepublik eine Frauenbewegung, die sich für bessere Chancen für Frauen u. a. in Bildung und Wirtschaft einsetzte. Anfang der 1970er-Jahre setzten sich Teile der Frauenbewegung zudem für das Recht ein, eine ungewollte Schwangerschaft straffrei abzubrechen und Abtreibungen von

den Krankenkassen bezahlen zu lassen. Dies mündete in eine Reform des § 218 des Strafgesetzbuchs, nach der ein Schwangerschaftsabbruch unter bestimmten Bedingungen straffrei ist. Erst 1977 wurde die Zuständigkeit der Frau für die Haushaltsführung, die der § 1356 des Bürgerlichen Gesetzbuchs festlegte, auf beide Ehepartner ausgedehnt; 1997 wurde die Vergewaltigung in der Ehe strafbar.



In den 1970er-Jahren war die Streichung des **§ 218** Ziel zahlreicher Demonstrationen.

Steckbrief

Alice Schwarzer

Die gebürtige Wuppertalerin Alice Schwarzer (*1942) ist die gegenwärtig prominenteste Feministin Deutschlands. Aufgrund zahlreicher Buchveröffentlichungen und regelmäßiger

TV-Auftritte wird die Journalistin in der Öffentlichkeit als wichtigste Instanz zur Vertretung von Fraueninteressen wahrgenommen. 1977 gründete sie das Frauenmagazin „Emma“, als dessen Verlegerin und Chefredakteurin sie bis heute fungiert.

Entwicklung in der DDR

In der DDR wurde 1950 das Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau verabschiedet, nach dem Frauen ihre berufliche und gesellschaftliche Tätigkeit mit der Mutterschaft vereinbaren können sollten. Das Gesetz legte u. a. die gleiche Bezahlung für gleiche Tätigkeiten von Frauen und Männern fest. 1989 waren 91,2 % aller Frauen (einschließlich der Auszubildenden) in der DDR erwerbstätig. Zwar waren die Frauen in der DDR den Männern formal gleichberechtigt und gleichgestellt, doch ein Aufstieg in Führungspositionen war für viele schwierig, da sie sich neben der Arbeit in der Regel noch um Haushalt und Kindererziehung kümmern mussten. In hohen politischen Ämtern waren kaum Frauen anzutreffen.

SCHLAGZEILE

Frauen dürfen endlich arbeiten

Während in der DDR bereits seit 1950 im Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau geregelt war, dass Mann und Frau in der Ehe erwerbstätig sein und gemeinsame Entscheidungen treffen können, besagte § 1356 BGB der Bundesrepublik ab 1958, dass eine Ehefrau nur dann berechtigt ist, erwerbstätig zu sein, „soweit dies mit ihren Rechten in Ehe und Familie vereinbar ist“. Erst 1977 wurde der § 1356 BGB geändert. Er legt seitdem fest, dass beide Ehegatten erwerbstätig sein dürfen und sie die Haushaltsführung in gegenseitigem Einvernehmen regeln.

Erwerbsfähigkeit

Eine Bestandsaufnahme der Gleichstellung von Mann und Frau

ermöglichen vor allem wirtschaftliche Fakten: Während 2012 81,8 % der 20- bis 64-jährigen Männer erwerbstätig waren, waren es nur 71,5 % der gleichaltrigen Frauen. Allerdings hat sich diese Frauenerwerbstätigenquote von 2002 bis 2012 um rund zehn Prozentpunkte erhöht, die Lage verbessert sich also.

Lohnunterschiede

Im Jahr 2012 erhielten Frauen in Deutschland pro Stunde 22 % weniger Lohn als Männer Damit lag Deutschland in der EU bei den Verdienstunterschieden zwischen Männern und Frauen, auch Gender Pay Gap genannt, auf dem drittletzten Platz. Größere Verdienstunterschiede gab es nur noch in Österreich (23 %) und Estland (30 %). Selbst in vergleichbaren Berufen oder Positionen erhielten Frauen 2012 etwa 7 % weniger Lohn für ihre Arbeit als Männer. Wissenschaftler erklärten sich dieses Phänomen einerseits damit, dass viele Frauen ihre Erwerbsvita für die Kindererziehung unterbrechen, andererseits wird aber auch das zurückhaltendere Verhalten von Frauen in Gehaltsverhandlungen als Begründung angeführt.



Die EU hat sich die Bekämpfung des **geschlechtsspezifischen Lohngefälles** auf die Fahnen geschrieben. Das Foto zeigt EU-Kommissionspräsident Manuel Barroso und EU-Justizkommissarin Viviane Reding im März 2010 bei einer Pressekonferenz zum Thema.

Der Unterschied von 22 % zwischen dem Männer- und dem Frauenverdienst hingegen sei u. a. darauf zurückzuführen, dass Männer wesentlich häufiger in Führungspositionen zu finden seien, Frauen öfter Teilzeit arbeiteten und häufiger in Branchen tätig seien, in denen die Bezahlung schlechter sei, z. B. in der Gesundheitsbranche. Wissenschaftler bemängelten, dass es vor allem die sogenannten Frauenberufe seien, die schlechter bezahlt würden – obwohl die dort zu leistende Arbeit genauso anspruchsvoll sei wie in typischen Männerberufen.

Frauenarmut

Frauen sind insgesamt häufiger von Armut und/oder sozialer Ausgrenzung betroffen als Männer: Das Statistische Bundesamt gab für 2012 an, dass 21,5 % der Frauen zu dieser Personengruppe gehörten; für

die Männer wurde der entsprechende Wert mit 18,2 % angegeben.

→ **Frauenerwerbstätigenquote** Der Anteil der Frauen von 15-65 Jahren an der weiblichen Bevölkerung, die Arbeit haben

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Eltern haben für ihre Kinder ab dem Alter von einem Jahr einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. In vielen Bundesländern wird der Bedarf an Plätzen nicht gedeckt. Auch das Angebot an Ganztagsschulen reicht noch nicht aus. Dadurch haben viele Eltern Probleme, Kindererziehung und Beruf miteinander zu vereinbaren. Vor allem Mütter können daher oft nur in Teilzeit und als geringfügig Beschäftigte arbeiten, was sich wiederum in einer geringeren Höhe ihrer späteren Rente niederschlägt.

SCHLAGZEILE

Schlechte Karrierechancen an den Unis

Obwohl 2012 etwa gleich viele Frauen und Männer studierten bzw. ein Studium abschlossen, nahm der Frauenanteil im Wissenschaftsbetrieb stetig ab, wenn es darum ging, Führungspositionen einzunehmen. So lag der Frauenanteil an den Habilitationen, der höchsten an einer Hochschule abzulegenden Prüfung, bei 27 % und der Anteil an den Professorenstellen sogar nur bei 20 %.

Frauen in Deutschland sind nicht nur häufiger von Armut betroffen, sie haben auch im Alter ein geringeres Einkommen als Männer. Fast 25 % aller Frauen über 65 Jahre stand 2012 nur ein Nettoeinkommen von weniger als 900 € monatlich zur Verfügung, bei den Männern waren es nur rund 16 %. Auch musste ihr Einkommen im Alter häufiger als bei Männern durch Grundsicherungsleistungen aufgestockt werden, vor allem in Westdeutschland. Der Hauptgrund: Anders als im Osten

schieden viele Frauen nach der Geburt eines Kindes aus dem Erwerbsleben aus, unterbrachen ihr Berufsleben oder arbeiteten fortan nur noch Teilzeit, sodass ihre Renten dementsprechend niedrig ausfielen.

Die gläserne Decke

Der Begriff „gläserne Decke“ drückt aus, dass Frauen seltener als Männer in Führungspositionen zu finden sind. Ab einem gewissen Zeitpunkt ihres beruflichen Aufstiegs, so die Forschungsergebnisse namhafter Soziologen, kämen sie nicht mehr weiter, u. a. weil die Führungspositionen hauptsächlich von Männern besetzt seien, die wiederum Männer bei der Beförderung bevorzugten. Somit stießen viele Frauen gegen eine unsichtbare Grenze, die gläserne Decke, die ihnen einen weiteren Aufstieg unmöglich mache. Die Existenz einer gläsernen Decke wird jedoch in vielen Chefetagen bestritten.

Frauenquote

Als Frauenquote wird ein vorab festgelegter Anteil von Frauen in bestimmten Positionen oder unter den Beschäftigten bezeichnet, dessen Definition zum Ziel hat, den Frauenanteil in bestimmten Unternehmen oder Gremien zu erhöhen, in denen sie bis dahin unterrepräsentiert waren.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend schlug Mitte 2014 eine gesetzliche Regelung vor nach der ab 2016 eine Frauenquote von mindestens 30 % in den Aufsichtsräten von voll mitbestimmungspflichtigen und börsennotierten Unternehmen eingeführt werden soll. Andere Großunternehmen sollen selbst verbindliche Frauenquoten festlegen – für den Aufsichtsrat, Vorstand und weitere Führungspositionen; in Gremien von Unternehmen in öffentlicher Hand, in die Mitglieder berufen werden, soll der Frauenanteil 50 % betragen.

Der Frauenanteil in den Aufsichtsräten der 30 großen Unternehmen, die im Deutschen Aktienindex (DAX) vertreten sind, lag Mitte 2014 bei

lediglich 25 %, in den Vorständen war er noch niedriger und lag bei nur 5,5 %.

Bildung

Fürs Leben lernen

Wer gut gebildet ist, hat bessere Chancen im Leben. Das gilt insbesondere für hochindustrialisierte Staaten wie die Bundesrepublik Deutschland, in der die meisten Arbeitsplätze mit hohen Bildungsanforderungen verknüpft sind.



Schon bei **Grundschulkindern** werden wichtige Weichen für die Qualität der Bildung des Einzelnen gestellt. Eine gute Bildung eröffnet aber nicht nur dem Einzelnen Perspektiven, sondern ist auch für den Staat von großer Bedeutung.

Das Bildungssystem in Deutschland gliedert sich in fünf Bereiche, die ein lebenslanges Lernen gewährleisten sollen. Dem Elementarbereich mit der frühkindlichen Bildung folgt der Primarbereich, der die Grundschule umfasst. Daran schließen sich im Sekundarbereich die Bildungsgänge in den verschiedenen Schulformen und die duale Berufsausbildung an. Als tertiärer Bereich gelten die Hochschulen sowie weitere Einrichtungen, die berufsqualifizierende Studiengänge anbieten. Die Weiterbildung umfasst als letzter Bereich alle allgemeinen, beruflichen und gesellschaftspolitischen Bildungsangebote öffentlicher und privater Träger.

Wegen der Länderhoheit im Schul- und Hochschulwesen unterscheiden sich z. B. Bildungsinhalte und die Ausgestaltung der Schulsysteme von Bundesland zu Bundesland.

Schüler an Gymnasien

Bundesland	Schüler an Gymnasien (% aller Schüler*)	
	2000/2001	2010/2011
Baden-Württemberg	32,0	33,7
Bayern	31,6	32,4
Berlin	25,4	25,8
Brandenburg	20,8	25,3
Bremen	20,7	37,5
Hamburg	39,3	43,0
Hessen	33,2	39,8
Mecklenburg-Vorpommern	32,5	27,0
Niedersachsen	20,0	35,8
Nordrhein-Westfalen	32,1	32,3
Rheinland-Pfalz	31,8	39,8
Saarland	33,8	35,0
Sachsen	33,4	41,1

Sachsen-Anhalt	23,9	40,4
Schleswig-Holstein	29,9	36,4
Thüringen	36,0	40,6

* Aller Schüler der Sekundarstufe I; Quelle: Statistisches Bundesamt (Wiesbaden)

Primarbereich

Kinder, die bis zu einem bestimmten Stichtag eines Jahres das sechste Lebensjahr vollenden, werden in der Regel schulpflichtig. Alle Kinder besuchen gemeinsam die Grundschule von Klassenstufe 1 bis 4 (in Berlin und Brandenburg von Klassenstufe 1 bis 6). Am Ende der Grundschulzeit entscheidet sich, welche Schulform sie im Sekundarbereich besuchen.

Die Länder regeln die Übergänge in die Sekundarstufe I unterschiedlich: In manchen Bundesländern gibt die Schule nur eine Empfehlung, welche Schulform ein Kind besuchen soll, und die Eltern entscheiden über die Schulform (z. B. in Niedersachsen). In anderen Ländern entscheiden der Notenschnitt, ein Probeunterricht in einer weiterführenden Schule und die Eltern über die weitere Schulform (z. B. in Bayern).

Sekundarstufe I

Beim Eintritt in die Sekundarstufe I sind die Schüler meist zehn, bei ihrem Abschluss zumeist 15 oder 16 Jahre alt.

Das Schulsystem in der Sekundarstufe I ist gegliedert. Neben den drei klassischen Schulformen Hauptschule, Realschule und Gymnasium gibt es in den meisten Bundesländern weitere Regelschulen wie z. B. die Gesamtschule, auf der alle drei Bildungsgänge absolviert werden können, oder Schulen, die die Bildungsgänge von Haupt- und Realschule vereinen (z. B. Oberschulen in Niedersachsen, Sekundarschulen in Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen).

Darüber hinaus gibt es die Förderoder Sonderschulen für Kinder mit besonderen Bedürfnissen (z. B. körperlichen oder geistigen Behinderungen), die sich jedoch in einigen Bundesländern (z. B.

Niedersachsen) Mitte 2014 in Auflösung befanden. Damit wird Niedersachsen der 2009 von Deutschland unterschriebenen UN-Behindertenrechtskonvention gerecht, die vorsieht, dass Kinder mit und ohne Behinderungen gemeinsam unterrichtet werden müssen (Inklusion).

Nach insgesamt neun Schuljahren können Schüler den ersten allgemeinbildenden Schulabschluss, den Hauptschulabschluss, erwerben, nach zehn Schuljahren den mittleren oder Realschulabschluss.

Sekundarstufe II

In die Sekundarstufe II treten Jugendliche im Alter von 15 oder 16 Jahren ein. Bis zu ihrer Volljährigkeit unterliegen sie der Schulpflicht. Zum Sekundarbereich gehört die gymnasiale Oberstufe an Gymnasien und an beruflichen Gymnasien, die den Erwerb des Abiturs zum Ziel hat und Vollzeitunterricht bietet. Das Abitur kann, abhängig von den Regelungen im jeweiligen Bundesland, nach zumeist insgesamt zwölf (= G8) oder seltener 13 Schuljahren (= G9) abgelegt werden.

Wer eine Berufsausbildung macht, unterliegt ebenfalls weiterhin der Schulpflicht und muss eine Teilzeitschule (Berufsschule) besuchen. Diese Bildungsform wird als duales System der Berufsausbildung oder duale Ausbildung bezeichnet. Sie sieht vor, dass Berufspraxis und Schulbildung während der Ausbildung eng verzahnt sind. In der Regel besuchen die Auszubildenden einen Tag in der Woche die Berufsschule (oder haben Blockunterricht), an den anderen vier Tagen arbeiten sie im Betrieb und bekommen dafür ein Entgelt.

Neben den Berufsschulen gibt es im Sekundarbereich II weitere Schulen, die berufliche Bildung vermitteln:

- die Berufsfachschule, die den Jugendlichen eine Einführung in bestimmte Berufe gibt oder sogar zu einem Ausbildungsabschluss führt,
- die Berufsoberschule, die nach der Berufsausbildung weitere berufliche und allgemeine Kenntnisse vermittelt und zur fachgebundenen oder allgemeinen Hochschulreife (Abitur) führt und damit zum Studium

qualifiziert,

- die Fachoberschule nach dem Realschulabschluss, die zur Fachhochschulreife führt.



Die Verkürzung der Schullaufbahn von 13 auf 12 Jahre **(G8)** an Gymnasien sorgte für große Proteste. Mit dem Mahnmal „Turbo-Abi - Nicht auf dem Rücken der Kinder" protestierten die Grünen in Nordrhein-Westfalen gegen die Neuregelung.

SCHLAGZEILE

Pisa-Schock

Am 4.12.2001 erregte die Veröffentlichung der Ergebnisse der ersten PISA-Studie in Deutschland großes Aufsehen: Deutschland schnitt unter dem Durchschnitt aller OECD-Länder ab, sowohl im Lesen als auch in Mathematik belegten deutsche Schüler hintere Plätze. Hinter dem Teuro belegte der Begriff Pisa-Schock im Jahr 2002 den zweiten Platz in der Rangliste Wort des Jahres. 2012 lagen die deutschen Schüler erstmals in allen Bereichen über dem Durchschnitt.

Bildungschancen

Verschiedene Bildungsstudien (PISA 2000, IGLU 2006, OECD 2004) zeigten, dass Kinder sogenannter bildungsferner Schichten vom

deutschen Schulsystem benachteiligt wurden. So war die Wahrscheinlichkeit höher, dass Kinder höherer sozialer Schichten einen höheren Schulabschluss ablegten als Kinder niedrigerer “ sozialer Schichten. IGLU 2006 zeigte u. a., dass die Grundschulen Kinder bildungsferner Schichten beim Übergang auf eine höhere Schule benachteiligten. So mussten sie bessere Leistungen erbringen als Kinder bildungsnaher Elternhäuser, um eine Empfehlung fürs Gymnasium zu erhalten. Zur Verringerung der sozialen Ungleichheiten empfahl die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) daher u. a., die frühkindliche Bildung zu verbessern, Kinder länger gemeinsam zu unterrichten und die Durchlässigkeit zu höheren Bildungsgängen zu erleichtern.

Abiturreform

Die Kultusministerkonferenz beschloss 2012 bundesweite Bildungsstandards für die gymnasiale Oberstufe. In der Folge soll es ab dem Schuljahr 2016/17 einen Aufgabenpool für die Abiturprüfungen geben, aus dem die Bundesländer die Abituraufgaben stellen. Dies soll das Abitur und damit das Leistungsniveau der Schüler bundesweit vergleichbar machen.

Steckbrief

Wilhelm von Humboldt

Im Rahmen der ab 1807 einsetzenden Preußischen Reformen fiel Wilhelm von Humboldt (1767–1835) die Zuständigkeit für die Umgestaltung des Bildungssystems zu, dessen Lehrkräfte bis dahin vor allem Kirchenmänner waren. Humboldt strebte danach, an allen Ausbildungsstätten die intellektuellen Fähigkeiten des Einzelnen allgemein auszubilden. Nach seinem Konzept sollten die Elementarschulen Grundkenntnisse vermitteln, die Sekundarschulen (humanistisches Gymnasium) sollten ihre Schüler zur selbstständigen Problembewältigung befähigen, die Universitäten sah er als Orte des freien Dialogs zwischen Lehrenden und Studierenden. An allen Lehrinstituten sollten weltliche, gut ausgebildete Kräfte lehren. Die spätere Umsetzung dieser Ideen mündete in eine umfassende Reform des deutschen Bildungswesens.

Schulsystem der DDR

In der DDR war das Schulsystem nicht gegliedert, alle Kinder besuchten die zehnjährige Polytechnische Oberschule (POS). Der POS-Abschluss befähigte zur Aufnahme einer beruflichen Ausbildung und zum Studium an einer Fachhochschule. Eine gewisse Anzahl Jugendlicher durfte anschließend noch ihr Abitur an einer Erweiterten Oberschule (EOS) ablegen, die die Klassenstufen 11 und 12 umfasste. Diese Jugendlichen wurden gezielt ausgewählt. Zu den Voraussetzungen für den EOS-Besuch zählten u. a. Regimetreue der Familie und gute schulische Leistungen.

Studium an der Hochschule

Zum tertiären Bildungsbereich, der berufsqualifizierende Abschlüsse vermittelt, gehören die verschiedenen Hochschulen:

- staatliche und private Universitäten, ihnen gleichgestellte Hochschulen (z. B. Technische Hochschulen),
- Fachhochschulen, deren Studiengänge stärker auf die Anforderungen der beruflichen Praxis ausgerichtet sind,
- Kunst- und Musikhochschulen,
- Berufsakademien, die es in einigen Bundesländern gibt und die ebenfalls berufsqualifizierende Bildungsgänge anbieten (Voraussetzung: Hochschulzugangsberechtigung),
- Fachschulen (z. B. für Sozialwesen oder Agrarwirtschaft), an denen Absolventen einer der Fachschule entsprechenden Berufsausbildung mit Berufserfahrung einen Weiterbildungsabschluss erwerben können.

Wer darf wo studieren?

Mit der allgemeinen Hochschulreife kann an jeder Hochschule ein Studium aufgenommen werden. Die fachgebundene Hochschulreife berechtigt zum Studium eines bestimmten Faches oder einer Fachrichtung an einer Universität oder einer FH. Mit der

Fachhochschulreife hingegen kann jedes beliebige Fach an einer FH studiert werden.



Um den **Ansturm der Studenten** auf die beliebtesten Fächer zu bewältigen, sind große Hörsäle vonnöten.

Es ist aber auch möglich, ohne Abitur zu studieren. So können seit 2009 z. B. alle, die bereits eine Meisterprüfung oder eine gleichwertige berufliche Aufstiegsfortbildung absolviert haben, ohne inhaltliche oder fachliche Beschränkungen ein Studium aufnehmen. Auch Personen mit einer Berufsausbildung und Berufserfahrung können nach Feststellung ihrer Eignung (z. B. durch die jeweilige Hochschule) mit dem Studium beginnen.

Zulassungsbeschränkungen

In manchen Studiengängen übersteigt die Zahl der Bewerber die Zahl der Studienplätze. Für diese Fächer gibt es daher auf Antrag der jeweiligen Hochschule oder bundesweit (z. B. Humanmedizin) Zulassungsbeschränkungen. 2010 wurde die ehemalige Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) in die Stiftung für Hochschulzulassung (SfH) umgewandelt.

Abhängig von der Zahl der Bewerber können sich die Fächer, die bundesweit zulassungsbeschränkt sind, semesterweise ändern. Bei der Aufnahme werden Kriterien wie die Abiturdurchschnittsnote, die Wartezeit zwischen Abitur und Bewerbung für den Studienplatz sowie ein Auswahlverfahren, das die Hochschulen gestalten (z. B. studienspezifische Tests, einschlägige Berufserfahrung) herangezogen.

Bachelor und Master

1999 unterzeichneten 30 europäische Staaten, darunter Deutschland, im italienischen Bologna eine Erklärung, mit der sie sich zur Schaffung eines Europäischen Hochschulraums verpflichteten. Damit sollten die Studienstrukturen in der EU vereinheitlicht werden, etwa um Studierenden den Wechsel zwischen europäischen Hochschulen zu erleichtern. Zudem sollten die Abschlüsse stärker direkt für den Arbeitsmarkt qualifizieren.

Studieren immer beliebter

Wintersemester[1]	Studierende			
	Insgesamt	Universitäten[2]	Kunsthochschulen	FH[3]
1991/1992	1775661	1 220902	28 904	352287
1999/2000	1773956	1 159 514	30 064	411436
2004/2005	1 963598	1 372531	30 960	523808
2009/2010	2121190	1 416379	32 237	644778
2012/2013	2499409	1 638956	34 719	792837

[1] Ab WS 1992/93 inklusive Nebenhörer bis WS 2002/2003 ohne Gesamthochschulen; [2]

einschließlich Pädagogischer und Theologischer Hochschulen; [3] ohne Verwaltungs-FH; Quelle: Statistisches Bundesamt (Wiesbaden)

Beliebteste Studienfächer

Rang	Männer	Frauen
1	Betriebswirtschaftslehre	Betriebswirtschaftslehre
2	Maschinenbau/-wesen	Germanistik/Deutsch
3	Informatik	Rechtswissenschaft
4	Elektrotechnik/Elektronik	Medizin
5	Rechtswissenschaft	Erziehungswissenschaft
6	Wirtschaftswissenschaften	Psychologie
7	Wirtschaftsingenieurwesen mit ingenieurwissenschaftlichem Schwerpunkt	Wirtschaftswissenschaften
8	Wirtschaftsinformatik	Anglistik/Englisch
9	Bauingenieurwesen/Ingenieurbau	Biologie
10	Medizin	Mathematik

Wintersemester 2012/13; Quelle: Statistisches Bundesamt (Wiesbaden)

Zu den wesentlichen Neuerungen gehörte die Einführung eines zweistufigen Systems berufsqualifizierender Abschlüsse, von denen der erste der sogenannte Bachelor ist, auf dem der Masterabschluss aufbaut. Direkt vergleichbar mit den zuvor in Deutschland üblichen Studienabschlüssen (z. B. Diplom oder Magister Artium) sind Bachelor und Master nicht. Bis zum Bachelor dauert das Studium in der Regel drei bis vier Jahre, das auf ihm aufbauende Masterstudium dauert meistens weitere ein bis zwei Jahre.

Forschungsausgaben in Prozent des Bruttoinlandprodukts

Staat	2000	2005	2010
Deutschland	2,47	2,51	2,80

Frankreich	2,15	2,11	2,24
Finnland	3,35	3,48	3,90
Großbritannien	1,79	1,70	1,77
USA	2,61	2,49	2,73
Japan	3,00	3,31	3,25

Quelle EUROSTAT, UNESCO 2014

Vergleichbarkeit zwischen den Studienabschlüssen in den europäischen Staaten stellt das European Credit Transfer System (ECTS) her, bei dem für bestimmte Leistungen Punkte vergeben werden. Die Benotung der Leistungen erfolgt ebenfalls nach einem bestimmten System.

Promotion

Zu den Schwerpunkten an Universitäten und ihnen gleichgestellten Hochschulen zählt die wissenschaftliche (Grundlagenforschung. Mitte 2014 war es nur an Universitäten möglich, den Doktortitel zu erwerben, nicht jedoch an Fachhochschulen (FH). FH-Absolventen eines Masterstudiengangs konnten nach ihrem Studium zur Promotion an eine Universität wechseln. Schleswig-Holstein plante Mitte 2014 aber, die Promotion auch an FH zuzulassen.

Forschung an den Hochschulen

Forschung – darunter die Grundlagenforschung, aber auch die angewandte Forschung – ist eine der wesentlichen Aufgaben der Hochschulen, die den zentralen Teil des sogenannten Wissenschaftssystems Deutschlands bilden. Zahlreiche Forschungsprojekten sind international angelegt. Mit speziellen Programmen wie der Exzellenzinitiative (Umfang 2012–17: 2,7 Mrd. €) fördern Bund und Länder u. a. die Spitzenforschung.

Religionen

Christliche Kirchen in der Defensive

Obwohl die christliche Kultur tief in Deutschland verwurzelt ist, befindet sich die Religion hierzulande auf dem Rückzug. Seit den 1960er-Jahren nimmt der Einfluss der christlichen Kirchen ab – ein Trend, der sich nach der Wiedervereinigung noch stärker fortgesetzt hat.

Etwa 61,2 % der Einwohner Deutschlands waren laut Mikrozensus 2011 Mitglied einer christlichen Glaubensgemeinschaft (30,3 % evangelisch, 30,8 % katholisch). 38,8 % besaßen entweder keine oder eine andere Religionszugehörigkeit.

Verteilung der christlichen Religionen

Während es im Saarland laut Mikrozensus 2011 mit einem Anteil von 62,9 % und in Bayern mit 54,8 % die meisten Katholiken gab, lebten die meisten Protestanten in Schleswig-Holstein (53,7 %) und Niedersachsen (50,5 %). In den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg war der Anteil sowohl der Katholiken als auch der Protestanten geringer als in den Flächenstaaten.

Rückgang der Zahl der Kirchenmitglieder

Waren 1950 noch 96 % der Bevölkerung der Bundesrepublik Mitglied

einer christlichen Glaubensgemeinschaft, sank diese Zahl bis 1985 auf 84 % ab. Nach der Wiedervereinigung 1990 änderte sich das Bild noch einmal grundlegend, da ein großer Teil der Bürger der ehemaligen DDR keiner Religionsgemeinschaft angehört hatte: 75 % der Gesamtbevölkerung waren zu diesem Zeitpunkt Mitglied einer christlichen Kirche. Bis 2011 sank dieser Anteil um weitere 14 Prozentpunkte ab.

Demografischer Wandel

Einer der wesentlichen Gründe für den Rückgang der Mitgliederzahlen in den christlichen Kirchen ist der demografische Wandel in Deutschland. In den Jahren von 1991 bis 2008 verzeichnete das Statistische Bundesamt 6,7 Mio. Sterbefälle unter den Mitgliedern der evangelischen Kirche sowie 3,7 Mio. Austritte, denen jedoch 5,3 Mio. neue Mitglieder gegenüberstanden. Ein ähnliches Bild ergab sich während dieses Zeitraums bei der katholischen Kirche. Sterbefälle und Austritte zusammengenommen können nicht durch einen Zuwachs neuer Mitglieder ausgeglichen werden.

Alter und Religionszugehörigkeit

Alter	Religionszugehörigkeit der Altersgruppe (%)		
	Römisch-katholisch	Evangelisch	Sonstige/keine Angabe
Unter 18	29,9	28,6	41,5
18-29	31,4	29,0	38,7
30-49	29,4	26,6	44,1
50-64	30,6	28,4	41,1
Über 65	33,5	39,2	27,3
Insgesamt	30,8	30,3	38,8

Stand 2011; Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder



Auch beim **Nachwuchs** haben beide christlichen Kirchen mit Akzeptanzproblemen zu kämpfen. Das Foto zeigt den Beginn einer Kinderwallfahrt im Mariendom in Erfurt.

Skandale

Auch Missbrauchsfälle vor allem innerhalb der katholischen Kirche sowie Skandale wie um den teuren Bischofssitz des ehemaligen Limburger Bischofs Franz-Peter Tebartz-van Elst motivieren Menschen, aus ihrer Kirche auszutreten.

Folgen der Wiedervereinigung

Religionssoziologen gehen zudem davon aus, dass durch den Zuwachs von 10 Mio. Konfessionslosen nach der Wiedervereinigung Konfessionslosigkeit in Deutschland stärkere gesellschaftliche Akzeptanz erlangt hat.

Die schwache Ausprägung des Christentums in der Bevölkerung der ehemaligen DDR resultiert aus der Tatsache, dass sich die DDR-

Regierung 50 Jahre lang intensiv bemühte, die Religion aus dem öffentlichen Leben zu verdrängen, da sie der kommunistischen Ideologie zuwiderlief.

Stellenwert der Religion

Für viele Christen in Deutschland spielt die Religion im Alltag eine eher untergeordnete Rolle. Das lässt sich u. a. an der Zahl der sonntäglichen Gottesdienstbesuche festmachen. So hat die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) in ihrer Statistik 2012 ermittelt, dass rund 900 000 Menschen jeden Sonntag einen evangelischen Gottesdienst besuchten und ca. 1,3 Mio. weitere Christen die sonntäglichen evangelischen und ökumenischen Gottesdienste im Fernsehen ansehen.

Dem Religionsmonitor der Bertelsmann-Stiftung von 2013 zufolge glaubte jedoch in Westdeutschland jeder Zweite ziemlich oder sehr, dass ein Gott oder etwas Gottähnliches existiert. In Ostdeutschland glaubte dies hingegen nur jeder Vierte. Allerdings sagte nur jeder fünfte Westdeutsche, dass er ziemlich oder sehr religiös sei.

Finanzierung der Kirchen

Die christlichen Kirchen in Deutschland finanzieren sich durch Steuergelder (Kirchensteuer), durch Zuwendungen ihrer Mitglieder (Spenden, Stiftungen), durch Einnahmen aus Vermögen und Besitz, aus Gegenleistungen für ihre Tätigkeiten (z. B. Beerdigungen, Taufen), aus Geldern für die Benutzung ihrer Einrichtungen (z. B. Kindergärten, Krankenhäuser) und durch staatliche Zuwendungen (z. B. aus Zuschüssen für Aufgaben der Entwicklungshilfe). Als problematisch sehen Kirchenkritiker u. a. an, dass an keiner Stelle zentral dokumentiert wird, welche staatlichen Zuwendungen an die Kirchen geleistet werden. Die Summe, die der evangelischen Kirche an Einnahmen 2013 zur Verfügung stand, gab die EKD mit 10 234 Mio. € an, davon waren 264 Mio. € Staatsleistungen. Die Einnahmen der katholischen Kirche in Deutschland sind nicht so klar beziffert. Sicher ist jedoch, dass ihr 2012

rund 5,2 Mrd. € Kirchensteuer zuflossen.

Fundamentalismus

Christlicher Fundamentalismus ist in Deutschland gegenüber anderen Ländern wie den USA vergleichsweise schwach ausgeprägt, so die EKD. Christliche Fundamentalisten lehnen u. a. Homosexualität und Schwangerschaftsabbrüche ab und richten sich gegen den Feminismus. Fundamentalistische Strömungen zeigten sich laut EKD vor allem in kleinen Parteien (z. B. der Partei Bibeltreuer Christen), die bei Wahlen jedoch nur niedrige Wählerzahlen verzeichneten. Eine größere Anhängerzahi erreicht mittlerweile der Islamismus, eine radikale Richtung des Islam: 2013 sah der Verfassungsschutz ein islamistisches Potenzial von 43 190 Personen in Deutschland.

Weitere Religionsgemeinschaften

In Deutschland lebten 2009 zwischen 3,8 Mio. und 4,3 Mio. Muslime. Das ergab eine Studie des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Damit lag der Bevölkerungsanteil zwischen 4,6 und 5,2 %. Genauer ließ sich die Zahl der Muslime in Deutschland nicht ermitteln, da die Zugehörigkeit zum Islam nicht zentral erfasst wird.

SCHLAGZEILE

Papst trifft Missbrauchsopfer

Im Juli 2014 empfing das Oberhaupt der katholischen Kirche, Papst Franziskus, im Vatikan erstmals Opfer des sexuellen Missbrauchs durch katholische Geistliche. Der Papst bat die Opfer um Vergebung, auch für den Umgang der katholischen Kirche mit den Betroffenen und dem Thema. Im März 2014 hatte Franziskus bereits eine Kommission eingesetzt, die Missbrauchsfälle in der katholischen Kirche aufarbeiten soll.

Außerdem lebten 2013 rund 190 000 Juden in Deutschland, die Zahl der Buddhisten wurde auf 250 000 geschätzt, die der Hindus 2011 auf 120 000. Weitere Religionen und Glaubensrichtungen spielten zahlenmäßig eine untergeordnete Rolle.

Religion von Menschen mit Migrationshintergrund

Herkunftsregion	Religion (%)		
	Muslime	Christen	Juden
Südosteuropa	37,2	34,1	0,1
Türkei	81,4	2,7	0,0
Zentralasien/GUS	1,2	55,7	3,0
Iran	48,7	10,3	0,7
Süd-/Südostasien	57,2	8,8	0,0
Naher Osten	59,3	17,4	1,1
Nordafrika	74,6	3,4	0,0
Sonstiges Afrika	22,1	59,2	0,0

Quelle: Muslimisches Leben in Deutschland 2008

Kriminalität

Straftaten in Deutschland

Kriminalität gibt es in jeder Gesellschaft: Überall auf der Welt begehen Menschen Verbrechen oder Vergehen, also Taten, die die Gesellschaft mittels ihrer Gesetze mit Strafe ahndet.

Laut Kriminalstatistik des BKA ist die Zahl der registrierten Straftaten in Deutschland in den letzten Jahren rückläufig. Am wahrscheinlichsten ist es, in Stadtstaaten wie Berlin, Hamburg oder Bremen Opfer eines Verbrechens zu werden.

Ost und West

Anfang der 1950er-Jahre wurden in der Bundesrepublik Deutschland je 100 000 Einwohner durchschnittlich rund 3000 Straftaten pro Jahr verübt. In der DDR hingegen kamen laut offizieller Statistiken auf 100 000 Einwohner zwischen 1950 und 1980 nur rund 750 Straftaten pro Jahr. Obwohl diese Statistiken vermutlich geschönt waren, weil die Ideologie gar nicht vorsah, dass es in einem sozialistischen Staat Kriminalität gab, geht das deutsche Bundesinnenministerium heute davon aus, dass die Kriminalitätsrate in der DDR tatsächlich niedriger lag als in der Bundesrepublik. Als Ursachen werden u. a. ein geringeres Warenangebot und eine stärkere soziale Kontrolle genannt.

„Für eine erfolgreiche Kriminalitätsbekämpfung müssen die legislativen und operativen Rahmenbedingungen ständig überprüft und wenn notwendig nachjustiert werden.“

Bundesinnenminister Thomas de Maiziere, 26.3.2014

Städte mit den meisten Straftaten

Rang	Stadt	Straftaten je 100 000 Einwohner*
1	Frankfurt am Main	16 292
2	Köln	15 009
3	Berlin	14 908
4	Düsseldorf	14 757
5	Hannover	14 756

* 2013; Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik 2013

Kriminalstatistik

2013 registrierte die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) 5,96 Mio. Straftaten, davon 40 % Diebstähle. 54,5 % der Straftaten wurden aufgeklärt. Damit ist die Zahl der registrierten Straftaten seit 1999 um insgesamt 5,4 % gesunken.

Die Fälle schweren Diebstahls gingen von 1999 bis 2013 um 34 % zurück, die des leichten Diebstahls um 12 %.

Die Fälle vorsätzlicher leichter Körperverletzung nahmen von 1999 bis 2013 jedoch um 100 000 auf 380 000 jährlich zu.

Die wachsende Bedeutung von Computern schlägt sich ebenfalls in der PKS nieder. Wurden 1997 noch 37 000 Fälle von Computerkriminalität registriert, waren es im Jahr 2013 89 000.

Zurückgegangen sind auch die Zahlen der Fälle von Mord und Totschlag. Wurden 1985 allein in der alten Bundesrepublik 2778 Fälle erfasst, waren es 2013 im vereinigten Deutschland „nur” noch 2122.

Mobilität

Infrastruktur für ein Grundbedürfnis

Mobil zu sein und zu bleiben ist für jeden Einzelnen von großer Bedeutung. Eine gut ausgebaute Infrastruktur gilt als Grundlage für Mobilität und damit auch für wirtschaftliches Wachstum.

Deutschland verfügt über ein engmaschiges Verkehrswegenetz: Die Gesamtlänge der Bundesautobahnen beträgt fast 13 000 km, die der Bundesstraßen fast 40 000 km, das überörtliche Straßennetz ist etwa 230 000 km lang und das Schienennetz gut 33 000 km. Das eindrucksvolle Bild komplettieren 40 Verkehrsflughäfen.

Personen- und Güterverkehr

Anfang 2013 waren 43,4 Mio. Pkw in Deutschland zugelassen. Rein statistisch gesehen kam damit auf jeden der 80,7 Mio. Bundesbürger – vom Säugling bis zum Greis – ein halber Pkw. Im Personenverkehr lag das Auto mit 56 Mrd. beförderten Personen innerhalb Deutschlands 2012 weit vor Bussen und Bahnen (zusammen 11,7 Mrd. Personen) und dem Luftverkehr (180 Mio.).

Auch der Güterverkehr spielte sich hauptsächlich auf der Straße ab. 77 % aller Güter wurden 2013 auf der Straße transportiert, nur 9 % mit der Bahn. Um die Güterströme zu lenken und den Güterverkehr an den Kosten für Straßenbau und -reparatur zu beteiligen, für den der Bund

jährlich etwa 10 Mrd. € aufbringt, führte Deutschland 2005 eine Straßenbenutzungsgebühr auf Autobahnen und einigen weiteren Straßen für Lkw ein (Lkw-Maut).



Deutschland hat den **verkehrsreichsten Luftraum Europas.** Im Jahr 2013 gab es knapp 3 Mio. Flüge.

Sicherheit

Im Straßenverkehr kommt es mit weitem Abstand vor den anderen Verkehrswegen zu den meisten Unfällen. 1970 erreichte die Zahl der Unfalltoten im Straßenverkehr einen Höchststand: 21 332 Menschen starben auf den Straßen der Bundesrepublik. Bis 2013 ging diese Zahl um mehr als 80 % zurück. Zu den Gründen gehören dem Statistischen Bundesamt zufolge strengere verkehrsrechtliche Regelungen (z. B. Anschnallpflicht, Verringerung der Promillegrenze), aber auch technische Maßnahmen der Autobauer (z. B. Einführung von Airbags) und verbesserte Verkehrsführungen.

Sprache

Das Instrument der Verständigung

Deutsch gilt als eine der zehn wichtigsten Sprachen der Welt. In Deutschland werden das weitgehend dialektfreie Hochdeutsch sowie zahlreiche Dialekte gesprochen.

Zwar ist das Deutsche im Grundgesetz nicht als Nationalsprache festgeschrieben, doch hat es den Status der Amtssprache: Die deutschen Behörden kommunizieren untereinander und mit den Bürgern auf Deutsch. Die Beherrschung der deutschen Sprache ist also eine wesentliche Voraussetzung zur Teilhabe in der Gesellschaft. Die Sprache zu lernen stellt vor allem für die zahlreichen Zuwanderer eine Herausforderung dar, die wiederum im Lauf der Jahrzehnte die deutsche Sprache mit Importen aus ihren Heimatsprachen bereichert haben.

→ **Hochdeutsch** Der Begriff (auch Standarddeutsch oder Schriftdeutsch) bezeichnet die Schrift-, Literaturund Hochsprache im Unterschied zu Dialekt und Umgangssprache.

Fremde Einflüsse

Sprachen sind einem fortlaufenden Wandel unterworfen - in nahezu jede Sprache fanden zu allen Zeiten Wörter aus anderen Sprachen Eingang. So wurde z. B. ab dem 17. Jh. die französische Lebensart in vielen Fürstenhäusern kopiert und französische Begriffe (sogenannte Gallizismen) fanden Einzug ins Deutsche.

Rat für deutsche Rechtschreibung

Der Rat für deutsche Rechtschreibung ist die Instanz in Deutschland, die dem Gesetzgeber Empfehlungen für Rechtschreibregeln gibt. Gleichzeitig beobachtet der Rat den Schreibgebrauch, um unter Umständen Vorschläge für Regeländerungen zu machen. Dies soll u. a. die Einheitlichkeit in der Rechtschreibung gewährleisten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden mehr und mehr englische Begriffe in den deutschen Sprachgebrauch übernommen und eingedeutscht (sogenannte Anglizismen). Obwohl es für verschiedene Begriffe, insbesondere aus dem technischen Bereich, auch deutsche Wörter gibt, haben sich für sie oft englische Bezeichnungen eingebürgert (z. B. „Computer" für „Rechner").

Eine jüngere und oft kritisierte Entwicklung ist das sogenannte Denglisch (Kunstwort aus den Wörtern Deutsch und Englisch), bei dem englische Begriffe mit deutscher Grammatik kombiniert werden (z. B. downgeloaded).

Rechtschreibung

Zur Vereinfachung der Rechtschreibung wurde 1996 eine Rechtschreibreform durchgeführt, die u. a. die Kommaregeln sowie Schreibweisen vereinfachen sollte, z. B. indem sie verschiedene Schreibweisen erlaubte. Rechtschreibwörterbücher empfehlen bestimmte Schreibweisen. Viele Verlage richten sich nach diesen Empfehlungen.

Wirtschaft

Das Wirtschaftsleben ist durch stetigen Wandel geprägt. Dessen Bewältigung ist ein zentrales Kriterium für wirtschaftlichen Erfolg. Deutschland ist diese überwiegend gut gelungen: Im Osten wie im Westen wurde die Wirtschaft nach dem Krieg in rasantem Tempo wiederaufgebaut, die Wiedervereinigung stellte das Land eneut vor eine große Herausforderung, ebenso wie seit 2008 die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise.


15,-

Basis des Wohlstands

Deutschland ist eine sehr erfolgreiche Volkswirtschaft: nach der Wirtschaftsleistung die größte Europas und die viertgrößte der Erde. Das Land zählt zu den hochentwickelten Industriestaaten mit durchschnittlich sehr hohem Pro-Kopf-Einkommen.

Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches 1945 und noch vor der Gründung der beiden deutschen Staaten 1949 wurden nicht nur die politischen, sondern auch die wirtschaftlichen Weichen gestellt. Auf dem Gebiet der drei westlichen Besatzungszonen wurde mit der Währungsreform 1948 und der Einführung der Deutschen Mark der Weg in Richtung Marktwirtschaft beschritten. Wenig später folgte auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone auch eine Währungsreform mit der Einführung der „Ostmark" (Mark der Deutschen Notenbank). Nach sowjetischem Vorbild wurde das planwirtschaftliche System installiert.

Planwirtschaft im Osten

Kennzeichnend waren die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die zentrale Planung des gesamten

Wirtschaftsprozesses. Oft konnten die zentralen Planvorgaben nicht eingehalten werden. Auch behinderte die Einbindung der DDR in den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RgW) eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung. Zwar konnte der materielle Wohlstand der Bevölkerung gesteigert werden, doch häuften sich in den 1980er-Jahren die wirtschaftlichen Probleme. Trotz aller Bemühungen des Staats- und Parteiapparats wurde die wirtschaftliche Situation der DDR gegen Ende der 1980er-Jahre zunehmend schwieriger, immer mehr Menschen empfanden sie als desolat.

Soziale Marktwirtschaft im Westen

In der Bundesrepublik Deutschland stiegen die wirtschaftlichen Kennzahlen dagegen rasant und steil an. Auch mit westlicher Hilfe (z. B. Marshallplan) konnte bereits in den 1950er-Jahren ein erstaunliches Wohlstandsniveau erreicht werden, das weiter stieg. Das Wirtschaftswunder wurde Realität. Dazu beigetragen hat auch die soziale Marktwirtschaft, die der damalige Wirtschaftsminister Ludwig Erhard umgesetzt hat.

Als in den 1960er-Jahren auch konjunkturelle Krisen auftraten, versuchte man ab 1967 mit dem wirtschaftlichen Konzept der Globalsteuerung diesen Krisen (z. B. die Erdölpreiskrisen 1973/74 und 1979/80) zu begegnen. Durch Konjunkturprogramme und den Ausbau des Sozialstaats erhöhten sich allerdings die öffentlichen Schulden sprunghaft.

Mit Beginn der Regierungszeit von Bundeskanzler Helmut Kohl wurde eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik verfolgt, die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte

wurde ein Schwerpunkt, ebenso die Stärkung der Privatwirtschaft und die Privatisierung öffentlicher Unternehmen. Bis zur deutschen Einheit war die Bundesrepublik Deutschland trotz aller Probleme zu einer der weltweit wichtigsten Industrienationen mit hohem Pro-Kopf-Einkommen aufgestiegen.

Wirtschaft im vereinigten Deutschland

Vor ganz neuen Herausforderungen stand das wiedervereinigte Deutschland 1990. Die DDR-Wirtschaft musste in das marktwirtschaftliche System integriert werden. Mit hohem Aufwand an öffentlichen Geldern sollte der Aufbau Ost vorankommen. Dies dauerte allerdings deutlich länger als ursprünglich geplant und führte vor allem in Ostdeutschland zu hoher Arbeitslosigkeit.

Parallel dazu wurde die europäische Integration besonders auf wirtschaftlicher Ebene vorangetrieben – mit der Schaffung des Europäischen Binnenmarkts ebenso wie mit der Verwirklichung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und der Einführung des Euro als Gemeinschaftswährung. Wirtschafts- und Finanzpolitik verlagerten sich immer mehr auf die europäische Ebene.

Zeigten sich bei der Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost- und Westdeutschland wie auch bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zunehmend Erfolge, so schienen diese mit den Auswirkungen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 wieder infrage gestellt. Ende 2014 kann resümiert werden, dass Deutschland bisher vergleichsweise gut durch die wirtschaftlichen Krisen gekommen ist. Erfolge wurden etwa bei den öffentlichen Finanzen, insbesondere bei den

öffentlichen Schulden verbucht. Außerdem erwies sich die deutsche Wirtschaft als sehr robust, der Arbeitsmarkt entwickelte sich positiv, der materielle Wohlstand blieb hoch.

Nachkriegszeit

Die Wirtschaft nach der Stunde null

Nach den teilweise immensen Kriegszerstörungen – nicht nur der vielen Wohngebäude, sondern auch vieler Industrieanlagen und der Verkehrsinfrastruktur – bestimmten zunächst die Besatzungsmächte die wirtschaftlichen Geschicke.

In den Besatzungszonen

Auf dem Gebiet der späteren DDR – also rund einem Viertel der Fläche des ehemaligen Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 – waren die wirtschaftlichen Möglichkeiten auch durch Demontage und Produktionsverbote stark eingeschränkt. So demontierte die sowjetische Besatzungsmacht zahlreiche Betriebe und enteignete v. a. Industrieunternehmen durch Überführung in Sowjetische Aktiengesellschaften. Durch eine Bodenreform wurden auch große landwirtschaftliche Betriebe enteignet. Hinzu kamen hohe Reparationszahlungen der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) an die UdSSR, fehlende Hilfe aus dem Ausland und die Abwanderung von Arbeitskräften in Richtung Westdeutschland.

→ **Demontage** Abbau von Industrieanlagen und deren Abtransport ins Ausland als Entschädigung für Kriegsschäden

Auch in den westlichen Besatzungszonen waren Ernährungs- und

Wohnungsnot groß, Arbeitslosigkeit und Inflation hoch, Industrieanlagen wurden demontiert. Der wirtschaftliche Wiederaufbau stand ganz am Anfang, zudem mussten Vertriebene und Flüchtlinge integriert werden.

1946 schlossen die USA und Großbritannien ihre Besatzungsgebiete zum Vereinigten Wirtschaftsgebiet (Bizone) zusammen, 1947 wurde die Verwaltung der Bizone u. a. mit einem Wirtschaftsrat geschaffen. 1948 wurden die drei westlichen Besatzungszonen gegen den Willen der UdSSR in die Marshallplanhilfe einbezogen. Insoweit waren bereits vor der Gründung der Bundesrepublik Deutschland mit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes am 23.5.1949 die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau günstiger als in der SBZ.



Bis zum 20.3.1949 wurde die **Ostmark auch in den Westsektoren Berlins** als gültiges Zahlungsmittel akzeptiert. Auf dem Foto wirbt ein Friseursalon damit, Kunden auch für Ostmark zu bedienen.

Währungsreformen 1948

Eine wichtige Zäsur waren die Währungsreformen. Nachdem Verhandlungen über die Einführung einer neuen Währung in allen Besatzungszonen gescheitert waren, traten die westlichen Besatzungsmächte auf den Plan. Am 21.6.1948 wurde in den drei Westzonen und in den drei westlichen Sektoren Berlins die Deutsche Mark als neues gesetzliches Zahlungsmittel eingeführt und die

Reichsmark abgelöst. Am Umstellungsstichtag erhielten Privatpersonen ein „Kopfgeld" von 40 DM, etwas später weitere 20 DM. Grundsätzlich wurde im Verhältnis 1:1 umgestellt. Durch Sonderbestimmungen ergab sich allerdings bei Guthaben in Reichsmark ein Verhältnis von 100:6,5. Schulden wurden dagegen grundsätzlich im Verhältnis 10:1 umgerechnet.

Die Währungsreform im Westen kann im Zusammenwirken mit dem Übergang zur Marktwirtschaft als sehr erfolgreich angesehen werden. Noch im Juni 1948 wurden Bewirtschaftung und Preisbindung aufgehoben. Mit dem neuen Geld wurde sofort der Nachholbedarf als Nachfrage wirksam und traf auf von Industrie und Handel gehortete Waren. Die Grundlage für das „Wirtschaftswunder" war gelegt.

Durch die Währungsreform im Westen wurde auch die SBZ bzw. die UdSSR gezwungen, in ihrem Einflussbereich eine eigene neue Währung einzuführen. Damit trat zur absehbar gewordenen politischen Teilung Deutschlands auch die wirtschaftliche. Bereits 1945 wurde in der SBZ das Bank- und Geldwesen reformiert. Die Währungsreform in der SBZ fand am Stichtag 23.6.1948 statt. Ende Juli 1948 wurden die Banknoten in Reichsmark in „Deutsche Mark der Deutschen Notenbank" (Ostmark) umgetauscht. Die Währung wurde 1964 in „Mark der Deutschen Notenbank" und 1967 in „Mark der Deutschen Demokratischen Republik" umbenannt.

So entwickelten sich bereits 1948 die SBZ auf der einen Seite und die drei westlichen Besatzungszonen auf der anderen Seite (dazu kam noch die Spaltung Berlins in den sowjetischen Ostsektor und die drei Westsektoren) nicht nur politisch und gesellschaftlich, sondern auch wirtschaftlich in entgegengesetzte Richtungen: die soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland, die Planwirtschaft nach sowjetischem Vorbild in der DDR.

SCHLAGZEILE

USA starten Marshallplan

1948 wurde von den USA das „European Recovery Program“ (Europäisches Wiederaufbauprogramm) verabschiedet, mit dem zahlreiche westeuropäische Länder bis 1952 mit Lebensmitteln, Rohstoffen, Maschinen und Medikamenten im Wert von etwa 15 Mrd. US-$ unterstützt wurden. Westdeutschland und Westberlin erhielten Waren im Wert von rund 1,6 Mrd. US-$. Das ERP wurde nach dem damaligen US-Außenminister und Friedensnobelpreisträger von 1953 George C. Marshall auch Marshallplan genannt.

Wirtschaft der DDR

Im Zeichen der Planungsbürokratie

Die Wirtschaft der DDR war vom planwirtschaftlichen System nach sowjetischem Vorbild geprägt. Bereits 1950 wurde das Land auch Mitglied des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RgW), der u. a. die wirtschaftliche Integration der Mitgliedsstaaten koordinieren sollte.

Planwirtschaft

Kennzeichen der neuen Wirtschaftsordnung waren die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die zentrale Planung des gesamten Wirtschaftsprozesses mit der staatlichen Festlegung von Preisen und Löhnen sowie das staatliche Außenhandels- und Währungsmonopol.

Als Ziel der zentralen Planung galt v. a. ein hohes gesamtwirtschaftliches Wachstum, das die gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten ausweiten und den Lebensstandard der Bevölkerung steigern sollte. Die Ziele wurden in Fünfjahresplänen niedergelegt und in Jahresplänen konkretisiert.

Planungssystem

SED-Parteiführung und Ministerrat bestimmten die Plandirektiven als wichtigste Entwicklungsziele für die Volkswirtschaft. Auf deren Grundlage

erarbeitete die Staatliche Plankommission (SPK) detailliertere Planprojekte, die zu weiteren Planaufgaben für die verschiedenen Wirtschaftsministerien (z. B. Industrieministerien, Ministerium für Außenhandel, Ministerium für Wissenschaft und Technik), Betriebszusammenschlüsse (Kombinate) und andere Organisationen ausformuliert wurden. Der Planung von oben nach unten schloss sich eine Konkretisierung und Koordinierung der Planung von unten nach oben an. Die verschiedenen Planentwürfe wurden von der SPK zusammengefasst, aufeinander abgestimmt und wieder dem Ministerrat zur Beschlussfassung und Billigung vorgelegt.

Bis 1959 herrschte eine Mengenplanung vor: Die Planauflagen wurden in Mengeneinheiten festgelegt und nicht von der Nachfrage bestimmt. Dies hatte Fehlinvestitionen und eine verzerrte Preisstruktur zur Folge; Rohstoffe wurden verschwendet, effiziente Produktionsmethoden behindert, die Konsumgüterproduktion vernachlässigt. Die zentralistische Planung förderte zudem keineswegs die Leistungsbereitschaft der arbeitenden Bevölkerung, sodass letztlich die Zielvorgaben nicht erreicht wurden: Das Wohlstandsniveau blieb bescheiden.

Reformbemühungen

Der 1959 verabschiedete Siebenjahresplan musste bald wieder wegen Nichterfüllung der Vorgaben aufgegeben werden, obwohl die Konsumgüterindustrie größere Beachtung bei der Planung fand. Für 1963 bis 1970 wurde ein „Perspektivplan“ verabschiedet und das „Neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ (NÖS) eingeführt. Statt auf Mengenplanung wurde zur Steuerung der Betriebe auf monetäre Lenkungsanreize („ökonomische Hebel“) gesetzt. Die Entscheidungsbefugnisse auf Betriebsebene wurden erweitert und die Zahl der vorgegebenen Plankennziffern reduziert, um eine höhere Produktivität zu erzielen und den Lebensstandard zu steigern.

NÖS, seit 1967 modifiziert und als „Ökonomisches System des Sozialismus“ bezeichnet, war der Versuch, marktwirtschaftliche

Elemente in das planwirtschaftliche System einzubauen. Die Weiterentwicklung des Planungssystems hin zu einer sozialistischen Marktwirtschaft wurde jedoch 1970 wieder abgebrochen. Hintergrund dafür waren Schwierigkeiten bei der Produktion und Versorgung, die Vernachlässigung der Infrastruktur, v. a. aber die Befürchtung, dass durch zu viel Marktorientierung und Dezentralisierung das Machtmonopol der SED in der Wirtschaft gefährdet würde.

Steckbrief

Günter Mittag

Der Ökonom Günter Mittag (1926–94) galt in der DDR als das Aushängeschild der Wirtschaftspolitik. Er war 1946–89 Mitglied der SED, ab 1962 des SED-Zentralkomitees, seit 1966 auch des Politbüros. 1962–73 und 1976-89 war Mittag als ZK-Sekretär für Wirtschaftsfragen für die Planwirtschaft zuständig. Zusammen mit Erich Apel (1917–65) entwickelte er das NÖS zur Modernisierung der DDR-Wirtschaft. Mit ihm verbunden war auch die Schaffung der Kombinate.

In der Folge wurden der Planungsprozess wieder stärker zentralisiert, deutlich mehr Plankennziffern vorgegeben und auch die Mengenplanung reaktiviert. Mit dem Amtsantritt Erich Honeckers 1971 wurde diese Umorientierung als Konzept der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ bezeichnet. Im Mittelpunkt stand eindeutig die Steigerung des materiellen und kulturellen Lebensstandards. Dadurch sollten auch Zufriedenheit und Leistungsbereitschaft der Bevölkerung erhöht werden.



Diese Plakate zum 40-jährigen Jubiläum der DDR propagieren die **Planerfüllung** und verkünden eine **Steigerung der industriellen Warenproduktion** und des Gewinns.

Erwerbsstruktur: Verteilung der Berufstätigen auf die Wirtschaftsbereiche (in %)

Wirtschaftsbereich	1960	1970	1980	1985
Landwirtschaft	17,0	12,8	10,7	10,8
Industrie und Bauwirtschaft	47,5	48,9	48,3	47,8
Handel und Verkehr	18,8	18,5	17,7	17,6
Dienstleistungen	16,7	19,8	23,3	23,8

Quelle: Statistische Jahrbücher der DDR

Auch entstanden seit 1979 neben den Vereinigungen volkseigener Betriebe mit dem Zusammenschluss von Betrieben zu Kombinaten große Wirtschaftsunternehmen mit weitreichenden Kompetenzen, was auch zu einem Rückgang der zentralen staatlichen Planungsauflagen führte. Die Planauflagen wurden ergänzt durch Anreize für Innovation und Produktionseffizienz.

Wirtschaftsstruktur

Die Produktionsstruktur gemessen an der Verteilung des Nationaleinkommens auf die Wirtschaftsbereiche ohne die öffentliche Verwaltung, kulturelle und soziale Einrichtungen war geprägt vom industriellen Sektor, dessen Anteil von 65,5 % (1960) auf 76,2 % (1985) anstieg. Der Anteil der Landwirtschaft halbierte sich im selben Zeitraum auf 8,1 %, der Anteil des Bereichs Handel und Verkehr ging leicht von 15,0 % auf 12,8 % zurück.



In der DDR wuchs der **Individualverkehr** deutlich langsamer als in Westdeutschland. Hier vor dem Palast der Republik in Ostberlin sind zahlreiche Fahrzeuge der Marke **Trabant** (Trabi) zu sehen.

Erwerbsstruktur

Die Erwerbsstruktur hat sich zwischen 1960 und 1985 weniger stark verändert. Der Anteil des industriellen Sektors (einschließlich Handwerk und Bauwirtschaft] blieb mit knapp 48 % fast konstant, der Anteil des Bereichs Handel und Verkehr ging leicht, der Anteil der Landwirtschaft stärker zurück. Der Dienstleistungssektor konnte seinen Anteil erhöhen.

Agrarsektor

Der Agrarsektor war nach Bodenreform und Kollektivierung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und

volkseigenen Gütern geprägt. In den 1960er-Jahren kam es zu einer Konzentration der LPG zu immer größeren Einheiten; ihre Zahl sank von über 19 000 auf knapp 4000 (1985).

Energieversorgung

Sehr wichtig für Energieversorgung und chemische Industrie waren die Braunkohlevorkommen in der Leipziger Bucht und der Niederlausitz. Trotz der aus Abbau und Verbrauch resultierenden gravierenden Umweltprobleme deckte die DDR ihren Energiebedarf zu über zwei Dritteln mit einheimischer Braunkohle.

Wichtige Industriezweige

Die wichtigsten Industriezweige waren die chemische Industrie, der Maschinen- und Fahrzeugbau, die Lebensmittelindustrie sowie die Energie- und Brennstoffindustrie. Am stärksten industriell geprägt waren die Bezirke Halle (v. a. chemische Industrie mit Leuna und Bitterfeld), Karl-Marx-Stadt, heute Chemnitz, (v. a. Maschinen- und Fahrzeugbau und Textilindustrie) sowie Dresden. Besonders bekannt waren die Autoindustrie in Eisenach und Zwickau, die elektrotechnische und elektronische Industrie in und um Berlin, Jena und Dresden (optische Industrie). Traditionelle Industriezweige waren die Glasindustrie (Thüringer Wald, Jena), die Keramikindustrie (Meißen) und die Spielwarenindustrie (Erzgebirge, Thüringer Wald).

Verkehr

Das Verkehrsnetz war traditionell in Ost-West-Richtung verlaufen und musste durch Nord-Süd-Verbindungen ergänzt werden. Der Güterverkehr wurde zu über 70 % mit Eisenbahnen abgewickelt. Im Personenverkehr sank die Bedeutung der Eisenbahn zwischen 1960 und 1985 stark von über 40 % auf nur noch 16 %. Erstmals 1980 erbrachte der Individualverkehr über die Hälfte der Verkehrsleistungen im Personenverkehr. Wichtigster Seehafen war Rostock, wichtigster internationaler Flughafen Berlin-Schönefeld.

Eine Bilanz

Trotz aller Schwierigkeiten konnte das Nationaleinkommen im Zeitraum von 1950 bis 1985 versechsfacht werden. Zuletzt wurde mit Wachstumsraten von jährlich knapp 5 % geplant, insbesondere durch Förderung von Schlüsseltechnologien wie der Mikroelektronik.

Die DDR zählte Mitte der 1980er-Jahre zu den wichtigen Industriestaaten, war innerhalb des RgW nach der UdSSR die stärkste Volkswirtschaft. Gleichwohl war im internationalen Vergleich das Bruttosozialprodukt je Einwohner mit rund 8500 US-$ (1985) deutlich niedriger als das Pro-Kopf-Einkommen in Westdeutschland (rund 1 1 500 US-Dollar).

→ RgW Der „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ bestand 1949–91 als Wirtschaftsorganisation der sozialistischen Staaten.

Letztlich konnte die DDR-Führung die grundlegenden Probleme der Planwirtschaft nicht lösen: falsche Einschätzung des gesellschaftlichen Bedarfs an Waren und Dienstleistungen, falsche Beurteilung der möglichen Produktionsverfahren, weitgehende Orientierung sowohl auf der Behördenebene (zentrale und regionale Plankommissionen) als auch auf den Kombinats- und Betriebsebenen an der Planerfüllung, der Herstellung der geforderten Gütermengen zur definierten Qualität mit dem Einsatz der quasi zugewiesenen Produktionsfaktoren (Arbeitskräfte, Maschinen, Material).

Die wirtschaftliche Situation der DDR war gegen Ende der 1980er-Jahre zunehmend schwieriger geworden, wurde von immer mehr Menschen als desolat empfunden und trug mit zur politischen Wende 1989 bei.

VEB – Volkseigener Betrieb

VEB war der Namenszusatz eines verstaatlichten oder vom Staat

gegründeten Betriebs. Zuletzt arbeiteten rund 80 % aller Erwerbstätigen in VEB (1955: 54 %), knapp 15 % in Genossenschaften und 5,4 % in privaten Betrieben. Der Grad ihrer Eigenständigkeit und ihr Entscheidungsspielraum wechselten im Zeitablauf. Ab 1979 wurden viele VEB zu Kombinaten als planwirtschaftliche Großunternehmen zusammengefasst.

Wirtschaft der BRD

Auf dem Weg zur Wirtschaftsmacht

In der Bundesrepublik Deutschland wurde 1949 ein marktwirtschaftliches System eingeführt, das rasch das „Wirtschaftswunder“ ermöglichte. So stieg das Land zu einer führenden Industrienation auf und war in den 1980er-Jahren die drittgrößte Wirtschaftsmacht der westlichen Welt.

Soziale Marktwirtschaft

Im Konzept der sozialen Marktwirtschaft traten neben den marktwirtschaftlichen Koordinationsmechanismus durch Wettbewerb, Privateigentum und wirtschaftliche Freiheit für Unternehmen wie Verbraucher das Streben nach sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit, deren Gewährleistung als staatliche Aufgabe begriffen wurde. Nach dem Grundsatz „So viel Freiheit wie möglich, so viel staatlicher Zwang wie nötig“ sollen die besten wirtschaftlichen Ergebnisse durch das möglichst freie Handeln von Unternehmen und Verbrauchern im Wettbewerb auf Märkten erzielt werden.

SCHLAGZEILE

Arbeitskräfte werden knapp!

Im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs kam es zu einem Mangel an Arbeitskräften in der Industrie. Im großen Stil wurden nun ausländische Arbeitnehmer angeworben. Die erste Vereinbarung gab es bereits 1955 mit Italien. 1964 kam der millionste Arbeiter nach Deutschland. Die Arbeitskräfte sollten nach wenigen Jahren wieder in ihre Heimatländer zurückkehren (deshalb die Bezeichnung Gastarbeiter), was viele auch taten. Andere blieben und stehen so am Beginn der Entwicklung Deutschlands zu einer multikulturellen Gesellschaft und einem Einwanderungsland.

Dem Staat kommt v. a. die Aufgabe zu, diesen Wettbewerb zu schaffen und zu sichern und negative Marktergebnisse wie Arbeitslosigkeit und Inflation oder eine als ungerecht empfundene Einkommens- und Vermögensverteilung zu korrigieren. Auch sollen sozial Schwächere durch ein soziales Netz abgesichert werden. Der Staat kann weitere Aufgaben übernehmen, die der Markt nicht oder nur eingeschränkt erfüllen kann (z. B. Bildung, Grundlagenforschung). Hauptkriterium für wirtschaftspolitische Eingriffe ist deren Marktkonformität.

Als geistige Väter der sozialen Marktwirtschaft gelten der Freiburger Nationalökonom Walter Eucken (1891–1950) und sein Kölner Kollege Alfred Müller-Armack (1901–78). Politisch durchgesetzt in den Regierungen unter Bundeskanzler Konrad Adenauer wurde diese Wirtschaftsordnung vom damaligen Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard (1897–1977).



Schaufensterauslage eines Textilgeschäfts mit Porträt des Bundeswirtschaftsministers **Ludwig Erhard** (Foto um 1949/50) mit selbstironischem Text: „Erhard befiehlt – wir folgen! und senken die Preise"

Wirtschaftswunder

Der unerwartet schnelle und auch nachhaltige wirtschaftliche Aufschwung besonders in den 1950er-Jahren war gekennzeichnet durch hohe Wachstumsraten des Sozialprodukts, wachsenden materiellen Wohlstand und schnellen Abbau der Arbeitslosigkeit trotz des Zustroms von Flüchtlingen.

Als Ende des Wirtschaftswunders gelten die Jahre 1957/58 (Ende eines Konjunkturzyklus, Integration in die Weltwirtschaft und Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EWG) bzw. die Jahre 1966/67 mit der ersten schwerwiegenden wirtschaftlichen Rezession.

Wachstum und Vollbeschäftigung

Während das reale Bruttoinlandsprodukt im Zeitraum 1950-60 um durchschnittlich jährlich 8,3 % anstieg, sank das Wachstum im Zeitraum 1960-65 mit realen Wachstumsraten von durchschnittlich 4,8 % deutlich. Die Arbeitslosenquote ging von 10,4 % (1950) auf 0,7 % (1965) zurück. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner stieg von 1059 € (1950) auf 4005 €

(1965).

Beigetragen zum Wirtschaftswunder haben nicht nur die Währungsreform, die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (soziale Marktwirtschaft), die Wiedereingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die Weltwirtschaft und in westeuropäische Wirtschaftsorganisationen (EWG, OECD) verbunden mit ausländischen Finanzhilfen, günstige Exportmöglichkeiten, sondern auch die Leistungsbereitschaft und der Aufbauwille in der Bevölkerung und im Unternehmertum.

→ **Bruttoinlandsprodukt** Wert aller innerhalb eines Jahres in einer Volkswirtschaft erzeugten Waren und Dienstleistungen nach Abzug aller Vorleistungen

Steckbrief

Ludwig Erhard

Der als „Vater des deutschen Wirtschaftswunders“ bezeichnete Wirtschaftswissenschaftler Ludwig Erhard war maßgeblich an der Währungsreform 1948 beteiligt. Politisch schloss er sich der CDU an, war 1949–76 Bundestagsabgeordneter und setzte als Bundeswirtschaftsminister (1949–63) die soziale Marktwirtschaft durch. Seine Vorstellungen legte er in seinem Buch „Wohlstand für alle“ (1957) nieder. 1963 folgte er Konrad Adenauer als zweiter Bundeskanzler, trat nach innerparteilicher Kritik 1966 zurück.

Die Ausfuhren wuchsen stark genug, um den großen Importbedarf befriedigen zu können. Zudem hatten die Investitionen in Produktionsanlagen auf dem neuesten technischen Stand und Bauten in den 1950er-Jahren große Kapazitätseffekte und erhöhten schnell die Produktionsmöglichkeiten.

→ **Kartell** Vereinbarung zwischen Unternehmen mit dem Ziel, den Wettbewerb zu ihren Gunsten einzuschränken

Kritische Stimmen

Auch in Zeiten des Wirtschaftswunders gab es Kritik an der Wirtschaftspolitik. Sie richtete sich v. a. gegen die Wiederherstellung alter Eigentumsverhältnisse mit der Folge starker Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung und wachsender Unternehmenskonzentration sowie Versäumnisse im sozialpolitischen Bereich trotz Kindergeldregelung (1954) und Rentenreform („Dynamisierung der Rente" 1957), Kriegsfolgelasten wie Kriegsopferversorgung und Ausgleich von Kriegsschäden („Lastenausgleich"). Hinzu kamen Ausgaben für Wiedergutmachung und Besatzung. Erst 1957 wurden mit dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen wettbewerbspolitische Normen gegen Kartelle und Unternehmenskonzentration festgelegt.

„So viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig "

Karl Schiller

Steckbrief

Karl Schiller

Der Wirtschaftsprofessor Karl Schiller (1911–94) war Wirtschaftssenator in Hamburg (1948–53) und Berlin (1961–65), SPD-Bundestagsabgeordneter (1965–72) und Bundeswirtschaftsminister (1966–72). Nach innerparteilicher Kritik trat er 1972 zurück. Schiller entwickelte das Konzept der Globalsteuerung.

Ausbau des Sozialstaats und Globalsteuerung

Die Zeit der Großen Koalition unter Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger (1966 bis 1969) war wirtschaftspolitisch eine Übergangszeit vom Neoliberalismus hin zum Keynesianismus. Die keynesianische Globalsteuerung der Wirtschaft, niedergelegt im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967, prägte die Zeit der sozialliberalen Regierungen unter Willy Brandt (1969-74) und Helmut Schmidt (1974-81).

Globalsteuerung

Das Konzept der Globalsteuerung geht zurück auf Karl Schiller, der 1966-72 Bundeswirtschaftsminister war. Propagiert wurde die gesamtwirtschaftliche Steuerung, nach der die Wirtschaftspolitik verpflichtet wird, den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung zu tragen. Damit sollen die wirtschaftspolitischen Ziele hoher Beschäftigungsstand (Vollbeschäftigung), Preisniveaustabilität, stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum sowie außenwirtschaftliches Gleichgewicht erreicht werden.

Im Konjunkturabschwung soll etwa durch staatliche, kreditfinanzierte Konjunkturprogramme oder auch Steuererleichterungen die unzureichende gesamtwirtschaftliche Nachfrage erhöht werden. Die für die Geldpolitik und die Inflationsbekämpfung zuständige Deutsche Bundesbank soll durch Zinssenkungen Konsum und Investition indirekt anregen. Ergänzt wurde das Konzept der staatlichen Steuerung der Wirtschaft durch die konzertierte Aktion: Das wirtschaftspolitische Verhalten der öffentlichen Hand und der wichtigsten wirtschaftlichen Akteure (Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften) sollte in diesem Gremium im Sinne der gesamtwirtschaftlichen Ziele aufeinander abgestimmt werden.

In die Zeit der Globalsteuerung fallen auch wichtige Gesetze für die Wirtschaft: Neben die Fortentwicklung der bereits in den 1950er-Jahren beschlossenen Gesetze zur betrieblichen und unternehmerischen Mitbestimmung (Betriebsverfassungsgesetz von 1972, Mitbestimmungsgesetz von 1976), zur Wettbewerbspolitik (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen 1973) sowie zur Vermögensbildung (3. Vermögensbildungsgesetz 1970) traten Maßnahmen zum Ausbau des Sozialstaats (z. B. Arbeitsförderungsgesetz von 1969). Das durchschnittliche jährliche reale Wirtschaftswachstum verringerte sich im Zeitraum 1970–80 auf 2,9 % (1960–70: 4,5 %). In d en Rezessionsjahren 1967 und 1975 sank das reale Inlandsprodukt sogar leicht. Gleichwohl

verdreifachte sich 1965–80 das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner auf 12 208 €.

Arbeitslosigkeit und Inflation

Die Politik der Globalsteuerung erreichte ihre Grenzen, als unter dem Einfluss der beiden Erdölpreiskrisen 1973/74 und 1979/80 das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht zunehmend gefährdet wurde. Nicht nur die Arbeitslosigkeit, sondern auch die Inflationsraten nahmen zu. Deutschland entfernte sich zunehmend von Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität.

Nach dem Rezessionsjahr 1967 mit rund 460 000 Arbeitslosen (Arbeitslosenquote 2,1 %) war zunächst wieder Vollbeschäftigung erreicht worden (1973: 274 000 Arbeitslose; 1,2 %). Erstmals überschritt die Zahl der Arbeitslosen 1975 die Millionengrenze, danach wieder 1981 mit 1,3 Mio.; die Arbeitslosenquote lag bei 4,7 bzw. 5,5 %. Die Inflationsrate erhöhte sich Anfang der 1970er-Jahre bis auf 7,1 % (1973) und erreichte später wieder 6,3 % (1981). Zudem stiegen die öffentlichen Schulden stark an. Wurde 1969 in den öffentlichen Haushalten noch ein Finanzierungsüberschuss von 1,3 Mrd. € ausgewiesen, so stieg in den Folgejahren der negative Finanzierungssaldo immer weiter an bis auf 34,7 Mrd. € (1981). Der öffentliche Schuldenstand vervierfachte sich von 64,2 Mrd. € (1969) auf 278,2 Mrd. € (1981).



Im Zuge der durch den Nahostkonflikt ausgelösten ersten **Erdölpreiskrise** stieg 1973 der Rohölpreis, das Benzin wurde knapp. In der Bundesrepublik reagierte man u. a. mit einem Fahrverbot für vier Sonntage (Foto), Befürchtungen wurden laut, ein Zeitalter des Mangels stünde bevor.

→ Rezession Konjunkturelle Abschwungsphase, die durch sinkendes Wirtschaftswachstum oder ein schrumpfendes Bruttoinlandsprodukt charakterisiert ist

Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik

Mit Beginn der Regierungszeit von Bundeskanzler Helmut Kohl 1982 setzte sich das Konzept einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik durch. Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit sollten durch verbesserte Produktionsbedingungen und einen flexibleren privatwirtschaftlichen Sektor überwunden werden.

→ Inflation allgemeine Preissteigerungen, die mit einer beträchtlichen Erhöhung des Geldumlaufs im Verhältnis zur Produktion verbunden sind und einen Prozess der Geldentwertung darstellen

Elemente der Angebotspolitik

Durch steuerliche Entlastungen der Unternehmen sollte die Investitionstätigkeit angeregt werden. Hinzu traten die Förderung von

Forschung, Entwicklung und Existenzgründungen, der Abbau von Reglementierungen (Deregulierung) auch am Arbeitsmarkt (z. B. Beschäftigungsförderungsgesetz) und die Privatisierung öffentlicher Unternehmen (z. B. Deutsche Bundespost). Durch Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung sollten der Staatsanteil am Bruttoinlandsprodukt wieder zurückgeführt und die öffentliche Verschuldung eingedämmt werden. In der Geldpolitik ging die Deutsche Bundesbank dazu über, sich an der Geldmenge und deren Ausweitung als zentraler Steuerungsgröße zu orientieren und damit die Inflation zu bekämpfen.

Arbeitslosigkeit trotz Wachstums

Nach dem Rezessionsjahr 1982 bis zur Wiedervereinigung lag die reale Wachstumsrate bei durchschnittlich jährlich 2.6 %o. Die Inflation wurde im Lauf der 1980er-Jahre auf unter 2 % gedrückt (1988: 1,2 %). Dagegen erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen dauerhaft auf über 2 Mio. mit dem Höchstwert 1985 (2,3 Mio. Arbeitslose, Quote 9,3 %). Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner stieg von 13 956 € (1982) auf 20 658 €(1990) um 48 %.

So konnte die wirtschaftliche Entwicklung in den 1980er-Jahren hinsichtlich Wachstum und Inflation stabilisiert werden, das Problem der hohen Arbeitslosigkeit blieb jedoch ungelöst. Dazu trugen auch Strukturkrisen in einigen Branchen bei. Hinzu trat hoher Reformbedarf im sozialen Sicherungssystem (v. a. Renten- und Krankenversicherung). Die öffentlichen Haushalte konnten nur mit mäßigem Erfolg konsolidiert werden. Zwar sank das jährliche Finanzierungsdefizit von 34,7 Mrd. € (1981) auf 6.6 Mrd. € (1989). Der Schuldenstand aller öffentlichen Haushalte erhöhte sich im selben Zeitraum um 70 % von 278,2 Mrd. € auf 474,7 Mrd. €.

Wirtschaftsstruktur

Stand in den Aufbaujahren der Bundesrepublik Deutschland die

Entwicklung des produzierenden Gewerbes, zu dem neben dem verarbeitenden Gewerbe (Industrie) auch Bergbau, Energiewirtschaft sowie Baugewerbe zählen, im Mittelpunkt, so vollzog sich der Strukturwandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft im Vergleich zu anderen westlichen Industrienationen verzögert erst im Lauf der 1960er-Jahre.



Sie stehen für die **deutsche Bergbautradition:** weiße Kalihalden neben schwarzen Kohlebergen an einem Fluss im Ruhrgebiet (1970). Der Steinkohlebergbau ist dem Strukturwandel nahezu vollständig zum Opfer gefallen.

Agrarsektor

Die Landwirtschaft hat zwischen 1950 und 1990 stark an Bedeutung eingebüßt. War 1950 noch rund ein Viertel der Beschäftigten im Agrarsektor tätig, so lag der Anteil 1968 erstmals unter 10 % und sank weiter auf 3,5 % (1990). Noch stärker sank der Wert ihres Beitrags zur Wirtschaftsleistung. Der Anteil an der Bruttowertschöpfung ging von 7,4 % (1950) über 3,3 % (1970) auf nur noch 1,3 % (1990) zurück.

Kennzeichnend für den Strukturwandel im Agrarsektor waren sinkende Betriebszahlen, steigende Betriebsgrößen, Produktivitätssteigerungen und Ausweitung der Nahrungsmittelproduktion durch vermehrten Einsatz landwirtschaftlicher Maschinen, verbesserte Anbaumethoden, Spezialisierung und Ausweitung der Veredelungswirtschaft durch Viehhaltung.

Produzierendes Gewerbe

In der industriellen Aufbauphase der 1950er-Jahre wuchs die Bedeutung des produzierenden Gewerbes zunächst. Der Anteil an den Erwerbstätigen erhöhte sich von 42,9 % (1950) auf den Höchstwert von 49,2 % (1965) und ging dann kontinuierlich zurück über 46,5 % (1970) und 41,1 % (1980) auf 36,6 % (1990).

Wurde noch 1960 mit 53,2 % über die Hälfte der Wirtschaftsleistung im sekundären Sektor erwirtschaftet, so sank der Anteil des sekundären Sektors an der Bruttowertschöpfung 1970 auf 48,3 %, 1982 lag er erstmals unter 40 % und wurde 1990 mit nur noch 37,6 % ausgewiesen.

Die Bedeutung des traditionellen Bergbaus war stark rückläufig. Dies betraf sowohl den Abbau von Erzen als auch den Steinkohlebergbau im Ruhrgebiet und im Saarland aufgrund der schwieriger werdenden Bedingungen für einen ökonomisch sinnvollen Abbau. Wichtig für die Energieerzeugung blieb die Braunkohle, bedeutsam auch noch der Salzbergbau. Beim Primärenergieverbrauch trat ein Wandel vom Hauptenergieträger Steinkohle (1950: 72,8 %, 1985: 20,4 %) zu Erdöl und Erdgas statt, seit den 1970er-Jahren verstärkt auch zur Atomenergie.

Verteilung der Erwerbstätigen auf Wirtschaftsbereiche in %

Wirtschaftsbereich	1950	1960	1970	1980	1990
Land-, Forstwirtschaft, Fischerei	24,6	13,7	8,4	5,1	3,5
Produzierendes Gewerbe	42,9	47,9	46,5	41,1	36,6
Dienstleistungen	32,5	38,4	45,1	53,8	59,9
Erwerbstätige (in Mio.)	19,6	26,1	26,6	27,4	30,4

Quelle: Statistisches Bundesamt

Verteilung der Bruttowertschöpfung auf die Wirtschaftsbereiche in %

Wirtschaftsbereich	1970	1980	1990
Land-, Forstwirtschaft, Fischerei	3,3	2,1	1,3
Produzierendes Gewerbe	48,3	41,3	37,6
Dienstleistungen	48,3	56,6	61,0
Bruttowertschöpfung (in Mrd. €)	325,7	715,83	1188,32

Quelle: Statistisches Bundesamt

Der Anteil der Bereiche Bergbau und Energiewirtschaft an der Bruttowertschöpfung sank zwischen 1960 und 1990 von 5,2 auf 2,8 %. Leicht rückläufig war auch die Bedeutung des Baugewerbes (1960: 7,7 %, 1980: 7,0 %, 1990: 5,5 %). Lag der Anteil des verarbeitenden Gewerbes (Industrie) 1960 noch bei knapp über 40 %, so ging er kontinuierlich über 36,5 % (1970) und 31,0 % (1980) auf Werte unter 30 % zurück, erstmals 1988 mit 29,9 % (1990: 29,2 %).

Der Expansion des industriellen Sektors wurde in der Phase des Wiederaufbaus zunächst Priorität eingeräumt. Es entstanden besonders auch für den Export wichtige Industriezweige mit hoher internationaler Wettbewerbsfähigkeit. In den 1970er- und 1980er-Jahren kämpften allerdings einige Industriezweige wie die Montanindustrie und der Schiffbau mit Schwierigkeiten, während andere Branchen und Unternehmen mit technologisch hochwertigen Produkten wie der Straßenfahrzeugbau, der Maschinenbau, die Elektrotechnik und EDV sowie die chemische und pharmazeutische Industrie an Bedeutung gewannen. Es verstärkte sich dadurch ein Süd-Nord-Gefälle, da die aufstrebenden Branchen eher im Süden, etwa in den Metropolen Stuttgart, München, Nürnberg, und die Krisenbranchen eher im Norden und Westen (z. B. Ruhrgebiet) zu finden waren.

Dienstleistungen
Erstmals 1970 wurde im tertiären Sektor mit 48,3 % ein genauso großer Beitrag zur Bruttowertschöpfung erzielt wie im produzierenden Gewerbe. Zwischen 1970 und 1990 stieg dieser Anteil auf 61,0 %. Während sich in diesem Zeitraum der Anteil des Bereichs Handel, Verkehr und Gastgewerbe leicht von 19,0 % über 18,2 % (1980) auf 17,3 % (1990) verringerte, stiegen die Anteile des Dienstleistungsbereichs Finanzierung, Vermietung, Information und Unternehmensdienstleister von 13,9 % über 18,4 % (1980) auf 23,9 % (1990) stark an. Auch der Anteil der öffentlichen und sonstigen Dienstleister erhöhte sich zwischen 1970 und 1980 von 15,4 auf 20,0 %, blieb aber dann bis 1990 konstant.

Seit 1952 weist die Außenhandelsbilanz ständig steigende Überschüsse auf. Deutschland entwickelte sich schnell zu einer der wichtigsten Exportnationen. Ein leistungsfähiges und gut ausgebautes Verkehrsnetz steht zur Verfügung, das auch zur Bewältigung des Transitverkehrs dient. Im Güterverkehr entfällt mit 51,9 % (1985) über die Hälfte der Verkehrsleistung auf den Straßengüterverkehr. Diese Entwicklung ging zu Lasten der Eisenbahn und der Binnenschifffahrt, deren Anteile von 37,4 bzw. 28,5 % (1960) auf jeweils 18,9 % (1985) sanken. Im Personenverkehr stieg der Anteil des Individualverkehrs (Pkw) zwischen 1960 und 1985 von 64 auf 80 % weiter an, die Anteile der Eisenbahn halbierten sich von 16,1 auf 7,2 %.

Wirtschaft ab 1990

Deutschland – ein Wirtschaftsriese

Nach der Wirtschaftsleistung – gemessen am nominalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 2013 – ist Deutschland die größte Volkswirtschaft Europas und nach den USA, China und Japan die viertgrößte Wirtschaftsmacht der Erde.

Wirtschaftliche Entwicklung

Auf Deutschland entfallen 20,9 % (2013) der Wirtschaftsleistung aller 28 EU- Staaten und 28,5 % der Wirtschaftsleistung der 18 Staaten der Eurozone. Gemessen am Pro-Kopf-Einkommen (Bruttonationaleinkommen je Einwohner) von 34 271 € (2013) liegt Deutschland weltweit an 18. Stelle. Der Lebensqualität abbildende Human Development Index (Index der menschlichen Entwicklung) sieht Deutschland als hochmodernen Industriestaat weltweit auf Rang 6.

Nach der Wende 1989 und der Schaffung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zum 1.7.1990, die noch vor der deutschen Einheit am 3.10.1990 erfolgte, war es die größte wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Herausforderung, die nach planwirtschaftlichen Grundsätzen organisierte DDR in das System der sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland zu integrieren. Dies führte zu erheblichen Problemen und Verwerfungen, da die DDR Teil des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RgW) war, dem

planwirtschaftlichen Pendant zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Die DDR-Wirtschaft brach förmlich zusammen, die Privatisierung der staatlichen Unternehmen wurde von der Treuhandanstalt übernommen. Durch den Aufbau Ost sollten staatliche und öffentliche Investitionen in den neuen Bundesländern auch eine sich selbst tragende Wirtschaft schaffen. Hinzu kamen u. a. der Neuaufbau einer öffentlichen Verwaltung und die Übertragung des sozialen Sicherungssystems auf Ostdeutschland. Die Gesamtkosten der deutschen Einheit werden für den Zeitraum 1990 bis 2014 auf bis zu 2 Billionen € geschätzt.

→ **Bruttonationaleinkommen** Es errechnet sich aus dem Bruttoinlandsprodukt und dem Saldo der Primäreinkommen (Erwerbs- und Vermögenseinkommen) mit dem Ausland. Frühere Bezeichnung: Bruttosozialprodukt

Neben der deutschen Einheit war besonders unter Bundeskanzler Helmut Kohl die europäische Integration das zweite große wirtschaftspolitische Projekt. So startete 1990 die erste Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU), 1993 traten der Europäische Binnenmarkt und der Vertrag von Maastricht zur Schaffung der Europäischen Union (EU) in Kraft. Die Europäische Zentralbank (EZB) nahm 1998 ihre Arbeit auf, mit der Einführung der gemeinsamen Währung Euro zum 1.1.1999 startete die dritte Stufe der EWWU. Zum 1.1.2002 wurde das Eurobargeld in zunächst elf Mitgliedsländern der Eurozone, darunter auch Deutschland, eingeführt. Der Euro löste die D-Mark, ein Symbol für wirtschaftliche Stabilität und Entwicklung, ab. Die Deutsche Bundesbank wurde Teil des Europäischen Systems der Zentralbanken.

Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Bruttonationaleinkommen (BNE) in jeweiligen Preisen

Jahr	BIP in Mrd. €	BNE in Mrd. €	BIP je Einwohner in €	BNE je Einwohner in €
1991	1534,60	1541,64	19 186	19 274
1995	1848,50	1832,58	22 636	22 441

2000	2047,50	2025,87	24 912	24 649
2005	2224,40	2249,59	26 974	27 280
2010	2495,00	2549,40	30 517	31 183
2013	2737,60	2813,78	33 343	34 271

Quelle: Statistisches Bundesamt

→ **Außenhandelsbilanz** Teil der Zahlungsbilanz eines Landes, in der die Warenein- und -ausfuhrwerte gegenübergestellt werden

Die bisher größte Belastungsprobe der Europäischen Währungsunion war die Schuldenkrise im Euroraum als Folge der internationalen Banken- und Finanzkrise seit 2007. Mit Milliardensummen mussten nicht nur große Banken, sondern auch Staaten (z. B. Griechenland, Irland, Spanien, Portugal, Italien, Zypern) unterstützt werden. Neben befristeten „Rettungsschirmen" wurden auch dauerhafte Instrumente wie der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) geschaffen. Die Schuldenkrise verdeutlichte auch, dass innerhalb der Eurozone eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik der Mitgliedsstaaten erforderlich ist. Erste Schritte zu einer solchen Fiskalunion waren die Einführung einer Schuldenbremse nach deutschem Vorbild auf europäischer Ebene sowie Kontroll- und Sanktionsmechanismen bei übermäßigen öffentlichen Defiziten über den bestehenden Stabilitäts- und Wachstumspakt hinaus.

Wirtschaftswachstum

Die wirtschaftliche Entwicklung war zunächst von einem Wiedervereinigungsboom v. a. in den alten Bundesländern geprägt. 1993 kam es zu einer Rezession (Rückgang des preisbereinigten BIP um 1,0 %) infolge des ersten Golfkriegs und des starken Anstiegs des Erdölpreises. Bis zur Jahrtausendwende wuchs die Wirtschaft wieder mit durchschnittlich 1,9 % jährlich. Eine weitere negative Wirtschaftsentwicklung war 2002/2003 zu verzeichnen. Diese wird u. a.

zurückgeführt auf das Platzen der Internetblase an den Aktienmärkten Ende der 1990er-Jahre und auf die Auswirkungen der Terroranschläge in den USA am 11.9.2001 mit wiederum stark steigenden Erdölpreisen.



Gruppenbild der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft anlässlich des EU-Gipfels am 27.6.1989 in der spanischen Hauptstadt Madrid. Sie einigten sich auf ein Vierpunkteprogramm, das zur **Währungsunion** führen sollte.

Der nächsten Aufschwungphase 2004 bis 2007 (durchschnittliche reale Wachstumsrate 2,2 % jährlich) folgte die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009; 2009 wurde ein Rückgang des BIP von 5,1 % ausgewiesen. 2011 konnte beim preisbereinigten BIP wieder das Niveau von vor der Krise erreicht werden. Trotz der genannten Schwankungen wird seit 1991 eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des preisbereinigten BIP von 1,3 % ausgewiesen.

Inflation

Ebenfalls bedingt durch den Wiedervereinigungsboom war die Inflationsrate 1992 und 1993 mit 5,1 bzw. 4,5 % vergleichsweise hoch. Die

gesamtwirtschaftliche Teuerung gemessen an den prozentualen Veränderungen des Verbraucherpreisindex beruhigte sich seit 1994 deutlich mit Inflationsraten zwischen 0,3 und 2,6 %. Mit jahresdurchschnittlich 1,6 % lag die Teuerungsrate in Deutschland unter der Zielgröße der Europäischen Zentralbank von 2,0 %. Damit kann man von einer vergleichsweisen Preisniveaustabilität in Deutschland im Zeitraum 1994–2013 sprechen, trotz zeitweiliger überdurchschnittlicher Preissteigerungen bei einigen Produktgruppen wie Energie und Nahrungsmitteln. In jüngster Zeit wird eher ein Deflationsproblem diskutiert.

Konjunkturpakete

Mit zwei Konjunkturpaketen sollten 2008/2009 die Folgen der Finanzmarktkrise für die Wirtschaft gemildert werden. Zu den Einzelmaßnahmen zählten Programme für öffentliche Investitionen und bessere Kreditversorgung von Unternehmen sowie die befristete Einführung einer Umweltprämie für den Kauf neuer Pkw („Abwrackprämie“).

Arbeitslosigkeit

Als deutlich problematischer erwies sich die Entwicklung am Arbeitsmarkt, insbesondere in den neuen Bundesländern nach dem Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft, v. a. der ostdeutschen Industrie. Von 1991 bis 2005 stieg die Zahl der Arbeitslosen tendenziell an. Bei guter konjunktureller Entwicklung wie um die Jahrtausendwende ging sie zurück, stieg aber in der darauffolgenden Rezession wieder auf ein höheres Niveau.

→ **Arbeitslosenquote** Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen

1997 wurden erstmals mehr als 4 Mio. Arbeitslose registriert, der Höchststand wurde 2005 mit 4,9 Mio. ausgewiesen. Trotz der

internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 sank die Arbeitslosenzahl seither tendenziell wieder unter 3 Mio. Die Arbeitslosenquote stieg 1996 erstmals über 10 %, erreichte 2005 mit 11,7 % ihren Höchststand und verringerte sich in den Folgejahren wieder bis auf 6,9 % (2013). Bezieht man die Arbeitslosen nur auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen, liegen die Werte erheblich höher

Trotz der großen strukturellen Probleme besonders in den neuen Bundesländern hielt Deutschland im internationalen Vergleich den wirtschaftlichen Krisen relativ gut stand. Bis 2002 lag die Arbeitslosenquote Deutschlands gemessen als Anteil der Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung unter dem Durchschnitt aller 28 EU-Staaten, im Zeitraum 2003–2008 über dem EU-Durchschnitt mit dem Höchstwert 2005 (EU: 9,0 %, Deutschland: 11,3 %). Seither liegt die deutsche Quote mit 2013 5,3 % zunehmend deutlicher unter der EU-Quote von 10,8 %. Gleichwohl bestehen regional erhebliche Unterschiede.

Bestand an Arbeitslosen

Jahr	Westdeutschland	Ostdeutschland	Deutschland
1991	1 596457	1 005745	2602202
1995	2427083	1184838	3611921
2000	2380987	1 508707	3889694
2005	3246755	1614154	4860909
2010	2227090	1011331	3238421
2013	2080270	869980	2950250

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Wegen des Wiedervereinigungsbooms schlug sich die weltweite Rezession erst ab 1992 auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt nieder. Die Zahl der Arbeitslosen überschritt 1993 erstmals die Grenze von 2 Mio., die Arbeitslosenquote (bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen) erhöhte sich auf 8,0 %. Der Höchstwert wurde 2005 mit 3,2 Mio.

registrierten Arbeitslosen erreicht (Arbeitslosenquote 11,0 %). In Ostdeutschland waren bis 2010 immer über 1 Mio. Menschen arbeitslos (Höchstwert 2003: 1,6 Mio., Arbeitslosenquote 20,1 %); erst 2011 sank die Zahl unter die Millionengrenze. Die Arbeitslosenquoten waren in den neuen Bundesländern trotz vielfältiger arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen und Abwanderung von Ost nach West durchgängig etwa doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern. Noch immer machen sich die Auswirkungen des wirtschaftlichen Umbruchs nach der Wiedervereinigung bemerkbar. Als erfreulich kann gesehen werden, dass sich die Arbeitslosenquoten seit ihren Höchstständen 2005 mit 11,0 % in Westdeutschland und 20,6 % in Ostdeutschland bis 2013 mit 6,7 % in Westdeutschland und 11,6 % in Ostdeutschland (Deutschland: 7,7 %) nahezu halbiert haben.

Agenda 2010

Nicht zuletzt aufgrund der Lage am Arbeitsmarkt wurde 2003 vom damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) das wirtschafts- und v. a. sozialpolitische Reformprogramm Agenda 2010 verkündet. Mit ihm sollten Wachstum und Beschäftigung gefördert werden. Für heftige Diskussionen sorgten allerdings die Maßnahmen zum Umbau des Sozialstaats mit Kürzungen bei Kranken- und Rentenversicherung und besonders mit der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II („Hartz IV“) und der Verschärfung der Zumutbarkeitsregeln bei der Arbeitsvermittlung.

Die niedrigsten Arbeitslosenquoten wiesen 2013 die südlichen Bundesländer Bayern (3,8 %), Baden-Württemberg (4,1 %), Rheinland-Pfalz (5,5 %) und Hessen (5,8 %) auf, die höchsten Mecklenburg-Vorpommern (11,7 %), Sachsen-Anhalt (11,2 %) sowie die Stadtstaaten Berlin (11,7 %) und Bremen (11,1 %). Dazwischen lagen Niedersachsen (6,6 %), Schleswig-Holstein (6,9 %), das Saarland (7,3 %), Hamburg (7,4

%), Thüringen (8,2 %), Nordrhein-Westfalen (8,3 %), Sachsen (9,4 %) und Brandenburg (9,9 %).

Öffentliche Finanzen

Auch in einem marktwirtschaftlichen System hat der Staat je nach wirtschaftspolitischem Konzept mehr oder weniger umfangreiche Aufgaben auf den verschiedenen Ebenen Bund, Bundesländer und Gemeinden sowie der Sozialversicherungen.

Umfang staatlicher Aktivität

Die Staatsquote als Anteil aller staatlichen Ausgaben (Staatsverbrauch, öffentliche Investitionen, Sozialleistungen und Subventionen) von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung an der Wirtschaftsleistung (BIP) verdeutlicht den Umfang staatlicher Aktivität. In einem marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystem sollte diese Quote unter 50 % liegen.

Mit der Finanzierung der deutschen Einheit („Aufbau Ost") stand der öffentliche Sektor 1989/90 vor einer ungewöhnlichen Herausforderung. Eine planwirtschaftlich organisierte Wirtschaft musste in ein marktwirtschaftliches System integriert werden. Ebenso mussten eine neue öffentliche Verwaltung aufgebaut und das Sozialversicherungssystem der DDR umgestaltet werden. Notwendig waren neben privaten auch große öffentliche Investitionsprogramme sowie die Privatisierung der DDR-Unternehmen (volkseigene Betriebe, Kombinate, Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften) durch die Treuhandanstalt. Die Staatsquote erhöhte sich in den Zeiten der CDU/CSU-FDP-Koalition unter Bundeskanzler Helmut Kohl von 43,6 % (1990) auf den Höchstwert von 54,9 % (1995) und konnte bis zur Jahrtausendwende auf 45,1 % zurückgeführt werden.

SCHLAGZEILE

Treuhand wickelt DDR-Wirtschaft ab!

Die Treuhandanstalt, kurz „Treuhand“, war eine öffentlich-rechtliche, noch von der DDR am 1.3.1990 gegründete Einrichtung mit der Aufgabe, das ehemalige „volkseigene“ Vermögen der DDR zu verwalten und zu verwerten. Sie sollte von 1990 bis 1994 die staatlichen Betriebe und Kombinate privatisieren, ggf. sanieren und im Fall mangelnder Wirtschaftlichkeit stilllegen. Die unternehmerische Tätigkeit des Staates sollte also rasch und möglichst weitgehend beendet werden. Aus der Arbeit der Treuhand entstanden Verbindlichkeiten in Höhe von 104,6 Mrd. €, die auf den im Rahmen des Solidarpakts eingerichteten Erblastentilgungsfonds übertragen wurden.



Das **historische Zentrum Dresdens** (im Bild die Frauenkirche) ist ein Paradebeispiel für gelungene Projekte des **Aufbaus Ost.**

In den weiteren Jahren der rot-grünen Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder schwankte die Staatsquote um 47 % und sank in den Jahren der ersten großen Koalition unter Bundeskanzlerin Angela Merkel bis auf 44,1 % (2008). Die Finanz- und Wirtschaftskrise erforderte Milliardensummen für die Stützung des Bankensektors und für staatliche Konjunkturprogramme, sodass sich die Staatsquote 2009 auf 48,3 % erhöhte. In den Jahren der CDU/CSU-FDP-

Koalition unter Bundeskanzlerin Merkel konnte die Staatsquote wieder auf 44,5 % (2013) gesenkt werden.

→ **Finanzanteile** Die aus den Mitgliedsstaaten direkt an die EU abgeführten Einnahmen, z. B. Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU, Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel der EU und Zölle

Während die Staatsquote auf die Ausgabenseite abstellt, bezieht sich die Abgabenquote auf die Einnahmenseite des öffentlichen Sektors. Sie dokumentiert die Belastung von Bürgern und Unternehmen durch Steuern und Sozialabgaben. Die Abgabenquote stieg von 37,3 % (1990) auf ihren bisherigen Höchstwert von 42,3 % (1999). Seither ist die Quote leicht zurückgegangen und liegt um die 40 %. Die Sozialbeitragsquote war von 14,9 % (1990) auf über 19,0 % (1996–99) gestiegen, sinkt seither wieder kontinuierlich und lag 2013 bei 16,8 %. Geringere Schwankungen zwischen 21,1 % (2004) und 23,5 % (2000) verzeichnet die Steuerquote; für 2013 wird sie mit 23,2 % ausgewiesen.

Fünf Weise

Um die Politik und auch die Öffentlichkeit in wirtschaftspolitischen Fragen mit hoher fachlicher Kompetenz zu beraten, wurde 1963 der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, umgangssprachlich auch als „Die fünf Weisen“ bezeichnet, per Gesetz eingerichtet. Das Gremium besteht aus fünf Wirtschaftswissenschaftlern, die v. a. mit ihrem Jahresgutachten zur jeweils aktuellen wirtschaftlichen Lage und den Entwicklungsperspektiven die wirtschaftspolitische Diskussion wesentlich mitbestimmen.

Öffentliche Einnahmen und Ausgaben

Die um Zahlungen der Ebenen (z. B. Bund, Länder) untereinander bereinigten öffentlichen Ausgaben stiegen von 721,9 Mrd. € (1991) auf 1204,2 Mrd. € (2013; + 66,8 %). Im selben Zeitraum stiegen die

öffentlichen Einnahmen von 667.8 Mrd. € auf 1194,8 Mrd. € (+ 78,9 %). Die nicht bereinigten Ausgaben/Einnahmen verteilten sich 2013 auf Sozialversicherung (Ausgaben: 533,7/Einnahmen: 538,4 Mrd. €), gefolgt vom Bund (349,4/ 334.9 Mrd. €), den Bundesländern (329,9/ 329,2 Mrd. €) sowie den Gemeinden und Gemeindeverbänden (204,7/205,8 Mrd. €). Die deutschen Finanzanteile an die Europäische Union lagen bei 30,1 Mrd. €. 2013 zahlte Deutschland 13,8 Mrd. € mehr in den EU-Haushalt als es von der EU an Mitteln erhielt und war damit mit Abstand der größte Nettozahler. Die bereinigten Ausgaben pro Einwohner summierten sich 2013 auf 14 943 € (1992: 10 272 €, + 45,5 %).

Mehr als die Hälfte der öffentlichen Ausgaben dient der sozialen Sicherung, fast 46 % der Sozialversicherung (Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung). Mit großem Abstand folgen die Ausgaben für Bildung und Wissenschaft mit rund 10 %, jeweils etwa 5 % entfallen auf den Schuldendienst und die Versorgungsleistungen (z. B. Pensionen). Die allgemeinen Dienste insgesamt (politische Führung, Verwaltung, Verteidigung, Auswärtige Angelegenheiten, öffentliche Sicherheit und Ordnung, Justiz) beanspruchen 12,4 % der Ausgaben. Der Anteil der Personalausgaben an den bereinigten Ausgaben ist stabil geblieben und sank geringfügig von 19,6 % (1991) auf 19,0 % (2011).



Die „Geberländer“ Bayern und Hessen – im Bild die Ministerpräsidenten Volker Bouffier (Hessen, rechts) und Horst Seehofer (Bayern, links) reichten im März 2013 beim Bundesverfassungsgericht Klage gegen den **Länderfinanzausgleich** ein.

Neben den Sozialabgaben (2013: 430,8 Mrd. €) bilden Steuern die Haupteinnahmequelle der öffentlichen Haushalte. Weitere Einnahmequellen sind besonders auf Gemeindeebene Gebühren und Beiträge, Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit sowie Erlöse aus dem Verkauf von Vermögen.

Das Steueraufkommen stieg von 338,4 Mrd. € (1991) auf 619,7 Mrd. € (2013; + 83 %). Das Aufkommen der meisten Steuern (Lohn-, Einkommen-, Körperschaft-, Kapitalertrag-, Abgeltung-, Umsatzsteuer) steht Bund, Ländern und Gemeinden gemeinsam zu. Der Anteil dieser Gemeinschaftsteuern am Steueraufkommen betrug 2013 71,4 %; 16,2 % waren Bundessteuern (z. B. Energie-, Tabak-, Versicherung-, Kraftfahrzeug-, Stromsteuer sowie Solidaritätszuschlag), 9,2 % Gemeindesteuern (z. B. Gewerbe- und Grundsteuer) und 2,5 % Ländersteuern (z. B. Grunderwerb- und Erbschaftsteuer).

Die fünf wichtigsten Steuerarten nach dem Aufkommen 2013

Steuerart	Aufkommen in Mrd. €	Anteil in %

Umsatzsteuer	196,8	31,8
Lohnsteuer	158,2	25,5
Gewerbesteuer	43,0	6,9
Veranlagte Einkommensteuer	42,3	6,8
Energiesteuer	39,4	6,4

Quelle: Bundesfinanzministerium

Länderfinanzausgleich

Um die unterschiedliche Finanzkraft der Bundesländer anzugleichen, gibt es den Länderfinanzausgleich der Bundesländer untereinander sowie Ergänzungszuweisungen des Bundes. Die Zahlungen des Bundes betrugen 11,0 Mrd. € (2013) und kamen v. a. den neuen Bundesländern (7,5 Mrd. €) und Berlin (2,3 Mrd. €) zugute. Das Volumen des Länderfinanzausgleichs lag 2013 bei 8,4 Mrd. €. Ausgleichspflichtige Geberländer sind Bayern (4,3 Mrd. €), Baden-Württemberg (2,4 Mrd. €) und Hessen (1,7 Mrd. €). Die höchsten Zahlungen als ausgleichsberechtigte Empfängerländer erhielten Berlin (3,3 Mrd. €) und Sachsen (1,0 Mrd. €). Traditionell sind Baden-Württemberg und Hessen Geberländer, zwischen 1950 und 1965 auch Nordrhein-Westfalen. Bayern war bis 1986 Empfängerland.

„Die ‚schwarze Null' ist kein Selbstzweck, aber sie steht für Verlässlichkeit. … Nur so können wir das Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Deutschland erhalten. Wir haben uns dieses Vertrauen in den letzten Jahren mühsam wieder erarbeiten müssen. Schließlich hat die globale Finanz- und Wirtschaftskrise auch Deutschland wirtschaftlich stark zurückgeworfen. "

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble am 9.9.2014 im Deutschen Bundestag

Finanzierungssalden und öffentliche Schulden

Seit Jahrzehnten ist für die öffentlichen Haushalte charakteristisch, dass die Ausgaben die Einnahmen übersteigen, somit ein Finanzierungsdefizit vorliegt, das wiederum durch Kreditaufnahme geschlossen werden muss. Die fortgesetzte Nettokreditaufnahme führt zu einer dauerhaften Erhöhung des öffentlichen Schuldenstands.

Die Finanzierungssalden des Staates schwankten seit 1990 stark, zunächst bedingt durch die deutsche Einheit, Anfang des neuen Jahrtausends aus konjunkturellen Gründen, 2009/10 als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise. 1990 betrug das Defizit 24,8 Mrd. €, stieg danach an und erreichte 1995 unter Einbeziehung der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt 175,4 Mrd. €. Das Defizit konnte bis 2000 auf 27,5 Mrd. € zurückgeführt werden. In den Jahren 2001–2005 stieg es wieder stark an auf durchschnittlich 78,5 Mrd. € jährlich. 2007 konnte erstmals seit 1970 wieder ein Finanzierungsüberschuss von 5,5 Mrd. € ausgewiesen werden (dank Überschüssen bei der Sozialversicherung von über 10 Mrd. €).

Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise ließen das Defizit anschwellen auf 104,3 Mrd. € (2010), den höchsten Wert seit 1990. In jüngster Zeit gelang es dank Überschüssen bei der Sozialversicherung, wieder positive Finanzierungssalden zu erzielen. Die Finanzierungssalden der Gebietskörperschaften (z. B. Städte und Gemeinden) waren durchweg negativ, näherten sich 2013 aber wieder mit -1,1 Mrd. € der Nulllinie.

In absoluten Zahlen stiegen die Schulden der öffentlichen Haushalte von 599,1 Mrd. € (1991) über 1199,6 Mrd. € (1998) auf 1489,9 Mrd. € (2005). Die Grenze von 2 Billionen wurde 2010 mit 2011,7 Mrd. € überschritten. 2013 konnte erstmals seit 1950 wieder ein Rückgang des Schuldenstandes erreicht werden; er sank von 2068,3 Mrd. € (2012) auf 2038,0 Mrd. €. Seit 1991 erhöhten sich die öffentlichen Schulden je Einwohner von 7498 € auf 25 289 € (2013).

Höchstgrenzen für Defizite und Schulden

Eine Herausforderung bezüglich Haushaltsdefizit und Schulden war die Erfüllung der Konvergenzkriterien für den Staatssektor vor Beginn der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und der Einführung des Euro zum 1.1.1999. Deutschland erfüllte das Kriterium für das jährliche öffentliche Defizit (höchstens 3 % bezogen auf das BIP) mit 2,8 % (1997) und 2,3 % (1998), das für den Schuldenstand (höchstens 60 % bezogen auf das BIP) mit 59,8 % bzw. 60,5 % knapp und zählte so zu den Gründungsmitgliedern der Eurozone.

Deutschland verletzte das Defizitkriterium in den Jahren 2001–2005 mit durchschnittlich 3,6 % jährlich sowie 2009 und 2010 mit 3,1 bzw. 4,2 %,. 2013 wurde eine Defizitquote von 0,0 % ausgewiesen. Die Schuldenstandsquote lag nur 2001 unter 60 %., stieg im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise auf über 80 % in den Jahren 2010–2012 und sank auf 78,4 % (2013).

→ **Konvergenzkriterien** Fiskalische und monetäre Vorgaben, zu deren Einhaltung sich die Mitgliedsstaaten der Eurozone verpflichtet haben. Sie definieren u. a. für das jährliche Haushaltsdefizit und den staatlichen Schuldenstand Grenzwerte.

Um die Schuldenaufnahme zu begrenzen und die notwendige Haushaltskonsolidierung voranzubringen, wurde zudem 2010 die bisherige „Goldene Regel" durch die „Schuldenbremse" abgelöst. Nach der goldenen Regel durfte die öffentliche Neuverschuldung nur so hoch sein wie die öffentlichen Nettoinvestitionen, sofern keine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts vorlag.

Die erstmals im Haushaltsjahr 2011 angewandte Schuldenbremse verlangt von Bund (ab 2016) und Ländern (ab 2020) dagegen einen strukturell ausgeglichenen Haushalt. In einer Übergangsphase (2011–16) aufgrund der finanziellen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise wird dem Bund eine jährliche strukturelle Neuverschuldung von 0,35 % bezogen auf das BIP zugestanden. Lediglich bei Naturkatastrophen und Wirtschaftskrisen sind Ausnahmen möglich, jedoch nur in Verbindung mit verbindlichen Tilgungsplänen.

Ende 2014 wurde erstmals seit 1969 wieder ein ausgeglichener Bundeshaushalt ohne Nettokreditaufnahme verabschiedet.



Im März 2014 präsentierte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Medienvertretern den Bundeshaushalt 2014 mit Ausblick auf 2015. Tatsächlich konnte für **2015 ein ausgeglichener Haushalt** verabschiedet werden.

Wirtschaftsstruktur

Dienstleistungen vor Industrie

Deutschland hat eine international wettbewerbsfähige Industrie, einen leistungsfähigen Agrar- und einen breit gefächerten Dienstleistungssektor. Seit 1991 hat sich Deutschland weiterhin in Richtung Dienstleistungsgesellschaft entwickelt.

Dienstleistungen dominieren

Der Anteil des Dienstleistungssektors an der Wirtschaftsleistung (gemessen anhand der Bruttowertschöpfung) stieg seit 1991 um 6,5 Prozentpunkte auf im Jahr 2013 69,0 %, der industrielle Sektor bzw. das produzierende Gewerbe (verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Bergbau, Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung) schrumpfte um 6,1 Prozentpunkte auf 30,2 %, der Anteil des primären Sektors (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei) betrug 2013 nur noch 0,8 % (1991: 1,2 %). Die Zahlen zur Erwerbsstruktur sind noch eindeutiger: 73,8 % der Erwerbstätigen arbeiteten 2013 in Dienstleistungsbereichen (1991 waren es noch lediglich 60,9 %), 24,7 % im industriellen Sektor (1991: 36,1 %) und nur noch 1,5 % im primären Sektor (1991: 3,0 %).

Die Bruttowertschöpfung 2013 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Mrd. €	Anteil in %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	19,06	0,8

Produzierendes Gewerbe	741,22	30,2
Bergbau, Energie-, Wasserversorgung, Entsorgung	91,00	3,7
Verarbeitendes Gewerbe	535,46	21,8
Baugewerbe	114,76	4,7
Dienstleistungsbereiche	1 693,57	69,0
Handel	219,24	8,9
Verkehr und Lagerei	93,09	3,8
Gastgewerbe	42,91	1,7
Information und Kommunikation	96,21	3,9
Finanz- und Versicherungsdienstleister	99,68	4,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	299,15	12,2
Unternehmensdienstleister	280,12	11,4
öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	450,55	18,4
Sonstige Dienstleister	112,62	4,6
Alle Wirtschaftsbereiche	2 453,85	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt

Regionale Unterschiede

Gemessen an ihrem Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) sind Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg die wirtschaftsstärksten Bundesländer; am Schluss stehen das Saarland und Bremen. Nimmt man das BIP je Einwohner als Maßstab, standen 2013 die Stadtstaaten Hamburg und Bremen an der Spitze, gefolgt von den Flächenländern Hessen, Bayern und Baden-Württemberg. Am Ende der Skala rangieren die neuen Bundesländer Sachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern, die allerdings seit 1991 stark aufgeholt haben.

Auf der Ebene der Bundesländer kann hinsichtlich der Wirtschaftskraft ein deutliches West-Ost-Gefälle zwischen den alten und neuen

Bundesländern festgestellt werden. Hinzu kommt ein weniger stark ausgeprägtes Süd-Nord-Gefälle zwischen den nördlichen Bundesländern (ohne die Stadtstaaten Hamburg und Bremen) und den südlichen Bundesländern.

Metropolregionen

Die Wirtschaftskraft ist räumlich sehr unterschiedlich verteilt. Den Wirtschaftszentren, meist regionale Ballungsräume mit Großstädten, stehen dünn besiedelte ländliche Regionen gegenüber. In Deutschland gibt es elf Europäische Metropolregionen, in denen rund zwei Drittel der Bevölkerung leben: Rhein-Ruhr, Berlin/Brandenburg, München, Rhein-Main, Stuttgart, Hamburg, Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg, Nürnberg, Bremen-Oldenburg, Mitteldeutschland und Rhein-Neckar. Diese Metropolregionen gelten als besonders wichtig für die wirtschaftliche Entwicklung.

Unternehmensstruktur

Deutschland hat im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor international bekannte Großunternehmen, ist allerdings in der Breite gekennzeichnet durch eine teilweise hoch spezialisierte, international wettbewerbsfähige mittelständische Wirtschaft.

Mit Abstand die meisten der 3,7 Mio. Unternehmen (2012) sind laut Unternehmensregister Einzelunternehmen (63,8 %), gefolgt von Kapitalgesellschaften wie Aktiengesellschaft und GmbH (17,9 %) und Personengesellschaften wie Kommanditgesellschaft und Offene Handelsgesellschaft (12,3 %).

Die Wirtschaftskraft der Bundesländer

	BIP 2013 in Mrd. €	Anteil in %	BIP/Einwohner 2013 in €	BIP/Einwohner 1991 in €
Baden-Württemberg	407,24	14,88	37 472	23 370

Bayern	487,99	17,83	38 429	21 938
Berlin	109,19	3,99	30 642	19 117
Brandenburg	59,13	2,16	23 751	7 614
Bremen	28,58	1,04	43 085	27 127
Hamburg	97,73	3,57	53 611	35 980
Hessen	235,68	8,61	38 490	25 061
Mecklenburg-Vorpommern	37,06	1,35	22 817	7 464
Niedersachsen	238,98	8,73	30 149	18 836
Nordrhein-Westfalen	599,75	21,91	33 621	21 265
Rheinland-Pfalz	121,58	4,44	30 420	19 459
Saarland	32,06	1,17	31 834	19 501
Sachsen	99,89	3,65	24 226	7 586
Sachsen-Anhalt	53,00	1,94	23 196	7 095
Schleswig-Holstein	78,70	2,87	27 684	18 805
Thüringen	51,03	1,86	23 168	6 450
Westdeutschland	2 328,30	85,05	35 391	22 004
Ostdeutschland	409,30	14,95	25 129	9 531
Deutschland	2 737,60	100,00	33 355	19 186

Quelle: Statistisches Bundesamt

→ **Bruttowertschöpfung** Summe der im Produktionsprozess geschaffenen Werte an Gütern und Dienstleistungen (Produktionswerte abzüglich Vorleistungen)

Nur jedes fünfte Unternehmen ist laut Unternehmensregister (2012) dem produzierenden Gewerbe zuzurechnen; dort sind ein Drittel der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten tätig, die rund 47 % des Umsatzes erwirtschaften. In den verschiedenen Dienstleistungsbereichen

finden sich 80 % der Unternehmen, in denen zwei Drittel der Beschäftigten arbeiten und die rund 53 % des Umsatzes erwirtschaften.

KMU

KMU ist die Abkürzung für kleine und mittlere Unternehmen des Handwerks, der Industrie und der Dienstleistungsbereiche, die auch als mittelständische Wirtschaft bezeichnet werden. Kleinstunternehmen haben bis zu neun Beschäftigte und einen Umsatz von bis zu 2 Mio. €, kleine Unternehmen haben zwischen zehn und 49 Beschäftigte und zwischen 2 und 10 Mio. € Umsatz, mittlere Unternehmen zwischen 50 und 249 Beschäftigte sowie zwischen 10 und 50 Mio. € Umsatz.

Mittelständische Wirtschaft

Für Deutschland ist die mittelständische Wirtschaft prägend. Zum Mittelstand werden alle Unternehmen mit weniger als 250 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und weniger als 50 Mio. € Jahresumsatz gezählt. Nach dieser Definition umfasst die mittelständische Wirtschaft 99,3 % (2012) aller Unternehmen und 60,3 % aller Beschäftigten. Rund ein Drittel (32,2 %) des Umsatzes aller Unternehmen sowie 46,9 % der Bruttowertschöpfung werden vom Mittelstand erwirtschaftet. Als weiteres Charakteristikum mittelständischer Unternehmen, die auch als Familienunternehmen bezeichnet werden, wird oft genannt, dass sie nicht selten vom Inhaber geführt werden.

Die größten deutschen Unternehmen 2012

Unternehmen	Wertschöpfung (Mrd. €)	Geschäftsvolumen (Mrd. €)	Beschäftigte
Volkswagen AG	25,7	129,7	249470
Daimler AG	16,1	72,6	166363
Siemens AG	14,1	34,0	119000

Deutsche Bahn AG	11,7	23,4	186222
Bayerische Motorenwerke AG	11,3	59,8	76 429
Deutsche Telekom AG	11,3	27,5	118840
BASF SE	9,1	32,7	52 844
Robert Bosch GmbH	7,8	30,7	111909
Deutsche Post AG	7,1	16,8	167082
Deutsche Lufthansa AG	6,5	22,2	67 620

Quelle: Monopolkommissior

Ein besonderer Bereich der mittelständischen Wirtschaft ist das Handwerk. Die rund 580 000 (2011) Handwerksunternehmen (rund 16 % aller Unternehmen) beschäftigen 3,7 Mio. Menschen sozialversicherungspflichtig (rund 14 % aller Beschäftigten) und erwirtschaften einen Umsatz von 513 Mrd. €. Über die Hälfte der Unternehmen sind im Baugewerbe tätig (z. B. Maurer, Installateure, Maler, Elektrotechniker), 15 % sind Handwerke für den privaten Bedarf wie Friseure und Textilreiniger. Seit 2004 gibt es neben zulassungspflichtigen auch zulassungsfreie Handwerksbetriebe ohne Meisterzwang.

Großunternehmen

In der Wirtschaftsstatistik zählen alle Unternehmen mit 250 und mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie alle Unternehmen, die mehr als 50 Mio. € Jahresumsatz erzielen, zu den Großunternehmen. Das sind laut Unternehmensregister 12 880 Unternehmen (2012), darunter 31,2 % Industrieunternehmen, 16,4 % Unternehmen aus dem Gesundheits- und Sozialwesen sowie 12,2 % Handelsunternehmen. Die Großunternehmen beschäftigen rund 40 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und erzielen zwei Drittel des Umsatzes aller Unternehmen sowie 53,1 % der Bruttowertschöpfung.

Land-, Forstwirtschaft und Fischerei

Auch wenn der Agrarsektor ökonomisch nur noch eine untergeordnete Rolle spielt, kommt ihm doch eine wichtige Bedeutung zu: Die zugehörigen Unternehmen sind nicht nur für die Nahrungsmittelerzeugung wichtig, sondern auch für die Landschaftspflege.



Auf etwa der Hälfte des Ackerlandes wird in Deutschland **Getreide** angebaut. Viele Landwirte beziehen heute auch aus den **erneuerbaren Energien** einen wichtigen Teil ihres Einkommens.

Gesamtwirtschaftliche Bedeutung

Der primäre Sektor hat nur noch einen Anteil von weniger als 1 % an der Bruttowertschöpfung (21,7 Mrd. € bzw. 0,86%; 1991: 17,1 Mrd. € bzw. 1,2 %). In seinen Betrieben arbeiten etwa 1,5 % der Erwerbstätigen (646 000; 1991: 3,0 %).

Landwirtschaftsfläche

Mit 186 465 km^2 (2012) macht die landwirtschaftliche Nutzfläche 52,2 %

der Gesamtfläche aus. Als Wald werden 107 970 km^2 (30,2 %), als Wasserfläche 8634 km^2 (2,4 %) ausgewiesen. Die Landwirtschaftsfläche ist seit 1992 um 4,4 % geschrumpft, die Waldfläche ist um 3,2 %, die Wasserfläche um 10,2 % gewachsen.

Einen überdurchschnittlichen Anteil an der Landwirtschaftsfläche haben Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen, am waldreichsten sind Rheinland-Pfalz, Hessen und Baden-Württemberg. Die größten Wasserflächen nach den Stadtstaaten Bremen und Hamburg haben Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern.

→ **Nebenerwerb** Tätigkeit, die neben dem Hauptberuf ausgeübt wird. Aus Nebenerwerbstätigkeiten erwachsen häufig Existenzgründungen.

Landwirtschaftliche Betriebe

Die rund 285 000 (2013) landwirtschaftlichen Betriebe bewirtschaften insgesamt 16,7 Mio. ha. Etwa 90 % der Betriebe sind Einzelunternehmen, davon werden 124 000 als Haupterwerb und 132 000 im Nebenerwerb betrieben. 23 700 Betriebe sind als Personengesellschaften, 4300 als Kapitalgesellschaften und 1000 als Genossenschaften organisiert.

→ **Produktionswert** Wert der innerhalb eines bestimmten Zeitraums im Inland produzierten Güter inklusive der Vorleistungen

Die durchschnittliche Betriebsgröße liegt bei 58,6 ha. Weit überdurchschnittlich ist die Betriebsgröße in Mecklenburg-Vorpommern (285 ha), Sachsen-Anhalt (279 ha), Brandenburg (243 ha) und Thüringen (230 ha). Dies liegt u. a. an den in der DDR üblichen Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und volkseigenen Gütern, die nach 1990 reprivatisiert wurden. Auch in Schleswig-Holstein (75 ha) und Niedersachsen (66 ha) liegt die Betriebsgröße über dem Bundesdurchschnitt, während in den südlichen Bundesländern wie Baden-Württemberg (34 ha), Bayern (34 ha) und Rheinland-Pfalz (37 ha)

eher eine kleinbäuerliche Struktur vorherrscht.

Die Zahl der Betriebe hat sich in den letzten Jahrzehnten mehr als halbiert (1991: 642 700 Betriebe), die durchschnittliche Betriebsgröße mehr als verdoppelt (1991: 26,5 ha). Durch den technischen Fortschritt können heute größere Flächen bewirtschaftet und Tierbestände gehalten werden. Auf den ökologischen Landbau entfallen 6,3 % (2013) der Fläche und der Betriebe.

Erntemengen und Erträge ausgewählter Anbaukulturen 2013

	Erntemenge in Mio. t	Ertrag in t je ha
Getreide insgesamt	47,8	7,3
Kartoffeln	9,7	39,8
Zuckerrüben	22,8	63,9
Raps und Rübsen	5,8	4,0
Silomais	78,2	39,0

Quelle: Statistisches Bundesamt

In den Betrieben arbeiten rund 1 Mio. Arbeitskräfte (2013). Etwa die Hälfte sind Familienarbeitskräfte (mithelfende Familienangehörige), dazu kommen 200 000 ständige Arbeitskräfte und 314 000 Saisonarbeiter (Erntehelfer).

Der Produktionswert der Landwirtschaft wird vom Deutschen Bauernverband mit rund 56,1 Mrd. € (2013) angegeben; 27,3 Mrd. € entfallen auf die tierische, 26,7 Mrd. € auf die pflanzliche Produktion und 2,1 Mrd. € auf Dienstleistungen. Abzüglich der Vorleistungen ergibt sich eine Bruttowertschöpfung von 17,9 Mrd. €.

Ackerbau

Unterschieden nach Kulturarten verteilt sich die landwirtschaftlich genutzte Fläche von 16,7 Mio. ha (2013) auf Ackerland (71,1 %), Dauergrünland wie Wiesen und Weiden (27,7 %) und Sonderkulturen im

Freiland wie Obstanlagen und Rebflächen (1,2 %). Das Ackerland wird vor allem zum Anbau von Getreide (55 %), Silomais (16,9 %), Raps und Rübsen (12,3 %), Zuckerrüben (3 %) und Kartoffeln (2 %) genutzt. Der Anbau von Roggen, Gerste und Kartoffeln geht zugunsten des Anbaus von Ölsaaten wie Raps sowie Mais und Weizen zurück.

Der Anbau von Gemüse, Obst und Wein gilt als sehr arbeitsintensiv und anspruchsvoll. Die Anbaufläche von Gemüse im Freiland von rund 1 12 000 ha verteilt sich auf Blatt- und Stängelgemüse (39 %), Wurzel- und Knollengemüse (26 %), Kohlgemüse (17 %), Hülsenfrüchte (8 %) und Fruchtgemüse (7 %).

Im Obstbau dominiert der Baumobstanbau, die verschiedenen Beeren spielen nur eine untergeordnete Rolle. Von der Baumobsternte von 936 000 t (2013) entfielen 86 % auf Äpfel, 5 % auf Pflaumen und Zwetschgen, 4 % auf Birnen sowie 4 % auf Kirschen.

Die Anbaufläche im traditionellen Weinbau liegt bei 99 500 ha (2013). Die wichtigsten Anbaugebiete sind Rheinhessen, Pfalz, Baden und Württemberg.

Tierhaltung

Einen Schwerpunkt in der Landwirtschaft bildet die tierische Veredelungswirtschaft. Rinder werden als Milchvieh, Mastvieh oder Mutterkuh gehalten – bei sinkenden Beständen (seit 2000 um 13 %). Die Bedeutung der Schweinehaltung ist zuletzt gewachsen (+9 %). Insbesondere durch verbesserten Tierschutz (Abschaffung der konventionellen Käfighaltung 2009) hat sich die Haltung von Legehennen grundlegend geändert. Es dominiert die Bodenhaltung (63 %).

Insgesamt wurden 8,0 Mio. t (2013) Fleisch produziert, davon 5,5 Mio. t Schweine-, 1,4 Mio. t Geflügel- und 1,1 Mio. t Rindfleisch. Während seit 2000 die Rindfleischerzeugung um 15 % zurückgegangen ist, stiegen die Schweinefleischproduktion um 38 % und die Geflügelfleischproduktion um 80 %. Die Erzeugung von Kuhmilch ist seit 2000 um rund 8 % auf 30,7 Mio. t gestiegen. Die Milch wird zu rund 47 % zu Käse weiterverarbeitet,

27 % entfallen auf Konsummilch und Frischprodukte und 20 % auf Butter und Dauermilcherzeugnisse.

Forstwirtschaft

Die Waldfläche ist zu einem Drittel Staatswald, zu einem Fünftel Gemeindewald und überwiegend Privatwald (44 %). Der Wald besteht zu 57 % aus Nadel- und zu 43 % aus Laubwald. Der Holzeinschlag betrug 2013 53,2 Mio. m^3, davon 73,1 % Nadelholz und 26,9 % Laubholz. Besonders stark erhöht hat sich der Holzeinschlag für Heizzwecke.



Insbesondere bei Nadelhölzern ist der **Holzeinschlag** in den letzten Jahrzehnten stark mechanisiert worden.

Fischerei

Die Hochseefischerei verfügt noch über acht Schiffe, die Küstenfischerei über 1525 Schiffe an Nord- und Ostsee. Die Fangmenge, die an deutschen Fischereihäfen angelandet wurde, wird mit rund 61 000 t (2013) angegeben. 1995 lag die inländische Fangmenge noch bei 121 000 t. Hinzu kommt die Fangmenge deutscher Schiffe an ausländischen Häfen mit rund 147 000 t (2013). Die wichtigsten Fischereihäfen sind Bremerhaven und Cuxhaven sowie zu DDR-Zeiten auch Rostock.

Nutztierbestände 2013

	Mio.
Rinder	12,7
Schweine	28,1
Schafe	1,6
Ziegen	0,1
Legehennen	38,4

Quelle: Statistisches Bundesamt

Landwirtschaft und EU

Deutschland ist nach Frankreich zweitgrößter Agrarproduzent in der EU: Bei Milch, Schweinefleisch, Zucker und Kartoffeln ist Deutschland Europas größter Produzent, bei Getreide, Raps, Rind- und Geflügelfleisch liegt das Land hinter Frankreich an zweiter Stelle.

Die Landwirtschaft in der EU erfährt eine intensive Unterstützung durch Subventionen, die zuletzt von Preisstützung und Marktregulierung hin zu direkten Einkommensbeihilfen umgeschichtet und vereinfacht, aber noch nicht gravierend zurückgeführt wurde.



Blick auf die qualmenden Kühltürme des **Braunkohlekraftwerks Jänschwalde** in Brandenburg, dessen Bestand bis mindestens 2020 politisch gesichert ist

Bergbau und Energiewirtschaft

Für den hochentwickelten Industriestaat Deutschland ist eine sichere und preisgünstige, aber auch umweltschonende und klimagerechte Versorgung mit Energie von grundlegender Bedeutung.

Gesamtwirtschaftliche Bedeutung

Deutschland ist relativ arm an Bodenschätzen. Die vorhandenen Rohstoffe dienen überwiegend der Energieerzeugung. In der Wirtschaftsstatistik zählen die Bereiche Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (Bruttowertschöpfung 2013: 5,3 Mrd. €; Anteil 0,2 %), Energieversorgung (65,9 Mrd. €; 2,6 %) sowie Wasserversorgung und Entsorgung (26,7 Mrd. €; 1,1 %) zum produzierenden Gewerbe. Seit 1991 hat sich die Wertschöpfung des Bergbaus fast halbiert, die Wertschöpfung sowohl der Bereiche Wasserversorgung und Entsorgung als auch der Energieversorgung mit 113 bzw. 141 % mehr als verdoppelt. Die Bruttowertschöpfung der gesamten Wirtschaft ist dagegen um rund 76 % gestiegen.

Bodenschätze und Bergbau

Die Vorkommen von Braunkohle (v. a. Rheinische Bucht, Niederlausitz und Mitteldeutschland) sind vergleichsweise groß. Hinzu kommen Lagerstätten von Steinkohle (v. a. Ruhrgebiet, Aachener Raum, Saarland), Steinsalz (Niedersachsen, Bayern) und Kalisalz (Niedersachsen, Hessen, Thüringen) sowie einige Vorkommen von Erdöl und Erdgas (v. a. Niedersachsen und Schleswig-Holstein).

Der vormals bedeutende Steinkohlebergbau wird nach der Stilllegung des Saarreviers und des Bergwerks West in den vergangenen Jahren nur noch in drei Bergwerken (zwei an der Ruhr, Ibbenbüren) betrieben. Ende 2018 wird der staatlich subventionierte Steinkohlebergbau beendet. Demgegenüber ist Deutschland weltweit größter Produzent von Braunkohle (Weltmarktanteil 2012: 17 %). Braunkohle wird im landschaftsverzehrenden Tagebau gewonnen.

Deutschland ist europaweit größter Produzent von Kalisalzen (2012: 5,8 Mio. t) sowie Stein-, Hütten- und Salinensalz (14,5 Mio. t). Die Erzförderung spielt praktisch keine Rolle mehr. Der in der DDR betriebene Abbau von Uranerz wurde Ende 1990 eingestellt.

Energiewirtschaft

Der Energiesektor wird seit jeher stark politisch beeinflusst. Lange Zeit wurden wegen Versorgungssicherheit v. a. die Kernenergie gefördert und der Steinkohlebergbau subventioniert. Unter umweltpolitischen Aspekten (z. B. Treibhauseffekt) gewinnen die Förderung von Energieeinsparung bzw. Energieeffizienz sowie die Förderung erneuerbarer Energien an Bedeutung.

Spätestens mit dem Reaktorunfall im japanischen Fukushima 2011 fand eine energiepolitische Wende statt. Die Energiewende brachte v. a. den endgültigen Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022 und den Umstieg auf erneuerbare Energien, die bis 2020 rund 40 % und bis 2050 mehr als 85 % des Strombedarfs decken sollen.

Neben der Energiewende führte auch die Liberalisierung des europäischen Energiemarkts 1998 zur Schwächung der Stellung der großen Energieversorgungsunternehmen, die quasi regionale Monopole besaßen. Besonders die dezentrale Stromversorgung mündet in einen Strukturwandel weg von den großen Energiekonzernen hin zu kleineren Versorgungsunternehmen (z. B. Stadtwerke, Energiegenossenschaften) und zur Eigenerzeugung durch die Verbraucher bei erneuerbaren Energien.

Strukturwandel im Bergbau

Die schwindende Bedeutung der Montanindustrie führte in den Kohlerevieren zu massiven Strukturveränderungen. Dies betrifft nicht nur die Steinkohlereviere im Ruhrgebiet und im Saarland. So ließ die Sanierung von Flächen ehemaliger Braunkohletagebaue in der Lausitz und um Leipzig neue Erholungslandschaften mit großen Seen entstehen. Umweltpolitisch problematischer ist die Altlastensanierung von Uranbergwerken in Sachsen und Thüringen sowie von Kali- und Salzbergwerken, die auch zur Entsorgung von Sonderabfällen und radioaktiven Abfällen (z. B. Gorleben) genutzt werden.

Primärenergieverbrauch

Deutschland ist bis auf Braunkohle weitgehend von Importen abhängig. Die Nettoimportabhängigkeit liegt bei rund 70 % (2013) und ist bei Mineralöl (98,5 %), Erdgas (85,5 %) und Steinkohle (80,3 %) besonders hoch.

→ **Primärenergie** Die in natürlichen Stoffen, z. B. Kohle, sowie in erneuerbaren Energien, z. B. Wind, enthaltene Energie

Bei der Primärenergieerzeugung im Inland von 137,8 Mio. t (2013) Steinkohleeinheiten (SKE) ist Braunkohle am wichtigsten, auch wenn ihr Anteil von 50,5 % (1990) auf 41,0 % (2013) gesunken ist. Der Anteil der Steinkohle ist im selben Zeitraum von 33,6 % auf 5,6 % stark zurückgegangen, der Anteil erneuerbarer Energien hat sich von 3,2 % auf 35,5 % deutlich erhöht.

→ **Sekundärenergie** Die durch Umwandlung aus der Primärenergie gewonnene Energie

Der Primärenergieverbrauch insgesamt (Inlandserzeugung und Nettoimporte) ist von 508,6 Mio. t SKE (1990) auf 471,8 Mio. t SKE (2013) um 7,2 % zurückgegangen. Auch die Struktur des Primärenergieverbrauchs hat sich gewandelt. Hinter dem weiterhin

wichtigsten Energieträger Mineralöl hat Erdgas die Braunkohle auf dem zweiten Rang abgelöst. Seit 1990 hat sich der Primärenergieverbrauch der Braunkohle nahezu halbiert, der von Kernenergie ist um 36 % gesunken.

→ **Endenergie** Die beim Verbraucher ankommende Energie

Struktur des Primärenergieverbrauchs in %

	1990	2000	2013
Steinkohle	15,3	14,0	12,9
Braunkohle	21,5	10,8	11,8
Mineralöl	35,1	38,2	33,6
Erdgas	15,5	20,8	23,0
Kernenergie	11,2	12,9	7,7
Erneuerbare Energien	1,3	2,9	10,4
Sonstiges	0,1	0,4	0,6

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Struktur der Bruttostromerzeugung in %

	1990	2000	2013
Steinkohle	25,6	24,8	19,4
Braunkohle	31,1	25,7	25,5
Mineralöl	2,0	1,0	1,0
Erdgas	6,5	8,5	10,6
Kernenergie	27,7	29,5	15,4
Erneuerbare Energien	3,6	6,6	24,1
Sonstiges	3,5	3,9	4,0

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Auf der anderen Seite stieg der Primärenergieverbrauch von Erdgas um 38 %, derjenige der erneuerbaren Energien versiebenfachte sich. Bei den erneuerbaren Energien dominiert die Biomasse (53,3 %) vor der Windkraft (13,0 %), erneuerbaren Abfällen (8,3 %), Fotovoltaikanlagen (7,8 %), Biokraftstoffen (7,7 %) und der Wasserkraft (5,2 %).

Endenergieverbrauch

Vor allem durch Verbrauch und Verluste im Energiesektor selbst stehen durchschnittlich nur zwei Drittel der Primärenergie als Endenergie zur Verfügung (2013: 316,2 Mio. t SKE), die sich auf die Bereiche Bergbau und Industrie (90,1 Mio. t SKE), Gewerbe, Handel, Dienstleistungen (40,2 Mio. t SKE), Verkehr (89,1 Mio. t SKE) und private Haushalte (88,8 Mio. t SKE) verteilen.

Stromerzeugung, Stromverbrauch

Die Elektrizitätserzeugung stieg von 549,9 Mrd. Kilowattstunden (kWh) im Jahr 1990 auf 2013 631,4 Mrd. kWh (+14,8 %). Der Höchstwert wurde 2008 mit 640,7 Mrd. kWh erreicht. Überdurchschnittlich zurückgegangen ist seit dem Jahr 1990 der Einsatz der Kernenergie (vom Höchstwert 2001 um 43 %). Nahezu verachtfacht hat sich im selben Zeitraum der Einsatz erneuerbarer Energien. Seit 2010 steigt auch wieder der Einsatz der Braunkohle zur Stromerzeugung.

Die Diskussion um Stromerzeugung, Stromverbrauch, Stromnetze und den Einsatz der Kernenergie beherrscht die öffentliche Debatte, neuerdings auch die negativen Auswirkungen des Einsatzes erneuerbarer Energien auf die Strompreise. In den Hintergrund treten der Energiebedarf zur Wärmeerzeugung und für den Verkehr sowie Fragen des Energiesparens und des effizienten Energieeinsatzes.

Kennziffern für die Energieeffizienz sind u. a. der Primärenergieverbrauch je Einwohner und der Primärenergieverbrauch je 1000 € Bruttoinlandsprodukt. Der Energieverbrauch je Einwohner ist seit 1990 um 8,3 % zurückgegangen, der Energieverbrauch pro 1000 €

BIP um 31,4 %. Damit hat sich das Wirtschaftswachstum vom Energieverbrauch entkoppelt.

Industrie und Bauwirtschaft

Auch wenn die Bedeutung des produzierenden Gewerbes auf Kosten des Dienstleistungssektors sinkt, zählen die exportorientierte Industrie und die Bauwirtschaft nach wie vor zu den Stabilitätspfeilern der deutschen Wirtschaft.

Gesamtwirtschaftliche Bedeutung

In der Wirtschaftsstatistik zählen verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe zusammen mit Bergbau und Energiewirtschaft zum produzierenden Gewerbe (sekundärer Sektor). Der Strukturwandel von einer Industrie- zu einer Dienstleistungsgesellschaft zeigt sich am sinkenden Anteil des produzierenden Gewerbes insgesamt an der Wirtschaftsleistung und an den Erwerbstätigen. Trotzdem zählt v. a. die exportorientierte Industrie zum Kernbereich der deutschen Wirtschaft.

Der Anteil des produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung liegt nur noch bei 30,2 % (2013). 1991 waren es noch 36,3 %. Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes (Industrie) sank von 26,6 % auf 21,8 %, der des Baugewerbes von 6,1 % auf 4,6 %. Die Zahl der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe ging von 14,0 Mio. (1991) auf 10,3 Mio. (2013) und damit um 26 % zurück, in der Industrie um knapp 28 % von 10,1 Mio. auf 7,3 Mio., im Baugewerbe um knapp 16 % von 2,9 Mio. auf 2,5 Mio. Der Anteil der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe an allen Erwerbstätigen sank von 36,1 % (1991) auf 24,7 % (2013), in der Industrie von 26,1 % auf nur noch 17,4 %, im Baugewerbe von 7,6 % auf 5,9 %.

In Ostdeutschland hatte nach 1990 bis 1995 die Industrie dramatische Anpassungsprozesse mit fast einer Halbierung der Arbeitsplätze zu

bewältigen. Durch den Bauboom waren 1994–98 im Baugewerbe sogar mehr Erwerbstätige beschäftigt als in der Industrie.

Verarbeitendes Gewerbe

Im Zeitraum 1991–2013 ist die Wertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe mit rund 43 % deutlich geringer gestiegen als die der gesamten Wirtschaft mit 75,8 %. Gemessen an der Bruttowertschöpfung wird das verarbeitende Gewerbe vom Fahrzeugbau, dem Maschinenbau und der Metallindustrie dominiert. Auf diese drei Zweige entfällt knapp die Hälfte der industriellen Wertschöpfung.

Bruttowertschöpfung der Wirtschaftszweige des verarbeitenden Gewerbes 2012

	Mrd. €	Anteil in %
Nahrungsmittel-, Getränke-, Tabakindustrie	39,3	7,0
Textil-, Bekleidungs-, Leder-, Schuhindustrie	7,3	1,3
Holz-, Papier-, Druckindustrie	24,9	4,4
Kokerei, Mineralölverarbeitung	3,9	0,7
Chemische Industrie	40,3	7,2
Pharmazeutische Industrie	22,1	4,0
Gummi-, Kunststoff-, Glas-, keramische Industrie	40,6	7,3
Metallindustrie	71,4	12,8
Elektro-, EDV-, optische Industrie	31,7	5,7
Maschinenbau	87,9	15,7
Fahrzeugbau	110,4	19,7
Möbelindustrie	37,9	6,8
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	558,7	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt

→ **Schwellenländer** Entwicklungsländer, die eine hohe wirtschaftliche Eigendynamik entfalten und gegenüber den Industriestaaten deutlich aufholen

Industrieller Strukturwandel

Seit 1991 hat sich der Strukturwandel fortgesetzt. So ging etwa die Bruttowertschöpfung im Textil- und Bekleidungsgewerbe zwischen 1991 und 2012 um fast die Hälfte und in der Druckindustrie um 21 % zurück. Nur unterdurchschnittlich wuchs die Wirtschaftsleistung der optischen und Computerindustrie (+14,6 %), der Elektroindustrie (+20,0 %), der Ernährungsindustrie (+20,8 %), der Gummi, Kunststoff- und Glasindustrie (+25,7 %) sowie der chemischen Industrie (+28,3 %). Demgegenüber verdoppelte sich die Wertschöpfung im Fahrzeugbau, im Maschinenbau stieg sie um 65,3 %, in der pharmazeutischen Industrie sogar um 132,1 %.

SCHLAGZEILE

BDI-Chef gegen Steuersünder

Im Februar 2008 wurde der ehemalige Spitzenmanager der Deutschen Post, Klaus Zumwinkel, wegen Steuerhinterziehung festgenommen. Der damalige Vorsitzende des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Jürgen R. Thumann, nahm dies zum Anlass, sich klar von unehrenhaften Managern zu distanzieren: „Wer die Regeln nicht akzeptiert, gehört nicht mehr dazu“, sagte er in einem Interview. Der BDI ist die Spitzenorganisation der deutschen Industrie und der industrienahen Dienstleistungsunternehmen und vertritt die Interessen seiner über 100 000 Mitgliedsunternehmen gegenüber Politik und Öffentlichkeit im In- und Ausland.

Motor des Wachstums

Trotz der sinkenden relativen Bedeutung der Industrie gehört sie weiterhin zum Kernbestand der deutschen Wirtschaft. Autos, Maschinen, chemische und pharmazeutische Produkte und vieles mehr zählen zu den traditionellen Erzeugnissen deutscher Wertarbeit und unterstreichen die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. „Made in Germany“ ist wegen der qualitativ hochwertigen Industrieproduktion heute ein

Gütesiegel.

Besonders in der pharmazeutischen Industrie, im Maschinen- sowie im Fahrzeugbau ist der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz und damit die Exportorientierung mit Werten von über 60 % sehr hoch. Durchschnittlich liegt der Anteil des Auslandsumsatzes bei rund 50 %. Deutschland ist hinter China, den USA und Japan die viertgrößte Industrienation. Und über 70 % der Exporte entfallen auf Produkte des verarbeitenden Gewerbes.

Ohne Forschung und Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe würde die Innovationskraft erlahmen. Die Industrie wendet über 50 Mrd. € jährlich für Forschung und Entwicklung auf, das entspricht knapp 8 % bezogen auf die industrielle Wertschöpfung, in der Gesamtwirtschaft sind es rund 2 %. Zwar findet im Zeitalter der Globalisierung eine internationale Verschiebung der industriellen Wertschöpfung von traditionellen Industriestaaten in Schwellenländer statt. Trotzdem konnte die deutsche Industrie ihre Stellung am Weltmarkt behaupten. Dies beruht nicht zuletzt auf der Qualifikation der Beschäftigten, der ständigen Weiterentwicklung und Erfindung von Produkten und Verfahren sowie der damit zusammenhängenden hohen Produktivität.



Schweißroboter in der Produktion des Passat im **Volkswagenwerk** in Emden

Während sich die Arbeitsproduktivität gemessen als Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen von 40 727 € (1991) auf 66 448 € (2013) um rund 63 % erhöhte, verdoppelte sich dieser Wert im verarbeitenden Gewerbe fast von 38 923 € auf 75 442 €.

Unternehmensstruktur

Die Verteilung der Industriebetriebe nach Beschäftigtengrößenklassen weist auf eine starke Prägung durch den Mittelstand hin. Lediglich 618 Betriebe der in die Strukturerhebung einbezogenen Unternehmen haben mehr als 1000 Beschäftigte, 31 908 Betriebe haben weniger als 100 Beschäftigte. Im Durchschnitt hat jeder Industriebetrieb 134 Beschäftigte.

Die Monopolkommission hat errechnet, dass die nach ihrem Umsatz 50 größten deutschen Industrieunternehmen knapp 35 % des gesamten Industrieumsatzes auf sich vereinigen. Dabei werden bei den Unternehmen die Umsätze der inländischen Konzerngesellschaften zusammengefasst. Die Rangliste dominieren Unternehmen der Automobilindustrie und Energiekonzerne.

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz in ausgewählten Industriezweigen 2013

	Betriebe	Beschäftigte	Umsatz in Mrd. €	Anteil Auslandsumsatz in %
Fahrzeugbau	1 633	893819	399,6	64,6
Maschinenbau	6 138	1004253	222,8	60,6
Nahrungsmittelindustrie	5 316	494 300	154,8	21,0
Chemische Industrie	1 601	327 916	147,2	58,0
Herstellung von Metallerzeugnissen	7 454	642 554	105,6	29,9
Metallerzeugung und -bearbeitung	1 065	251 692	98,6	39,2
Kokerei, Mineralölverarbeitung	67	17 966	94,2	10,6
Herstellung elektrischer	2 220	405 489	84,6	47,5

Ausrüstungen				
Gummi-, Kunststoffindustrie	3 205	378 059	74,3	36,8
EDV-, elektronische, optische Industrie	1 873	281 373	66,6	58,1
Pharmazeutische Industrie	330	110 036	43,4	66,6
Papierindustrie	930	131 110	37,4	40,0

Quelle: Statistisches Bundesamt

Die nach Umsatz größten deutschen Industrieunternehmen (2012)

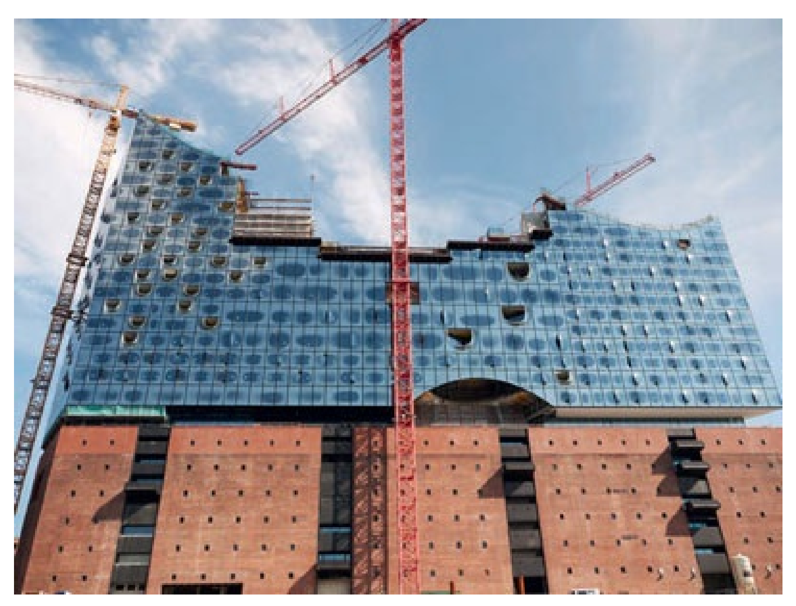
Unternehmen	Branche	Umsatz in Mrd. €
Volkswagen AG	Automobil	129,7
E.ON SE	Energie	102,0
Daimler AG	Automobil	72,6
Bayerische Motorenwerke AG	Automobil	59,8
BP-Gruppe Deutschland	Mineralöl	46,4
RWE AG	Energie	44,0
Shell-Gruppe Deutschland	Mineralöl	38,1
Siemens AG	Elektro, Technologie	34,0
BASF SE	Chemie	32,7
Robert Bosch GmbH	Elektro, Technologie	30,7

Quelle: Monopolkommissior

Bauwirtschaft

In den Jahren 1991-2012 lag der Anteil der Bauwirtschaft an der Bruttowertschöpfung durchschnittlich bei 5,1 %, etwa 7,0 % der Erwerbstätigen arbeiteten in der Baubranche. Beide Werte zeigen wegen des Baubooms in den neuen Bundesländern in den 1990er-Jahren eine leicht rückläufige Tendenz. So betrug der Wertschöpfungsanteil 2013

noch 4,6 %, der Erwerbstätigenanteil 5,9 %. Im Zeitraum 1991–2013 wuchs die Wertschöpfung des Baugewerbes mit 35,5 % deutlich geringer als die der gesamten Wirtschaft mit rund 76 % und lag 2013 bei 116,5 Mrd. €.



Zu den spektakulären und umstrittenen **Großprojekten im Bauwesen** zählt neben dem Tiefbahnhof „Stuttgart21“ und dem Flughafen Berlin-Brandenburg auch die Elbphilharmonie in Hamburg.

Die Bauwirtschaft (Baugewerbe) setzt sich zusammen aus dem Bauhauptgewerbe (v. a. Bau von Gebäuden, Tiefbau sowie Straßenbau), dem Ausbaugewerbe (v. a. Bauinstallation) sowie dem Bereich Bauträger und Erschließung von Grundstücken. Unter Einbeziehung der Kleinbetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten waren im Baugewerbe 2012 insgesamt rund 2 Mio. Menschen tätig, davon knapp 800 000 im Bauhauptgewerbe und 1,2 Mio. im Ausbaugewerbe und bei Bauträgern. Der Gesamtumsatz lag bei 211,3 Mrd. €, davon 97,8 Mio. € im Bauhauptgewerbe.

Ein Teil der Betriebe sind Handwerksbetriebe, die in Handwerkskammern organisiert sind, ein anderer Teil sind mittelständische und große Betriebe (Bauindustrie), die Industrie- und Handelskammern angehören.

Die wichtigste Sparte ist der Wohnungsbau mit 57,9 % (2012) der Bauinvestitionen. Auf den Wirtschaftsbau (Hoch- und Tiefbau), zu dem auch die vormals öffentlichen Auftraggeber Deutsche Bahn, Deutsche Telekom und kommunale Versorger und Entsorger zählen, entfallen 29,9 %. Der Anteil des öffentlichen Baus (Hoch- und Tiefbau) ist langfristig deutlich gesunken auf 12,2 % (2012).

Dienstleistungen

Wie in anderen hochentwickelten Industriestaaten besteht auch in Deutschland unter anderem aufgrund von internationaler Arbeitsteilung und Nachfrageveränderungen seit Jahrzehnten eine Tendenz zur Dienstleistungsgesellschaft.

Gesamtwirtschaftliche Bedeutung

Seit 1991 ist der Anteil des tertiären Sektors an der Bruttowertschöpfung des Landes von 62,5 % auf 69,0 % (2013) gestiegen. Vor der deutschen Einheit hatte dieser Wert 1971 erstmals bei 50 % gelegen. Da der Dienstleistungsbereich vergleichsweise arbeitsintensiv ist, liegen die Beschäftigtenanteile noch höher. Waren 1991 noch 60,9 % der Erwerbstätigen im tertiären Sektor beschäftigt, waren es 2013 73,8 %. Der Beschäftigtenanteil hatte 1975 erstmals bei über 50 % gelegen.

Handel

Im Wirtschaftsbereich Handel (Binnenhandel) werden die Wirtschaftszweige Großhandel, Einzelhandel sowie Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen unterschieden. Seit 1991 wuchs die Bruttowertschöpfung des Handels mit rund 64 % deutlich weniger als die des gesamten Dienstleistungssektors mit knapp 94 %. Der Handel trägt mit 13,9 % (2013) zur Wertschöpfung des tertiären Sektors bei (1991: 16,4 %). Im Zeitraum 1991–2013 stieg die Zahl der Erwerbstätigen im Bereich Handel mit 5,3 % weitaus weniger als im gesamten Dienstleistungssektor mit 30,0 %.

Strukturwandel im Einzelhandel

In vielen Bereichen des Handels, insbesondere im Einzelhandel kam es in den vergangenen Jahren zu Strukturveränderungen. Zum einen ist dem stationären Handel (Ladengeschäfte) mit dem Internet ein neuer Konkurrent entstanden. Im Einzelhandel liegt der Umsatzanteil des E-Commerce inzwischen bei 5,3 %. Andererseits kam es zu erheblichen Unternehmenskonzentrationen, z. B. im Lebensmitteleinzelhandel, und zu stark veränderten Betriebsformen wie etwa dem Aufkommen von Einkaufszentren und der Verbreitung von Einkaufsmärkten und Fachmärkten auf der „grünen Wiese" zulasten kleinerer Unternehmen im Facheinzelhandel. Hinzu kamen die Filialisierung von Einzelhandelsgeschäften in innerstädtischen Bereichen und die sinkende Bedeutung des traditionellen Warenhauses. Viele Entwicklungen haben auch mit einem veränderten Einkaufsverhalten der Kunden (z. B. mehr Selbstbedienung) zu tun.

Kenndaten für den Binnenhandel 2012

	Unternehmen	Beschäftigte	Umsatz in Mio. €	Bruttowertschöpfung in Mrd. €
Großhandel	150222	1905028	1177750	132,4
Einzelhandel	325245	3454251	498378	84,1
Kfz-Handel	102459	815805	206543	33,0
Binnenhandel	577926	6175084	1882672	249,5

Quelle: Statistisches Bundesamt

Die nach Umsatz größten deutschen Handelsunternehmen 2012

	Umsatz der inländischen Gesellschaften in Mrd. €	Wertschöpfung in Mrd. €	Beschäftigte
REWE-Gruppe	35,7	4,3	148634
Schwarz-Gruppe (Lidl)	28,6	2,5	66 000
EDEKA Zentrale AG &	25,8	1,4	59 873

Co. KG			
Metro AG	25,6	4,3	89 920
ALDI-Gruppe	23,2	2,7	61 600

Quelle: Monopolkommission

Aufstieg der Discounter

Während die Marktanteile des nicht filialisierten Fachhandels und der Kauf- bzw. Warenhäuser seit 2001 um mehr als ein Drittel auf 19,3 bzw. 2,7 % (2013) zurückgingen, konnten besonders die Discounter (+ 48 % auf 15,6 %), aber auch die Fachmärkte (15,9 %) und Filialisten im Fachhandel (14,4 %) ihre Anteile deutlich steigern.

Gastgewerbe, Tourismus

Die Bruttowertschöpfung des Gastgewerbes erhöhte sich seit 1991 mit rund 90 % fast so stark wie die des gesamten Dienstleistungssektors. Der Anteil des Gastgewerbes an der Wertschöpfung des tertiären Sektors ist mit 2,3 % konstant geblieben.

Die Zahl der Übernachtungen stieg seit dem Jahr 2000 um rund 19 % auf 411,8 Mio. (2013); 17,5 % entfielen auf Auslandsgäste. Mit Abstand die meisten Auslandsgäste kommen aus den Niederlanden, gefolgt von der Schweiz den USA und Großbritannien.

Unter den Bundesländern ist Bayern das beliebteste Urlaubsziel mit 20,3 % aller Übernachtungen. Mit weitem Abstand folgen Baden-Württemberg (11,6 %) und Nordrhein-Westfalen (11,2 %). Die höchste Tourismusintensität gemessen in Übernachtungen je 1000 Einwohner weisen Mecklenburg-Vorpommern (17 297), Schleswig-Holstein (8730) und Berlin (7599) auf. Die beliebtesten Reiseziele des Städtetourismus sind Berlin, München und Hamburg.



Mehr denn je hat der Kunde heute die Qual der Wahl – allerdings kaum noch in „Tante-Emma-Läden“, die in den Nachkriegsjahrzehnten verbreitet waren, sondern insbesondere bei **Filialisten** und **Discountern**.

Versicherungen, Banken und Börsen

Mit einer Bruttowertschöpfung von 103.2 Mrd. € (2013) trägt der Finanzsektor 6 % zur Wirtschaftsleistung des Dienstleistungssektors bei. Im Zeitraum 1991–2013 wuchs die Wertschöpfung mit rund 44 % deutlich weniger stark als die des gesamten tertiären Bereichs mit rund 94 % bzw. der gesamten Wirtschaft mit rund 76 %. Die Zahl der Erwerbstätigen blieb im selben Zeitraum mit 1.2 Mio. konstant, im gesamten Dienstleistungssektor stieg sie um 30 %.

Versicherungen

Die Sozialversicherungen sowie einige Individualversicherungen sind Pflichtversicherungen. Wichtige Zweige der privaten Versicherungswirtschaft sind zum einen als Personenversicherungen die

Lebens-, private Kranken- und private Unfallversicherung, zum anderen als Sachversicherungen die Hausrat-, Feuer-, Wohngebäude-, Haftpflicht-, Fahrzeug- und Rechtsschutzversicherung. Der Bestand an Versicherungsverträgen wird vom Gesamtverband der Versicherungswirtschaft mit rund 460 Mio. (2013) angegeben, davon 298,3 Mio. in der Schaden- und Unfallversicherung, 68,1 Mio. in der Krankenversicherung und 93,0 Mio. in der Lebensversicherung (einschließlich Pensionskassen und Pensionsfonds).

Die zehn größten Versicherungskonzerne – an der Spitze stehen die Münchener Rückversicherungsgesellschaft AG, die Allianz SE und die Generali-Gruppe Deutschland – vereinen rund 60 % der Beitragseinnahmen auf sich. Seit Umsetzung der europäischen Versicherungsrichtlinie nahm der Wettbewerb seit 1994 deutlich zu, die Zahl der Unternehmen sank seither um 17 %.

Steckbrief

Die ALDI-Brüder

Der heutige Discounterriese ALDI wurde 1945 nach der Übernahme des elterlichen Lebensmittelladens von den in ärmlichen Verhältnissen aufgewachsenen Brüdern Theo Albrecht (1922–2010) und Karl Albrecht (1920–2014) aufgebaut. 1961 wurde das Filialnetz in ALDI Nord und ALDI Süd aufgeteilt. ALDI steht für Albrecht Diskont (ALDI-Nord) bzw. Albrecht Discount (ALDI-Süd). Um ihr Privatleben machten die erfolgreichen Brüder stets ein Geheimnis, selbst Porträtfotos sind rar. Beide Albrecht-Brüder zählten zu den reichsten Deutschen. Heute ist die ALDI-Gruppe in selbstständige Regionalgesellschaften gegliedert.

Neben den von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht kontrollierten rund 600 Versicherungsunternehmen gibt es weitere über 1400 kleinere Versicherungsunternehmen oder Versicherungsvereine. Im Versicherungsgewerbe insgesamt arbeiten 547 600 Menschen, davon 300 900 abhängig Beschäftigte und 246 800 selbstständige

Versicherungsvermittler oder -berater.

Struktur der Versicherungswirtschaft 2012

	Unternehmen	Beschäftigte	Beitragseinnahmen in Mrd. €
Lebensversicherungen	96	26 605	83,7
Pensionskassen, Pensionsfonds und Sterbekassen	215	1 793	7,2
Krankenversicherungen	48	37 060	35,6
Schaden- und Unfallversicherungen	217	78 416	66,9
Erstversicherungen ges.	**576**	**143874**	**193,4**
Rückversicherungen	33	11 894	46,6
Versicherungen ges.	**609**	**155 768**	**240,0**

Quelle: Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht

Die BAFin

Seit 2002 besteht die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht als Ergebnis der Zusammenlegung der Bundesaufsichtsämter für das Kreditwesen, für das Versicherungswesen und für den Wertpapierhandel. Die BAFin kontrolliert Banken, Versicherungs- und Finanzdienstleistungsunternehmen wie Kapitalanlagegesellschaften, um die Funktionsfähigkeit des Finanzsektors sicherzustellen.

Die Versicherungsunternehmen verfügten 2012 über Kapitalanlagen in Höhe von 1437,6 Mrd. €, gut die Hälfte davon entfielen auf Lebensversicherungsunternehmen. Das Kapital wird v. a. in festverzinslichen Wertpapieren und Investmentanteilen angelegt.

Banken

Das Bankensystem setzt sich aus dem Zentralbankensystem und dem Geschäftsbankensystem zusammen. Mit Beginn der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion am 1.1.1999 ist die Deutsche Bundesbank integraler Bestandteil des Europäischen Systems der Zentralbanken mit der Europäischen Zentralbank an der Spitze. Das europäische Zentralbanksystem ist zuständig für die gemeinsame Geldpolitik in der Eurozone, für die Stabilität des Euro und seit Neuestem auch für die europäische Bankenaufsicht. Die nationale Bankenaufsicht obliegt der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

Die Bankenstatistik der Deutschen Bundesbank unterscheidet:

- Kreditbanken als in privater Rechtsform geführte Universalbanken, neben den vier Großbanken (Deutsche Bank AG, Commerzbank AG, Deutsche Postbank AG und UniCredit Bank AG) 163 Regional- und sonstige Kreditbanken (z. B. Privatbanken, Direktbanken) sowie 109 Zweigstellen ausländischer Banken
- Institute des Sparkassensektors mit der DekaBank Deutsche Girozentrale und acht Landesbanken sowie 412 öffentlich-rechtlichen und fünf freien Sparkassen
- Institute des Genossenschaftssektors mit zwei genossenschaftlichen Zentralbanken, 1080 Kreditgenossenschaften und 13 sonstigen Kreditinstituten
- 15 Realkreditinstitute (z.B. Hypothekenbanken)

Die zehn größten deutschen Kreditinstitute 2013

	Bilanzsumme in Mrd. €
Deutsche Bank AG	1 611
Commerzbank AG	550
KfW Bankengruppe	465
DZ Bank AG	387
UniCredit-Gruppe Deutschland	290
Landesbank Baden-Württemberg	274

Bayerische Landesbank	256
Norddeutsche Landesbank Girozentrale	201
Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale	178
Postbank AG	162

Quelle: Bundesverband deutscher Banker



Das **Bankenviertel in Frankfurt** am Main ist das Bankenzentrum in Deutschland. Im Bild das Maintor, rechts der Japan Tower, links die Commerzbank

- Banken mit Sonderaufgaben, elf in öffentlicher, acht in privater Rechtsform
- Bausparkassen, zwölf private und zehn öffentlich-rechtliche
- eine Wertpapiersammelbank
- Wertpapierhandelsunternehmen, darunter 30 inländische und 69

Zweigstellen ausländischer Finanzdienstleistungsinstitute
■ sonstige Kreditinstitute, darunter 39 Regionalbanken, 19 Bürgschaftsbanken, 49 Wohnungsunternehmen mit Spareinrichtungen sowie drei Banken mit Sonderaufgaben (z. B. KfW Bank)

Im internationalen Vergleich kann sich lediglich die Deutsche Bank AG unter den größten Kreditinstituten platzieren (2013: Rang 10 mit einer Konzernbilanzsumme von 2,2 Mrd. US-$).

Die Zahl der Kreditinstitute hat sich seit 1992 auf 2029 (2013) etwa halbiert. Dies ist zum Großteil auf Konzentrationstendenzen bei den Kreditgenossenschaften und Sparkassen zurückzuführen. Aufsehenerregend waren die Fusion von Bayerischer Vereinsbank und Bayerischer Hypotheken- und Wechselbank zur HypoVereinsbank 1998, die dann 2006 von der italienischen UniCredit Group übernommen wurde, sowie die Übernahme der Dresdner Bank AG durch die Commerzbank AG 2009.

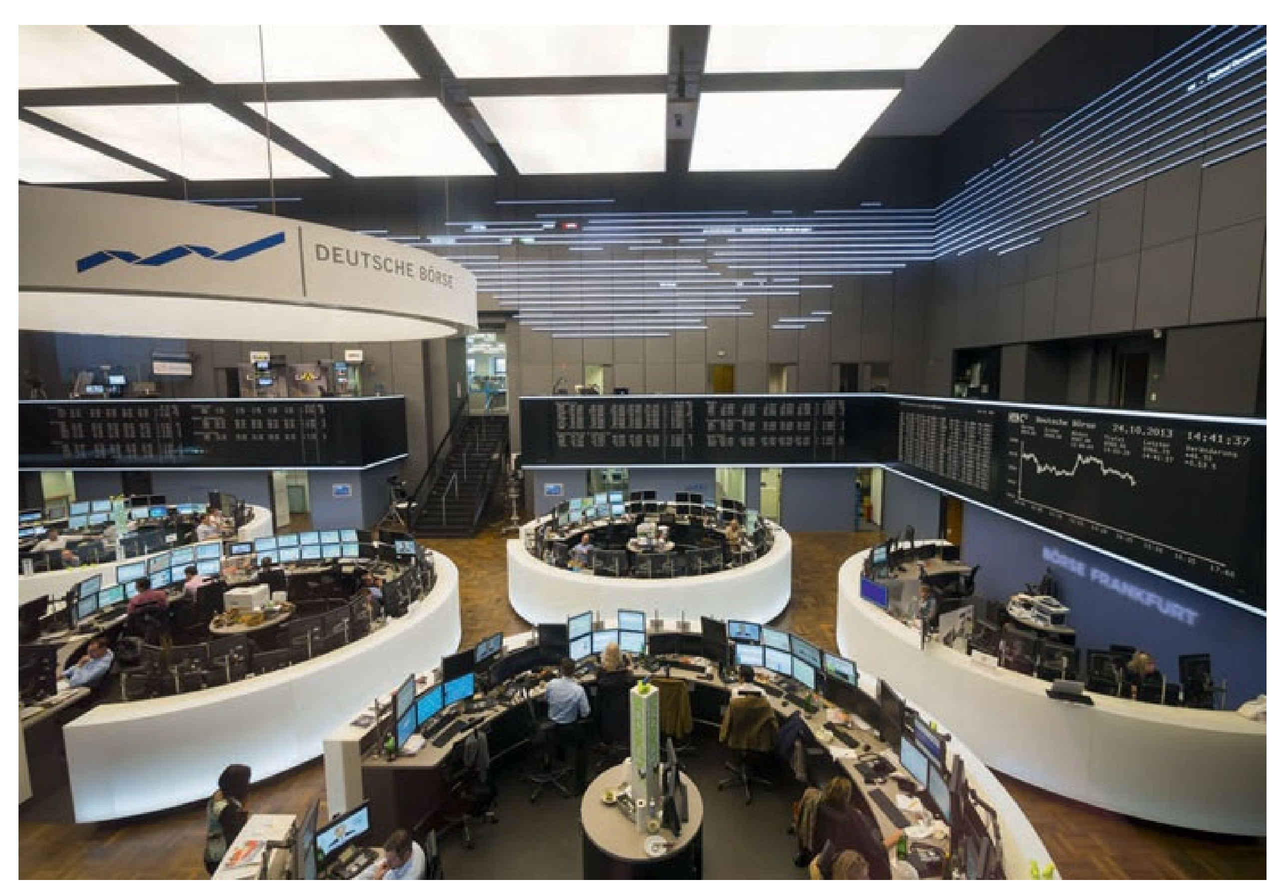
Die Beschäftigtenzahl sank seit 2002 um rund 14 % auf rund 645 000 (2013); 37,8 % davon arbeiten bei Sparkassen, 28,0 % bei privaten Kreditbanken und privaten Bausparkassen, 25,7 % bei Kreditgenossenschaften und 8,5 % bei Landesbanken, öffentlichen Bausparkassen, Förderbanken und Spezialbanken.

Struktur des Bankensektors 2013

	Unternehmen	Bilanzsumme in Mrd. €	Kredite an Nichtbanken in Mrd. €	Einlagen von Nichtbanken in Mrd. €
Kreditbanken	277	2 767,0	1 043,1	1 201,5
Landesbanken	9	1 092,6	563,2	307,4
Sparkassen	421	1 110,8	834,0	807,5
Kreditgenossenschaften	1 080	1 034,6	604,9	597,3
Realkreditinstitute	17	444,6	308,6	156,9
Bausparkassen	22	205,2	138,1	154,7
Banken mit	20	949,3	340,7	81,2

Sonderaufgaben				
Insgesamt	1 846	7 604,1	3 832,6	3 306,5

Quelle: Deutsche Bundesbank



Die **Frankfurter Wertpapierbörse** ist der wichtigste Börsenplatz Deutschlands. Die Berichterstattung aus dem Handelssaal gehört für die Medien zur täglichen Routine.

Das Bankwesen ist geprägt durch zunehmende Rationalisierung und Elektronisierung, z. B. durch die weite Verbreitung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs und auch des Onlinebanking. Bei vielen privaten Banken und auch Landesbanken nahm das Investmentbanking im Vergleich zum traditionellen Einlagenund Kreditgeschäft deutlich zu.

Auch deutsche Banken waren seit 2007 an der internationalen Banken- und Finanzkrise beteiligt, mussten zum Teil mit hohen Milliardenbeträgen vom Staat gestützt werden (z. B. über den Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung mit bis zu 470 Mrd. €). Einige Banken wie die

vormals große Westdeutsche Landesbank wurden aufgespalten und faktisch abgewickelt, die Landesbank Sachsen und die Landesbank Rheinland-Pfalz von der Landesbank Baden-Württemberg übernommen, die Krisenbank Hypo Real Estate 2009 sogar als erste Bank nach 1949 verstaatlicht. Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte und Verbesserung der Bankenaufsicht wurden auf deutscher, europäischer und internationaler Ebene getroffen bzw. eingeleitet.

Börsen

Börsen als Handelsplätze für Wertpapiere (z. B. Aktien, festverzinsliche Wertpapiere), Devisen, Waren (z. B. Rohstoffe, Strom, Versicherungen) haben sich von Präsenzbörsen zu Computerbörsen entwickelt der Handel findet also vorwiegend über elektronische Handelssysteme statt.

In Deutschland gibt es noch Präsenzbörsen in Frankfurt am Main, Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart. Der mit Abstand wichtigste Börsenplatz ist Frankfurt am Main. Die Deutsche Börse AG betreibt Handelsplattformen wie Xetra® (Exchange Electronic Trading) und ist Trägerin der Frankfurter Wertpapierbörse.

Je nach Umfang und Strenge von Zulassungsvoraussetzungen für den Börsenhandel werden Börsensegmente unterschieden: vom strengen amtlichen Handel (Prime Standard) über den geregelten Markt (General Standard) bis zum Freiverkehr (Entry Standard).

Als Barometer für den Kursverlauf an Börsen in verschiedenen Marktsegmenten oder verschiedenen Gruppen von Wertpapieren dienen Wertpapierindizes. So werden am Aktienmarkt verschiedene Aktienindizes berechnet. Der bekannteste und wichtigste Aktienindex am deutschen Markt ist der Deutsche Aktienindex (DAX®), der die 30 umsatzstärksten deutschen Aktien umfasst und deshalb auch DAX®-30 genannt wird. Er repräsentiert mit den 30 Standardwerten rund 60 % des Grundkapitals inländischer börsennotierter Aktiengesellschaften. Gewichtung und Auswahl der Aktien werden regelmäßig überprüft und aktualisiert. Neben dem DAX®-30 werden u.a. der MDAX® für 50 weitere

Aktien aus klassischen Branchen, der SDAX® für weitere 20 Nebenwerte und der TecDAX® für 30 Technologiewerte berechnet. Der Börsenhandel wird von Aufsichtsbehörden der Länder zusammen mit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht überwacht.

Steckbrief

Jens Weidmann

Der Präsident der Deutschen Bundesbank gilt als wichtigster Bankier des Landes. Seit dem 1.5.2011 bekleidet der 1968 in Solingen geborene Jens Weidmann diese Funktion. Nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre und der Promotion 1997 absolvierte Weidmann berufliche Stationen beim Internationalen Währungsfond (IWF), dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, bei der Deutschen Bundesbank und 2006–2011 als Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt. Als Präsident der Deutschen Bundesbank ist er heute u. a. Mitglied im Rat der Europäischen Zentralbank. Wiederholt hat Weidmann auf Risiken der Niedrigzinspolitik der EZB und des Ankaufs von Anleihen von Krisenstaaten wie Griechenland hingewiesen.

Bulle und Bär

Um die Stimmung an den Börsen zu charakterisieren, ziehen Börsenhändler gern Eigenschaften von Bulle und Bär heran. Der stolze Bulle, der seine Gegner auf die Hörner nimmt und nach oben schleudert, steht für steigende Aktienkurse (Bullenmarkt). Der eher schwerfällige Bär schlägt sein Opfer mit der Pranke von oben nach unten und symbolisiert deshalb sinkende Kurse (Bärenmarkt). Vor dem Gebäude der Frankfurter Börse begrüßt eine Plastik der beiden Tiere die Börsenhändler.



Außenwirtschaft

Die deutsche Wirtschaft ist traditionell exportorientiert. „Made in Germany“ ist auch nach der Wiedervereinigung das Qualitätssiegel der Exportbranchen. Im Außenhandel werden hohe Überschüsse erzielt.

Gesamtwirtschaftliche Bedeutung

Die deutsche Wirtschaft ist stark außenwirtschaftlich verflochten. So stieg die Außenhandelsquote, also das Verhältnis der Summe der Ausfuhren und Einfuhren zur Wirtschaftsleistung (BIP), von 43,6 % (1991) auf 72,7 % (2013). Die hohe Exportorientierung verdeutlicht die Exportquote als Verhältnis der Ausfuhren zum BIP; sie erhöhte sich seit 1991 von 22,2 % auf 40,0 % (2013) sehr stark.

Deutschland in der Weltwirtschaft

Deutschland gehört weiterhin zu den drei führenden Welthandelsnationen. So war Deutschland von 1991 bis 2002 hinter den USA zweitgrößte Exportnation, in den Jahren 2003–2008 hatte es sogar den Titel des Exportweltmeisters inne. 2009 eroberte China den ersten Platz und verteidigte ihn seither; Deutschland liegt (2013) auf Rang 3. Der Weltmarktanteil Deutschlands ging allerdings stetig zurück. So sank der deutsche Anteil an den Weltexporten von 11,5 % (1991) auf 7,7 % (2013), was v. a. auf das stark angewachsene Welthandelsvolumen zurückzuführen ist.

Hohe Handelsbilanzüberschüsse

Die Handelsbilanz, also die wertmäßige Gegenüberstellung von Exporten und Importen, weist auch nach 1990 Überschüsse aus. Der Exportüberschuss ging von 1990 auf 1991 zwar von 54,9 Mrd. € auf 11,2 Mrd. € zurück, stieg danach aber wieder an und überschritt im Jahr 2002 die 100-Mrd.-Grenze. 2011 lag die Ausfuhr erstmals bei über 1 Billion €. Seit der Jahrtausendwende bis 2013 erhöhte sich der Wert der Exporte um 83,1 %, der Wert der Importe um 62,8 % ; der Außenhandelsüberschuss stieg um 234,3 %.

Handelsbilanz in Mrd. €

	Ausfuhr	Einfuhr	Saldo
1991	340,4	329,2	11,2
1995	383,2	339,6	43,6
2000	597,4	538,3	59,1
2005	786,3	628,1	158,2
2010	952,0	797,1	154,9
2013	1 093,1	898,2	194,9

Quelle: Statistisches Bundesamt

Haupthandelspartner

Haupthandelspartner Deutschlands sind nach dem Außenhandelsvolumen Frankreich, die Niederlande, China, die USA und Großbritannien, beim Export Frankreich, die USA, Großbritannien, die Niederlande und China, beim Import die Niederlande, China, Frankreich, die USA und Italien.



Chemische Erzeugnisse zählen zu den wichtigsten Exportgütern. Zu den „Global Playern" der Branche gehört der Bayer-Konzern – im Bild ein Werk an dessen Stammsitz in Leverkusen.

Deutschland wickelt 57,0 % der wertmäßigen Ausfuhr und 57,5 % der wertmäßigen Einfuhr mit EU-Ländern ab; mit den Ländern der Eurozone sind es 36,8 % der Exporte und 38,4 % der Importe, mit allen europäischen Staaten (einschließlich Russland) sind es 68,5 % der Exporte und 70,7 % der Importe (2013). Der Außenhandel mit den EU-Staaten lag 1992 sogar bei 67,4 % der wertmäßigen Exporte und 63,7 % der wertmäßigen Importe. Drei Viertel des gesamten Außenhandelsvolumens wickelt Deutschland mit nur 17 Ländern ab.

Haupthandelsgüter

Die wichtigsten Exportgüter Deutschlands sind Kraftwagen und Kraftwagenteile (2013: 17,4 %), Maschinen (15,0 %), chemische Erzeugnisse (9,7 %) sowie Datenverarbeitungsgeräte, elektrische und optische Erzeugnisse (7,8 %). Auf sie entfällt wertmäßig die Hälfte der Exporte. Bei den Importen sind es Erdöl und Erdgas (10,5 %),

Datenverarbeitungsgeräte, elektrische und optische Erzeugnisse (9,3 %), Kraftwagen und Kraftwagenteile (9,0 %) und chemische Erzeugnisse (8,0 %).

Zahlungsbilanz

Dem Überschuss im Warenhandel stehen negative Salden im Dienstleistungsverkehr gegenüber (2013: –48,0 Mrd. €). Traditionell bezieht Deutschland deutlich mehr Dienstleistungen als es exportiert. Im Reiseverkehr wird traditionell mehr im Ausland ausgegeben als vom Ausland eingenommen. Der Saldo im Reiseverkehr wies 2013 ein Minus von 37,8 Mrd. € aus.

Seit 2002 weist die Leistungsbilanz als Zusammenfassung der Handels, Dienstleistungs-, Primäreinkommensund Sekundäreinkommensbilanz wieder positive Salden aus (2013: +191,9 Mrd. €). Dem Leistungsbilanzüberschuss stehen seit 2001 stark anwachsende Nettokapitalexporte gegenüber.

Die Währungsreserven Deutschlands sind seit Beginn der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion von 93,0 Mrd. € (1999) auf 143,8 Mrd. € (2013) gestiegen.



Hamburg hat den mit weitem Abstand **wichtigsten Seehafen** in Deutschland. Im Bild ein Containerterminal

Verkehr

Wegen seiner Lage in Mitteleuropa ist Deutschland ein Transitland. Die vergleichsweise hohe Bevölkerungsdichte und gute wirtschaftliche Entwicklung machen eine hochentwickelte Verkehrsinfrastruktur unabdingbar.

Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur

Die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten 1990 führte zu einem Anstieg des Verkehrsaufkommens. Hohe Investitionen für Erneuerung, Ausbau und Neubau von Autobahnen, Eisenbahnstrecken und Binnenwasserstraßen, besonders für die West-Ost-Verbindungen waren erforderlich.

Der Bund investierte im Zeitraum 1991–2012 rund 247 Mrd. € in die Verkehrsinfrastruktur (42 % in Straßen und 34 % in Schienen); knapp 40 Mrd. € umfasste das Programm „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit". Weitere Investitionen, v.a. in die Sanierung von Straßen, Schienen und Brücken, stehen noch aus; gemäß Bundesverkehrswegeplan sind seit 2012 noch rund 85 Mrd. € an Investitionen in das Verkehrsnetz offen. Zu den Verkehrsprojekten zählen auch politisch umstrittene Vorhaben wie der Großflughafen Berlin-Brandenburg und der Hauptbahnhof Stuttgart 21.

Das Verkehrsnetz

Das überörtliche Straßennetz umfasste 2012 insgesamt 230 702 km, davon 12 845 km Bundesautobahnen, 39 673 km Bundesstraßen, 86 598 km Land- bzw. Staatsstraßen und 91 710 km Kreisstraßen. 1991 war das

überörtliche Straßennetz 226 500 km lang. Die Länge der Gemeindestraßen wird auf etwa 430 000 km geschätzt.

Das Eisenbahnnetz hat eine Gesamtlänge von 37 877 km (2010), 54 % davon sind elektrifiziert; hinzukommen noch 2407 km Schienen für Straßen-, Stadtund U-Bahnen sowie 1019 km Industrieanschlusstrecken. 1991 war das Eisenbahnnetz noch 44 100 km lang. Zur Verkehrsinfrastruktur zählen auch 7700 km Binnenwasserstraßen sowie 2400 km Rohrfernleitungen.

Binnenschifffahrt

Weltweit die verkehrsreichste Binnenwasserstraße ist der Rhein mit seinen Nebenflüssen Neckar, Main, Mosel und Saar (Rhein-Stromgebiet). Weitere wichtige Binnenwasserstraßen sind Weser, Ems, Donau, Elbe, Spree und Oder sowie die rund 1660 km künstliche Kanalstrecken wie Mittellandkanal (325 km), Dortmund-Ems-Kanal (211 km), Main-Donau-Kanal (171 km), Elbe-Seiten-Kanal (115 km) sowie der für den Seeverkehr wichtige Nord-Ostsee-Kanal (98 km), mit rund 35 000 Schiffen (2012) die meistbefahrene künstliche Seeschifffahrtsstraße der Welt. Über den Main-Donau-Kanal kann die europäische Wasserscheide überwunden werden; ermöglicht wird damit Binnenschifffahrt von Nord- und Ostsee bis zum Schwarzen Meer.

Der nach dem Güterumschlag wichtigste Binnenhafen ist mit Abstand Duisburg (2013: 49,4 Mio. t); er ist auch größter europäischer Binnenhafen und gilt mit allen Hafenanlagen als weltweit größter Binnenhafen. In den deutschen Binnenhäfen wurden 226,9 Mio. t (2013) umgeschlagen (2003: 220,0 Mio. t).

Güterumschlag der wichtigsten Seehäfen in 1000 t

	2013	Anteil in %	2003
Hamburg	120 568	41,0	93 562
Bremerhaven	54 506	18,5	27 404
Wilhelmshaven	24 102	8,2	38 798

Rostock	17 785	6,0	17 380
Lübeck	17 002	5,8	17 020
Insgesamt	**294 004**	**100,0**	**251 300**

Quelle: Statistisches Bundesamt

Seeschifffahrt

Der wichtigste deutsche Seehafen ist Hamburg (auch drittgrößter europäischer Hafen). Knapp 44 % des Güterumschlags aller deutschen Seehäfen entfallen auf den Containerverkehr (2003: 30,5 %).

Luftverkehr

Durch seine zentrale Lage in Mitteleuropa ist Deutschland mit seinen 23 internationalen Verkehrsflughäfen auch ein Knotenpunkt für den internationalen Luftverkehr. Der mit Abstand wichtigste internationale Flughafen im Personen- und Frachtverkehr ist Frankfurt am Main (er ist drittgrößter Europas und belegt weltweit Rang 12), gefolgt von München, Düsseldorf und Berlin (Tegel). Wichtig für die Luftfracht ist auch der Flughafen Leipzig/Halle.

→ **Bundesverkehrswegeplan** Er wird vom Bundeskabinett beschlossen und enthält alle geplanten Straßen, Schienen- und Wasserstraßenprojekte sowie den Erhaltungsbedarf.

In den letzten zehn Jahren stieg die Zahl der Fluggäste um über 40 % auf 203,3 Mio. (2013), die Luftfracht sogar um 79 % auf 4,3 Mio. t (2013).

Verkehrsleistungen und Verkehrsaufkommen

Straße und Schiene dominieren den Personen- und Güterverkehr. Seit den 1950er-Jahren hat die Straße die Eisenbahn als wichtigsten Verkehrsträger abgelöst.

Personenverkehr: Beförderte Personen in Mio.

	2012	Anteil in %

Straßenpersonenverkehr	9 182	13,4
Eisenbahnverkehr	2 544	3,7
Luftverkehr	180	0,3
Motorisierter Individualverkehr	56 782	82,6
Insgesamt	**68 688**	**100,0**

Quelle: Statistisches Bundesamt

Mit der Bahnreform wurden die vormaligen Staatsunternehmen, die Deutsche Bundesbahn einerseits und die Deutsche Reichsbahn andererseits, zum 1.1.1994 zur privatwirtschaftlichen Deutsche Bahn AG zusammengelegt. Diese blieb allerdings vollständig in Bundesbesitz. Die Deutsche Bahn AG ist weiterhin für das Schienennetz zuständig, konkurriert besonders im Nahverkehr allerdings mit zahlreichen privaten Eisenbahnverkehrsunternehmen. Aushängeschild der Deutschen Bahn AG im Personenfernverkehr sind die Intercityexpresszüge (ICE®).

Personenverkehr

Der Personenverkehr wird vom motorisierten Individualverkehr (Pkw und Zweiräder) beherrscht. Auf den öffentlichen Personenverkehr (Straßenpersonenverkehr mit Bussen und Straßenbahnen, Eisenbahnverkehr und Luftverkehr) entfallen lediglich 17 % der beförderten Personen und 19 % der Beförderungsleistung in Personen-km. Der motorisierte Individualverkehr wird geprägt von 43,9 Mio. Pkw und 4,1 Mio. Motorrädern (2014). Der Pkw-Bestand hat sich seit 2000 um rund 14 % erhöht. Statistisch verfügt jeder zweite Bundesbürger über einen Pkw. Das Auto dominiert weiterhin den Personenverkehr, wenngleich die Kraftfahrzeugdichte in anderen Ländern höher ist als in Deutschland, das in der EU 2012 mit 530 Pkw pro 1000 Einwohner an fünfter Stelle lag.

Güterverkehr

Der Güterverkehr hat sich in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend auf die Straße verlagert. Auch die Einführung der Lkw-Maut im Jahr 2005 hat an dieser Entwicklung nichts Wesentliches geändert. 2013 wurden drei Viertel der gesamten Beförderungsmenge in Tonnen und über 60 %o der Beförderungsleistung in Tonnenkilometern (tkm) von Lastkraftwagen erbracht. Auf Güterzüge entfielen 9,5 %o der Beförderungsmenge und 22,7 %o der Beförderungsleistung, was darauf hinweist, dass per Bahn die Güter über längere Strecken befördert werden.

Güterverkehr nach Verkehrsträgern: Beförderungsmenge

	Menge (Mio. t)	Anteil in %	Leistung (Mrd. km)	Anteil in %
Eisenbahnverkehr	373,7	9,5	112,6	22,7
Straßenverkehr	2938,2	74,9	305,8	61,6
Luftverkehr	4,3	0,1	-	-
Binnenschifffahrt	226,9	5,8	60,0	12,1
Seeschifffahrt	294,0	7,5	-	-
Rohrleitungen	87,3	2,2	18,2	3,6
insgesamt	2924,4	100,0	496,6	100,0

Quelle: Statistisches Bundesamt

Wissenschaft & Technik

Was wären wir ohne die Naturwissenschaften, die uns die Gesetze des Lebens und des Universums erklären, und ohne die Techniker und Tüftler, die uns den Alltag erleichtern? Deutsche Forscher tragen bis heute wesentlich zu den weltweiten Erfolgen von Wissenschaft und Technik bei.



Erfinder und Gelehrte

Die deutsche Geschichte ist reich an bahnbrechenden technischen Innovationen und wissenschaftlichen Leistungen. Sie waren und sind von maßgeblicher Bedeutung für Fortschritt und Wohlstand im Land.

Mittelalter und Renaissance

In der Antike hatten Wissenschaft und Technik schon einen erstaunlichen Entwicklungsstand erreicht. Manches davon ging im Mittelalter verloren, vieles wurde bewahrt. Die Vorstellungen des mittelalterlichen Menschen von Welt und Kosmos fußten auf diesem Wissen, waren aber oft auch stark religiös geprägt. Zudem hatte er nur an wenigen Orten Gelegenheit, mit Wissenschaft und Technik in Berührung zu kommen. Im ausgehenden Mittelalter kam es zur Herausbildung der „neuzeitlichen“ Naturwissenschaften und zu neuen Erkenntnissen in der Astronomie.

17. und 18. Jahrhundert

In diesem Zeitraum differenzierten sich die neuzeitlichen Naturwissenschaften immer weiter heraus. Neue, auf Beobachtung basierende Wissenschaften wie die Erforschung der Elektrizität wurden auch von wissenschaftlichen Amateuren betrieben. Das Experiment

wurde im Gegensatz zum Mittelalter zur wissenschaftlichen Methode. Die Ausrichtung der Wissenschaft auf praktische Bedürfnisse bewirkte die Gründung der Akademien, die sich im Gegensatz zu den Universitäten mit den neuen Wissenschaften beschäftigten.

Das „lange" 19. Jahrhundert (1789–1914)

Das sogenannte lange 19. Jh. war geprägt durch politische, soziale und wissenschaftlich-technische Umbrüche. Fortschritte in der Landwirtschaft und der sich rasant entwickelnde Eisenbahnbau waren die Grundvoraussetzungen dafür, dass es dem industriellen Nachzügler Deutschland gelang, innerhalb weniger Jahrzehnte eine Spitzenposition in der Weltwirtschaft einzunehmen. Vor allem die chemische, optische und die Elektroindustrie waren wirtschaftliche Leitsektoren. Der deutsche Erfindergeist spiegelt sich vor allem in der Erfindung des Telegrafen, des Telefons, neuer Motoren und des Automobils wider. Insgesamt erfuhr die praxisnahe Forschung einen enormen Aufschwung. Die Technische Hochschule begann sich herauszubilden, aber auch außeruniversitäre Forschungseinrichtungen wie die Physikalisch-technische Reichsanstalt oder die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft entstanden.

Erster Weltkrieg

Der Erste Weltkrieg war der erste industriell geführte Krieg. Nie zuvor waren Wissenschaft und Technik stärker ins Kriegsgeschehen eingebunden. Viele Wissenschaftler unterstützten die politischen Ziele des Kaiserreichs. Um die Abschottung des Reiches von ausländischen Märkten zu

kompensieren, wurden Ersatzstoffe für kriegswichtige Güter erfunden.

Weimarer Republik (1919–33)

Der Versailler Vertag und die darin enthaltenen Einschränkungen wurden von großen Teilen der Bevölkerung und auch von Wissenschaftlern als Demütigung empfunden. Die im Kaiserreich international hoch geschätzte Wissenschaft wurde zunächst im Ausland boykottiert. Trotz eines Forschungsverbots wurde an vielen wissenschaftlichen Zentren „schwarze militärische" Forschung betrieben.

Nationalsozialismus

Wissenschaft und Technik erlebten in der Zeit des Nationalsozialismus eine starke Instrumentalisierung durch die Politik, sie sollten Lösungswege zur Verwirklichung nationalsozialistischer Politik aufzeigen. Aber auch Wissenschaftler nutzten die neue Situation für ihre Zwecke aus. Die Forderung nach einem autarken Staat sorgte für eine breite Unterstützung von Projekten zur Entwicklung von Ersatzstoffen.

Nachkriegsdeutschland

Im Wettstreit der politischen Systeme beschritten Wissenschaft und Technik im geteilten Deutschland unterschiedliche Pfade. Die sogenannte Ersatzstoffkultur wurde in der DDR fortgeführt. Die friedliche Nutzung der Atomenergie war für beide deutsche Staaten prestigeträchtig und galt als Indiz für die Modernität des Staates. Der Automobilsektor wurde in Westdeutschland zu

einer tragenden Säule des wirtschaftlichen Aufschwungs. In der DDR jedoch dokumentiert er die Innovationsschwäche von Zentralverwaltungswirtschaften.

Bis zur Neuzeit

Mittelalter und Renaissance

Im nachantiken Europa waren Technik und Wissenschaft streng voneinander getrennt. Das Aufbrechen sozialer Barrieren zwischen Wissenschaft und Technik im ausgehenden Mittelalter markiert den Ursprung der heutigen Naturwissenschaften.

Der Begriff „Mittelalter" entstammt nicht etwa der modernen Geschichtswissenschaft, sondern er wurde von den Gelehrten der Renaissance geprägt. Zwischen der glanzvollen Zeit der Antike und deren Wiedergeburt habe es ein „finsteres Mittelalter" gegeben, in welchem sich Kunst, Kultur, Wissenschaft und Technik nicht hätten entwickeln können. Modern formuliert war die Schaffung des Begriffs eine „PR-Aktion" der Renaissancegelehrten zur Abwertung der mittelalterlichen Leistungen bei gleichzeitiger Aufwertung der eigenen.

Allerdings gab es im Mittelalter sehr wohl Innovationsprozesse, die vor allem aus dem Handwerk hervorgingen.

Erbe der Antike

In der Antike erlebten Wissenschaft und Technik in Mesopotamien und Ägypten, Griechenland und dem Römischen Reich, China und Indien eine große Blüte.

Verlorenes Wissen

Einhergehend mit dem Fall des weströmischen Reiches (476 n. Chr.) ist ein Verlust des antiken Wissens festzustellen. Die naturphilosophischen Abhandlungen von Platon und Aristoteles waren nur noch teilweise erhalten. Aber auch ein Verlust an technischen Verfahren zur Herstellung von Zement, Mörtel und Glas ist zu erkennen. Die antike Infrastruktur, beispielsweise das Straßen- und Wasserleitungsnetz, verfiel in der Zeit des Frühmittelalters (ca. 500–1050). Mit der Eroberung Konstantinopels durch die Osmanen im Jahr 1453 kehrte jedoch ein großer Teil des Wissens, das dort bewahrt worden war, in den Westen zurück.

Bewahrtes Wissen

Das mittelalterliche geozentrische Weltbild war maßgeblich geprägt durch die Werke des Claudius Ptolemäus (100–170 n. Chr.). Sein „Almagest“ galt bis zum ausgehenden Mittelalter als Standardwerk der Astronomie. Hierin befand sich die kugelförmige Erde im Zentrum des Universums, um diese gruppierten sich in einer Kreisbewegung die damals bekannten Planeten in folgender Reihenfolge: Mond, Merkur, Venus, Sonne, Mars, Saturn, Jupiter und zuletzt die Fixsternsphäre.

Das Werk „Naturalis Historia“ von Plinius (ca. 23–79 n. Chr.) beinhaltet das gesamte damalige Fachwissen über die Natur. Das Werk, an dem Plinius über 30 Jahre gearbeitet hatte, besteht aus 37 Bänden und ist die ausgiebigste antike Quelle, die dem Mittelalter zur Verfügung stand.

Ein weiteres Hauptwerk, das antikes Wissen konservierte, war das systematisch-enzyklopädische „Etymologiarum libri XX“ von Isidor von Sevilla (ca. 560 bis 636 n. Chr.). Das Spektrum des darin enthaltenen Wissens reicht von der Theologie über Ingenieur- bis hin zu Natur- und Geisteswissenschaften.

Mittelalterliche Kartografie

Gemäß der antiken Vorstellung von der Welt bestand die Erde aus den drei Kontinenten Asia, Europa und Afrika. Das geografische Wissen wurde

dabei oft in Form sogenannter TO-Karten visualisiert (siehe Kasten).

Als Navigationsmittel waren mittelalterliche Karten zunächst nicht konzipiert. Vielmehr waren sie Zeit- und Geschichtskarten, die sich an der göttlichen Heilsgeschichte orientierten. Jedoch entwickelten sich die Weltkarten im Lauf des Mittelalters weiter, indem Erfahrungswissen in die Karten mit eingearbeitet wurde, sodass sie gegen Ende des Mittelalters schließlich auch der Navigation dienten.

Die Kugelgestalt der Erde wurde im Mittelalter nie bestritten. 1492 entwarf der Nürnberger Kosmograf Martin Behaim (1459–1507) den „Behaimschen Erdapfel“. Der kurz zuvor entdeckte neue Kontinent Amerika befand sich noch nicht auf diesem Globus. Es ist also ein Irrtum, dass sich erst mit Kolumbus die Annahme durchsetzte, die Erde sei eine Kugel. Amerika erhielt seinen Namen im Jahr 1507, als deutsche Kosmografen die Entdeckung irrtümlicherweise dem Italiener Amerigo Vespucci zusprachen und nach diesem benannten.



Die Ebstorfer Weltkarte

Die Ebstorfer Weltkarte ist mit einem Durchmesser von 3,57 m die größte mittelalterliche Weltkarte. Benannt wurde sie nach dem Kloster Ebstorf in der Nähe von Lüneburg. Urheber und genaues Entstehungsdatum werden in der Forschung unterschiedlich gesehen. Die Karte weist die typischen Merkmale einer TO-Karte auf: Der Kontinent Asien befindet sich oben. Darunter liegen die beiden Kontinente Europa und Afrika. Umgeben wird die gesamte Landmasse von einem Weltmeer in Kreisform („O“). Die Flüsse Don, der Asia von Europa trennt, und Nil, der zwischen Asia und Afrika liegt, bilden zusammen mit dem Mittelmeer, das Europa von Afrika scheidet, ein „T“.



Hildegard von Bingen (Bildpostkarte, um 1900) gab insbesondere der Medizin wichtige Impulse. Nicht zuletzt durch ihre Erkenntnisse zur Ernährung ist sie bis heute populär.

Orte mittelalterlicher Wissenschaft und Technik

Der einfache mittelalterliche Mensch kam mit Wissenschaft gar nicht und mit Technik allenfalls dann in Kontakt, wenn er im Alltag gebräuchliche Geräte verwendete. Die intellektuelle Beschäftigung mit diesen Themen fand an wenigen Orten statt.

Kloster

Das Kloster war nicht nur Ort der geistigen Besinnung, sondern seit der Karolingerzeit (751–987) auch Mittelpunkt der Wissenschaft. Eine ihrer Hauptaufgaben bestand in der schriftlichen Überlieferung antiker Texte.

Ebenso waren sie Orte, an denen astronomische Beobachtungen durchgeführt wurden, die als Grundlage für die Datierung kirchlicher Feiertage dienten. Darüber hinaus betrachteten und systematisierten die Mönche die Natur, indem sie u. a. Pflanzenarten nach deren Heilwirkung ordneten. Die bekannteste Vertreterin dieser „Wissenschaft“ war Hildegard von Bingen (1098–1 179). In ihren Werken beschrieb sie u. a. annähernd 300 Pflanzenarten.

Nach dem Credo „Ora et labora“ („Bete und arbeite“) betrieben die Klöster Landwirtschaft, Bergbau und Kunsthandwerk, die sie mithilfe technischer Errungenschaften weiterentwickelten. Aufgrund ihrer finanziellen Mittel war es vielen Klöstern möglich, Mühlen zu betreiben.

Universität

Die Entstehung der Universitäten ist eine mittelalterliche Entwicklung. Zwar gab es schon zuvor Orte der Wissensvermittlung wie Dom- oder Stiftsschulen, jedoch konnten diese die steigende Nachfrage nach wissenschaftlicher Forschung nicht weiter befriedigen, sodass eine neue und bis heute existierende Bildungseinrichtung entstand: Nach dem Vorbild der Universitäten in Bologna (um 1088) und Paris (1231) gründete Karl IV. 1348 in Prag die erste Universität des damaligen deutschen Sprachraums. Weitere sollten bald folgen (siehe Tabelle unten).

Die mittelalterliche Mühle

Die Mühle gilt als Universalmotor des Mittelalters. Es gab sie in unterschiedlichen Ausprägungen als Wasser- und Windmühle oder als Mühle, die mit tierischer bzw. menschlicher Kraft betrieben wurde. Vielfältig waren auch ihre Einsatzmöglichkeiten z. B. als Antriebsquelle zum Mahlen von Getreide, Walken von Stoffen oder Sägen von Holz.

Der universitäre Bildungskanon orientierte sich an den antiken

Traditionen der „Sieben freien Künste“ (septem artes liberales). Das Durchlaufen der sogenannten Artistenfakultäten war Vorrausetzung für die Zulassung zu den höheren Fakultäten der Theologie, Jurisprudenz und Medizin.

Die „Sieben freien Künste” begannen mit dem Studium der redenden Künste (Grammatik, Rhetorik und Dialektik), die im Trivium vermittelt wurden und mit dem Grad des Baccalaureus endeten. Es folgte das Quadrivium, in dem die rechnenden Künste (Arithmetik, Musik, Geometrie und Astronomie) gelehrt wurden und die mit dem Grad des Magisters abschlossen. Analog entstanden auch die „mechanischen Künste”. Zu ihnen zählten die Verarbeitung flexibler organischer Stoffe (Webkunst), technisches Handwerk, Handel zu Wasser und Land, Garten- und Landschaftswirtschaft, Lebensmittelge werbe, Heilkunde und Schauspiel. Die sieben mechanischen Künste waren den freien Künsten untergeordnet.

Die zehn ältesten Universitäten Deutschlands

Gründungsjahr	Stadt
1386	Heidelberg
1388	Köln
1392	Erfurt
1402	Würzburg
1409	Leipzig
1419	Rostock
1456	Greifswald
1457	Freiburg
1472	Ingolstadt
1472	München

Die mittelalterliche Universität war kein Ort des wissenschaftlichen

Experimentierens. Die Verwendung von Instrumenten zur Erkenntnisgewinnung galt als verpönte Methode. Die Ausbildung an der Universität bestand vielmehr in der Auslegung antiker Autoritäten und deren Einbettung in ein christliches Weltbild.

→ **Universität** Der Wortherkunft nach eine Bildungseinrichtung, die die „universitas litterarum, magistrorum, scolarium" (Gesamtheit der Wissenschaften, Lehrenden und Lernenden) abdeckt

Technische Erstlingsliteratur

Mit dem Übergang in die Renaissance entstand im 15. Jh. erstmals eine technische Literatur So wurden u. a. Abhandlungen zur Baukunst verfasst, die sich meist mit dem Festungsbau beschäftigten. Der in Nürnberg geborene Maler Albrecht Dürer (1471–1528) gibt in seiner Abhandlung „Etliche underricht, zu befestigung der Stett, Schloß und flecken" Anleitungen, wie man eine Befestigungsanlage plant und baut. Kennzeichnend für viele dieser neuen technischen Abhandlungen ist, dass sie in den Volkssprachen verfasst wurden.

Weiterhin entstanden die sogenannten „Berg- und Probierbüchlein", die sich mit dem Bergbau beschäftigten. Die bekannteste und damals verbreitetste montanwissenschaftliche Abhandlung war „De re metallica" des aus dem sächsischen Glauchau stammenden Georgius Argicola (1494–1555), der heute als „Vater der Mineralogie" bezeichnet wird. Für über 200 Jahre war die Schrift das Standardwerk des damals wichtigen Wirtschaftszweigs des Bergbaus. Zentren des Bergbaus lagen im Harz und dem böhmischen Erzgebirge. Dort wurde bereits im 12. Jh. damit begonnen, Eisen, Kupfer, Zinn, Gold und Silber abzubauen.

Innovationen des Mittelalters

Das Mittelalter war in ganz Europa nicht reich an bahnbrechenden Erfindungen. Die wichtigsten solcher Neuentwicklungen gelangen erst ab dem Hochmittelalter.

Buchdruck

Mittels der Erfindung des Buchdrucks mit beweglichen Lettern durch Johannes Gutenberg (ca. 1400–68) wurde die maschinelle Massenproduktion von Büchern möglich. Das Neuartige an seiner Erfindung war aber nicht die Druckerpresse, sondern ein von ihm entwickeltes Handgießgerät, mit dem es möglich war, beliebig viele Lettern herzustellen. Das bekannteste Druckerzeugnis der damaligen Zeit ist die Gutenberg-Bibel.

Mechanische Räderuhr

Die Erfindung der mechanischen Räderuhr gehört zu den spektakulärsten Erfindungen des Mittelalters. Im Gegensatz zu den damals bereits bekannten Sonnen- und Wasseruhren besitzt die mechanische Uhr einen Regelmechanismus, der die Genauigkeit deutlich verbesserte und so z. B. die Einhaltung von Arbeits- und Gebetszeiten im Kloster vereinfachte. Zugeschrieben wird die Erfindung englischen Mönchen.

Das Vorwort zum Werk von Kopernikus

Der Nürnberger Geistliche Andreas Osiander (1498 bis 1552) verfasste ein Vorwort, in dem er klarstellte, dass es sich bei der Theorie von Kopernikus nur um ein mathematisches Modell handle und sie nicht den Anspruch auf physikalische Realität erhebe. Die Zustimmung von Kopernikus hatte er nicht eingeholt, doch konnte so einem Konflikt mit der Kirche vorgebeugt werden.



Die Möglichkeiten der neuen Buchdrucktechnik illustriert die **Gutenberg-Bibel** mit 42-zeiligen Spalten und handgemalten Illustrationen.

Der Nürnberger Schlossermeister und Uhrmacher Peter Henlein (1479–1542) war einer der berühmtesten Uhrmacher seiner Zeit und trug mit seinen Arbeiten zur Miniaturisierung der mechanischen Uhren bei. So fertigte er z. B. kleine Tischuhren und erste am Körper tragbare Uhren. Lange wurde ihm auch die Erfindung der ersten Taschenuhr zugeschrieben, die scherzhaft „Nürnberger Ei“ genannt wurde. Die Bezeichnung „Ei“ geht wahrscheinlich auf eine Verkürzung des Wortes „Aeurlein“ (Ührlein) zurück. Heute wird zwar bezweifelt, dass Henlein Erfinder des Nürnberger Eis ist, da Uhren dieser Form erst nach seinem

Tod aufkamen – nichtsdestotrotz hat er durch seine Arbeiten die Kreation von Taschenuhren erst ermöglicht.

Entstehung der „modernen Naturwissenschaften"

Am Übergang zwischen Mittelalter und
Renaissance begann um 1450 ein 200
Jahre andauernder Prozess, der als entscheidender Schritt für die Herausbildung der neuzeitlichen Naturwissenschaften angesehen wird. Der theoretische Ansatz der Wissenschaft näherte sich der empirischen Methode der Beobachtung und des Experiments an, die ursprünglich aus der handwerklichen Tradition und ihren technischen Errungenschaften kam. Die zuvor gering geschätzte Technik erfuhr eine bis dahin nicht gekannte Aufwertung. Das Zusammenspiel von genauen Messungen und ihrer theoretischen Interpretation hat auch für die revolutionäre Änderung des damaligen westlichen Weltbilds durch die „kopernikanische Wende" zentrale Bedeutung.

Neue Astronomie

Der aus dem preußischen Thorn stammende Nikolaus Kopernikus (1473–1543) brachte das im Mittelalter geltende geozentrische Weltbild des Claudius Ptolemäus zum Einsturz. Abgelöst wurde es durch das heliozentrische Weltbild, demzufolge die Sonne das Zentrum des Universums bildet. Diese Annahme bewies Kopernikus in seiner Schrift „Über die Umschwünge der himmlischen Kreise" (De revolutionibus orbium coelestium) mittels Beobachtungen und mathematischer Berechnungen. Ganz neu war diese Theorie nicht, bereits der Grieche Aristarchos von Samos (ca. 310–230 v. Chr.) hatte sie formuliert. Obwohl Kopernikus von der Richtigkeit seiner Theorie überzeugt war, hielt er sie über 30 Jahre zurück. Sein Werk erschien erst in seinem Todesjahr.

Kopernikus schuf – einer wissenschaftlichen Revolution gleichkommend – die Grundlagen für ein neues Weltbild, blieb aber auch noch in mittelalterlichen Traditionen verhaftet, da sich seiner Ansicht

nach die Planeten immer noch auf Kreisbahnen bewegten.

„In der Mitte von allen (Planeten) aber hat die Sonne ihren Sitz.“

Nikolaus Kopernikus

→ **Planet** Auch „Wandelstern“ genannter nicht selbst leuchtender Himmelskörper, der sich um eine Sonne dreht

Johannes Kepler

Erst mit Johannes Kepler (1571–1630) wurde die neue Astronomie vervollständigt. Kepler beschäftigte sich mit dem sogenannten Marsproblem – der Mars wich extrem von der berechneten Kreisbahn ab. Gestützt auf die genauen Beobachtungen des dänischen Astronomen Tycho Brahe (1546–1601) erkannte Kepler, dass sich der Mars und somit alle Planten auf Ellipsenbahnen bewegen. Seine Erkenntnisse sind in den „Keplerschen Gesetzen“ zusammengefasst.

Steckbrief

Johannes Kepler

Johannes Kepler wurde am 27.12.1571 in der freien Reichsstadt Weylerstatt (heute Weil der Stadt) geboren. Ab 1594 war er Mathematikprofessor in Graz. Im Zuge der Gegenreformation aus Graz ausgewiesen, siedelte er 1600 in die kaiserliche Metropole Prag über, wo er 1601 zum Kaiserlichen Mathematiker bestellt wurde. Hier verfasste er sein astronomisches Hauptwerk, die „Astronomia Nova“ (1609). Nach dem Tod von Kaiser Rudolf II. arbeitete Kepler 1612–26 als Mathematiker in Linz. 1628 trat er in die Dienste des Oberbefehlshabers der kaiserlichen Armee im Dreißigjährigen Krieg, General Wallenstein, den er in astrologischen Fragen beriet. Am 15.11.1630 starb Kepler in Regensburg.

17. und 18. Jahrhundert

Beginn der experimentellen Tradition

Spektakuläre Erfindungen sind nicht charakteristisch für das 17. und 18. Jh. Viel bedeutender ist der Zeitraum aufgrund der Auseinandersetzung von Naturwissenschaftlern mit technischen Fragen. Wissenschaften, deren Grundlage die eigenen Beobachtungen sind, bildeten sich heraus.

Die bereits in der Antike betriebenen und im Mittelalter weitergeführten Naturwissenschaften (Astronomie, Statik, Optik, Mathematik und Harmonielehre) gründeten sich auf einer mathematischen Tradition und wurden daher ausschließlich von Spezialisten betrieben. Das Experiment spielte bei diesen Wissenschaften eine untergeordnete Rolle.

Dies änderte sich mit den in ganz Europa beachteten Streitschriften des Engländers Francis Bacon (1561–1626), in denen er die mittelalterlichen Lehr- und Forschungsmethoden angriff. War es bis dahin üblich, dem logischen Prinzip der Deduktion folgend vom Allgemeinen auszugehen und auf den Einzelfall zu schließen, schlug Bacon nun eine neue wissenschaftliche Methode vor, die Induktion. Grundlage wissenschaftlicher Theorien sollte demnach nicht die Auslegung antiker Autoritäten sein, sondern die im Experiment gemachten Beobachtungen verschiedener Einzelfälle. Durch diese sollten allgemein gültige Aussagen über die Gesetzmäßigkeiten der Natur formuliert werden. Mit

Bacons Methode wurde es also möglich, neue Phänomene zu beschreiben und nicht wie bei der Deduktion bereits bekannte.

Spektakuläre Experimente

Zu den spektakulärsten Experimenten der damaligen Zeit gehörte beispielsweise die „elektrisierte Venus“. Hierbei wurde eine Frau, die auf einem Isolierschemel stand, elektrostatisch aufgeladen, näherte man sich ihr, so hatte das einen elektrischen Schlag zur Folge.

Auf dieser Basis entstanden mit Beginn des 17. Jh. die modernen Naturwissenschaften, deren Grundlage eine experimentelle Tradition ist.

Neue optische Instrumente

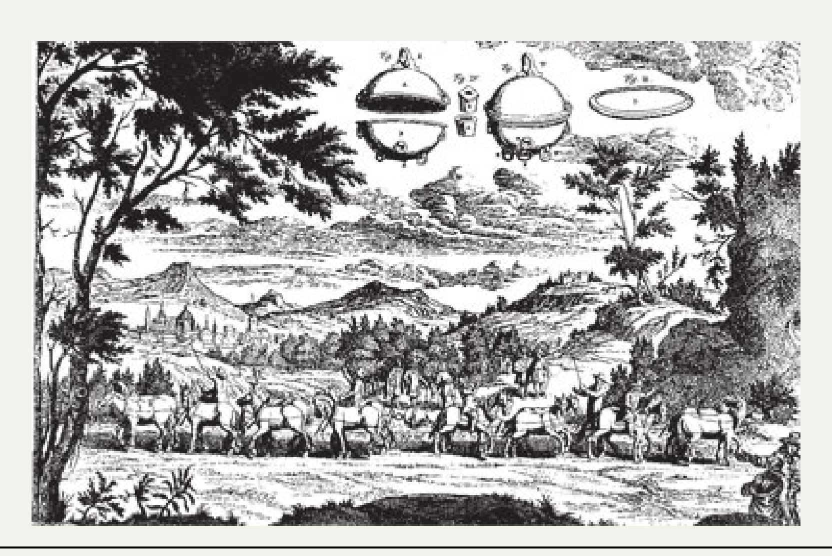
Diese Wissenschaften erforderten exakte Instrumente, um die Beobachtungen zu verfeinern. So baute um 1609 der Italiener Galileo Galilei (1564–1642) ein Linsenfernrohr mit konkavem Okular Zwei Jahre später benutzte Johannes Kepler ein konvexes Okular, wodurch sich Sehfeld, Abbildungsgüte und Vergrößerung verbesserten. Während man mit den Teleskopen ins Universum vordrang, erlaubte das vom Holländer Zacharias Janssen (1588–1632) entwickelte Mikroskop, den Mikrokosmos zu erkunden. Weiterentwickelt wurden diese Instrumente später u. a. von Joseph von Fraunhofer (1787–1826) und Ernst Abbe (1840–1905).

Elektrizität

Bis zum 18. Jh. war der Umgang mit der Elektrizität nur auf einen kleinen Personenkreis beschränkt. Gleichzeitig war die Elektrizität wohl die öffentlichste und spektakulärste Wissenschaft. Denn allmählich wurde die Elektrizität, einem breiteren Publikum durch sensationelle Experimente vorgeführt, zur Modeerscheinung, zum Gesprächsthema, mit dem man sich in den Salons die Zeit vertrieb. Später zeigten

umherreisende Experimentatoren diese Experimente selbst auf Jahrmärkten.

Derweil trieben die Naturwissenschaftler den Erkenntnisfortschritt voran: Der Magdeburger Otto von Guericke beispielsweise (1602–86) gilt als Begründer der Vakuumtechnik und leistete Vorarbeiten für die Wettervorhersage. Auf ihn geht auch das Grundprinzip der Elektrisiermaschine zurück: Mittels einer rotierenden Schwefelkugel erzeugte er Elektrizität. Er war der Erste, der bemerkte, dass sich Ladungen abstoßen oder anziehen können. Seine Erkenntnisse übertrug Guericke auf astronomische Fragen, indem er davon ausging, dass die Elektrizität für kosmische Vorgänge verantwortlich sei. 1672 versuchte Guericke, seine „Weltkräfte" zu veranschaulichen. Eine rotierende Schwefelkugel sollte dabei die Erde darstellen. Die Phänomene, die er zeigte, gehen aber nicht auf Gravitationskräfte zurück, sondern auf Reibungselektrizität, die er jedoch nicht bemerkte.



SCHLAGZEILE

„Magdeburger Halbkugeln" halten stand

Guericke machte nicht nur Versuche in seinem Labor, sondern versuchte seine Erkenntnisse auch öffentlich zu demonstrieren. Berühmt ist dabei der Versuch

mit den „Magdeburger Halbkugeln“, wodurch die Kraft des Luftdrucks verdeutlicht werden sollte. Dabei wurden zwei Halbkugelschalen zusammengepresst und anschließend die Luft herausgepumpt. Pferde sollten danach die Schalen voneinander trennen, schafften es jedoch nicht.

Georg Christoph Lichtenberg (1742 bis 1799) gilt als erster deutscher Professor für Experimentalphysik. Auf ihn gehen die Bezeichnungen „positiv“ und „negativ“ für elektrische Ladungen zurück. Und die Professoren Johann Heinrich Winkler (1703–70) und Georg Mathias Bose (1710 bis 1761) verbesserten die Elektrisiermaschine. Anstelle einer Schwefelkugel wurden nun Glaskugeln zur Erzeugung von Elektrizität benutzt. Winkler benutzte mehrere, Bose fügte der Elektrisiermaschine einen Konduktor hinzu, womit er die Elektrizität wegleiten konnte.

Chemie

In der Chemie bediente man sich ebenfalls der neuen Methoden. Eine in dieser Zeit weit verbreitete Theorie zur Beschreibung der noch nicht bekannten Oxidationsvorgänge war die „Phlogistontheorie“ von Johann Joachim Becher (1635–82) und Georg Ernst Stahl (1659 bis 1734). Nach d ieser Theorie beinhalten alle brennbaren Stoffe eine Substanz, die beim Verbrennen oder Verkalken (früher für „Rosten“) entweicht. Dies war die zentrale Annahme bis zur „chemischen Revolution“ durch Antoine Laurent de Lavoisier (1743–94), d er diese Vorgänge auf den Sauerstoff zurückführte.

→ **Binominale Nomenklatur** Bei der binominalen Nomenklatur bezeichnet der erste Teil des lateinischen Namens die Gattung, der zweite Teil das besondere Merkmal innerhalb der Gattung. So können beispielsweise Veilchen (viola = Gattung) in Hornveilchen (viola cornuta) oder Hainveilchen (viola riviniana) gegliedert werden.

Die Chemie des 17. und 18. Jh. übernahm auch Methoden der jahrhundertelang betriebenen Alchemie. Mit der Transmutation sollte beispielsweise unedles Blei in wertvolles Gold umgewandelt werden.

Einer ihrer Vertreter war Johann Friedrich Böttger (1682–1719), der im Auftrag des Königs von Sachsen, August dem Starken (1670–1733), arbeitete. Die Herstellung von Gold gelang ihm nicht, doch fand er bei seinen Versuchen die Rezeptur für die Herstellung von Porzellan, das als „weißes Gold" Berühmtheit erlangte.



Auf der Suche nach einer Möglichkeit, Gold herzustellen, stieß **Johann Friedrich Böttger** auf eine Rezeptur zur Produktion von Porzellan. Die Figurengruppe „Die Erfindung des Porzellans" (1890) zeigt die Szene, wie er seinem Herrn, August dem Starken, erste Porzellanstücke präsentiert (Porzellan-Manufaktur Meißen).

Ordnung im Reich der Natur

Das 18. Jh. gilt gemeinhin als Jahrhundert der Klassifizierung. Prominentestes Beispiel ist die Arbeit des schwedischen Naturforschers Carl von Linné (1707–78), der die „binominale Nomenklatur" entwickelte. Amateure leisteten auch hierzulande einen nicht zu unterschätzenden Beitrag, indem sie Pflanzen, Fossilien oder Insekten sammelten. Ihnen

gemeinsam war die Vorstellung, die Natur sammeln und ordnen zu können.

Das Pendant in der Welt der Mineralien, eine Klassifizierungsmethode für Mineralien, die sich an deren äußeren Merkmalen (Farbe, Bruch, Festigkeit usw.) orientiert, stammt vom deutschen Mineralogen Abraham Gottlob Werner (1749–1817). Durch die Kombination dieser Merkmale konnten die Mineralien ohne chemische Analyse klassifiziert werden. Werners 1774 veröffentlichte Methode fand eine schnelle Verbreitung, zumal sie im bergmännischen Alltag leicht umzusetzen war. Heute wird sie jedoch nicht mehr angewendet.

Neue Wissenschaften – neue Institutionen

Da die Universitäten traditionell als Orte der theoretischen Wissensvermittlung galten, spielten die experimentellen Wissenschaften dort keine große Rolle. In den sogenannten Akademien fanden diese Wissenschaften einen Ort, an dem Naturforschung auch in Bezug auf deren praktische Nutzung betrieben wurde. Die Wissenschaft orientierte sich hier an den praktischen und technischen Bedürfnissen in Bergbau oder Landwirtschaft. Auch der Mathematiker Gottfried Wilhelm Leibniz (1646–1716) forderte im Jahr 1700 in einer Denkschrift die Errichtung einer Berliner Akademie, um Theorie und Praxis zu vereinen.

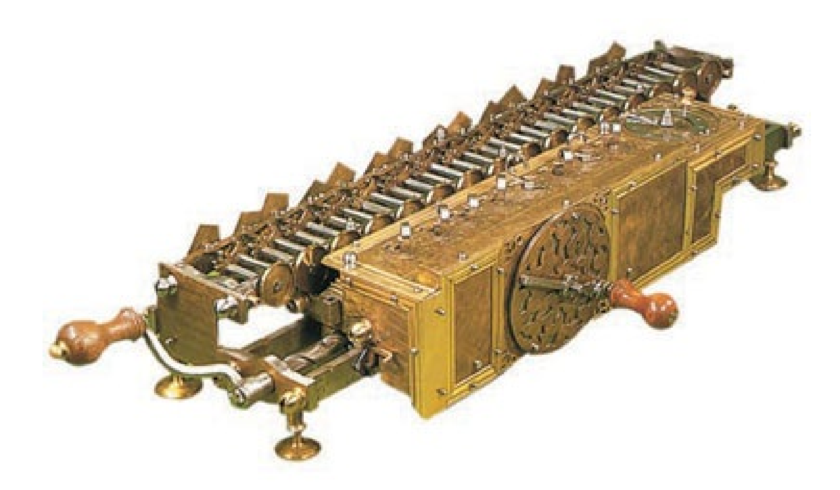
Leibniz und der Prioritätsstreit mit Newton

Leibniz, der auch Philosoph, Diplomat und Historiker war, gilt als einer der letzten Universalgelehrten. Er entwickelte das Dualsystem, auf dem die heutige digitale Informations- und Kommunikationstechnologie beruht. 1673 stellte er bei der „Royal Society“ in London eine Rechenmaschine vor, die die vier Grundrechenarten beherrschte. Seine größte Leistung ist sicherlich seine 1684 veröffentlichte Differential- und Intergralrechnung, die sich schnell durchsetzte und heute noch angewendet wird. Sie wurde Gegenstand eines berühmten Prioritätsstreits mit dem englische Naturforscher Isaac Newton (1643–

1727), der eine gleichartige Methode entwickelt hatte. Der Streit spaltete die Welt der Mathematik in „Leibnizianer“ auf dem europäischen Kontinent und „Newtonianer“. Erst eine Kommission bei der „Royal Society“, deren Präsident Newton seit 1703 war, entschied sich 1712 für Newton als Urheber der neuen Methode.

Wissenschaftliche Gesellschaften und Akademien in Deutschland

Gründungsjahr	Gründungsort	Bezeichnung
1700	Berlin	Societas Regia Scientiarum
1744	Berlin	Académie Royale des Sciences et Belles-Lettres de Prusse
1752	Göttingen	Königliche Societät der Wissenschaften
1754	Erfurt	Akademie gemeinnütziger Wissenschaften
1759	München	Churbayerische Akademie der Wissenschaften
1763	Mannheim	Academia Electoralis Scientarum et Elegantiorum Litterarum Theodoro-Palatina
1768	Leipzig	Fürstlich Jablonowskische Gesellschaft der Wissenschaften



Leibniz’ Rechenmaschine war eine sogenannte Staffelwalzenmaschine. Sie wurde nie in Serie gefertigt.

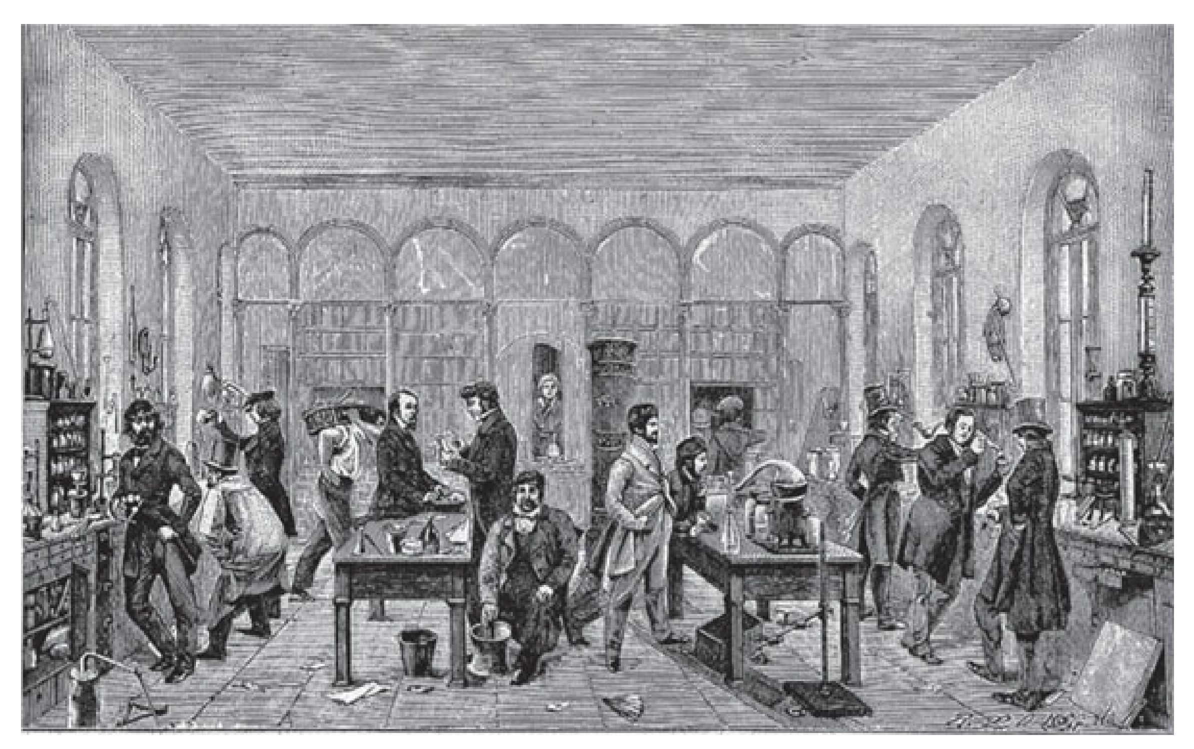
„Es ist unwürdig, die Zeit von hervorragenden Leuten mit knechtischen Rechenarbeiten zu verschwenden.“

Gottfried Wilhelm Leibniz

1789–1914

Das „lange“ 19. Jahrhundert

Nach der Französischen Revolution kam es europaweit zu politischen, sozialen und wissenschaftlichen Umbrüchen. Die immer schneller fortschreitende Industrialisierung fußte auf Innovationen und produzierte diese dann selbst.



Justus von Liebig war an der Universität Gießen auch Chemieprofessor. Die Abbildung zeigt einen Blick in sein Labor, in dem seine Studenten mithilfe praktischer Versuche eine äußerst fortschrittliche Ausbildung erhielten.

In Deutschland setzte die Phase der Industrialisierung nach 1815 ein, wobei die Zeit bis zur Revolution 1848/49 als Frühindustrialisierung bezeichnet wird. Große technische Fortschritte in der Landwirtschaft und der Eisenbahnbau waren mit dafür verantwortlich, dass schon ab der Jahrhundertmitte die Phase der Hochindustrialisierung beginnen konnte. Zu den wirtschaftlichen Leitsektoren zählten vor allem die chemische Industrie, aber auch Elektrotechnik und optische Industrie.

→ **„Langes“** 19. Jh. In der Geschichtswissenschaft ist der Begriff gebräuchlich, um den Zeitraum zwischen der Französischen Revolution (1789) und dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs (1914) zu definieren.

Die schnelle industrielle Entwicklung führte auch zu einem konjunkturellen Aufschwung, Triebfedern waren die Naturwissenschaften und eine florierende Industrie, die dank ihrer Erfolge enorme Investitionsmitteln freisetzte. Und so belegte das Kaiserreich bei der Hervorbringung neuer, zukunftsweisender Innovationen nun einen Spitzenplatz.

Siegeszug der deutschen Chemie

Die gesamte deutsche chemische Industrie trat ab der Mitte des 19. Jh. einen Siegeszug an und war bald weltweit führend. Die heute bekannten Großkonzerne wie die Badische Anilin- und Soda Fabrik (BASF), die Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation (AGFA) und Bayer wurden in diesem Zeitraum gegründet. Letztgenanntes Unternehmen brachte 1898 das bis heute wohl bekannteste Medikament auf den Markt: Aspirin. Darüber entwickelte die pharmazeutischen Chemie zahlreiche Impfstoffe und Arzneimittel, die lange unheilbare Krankheiten erfolgreich eindämmten.

Justus von Liebig

Einer der größten Chemiker des 19. Jh. war Justus von Liebig (1803–73). Neben organischer und pharmakologischer Chemie befasste er sich auch

mit landwirtschaftlicher Chemie.

In seinem 1840 veröffentlichten Buch „Die Organische Chemie in ihrer Anwendung auf Agriculturchemie und Physiologie“ legte er dar, dass Pflanzen bestimmte anorganische (nichtpflanzliche) Stoffe wie Stickstoff, Kali oder Phosphorsäure benötigen, um wachsen zu können – Nährstoffe, die dem Boden direkt zugeführt werden könnten. Mit seinen aus England stammenden Schülern Edward Frankland und James Sheridan Muspratt entwickelte er den Kunstdünger Superphosphat. Dessen Einsatz ermöglichte es, für die immer schneller wachsende Bevölkerung ausreichend Lebensmittel zu produzieren. Der Dünger ist bis heute noch gebräuchlich. Auf von Liebigs Anregung hin entstanden die ersten Mineraldüngerfabriken in Deutschland. Darüber hinaus entwickelte er Babynahrung und „Liebigs Fleischextrakt“.

„Liebigs Fleischextrakt“

Liebig befasste sich auch mit der Herstellung eines Fleischextrakts. Die Rezeptur veröffentlichte er 1854 in den „Annalen der Chemie“. Der Eisenbahningenieur Georg Christian Giebert, der in Uruguay lebte, las diese Abhandlung. Dabei hatte er die Idee Fleischextrakt industriell herzustellen, um Fleisch über weite Strecken exportieren zu können. Bis dahin war dies mangels Kühlschiffen nicht möglich. Bei der Produktion wurde das Fett entfernt, das Fleisch zerhackt und anschließend eingedampft. Die eingedickte Paste wurde in Dosen verpackt und war somit haltbar. Die 1862 gegründete „Liebig Extract of Meat Company“ war ein großer Erfolg.

August Wilhelm von Hofmann

August Wilhelm von Hofmann (1818–92), ein Schüler Liebigs, entdeckte das aus Steinkohlenteer gewonnene Anilin. Damit legte er den Grundstein für die Entstehung des neuen Wirtschaftzweigs der Teerfarbenindustrie. Die sogenannten Anilinfarben wurden u. a. zum Färben diverser Materialien wie Holz, Leder und Tapeten verwendet. Bis 1900 hatte die

deutsche chemische Industrie in dieser Branche nahezu ein Weltmonopol inne.

Optische Industrie

Die noch heute bekannten Firmen Leitz in Wetzlar (gegründet 1849) und Carl Zeiss in Jena (gegründet 1846, während der deutschen Teilung gab es zwei Firmen) erlangten für die Produktion ihrer optischen Instrumente Weltruhm.

Der Optiker und Physiker Joseph von Fraunhofer (1787–1826) war auch ein talentierter Glasmechaniker. Die von ihm hergestellten Linsen erlangten hohes internationales Ansehen. Er stellte u. a. Teleskope und Spektroskope her. Mit Spektroskopen ist es möglich, Licht in die Spektralfarben zu zerlegen. Mit einem solchen entdeckte Fraunhofer im Spektrum der Sonne die nach ihm benannten dunklen Fraunhofer-Linien, deren Bedeutung er allerdings nicht erklären konnte.

→ **Bagdad-Bahn** Die Bagdad-Bahn ist eine Bahnlinie zwischen der Stadt Konya in der Türkei und Bagdad im Irak. Zunächst entstand sie im Zeitraum zwischen 1903 und 1913 unter deutscher Leitung.

Diese Klärung gelang erst Robert Wilhelm Bunsen (1811–99) und Gustav Robert Kirchhoff (1824–87). Bei Versuchen mit dem Spektroskop und dem Bunsenbrenner entdeckten sie, dass bestimmten chemischen Elementen Spektrallinien mit eindeutigen Wellenlängen zugeordnet werden können.

SCHLAGZEILE

Streit um die Glühbirne

Als Erfinder der elektrischen Glühbirne gilt gemeinhin Thomas Alva Edison (1847–1931), der sie 1880 patentieren ließ. Nachdem Edison ein Patent für die Glühlampe erhielt, behauptete der deutsche Heinrich Göbel (1818–93), bereits 1854 einen Kohlefaden in einer luftleeren Glühbirne zum Leuchten gebracht und

diese immer weiter verbessert zu haben, ohne dass er jedoch ein Patent für seine Erfindung angemeldet hätte. Es bestehen allerdings starke Zweifel an der Aussage Göbels, zumal er auch andere Patente angemeldet hatte. Fast zeitgleich mit seinem Tod entstand die „Göbel Legende", die ihm die Erfindung zuspricht. Selbst heute noch wird sie des Öfteren unkritisch übernommen.

Eisenbahnbau

Die Nutzbarkeit des Dampfdrucks hatte einen enormen Einfluss auf das Verkehrswesen. Mit dem Bau der ersten Dampflokomotive 1804 in Großbritannien stand ein Verkehrsmittel zur Verfügung, mit dem Waren und Personen in bis dato unglaublicher Geschwindigkeit transportiert werden konnten. Wegbereiter und glühende Verfechter des Eisenbahnbaus in Deutschland waren der Ökonom Friedrich List (1789–1846) sowie der Politiker und Unternehmer Friedrich Wilhelm Harkort (1793–1880). Das Eisenbahnzeitalter in Deutschland begann 1835 mit der Eröffnung der nach König Ludwig I. von Bayern benannten „Ludwigsbahn" zwischen Nürnberg und Fürth.

Fortan galt der zunächst von privaten Initiatoren getragene Eisenbahnbau als Motor der Industrialisierung, vor allem die Montanindustrie erlebte einen beachtlichen Aufschwung. Die Eisenbahn wurde aber auch als Machtmittel imperialistischer Politik instrumentalisiert, z. B. bei der Bagdad-Bahn. Neben wirtschaftlichen Erwägungen erhoffte man sich im Kaiserreich durch deren Bau einen Vorteil gegenüber den anderen europäischen Großmächten bei der Gründung neuer Kolonien im Nahen Osten.

Elektrotechnik

Mit der allmählich fortschreitenden Elektrifizierung des Landes änderten sich gewerbliche und private Strukturen. Sowohl Siemens als auch die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft (AEG) gründeten, zunächst in Berlin, Elektrizitätswerke, um die Bevölkerung mit Strom versorgen zu können. Das elektrische Licht führte u. a. zu einer steigenden Produktion, da nun

auch nachts gearbeitet werden konnte.



1879 wurde in Berlin die als Sensation gefeierte und von Siemens & Halske entwickelte **erste elektrische Eisenbahn** präsentiert.

Weltweit nahm Deutschland eine exponierte Stellung in der elektrotechnischen Industrie ein. Zu verdanken war dies nicht zuletzt der 1847 durch Werner von Siemens (1816–92) und Johann Georg Halske (1814–90) gegründeten Firma Siemens & Halske, die bis in die 1920er-Jahre hinein zusammen mit der britischen General Electric Company Weltmarktführer in der Elektrotechnik war.

Zunächst widmete sich das Unternehmen der Telegrafie. Im Jahr 1848 wurden die Städte Berlin und Frankfurt durch ein unterirdisches Kabel miteinander verbunden. Zudem erfand man den „Induktions-Schreibtelegraphen“. 1866 entdeckte Siemens das dynamoelektrische Prinzip, auf dem die 1879 präsentierte erste elektrische Lokomotive basierte. Es sollte allerdings noch Jahrzehnte dauern, bis Elektrolokomotiven planmäßig eingesetzt werden konnten, nicht zuletzt weil es an elektrifizierten Strecken fehlte.

Kommunikation

Immer größere Bedeutung gewann die Kommunikation über große Entfernungen. Begünstigt durch die Nutzanwendung der Elektrizität erreichte sie ein neues technisches Niveau. Wichtige Impulse kamen dabei aus Deutschland.

Steckbrief

Carl Zeiss

Der Name des am 11.9.1816 in Weimar geborenen Carl Zeiss ist bis heute mit optischen Geräten höchster Qualität verbunden. In Zusammenarbeit mit dem Physiker Ernst Abbe (1840–1905) gelang es Zeiss, die Konstruktion optischer Geräte, insbesondere von Mikroskopen, auf eine wissenschaftliche Grundlage zu stellen. Mit der Gründung der Carl-Zeiss-Werke, die nach seinem Tod am 3.12.1888 von Ernst Abbe als Alleininhaber weitergeführt wurden, legte er den Grundstein für die bis heute weltweit höchst renommierte optische Industrie in Jena.

Elektromagnetischer Telegraf

Im Jahr 1833 konstruierten der Mathematiker und Astronom Carl Friedrich Gauß (1777–1855) sowie der Physiker Wilhelm Eduard Weber (1804–91) in Göttingen den ersten elektromagnetischen Telegrafen der Welt.

Die Wissenschaftler arbeiteten oftmals eng zusammen. Den Telegrafen nutzten sie bei einer privaten Telegrafenlinie, die sie in Göttingen zwischen ihren Arbeitsplätzen im physikalischen Kabinett (Weber) und der Sternwarte (Gauß) einrichteten. Über fast 2 km wurden isolierte Drähte über die Dächer Göttingens verlegt und Stromstöße in verschiedenen Stärken übertragen. Die Ausschläge eines Magnetstabs beim jeweiligen Empfänger konnten die Wissenschaftler dann nach einem verabredeten System als Buchstaben dechiffrieren.

„Du, Natur, bist meine Gottheit, deinen Gesetzen diene ich.“



Eine nach den Plänen von **Johann Philipp Reis** angefertigte Fernsprechkonstruktion. Reis erlebte den Siegeszug seiner Erfindung nicht mehr, er verstarb 1874 völlig verarmt im Alter von nur 40 Jahren. Der Amerikaner Alexander Graham Bell verbesserte wenig später die Erfindung und führte das Telefon in den USA ein.

Telefon

Der Physiker und Lehrer Johann Philipp Reis (1834–74) gilt als Erfinder des Telefons. Reis hatte erkannt, dass sich Töne mit elektrischem Strom übertragen lassen. Im Jahr 1861 entwickelte er ein Schallaufnahmegerät. Bei dessen Konstruktion orientierte er sich an Vorbildern aus der Natur. Seine aus Holz bestehende Ohrmuschel besaß sowohl einen Hammer als auch einen Amboss aus Metall, die an eine Stromquelle angeschlossen waren. Töne – also Schwingungen – veränderten die Stromstärke zwischen Sender und Empfänger. Reis hatte somit einen schallempfindlichen Kontaktmechanismus konstruiert. Je nach Schallstärke variierte die Stromstärke, was zur Folge hatte, dass unterschiedliche Töne übertragen werden konnten. Gleichzeitig erfand

Reis das erste Mikrofon und den ersten Lautsprecher.

Am 26.10.1861 stellte Reis seine revolutionäre Apparatur dem Physikalischen Verein in Frankfurt vor. Der bei der Präsentation verwendete Satz „Das Pferd frisst keinen Gurkensalat" war ungewöhnlich, aber durchdacht. Er sollte sicherstellen, dass weder Sinn noch Reihenfolge der übertragenen Wörter erahnt werden konnten. Zur Serienreife gelangte seine Erfindung allerdings nicht. Zum einen fehlten Reis die Geldmittel, zum anderen wurde ihr enormes Potenzial nicht erkannt – die Erfindung wurde als technische Spielerei betrachtet. Reis selbst konnte sie besser einordnen – kurz vor seinem Tod schrieb er: „Ich habe der Welt eine große Erfindung geschenkt. Anderen muss ich es überlassen, sie weiterzuführen, aber ich weiß, dass auch das zu einem guten Ende kommen wird."

Tatsächlich gelang die wirtschaftliche Verwertung des Telefons wenig später. Der Schotte Alexander Graham Bell (1847–1922) erhielt im Jahr 1876 das erste Patent für ein Telefon in den USA. In der Folgezeit wurden ausgedehnte Telefonnetze errichtet. Deutschlands erste öffentliche Vermittlungsstelle für Telefone, die zunächst vor allem in Amtsstuben Verwendung fanden, wurde 1881 in Berlin eröffnet. Ferngespräche vermittelte anfangs das „Fräulein vom Amt". 1908 nahm in Hildesheim das erste Ortsamt mit automatischer Vermittlung den Betrieb auf, eine flächendeckende Einführung ließ jedoch noch längere Zeit auf sich warten.

Drahtlose Übertragung

Dass Töne auch drahtlos übertragen werden können, bewies Heinrich Hertz (1857 bis 1994). Er befasste sich dabei mit der von dem Schotten James Clerk Maxwell aufgestellten Theorie der elektromagnetischen Wellen. Hertz studierte in Berlin Physik bei Hermann von Helmholtz (1821 bis 94). Die Experimentenkultur von Helmholtz folgte der Richtlinie, sich mit Fragen nicht nur theoretisch auseinanderzusetzen, sondern gefundene Erkenntnisse auch experimentell zu beweisen.

Hertz wies nach, dass elektromagnetische Wellen dasselbe Ausbreitungsverhalten im Raum aufweisen wie Licht – eine Erkenntnis im Rang einer wissenschaftlichen Sensation. In einem Experiment gelang Hertz 1886 schließlich die drahtlose Übertragung dieser Wellen von einem Sender zu einem Empfänger. Damit schuf er die Grundlagen für die spätere Funkund Radiotechnik, die als die bedeutendste Kulturleistung seit der Erfindung des Buchdrucks gewürdigt wurde.

Steckbrief

Hermann von Helmholtz

Der am 23.8.1821 in Potsdam geborene Hermann von Helmholtz war ein Universalgelehrter. Mit seinem Beitrag zum Energieprinzip leistete er 1847 als Physiker Bahnbrechendes, mit der Erfindung des Augenspiegels 1850 gelang ihm Ähnliches für die Medizin. Später wurde der „Reichskanzler der Wissenschaften" zu einer zentralen Figur und einem hoch angesehenen Repräsentanten der deutschen Wissenschaft. Helmholtz starb am 8.9.1894 in Berlin.

Prinzipielle Funktionsweise eines Viertakt-Hubkolbenmotors

Takt	Aktion
1. Takt (Ansaugen)	Ein Gasgemisch (Luft und Kraftstoff) wird vom Vergaser in den Zylinder gesaugt.
2. Takt (Verdichten)	Das Gasgemisch im Zylinder wird durch den Kolben, der sich nach oben bewegt, verdichtet.
3. Takt (Arbeiten)	Durch den Zündfunken an der Zündkerze wird das Gasgemisch entzündet, wobei es explosionsartig verbrennt. Dadurch wird der Kolben nach unten gedrückt und verrichtet somit Arbeit.
4. Takt (Ausstoßen)	Die Verbrennungsgase werden durch den Kolben aus dem Zylinder gedrückt.

Neue Kraftmaschinen

Nicolaus August Otto (1832–91) erfand den nach ihm benannten Ottomotor, der auf dem Viertaktprinzip basiert, wobei das Prinzip des Verbrennungsmotors dem der Dampfmaschine gleicht. Ab 1862 begann Otto, den Gasmotor des Belgiers Etienne Lenoir (1822–1900) weiterzuentwickeln. Den drei Takten von Lenoir (Ansaugen, Arbeiten, Ausstoßen) fügte er einen vierten hinzu: das Verdichten. Die volle Funktionsfähigkeit des Viertaktmotors erreichte er erst 1876.

SCHLAGZEILE

Erste Frau am Steuer

Die damalige Öffentlichkeit reagierte verhalten auf Benz' Erfindung. Zu groß war die Skepsis gegenüber einem motorisierten Vehikel. In dieser Situation ergriff Berta Benz (1848–1944) die Initiative. Die Praxistauglichkeit der Erfindung musste der Öffentlichkeit präsentiert werden. Mit ihren beiden Söhnen fuhr sie 1888 von Mannheim nach Pforzheim. Verstärkt wurde der Aspekt der Alltagstauglichkeit dadurch, dass es einer Frau gelang, eine anspruchsvolle technische Maschine zu bändigen, was zu dieser Zeit ausschließlich Männern zugetraut wurde. Alles in allem war Berta Benz' erste Überlandfahrt eine gelungene PR-Aktion, mit der sie der Erfindung ihres Mannes zum Durchbruch verhalf.

Rudolf Diesel (1856–1913) begann 1893 mit der Entwicklung eines Hochdruckverbrennungsmotors (Dieselmotor). Dabei wurde er von den Firmen Krupp und der Maschinenfabrik Augsburg unterstützt. Ohne diese geistig-materielle Unterstützung wäre es ihm wohl kaum möglich gewesen, sein Motorenkonzept zu verwirklichen, denn aus der geplanten halbjährigen Entwicklungszeit wurden schließlich vier Jahre. Entscheidender Vorteil des Dieselmotors ist sein besserer Wirkungsgrad, wodurch eine geringere Menge an Kraftstoff verbraucht wird. Zunächst fand der Motor fast ausschließlich in Schiffen, Lokomotiven und Lastkraftwagen Verwendung. Erst allmählich wurde er auch in

Personenkraftwagen eingesetzt.

Neue Transportmittel

Die neuen Kraftmaschinen waren die Voraussetzung für die Entwicklung neuer Fahrzeuge. Eine der neuen Erfindungen in diesem Bereich kam jedoch noch ganz ohne Motor aus.

Fahrrad

Ein Fortbewegungsmittel, das gänzlich ohne fossile Brennstoffe betrieben werden konnte, war die Draisine, die von Carl Drais (1785–1851) im Jahr 1817 erfunden wurde. Dabei handelt es sich um ein Laufrad; es gilt als Vorläufer des heutigen Fahrrads.

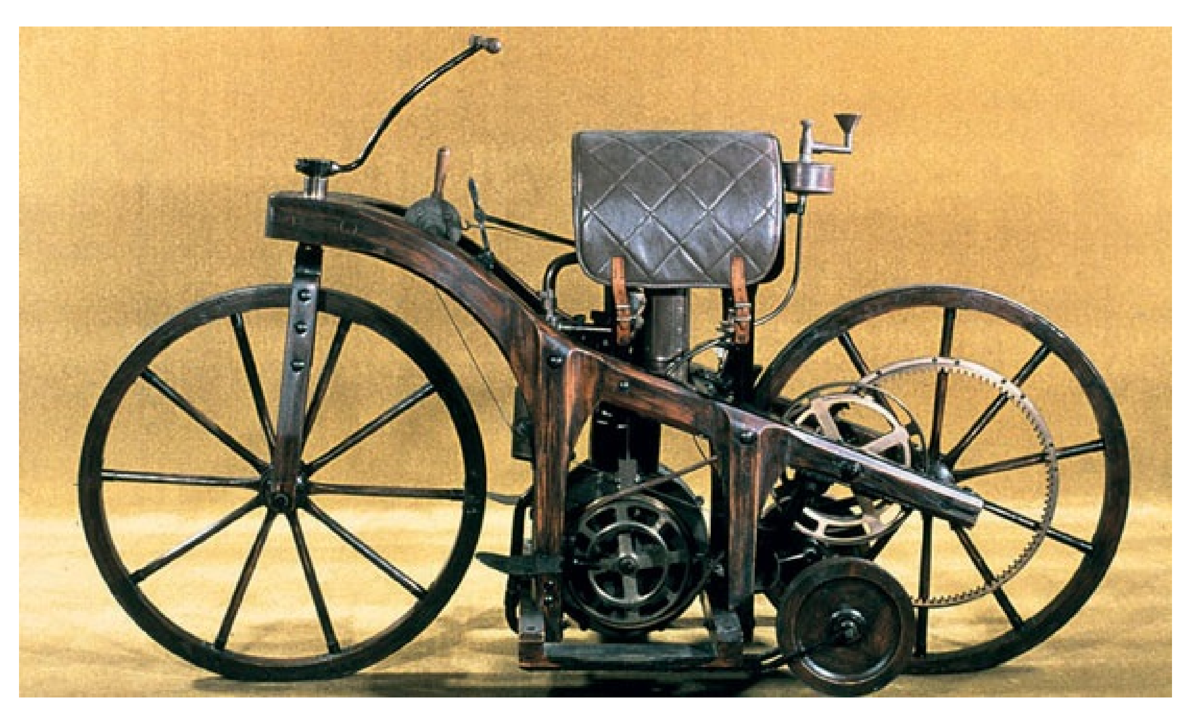
Automobil

Carl Benz (1844–1929) gründete 1871 mit einem Geschäftspartner die Firma „Eisengießerei und mechanische Werkstätte". Nachdem die Partnerschaft kurz darauf zerbrach, konnte die Unternehmung nur durch die finanzielle Hilfe seiner Verlobten Berta gerettet werden. 1882 forderte seine Bank den Unternehmer auf, die Firma aufgrund der kostspieligen Entwicklungsarbeit in eine AG umzuwandeln. Benz folgte dieser Aufforderung und sein Unternehmen firmierte nun als Gasmotorenfabrik Mannheim A. G. Allerdings unterstützte der nun installierte Aufsichtsrat die visionären Pläne von Carl Benz nicht, worauf dieser die Firma verließ und 1883 die Firma „Benz & Cie. Rheinische Gasmotorenfabrik" gründete. In den Jahren 1884/85 entwickelte er seinen dreirädrigen Motorwagen, der schließlich 1886 patentiert wurde. 1893 schied Benz aus dem Unternehmen aus. Die Firma Benz fusionierte dann 1926 mit der Daimler-Motoren-Gesellschaft zur Daimler Benz AG.

Gottlieb Daimler (1834–1900) war von 1871 bis 1881 technischer Leiter der Gasmotorenfabrik Deutz, die von Nikolaus Otto 1864 gegründet worden war. Nach einer Auseinadersetzung mit Otto verließ Daimler die Firma. Gemeinsam mit Wilhelm Maybach (1846–1929), der ebenfalls bei

Deutz angestellt war, baute Daimler den ersten schnell laufenden Benzinmotor, 1886 erfolgte die Produktion des ersten Automobils. Bekannt sind Daimler und Maybach auch für die Erfindung des „Reitwagens". Dabei handelt es sich um das erste mit einem Verbrennungsmotor ausgestattete Zweirad, das jedoch nicht in Serienproduktion ging.

Trotz der geografischen Nähe der Firmensitze und auch wenn die Namen Daimler und Benz heute meist in einem Atemzug genannt werden, haben die beiden Automobilpioniere nie zusammen gearbeitet.



Das **Motorrad mit Benzinmotor** entstand 1885 als gemeinsames Werk von Gottlieb Daimler und Wilhelm Maybach. Die Jungfernfahrt unternahm Daimlers Sohn Paul.

Vergessener Erfinder

Dem Erfinder Hermann Ganswindt (1856–1934) gelang 1901 ein spektakuläres Experiment: Sein einem Hubschrauber ähnliches, mit Muskelkraft betriebenes „Hebeluftschraubenflugzeug" erhob sich tatsächlich etwa 1 m über den Boden. Zur Sicherung der Apparatur hatte der Erfinder sie an einem senkrechten Seil befestigt – und die Anschuldigung, der Apparat

sei daran hochgezogen worden, kostete ihn unberechtigterweise seine Glaubwürdigkeit. Ganswindt wollte auch ansonsten hoch hinaus: So entwarf er ein „Weltenfahrzeug“, das einer Rakete ähnelte …

Flugzeug

Als einer der großen Flugpioniere – ja als erster fliegender Mensch überhaupt – gilt Otto Lilienthal (1848–96), der bei seinen Flugversuchen aber noch keinen Motor verwendete. Bei der Konstruktion seiner Flugapparate diente ihm – dem Ansatz des Italieners Leonardo da Vinci (1452 bis 1519) folgend – die Natur als Vorbild. Anhand des Flugverhaltens von Störchen studierte er deren Flügelaufbau. Durch seine Versuche erkannte er in der Form des gewölbten Flügels die geeignetste Bauweise, um den Auftrieb der Vögel zu imitieren. Nach langen theoretischen Vorarbeiten erfolgte 1891 der erste Flug über eine Strecke von 25 m, in der Folgezeit gelangen auch Flüge über weitere Distanzen. Zu der geplanten Kombination seines Gleitfliegers mit einem Verbrennungsmotor kam es nicht, da Lilienthal zuvor bei einem Flugversuch ums Leben kam.

→ **Gewölbte Flügelform** Die Flügel (Tragflächen) erzeugen besseren Auftrieb, wenn sie oben gewölbt und unten flach sind. Auf diese Weise strömt die Luft schneller über die Oberfläche, wodurch der an der flachen Unterseite entstehende Druck den Auftrieb erzeugt.

Der erste Motorflug gelang dann im Jahr 1903 den Amerikanern Wilbur und Orville Wright (1867–1912/1871–1948) in den USA.

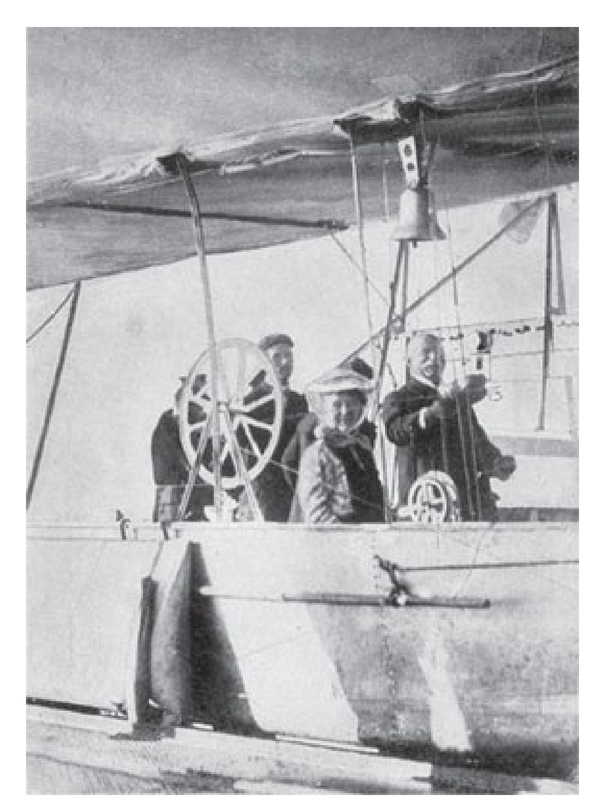
Zeppelin

Mit großem Interesse verfolgte die deutsche Öffentlichkeit die Luftschiffe des Grafen Ferdinand von Zeppelin (1838 bis 1917). Von Anfang an hatte das Vordringen in den Luftraum sowie dessen Kontrolle immer auch militärische Relevanz.

Nach seinem Austritt aus dem militärischen Dienst widmete sich

Zeppelin dem Bau eines Starrluftschiffs. Damit strebte er vor allem eine militärische Nutzung an – die Neuentwicklung sollte für militärische Aufklärung eingesetzt werden.

Das erste Luftschiff startete am 2.7.1900. Die Luftschiffe wurden dann auch im Ersten Weltkrieg verwendet, für Aufklärungszwecke und auch bei Luftangriffen. Das Schadenspotenzial der Luftschiffe war verglichen mit anderen damals modernen militärischen Technologien jedoch gering. In psychologischer Hinsicht hatte der Einsatz der Luftschiffe größeren Wert, da ihr Erscheinen beim Gegner und dessen Zivilbevölkerung verhältnismäßig große Angst verursachte und oft unverhältnismäßig große militärische Kapazitäten zur Abwehr der Luftschiffe eingesetzt wurden.



Die Fotografie zeigt **Ferdinand Graf von Zeppelin** mit seiner Tochter in einem der ersten Luftschiffe.

Neue Hochschulen – neue Forschungseinrichtungen

Mit der Industrialisierung und der zunehmenden Technisierung der Arbeit gewannen Wissenschaft und Forschung stark an Bedeutung, ebenso wie die Ausbildung von Ingenieuren und Arbeitskräften.



Alltag in einem Labor am **Kaiser-Wilhelm-Institut** für Chemie im Jahr 1913

Im Zuge des Aufschwungs und der damit gestiegenen Nachfrage nach gut ausgebildetem wissenschaftlich-technischem Personal wurde ein grundlegender Wandel in der deutschen Hochschullandschaft vollzogen: Es erfolgte eine Akademisierung der Ingenieurwissenschaften.

Technische Hochschulen

Allgemein sichtbarer Ausdruck dieser Akademisierung war die Errichtung sogenannter Technischer Hochschulen in den 1870er-Jahren. Deren Kern bildeten zumeist die ehemaligen polytechnischen Schulen, die sich – orientiert an der französischen École Polytechnique (gegründet 1794) – ab Anfang des 19. Jh. in Deutschland herausgebildet hatten.

Eine derartige Hinwendung zu einer akademisch-praktischen Ausbildung – einer starken Berufsbezogenheit also – war mit dem bisher gültigen Humboldtschen Bildungsideal der akademischen Freiheit nicht zu vereinbaren. Zwar rief die Errichtung der Technischen Hochschulen Anerkennung und nicht selten auch Nachahmung im gesamten Europa hervor, die Universitäten allerdings sträubten sich gegen die Gleichberechtigung der Technischen Hochschulen. Erst 1899 war mit der Berechtigung, an Technischen Hochschulen zu promovieren, der akademische Gleichstellungsprozess vollzogen.

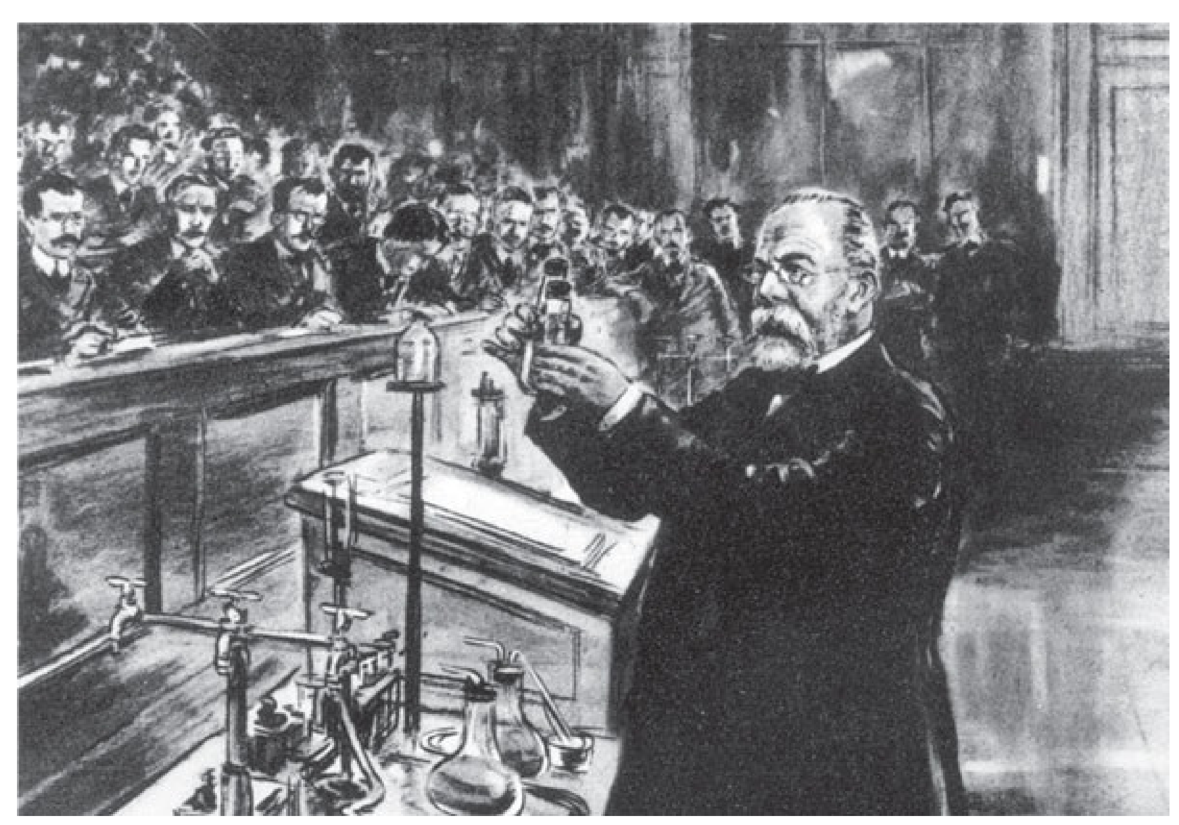
Die von staatlicher und vor allem von privater Seite bereitgestellten Finanzmittel waren die Grundlage für die internationale Spitzenposition der deutschen Wissenschaft. Das private Mäzenatentum bewirkte die Herausbildung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen.

Physikalisch-Technische Reichsanstalt

Die Physikalisch-Technische Reichsanstalt (PTR) wurde mit beträchtlichen Geldmitteln im Jahr 1887 auf Initiative von Werner von Siemens gegründet. Sie wurde zum Vorbild für ähnlich konzipierte Institute in Großbritannien und den USA. Konzeptionell war die PTR ein Forschungsinstitut, in dem wissenschaftliche, technische, aber auch industrielle Anliegen eng miteinander verwoben waren. Damit war die PTR das erste deutsche Großforschungsinstitut, dessen Wissenschaftler keine akademischen Lehrverpflichtungen hatten, sondern sich ganz auf ihre Forschung konzentrieren konnten. Größenteils wurde an der PTR Routinearbeit verrichtet. Im Auftrag der Industrie wurden Messund Prüfversuche durchgeführt. Die dortige Grundlagenforschung jedoch führte zu Entdeckungen, die später mit Nobelpreisen ausgezeichnet

wurden. Zu den namhaftesten Nobelpreisträgern, die an der PTR tätig waren, zählen Wilhelm Wien (1911: Erforschung der Wärmestrahlung), Max Planck (1918: Entdeckung des Plankschen Wirkungsquantums) und Walter Bothe (1954: Entwicklung der Koinzidenzmethode).

Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (KWG)
Unter der Schirmherrschaft von Kaiser Wilhelm II wurde 1911 die KWG mit Sitz in Berlin-Dahlem gegründet. Initiativen zur Gründung eines außeruniversitären Forschungsinstituts waren bereits seit 1905 von führenden Wissenschaftlern, dem preußischen Kultusministerium, aber auch von der chemischen Industrie zunächst unabhängig voneinander ausgegangen. Ziel war der Aufbau einer Einrichtung mit naturwissenschaftlicher Ausrichtung, in der Spitzenforschung ohne jegliche Lehrverpflichtung betrieben werden konnte. Gründungspräsident der KWG war der evangelische Theologe Alfred von Harnack (1851–1930), der auch einer der einflussreichsten Wissenschaftsorganisatoren (Harnack-Prinzip) und Politiker war.



Die Zeichnung aus dem Jahr 1939 zeigt **Robert Koch**, der am 24.3.1882 auf einer Sitzung der Physiologischen Gesellschaft in Berlin seine Entdeckung des Tuberkelbazillus bekannt gibt.

Finanziert wurde die KWG durch private Stiftungen vor allem aus der Industrie. In der Wahl ihrer Forschungsthemen jedoch waren die einzelnen Institute frei, obwohl es vonseiten der Industrie durchaus Bemühungen gab, Einfluss auf Entscheidungen zu nehmen. So sicherte der jüdische Bankier Leopold Koppel (1854 bis 1933) erst seine finanzielle Unterstützung für die Errichtung des Instituts für physikalische Chemie zu, nachdem er Fitz Haber (1868–1934) als dessen Direktor durchgesetzt hatte.

Die Dominanz der deutschen chemischen Industrie während der Kaiserzeit spiegelte sich auch in der Errichtung der ersten beiden „KWI (Kaiser-Wilhelm-Institute)" für Chemie sowie physikalische Chemie und Elektrochemie 1911 wider. Während der beiden Weltkriege stellten sich die danach entstandenen einzelnen Institute unterschiedlich stark in den Dienst der Kriegsforschung. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die KWG unter der Leitung von Max Planck (1858-1947) und Otto Hahn (1879–1968)

reorganisiert. Durch Erlass der Militärregierung musste die KWG in Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften umbenannt werden.

→ **Harnack-Prinzip** Die Gründung der einzelnen Institute der KWG erfolgte nach dem sogenannten Harnack- Prinzip: Um einen herausragenden Wissenschaftler wurde ein in materieller und personeller Hinsicht gut ausgestattetes Institut eingerichtet.

Ausgezeichnete Wissenschaft

Die herausragende Stellung der deutschen Naturwissenschaft dokumentiert auch die imposante Zahl von 14 im Zeitraum von 1901 bis 1914 nach Deutschland vergebenen einschlägigen Nobelpreisen (fünf in Chemie, fünf in Physik, vier in Medizin). Die heute bekanntesten Preisträger sind wohl der Physiker Wilhelm Conrad Röntgen (1845–1923) und der Mediziner Robert Koch (1843–1910). Röntgen, der die später nach ihm „Röntgenstrahlen“ genannten X-Strahlen entdeckte, ermöglichte damit nicht nur neue Wege der medizinischen Diagnostik, sondern auch neue Methoden der zerstörungsfreien Materialprüfung. Robert Koch wurde für seine Entdeckung des Tuberkulose- und Cholera-Virus ausgezeichnet und gilt heute als Begründer der experimentellen Bakteriologie. Untersuchungsmethoden wie das Färben und das Herstellen von Bakterien-Reinkulturen gehen auf ihn zurück.

Deutsche Nobelpreisträger 1901–14 (Naturwissenschaften)

Jahr	Chemie	Physik	Medizin
1901		Wilhelm Conrad Röntgen	Emil Adolf von Behring
1902	Emil Hermann Fischer		
1905	Adolf von Baeyer	Philipp Lenard	Robert Koch
1907	Eduard Buchner		
1908			Paul Ehrlich
1909	Wilhelm Ostwald	Ferdinand Braun	

1910	Otto Wallach		Albrecht Kossel
1911		Wilhelm Wien	
1914		Max von Laue	

Erster Weltkrieg

Technisierter Krieg

Der Erste Weltkrieg war der erste industriell geführte Krieg der Geschichte. Die großen Materialschlachten setzten rationalisierte Produktionsmethoden voraus, um standardisiertes Kriegsgerät schnell und in ausreichender Menge an die Front bringen zu können.

Nie zuvor war die „Heimatfront“ stärker in das Kriegsgeschehen involviert als im Ersten Weltkrieg, der auch ein Krieg der Chemiker und Physiker war. Die Wissenschaftler waren mitverantwortlich für „Quantensprünge“ in Sachen Vernichtung. Zudem wurden die Schlachtfelder des Ersten Weltkriegs zu Begegnungsorten altertümlicher und moderner Kriegstechnik. Kriegswaffen wie Panzer Flugzeuge und Maschinengewehre sowie Gasmasken tragende Soldaten stehen symbolisch für die Modernität des Ersten Weltkriegs. Im Nahkampf allerdings wurde nicht selten mit Lanze und Knüppel gekämpft.

SCHLAGZEILE

Erster Giftgasangriff der Geschichte

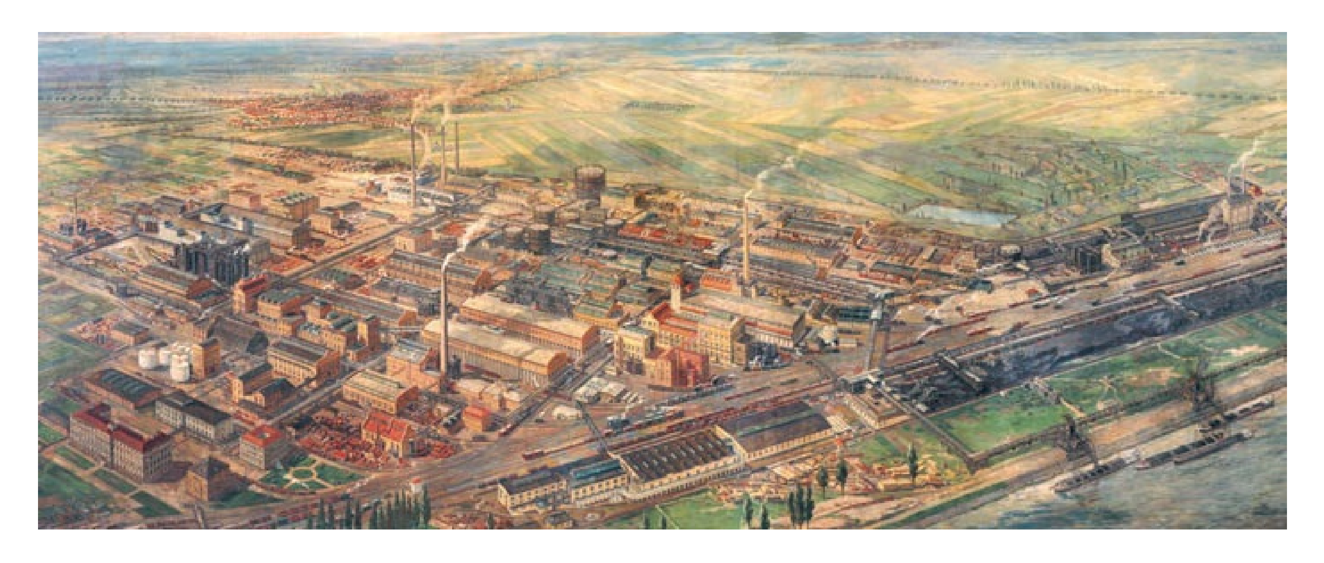
Die in Flandern gelegene Stadt Ypern war Schauplatz des ersten Giftgasangriffs der Welt. Unter der persönlichen Aufsicht von Fritz Haber wurden 150 t Chlorgas in den deutschen Schützengräben vergraben. Am 22.4.1915, als der Wind in Richtung des französischen Gegners wehte, öffneten die Soldaten die Chlorgasflaschen. Eine giftige Wolke in der typisch gelbgrünen Farbe des Chlorgases verursachte unter den ungeschützten französischen Soldaten ungeheure Verluste. Fritz Haber wurde für seine Verdienste um das Vaterland in den Rang eines Hauptmanns befördert.

Fritz Haber und die „Janusköpfigkeit“ der Wissenschaft

Wohl kaum ein Wissenschaftler verkörpert die „Janusköpfigkeit“ der Wissenschaft besser als Fritz Haber Habers wissenschaftliches Wirken kreist pointiert um das kontrastierende Begriffspaar „Leben und Tod“. Leben ermöglichte er durch die synthetische Herstellung von Ammoniak, Tod durch die Entwicklung von Giftgas im Ersten Weltkrieg.

Das „Haber-Bosch-Verfahren“ (Ammoniaksynthese)

Im Zuge des „Salpeterkriegs“, hatte sich Chile 1844 nahezu alle bekannten Vorkommen des stickstoffhaltigen Salpeters gesichert. Mit der Erschöpfung dieser Vorkommen wurde um die Jahrhundertwende ein Stickstoffnotstand prognostiziert. Daher wurde die Entwicklung eines Verfahrens forciert, um dem drohenden Mangel vorzubeugen. Der in der Luft enthaltene Stickstoff galt als unreaktiv.



Im September 1913 eröffnete der spätere Chemieriese **BASF** seine erste Ammoniakfabrik in Oppau (Gemälde von Otto Bollhagen).

Daher galt auch die direkte Herstellung von Ammoniak aus seinen Bestandteilen Stickstoff und Wasserstoff als unmöglich. Dennoch befasste sich Haber mit diesem Problem. In der Firma BASF fand er einen Kooperationspartner. Tatsächlich konnte 1909 flüssiges Ammoniak gewonnen werden. Für seine Leistungen zur Ammoniaksynthese, mittels derer man sowohl Stickstoffdünger als auch Sprengstoff herstellen konnte, erhielt Haber 1918 den Nobelpreis für Chemie.

Die großtechnische Umsetzung gelang dann Carl Bosch (1874–1940) mit dem Haber-Bosch-Verfahren. Dabei wird Ammoniak (NH_3) aus seinen Bestandteilen Stickstoff (N_2) und Wasserstoff (H_2) industriell hergestellt. Das Verfahren ist auch heute noch das gebräuchlichste Verfahren zur Herstellung von Ammoniak. 1931 erhielt Bosch zusammen mit Friedrich Bergius (1884–1949) für seine Leistungen den Nobelpreis für Chemie.

Wissenschaft und Krieg

Mit Ausbruch des Ersten Weltkriegs stellte Fritz Haber sein Institut in den Dienst des Krieges. Damit ermöglichte er die Verwendung von Giftgas (Chlor- und Senfgas). Die so begonnene gastechnische Aufrüstung machte es zudem nötig, die eigenen Truppen vor feindlichem Gas zu schützen. Daher wurde an Habers Institut auch am Gasschutz gearbeitet.

Steckbrief

Fritz Haber

Fritz Haber wurde am 9.12.1868 als Sohn eines jüdischen Kaufmanns in Breslau geboren. Er studierte Chemie, promovierte 1891 und erhielt 1898 eine Professur in Karlsruhe. Von 1911 bis 1933 war er Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physikalische Chemie in Berlin. Mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten war der „Jude" Haber jedoch nicht mehr tragbar. Haber starb am 29.1.1934 in Basel.



Auch heute noch wird das **Haber-Bosch-Verfahren** bei der Herstellung von Ammoniak angewandt. Das Foto, auf dem ein Arbeiter in Essen flüssiges Aluminium in einem Kessel reinigt, stammt aus dem Jahr 2014.

Die Geburtsstunde der deutschen Ersatzstoffkultur

Der Erste Weltkrieg und der daraus resultierende Mangel diente als Triebfeder naturwissenschaftlich-technischer Innovationen. Unter anderem konnte mancher Naturstoff durch einen künstlichen Stoff ersetzt werden.

Deutschland war bedingt durch die britische Seeblockade von ausländischen Märkten abgeschnitten. Dadurch drohte dem Reich u. a. ein Mangel an kriegswichtigen Rohstoffen.

Salpeter

Als die für die Herstellung von Munition wichtige Salpeterversorgung nahezu zum Erliegen kam, gab Carl Bosch das „Salpeterversprechen" zu dessen synthetischer Herstellung ab. In großtechnischen Anlagen wurde dann synthetischer Salpeter hergestellt. Ausgangsstoff war das nach dem Haber-Bosch-Verfahren hergestellte Ammoniak.

Aluminium ersetzt Kupfer

Aufgrund der Seeblockade wurden auch verschiedene Metalle knapp. Für diese kriegswichtigen Materialien suchte man nach Ersatzstoffen. So wollte man Kupfer durch Aluminium ersetzen, das ähnlich gute Eigenschaften als elektrischer Leiter hat. Darüber hinaus machte der Umstand, dass Aluminium zudem als Ersatzstoff in der Munitionsherstellung dienen konnte, seine Herstellung in Deutschland wichtig, ebenso wie die Tatsache, dass das Land schon vor dem Krieg einer der größten Aluminiumkonsumenten weltweit gewesen und nun stärker denn je auf eigene Produktionskapazitäten angewiesen war.

Deutsche Aluminiumindustrie

Um den großen Bedarf zu decken, mussten die Produktionskapazitäten also erheblich ausgebaut werden. Eine wirtschaftliche industrielle Aluminiumherstellung war zu dieser Zeit jedoch nur dort zu bewerkstelligen, wo günstige Wasserkraft zur Verfügung stand. Diese ist in Deutschland jedoch rar und die Produktion musste daher sehr teuer werden. Dennoch entschied man sich für den Aufbau einer deutschen Aluminiumindustrie.

Tonerde

Um Aluminium produzieren zu können, benötigte man auch Bauxit. Es war erforderlich, um Tonerde, die Vorstufe des Aluminiums, herzustellen. Deutschland verfügte jedoch nicht über nennenswerte Bauxitvorkommen. Um dieses Problem zu lösen versuchte man, Tonerde aus deutschem Ton

zu extrahieren und Aluminium mit sogenannten nichtbauxiten Rohstoffen herzustellen.

Diese Idee war nicht neu. Schon 1907 hatte die Chemische Fabrik Griesheim-Elektron (Griesheim am Main) in Labortests ein solches Verfahren erprobt. In Lauta in der Niederlausitz wurde nun 1917 ein Aluminiumwerk errichtet, das konzeptionell auf die alternative Herstellung von Aluminium auf der Basis von deutschem Ton ausgelegt war. Mit dem Ende des Krieges 1918 wurde die weitere Forschung überflüssig und das Aluminiumwerk Lauta produzierte auf klassischem Weg mit bauxiten Rohstoffen.

Drittes Reich und DDR

Die Idee einer alternativen Produktion von Aluminium wurde dann wieder im Dritten Reich und in der DDR aufgegriffen, wobei auch hier der Übergang von Laborversuchen, in denen man das Problem prinzipiell gelöst hatte, zur großtechnischen Produktion nicht gelang. Zu groß war die Unwirtschaftlichkeit gegenüber dem klassischen Verfahren mit bauxiten Rohstoffen.

Das Aluminium als Ersatzstoff am Beispiel des Elektromotorenbaus

Aufgrund des Kupfermangels wurde in der Zeit des Ersten Weltkriegs damit begonnen, Elektromotoren mit Aluminiumwicklungen herzustellen. Allerdings war deren Zuverlässigkeit äußerst gering, was dazu führte, dass sie in den Nachkriegsjahren auf Kupfer umgewickelt oder verschrottet wurden. In der Weimarer Republik wurde mit dessen Verfügbarkeit wieder das traditionelle Kupfer verwendet. In der nächsten Autarkiephase zwischen 1933 und 1945 kam es erneut zu einer Verwendung von Aluminium, wobei die grundsätzlichen Nachteile dieser Motoren (schlechterer Wirkungsgrad und niedrigere Leistungsfähigkeit) in Kauf genommen werden mussten. Während es der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer Integration in den Welthandel gelang, diesen Pfad zu verlassen, wurde er in der DDR weiter verfolgt bzw. weiter ausgebaut. Den Betrieben des volkseigenen

Maschinenbaus waren die Nachteile durchaus bewusst, doch mussten sie aufgrund der Devisenknappheit der DDR Aluminium statt Kupfer nutzen.

Weitere Ersatzstoffe

Weitere wichtige Ersatzstoffe in den Weltkriegen waren Buna als Gummiersatz und synthetischer Treibstoff, aber auch Produkte für die Zivilbevölkerung wie Fleischersatz, Kunstlimonade und Brotimitate.

Weimarer Republik

Neustart nach der Niederlage

Nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg stand das ganze Land vor großen Problemen. Für die Wirtschaft galten in wichtigen Sektoren Beschränkungen, zudem musste sie nach langer Abschottung vom Weltmarkt ein Modernisierungsdefizit aufholen. Das einstige Renommee der deutschen Wissenschaft des Kaiserreichs war zerstört.

Die in der Zeit des Kaiserreichs international hoch angesehne deutsche Wissenschaft wurde nach dem Krieg isoliert. Deutsche Wissenschaftler wurden von Kongressen ausgeschlossen, ihre Forschungsbeiträge nicht einmal mehr in internationale Bibliografien aufgenommen.

Steckbrief

Albert Einstein

Am 14.3.1879 in Ulm als Sohn einer jüdischen Familie geboren, offenbarte Einstein bereits als Schüler außergewöhnliches naturwissenschaftliches Talent. Nach seinem Studium am Polytechnikum in Zürich nahm er zunächst eine Stelle am Berner Patentamt an, 1909 folgte der Ruf an die Universität Zürich. Ab 1914 leitete er das Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik in Berlin, 1933 emigrierte er unmittelbar nach der nationalsozialistischen Machtergreifung nach Princeton in den USA. 1939 warnte er in einem Brief an den US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt vor dem Bau einer deutschen Atombombe. Nach dem

Zweiten Weltkrieg trat Einstein für Frieden und Abrüstung ein. Am 18.4.1955 starb er in Princeton.

Notgemeinschaft

Die wirtschaftliche Krise der Weimarer Republik hatte erheblichen Einfluss auf die Forschung. Am 30.10.1920 schlossen sich nahezu alle wissenschaftlichen Forschungsstellen zur „Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft“ zusammen, um die Forschung vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Da der Staat als Förderer der Wissenschaft nahezu wegfiel, bemühte sich die Notgemeinschaft, in der Wirtschaft Geldgeber zu finden. 1929 wurde ihr Name zum noch heute bestehenden „Deutsche Forschungsgemeinschaft“ geändert.

Einstein als Galionsfigur

Einen großen Beitrag zur Wiederherstellung des einst glänzenden Images der deutschen Wissenschaft leistete Albert Einstein. Seit der damals 26-jährige Patentangestellte im Jahr 1905 mit der Veröffentlichung von vier bahnbrechenden Arbeiten in der Fachzeitschrift „Annalen der Physik“ die Fachwelt erstaunt hatte – darunter der grundlegende Artikel zur Speziellen Relativitätstheorie –, wird 1905 als „annus mirabilis“ (Wunderjahr) der Physik bezeichnet. Von der breiten Öffentlichkeit allerdings wurde Einstein damals noch nicht als „Newton des 20. Jh.“ angesehen.



Albert Einstein war ein sehr politischer Wissenschaftler Das Foto zeigt ihn (M) und die Professoren Langevin (Frankreich; r) und Smith (England) auf einer Antikriegsdemonstration in Berlin 1923.

Zur Ikone der Wissenschaft wurde der Physiker erst im Jahr 1919, als eine englische Expedition eine von Einstein vorhergesagte Lichtablenkung im Schwerefeld der Sonne mit knapp 1,7 Bogensekunden experimentell bewies. Damit hatte Einstein den Wert des großen Isaac Newton korrigiert, der eine Lichtablenkung von 0,84 Bogensekunden vorausgesagt hatte. 1921 stieg sein Ansehen nochmals, als er den Physik-Nobelpreis für seine Lichtquantentheorie erhielt.

Wissenschaftliche Verblendung

Die Erfahrungen des Ersten Weltkriegs radikalisierten Phillip Lenards (1862 bis 1947) politisches und wissenschaftliches Weltbild. Lenard, der 1905 den Physik-Nobelpreis für seine Untersuchungen zur Kathodenstrahlung erhielt, zeigte früh Sympathien für den Nationalsozialismus und versuchte, seine rassistischen und wissenschaftlichen Sichtweisen miteinander in Einklang zu bringen, indem er die „Deutsche Physik“ mitbegründete, die ein weniger

theoretisches, anschauliches Bild der Wirklichkeit vermitteln wollte. Die von der „Deutschen Physik“ so genannte „Jüdische Physik“ um Albert Einstein lehnte er als zu mathematisch ab. In das Weltbild der Machthaber passend, erlebte die Deutsche Physik im Nationalsozialismus großzügige Unterstützung, konnte sich jedoch gegen die moderne (Jüdische) Physik nicht durchsetzen. Spätestens beim Bau einer deutschen Atombombe war man auf sie angewiesen.

„Zwei Dinge sind unendlich: das Universum und die menschliche Dummheit. Aber bei dem Universum bin ich mir noch nicht ganz sicher.“

Albert Einstein

Radikalisierung der Studenten

Die Hochschullehrer der Weimarer Republik lehnten die Weimarer Republik mehrheitlich ab. Desillusioniert von den politischen Verhältnissen flüchteten sie in den wissenschaftlichen „Elfenbeinturm“.

Dem aufkommenden Nationalsozialismus stand man distanziert gegenüber Für viele Studenten dagegen war er die neue politische Ideologie, eine „neue Kraft“, die sich für ihre Belange einsetzte. 1926 wurde der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB) gegründet, der in der Folgezeit breite Unterstützung fand. Erster Reichsführer wurde Wilhelm Tempel (1905–83), zwei Jahre später übernahm Baldur von Schirach diese Funktion. Bereits früh forderte der NSDStB einen Numerus clausus für „fremdstämmige Studenten“.

Schwarze Forschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten

Der Versailler Vertrag verbot ausdrücklich die Forschung an militärischer Rüstungstechnologie. Allerdings waren viele wissenschaftliche Institute an der sogenannten „Schwarzen Forschung“ beteiligt. In der Weimarer Republik war es keine Seltenheit, dass Offiziere in Zivil Forschungsgelder

persönlich übergaben. 1932 wurden beispielsweise im KWI für Arbeitsphysiologie Untersuchungen zur Belastung Gasmasken tragender Soldaten durchgeführt. Anders als oft behauptet wurde nicht erst mit der Machtübernahme durch Hitler wieder militärische Forschung betrieben.

Steckbrief

Baldur von Schirach

Bis zur Ernennung Schirachs (1907–74) zum Reichsführer des NSDStB im Jahr 1928 hatte Hitler keine Vorstellung, wie er die Studenten für seine Zwecke einsetzen könnte. Schirach aber überzeugte Hitler, dass auch Studenten ein politisches Instrument sein können. Von 1933 bis 1940 war er Reichsjugendführer des Deutschen Reiches. Ab 1940 war er Gauleiter und Reichsstatthalter in Wien. Unter seiner Leitung wurden etwa 185 000 österreichische Juden deportiert. In den Nürnberger Prozessen wurde er zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt.

Automobil

Die über vierjährige Abspaltung vom Weltmarkt hatte große Auswirkungen auf die Automobilbranche, deren Modernisierung stockte. Anders als in den USA war das Auto in Deutschland noch kein Massenprodukt. Der Großteil des Individualverkehrs wurde durch motorisierte Zweiräder vollzogen. Für den Massentransport stand die Bahn zur Verfügung.

Luftfahrt

Die Faszination für die Luftfahrt in der Weimarer Republik war mehr als bloße Begeisterung für Technik. Wissenschaft und Technik im Allgemeinen und die durch den Versailler Vertrag beschnittene Luftfahrt im Besonderen wurden zum Symbol der eigenen Größe stilisiert, Flugzeugkonstrukteure als „Zauberer“ verehrt.

Hugo Junkers (1859–1935) setzte bei der Flugzeugproduktion auf eigene Forschungsleistungen. Für ihn war es wichtig, die Konstruktionen immer

weiter zu optimieren. Im Gegensatz dazu vergab Adolf Rohrbach (1889–1939) den Großteil der Forschung an andere Firmen, um Kosten zu sparen. Ihm ging es weniger um die Optimierung der Flugzeugkonstruktionen als vielmehr um die Optimierung der Fertigung. Damit standen Hugo Junkers und Adolf Rohrbach für zwei gänzlich unterschiedliche Konzepte im Flugzeugbau.

Magnetschwebebahn

1922 begann der Ingenieur Hermann Kemper (1892–1977) mit der Entwicklung einer Magnetschwebebahn. Das traditionelle Rad-Schiene-System erschien ihm als zu verschleißanfällig. Da es beim Betrieb einer Magnetschwebebahn keine ständigen Kontakte zwischen Fahrweg und Fahrzeug und daher auch keine Leistungsverluste durch Reibung gibt, erschien es ihm möglich, hohe Geschwindigkeiten zu erreichen. Seine Entwicklung, ein luftleeres Röhrensystem, meldete er 1934 zum Patent an. Eine geplante Versuchsstrecke konnte wegen des Zweiten Weltkriegs nicht gebaut werden.

Kempers Leistungen waren Grundlage für die Entwicklung des Transrapid, dessen Entwicklung in den 1970er- und 1980er-Jahren in der Bundesrepublik vorangetrieben wurde, der bisher aber keine nennenswerten Marktanteile erwerben konnte.

Fernsehen

Am 24.12.1930 gelang Manfred Baron von Ardenne (1907–97) erstmals in Deutschland die Übertragung elektrischer Fernsehbilder. Die Übertragungsmethode orientierte sich dabei an den bereits zuvor entwickelten elektromagnetischen Technologien wie Telefon und Telegraf, wobei die Bilder zunächst zerlegt und dann beim Empfänger wieder aufgebaut werden. Zwar gab es bereits 1935 regelmäßige Übertragungen in 15 öffentlichen Fernsehstellen in Berlin und Potsdam. Der Durchbruch zum Massenkommunikationsmittel gelang dem Fernsehen allerdings erst in der Nachkriegszeit.



Eine Fokker FIII der „Luft Hansa" (so schrieb sich die **Lufthansa** in ihren Anfängen) 1926 auf dem Flughafen Frankfurt-Rebstock. Das Verkehrsflugzeug für fünf Passagiere erreichte eine Geschwindigkeit von bis zu 170 km/h.

SCHLAGZEILE

Der Kranich ist geschlüpft

1926 wurde durch den Zusammenschluss der „Junkers Luftverkehr AG" und der „Deutsche Aero Lyoyd" die „Luft Hansa" gegründet. Das geschah aus zwei Gründen: Zum einen trieb das Reichsluftfahrtministerium die Fusion voran, da beide Gesellschaften Verluste machten und subventioniert werden mussten. Zum anderen wurde durch finanzielle Unterstützung des neuen Unternehmens seitens der Reichswehr der Versailler Vertrag umgangen. Offiziere der Reichswehr absolvierten hier ihre Pilotenausbildung. Im Kriegsfall sollte die Luft Hansa als eine Art „Notluftwaffe" fungieren.

Nationalsozialismus

Im Dienst der Diktatur

Im „Dritten Reich“ erforderte die Autarkiepolitik wissenschaftlich-technische Lösungen, um die Versorgung der Menschen gewährleisten und die militärischen Ziele des Staates erreichen zu können. Mit der Vertreibung jüdischer Wissenschaftler verlor das Land bedeutende Köpfe.

„Volksprodukte“, so versprach es die NS-Propaganda, sollten bisherige Luxusartikel bis in die untersten Gesellschaftsschichten hinein verfügbar machen. Für die Nationalsozialisten erfüllten sie eine wichtige Funktion bei der Bildung der sogenannten „Volksgemeinschaft“.

Volkswagen

Nach Meinung Hitlers sollte auch das Automobil kein „klassentrennendes Instrument“ mehr sein. Der von Ferdinand Porsche (1875–1951) konzipierte Volkswagen – ein Auto für die breite Masse, das allen praktischen Bedürfnissen genügen sollte – kam da zur rechten Zeit.

Sparen für den Volkswagen

Die deutsche Arbeitsfront führte am 12.8.1938 das „KDF-Ratensparen“ ein. Durch die wöchentliche Einzahlung von mindestens fünf Reichsmark bei

einer Autosparkasse sollte es allen „ Volksgenossen“ möglich sein, sich einen Volkswagen zu leisten.

Porsche sah zudem weiteres geschäftliches Potenzial im Volkswagen: Durch einen Karosseriewechsel hätte er sowohl als Lieferwagen als auch für bestimmte militärische Zwecke eingesetzt werden können.

Das Projekt machte rasche Fortschritte, am 26.5.1938 wurde in Wolfsburg-Fallersleben der Grundstein für das Volkswagenwerk gelegt. Wegen des Zweiten Weltkriegs allerdings gab es keine Auslieferung von Autos an Privatpersonen. Im Zuge der Heeresmotorisierung wurden Militärfahrzeuge wie der Kübelwagen auf Basis des Volkswagens produziert. Nach dem Krieg wurde der „Käfer“ zum Symbol des westdeutschen Wirtschaftswunders.

Volksempfänger

Der Volksempfänger war ein simples Radiogerät, das ab 1933 produziert wurde. Auf Veranlassung des Reichspropagandaministeriums wurde der Volksempfänger von verschiedenen Herstellern baugleich produziert. Die Typenbezeichnung „VE 301“ erinnerte an den Tag der Machtübernahme der Nationalsozialisten am 30.1.1933. Mit dem Volksempfänger war es den Nationalsozialisten möglich, ihre Propaganda bis in die Wohnzimmer der Menschen zu tragen.

Vertreibung jüdischer Wissenschaftler

Bereits kurz nach der Machtübernahme durch Hitlers NSDAP erfolgten Massenentlassungen jüdischer und sozialistischer Wissenschaftler. Mit dem bis dahin bestehenden Beamtenrecht waren derartige Entlassungen aber nicht vereinbar Daher wurden von den neuen Machthabern Gesetze erlassen, wodurch diese Entlassungen eine rechtliche Grundlage erhielten. Im April 1933 wurde das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums erlassen. Dessen dritter Paragraf, der „Arierparagraf“, verbot die Anstellung von „nichtarischen“ Beamten.

Ausgenommen von dieser neuen Regelung waren Juden, die bereits im Ersten Weltkrieg gekämpft hatten („Frontkämpferparagraf“). Mit Verabschiedung der Nürnberger Gesetze verlor auch diese Ausnahmeregelung ihre Gültigkeit.

Viele der entlassenen Wissenschaftler emigrierten. Dies hatte schwerwiegende Auswirkungen auf die deutsche Wissenschaft. Zu den berühmtesten dieser Forscher zählten James Franck (1882–1964), der 1925 den Physik-Nobelpreis erhalten hatte, und Max Born (1882–1970), der 1954 ebenfalls mit dem Physik-Nobelpreis ausgezeichnet wurde. Nicht wenige Historiker sprechen heute von einer Selbstenthauptung der deutschen Wissenschaft.

Konrad Zuse und der Computer

Konrad Zuse (1910–95) arbeitete nach seinem Diplom 1935 zunächst bei den Henschel-Flugzeugwerken in Berlin, wo er mit Rechenarbeiten beauftragt war. Dabei kam ihm die Idee, die langwierigen und komplizierten Rechnungen mithilfe einer Rechenmaschine zu erledigen. Zuse gab 1936 seine Stelle auf und war bis zum Ende des Krieges als freier Erfinder in Berlin tätig. 1938 erfolgte der Bau des noch mechanischen „Computers“ Z1. Drei Jahre später entwickelte Zuse den ersten Digitalrechner der Welt. Der Z3 konnte mittels Lochkarten programmiert werden und arbeitete mit dem Binär- bzw. Dualsystem. Nach dem Krieg gründete Zuse ein eigenes Unternehmen, die Zuse KG.

→ **Binärsystem** Zahlensystem, das zur Darstellung von Zahlen nur zwei Ziffern (0 und 1) verwendet



Ein solcher **Volksempfänger** stand während des Dritten Reiches in nahezu jedem deutschen Haushalt.



Lise Meitner und Otto Hahn 1925 im Labor des Kaiser-Wilhelm-Instituts in Berlin

Kernspaltung und Uranverein

1938 entdeckten Otto Hahn (1879–1968) und Fritz Straßmann (1902–80), dass ein Urankern, wenn er mit Neutronen beschossen wird, in zwei nahezu gleiche Teile zerplatzt und weitere Neutronen freigesetzt werden. Für die Entdeckung der Kernspaltung erhielt Hahn 1944 den Nobelpreis für Chemie.

Steckbrief

Lise Meitner

Lise Meitner (1878–1968), die lange Jahre mit Otto Hahn zusammengearbeitet hatte, musste Deutschland aufgrund der politischen Verhältnisse verlassen. Zusammen mit ihrem Neffen Otto Frisch (1904–79) interpretierte sie die Ergebnisse von Hahn und Straßmann. Anhand des Tröpfchenmodells von Niels Bohr (1885–1962) erklärten die beiden die physikalischen Vorgänge bei der Kernspaltung. Für ihre Leistungen wurde Meitner nicht mit dem Nobelpreis ausgezeichnet, womöglich vermied es Hahn, auf

Meitners Beitrag gebührend hinzuweisen.

Durch die Freisetzung weiterer Neutronen war die Möglichkeit einer Kettenreaktion gegeben, die sowohl kontrolliert in einem Reaktor zur Energiegewinnung als auch unkontrolliert zum Bau einer Bombe genutzt werden konnte. Der 1939 gegründete Uranverein sollte die Möglichkeiten der zivilen und militärischen Nutzung der Kernenergie ausloten.

Bei der Forschung lag Deutschland bis etwa 1942 mit den USA gleichauf. Dann jedoch stuften die Machthaber das Projekt zurück und man geriet in Rückstand.

Nach dem Krieg wurden die beteiligten Wissenschaftler, darunter Werner Heisenberg (1901–76) und Carl Friedrich von Weizsäcker (1912–2007), auf dem englischen Landsitz Farm Hall festgehalten. Bis zum Abwurf der Atombomben auf Hiroschima und Nagasaki glaubten die deutschen Wissenschaftler, gegenüber den USA einen Vorsprung besessen zu haben. Danach entstand die Legende, dass die Wissenschaftler den Bau bewusst verzögert hätten, ausreichende überprüfbare Belege dafür liegen jedoch nicht vor

Suche nach Ersatzstoffen

Die Erfahrungen des Ersten Weltkriegs hatten erheblichen Einfluss auf die nationalsozialistische Wissenschafts- und Technikpolitik. Die Errichtung eines blockadesicheren Staates war erklärtes Ziel der Nationalsozialisten. Mithilfe von Ersatzstoffen sollten sowohl die militärische Schlagkraft garantiert als auch die Bevölkerung mit genügend Konsumgütern versorgt werden. Bereits 1933 schloss die neue Regierung mit der IG Farben den „Benzinvertrag“. Mit synthetisch hergestelltem Benzin wollte man sich von Mineralölimporten unabhängig machen. Fast alle Autarkieprojekte waren wirtschaftlich unrentabel und der unmittelbaren Kriegsvorbereitung geschuldet.

Rüstung für den Luftkrieg

Der Ausbau der Luftwaffe war das ehrgeizigste Projekt des Dritten Reiches. Die ehemals mittelständischen Flugzeugproduzenten erlebten im Dritten Reich erhebliche Zuwachsraten in puncto Produktion und Arbeiterzahl. Die wissenschaftliche Forschung wurde mit enormen finanziellen Mitteln gefördert.

Schon im April 1934 wurde im Technischen Amt des Reichsluftfahrtministeriums der Plan gefasst, die Luftwaffe extrem aufzurüsten. Die „Industrierüstungsgrundlagen 1.4.38" regelten, wie viele Flugzeuge zum angenommenen Mobilmachungsfall am 1.4.1938 von jedem Flugzeugtyp zu fertigen seien.

Entgrenzte Wissenschaft

In totalitären Systemen wird die wissenschaftliche Ethik oft missachtet. Die Nationalsozialisten traten moralische Grundsätze mit Füßen, manche Wissenschaftler nutzten dies, um ethisch nicht vertretbare Wege zu gehen. In der Medizin etwa konnten im Dritten Reich Versuche an Menschen durchgeführt werden. Josef Mengele (1911–79) unternahm in seiner Funktion als Chefarzt des Vernichtungslagers Auschwitz massenhaft menschenverachtende Experimente an Häftlingen, was ihm die Bezeichnung „Todesengel" eintrug. Aber auch in anderen Wissensgebieten wurden Menschenversuche durchgeführt. Auf der Schuhprüfstrecke in Sachsenhausen etwa wurden neue Kunststoffschuhsohlen als Ersatz für Ledersohlen getestet. Dort mussten KZ-Häftlinge auf einer gut 700 m langen Teststrecke rund 40 km am Tag laufen – viele Häftlinge starben aufgrund von Unterernährung und Erschöpfung.

SCHLAGZEILE

Experimentierfeld Guernica

Am 26.4.1937 bombardierte die deutsche Legion Condor die Kleinstadt Guernica während des spanischen Bürgerkriegs, um den Diktator Francisco Franco (1892–1975) zu unterstützen. Die Stadt war kein militärisches Ziel, sondern diente als Experimentierfeld für die neue Luftwaffe. Das berühmte Gemälde „Guernica“ von Pablo Picasso entstand aus Protest gegen diese Völkerrechtsverletzung.

Geteiltes Deutschland

Zwei Systeme, zwei Ansätze

Nach dem Krieg waren deutsche Wissenschaftler und Industrieanlagen begehrte Kriegsbeute der Alliierten. Die friedliche Nutzung der Atomkraft galt in West und Ost als fortschrittlich. Die in der DDR verfolgte Vorstellung, Innovationen planen zu können, erwies sich als Irrweg.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs unternahmen die Siegermächte große Anstrengungen, um sich die Dienste herausragender deutscher Wissenschaftler zu sichern.

→ **V2** Die „Wunderwaffe" V2 war die erste funktionsfähige mit Flüssigkeit angetriebene Großrakete der Welt. Ihre Reichweite betrug etwa 300 km.

Die Jagd auf deutsche Gehirne
Die USA spürten im Rahmen der beiden Geheimprojekte „Operation Overcast" und „Paperclip" Wissenschaftler auf und brachten sie später in die USA. Auch die Sowjetunion deportierte deutsche Wissenschaftler und demontierte große Industrieanlagen. Einer der begehrten Wissenschaftler war Wernher von Braun (1912–77), der maßgeblich an der Entwicklung der „Vergeltungswaffe" V2 beteiligt gewesen war. Ab 1937 war er technischer Leiter der Raketenversuchsanstalt in Peenemünde. In den USA arbeitete von Braun für die neu gegründete

Weltraumbehörde NASA. Mit der Übernahme deutscher Raketentechnik und mit deutschem Knowhow wurde später das amerikanische Apolloprogramm gestartet. Andere bekannte Wissenschaftler, die nach dem Weltkrieg in die USA gingen, waren die Flugzeugkonstrukteure Hans von Ohain (1911–98), der neben dem US-Amerikaner Frank Whittle als Erfinder des Düsentriebwerks gilt, sowie Alexander Lippisch (1894–1976), der vor allem für seine Experimente mit dem sogenannten Deltaflügel bekannt ist.

Die ersten zehn deutschen Raumfahrer

Name	Gastgeber	Jahr
Sigmund Jähn	Sowjetunion	1978
Ulf Merbold	USA	1983
Reinhard Furrer	USA	1985
Ernst Messerschmid	USA	1985
Ulf Merbold	USA	1992
Klaus-Dietrich Flade	Russland	1992
Hans Schlegel	USA	1993
Ulrich Walter	USA	1993
Ulf Merbold	Russland	1994
Thomas Reiter	Russland	1994

Ost und West

Nach dem Krieg begegneten in Westdeutschland insbesondere große Teile der akademischen Welt Technik und Wissenschaft mit Skepsis, nicht zuletzt weil nun mit der Atombombe eine Waffe zur Verfügung stand, die die ganze Menschheit vernichten konnte.
In der DDR gab es diese Skepsis nicht. Vor allem von offizieller Seite wurden Wissenschaft und Technik als unverzichtbare Hilfen beim Wiederaufbau angesehen.

Atomkraft

In der Atomenergie sah die Bundesregierung eine der zukunftsträchtigsten Technologien überhaupt. Im Jahr 1955 erlaubten die Alliierten die Kernforschung. Daraufhin entstand das „Atomministerium". Heutiger Nachfolger dieses Ministeriums ist das Ministerium für Bildung und Forschung. 1957 wurde in Garching bei München der erste Kernreaktor der Bundesrepublik in Betrieb genommen – ein Forschungsreaktor, der nach Plänen von Heisenberg gebaut wurde. Das erste Kernkraftwerk der Bundesrepublik bei Kahl am Main speiste ab 1961 Strom ins öffentliche Netz ein. Mit dem Aufkommen der Umweltbewegung in den 1970er- und 1980er-Jahren wurde die Atomkraft im Westen immer kritischer gesehen.

In der DDR wurde ebenfalls 1957 ein Forschungsreaktor (in Rossendorf bei Dresden) in Betrieb genommen, das erste Kernkraftwerk folgte 1966 (Rheinsberg).

Mobilität

Kein anderes technisches Produkt symbolisiert den Systemgegensatz zwischen West und Ost besser als das Automobil. In Westdeutschland wurde die Automobilindustrie zu einem der tragenden Wirtschaftssektoren. In den 1950er-Jahren leistete der VW-Käfer einen wichtigen Beitrag zur Motorisierung.

Auch in der DDR wurde nach Kriegsende wieder mit der Automobilproduktion begonnen. Privatautos für die allgemeine Bevölkerung waren zunächst vonseiten der Staatsführung nicht vorgesehen. Erst nach dem Volksaufstand am 17.6.1953 wurde die Forschungsarbeit für einen Wagen der werktätigen Bevölkerung forciert.

Der 1957 präsentierte Trabant P50 galt zunächst als modernes Auto. Aufgrund von Metallmangel wurde bei seinem Bau sogenanntes Duroplast verwendet, das auf eine Stahlblechkonstruktion aufgebracht wurde. Der Trabant steht aber auch symbolisch für die technische Innovationsschwäche der DDR. Nahezu bis zum Niedergang der DDR

wurde der „Trabbi“ unverändert produziert. Erst 1989 wurde der typische Zweizylinder-Zweitakt-Motor vom VEB Sachsenring, der den Trabant produzierte, durch einen Viertaktmotor ersetzt, der allerdings von Volkswagen angekauft wurde.



Dieses Foto eines **„Trabbi“** entstand 1979 in Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) vor der Büste des Urvaters des Sozialismus.

Ersatzstoffe

Anders als die Bundesrepublik litt die DDR aufgrund fehlender Rohstoffe und Devisenknappheit unter Rohstoffmangel. Daher wurde die im Ersten Weltkrieg begonnene Entwicklung von Ersatzstoffen fortgeführt. Vor allem in der Chemie sah man große Potenziale, die Bevölkerung mit ausreichend Konsumgütern versorgen zu können. Das sogenannte Chemieprogramm, mit dem Slogan „Chemie gibt Brot, Wohlstand und Schönheit“ beworben, wurde im Jahr 1958 gestartet. Daraufhin wurden bestehende Chemiestandorte wie Bitterfeld ausgebaut oder neue wie in Schwedt errichtet. Offiziell war das Programm ein großer Erfolg.

Allerdings waren viele Produkte von minderer Qualität. Lebensmittelchemiker entwickelten beispielsweise Schokopralinenfüllungen, die aus getrockneten Erbsen, Zucker und Aromaten bestanden. Damit wollte man „Edelrohstoffe“ wie Marzipan substituieren.

Das Göttinger Manifest

Im Jahr 1957 strebte die damalige Bundesregierung um Konrad Adenauer (1876–1967) die atomare Bewaffnung der Bundeswehr an. Jedoch regte sich gegen diese Pläne ein enormer Widerstand. Am 12.4.1957 sprachen sich 18 bekannte Atomwissenschaftler, unter ihnen Heisenberg, Hahn und Weizsäcker, also viele, die bereits im Dritten Reich an der Atombombe gearbeitet hatten, gegen die atomare Bewaffnung aus. Gleichzeitig betonten sie aber auch die Wichtigkeit der friedlichen Nutzung der Atomenergie. Vor allem der damalige Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß (1915–88) übte harsche Kritik an den Wissenschaftlern.

Insgesamt hatte in der DDR die Verfügbarkeit bestimmter Produkte die höchste Priorität. Erst danach spielten Ökonomie oder Ökologie eine Rolle. Dementsprechend waren große Gebiete der DDR extrem umweltbelastet. Aus diesem Grund hatte etwa der Chemiebezirk Halle schon früh einen schlechten Ruf. Nach der Wiedervereinigung mussten die Umweltsünden der DDR beseitigt werden.

Technische Innovationen

Viele Erfindungen, die heute nahezu überall bekannt sind, entstammen dem Erfindergeist deutscher Wissenschaftler und Techniker. Dazu zählen:

- der Airbag. 1951 meldete Walter Linderer ein Patent für den ersten mit Pressluft betriebenen Airbag an. 1971 wurde bei Mercedes-Benz damit begonnen, einen mit Druckgas betriebenen Airbag zu entwickeln. Die

Marktpremiere hatte er 1981, heute gehört der Airbag weltweit zur Standartausstattung von Kfz;

■ der Fischer Dübel. Der von Artur Fischer (*1919) erfundene Spreizdübel ist heute wohl in jedem Haushalt vorhanden;

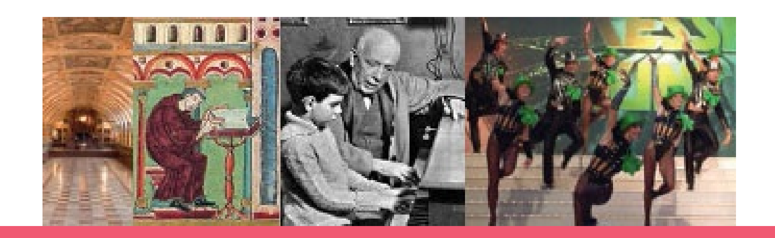
■ die Chipkarte. Von Jürgen Dethloff (1924–2002) und Helmut Gröttrup (1916 bis 1981) 1969 erfunden, fand sie zunächst in Form von Telefonkarten Verwendung. Heute wird sie vor allem zum bargeldlosen Einkaufen eingesetzt;

■ das MP3-Format. Das heutige Standardformat für die Übermittlung von Audiodateien wurde 1987 in Zusammenarbeit zwischen der Universität Nürnberg-Erlagen und dem Erlanger Fraunhofer-Institut für integrierte Schaltungen erfunden;

■ das C-Leg. Die computergesteuerte Prothese wurde 1997 von der Firma Otto Bock Healthcare GmbH vorgestellt. Ihre ausgeklügelte Elektronik und Sensorik bewirkt eine erstaunliche Annäherung an den natürlichen Bewegungsablauf.

Kunst & Kultur

Deutschlands kulturelle Entwicklung lässt sich über weit mehr als 1000 Jahre zurückverfolgen. Entsprechend tief sind die kulturellen Leistungen der Deutschen – sei es in Architektur, Malerei, Literatur, Philosophie, Musik oder Film – in ihrem Bewusstsein verwurzelt. Das macht die Deutschen zu einer der großen Kulturnationen Europas.



Unser kulturelles Erbe

Von der mittelalterlichen Architektur bis zum Film im Internetzeitalter – dieses Kapitel bietet einen Überblick über die großen Leistungen der Deutschen in den verschiedenen Kulturepochen.

Europäische und deutsche Kultur

Mit unseren europäischen Nachbar- und Partnerstaaten blicken wir auf einen gemeinsamen Besitz zurück, der von zahlreichen gesamteuropäischen Entwicklungen geprägt ist. Die räumliche Zuordnung kultureller Leistungen fällt schon deshalb oft schwer, aber auch, weil nationale Kulturen oft sehr unterschiedliche Ausdehnungen hatten: In der Stauferzeit etwa reichte der deutsche Einfluss bis nach Sizilien und in der Geschichte Preußens bis weit ins heutige Polen hinein. Wichtigstes Kennzeichen der Zugehörigkeit zum spezifisch deutschen Kulturkreis ist die deutsche Sprache.

Architektur

Die Römer hinterließen zahlreiche Bauten mediterraner Kultur, die frühmittelalterlichen Bauherren als Vorbilder dienten. Im Lauf der Jahrhunderte wurde dieser Baustil variiert, drei Mal – in Renaissance, Klassizismus und

Historismus – kam es zu Rückbesinnungen auf das antike Modell. Auch die barocke Architektur erreichte Deutschland über Italien und Frankreich. Mit dem Jugendstil entstand erst Ende des 19./Anfang des 20. Jh. eine Stilrichtung, die ganz neue Wege ging, ehe die Moderne die heute vorherrschende Architektur prägte.

Bildende Kunst

Im Mittelalter war die Bildende Kunst christlich geprägt. In der Renaissance und noch mehr im Barock änderte sich das – die Künstler arbeiteten nun auch an weltlichen Motiven wie Porträts, Landschaften und Stillleben. Klassizismus und Romantik waren stark von deutschen Künstlern geprägt, während die Protagonisten von Impressionismus und Expressionismus aus Frankreich und den Niederlanden stammten. Auch in der Malerei waren die 1920er-Jahre „golden" – George Grosz, Max Beckmann und Max Ernst waren herausragende Vertreter. Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich eine Reihe von Stilrichtungen, zu denen Künstler wie Joseph Beuys, Gerhard Richter und Bernhard Heisig wichtige Arbeiten beisteuerten.

Musik

Vielleicht mehr als alle anderen Künste war die Musik bis in die frühe Neuzeit ein europäisches Phänomen. Im Spätbarock, in der ersten Hälfte des 18. Jh., schuf Johann Sebastian Bach unvergängliche Werke. Ihm folgte eine Reihe von Komponisten, die bis heute weltweit zum Standardrepertoire der Orchester gehören: Beethoven, Brahms, Wagner … Die Moderne ist von elektronischer und Serieller Musik geprägt.

Literatur

Martin Luthers Bibelübersetzung war wohl die bedeutendste deutsche Sprachschöpfung bis zur Weimarer Klassik, deren Protagonisten Lessing, Klopstock, Schiller und Goethe auch weite Teile des Bürgertums erreichten. Die Romantik brachte eine Rückbesinnung auf Stimmungen und Gefühle, das Biedermeier die Flucht in die Innerlichkeit. Der Vormärz (Büchner) zeichnete sich durch eine Politisierung der Literatur aus, auch Realismus und Naturalismus waren im weiteren Verlauf des 18. Jh. Reaktionen auf die sozialen Veränderungen. Moderne Klassiker wie von den Brüdern Mann oder Bertolt Brecht prägten die erste Hälfte des 20. Jh., zu den bekanntesten Literaten der zweiten Hälfte zählen die Nobelpreisträger Heinrich Böll, Günter Grass, Elfriede Jelinek und Herta Müller.

Philosophie

Deutschland gilt als Land der Dichter und Denker. Letztere leisteten zu jeder Zeit der europäischen Geistesgeschichte wichtige Beiträge. Zu den herausragenden Namen zählen Albertus Magnus, Immanuel Kant, Johann Gottlieb Fichte, Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Friedrich Nietzsche, Ludwig Feuerbach und Ernst Bloch, die alle für eigene Konzepte und Modelle stehen.

Film

Von ihrem einstigen Renommée ist die deutsche Filmindustrie heute weit entfernt. In der Weimarer Republik konnte sie sogar Hollywood Konkurrenz machen, doch mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten kam es zu einem Exodus zahlreicher Filmemacher und Schauspieler.

Zu den prominentesten Regisseuren zählen Volker Schlöndorff, Wim Wenders, Werner Herzog und Rainer Werner Fassbinder.

Architektur

Vom Gotteshaus zur Skyline

Im Mittelalter war die Architektur zuerst dem Ruhm der göttlichen Macht gewidmet. Das änderte sich mit den Repräsentationsbauten, die Fürsten und später reiche Bürger errichten ließen. Wichtige Schlagworte der Moderne sind Sachlichkeit und Funktionalität.

Romanik

Die frühmittelalterliche Architektur richtete sich nach römischen Vorbildern. Ab dem 11. Jh. herrschte im Baustil von Kirchen und Burgen der Rundbogen vor.

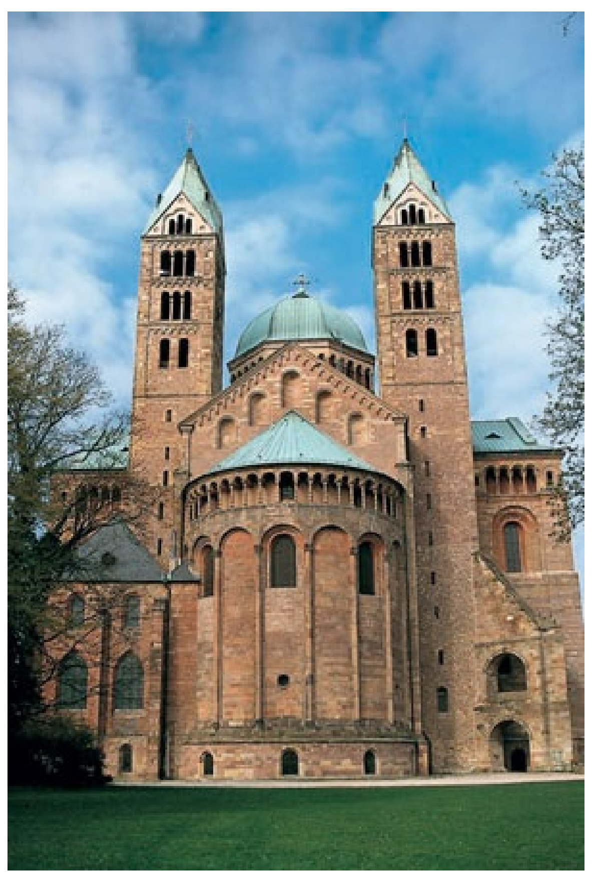
Antike und frühes Mittelalter

Zur Zeit der Germanen gab es nur einfache Wohnhäuser und keine repräsentativen Bauten. Erst die römischen Fremdherrscher brachten die gehobene mediterrane Architektur in Form von Basiliken, Stadttoren, Tempeln und Theatern in den Norden Europas. Mittelalterliche Herrscher wie Karl der Große und Otto der Große ließen sich ihre Paläste nach römisch-byzantinischem Vorbild bauen. Ein Beispiel dafür ist die Pfalzkapelle in Aachen. Ein Denkmal aus karolingischer Zeit ist die Torhalle des Klosters Lorsch (frühes 9. Jh.).

Anfänge der Romanik

Zu Beginn des 11. Jh. entwickelte sich in weiten Teilen Europas die

Romanik. Der im 19. Jh. geprägte Begriff bezog sich auf antike römische Bauformen, die in der mittelalterlichen Architektur zur Anwendung gelangten und mit neuen Elementen versehen wurden. Sie prägten vor allem den Kirchen- und Klosterbau, wurden aber auch in der profanen Architektur (Burgen und Schlösser) eingesetzt. In der Baugeschichte unterscheidet man zwischen Früh-, Hoch- und Spätromanik.



Der um 1025 von Konrad II. errichtete **Kaiserdom zu Speyer** ist die größte erhaltene romanische Kirche Europas. Als Grablege der Salier sollte sie auch den Machtanspruch des Kaisergeschlechts dokumentieren.

Stilelemente der Romanik

Das wichtigste Charakteristikum romanischer Bauwerke ist der Rundbogen an den Fenstern und den Portalen. Weitere stilistische Eigenheiten sind massive Steinwände mit kleinen Fenstern und Konstruktionen mit Säulen, Pfeilern und Gewölben. Typische Ornamente der Romanik sind das Würfelkapitell mit Rankenschmuck und figürliche

Darstellungen mit Bezug zum Alten und Neuen Testament. Die Namen der Architekten sind in der Regel nicht bekannt. Die romanischen Sakralbauten waren Werke für Gott, bei denen die Namen der Erbauer nicht von Bedeutung waren.

Gotik

Im 12. Jh. löste die Gotik die Romanik ab. Der Rundbogen wurde durch den Spitzbogen ersetzt.

Name und Bedeutung

Der Begriff „Gotik“ für die europäische Stilepoche, die um 1130 die Romanik ablöste, stammt aus dem 16. Jh. Italienische Künstlerkreise wollten mit diesem, von dem alten germanischen Volksstamm der Goten abgeleiteten Namen das angeblich Barbarische dieser neuen Strömung gegenüber den erhabenen Kunstwerken der Antike betonen. Jedoch entwickelte sich die Gotik, ausgehend von Frankreich, bis zu ihrer Ablösung durch die Renaissance um 1500 zu einer der bedeutendsten architektonischen Perioden in Deutschland und Europa.

Stilelemente der Gotik

Der wichtigste Unterschied zwischen romanischen und gotischen Bauten bestand darin, dass der romanische Rundbogen durch den gotischen Spitzbogen ersetzt wurde. Dazu kommen als immer wiederkehrende Merkmale ein geripptes Gewölbe und für die Statik zuständige Strebekonstruktionen mit Pfeilern und Bogen. Besondere Sorgfalt widmeten die Baumeister und Ingenieure den Fenstern, die im Gegensatz zu romanischen Bauwerken groß und rund waren. Zur Perfektion gelangte die gotische Architektur in den Kathedralen, in denen das Streben nach Raumwirkung durch Bauen in die Höhe besonders deutlich zum Ausdruck kam. Wegen des Aufwands, den der Bau gotischer Kirchen erforderte, hatten viele dieser Gebäude eine sehr lange Bauzeit.

Wichtige romanische Bauten

Bamberger Dom
Kaiserdom zu Speyer
Limburger Dom
Magdeburger Dom
Mainzer Dom
Michaeliskirche in Hildesheim
Wormser Dom

→ **Kapitell** Kopfstück einer Säule oder eines Pfeilers, auf dem die Last z. B. der Decke oder des Gewölbes aufliegt

Beispiele gotischer Bauwerke

Von der Baukunst der Gotik zeugen heute noch viele Sakralgebäude. Die früheste gotische Kirche war der Neubau von St. Dénis in Frankreich (um 1140). Bekannte gotische Bauwerke in Deutschland sind das Ulmer Münster, das Freiburger Münster und der Kölner Dom. Eine Sonderform war die in Norddeutschland verbreitete „Backsteingotik“ (Holstentor in Lübeck).

SCHLAGZEILE

Grundstein für Magedburger Dom gelegt

Nachdem ein Brand den romanischen Vorgängerbau des Magdeburger Doms zerstört hatte, ließ der Erzbischof von Magdeburg die Kirche in gotischem Stil wiedererrichten. Der Grundstein für dieses Musterbeispiel gotischen Baustils wurde 1207 gelegt.

→ **Barock** Aus dem portugiesischen Wort für Perlen, die nicht ganz kugelrund waren (barocco), entwickelten sich im Französischen (baroque), Italienischen (barocco) und Deutschen (barock) Entsprechungen mit der Bedeutung „absonderlich“. Im 19. Jh. wurde

„Barock" zur Bezeichnung des Baustils des 17. und 18. Jh., also eines Stils, der nicht den Regeln entsprach.

Renaissance

Von Italien ausgehend, beeinflusste der Geist der Antike im 15. und 16. Jh. auch die Baukunst in Deutschland.

Sehnsucht nach Altem und Neuem

Die Renaissance (Wiedergeburt) entstand in den reichen Stadtstaaten Italiens. Eine Führungsrolle spielte das wirtschaftlich prosperierende Florenz. Künstler, Gelehrte und Baumeister trugen zum Glanz der Epoche bei, die sich einerseits die Wiederbelebung der Errungenschaften der alten Griechen und Römer auf die Fahnen schrieb, zum anderen aber auch nach neuen Ufern und neuen Horizonten suchte.

Architektur der Renaissance

In der Baukunst der Renaissance strebten die Architekten danach, die antiken Ideale der Schönheit, der Proportionierung und der Klarheit zum Ausdruck zu bringen. Diesem Zweck dienten vor allem die Säulen und ionische, dorische oder korinthische Kapitelle, mit denen die Fassaden der Gebäude versehen wurden. Darüber hinaus bestand eine Vorliebe für mit Arkaden versehene Höfe. Im Übergang zum Barock nahm die Renaissance-Architektur Züge des Manierismus an. An die Stelle des Strebens nach Harmonie trat nun die Freude an verspielt-kapriziösen Formen.

Renaissance-Bauten in Deutschland

Eines der frühesten und bekanntesten Renaissancegebäude in Deutschland ist Schloss Güstrow, erbaut ab 1558 für Herzog Ulrich zu Mecklenburg von den Baumeistern Franz Parr und Philipp Brandin. Zwischen 1568 und 1571 entstand mit dem Antiquarium in der Münchener Residenz der größte profane Renaissancesaal nördlich der Alpen. Ein herausragendes Dokument deutscher Renaissancearchitektur ist ferner

der Ottheinrichsbau im Heidelberger Schloss, erbaut nach 1556 von Hans Engelhardt und Caspar Vischer.

Barock

Zwischen 1600 und etwa 1750 herrschte in weiten Teilen Europa der Barock vor. Seine prägenden Merkmale in der Architektur waren üppige Prachtentfaltung und überladen wirkende Stilelemente.

Vorbild Frankreich

Seinen Ausgang nahm das Barock als Bauform von Italien. Wesentliche Impulse für deutsche Baumeister gingen jedoch von den französischen Barockschlössern aus. Versailles wurde von den Architekten des „Sonnenkönigs" Ludwig XIV. (1638–1715) als Symbol der Herrschaftsform des Absolutismus gestaltet. Geometrisch angelegte Gärten und Parkanlagen, die mit den Schlössern ein einheitliches Ensemble bildeten, sollten von der Zähmung der Natur zeugen. Orangerien und Pavillons waren Ausdruck der feudalen Hofkultur. In den folgenden Jahrzehnten imitierten viele deutsche Fürsten in ihren Schlössern die barocke Herrschaftsarchitektur Frankreichs.

Stilelemente des Barock

Die Baukunst des Barocks löste sich von den strengen Formen der Renaissance und bevorzugte stattdessen lockere, geschwungene Elemente der Gestaltung mit Kuppeln und Säulen. Giebel und Fenster waren mit reichen Ornamenten versehen. Hinzu kamen als Charakteristika zentrale Innenhöfe und repräsentative Treppenhäuser. Im Innern waren die Schlösser mit farbigen Deckengemälden, Fresken und Skulpturen ausgestattet. Ein Zentrum wie Paris in Frankreich, in dem künstlerische Standards formuliert wurden, gab es im sonstigen Nord- und Mitteleuropa nicht.

Klöster und Wallfahrtskirchen

Auch bei den Sakralbauten setzten sich barocke Elemente durch. Großen

Wert legten die Architekten dabei auf Lichteffekte. Wie die Profanbauten, so wiesen auch die Kirchen einen reichen Innenschmuck auf, der den Wohlstand und die Bedeutung der Kirche demonstrieren sollte. Besondere Bedeutung erlangte das bayerische Barock. Zu seinen herausragenden Werken gehören die St. Johann-Nepomuk-Kirche in München (Asamkirche), Kloster Weltenburg, Kloster Ettal und die Benediktinerkirche in Ottobeuren. In Sachsen repräsentiert die Dresdner Frauenkirche, erbaut nach Entwürfen von George Bähr zwischen 1726 und 1743, den typisch spätbarocken Baustil.

Bedeutende deutsche Barockschlösser

Ort	Auftraggeber
Bayreuth	Markgraf Friedrich III. von Brandenburg-Bayreuth
Bruchsal	Damian Hugo Philipp Reichsgraf von Schönborn-Buchheim, Fürstbischof von Speyer
Karlsruhe	Markgraf Karl Wilhelm von Baden-Durlach
Ludwigsburg	Herzog Eberhard Ludwig von Württemberg
Mannheim	Kurfürst Karl III. Philipp von der Pfalz
Nymphenburg	Kurfürst Ferdinand Maria von Bayern
Potsdam	König Friedrich II. in Preußen
Rastatt	Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden-Baden
Stuttgart	Herzog Carl Eugen von Württemberg
Würzburg	Fürstbischof Johann Philipp Franz von Schönborn



Das prächtige, 66 m lange **Antiquarium** in der Münchener Residenz der bayerischen Herzöge wurde als Standort für eine Sammlung antiker Skulpturen errichtet – daher der Name.

Klassizismus

Von den überladenen Ornamenten des Barocks und des Rokokos wandte sich die Architektur gegen Ende des 18. Jh. ab und der schlichten Klarheit des Klassizismus zu.

→ Portikus Säulenhalle mit geschlossener Rückwand, meist ein Vorbau am Haupteingang eines Gebäudes

Begriff und Abgrenzung

Die Bezeichnung „Klassizismus“ ist eine Anlehnung an die Antike. Das 5. Jh. v. Chr. gilt, im Anschluss an die archaische Phase, als die kulturell und künstlerisch glanzvollste Epoche des Altertums. Die Architekten des Klassizismus nahmen sich insbesondere die formvollendeten Tempel der Griechen zum Vorbild.

Das Bedürfnis nach Klarheit und Schlichtheit, das sich in der

Architektur des Klassizismus widerspiegelt, war eine Gegenreaktion auf die verspielten, üppigen, prachtvollen Formen des Barocks und des Rokokos. Als Rokoko wird in der Kunstgeschichte die Zeit zwischen 1730 und 1770 bezeichnet. Ihr Markenzeichen war die Verwendung der rocaille, die der Epoche ihren Namen gab. Dabei handelte es sich um ein muschelförmiges Ornament, das sowohl in der Architektur als auch als Motiv auf Möbeln oder Porzellan in Erscheinung trat.



Das **Schauspielhaus in Berlin** gehört zu dem klassizistischen Ensemble, das **Karl Friedrich Schinkel** in der Hauptstadt Preußends baute.

Stilelemente der klassizistischen Architektur

Der Klassizismus war in Deutschland in der Zeit zwischen 1770 und 1840 die vorherrschende Strömung in der Architektur. Sie korrespondierte in der Philosophie mit dem Idealismus und der Aufklärung. In beiden Fällen ging es um Klarheit, um Schlichtheit und um Rationalität. In der Baukunst wurden diese Prinzipien durch die Präferenz geometrischer Figuren wie Dreieck, Quadrat, Kreis, Kugel und Pyramide umgesetzt.

Das Vorbild der griechischen Tempel lässt sich an der Vorliebe für Portiken und Säulenreihen erkennen. Aus dem altrömischen Repertoire

kam der Triumphbogen wieder zu Ehren.

Klassizistische Bauten in Deutschland
Der klassizistische Stil eignete sich besonders für repräsentative Bauten, dabei mehr für profane als für sakrale Gebäude. Eine Hochburg des Klassizismus war die preußische Hauptstadt Berlin. Dort baute der Architekt Karl Friedrich Schinkel (1781–1841) die Neue Wache Unter den Linden, das Schauspielhaus und das Alte Museum. In Potsdam zeichnete er für die Nikolaikirche verantwortlich. Das Brandenburger Tor ist ein Werk des Architekten Georg Langhans (1732–1808). In München schuf unter der Ägide des sich für die griechische Antike begeisternden Königs Ludwig I. der Hofarchitekt Leo von Klenze (1784-1864) das antikisierende Ensemble am Königsplatz mit Glyptothek, Alter Pinakothek und Propyläen. Auch die Ruhmeshalle Walhalla gehört zu den klassizistischen Bauten Klenzes.

Historismus

Auf die Epoche des Klassizismus folgte der Historismus. Dieser war von dem Bestreben gekennzeichnet, an die Vorbilder der Romanik, der Gotik, der Renaissance und des Barocks anzuknüpfen. Die stilistischen Unterarten werden entsprechend Neoromanik, Neogotik, Neorenaissance und Neobarock genannt.

Die bekanntesten Bauwerke des Historismus in Deutschland sind die Semperoper in Dresden (1878; Baumeister Gottfried Semper 1803–79), das Schloss Neuschwanstein (1869; Baumeister Georg von Dollmann 1830–95) und das Reichstagsgebäude in Berlin (1894; Baumeister Paul Wallot 1841–1912).

Jugendstil

Seine Blüte dauerte nicht mehr als 20 Jahre. Doch ging der Jugendstil in der Architektur und in der Kunst ganz neue Wege.

Begriff

Der Name „Jugendstil“ geht auf die Zeitschrift „Jugend” zurück, die erstmals 1896 in München erschien und die über Künstler berichtete, die jenseits vorherrschender Tradition neue Wege beschritten. In Frankreich wurde die Strömung „Art Nouveau“, in England „Modern Style” genannt, in Österreich sprach man vom „Sezessionsstil“. Der Begriff „Jugendstil“ tauchte erstmals 1897 bei der Industrie- und Gewerbeausstellung in Leipzig auf.

Steckbrief

Johann Joachim Winckelmann

Wegbereiter des Klassizismus war der deutsche Kunsthistoriker Johann Joachim Winckelmann (1717–68). Mit seinem monumentalen Buch „Geschichte der Kunst des Altertums“ (1764) weckte er die Begeisterung für die Antike.

Dauer und Verbreitung

Der Jugendstil setzte in Deutschland 1894 ein und fand seinen Abschluss 1914 mit dem Beginn des Ersten Weltkriegs. Er beschränkte sich nicht allein auf die Architektur, sondern machte sich auf praktisch allen Gebieten der Kunst und des Kunsthandwerks bemerkbar. Neben Deutschland waren Frankreich, England, Belgien, Österreich, Italien und die skandinavischen Länder Hochburgen des Jugendstils.

Stilelemente

Gemeinsames Merkmal des insgesamt von einer großen künstlerischen Vielfalt geprägten Jugendstils war eine dekorative Programmatik mit geschwungenen und stilisierten, meist floralen, später abstrakten Elementen. Der Jugendstil verstand sich als eine ganzheitliche Architektur – die Außenfassaden sollten mit der Innenausstattung und mit der Funktion des Gebäudes korrespondieren. Die Fassaden bürgerlicher Wohnhäuser in den Städten waren ebenso wie Villen, Bäder,

Theater, Bahnhöfe und U-Bahn-Stationen Objekte, die von den Architekten bevorzugt mit dem charakteristisch geschwungenen Design versehen wurden.

Klassizismus in Frankreich

Neben Preußen und Bayern war Frankreich eine Domäne der klassizistischen Architektur. In Paris entstanden in dieser Zeit Bauwerke wie St.-Madelaine, das Panthéon und der Arc de Triomphe am westlichen Ende der Champs-Èlysées. Ein großer Förderer der Architektur war der französische Kaiser Napoleon III. (1808–73).

Bedeutende Jugendstilbauten in Deutschland

Ort	Gebäude
Augsburg	Synagoge und Altes Stadtbad
Chemnitz	Villa Esche
Coburg	Sonnenhaus
Esslingen/Neckar	Merkel'sches Schwimmbad
Ilmenau	Villa
Hagen	Hohenhof
Heimbach	Kraftwerk
Karlsruhe	Hof-Apotheke
München	Müller'sches Volksbad
Stuttgart	Krematorium Pragfriedhof
Traben-Trarbach	Kellerei Kayser & Villa Huesgen
Weimar	Kunstgewerbeschule und Kunsthaus
Wuppertal	Schwebebahnstation Werther Brücke

→ **Expressionismus** Eine in der ersten Hälfte des 20. Jh. vor allem in der deutschen Kunst vorherrschende Richtung, deren Grundzüge der gesteigerte Ausdruck des Geistig-

Seelischen und die ausdrücklich subjektive Darstellung sind

Anders als die Architekten früherer Epochen standen die Protagonisten des Jugendstils untereinander in einem regen Austausch. So entstand 1899 auf der Mathildenhöhe in Darmstadt die berühmte Darmstädter Künstlerkolonie. Die Architekten der Darmstädter Kolonie entwarfen das Prinzessinnenhaus im Park von Schloss Wolfsgarten und auf der Mathildenhöhe den Hochzeitsturm und das Ernst-Ludwig-Haus.

Wichtige Jugendstilarchitekten in Deutschland

Martin Dülfer	1859–1942
Henry van de Velde	1863–1957
Paul Möbius	1866–1907
Joseph Maria Olbrich	1867–1908
Hermann Billing	1867–1946

Moderne

Die deutsche Architektur des 20. und beginnenden 21. Jh. war von vielfältigen Strömungen geprägt. Dabei wurden auch international Maßstäbe gesetzt.

Expressionismus, Neue Sachlichkeit und Neues Bauen

Der Jugendstil prägte die Zeit bis zum Ersten Weltkrieg. In den Jahren vor dem Krieg entstanden zugleich eine Reihe zukunftsweisender Industriebauten wie die AEG-Turbinenhalle in Berlin und das Fagus-Werk in Alfeld/Leine. Auf dem Gelände von Carl Zeiss in Jena baute Friedrich Pützer (1871–1922) 1915 das erste deutsche Hochhaus (43 m).

Wie die gesamte Kunstlandschaft, so wurde auch die Architektur in der Zeit unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg von den zeitgenössischen Strömungen des Expressionismus und der Neuen Sachlichkeit erfasst. Vom Expressionismus beeinflusste Architekten wie Erich Mendelsohn

(1887–1953), der zwischen 1919 und 1922 den Einsteinturm in Potsdam schuf, bildeten für eine kurze Phase die Avantgarde der Baukunst, bevor die Neue Sachlichkeit an Bedeutung gewann. In Peter Behrens (1868–1940) fand diese Richtung einen herausragenden Repräsentanten. Ein wichtiges Produkt dieser auf Zweckhaftigkeit und Funktionalität ausgerichteten Schule war die Weißenhofsiedlung in Stuttgart (1927). Parallel dazu entstand das „Neue Bauen“ , das sich den sozialen Wohnungsbau auf die Fahnen schrieb und dabei von den Prinzipien der Ökonomie ausging. In diesem Rahmen profilierte sich zwischen 1925 und 1930 das „Neue Frankfurt“ unter der Federführung des Architekten Ernst May (1886–1970).



Das 1902/03 von **Otto Leheis** (1866 bis 1921) errichtete **Sonnenhaus** im bayerischen **Coburg**, zeichnet sich durch eine besonders üppige Ornamentik aus.

Bauhaus

1919 wurde in Weimar das „Städtische Bauhaus“ gegründet. Initiator war Walter Gropius (1883–1969), der zuvor bereits in der Neuen Sachlichkeit und im Neuen Bauen Erfahrungen gesammelt hatte. Das Bauhaus war eine als Gesamtkunstwerk gedachte Institution, in der Künstler und Handwerker gemeinsam am „Bau der Zukunft“ arbeiten sollten. 1925 zog

das Forschungslabor nach Dessau um. Hier entstand nach den Plänen von Gropius der Bauhaus-Gebäudekomplex, dessen funktionale Aufteilung gerühmt und dessen Glasfassaden bewundert wurden. Das Projekt Bauhaus fand internationale Beachtung und war ein bedeutender Meilenstein der modernen Architektur in Europa.

Zum Programm des Bauhauses gehörte auch das Engagement im sozialen Wohnungsbau. Viele Architekten hatten sich, wie Gropius selbst, zuvor bereits mit der Neuen Sachlichkeit und dem Neuen Bauen beschäftigt. So erhielt das Bauhaus in der Weimarer Republik auch eine gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Bedeutung. In Berlin wurden in diesem Rahmen u. a. von Bruno Taut (1880–1938) die „Siedlungen der Berliner Moderne" gebaut, die über Deutschland hinaus Modellcharakter für die Gestaltung ganzer Stadtviertel erhielten.

„Das Endziel aller bildnerischen Tätigkeit ist der Bau"

Leitlinie des Bauhauses

Nationalsozialismus

Für das nationalsozialistische Regime, das 1933 die Macht in Deutschland übernahm, waren die Aktivitäten des Bauhauses zu modern und zu fortschrittlich. Im selben Jahr wurde das Bauhaus aufgelöst, viele Künstler und Architekten gingen ins Exil. Architektur diente im Dritten Reich in erster Linie der Politik und der Ideologie der Herrschenden. Bei öffentlichen Bauten und Anlagen waren daher Monumentalität und Gigantismus gefragt. Stilistisch hatten sich die NS-Architekten die Antike und den Klassizismus bzw. Neoklassizismus zum Vorbild genommen. In der Reichshauptstadt Berlin entstanden als typische NS-Bauten das Olympiastadion (1934–36), das Reichsluftfahrtministerium (1935/36, heute das Bundesfinanzministerium), der Neubau des Flughafens Tempelhof (1936–41) und das Gebäude der Reichsbank am Werderschen Markt (1934–40, heute Teil des Auswärtigen Amtes). In Nürnberg wurde das

Reichsparteitagsgelände mit den charakteristischen großen Aufmarschflächen gebaut (1933–38). München erhielt das „Haus der Kunst“ (1937).

Steckbrief

Ludwig Mies van der Rohe

Er war einer der einflussreichsten Architekten der Moderne. Als profilierter Vertreter des „Neuen Bauens“ war Ludwig Mies van der Rohe (1886–1969) u. a. für die Weißenhofsiedlung in Stuttgart verantwortlich. Später arbeitete er für das Bauhaus in Dessau. 1938 emigrierte er in die USA, wo er als eines seiner Meisterwerke das Seagram Building in New York baute (1958). Sein einziger Bau, den er nach der Emigration in Deutschland realisierte, war die Neue Nationalgalerie in Berlin (1968).

Nachkriegszeit Bundesrepublik Deutschland

In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg ging es vor allem um den Wiederaufbau der zerstörten Städte. Die Aufbauphase dauerte in der Bundesrepublik bis in die Mitte der 1950er-Jahre. Einen Einschnitt markierte 1957 die Internationale Bauausstellung in Berlin, an der Kapazitäten wie Le Corbusier, Walter Gropius und Frei Paul Otto teilnahmen. Das Hansaviertel in Westberlin, im Zweiten Weltkrieg völlig zerbombt, diente als Erprobungsfeld für die auf der Ausstellung entwickelten Konzepte zur deutschen „Nachkriegsmoderne“. Statt in gedrängter Enge wie in der Vorkriegszeit präsentierte sich das neue Hansaviertel nun als offene, nicht hierarchisch gestaltete Siedlung.

In den 1960er- und 1970er-Jahren reagierten Stadtplaner und Architekten auf den stark erhöhten Bedarf an Wohnraum mit der Errichtung von Großwohnsiedlungen und Satellitenstädten. Für die Betonwüsten, die dabei entstanden, etablierte sich der Begriff „Brutalismus“, so benannt nach dem französischen Begriff beton brut (Sichtbeton). Bevorzugt kam er damals beim Bau von Rathäusern und Freizeitheimen zum Einsatz.

Neubauten auf Kosten alter, historisch gewachsener Viertel führten seit den beginnenden 1980er-Jahren zu einem stärkeren Bewusstsein für die Bewahrung tradierter Bausubstanzen. Einige öffentliche Bauten gelangten zu internationalem Ruhm. Dazu gehört der Komplex Philharmonie und Staatsbibliothek in Berlin, erbaut von Hans Scharoun (1893 bis 1972) in den Jahren 1956 bis 1963 bzw. 1967 bis 1976. Bei den Olympischen Spielen 1972 in München sorgte die Zeltdachkonstruktion des Architekten Frei Otto (*1925) für Aufsehen.

Nachkriegszeit DDR

Die Architektur in der DDR war ideologisch von den Grundsätzen des Sozialismus geprägt. Bis 1955 herrschte der Sozialistische Klassizismus vor, der populär auch als „Zuckerbäckerstil“ bezeichnet wurde, weil die Architekten reichlich dekorative Elemente verwendeten. Danach stand die Plattenbauweise im Vordergrund, wobei aus vorgefertigten Betonplatten mehrstöckige Hochhäuser konstruiert wurden, die überall in der DDR das Stadtbild dominierten. Dazu kamen öffentliche Prestigebauten, die als „Stadtdominanten“ die Leistungsfähigkeit der sozialistischen Architektur demonstrieren sollten. Herausragende Beispiele sind der Fernsehturm auf dem Alexanderplatz in Ostberlin (Bauzeit 1965–69) und der Jentower in Jena (1970–73).



Die **Skyline von Frankfurt am Main** wird überragt vom **Commerzbank Tower.**

Neuere Entwicklungen

In der Architektur der letzten Jahrzehnte kamen vielfältige, häufig parallel verlaufende Strömungen zum Vorschein. Viele deutsche Städte wie etwa Frankfurt am Main zieren Skylines nach dem Muster amerikanischer Städte. In der Mainmetropole steht auch mit dem Commerzbank Tower (259 m) das höchste Hochhaus Deutschlands. Hightech ist aus der modernen Architektur ebenso wenig wegzudenken wie schmückende Elemente im Sinne des Art déco.

Steckbrief

Gottfried Böhm

1986 erhielt Gottfried Böhm (*1920) als erster und bisher einziger deutscher Architekt den international renommierten Pritzker-Preis. Der gebürtige Offenbacher arbeitete zunächst mit Beton, ging dann zu Stahl und Glas über. Zu seinen bekanntesten Bauten zählen die

Wallfahrtskirche in Velbert-Neviges (1968), das Rathaus von Bergisch Gladbach-Bensberg (1964–69) und die WDR-Arkaden in Köln (1996). Auch die Idee von der Glaskuppel auf dem Reichstagsgebäude in Berlin stammt von Böhm.

„Sein architektonisches Vokabular stand immer unter dem Motto der Leichtigkeit."

Der englische Architekt Norman Foster über Frei Otto

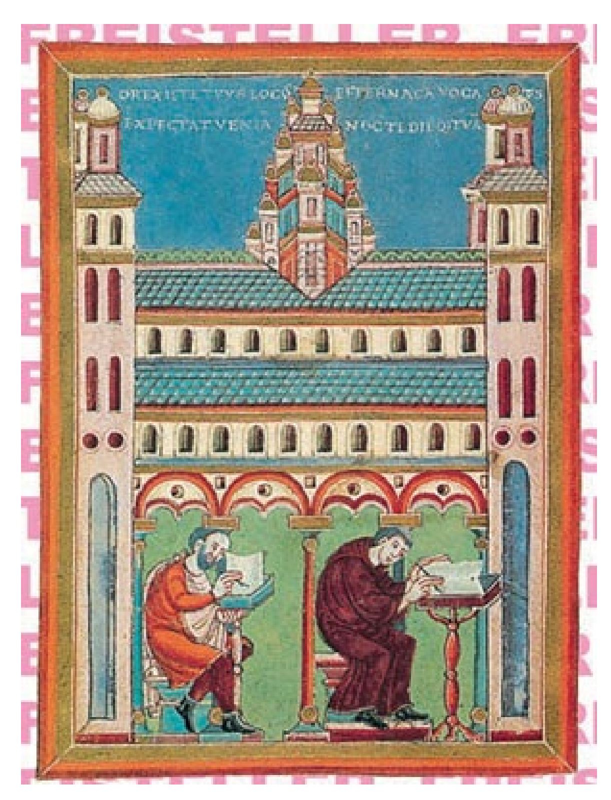
Top Ten der Deutschen Hochhäuser

Hochaus	Höhe
Commerzbank Tower (Frankfurt a. M.)	259 m
Messeturm (Frankfurt a. M.)	256,5 m
Westend Tower DZ Bank (Frankfurt a. M.)	208 m
Main Tower (Frankfurt a. M.)	200 m
Tower 185 (Frankfurt a. M.)	200 m
Trianon (Frankfurt a. M.)	186 m
Europäische Zentralbank (Frankfurt a. M.)	185 m
Operntum (Frankfurt a. M.)	170 m
Taunusturm (Frankfurt a. M.)	170 m
Silberturm (Frankfurt a. M.)	166,3 m

Bildende Kunst

Von der Buchmalerei zur Installation

Im Lauf der Jahrhunderte emanzipierten sich auch die bildenden Künstler von der Gottesfurcht und eroberten sich und der Kunst, den Stilrichtungen ihrer Zeit folgend, immer neue Freiräume. Nicht selten überstrapazierten sie dabei das Verständnis ihrer Zeitgenossen.



Im 11. Jh. war das Benediktinerkloster Echternach mit seinem **Skriptorium** ein Zentrum der

Buchmalerei. Hier eine Seite aus dem **Evangeliar Heinrichs III.**

→ Evangeliar Textsammlungen der vier Evangelien des Neues Testaments, die vor allem zu den hohen Festen des christlichen Jahres zum Einsatz kamen

Mittelalter

Die Malerei des Mittelalters, also etwa in der Zeit von 700 bis 1400 n. Chr., stand in einem völlig anderen Kontext als heutige Kunst. Drei Merkmale lassen sich benennen. Mittelalterliche Kunst

- war nicht autonom, sondern zweckgebunden,
- war christlich geprägt,
- betrachtet den Künstler als Handwerker im Dienste Gottes.

Evangeliare und Fresken

Wichtigster Auftraggeber für künstlerische Werke, die Kirchen und Klöster schmückten, war die Kirche. In einer Zeit, in welcher der größte Teil der Menschen Analphabeten waren, kam dem Bild die Hauptaufgabe zu, den Gläubigen die Bibel nahezubringen. Dementsprechend bilden die Heilsgeschichte Jesu, die Verehrung der Muttergottes und die Lebensgeschichten der Evangelisten und Heiligen den Kern aller Darstellungen. Die Art und Weise war genau festgelegt und ließ dem ausführenden Künstler nur wenig Freiraum.

In den Klöstern entstanden in oft jahrelanger Arbeit prachtvolle Evangeliare. Herausragend war die Reichenauer Malschule – als typisch werden etwa 40 prachtvolle liturgische Handschriften zusammengefasst, Kunstwerke und Geschichtsquellen ersten Ranges aus ottonischer Zeit (10./11. Jh.).

Im Mittelalter waren viele Kirchen in bunten Farben mit Fresken ausgeschmückt. Die meisten davon sind im Lauf der Jahrhunderte vollständig zerstört oder übermalt worden und befinden sich in einem ruinösen Zustand.

Plastische Kunst

Mit der gotischen Architektur, die im 12. Jh. u. a. mit den Domen von Worms, Speyer und Bamberg herausragende Beispiele hervorbrachte, entwickelte sich auch die Skulptur zu eigenständigem Format. Berühmteste Beispiele sind die Figur der Stifterin Uta im Dom zu Naumburg (Mitte 13. Jh.) und der Bamberger Reiter (um 1230).

Renaissance

Die zwei Jahrhunderte zwischen 1400 und 1600, die heute als „Renaissance" bezeichnet werden, stehen für eine künstlerische Zeitenwende. Kunst und Wissenschaft erneuerten und entwickelten sich aus dem Geist der wiederentdeckten Antike. Und auch die mittelalterliche Heilsgeschichte wurde durch die Einbeziehung antiker Versatzstücke zusätzlich aufgewertet. Von jetzt an wurde der Künstler als individuelle Persönlichkeit wahrgenommen und erfuhr große Anerkennung.

Italienische Ursprünge

Zu einer Zeit, als Deutschland noch in der Spätgotik verharrte, stieg Italien mit der Frührenaissance zum Maßstab aller künstlerischen Dinge auf. Die Keimzelle der neuen Weltsicht lag in Florenz und breitete sich von dort zunächst nach Venedig und Rom aus. Stellvertretend für die Vielzahl an herausragenden Künstlern in Malerei und Skulptur stehen Masaccio, Donatello, Piero della Francesca, Sandro Botticelli („Die Geburt der Venus"), Leonardo da Vinci („Das Abendmahl"/„Mona Lisa"), Michelangelo („Sixtinische Kapelle"/„David"), Raffael („Stanzen" im Vatikan) und Tizian („Himmelfahrt Mariens").

Karolingische Renaissance (um 800)

Unter der Herrschaft von Kaiser Karl dem Großen (768–814) kam es zu einem enormen Aufschwung von Kunst und Malerei. Aachen wurde zu einem Zentrum für die Gelehrten, mit einer Hofschule und einer Hofbibliothek. Die Klöster erhielten die kaiserliche Anordnung, ihr gesammeltes Wissen

niederzuschreiben. Dazu wurden nicht nur „Skriptorien“ (Schreibstuben) eingerichtet, sondern es entstand auch eine spezielle Buchschrift, die „karolingische Minuskel“.

Deutsche Künstler

Aus Deutschland erlangte neben Albrecht Dürer vor allem Hans Holbein der Jüngere (1497–1543) europäischen Ruhm.
Schon früh illustrierte er Martin Luthers Bibelübersetzung. 1526 kam Holbein nach London, wo er als Hofmaler Heinrichs VIII. lebensnahe Porträts englischer Adeliger malte. Als hervorragender Porträtist gilt auch Lucas Cranach der Ältere (1472 bis 1553). Waren zuerst Kaiser Maximilian I. und dessen Sohn seine Auftraggeber, so wurde Cranach, ein überzeugter Anhänger der Reformation, später vor allem durch seine Porträts von Luther und Melanchton berühmt. Auch Matthias Grünewald (16. Jh.) gilt als großer deutscher Maler der Renaissance. Diesen Ruf verdankt er vor allem dem Gemäldezyklus auf dem Isenheimer Altar (Elsass), geschaffen um 1510.

Steckbrief

Albrecht Dürer

Der Nürnberger Albrecht Dürer (1471–1528) steht an Talent und Können gleichberechtigt neben den größten Malern der italienischen Renaissance. Als Monogramm wählte er die Anfangsbuchstaben AD. Dürer war ein Universalkünstler, der neben 70 Gemälden und 900 Zeichnungen auch 350 Holzschnitte und 100 Kupferstiche von höchster Qualität anfertigte. Sein Interesse galt der minutiösen Beobachtung der Natur (Zeichnung „Der Hase“, 1502), zentralen Motiven der Bibel („Die vier Apostel“, 1526) und universellen Themen („Ritter, Tod und Teufel“, 1513). Seine Selbstbildnisse spiegeln das neue Selbstbewusstsein als Künstler wider.

An der Schwelle von der Spätgotik zur Frührenaissance entstanden die bildhauerischen Werke von Veit Stoß (um 1450 bis 1533), so der

Marienaltar in Krakau und der Bamberger Altar. Überwältigte Stoß durch seinen kühnen Realismus, setzte Tilman Riemenschneider (um 1460–1533) auf Harmonie.

→ **Stillleben** Arrangements von Speisen und Getränken mit den Symbolen der Vergänglichkeit.

Barock

Die Meisterwerke des Barocks, die bis heute zu den größten Anziehungspunkten aller Kunstmuseen gehören, wurden außerhalb Deutschlands gemalt. In Holland führten Frans Hals und Rembrandt van Rijn die Porträtmalerei zu einer nie zuvor gekannten Individualisierung der Charaktere. In Flandern beeindruckten Anthonis van Dyck und Peter Paul Rubens mit gewaltigen Bildkompositionen und dramatischen Szenarien. In Italien feierte Annibale Carracci mit üppigen Farben – vor allem in der Freskomalerei für die Kuppeln barocker Kirchen und Paläste – die Wiederkehr der antiken Mythologie. Michelangelo da Caravaggio revolutionierte die theatralische Gestaltung der Szene mittels starker Kontraste von Licht und Schatten. In Spanien wurde Diego Velazquez zum eindringlichen Beobachter der Gesellschaft am Hof König Philipps IV.

Steckbrief

Adam Elsheimer

In Rom lernte Adam Elsheimer (1578–1610), der meist sehr kleine Formate und oft mit der Lupe malte, die Kunst Caravaggios bewundern. Als Material bevorzugte er Kupfer statt Holz oder Leinwand, um seinen Bildern mehr Leuchtkraft zu verleihen. Seine mythologischen oder religiösen Szenen – z. B. „Die Flucht aus Ägypten" – positionierte er in stimmungsvolle Landschaften. Dabei profitierte Elsheimer von seinen astronomischen Studien: Er versuchte, die unermessliche Weite des Universums malerisch wiederzugeben und stellte erstmals die Milchstraße als eine Ansammlung unzähliger Sterne dar.

Typisch für die Barockmalerei ist die neue Vielfalt der Themen und Motive. Dazu gehören Porträts, Landschaften, Seestücke, Stillleben, biblische Motive und Mythen. Der Maler strebte nicht nur eine möglichst perfekte Nachahmung der Natur an, seine Bilder zeichneten sich auch durch Überreichtum der Objekte und Detailfreudigkeit aus.

Künstler in Deutschland

In Deutschland – vom Dreißigjährigen Krieg (1618–48) schwer gebeutelt – setzte sich das Barock erst später durch. Außerdem konnten die Künstler kaum mit der ausländischen Konkurrenz wie etwa Giambattista Tiepolo (Würzburger Residenz) mithalten. Als einer der wenigen erreichte Adam Elsheimer aus Frankfurt (1578–1610) europäische Verbreitung. In Süddeutschland schufen die Brüder Asam (Cosmas Damian, 1686 bis 1739; Egid Quirin 1692–1750) im Spätbarock in den Kirchen von Weingarten, Weltenburg und Freising bühnenähnliche Gesamtkunstwerke aus Freskomalerei, Stuck, Lichteinfall und Skulptur
Eine wachsende Rolle spielte der Kunsthandel. Nicht nur die Bilder wurden zum begehrten Handels- und Sammelgut, sondern auch der Entwurf und die Zeichnung.



Mit **„Die Glorie des heiligen Benedikt“**

(Detail) schmückte Cosmas Damian Asam in barockem Stil die päpstliche Basilika St. Emmeram in Regensburg.

Klassizismus

„Edle Einfalt, stille Größe“: So lautete die Forderung des Archäologen Johann Joachim Winckelmann in seiner „Geschichte des Altertums“ (1764). Sie wurde zum Motto des Klassizismus, der sich ab 1770 in vehementer Absetzung von Barock und Rokoko in Kunst und Architektur durchsetzte. Ornament und Dekor wurden von nun an reduziert und hatten sich der Klarheit der antiken Vorbilder als gültigem Maßstab unterzuordnen. Und wo man die dramatische Situation bisher durch starke Hell-Dunkel-Kontraste und kühne Perspektiven verstärkt hatte, wurde nun eine „übersichtliche“ Darstellung favorisiert.

Die Malerei des Klassizismus stand ganz im Zeichen der Philosophie der Aufklärung, die der Vernunft oberste Priorität einräumte. Anstelle des Adels bestimmte nun das aufstrebende Bürgertum die bildnerischen Themen: Keine religiösen Motive mehr, stattdessen konzentrierten sich

die Maler auf Porträts und historische Sujets. Ebenso beliebt waren antike Motive.

„Aufgeklärte“ Herrscher ließen die Bürger nun an ihren Kunstschätzen teilhaben, indem sie öffentlich zugängliche Museen gründeten. So wurde 1779 in Kassel das von Landgraf Friedrich II. in Auftrag gegebene Fridericianum eröffnet, das als eines der ersten Museen in Europa bewusst zur Aufnahme einer Gemäldesammlung konzipiert worden war

Deutsche Künstler

In Deutschland verwirklichte Anton Raphael Mengs (1728–79) als Erster die neuen kunsttheoretischen Ansichten seines Freundes Winckelmann. Wie viele deutsche Maler zog es ihn nach Rom, wo er in der Villa Albani mit dem Fresko „Der Parnass“ ein Schlüsselbild des Klassizismus schuf.

Als bedeutendster Bildhauer seiner Zeit verband Johann Gottfried Schadow

> „Man lerne erst das Handwerk der Kunst. Wisse bevor, und dichte dann!“
>
> Johann Gottfried Schadow

(1764–1850), der Begründer der Berliner Bildhauerschule, in seinen Standbildern antike Schönheit mit lebensnaher Natürlichkeit. 1793 schuf er die Quadriga auf dem Brandenburger Tor.

Romantik

Nach den Jahren der Aufklärung, in denen Verstand und Vernunft die Malerei prägten, kam es um 1800 zur Gegenreaktion. Auch diesmal schloss sich die Bildende Kunst den neuen philosophischen und literarischen Strömungen an. Gefühl und Fantasie wurden die Schlüsselwörter der Romantik. In der subjektiven Betrachtung und Deutung der Welt stellte sich der Künstler als Individuum dar. Der Blick in die eigene Seele spiegelte den gesamten Kosmos wider. Da ein

allgemein verbindlicher Kanon abgelehnt wurde, erweiterte sich die Spanne der bildnerischen Themen deutlich. Besonders beliebt war der Rückgriff auf mittelalterliche Symbole wie Ruinen und gotische Kirchen, aber auch Grabmäler und Kreuze. Die Natur wurde in all ihren faszinierenden Facetten entdeckt – vom nächtlichen Mondschein über die glitzernden Wogen des Meeres bis zur Idylle eines Landschaftsgartens.

→ **Malerschule** Zusammenfassung von Malern einer bestimmten Zeitperiode und Region



Goethe in der Campagna (1787)

Der hessische Maler Johann Heinrich Ludwig Tischbein (1751–1829) kam 1783 nach Rom, mit dessen antiken Kunstschätzen er Goethe bekanntmachte. 1786 entstand das Gemälde, das den Weimarer Dichter in einer idealisierten Landschaft „in der Campagna" zeigt. Es ist weder in der Komposition noch in der Ausführung (zwei linke Füße!) ein Meisterwerk, aber dennoch zum bekanntesten Porträt Goethes und zum Inbegriff des Bildungsreisenden klassischer Prägung geworden.

Deutsche Künstler

Ihre kühnste und revolutionärste Phase erlebte die romantische Malerei bereits zu Anfang mit Philipp Otto Runge (1777 bis 1810) und Caspar David Friedrich (1774–1840).

Runge, der mit 33 Jahren an Tuberkulose starb, hinterließ nur eine geringe Anzahl von Gemälden, vor allem familiäre Porträts sowie Selbstporträts in der Pose des nachdenklichen Künstlers. Er stellte die christliche Trinität in Bezug zu den drei Grundfarben Blau, Gelb und Rot und versuchte, mithilfe einer „Farbkugel“ den gesamten Farbenkosmos zu erfassen.

Caspar David Friedrichs (1774–1840) visionäre Malerei hat erst im 20. Jh. ihre heutige Popularität errungen. Landschaftsbilder wie „Abtei im Eichwald“, „Das Eismeer“ und „Kreidefelsen auf Rügen“, oft von sakraler Stimmung geprägt, spiegeln die Unendlichkeit von Universum und göttlicher Schöpfung, zugleich aber auch die Verunsicherung des Menschen in seiner Welt.

Malerschulen

Die Gruppe der „Nazarener“ verknüpfte ihre Malerei eng mit dem Katholizismus. Viele ihrer Mitglieder zog es ins Zentrum der Christenheit, nach Rom, darunter Wilhelm Overbeck (1798–1882; „Germania und Italia“, 1811), Ludwig Ferdinand Schnorr von Carolsfeld (1788–1853), Peter von Cornelius (1783–1867) und Philipp Veit (1793–1877).

Weitere Malerschulen entwickelten sich regional zuerst in Düsseldorf (Wilhelm von Schadow, 1788–1862), dann auch in München (Wilhelm von Kaulbach, 1805–74; Anton von Werner, 1843–1915), das außerdem als Studienort Künstler aus ganz Europa anzog. Besondere Bekanntheit erlangten der Österreicher Moritz von Schwind (1804–71) und Ludwig Richter (1803–84) durch ihre Illustrationen deutscher Sagen und Märchen. Dagegen fand die biedermeierliche Idylle des 19. Jh. in Carl Spitzweg (1808–85) einen scharfsinnigen Beobachter.

Impressionismus

Von Frankreich ausgehend verbreitete sich in zwei Jahrzehnten ab 1880 der Impressionismus in Europa. Den Impressionisten war die Farbgebung wichtiger als die Linienführung, sie malten skizzenhaft, meist unter freiem Himmel. In Deutschland gehörten Max Liebermann (1847 bis 1935), Lovis Corinth (1858–1925), Ernst Oppler (1867–1929) und Max Slevogt (1868–1932) zu seinen bedeutendsten Vertretern.

Expressionismus

Im ersten Jahrzehnt nach 1900 erreichten neue künstlerische Wellen Deutschland. Ihre Protagonisten waren der Franzose Henri Matisse, der Niederländer Vincent van Gogh und der Norweger Edvard Munch. Viele junge Künstler nahmen diese neuen Tendenzen begeistert auf. 1911 tauchte erstmals die Bezeichnung „Expressionismus“ in der Zeitschrift „Der Sturm“ auf. Um den Ausdruck zu steigern, wurde radikal mit Farbe und Form experimentiert. Es entstanden zwei Künstlergruppen, denen sich nahezu alle wegweisenden Maler von Rang anschlossen:

Steckbrief

Adolph von Menzel

Zu Beginn seines Schaffens war Adolph von Menzel (1815–1905) ganz auf historische Themen aus der preußischen Geschichte konzentriert. „Das Flötenkonzert Friedrichs des Großen in Sanssouci“ (1850–52) machte ihn berühmt. 1855 lernte er in Paris durch Gustave Courbet neue Möglichkeiten der realistischen Darstellung kennen. Menzel suchte sich Motive des täglichen Lebens und breitete sie mit großer Detailfülle aus. Sein großformatiges Gemälde „Das Eisenwalzwerk“ (1870–72) gilt als erste künstlerische Industriedarstellung in Europa.

→ **Künstlergruppe** Bewusster Zusammenschluss von Künstlern

Steckbrief

Max Liebermann

Max Liebermann (1847–1935) gilt als herausragender Vertreter des deutschen Impressionismus. Seine „erste" Karriere machte ihn zum großartigen Naturalisten nach niederländischem Vorbild („Die Gänserupferinnen", 1872). Um 1900 kam die künstlerische Neuorientierung: Strände, Parkszenen und immer wieder Gartenimpressionen wurden Liebermanns Lieblingsthemen. Noch berühmter wurde er für seine Porträts; so saßen ihm Gerhart Hauptmann, Albert Einstein und Reichspräsident Hindenburg Modell.

Brücke

Die „Brücke" wurde 1905 von vier Architekturstudenten in Dresden, darunter Erich Heckel (1883–1970), Karl Schmidt-Rottluff (1884–1976) und Ernst Ludwig Kirchner (1880–1938), gegründet. Später kamen noch Max Pechstein (1881–1955) und Otto Mueller (1874–1930) hinzu. Jugendliche Schöpferkraft, Emotion, Erlebnis: Diesen drei Leitwörtern fühlten sich die Brücke-Künstler verpflichtet. Dem akademischen Realismus setzten sie unnatürlich harte Farbkontraste und die bewusste Trennung von Farbfläche und Linie entgegen. Als Motive besonders beliebt waren, neben Porträts und Akten in der Natur, Zirkusszenen und Landschaften. Konsequenterweise wurde die Technik der klaren Kontur, in bewusstem Bezug auf Albrecht Dürer, auch auf den Holzschnitt übertragen. Bis 1911 siedelten alle Brücke-Künstler nach Berlin über, wo sich die Gruppe 1913 offiziell auflöste. Großen Einfluss übte die Brücke auf den expressionistischen Film der 1920er-Jahre (Friedrich Wilhelm Murnau, Robert Wiene, Fritz Lang) aus.

„Ein vielschichtiges Wort, aber kein Programm"

Karl Schmidt-Rottluff über den Namen „Brücke"

→ **Holzschnitt** Verfahren, bei dem aus einem hölzernen Druckstock die nicht zu druckenden Flächen herausgeschnitten wurden. Auch das Druckergebnis wird als Holzschnitt bezeichnet.

Blauer Reiter

Der Russe Wassili Kandinsky und Franz Marc (1880–1916) gründeten die Gruppe 1911 in München. Später kamen noch Gabriele Münter (1877–1962), August Macke (1887–1914), der Russe Alexej von Jawlensky (1864 oder 65–1941), Paul Klee (1879–1940) und Lyonel Feininger (1871–1956) hinzu. Der Name „Blauer Reiter" stand als Symbol für den Kampf um die Erneuerung der Kunst – inspiriert vom Hl. Georg wie vom Apokalyptischen Reiter bei Dürer. In dem Kunst-Almanach „Der blaue Reiter" wurden bewusst auch Texte zu den benachbarten Künsten Literatur, Musik und Theater abgedruckt. Stärker als die Maler der „Brücke" setzte der „Blaue Reiter" auf die Abstraktion der Bildkomposition. Auffallend ist jedoch eine große stilistische Vielfalt: Franz Marc konzentrierte sich mit kühnen Farbkombinationen auf das Motiv Tier, das in seiner pantheistischen Weltsicht zum Symbol der Klarheit und Unberührtheit stand. Kandinsky reduzierte die Gegenständlichkeit immer mehr und fand zu rein geometrischen Anordnungen aus Fläche, Punkt und Linie als Spiegel von Seelenlandschaften oder musikalischen Klängen. Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914 löst sich die Gruppe auf.



In knallorange am märchenblauen Himmel malte **Karl Schmidt-Rottluff** den **„Mond am Fenster"** (1933; Ludwigshafen, Wilhelm-Hack-Museum).

Plastische Kunst

Auch als Bildhauer machten sich Kirchner, Schmidt-Rottluff und Erich Heckel einen Namen. Der auf das Wesentliche reduzierte menschliche Körper steht im Mittelpunkt der Skulpturen von Wilhelm Lehmbruck (1881–1919, „Der Gestürzte", 1915/16), während Ernst Barlach (1870 bis 1938, „Der Schwebende", 1927) „Der Bettler", 1930) ausdrucksstarken Charakteren, aber auch den Themen Krieg und Religion in seinen Skulpturen Gestalt gab.

Zwischen den Weltkriegen

Die Neuorientierung nach der Katastrophe des Ersten Weltkriegs bedeutete für die Kunst die Chance auf radikale Experimente und den Aufbruch in unbekanntes Terrain. Sosehr soziale Unruhen, politische Attentate, Inflation und Weltwirtschaftskrise jene Jahre prägten, so fruchtbar und innovativ waren die „Goldenen Zwanziger" – auch in der Malerei.

George Grosz und Otto Dix

Den formalen Farb-„Spielereien" der Expressionisten setzten kämpferisch-politische Künstler wie George Grosz (1893 bis 1959) und Otto Dix (1891–1969) ihre aggressive Bildsprache entgegen, mit der sie gesellschaftliche Missstände anprangerten. Sie gingen deutlich über die Vorbilder eines Heinrich Zille (1858–1929) oder einer Käthe Kollwitz (1867–1945) hinaus: Zille beschrieb mit dem Zeichenstift Armut und Verelendung des Proletariats im Berliner „Milljöh", Kollwitz kämpfte als Grafikerin und Bildhauerin für soziale und gesellschaftspolitische Anliegen („Nie wieder Krieg!", 1923; „Verhungernde Kinder", 1924). 1919 wurde sie als erste Frau zur Professorin an der Berliner Akademie der Künste ernannt.

Vor allem für George Grosz war Kunst gleichbedeutend mit politischer Agitation. Für ihn richtete sie sich gegen das Spießertum der Deutschen und den moralischen Verfall nach dem Ersten Weltkrieg. Als Mitglied der

KPD begeisterte sich Grosz für Lenin und den Kommunismus in der UdSSR. Wie auch John Heartfield (d. i. Helmut Herzfeld; 1891–1968) bediente sich Grosz vor allem der Collage und der Fotomontage, um die „herrschende Klasse“ ins Visier zu nehmen („Der Spießer-Spiegel“, 1925). 1933 ging er in die USA und kehrte erst 1959, kurz vor seinem Tod, nach Westberlin zurück.

„Die Stützen der Gesellschaft“ (1926)

„Hässlich, krank und verlogen“: Als bösartige Karikatur der Weimarer Republik wollte George Grosz „Die Stützen der Gesellschaft“ verstanden wissen. 1926 allerdings fand das großformatige Bild (200 x 108 cm) nicht einmal einen Käufer. Zu heftig war die satirische Attacke des Malers, die er gegen das reaktionäre Militär und die Sensationspresse, die feisten Parlamentarier und die Kirche richtete. Erstaunlich Grosz’ Hellsichtigkeit: Hinter dem bierseligen Stammtisch droht im Hintergrund bereits das flammende Inferno.

Die Schrecken des Krieges und der Moloch Großstadt mit Kriminalität und Prostitution spielten auch bei Otto Dix die zentrale Rolle in seinem frühen Werk. Schonungsloser Realismus verbindet sich mit aggressiver Schärfe. Ab 1925 mäßigte sich sein Stil, auch wenn er in zwei altmeisterlichen Triptychen noch einmal die „Großstadt“ (1927/28) und den „Krieg“ (1929–32) in grellen Farben illustrierte. 1933 seiner Professur in Dresden enthoben, zog sich Dix in ein Dorf am Bodensee zurück, wo er sich verstärkt den Alten Meistern und christlichen Motiven zuwandte.

> „Ich will wirken in dieser Zeit, in der die Menschen so ratlos und hilfsbedürftig sind.“
>
> Käthe Kollwitz

Max Beckmann

Einen weniger politischen Weg ging der unerbittliche Sinnsucher Max Beckmann (1884–1950). Wie seine ganze Generation war er geprägt von den existenziellen Erfahrungen des Krieges. Seine Porträts und Triptychen bedrängen den Betrachter durch ihre quasimythische Unbedingtheit.

→ **Triptychon** Meist geschnitzte oder gemalte dreiteilige bildliche Darstellung, die aus einem mittleren Bild und zwei meist je halb so breiten Flügeln besteht

Max Ernst

Ein kreativer Außenseiter mit deutschen Wurzeln war Max Ernst (1891–1976). Schon früh lernte er den französischen Surrealismus kennen und siedelte 1922 ganz nach Paris über. Ernst erfand neue Maltechniken wie „Frottage“ und „Grattage“ und dokumentierte seine Vielseitigkeit mit fantasievollen Collagen und Skulpturen.

„Entartete Kunst“

Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Frühjahr 1933 wurde auch die Bildende Kunst über Nacht staat lichen Vorschriften und Verboten unterworfen. Die ideologischen Vorstellungen von einer „deutschen Kultur“, die aus dem „völkischen Wesen“ heraus entstehe, gipfelten in der ab 1937 jährlich in München stattfindenden „Großen Deutschen Kunstausstellung“. Zu sehen war Malerei von zweitklassigen Malern im überholten Stil des 19. Jh. Als abschreckendes Beispiel wird zeitgleich die Schau „Entartete Kunst“ veranstaltet.

SCHLAGZEILE

Nationalsozialisten „säubern“ Kunst

Im Sommer 1937 wurde in München erstmals die NS-Propaganda-Ausstellung „Entartete Kunst“ gezeigt; bis 1941 folgten zwölf weitere Städte. Eine Auswahl von 650 Grafiken, Gemälden und Skulpturen (aus 20 000 beschlagnahmten

Kunstwerken) sollten den Deutschen die „letzten Elemente der Kunstzersetzung" (Adolf Hitler) vor Augen führen. Opfer der Säuberungsaktion: die Künstler der „Brücke" und des „Blauen Reiters", aber auch Schwitters, Kokoschka, Dix, Grosz und viele andere. Wegen des großen Andrangs musste die Schau um zwei Monate verlängert werden, anschließend wurde der Großteil der Werke gegen wertvolle Devisen ins Ausland verkauft.

Nach 1945

Nach 1945 wirkten die Folgen des Zweiten Weltkriegs lange nach: Viele Museen waren zerstört und mussten – zumeist notdürftig – wiederaufgebaut werden. Kostbare Sammlungen waren ausgelagert, auseinandergerissen oder ebenfalls zerstört worden. Viele emigrierte Künstler blieben Deutschland fern, während die Kulturpolitik unter den vier Besatzungsmächten schnell in die Zwänge des Kalten Krieges geriet. Die beiden deutschen Staaten gingen künstlerisch getrennte Wege.

Neue Stilrichtungen

Stilistisch prägten sich sehr unterschiedliche Richtungen heraus, die von europäischen wie US-amerikanischen Künstlern beeinflusst wurden. Die wichtigsten von ihnen sind:

- Abstrakter Expressionismus
- Action Painting
- Arte povera
- Colour Field Painting
- Informel
- Konzeptkunst
- Minimal Art
- Pop-Art
- Postmoderne
- Sozialistischer Realismus



Sein monumentales, aus 44 Basaltblöcken bestehendes Werk „Das Ende des 20. Jahrhunderts“ installierte **Joseph Beuys** 1983 noch selbst im Münchener Haus der Kunst. Heute ist es in der Pinakothek der Moderne in München zu sehen.

Zu den Pionieren des Abstrakten Expressionismus zählen die beiden US-Amerikaner William de Kooning und Jackson Pollock. Ihrem Action Painting – Malerei aus der spontanen Bewegung heraus – steht das Colour Field Painting von Mark Rothko und Barnett Newman nahe.

Der Abstraktion im Sinne völliger Spontaneität des Farbauftrags ist auch das Informel verpflichtet. Hier kommen die wichtigsten Impulse aus Frankreich. In Deutschland prägen Hans Hartung, Emil Schumacher und Wols (Wolfgang Schulze) maßgeblich diese Richtung.

Von Marcel Duchamp und René Magritte vorbereitet, bahnte der Amerikaner Sol-LeWitt seit den 1960er-Jahren der Konzeptkunst (Conceptual Art) den Weg. Die Idee hinter dem Kunstwerk, ihre Skizzen und Entwürfe genauso wie die Assoziationen des Betrachters, haben Vorrang vor dem materiellen Objekt an sich. In dieser Tradition stehen auch die Arbeiten des chinesischen Dissidenten Ai Weiwei zu Anfang des 21. Jh. In Deutschland ging Joseph Beuys (1921–86) noch weiter und

setzte seine Konzepte mit öffentlichkeitswirksamen Kunstaktionen, Happenings und Rauminstallationen in die Realität um. Basis seines Wirkens war ein Kunstbegriff, der Kunst und Leben als gleichrangig ansieht („Jeder Mensch ist ein Künstler"). Ähnlich wie die italienische Arte povera benutzte Beuys bevorzugt einfache Materialien, vor allem Filz, Fett und Honig mit denen er hintersinnige Kunstwerke wie die „Honigpumpe" (1977) oder die „Fettecke" (1982) schuf. 1961 zum Professor an der Düsseldorfer Kunstakademie ernannt, wurde er dort 1972 nach einem Eklat entlassen.

documenta in Kassel

1955 gegründet, um nach der NS-Zeit wieder Anschluss an die künstlerische Moderne zu gewinnen, wurde die „documenta" schnell zum weltweit beachteten Pavillon der internationalen Gegenwartskunst. Alle fünf Jahre präsentiert sich das „Museum der 100 Tage" als Spiegelbild künstlerisch-politischer Entwicklungen, von den Umbrüchen der 1968er-Jahre über die Medienwelt bis zu den Themen Erlebnisgesellschaft, Migration und Globalisierung. Verantwortlich ist stets ein einzelner Kurator.

SCHLAGZEILE

Gerhard Richter teuerster Künstler

Den Ausnahmerang Gerhard Richters bestätigt auch der Kunstmarkt: 2013 wurde sein großformatiges Gemälde „Domplatz, Mailand" von 1968 bei Sotheby's in New York für 37,1 Mio. US-Dollar (2013: ca. 29 Mio. Euro) versteigert – Rekord für einen lebenden Künstler. Schon zuvor hatte Richter die Liste angeführt: 2012 erzielte sein Gemälde „Abstraktes Bild" von 1994 in London 21,3 Mio. Pfund (2012: 26,4 Mio. Euro). Während „Domplatz, Mailand" in Schwarz-Weiß-Tönen Richters fotorealistische Phase dokumentiert, steht das farbkräftige „Abstrakte Bild" dem abstrakten Expressionismus nahe. Zum Vergleich: Als teuerstes Gemälde aller Zeiten wechselte 2012 das Triptychon „Three Studies of Lucian Freud" von Francis Bacon für 142,4 Mio. US-Dollar (2012: 106 Mio. Euro) den Besitzer.

Vor und nach der Wiedervereinigung

Im letzten Viertel des 20. Jh. gewann die westdeutsche Malerei starken Zuspruch. Georg Baselitz (* 1938) stellte in seinen Gemälden die Wahrnehmungsprozesse des Betrachters buchstäblich „auf den Kopf". Sigmar Polke (1941–2010) kombinierte in ironischer Weise die Pop Art eines Roy Lichtenstein und eines Andy Warhol mit dem Realismus. Jörg Immendorff (1945–2007) arbeitete sich malerisch vor allem am Thema der Teilung und Wiedervereinigung ab (Bilderreihe „Café Deutschland", um 1980). Stilistisch am wenigsten einzugrenzen ist Gerhard Richter (* 1932), der vom Kapitalistischen Realismus bis zum Abstrakten Expressionismus keine Grenzen kennt. Er gilt als einflussreichster und international erfolgreichster deutscher Maler der Gegenwart.

In der DDR war es vor allem die Leipziger Schule, die seit den frühen 1970 er-Jahren mit bewusst gegenständlicher Malerei hervortrat. Ganz aus dem Bezug zur großen Malerei der Vergangenheit versteht sich das gewaltige Œuvre von Werner Tübke (1929–2004), das in dem 1700 m^2 großen Panoramabild „Frühbürgerliche Revolution in Deutschland" (1976–87, Bad Frankenhausen) gipfelt. Landschaften und griechischer Mythologie („Ikarus") galt das besondere Interesse von Wolfgang Mattheuer (1927 bis 2004). Zum wichtigsten Protagonisten der Leipziger Schule wurde Bernhard Heisig (1925–2011), der mit unerschöpflicher Expressivität Mensch und Gesellschaft in ihrer ganzen Abgründigkeit porträtierte und dabei weit über die vorgegebene Stilrichtung des Sozialistischen Realismus hinausging. In seinen Spuren hat nach der politischen Wende 1989/90 die jüngere Generation – vor allem Neo Rauch – mit einer erneuerten expressiven Bildsprache internationales Echo gefunden.

Musik

Vom Klang zum Kunstwerk

Deutschlands musikalisches Erbe prägt sein kulturelles Selbstverständnis wesentlich mit. Zahlreiche deutsche Komponisten sind weltbekannt, von Bach und Beethoven bis zu Stockhausen und Henze.



Die **Große Heidelberger Liederhandschrift** ist die umfangreichste Sammlung mittelhochdeutscher Lieder. Den Sammlungen der einzelnen Dichter sind jeweils Miniaturen vorangestellt, hier Hiltbolt von Schwangau (Heidelberg, Universitäsbibliothek).

Mittelalter und frühe Neuzeit

Bis in die frühe Neuzeit war die Musikausübung ein europäisches Phänomen, das nicht vor Ländergrenzen haltmachte. In der geistlichen Musik prägte die katholische Kirche die Entwicklung: Der Gregorianische Choral wurde zum musikalischen Maßstab für die gesamte Christenheit.

Das Kirchenlied

Ab 800 erfuhr die bis dahin praktizierte strenge Auslegung des Notentextes eine Erweiterung durch neue Formen (Tropus, Sequenz). Die entscheidenden künstlerischen Impulse gingen von den Klöstern nördlich der Alpen (Frankreich, Schweiz, Deutschland) aus. Beispiele für das deutschsprachige Kirchenlied sind erst ab dem frühen 14. Jh. überliefert. Sie wurden vor allem an den hohen Feiertagen gesungen, so zu Weihnachten („Josef, lieber Josef mein", um 1300) und zu Ostern („Christ ist erstanden", um 1325).

Der Minnesang

Im weltlichen Bereich erlebte der Minnesang, beeinflusst von der Kunst der französischen Troubadoure, um 1200 seine größte Blüte. In Personalunion traten die Minnesänger als Dichter, Komponisten und Sänger an den Höfen auf, darunter Walther von der Vogelweide, Hartmann von Aue, Wolfram von Eschenbach (alle um 1200) sowie Oswald von Wolkenstein (gest. 1445).

Instrumentalmusik

Von Frankreich verbreitete sich auch die frühe mehrstimmige Instrumentalmusik (Ars antiqua), die strengen Regeln zu folgen hatte. Tragende Säule war der Cantus firmus, der von der Mittelstimme (Tenor) vorgegeben wird. Grundlage der Notenschrift ist die Mensuralnotation.

Erstmals wurden Namen von Theoretikern und Komponisten festgehalten, so Guillaume de Machaut (um 1300–77).

Gregorianischer Choral

Im 7. Jh. entstanden, gilt der Gregorianische Choral als die älteste erhaltene musikalische Kunstform des Abendlands. Grundlage sind die lateinischen Texte der Liturgie. Der Choral ist einstimmig und bleibt ohne instrumentale Begleitung. Harmonisch basieren die Melodien auf den von den Griechen übernommenen achttönigen Kirchentonarten (u. a. dorisch, lydisch, phrygisch). Um die mündliche Überlieferung des Gregorianischen Chorals abzusichern, entstand eine Notenschrift mit „Neumen“, die auf einem System aus vier Linien notiert wurden.

Musik in der Renaissance

Auch in der Renaissance, die von spektakulären Umwälzungen geprägt war (Erfindung des Buchdrucks, 1450; Entdeckung Amerikas, 1492), lagen die Musikzentren außerhalb Deutschlands: Die franko-flämische Musikkultur breitete sich vom französischen Burgund aus, während in Italien Florenz und Venedig tonangebend waren. Ab 1450 finden sich erste Dokumente deutschen Musikschaffens, so an der Hofkapelle Kaiser Maximilians I. in Augsburg, in München, Heidelberg, Stuttgart und Torgau. Bedeutendste Komponisten deutscher Lieder sind Heinrich Isaac (um 1450–1517, „Innsbruck, ich muss dich lassen“) und dessen Schüler Ludwig Senfl (um 1490–1543).

Barock

Die Epoche des Barocks umfasst die Zeit vom Anfang des 17. Jh. bis etwa 1750 (Tod Johann Sebastian Bachs). Mit ihr geht ein radikaler Wechsel im Musikstil gegenüber der Renaissance einher.

Merkmale

Wichtigstes Kennzeichen des Barocks ist die neue Dur-Moll-Tonalität. Sie löste die Vielzahl der Kirchentonarten ab und schuf klare harmonische Zuordnungen, bei der jeder Akkord seine spezifische Funktion hat. Es entstanden harmonische Zentren, denen die restliche Musik untergeordnet ist. Der „schwebende" Charakter der Renaissancemusik wurde ersetzt durch regelmäßige Taktfolgen und Betonungen (schwer – leicht). Tanzsätze wurden zu einem wichtigen Bestandteil der Instrumentalmusik. Auch die Einführung der temperierten Stimmung sorgte für eine Vereinheitlichung des Klangbildes.
Gleichzeitig gewannen die „Affekte"
– Freude, Trauer, Hass, Sehnsucht etc. – an Bedeutung. Sie wurden mithilfe musikalischer Ornamente hervorgehoben. Die Musik spiegelt hier die ausladende barocke Architektur wider. Rhetorische Elemente erweiterten das Ausdrucksspektrum: Die Zahl Drei – z. B. in der dreimaligen Wiederholung oder der Terz – steht für die göttliche Trinität, das Kreuz für den Kreuzestod Christi, eine aufsteigende Melodie für die Auferstehung.

Musikgattungen

In Italien wurde die Oper (als angebliche Wiederbelebung antiker Vorbilder) erfunden und verbreitete sich schnell in ganz Europa. Sie wurde als prunkvolle Repräsentationsform vor allem an den Höfen gepflegt. In den Kirchen fand das Oratorium, in dem biblische Szenen dramatisch zusammengefasst wurden, weite Verbreitung. Große Chorpartien verbinden sich hier mit affektbeladenen Arien und instrumentalen Zwischenteilen.

Stilbildend für die barocke Instrumentalmusik wurde das dreisätzige Solokonzert (Allegro – Andante – Allegro). Die Ritornelle des gesamten Orchesters (Tutti) wechseln sich mit virtuosen Passagen des Solisten ab. Als Soloinstrumente standen neben der Violine (Vivaldi: Vier Jahreszeiten) Flöte und Oboe im Vordergrund.

Deutsche Komponisten

In Deutschland zeigten die verheerenden Folgen des Dreißigjährigen Krieges (1618–48) massive Auswirkungen auf das Musikleben. Zwangsläufig beschränkten sich die Komponisten auf kleinere Besetzungen, herausragend Heinrich Schütz (1585–1676) in seinen „Kleinen geistlichen Konzerten", den Symphoniae sacrae und der Geistlichen Chormusik.
Ihm gelang es, der italienisch-katholischen Kirchenmusik ein deutsch-protestantisches Modell gegenüberzustellen. Basis seiner Musik sind der Bibeltext Martin Luthers, Psalmen und Choräle.

In der ersten Hälfte des 18. Jh. erlebte die Instrumentalmusik in Deutschland einen deutlichen Aufschwung. Dietrich Buxtehude (1637 bis 1707), Organist in Lübeck, wurde zum wichtigsten Vertreter der Norddeutschen Orgelschule. Georg Philipp Telemann (1681–1767), Musikdirektor in Hamburg, erlangte internationalen Ruhm mit seiner gewaltigen Zahl an Orchestersuiten, Kirchenkantaten, Triosonaten, Quartetten und Solokonzerten, die sich durch originelle rhythmische Einfälle, neue Kombination der Instrumente und bildhafte Titel („Hamburger Ebb' und Fluth", 1723) auszeichnen.

→ **Oratorium** Im frühen 17. Jh. in Italien entstandene mehrteilige Komposition für Solostimmen, Chor und Orchester. Die Inhalte sind meist geistlicher Art.

In Johann Sebastian Bach (1685–1750) gipfelten alle musikalischen Entwicklungen des Hochbarocks. Berühmt als Cembalist und Organist, drückte er allen musikalischen Gattungen seinen Stempel auf – außer der Oper. Für das Tasteninstrument schrieb er zyklische Werke wie das „Wohltemperierte Clavier", einen Zyklus, der durch alle Tonarten in Dur und Moll fortschreitet. Er „erfand" die Solosuite für Violoncello und entwickelte in den „Sechs Brandenburgischen Konzerten" die Form des Instrumentalkonzerts weiter. In der Vokalmusik schuf er zahlreiche geistliche Kantaten für den Gottesdienst; seine „Matthäuspassion" und

„Johannespassion“ sind ebenso Ausdruck musikalischer Genialität und tiefster Gläubigkeit wie die Messe h-Moll.



Johann Sebastian Bach hat zahlreiche unvergängliche Werke geschaffen und die Entwicklung der Musik über Jahrhunderte mitgeprägt.

Frühklassik und Klassik

> „Mit ursprünglicher Gewalt durchbrach sein Riesengenius die Schranken …“

Der Musiktheoretiker Amadeus Wendt 1836 über Ludwig van Beethoven

In der Mitte des 18. Jh. vollzog sich im musikalischen Geschmacksempfinden
ein grundlegender Wandel: Wo bisher klare Strukturen und strenge Regeln die Musik objektiviert hatten, drängte sich nun das Gefühl in den Vordergrund – mal zeigte es sich als „Galanter Stil“, dann wieder als „Empfindsamer Stil“ – wie in der Literatur sorgte der „Sturm und Drang“ für große Leidenschaften.

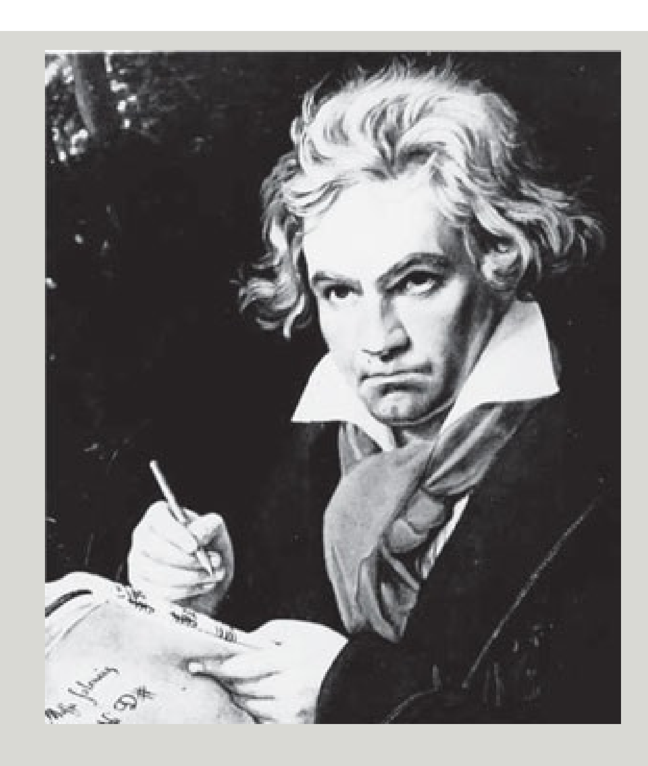
Musik der Gegensätze

Die Gegensätze zwischen laut und leise, zwischen langsam und schnell wurden zugespitzt; die Orchester wurden größer und durch neue Instrumente wie die Klarinette erweitert. Dynamische Steigerungen vom zarten Pianissimo zum donnernden Fortissimo kamen als „Orchesterrakete" in Mode, die die Zuhö rer förmlich von den Sitzen riss. Vom Mannheimer Hof des kunstliebenden Kurfürsten Karl Theodor (1742–99), der 1777 nach München übersiedelte, feierte dieses Stilmittel seinen Siegeszug quer durch ganz Europa. Seine berühmtesten Vorkämpfer in Mannheim waren Johann Stamitz (1717–57), Christian Cannabich (1731–98) und Ignaz Holzbauer (1711–83).

Vollendet wurde dieser Stil in Wien, wo die drei bedeutendsten Komponisten ihrer Zeit vor und nach 1800 wirkten: Joseph Haydn (1732–1809), Wolfgang Amadeus Mozart (1756–91) und Ludwig van Beethoven (1770–1827).

Sonate

Im Mittelpunkt der Klassik stand die Form der Sonate. Sie ist zumeist viersätzig mit den Teilen „Allegro – Andante – Menuett – Allegro" und lässt somit genügend Spielraum für effektvolle Kontrastwirkungen und eine breite Palette an musikalischen Ausdrucksmöglichkeiten. Kennzeichnend für den Sonatenstil, ist die ausgiebige thematische Arbeit, mit der die Motive in ihre Einzelteile zerlegt und immer wieder neu beleuchtet oder ausgeschmückt werden.



Steckbrief

Ludwig van Beethoven

Neben Haydn und Mozart hat der gebürtige Rheinländer Beethoven (1770–1827) der sogenannten „Wiener Klassik“ am stärksten seinen Stempel aufgedrückt. Geboren in Bonn, sorgte er schon als junger Pianist und Komponist mit seinen ersten drei Klaviersonaten op. 2 in Wien für Aufsehen. Respektierte er in diesen Jahren noch die traditionellen Formen, um sie seinem persönlichen ausdrucksstarken Stil einzuverleiben, so drängte es ihn später immer mehr – vor allem in den Streichquartetten und Klaviersonaten –, neue und experimentelle Wege zu gehen.

Die beiden zentralen Gattungen, in denen das Sonatenprinzip seine klarste und kunstvollste Anwendung findet, sind:

- die Sinfonie(Besetzung:großes Orchester)
- das Streichquartett (Besetzung: zwei Violinen, Viola und Violoncello)

Dabei zeigt sich die zunehmende Konzentration auf das unverwechselbare Einzelwerk in der deutlich abnehmenden Zahl der Kompositionen: Schrieb Joseph Haydn noch 104 Sinfonien, sind es bei Mozart nur noch 41. Bei Beethoven reduziert sich die Anzahl auf nur neun

Sinfonien, darunter die Dritte („Eroica“), die Fünfte („Schicksalssinfonie“) und die Neunte mit dem großen Chorfinale.

Bürgertum entdeckt die Musik
Auch in soziologischer Hinsicht prägten große Veränderungen die zweite Hälfte des 18. Jh. Neben Hof und Adel etablierte sich das Bürgertum als dritte wichtige Komponente im öffentlichen Musikleben. Das Konzert, zu dem man per Billett die Zugangsberechtigung käuflich erwerben konnte, fand immer mehr Zulauf; viele Komponisten veranstalteten eigene Konzerte, in denen nur ihre eigenen Werke aufgeführt wurden. Die zunehmende Nachfrage nach Musikalien führte zu einem Boom der Musikverlage, vor allem in Leipzig (Breitkopf, Peters) und Wien (Artaria, Johann André). Und auch Musikzeitschriften sowie der Beruf des professionellen Musikkritikers entstanden.

SCHLAGZEILE

Beethovens Neunte uraufgeführt
1824 wurde Beethovens Neunte Sinfonie d-Moll op. 125 in Wien uraufgeführt. Damit krönte Beethoven sein sinfonisches Schaffen; mit 70 Minuten Länge sprengte sie alle bis dahin bekannten Grenzen für ein Orchesterwerk. Außerdem wagte es der Komponist, für den letzten Satz einen Chor einzufügen, der Schillers „Ode an die Freude“ zu singen hat. Heute ist „die Neunte“ zu einem Kultstück in aller Welt geworden. 1985 wurde die „Ode an die Freude“ sogar zur offiziellen Hymne der Europäischen Union erklärt.

→ **Sinfonie** Eine der wichtigsten Gattungen der Instrumentalmusik. Die im 18. Jh. entstandene klassische Form hat mehrere Sätze und kommt ohne Solisten aus.

Romantik

Erste Ansätze einer romantischen Musikästhetik wurden bereits von den Dichtern Wilhelm Wackenroder (1773–98) und Ludwig Tieck (1773–1853)

um 1800 formuliert. Der Komponist, Dichter und Dirigent E. T. A. Hoffmann versuchte sie in seinen Opern (z. B. „Undine", 1814) in die Praxis umzusetzen. Merkmale der romantischen Musik sind:

- Aufwertung des Gefühls anstelle der Rationalität in der Klassik
- subjektive Hingabe statt objektivierende Einordnung
- Komposition als Spiegelbild seelischer Erschütterungen
- Einbeziehung von Natur, Literatur und Volkslied

In diesem Sinne wird auch Beethoven gedeutet – als Vorbild für das gesamte 19. Jh. Literatur und Musik galten als Geschwister im Geiste. Das Kunstlied wurde zum Inbegriff dieser Symbiose. Neben Goethe boten die Dichter Heinrich Heine und Joseph von Eichendorff die wertvollsten Vorlagen für das romantische Lied.



Robert Schumann kam 1810 in Zwickau zur Welt. Im Robert-Schumann-Haus erinnert die Stadt Zwickau an ihren großen Sohn.

Robert Schumann und Felix Mendelssohn

Während in Wien Franz Schubert (1797 bis 1828) das Kunstlied – vor allem mit seinen Zyklen „Die schöne Müllerin" und „Die Winterreise" – zu einem ersten Höhepunkt führte, machte sich nördlich der Alpen Robert Schumann als Vorkämpfer der Romantik einen Namen. Seine Klavierwerke verknüpfen innige Poesie und feuriges Temperament („Davidsbündlertänze", „Kreisleriana", „Carnaval"); seine Lieder zeichnen

sich durch größte Sensibilität gegenüber den Gedichten aus („Dichterliebe“, „Mondnacht“).

Steckbrief

Robert Schumann

Mit 24 Jahren gründete Robert Schumann (1810 bis 1856) im Jahr 1834 die „Neue Zeitschrift für Musik“, in der er die „Davidsbündler“ ihre ästhetischen Gefechte gegen die Philister kämpfen ließ. 1840 heiratete er die in ganz Europa gefeierte Pianistin Clara Wieck; in diesem glücklichen Jahr entstand etwa die Hälfte seines Liedschaffens. Zeitlebens stand Schumann im Schatten seiner Frau, die „nebenbei“ auch noch acht Kinder gebar. Anstellungen in Dresden und Düsseldorf brachten nicht die erhoffte öffentliche Anerkennung. Als Folge einer syphilitischen Erkrankung verstärkte sich nach 1854 der psychische Verfall, dem Schumann 1856 in einer Nervenheilanstalt in Bonn erlag.

Parallel zu Schumann wirkte in den 1840er-Jahren in Leipzig Felix Mendelssohn (1809–47) als Dirigent des Gewandhausorchesters und Mitbegründer des Konservatoriums. Maßstäbe für die romantische Musik setzte Mendelssohn mit der Musik zu Shakespeares „Ein Sommernachtstraum“, seinem Violinkonzert e-Moll sowie der dritten (Schottische) und vierten Sinfonie (Italienische).

War das Romantische mit seiner Vorliebe für die Natur, das Übersinnliche und Spukhafte ursprünglich bewusst gegen die Prosa des Alltags gerichtet, so wurde die Musik in der Zeit der politischen Restauration nach dem Wiener Kongress (1815) immer stärker zum Liebling der bürgerlichen Salons. Mendelssohns „Lieder ohne Worte“ als Inbegriff der kleinen poetischen Klavierszene fanden weiteste Verbreitung. In der Liedertafel für Männerchöre wie in den gemischten Singakademien wurde das Ideal des geselligen mehrstimmigen Singens gepflegt.

Johannes Brahms

In die Fußstapfen Robert Schumanns trat Johannes Brahms (1833–97). Er war darauf bedacht, die große emotionale Bandbreite seiner Musik in die klassischen Formen der Sinfonie und des Streichquartetts einzubinden. Naturerlebnisse fanden ebenso ihren Niederschlag (Zweite Sinfonie D-Dur) wie persönliche Krisen („Vier ernste Gesänge"). Größeren Freiraum boten Brahms die kleineren Formen von Klavierstücken (Intermezzi, Rhapsodien). Sein „Deutsches Requiem" (1865) für Soli, Chor und Orchester verzichtet auf die liturgische Tradition und verbindet frei gewählte Bibeltexte.

Max Bruch

Deutlichen Bezug auf Mendelssohn und Schumann nahm auch Max Bruch (1838 bis 1921), der mit seinem melodiengesättigten Violinkonzert g-Moll bis heute weltweit Beachtung findet. Dagegen gerieten seine nationalen Oratorien („Arminius", „Die Glocke" nach Schiller) bald wieder in Vergessenheit.

Franz Liszt und die „Neudeutsche Schule"

Konträr zur Schule um Schumann und Brahms verfolgte der österreichischungarische Komponist Franz Liszt (1811 bis 1886) im sinfonischen Bereich das Ziel, die Musik stärker aus einer Idee heraus zu entwickeln. Die „Neudeutsche Schule" wurde zum Synonym für „Zukunftsmusik" im Sinne einer progressiv sich entwickelnden Kunstgattung. Pate dafür stand der Franzose Hector Berlioz; wichtigster Mitstreiter Liszts wurde Richard Wagner (1813–93) mit seiner Idee des Musikdramas.

Wesentliche Aspekte seiner Ästhetik entwickelte Liszt nach Beendigung seiner Virtuosenkarriere als Kapellmeister in Weimar. In Abgrenzung zur programmatischen „Ouvertüre" betonen seine „Sinfonischen Dichtungen" den höheren Anspruch an Gehalt und Wirkung. Vielfach spielen Literatur („Tasso", „Mazeppa", „Les Préludes"), Malerei oder Philosophie die inspirierende Rolle.

Weitere wichtige Punkte im Programm der „Neudeutschen“ betrafen die Position des Künstlers in der Gesellschaft und die intellektuelle Auseinandersetzung mit Musik. Vor allem die Frage, inwieweit Musik außermusikalische Vorgänge illustrieren bzw. nacherzählen dürfe, wurde zum zentralen Richtungsstreit des 19. Jh.

Bedeutende deutsche Opernbühnen

Oper	Auszeichnung als „Oper des Jahres“
Oper Leipzig	1992/93
Staatsoper Stuttgart	1993/94, 1997–2000, 2001/02, 2005/06
Oper Frankfurt	1994–96, 2002/2003
Hamburgische Staatsoper	1996/97, 2004/2005
Oper Bremen	2006/2007
Komische Oper Berlin	2006/2007, 2012/2013
Aalto-Theater Essen	2007/2008
Oper Köln	2011/2012
Bayerische Staatsoper München	2013/2014

Deutsche Oper

Während des ganzen 18. Jh. spielte in Deutschland die italienische Oper die beherrschende Rolle. Italienische Komponisten, Primadonnen und Sänger gaben an den Höfen in München, Dresden und Berlin den Ton an. Animiert von literarischen Impulsen (Klopstock, Herder, Lessing) erwachte um 1750 langsam ein Bewusstsein für eine deutschsprachige Oper. Der erste erfolgreiche Versuch, mit starkem Einfluss auf Mozart und Beethoven, war Ignaz Holzbauers Oper „Günther von Schwarzburg“ (Mannheim 1777).

Mozart und Beethoven prägten die weitere Entwicklung entscheidend mit: Mozarts „Entführung aus dem Serail“ (Wien 1782) fand auch am

Habsburger Kaiserhof großen Anklang, „Die Zauberflöte“ (uraufgeführt in Wien in Mozarts Todesjahr 1791) wurde zum populären Erfolgsstück. Dem Komponisten gelang hier eine effektvolle Mischung aus großer Arie und schlichtem Lied, prächtigen Chören und dramatischen Ensembles. Beethoven dagegen mischte in seinem „Fidelio“ (Wien 1805) deutsches Singspiel mit französischer Revolutionsoper, wobei seine Erfahrung als Komponist großer Sinfonien deutlich erkennbar ist.

Die eigentliche Geburtsstunde der deutschen romantischen Oper schlug am 18.6.1821 mit der Uraufführung von Carl Maria von Webers (1786–1826) „Der Freischütz“ in Berlin. Deutsche Sprache, deutsche Geschichte, volkstümlicher Stoff – alles findet hier seinen Niederschlag. Die Hauptrolle spielt, so später der Komponist Hans Pfitzner, „der deutsche Wald“; Höhepunkt der Oper ist die dämonische Szene in der Wolfsschlucht, die Weber zu kühnen instrumentalen Effekten inspirierte. Auf diesem Weg ging er selbst mit „Euryanthe“ (Wien 1823), aber auch der Komponist Heinrich Marschner (1795–1861) mit „Hans Heiling“ (Berlin 1833) weiter.

„Mit meiner neuen Konzeption trete ich gänzlich aus allem Bezug zu unserem heutigen Theater und Publikum heraus.“

Richard Wagner 1851 über „Der Ring des Nibelungen“

Die Romantische Oper Wagners

Vollender des Typus Romantische Oper wurde Richard Wagner (1813–83) mit der Seefahrerballade „Der fliegende Holländer“ (Dresden 1843), dem Minnesängerwettstreit „Tannhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg“ (Dresden 1845) und dem Liebesdrama um den Schwanenritter „Lohengrin“ (Weimar 1850). Wagner war stets sein eigener Textdichter. Er bevorzugte mittelalterliche Stoffe, die er im Sinne des 19. Jh. (Schopenhauer) umdeutete. Sein Gesamtkunstwerk zeichnet sich aus durch:

- Gleichberechtigung von Text, Musik und Szene
- durchgehenden musikalischen Fluss statt klarer Einteilung in Nummern
- „unendliche Melodie“ statt kurzer Phrasen wie in der italienischen Oper
- „Leitmotive“ als thematische Keimzellen für die gesamte Komposition
- große orchestrale Steigerungen und feinste harmonische Differenzierung

Neben der heiteren Oper „Die Meistersinger von Nürnberg“ (1868) und dem Bühnenweihfestspiel „Parsifal“ (1882) stellt „Tristan und Isolde“ (München 1865) d en Gipfelpunkt seiner musikalischen Dramen dar. Hier werden Stoff und Musik zum Abbild von Schopenhauers pessimistischer Philosophie: Das Dunkel der Nacht ist stärker als die schnöde Helligkeit des Tages. Die „unmögliche“ Liebe von Tristan und Isolde kann ihre Erfüllung nur in Verklärung und Liebestod finden.



Für Wagner-Freunde aus aller Welt sind die seit 1876 existierenden **Bayreuther Festspiele** heute alljährlich ein Pilgerziel. Das Foto zeigt eine Probenszene aus dem dritten Akt des Tannhäuser (2014).

Getragen wird die Oper musikalisch vom „Tristan-Akkord“. Ohne ihn wären die musikalischen Ideen Gustav Mahlers ebenso wenig denkbar

gewesen wie der Impressionismus französischer Prägung und die völlige Neuordnung der Tonalität durch Arnold Schönbergs Zwölftonlehre.

Besonderes Gewicht hat der vierteilige „Ring des Nibelungen" („Rheingold",
„Die Walküre", „Siegfried" und „Götterdämmerung"). Die erste Gesamtaufführung der ca. 16-stündigen Tetralogie fand 1876 im Rahmen der ersten Bayreuther Festspiele statt. Hier hat Wagner sein Ideal vom Gesamtkunstwerk am überzeugendsten umgesetzt. Aufgehängt an der mythischen Geschichte vom Kampf um den Ring des Nibelungen, der die Weltherrschaft verspricht, schildert der Komponist ein gewaltiges Panorama aus Sex & Crime: Liebe und Hass, Mord und Intrige, Gier, heldenhaftem Wagemut und geschwisterlichem Inzest.

Neben und nach Wagner

Noch vor 1850 feierte die deutsche Spieloper große Erfolge mit Albert Lortzings (1801–51) „Zar und Zimmermann" (Leipzig 1837) und „Der Wildschütz" (Leipzig 1842) sowie mit Otto Nicolais (1810–49) Shakespeare-Oper „Die lustigen Weiber von Windsor" (Berlin 1849). Diese Reihe setzte der Wagner-Anhänger Peter Cornelius (1824–74) mit „Der Barbier von Bagdad" (Weimar 1858) fort.

Steckbrief

Richard Wagner

Kein anderer Komponist hat schon zu Lebzeiten so polarisiert wie Richard Wagner (1813–83): Seinen treuen Verehrern – wie dem Bayernkönig Ludwig II. – standen erbitterte Feinde gegenüber. Klein von Gestalt (1,66 m), besaß er ein enormes Charisma, das er schamlos ausnutzte. Verschwenderisch und eitel, lieh er sich von Freunden und Gönnern immer wieder große Geldsummen. Seine Schrift „Das Judentum in der Musik" weist ihn als üblen Antisemiten aus. 1870 heiratete er in zweiter Ehe Cosima von Bülow (1837–1930), die nach Wagners Tod sein Erbe in Bayreuth weiterführte.

Ein anderer Wagnerianer – Engelbert Humperdinck – feierte einen Welterfolg mit der Märchenoper „Hänsel und Gretel“ (Weimar 1895). Zu Beginn des 20. Jh. stieß Richard Strauss (1864–1949) mit „Salome“ (1905) und „Elektra“ (1909) das Tor weit in die musikalische Zukunft auf.

→ **Tristan-Akkord** Diese unverwechselbare Dissonanz aus vier Tönen revolutionierte die harmonischen Vorstellungen des 19. Jh. und läutete das Ende der klaren Einteilung in Dur und Moll ein.

Übergang zur Moderne

Richard Wagners neue Klangsprache hatte gewaltige Auswirkungen auf die sinfonische Musik des ausgehenden 19. Jh. Während in Österreich Gustav Mahler (1860–191 1) in seinen ausgedehnten Sinfonien musikalische Psychogramme abbildete und dabei auch Singstimme und Chor einbezog, betrat in Deutschland Richard Strauss (1864–1949) mit seinen Tondichtungen neues Terrain. Programmatische Titel („Till Eulenspiegel“, „Don Juan“, „Eine Alpensinfonie“) bedeuteten die Abkehr von der klassischen Sinfonie. Philosophisches („Also sprach Zarathustra“) wurde ebenso in Musik umgesetzt wie das Privatleben des Komponisten („Ein Heldenleben“).



Steckbrief

Richard Strauss

Richard Strauss (1864–1949; im Bild als Klavierlehrer seines Enkels) katapultierte sich schon als Mittzwanziger mit Tondichtungen wie „Don Juan“ (1888) und „Tod und Verklärung“ (1890) in die erste Reihe der jungen deutschen Komponisten. Auch als Opernkomponist („Salome“ 1905, „Elektra“ 1909, „Der Rosenkavalier“ 1911, „Ariadne auf Naxos“ 1918) erfolgreich, stieg Strauss zum bedeutendsten Komponisten Deutschlands auf. 1933 ließ sich Strauss von den Nationalsozialisten zum Präsidenten der Reichsmusikkammer ernennen, ging aber später auf Distanz zu deren Politik. Sein bedeutendstes Alterswerk sind die „Vier letzten Lieder“ (1948).

→ **Tonalität** Ordnungsprinzip für die Verbindung der Töne einer Skala. Es ist entweder auf einen Grundton bezogen (Tonleiter) oder auf eine Tonika, das „Zentrum“ einer Tonart.

Kennzeichnend für die spätromantische Musik zu Beginn des 20. Jh. ist das Spiel mit der Dur-Moll-Tonalität, die bis an ihre äußersten Grenzen ausgereizt wird. Zugleich wurde der Orchesterapparat immer mehr vergrößert (oft über 100 Musiker) und durch neue Instrumente ergänzt,

um immer gewaltigere Wirkungen zu erzielen. Betörung, Sinnlichkeit, Ekstase – das Klangerlebnis wurde gleichbedeutend mit der programmatischen Aussage.

Neben Strauss leisteten Max Reger (1873–1916) mit seinen Orchester-, Kammermusik- und Orgelwerken sowie Hans Pfitzner (1864–1944) mit Sinfonien, Solokonzerten und der Oper „Palestrina" (München 1917) die bedeutendsten Beiträge an der Schwelle zur Moderne. Sensationelle Erfolge als Opernkomponist feierte Franz Schreker (1878–1934) mit psychoanalytisch gefärbten Opern wie „Der ferne Klang" (Frankfurt 1912) und „Die Gezeichneten" (Frankfurt 1918).

Zentrum der musikalischen Avantgarde um 1910 wurde Wien, wo die Österreicher Arnold Schönberg, Alban Berg und Anton Webern die Grenzen der Tonalität bewusst hinter sich ließen. In Paris wirkten die Uraufführungen der Ballette des Russen Igor Strawinsky („Der Feuervogel" 1911, „Le sacre du Printemps" 1913) wie musikalische Erdbeben.

Mit der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung nach der Katastrophe des Ersten Weltkriegs öffnete sich auch die Musik für neue Ideen und Experimente. Der Gigantomanie großer Orchester wurden bewusst kleine Ensembles gegenübergestellt, die großen pathetischen Gefühle abgelöst durch Witz, Ironie und Parodie. Einflüsse des Jazz hinterließen ebenso Spuren wie die Modetänze Charleston, Ragtime und Tango.

In den fiebrigen 1920er-Jahren entwickelte sich Berlin zur Metropole des musikalischen Fortschritts. Schönberg, der 1923 das erste Werk nach seiner Zwölftontheorie schrieb, wurde ab 1925 Professor für Komposition in Berlin. An der Staatsoper erfolgte die umstrittene Uraufführung von Alban Bergs expressionistischer Oper „Wozzeck". Neue ästhetische Maßstäbe setzte ab 1927 in Berlin die „Kroll-Oper". Namhafte Persönlichkeiten wie der Dirigent Otto Klemperer, der Regisseur Gustaf Gründgens und die Bühnenbildner László Moholy-Nagy und Oskar Schlemmer sorgten für bahnbrechende Inszenierungen.

Zu den wichtigsten Vorkämpfern der musikalischen Avantgarde um 1925 zählt Paul Hindemith (1895–1963). Selbst ein hervorragender Bratschist, war er äußerst produktiv als Komponist von Kammermusik, Orchesterwerken und Opern („Cardillac“, Dresden 1926), interessierte sich aber auch leidenschaftlich für Stummfilm, Kabarett und Sport. Im württembergischen Donaueschingen wurde 1921 das erste Festival für Neue Musik gegründet, das bis heute eine der einflussreichsten Plattformen für Urund Erstaufführungen geblieben ist.

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten änderte sich das kulturelle Klima grundlegend. Jüdische Musiker wurden aus ihren Ämtern in Hochschulen und Orchestern vertrieben und verließen Deutschland. Auch die Werke sogenannter entarteter Künstler durften nicht mehr aufgeführt werden. „Deutsche Kunst“ rückte in den Mittelpunkt, Richard Wagner als Lieblingskomponist Adolf Hitlers wurde besonders herausgestellt. Mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs und der Bombardierung vieler Städte kam das Musikleben immer mehr zum Erliegen.

Nach 1945

Mit dem Ende des Dritten Reiches öffnete sich die sogenannte ernste Musik – von den Fesseln der nationalsozialistischen Reglementierungen befreit – in diverse, gleichzeitig praktizierte Richtungen.

→ **Zwölftontheorie** Alle Töne der Tonleiter sind gleichberechtigt.

Serielle Musik

Auf der Grundlage der von Arnold Schönberg entwickelten Zwölftonreihe entstand die Serielle Musik, bei der klare Strukturen und Regeln höchste Priorität erhielten. Neben der Tonhöhe wurden auch Tondauer, Rhythmus und Klangfarbe eindeutig festgelegt. Jede Note besitzt im Gesamtzusammenhang gleiche Bedeutung und Wertigkeit. Stark von den französischen Komponisten René Leibowitz und Pierre Boulez

beeinflusst, wurde Karlheinz Stockhausen (1928–2007) in Deutschland zum Pionier der Seriellen Musik (erste serielle Komposition „Kreuzspiele Nr. 1/7“, 1951).

SCHLAGZEILE

Ausstellung diskriminiert Intellektuelle

1938 organisierten die Nationalsozialisten in Düsseldorf die Ausstellung „Entartete Musik“. Inhaltlicher roter Faden: gegen Jazz, Atonalität und „intellektuelle Dekadenz“ müsse sich das „gesunde deutsche Empfinden“ zur Wehr setzen. In einer diffusen Mischung aus Rassentheorie und verworrenen Musikanschauungen wurden jüdische wie nichtjüdische Musiker an den Pranger gestellt, darunter die Komponisten Arnold Schönberg, Kurt Weill und Hanns Eisler, Song-Schreiber wie Friedrich Hollaender („Ich bin von Kopf bis Fuß auf Liebe eingestellt“) und der Tenor Richard Tauber.

Elektronische Musik

Gleichzeitig emanzipierte sich das Geräusch gegenüber dem reinen Klang: Die elektronische Musik, in der jeder Zufall und jede ungewollte Abweichung generell ausgeschlossen werden können, eröffnete der jungen Komponistengeneration völlig neue Perspektiven.

Dafür entstanden spezielle Studios: In Köln begann 1951 das Studio für elektronische Musik mit seiner Arbeit. Hier feierte Stockhausens „Gesang der Jünglinge im Feuerofen“ seine Uraufführung. Später experimentierten hier Komponisten wie Mauricio Kagel, Yannis Xenakis und György Ligeti, aber auch Pop- und Rockbands wie Tangerine Dream und Kraftwerk. Ähnliche Ziele verfolgte ab 1968 in Freiburg im Breisgau das Experimentalstudio des SWR. Die Entwicklung neuer Instrumente (Halaphon, Matrixmixer), die elektronische Klangerweiterung und die Digitalisierung der Musikproduktion wurden hier zu wichtigen Schwerpunkten. Neben Stockhausen prägten Komponisten wie Dieter

Schnebel, Hans Zender und Luigi Nono das Profil.

Einflüsse der seriellen Musik

Einen konsequent eigenständigen Weg ging Bernd Alois Zimmermann (1918 bis 1970). Stark beeinflusst von der seriellen Musik vermied er jedoch den Bruch mit der Tradition. Er bezog Einflüsse des Jazz ebenso ein wie Musik aus Mittelalter und Barock, die mittels Collagetechnik seine eigene Musik überlagern.

Unbeeindruckt von der jungen Avantgarde der 1950er-Jahre ging in München Karl Amadeus Hartmann (1905–63) seinen eigenen Weg, der ihn zum bedeutendsten Sinfoniker der zweiten Hälfte des 20. Jh. machte. Selbst als Leiter der Reihe „Musica viva“ ab 1945 Wegbereiter für die verbannten Komponisten der klassischen Moderne (Schönberg, Strawinsky Bartók) in Deutschland, gelang ihm als Komponist eine persönlich geprägte Musiksprache von großer suggestiver Ausstrahlung.

Noch rigoroser wandte sich Hans Werner Henze (1926–2012) von den Doktrinen der seriellen Musik ab. In Italien gelang ihm die Symbiose aus südländischer Melodik und avantgardistischer Harmonik. Nicht zufällig widmete er sich bevorzugt dem Gesang und der Oper („Der Prinz von Homburg“, 1958; „Elegie für junge Liebende“, 1961; „Die Bassariden“, 1965). I m Zentrum seines vielfältigen Schaffens stehen außerdem zehn Sinfonien (1947–2002), Oratorien und Liederzyklen, die ihn zum weltweit meistgespielten und -geehrten deutschen Komponisten nach 1950 machten.

Strömungen in der DDR

In der DDR prägte Hanns Eisler (1898 bis 1962), zurückgekehrt aus dem amerikanischen Exil, das Musikleben. Er vertonte die Nationalhymne auf einen Text Johannes R. Bechers (1949) und versuchte, an die gesellschaftskritische Musikkultur der Weimarer Zeit anzuknüpfen. Neben der Zusammenarbeit mit Bert Brecht bedeutet die Deutsche Sinfonie (1959), die in elf Abschnitten deutsche Geschichte reflektiert, den

Höhepunkt seines Schaffens im letzten Lebensjahrzehnt.

An der Schwelle zum 21. Jahrhundert

In den 1980er-Jahren kam es in Westdeutschland zu einer breitgefächerten Wiederentdeckung wichtiger Komponisten, die nach dem Verbot durch die Nationalsozialisten (entartete Musik) in den 1950er-Jahren eine zweite Ächtung durch die damalige Avantgarde erleben mussten. Opernhäuser und Plattenfirmen engagierten sich für einstige Erfolgskomponisten wie die Österreicher Franz Schreker und Alexander Zemlinsky, aber auch für jüngere Vertreter wie Walter Braunfels (1882–1954(und Berthold Goldschmidt (1903–96).

Mehr denn je von sehr unterschiedlichen Strömungen geprägt ist das Musikleben im 21. Jh. Aus der älteren Generation stehen sich Helmut Lachenmann (geb. 1935) und Wolfgang Rihm (geb. 1952) gegenüber. Der Stockhausen-Schüler Lachenmann beschäftigt sich intensiv mit Fragen des Geräusches, der Klangverfremdung und des Klangereignisses an sich. Einen stärker subjektiv, vom Ausdruckswillen geprägten Stil pflegt Rihm, in dessen riesigem Œuvre Opern und große Orchesterkompositionen („Chiffren", „Verwandlungen") neben Solokonzerten und Kammermusik stehen.

In der jüngeren Generation haben sich vor allem Isabel Mundry (geb. 1962), Enno Poppe (geb. 1969) und in jüngster Zeit der Klarinettist und Komponist Jörg Widmann (geb. 1973) verdient gemacht.

Schlager- und Popmusik

Mit dem Siegeszug der elektronischen Medien ging im 20. Jh. der Aufstieg der Schlager- und Popmusik einher. Um die Wende zum 20. Jh. waren es oft Stücke aus Opern und Operetten, die über das Radio schnell in der breiten Öffentlichkeit beliebt wurden. Bald komponierte man solche „Gassenhauer – meist Trink- („In München steht ein Hofbräuhaus") oder Volkslieder („Muss I denn") – aber als eigenständige Werke. Große Hits in der ersten Hälfte des 20. Jh. waren z. B. „Ein Freund, ein guter Freund"

(Comedian Harmonists, 1929) und „Ich bin von Kopf bis Fuß auf Liebe eingestellt“ (Marlene Dietrich, 1930) sowie „Lili Marleen“ von Lale Anderson (1939).



Probenszene zur einzigen vollendeten Oper von **Bernd Alois Zimmermann** – „Die Soldaten“ – 2012 in Salzburg

Nach dem Zweiten Weltkrieg war der populäre Musikmarkt in der Bundesrepublik Deutschland zunächst vor allem von englischsprachigen Künstlern (Rock, Soul) bestimmt, mit deutschen Texten waren in den 1950er- bis 70er-Jahren Künstler wie Freddy Quinn, Nana Mouskouri, Roy Black und Udo Jürgens erfolgreich. Anfang der 1980er-Jahre hielt mit der Neuen Deutschen Welle und Titeln wie „Hurra, hurra, die Schule brennt“ (Extrabreit, 1981) und „99 Luftballons (Nena, 1983) die deutsche Sprache verstärkt Einzug in die Rock- und Popszene. Damit wurde ein Trend begründet, der bis heute anhält.

Auch in der DDR entwickelte sich nach dem Krieg eine ausgeprägte Schlagerszene. Die Beat- und Rockmusik galt jedoch bis in die späten 1960er-Jahre als Unkultur. In den 1970er- und 1980er-Jahren feierte sie dann mit Gruppen wie den Puhdys und Karat Triumphe.

Literatur

Vom Minnesang zur Popliteratur

Über Jahrhunderte widmeten sich die Autoren vor allem dem Thema Ritterlichkeit. Später stand die Literatur meist im Zeichen gesellschaft-licher Entwicklungen und politischer Ereignisse – bis hin zur gesamtdeutschen Literatur.

→ **Hildebrandslied** Dieses germanische Heldenlied schildert die feindliche Begegnung zwischen Hadubrand und seinem totgeglaubten Vater Hildebrand in einer Schlacht.

Mittelalter

Mit dem Zerfall des Römischen Reiches wurde der Weg frei für die nationalen Kulturen. Die ersten Dokumente althochdeutscher Literatur (z. B. das „Hildebrandslied") datieren auf die Zeit um 800, die Regierungszeit Kaiser Karls des Großen. Mit der Evangelienharmonie des Otfried von Weißenburg (um 865) wurde erstmals der Endreim eingeführt.

Sosehr das Mittelalter von Christentum und Kirche geprägt war, so auffällig ist die Dominanz ritterlichen Lebens und Denkens in der Literatur. Zwei Gattungen priesen in mittelhochdeutscher Sprache das ritterliche Ideal, das sich dem Dienst für den Herren, die Kirche und die Hohe Frau verschreibt.

Steckbrief

Oswald von Wolkenstein

Er war der letzte große Minnesänger und sein abenteuerliches Leben ist erstaunlich gut überliefert. Oswald von Wolkenstein (ca. 1376–1445), in Südtirol aufgewachsen, reiste als Diplomat im Auftrag Kaiser Sigismunds I. durch Europa, von Portugal bis ins Baltikum. Als Sänger beherrschte er die ganze Palette vom zarten Marienlied bis zum vulgären Trinklied. Vorausschauend sorgte er dafür, dass seine Kompositionen aufbewahrt wurden.

Minnelyrik

Die Minnelyrik folgt einem festen Schema: Der Ritter richtet seinen Gesang an die adelige Dame und hofft – oft jedoch vergeblich – auf Erhörung. Walther von der Vogelweide (ca.1170–ca.1230), als fahrender Sänger im Dienst der Adelshöfe unterwegs, wurde schon zu Lebzeiten als hervorragender Minnesänger gepriesen. In mehr als 70 überlieferten Minneliedern entwickelte er das vorgegebene Bild von der unnahbaren Herrin zur liebenden Frau weiter

Heldenepos

Die höfischen Epen verknüpfen germanische Heldensagen, christliche Legenden und ritterliche Abenteuer zu einem Panorama mittelalterlichen Lebens. Die Geschichte der Artusritter und des Heiligen Grals steht im Mittelpunkt des „Parzival" (25 000 Verse) von Wolfram von Eschenbach, während Gottfried von Straßburg in „Tristan" (20 000 Verse) mit großer sprachlicher Hingabe die tragische Liebesgeschichte von Tristan und Isolde beschreibt. Zum Nationalepos der Deutschen wurde das anonym verfasste Nibelungenlied (um 1200) mit den zentralen Frauenfiguren Kriemhild und Brunhild sowie dem Helden Siegfried. Im 19. Jh. erlebten die Epen des Mittelalters eine intensive Wiederentdeckung.

Humanismus

Für den Übergang zu Humanismus und Renaissance bereitete in Italien das Dreigestirn aus Dante („Die göttliche Komödie", 1312–21), Boccaccio

(„Das Decamerone“, 1353) und Petrarca („Canzoniere“, 1336–74) den Weg. Deutsche Dichter folgten nur zögerlich, so Johannes Tepl (um 1350–1414) mit seinem „Ackermann aus Böhmen“ (um 1400), einem Streitgespräch des Ackermanns mit dem Tod über den Verlust der geliebten Ehefrau.

In der zweiten Hälfte des 15. Jh. nahm die literarische Produktion deutlich zu. Mit seiner Verssatire „Das Narrenschiff“ (Basel, 1494) verfasste Sebastian Brant (um 1457–1521) das erfolgreichste Buch der vorreformatorischen Zeit. In Nürnberg machte sich Hans Sachs (1494 bis 1576) mit seinen Fastnachtsspielen ei nen Namen. Unter den Volksbüchern gewann die „Historia des D. Johann Fausten“ (1597) große Popularität und wirkte bis zu Goethes „Faust“ und Thomas Manns „Doktor Faustus“ nach.

Martin Luthers Bibelübersetzung

Sie war nicht die erste, aber die entscheidende deutsche Bibelübersetzung. Als „Junker Jörg“ incognito auf der Wartburg, begann Martin Luther 1521 mit der Übersetzung des Neuen Testaments, um den Anhängern der neuen Glaubensrichtung, den Protestanten, einen Bibeltext in der Volkssprache zu geben. Luthers Fähigkeit, dem Volk „aufs Maul zu schauen“, und sein Gespür für die deutsche Sprache schufen Formulierungen, die bis heute allen Modernisierungen widerstanden haben.

Barock

Die Literatur des 17. Jh. stand ganz im Zeichen des Dreißigjährigen Krieges, der neben den Glaubenskämpfen Verwüstung, Pest und Tod über Deutschland brachte. Die Vergänglichkeit des Lebens wurde als zentrales Thema in monumentalen Dramen behandelt, die jedoch im Schatten der zeitgleichen Werke Shakespeares und Molières nur kurzzeitig Interesse fanden. Auch die Lyrik des Barocks bleibt in ihrer überladenen Rhetorik für die heutige Zeit schwer zugänglich. Als herausragendes Beispiel des

barocken Schelmenromans schildert Hans Jakob von Grimmelshausens (um 1622–76) Simplicius Simplicissimus“ (1668) mit überreicher Fantasie und derbem Sprachwitz das abenteuerliche Leben seines Antihelden zwischen Liebe, Krieg und Reisen bis ans Ende der Welt.



Im Lutherzimmer in der Wartburg bei Eisenach verfasste **Martin Luther** neben seiner Bibelübersetzung noch zahlreiche Denkschriften. Damit prägte er auch das **Neuhochdeutsche**

→ **Fabel** Tiergeschichte mit moralisierendem Ausgang

→ **Ode/Hymne** Reimloses Gedicht in elegischer, heroischer oder geselliger Stimmung, das auch ins Hymnisch-Religiöse gesteigert wird

→ **Ballade** Erzählte Handlung mit lyrischen und dramatischen Elementen in Weimar erinnert an die Weimarer Klassik.

Weimarer Klassik

Mit den gesellschaftlichen Veränderungen am Ende des 17. Jh. wandelte sich auch die Literatur. Das aufstrebende Bürgertum sah den Sinn von Dichtung anders als im Barock nicht mehr in Repräsentation oder seelischer Zerknirschung. Der Theoretiker Johann Christoph Gottsched (1700–66) forderte, Literatur müsse die Ideale der Aufklärung weitergeben. Den Auftrag zur sittlichen Erziehung unterstrich Gotthold

Ephraim Lessing (1721–89) nicht nur in seiner „Hamburgischen Dramaturgie“ (1767). Auch in seinen „Bürgerlichen Trauerspielen“ („Minna von Barnhelm“, 1767; „Emilia Galotti“, 1772) sind es besonders die bürgerlichen Tugenden, die das Handeln der Figuren prägen – ebenso wie der religiöse Toleranzgedanke in „Nathan der Weise“ (1779).

Weimar

Ende des 18. Jh. mauserte sich Weimar, die kleine Hauptstadt des Herzogtums Sachsen-Weimar, zur „Klassikerstadt“. 1772 kam Christoph Martin Wieland als Erzieher des Erbprinzen Carl August in die Stadt, 1775 folgte ihm Johann Wolfgang von Goethe. Der Hofprediger Johann Gottfried Herder (ab 1776) und der Dramatiker Friedrich Schiller (ab 1799) vervollständigen das prominente Quartett, das mit seinen Publikationen zu Idealismus und Toleranz, Kulturgeschichte und Bildung des Menschen das Wesen der deutschen Klassik entscheidend geprägt hat.



In der Lyrik verbreitete sich eine Vielzahl von Formen:

- Fabel, z. B. Lessing „Der Fuchs und der Rabe“)
- Ode/Hymne, z. B. Klopstock „Der Zürchersee“, Ludwig Hölty (1748–76) „Mainacht“, Schiller „Ode an die Freude“
- Ballade, z. B. Gottfried August Bürger (1747–94) „Lenore“

Neue Empfindsamkeit

Von der Aufklärung an den Rand gedrängt, wurden die Gefühle von den Dichtern der „Empfindsamkeit“ wiederentdeckt. Als bedeutendster Vertreter neben Friedrich Gottfried Klopstock (1724–1803) schuf Matthias Claudius (1740–1815) mit seinem Abendlied „Der Mond ist aufgegangen“ (um 1778) eines der bekanntesten deutschen Gedichte.

Sturm und Drang

Eine kurze, aber überaus fruchtbare Epoche brachte einen ganz neuen Ton in die Literatur: der „Sturm und Drang“. Der Name ist Programm, Shakespeare das große Vorbild. Der genialische Held wirft sich voller Emphase in die Schlachten des Lebens und muss scheitern. Die Sprache ist rau, die Bühne wird zum bevorzugten Kampfplatz. Der junge Friedrich Schiller (1769–1805) steuerte ebenso berühmte Dramen bei („Die Räuber“, 1781; „Kabale und Liebe“, 1784) wie der junge Goethe (1749–19832, „Götz von Berlichingen“, 1773). Jakob Michael Reinhold Lenz (1751–92) ging in seiner Gesellschaftskritik am weitesten („Der Hofmeister“, 1774; „Die Soldaten“, 1776).

Klassik

Die geistige Kehrtwende folgte nur wenig später. Wie in der Bildenden Kunst hatte auch in der Literatur Johann Jakob Winckelmanns Forderung nach „edler Einfalt und stiller Größe“ großen Einfluss. Harmonie, Tugend und Sittlichkeit galten als Schlüsselbegriffe der Klassik; die Umbrüche der Französischen Revolution von 1789 wurden mit Skepsis betrachtet.

Johann Wolfgang von Goethe
Für Goethe bedeutete die Rezeption der Antike während seines Italienaufenthalts (1786–88) einen zusätzlichen Impuls („Iphigenie auf Tauris“, 1787). Sein Bildungsroman „Wilhelm Meisters Lehrjahre“ (1795/96) zeichnet lebensnah die charakterliche Formung eines theaterbegeisterten Kaufmannssohnes nach. „Faust. Eine Tragödie“ (1806) bringt den Pakt des rastlos nach Erkenntnis strebenden Wissenschaftlers mit dem Teufel packend auf die Bühne. Friedrich Schiller stellte das Ringen um die sittlichmoralische Erneuerung der Welt in den Mittelpunkt seiner großen Geschichtsdramen „Wallenstein“ (1798/99) und „Wilhelm Tell“ (1804). Mit ihren Werken strahlten die beiden Dichter auf das Denken in ganz Europa aus.

Nach Schillers Tod 1805 folgte für Goethe die zweite große Schaffensphase. Experimente („Farbenlehre“, 1810) flossen genauso in sein Werk ein wie die Beschäftigung mit der „Weltliteratur“: von der persischen und arabischen Lyrik über die Antike und die großen europäischen Romane bis zur Volkspoesie. Sein umfassendes Weltbild fand in sehr unterschiedlichen Werken ihren Niederschlag: in der Autobiografie „Aus meinem Leben. Dichtung und Wahrheit“ (1811–14), der Gedichtsammlung „West-östlicher Divan“ (1819) und – als Summe seiner Dichtkunst – „Faust. Der Tragödie zweiter Teil“, der 1832 posthum erschien.

SCHLAGZEILE

„Werther-Fieber“ in Deutschland

1774 machten „Die Leiden des jungen Werthers“ den jungen Goethe über Nacht zu einer europäischen Berühmtheit. Der Leser wird unmittelbarer Zeuge der Wünsche, Hoffnungen und Enttäuschungen jenes unglücklich Verliebten, der die von ihm angebetete Lotte nicht für sich gewinnen kann und sich deshalb erschießt. Besorgte Bürger verdammten Goethes Romanhelden, zugleich löste er

ein veritables „Werther-Fieber“ aus: Viele Männer kleideten sich wie er mit blauem Frack und gelber Weste; dazu trank man Tee aus „Werther-Tassen“.

Romantik

Während der reife Goethe sich im 19. Jh. mehr und mehr der Wissenschaft zuwandte, reagierte die nächste Generation kritisch auf den rationalen Idealismus der Klassik. Nicht weit von Weimar, in der Universitätsstadt Jena, bildete sich ein Kreis um die Brüder Friedrich und August Wilhelm Schlegel (1772–1829/1767–1845), den Dichter Novalis (1772–1801) und den Philosophen Schelling (1775–1854). Sie folgten den Grundkoordinaten der Romantik: Stimmung und Gefühle, Sehnsucht nach fernen Ländern, eine Passion für das Magische, Mystische und Übernatürliche. Die Rückbesinnung auf das Mittelalter ging parallel mit einer verstärkten Hinwendung zu Volkslied und Sage. Schnell fanden die Ideen der deutschen Romantik große Resonanz im Ausland, so in England (Lord Byron), Frankreich (Victor Hugo) und Russland (Alexander Puschkin).

→ **Fragment** Nicht fertiggestelltes, unvollendetes Kunstwerk

→ **Bildungsroman** Eine Form des Entwicklungsromans, in dem die geistige und charakterliche Entwicklung einer Person dargestellt wird. Im Bildungsroman ist diese Person in der Regel jung.

Als ideales Medium romantischer Empfindungen gilt die Lyrik; auch der Roman wird oft mit Gedichten angerei chert (Eichendorff, „Aus dem Leben eines Taugenichts“). Weitere beliebte Erzählformen:

- Kunstmärchen als Überhöhung des Volksmärchens (E.T. A. Hoffmann, „Nussknacker und Mausekönig“).
- märchenhaft-fantastische Erzählung (Chamisso, „Peter Schlemihls wundersame Geschichte“)
- Bildungsroman in der Tradition von Goethes „Wilhelm Meister“ (Novalis, „Heinrich von Ofterdingen“ mit der Suche nach der „Blauen

Blume“ als Inbegriff des Romantischen)

- Fragment als Symbol der bruchstückhaften Wahrnehmung des Daseins (Friedrich Schlegel)

Romantische Lyrik

Die Gedichte der Romantischen Lyrik zählen zum eisernen Bestand der deutschen Literatur. Das Dunkel der Nacht, das Rauschen der Wälder, Melancholie, Einsamkeit und vertraute Heimat: Das sind die Themen bei Novalis („Hymnen der Nacht“), Joseph von Eichendorff (1788–1857, „Mondnacht“), Ludwig Uhland (1787–1862) und Eduard Mörike (1804–75), aber auch in der Volksliedsammlung „Des Knaben Wunderhorn“, die von Clemens Brentano (1778–1842) und Achim von Arnim (1781–1831) bearbeitet wurde. Heinrich Heine („Loreley“) setzt den oft ironischen Kontrapunkt zu allzugroßer Sentimentalität.

E.T. A. Hoffmann

Die wichtigsten Facetten romantischer Ästhetik verbinden sich exemplarisch in der Person des Dichters, Komponisten, Kapellmeisters, Malers und Juristen E. T. A. (Ernst Theodor Amadeus) Hoffmann (1776–1822). Realität und Fantasie, Normalität und Exzentrik vermischen sich bei ihm mit Elementen des Schauerromans. Diese Dualität des Künstlerdaseins ist das zentrale Thema seines Romans „Lebens-Ansichten des Katers Murr“ (1822). Ei ne größere Anzahl von Erzählungen fasst Hoffmann oft in einem übergeordneten Rahmen zusammen, so in den „Fantasiestücken in Callot’s Manier“ (u. a. „Der goldene Topf“, „Don Juan“).

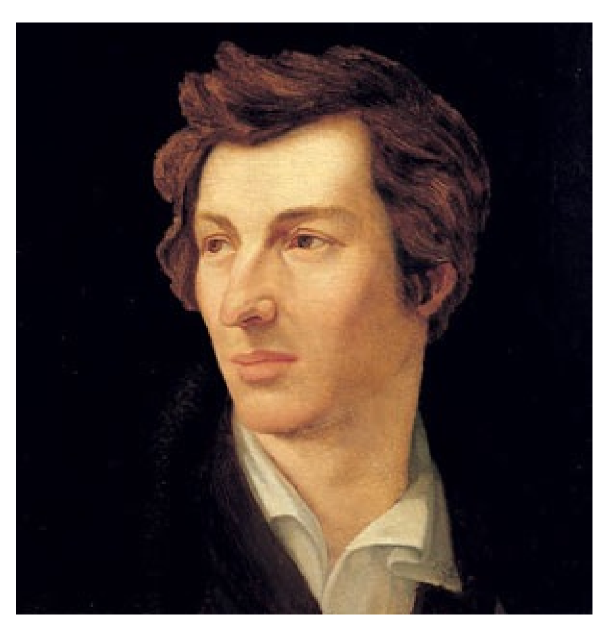
Heinrich von Kleist

Eine Sonderstellung als Erzähler und Dramatiker an der Nahtstelle zwischen Klassik und Romantik nimmt Heinrich von Kleist (1777–1811) ein. Seine Dramen („Das Käthchen von Heilbronn“, 1810; „Prinz Friedrich

von Homburg“, 1811) behandeln vor allem den Konflikt zwischen den Wünschen des Individuums und den Pflichten der Allgemeinheit. Das Gegenstück bildet das Lustspiel „Der zerbrochene Krug“ (1806). Mit der Novelle „Die Marquise von O.“ schrieb Kleist ein weiteres sprachlich wie inhaltlich höchst eigenständiges Werk.

Biedermeier

Die Zeit nach dem Wiener Kongress 1815 mit der zunehmenden Gängelung und Überwachung des Volkes führte zur Flucht in die Innerlichkeit: das Biedermeier. Als „harmloseste“ literarische Gattung wurde die Novelle zur Lieblingslektüre des Bürgertums. Für die Vielfalt der Themen und Stile stehen in Deutschland Annette von Droste-Hülshoff (1797 bis 1848, „Die Judenbuche“) und Eduard Mörike (1804–75, „Mozart auf der Reise nach Prag“), in der Schweiz Jeremias Gotthelf (1797–1854, „Die schwarze Spinne“) und in Österreich Franz Grillparzer (1791–1872, „Der arme Spielmann“).



Heinrich Heine verfasste zahlreiche kritische Essays und satirische Schriften, aber auch Liebeslyrik.

Steckbrief

Georg Büchner

Als 18-Jähriger begann Büchner (1813–37) in Straßburg ein Studium der Medizin, 1835 wurde in Zürich promoviert. Gleichzeitig kämpfte er gegen die politischen Missstände in seiner Darmstädter Heimat und verfasste die Flugschrift „Der Hessische Landbote“ mit dem flammenden Aufruf: „Friede den Hütten, Krieg den Palästen!“ Und schließlich dichtete er mehrere Theaterstücke („Dantons Tod“, „Leonce und Lena“), deren geistige Brillanz und sprachliche Expressivität erst lange nach seinem Tod erkannt worden sind (Uraufführung des „Woyzeck“ 1913!). Gerade 23-jährig starb Büchner an Typhus.

Vormärz

Nach dem Vorbild Georg Büchners kam es in den Jahren nach 1840, dem Vormärz, zu einer zunehmenden Politisierung von Schriftstellern. In Einklang mit den Forderungen liberaler Studenten protestieren sie gegen Zensur, soziale Missstände und die Allmacht von Polizei, Adel und Monarchie. Auch hier bewährte sich die Lyrik als „Kampfmittel“: 1840 veröffentlichte Hoffmann von Fallersleben (1798–1874) den ersten Teil seiner „Unpolitischen Lieder“, 1841 schrieb er das „Lied der Deutschen“, dessen dritte Strophe („Einigkeit und Recht und Freiheit“) heute als Text der deutschen Nationalhymne dient. Im selben Jahr erregte Georg Herwegh (1817–75) mit seinen „Gedichten eines Lebendigen“ den Unmut der Obrigkeit. Heinrich Heine (1797–1856), bis dahin durch sein „Buch der Lieder“ (1827) eher als Liebeslyriker bekannt, zeichnete mit dem Versepos „Deutschland. Ein Wintermärchen“ (1844) ein ungeschminktironisches Zeitporträt der Heimat des sagenhaften Kaisers Barbarossa.

Realismus

In den 1830er-Jahren erfassten Europa tiefgreifende politische und soziale Veränderungen sowie philosophische Neuerungen: die fortschreitende Industrialisierung, die radikalen Abstammungstheorien Charles Darwins, die kommunistischen Ideen von Karl Marx. Die Literatur

wandte sich bewusst den neuen Realitäten zu – und den Menschen, die sich als Emporkömmlinge oder Verlierer, als Idealisten, Fanatiker oder brave Bürger in dieser Welt bewegten. Angestrebt wurde nicht die genaue Abbildung der Realität, sondern ihre literarische Verdichtung und Deutung.

→ **Novelle** Eine relativ kurze Erzählung, die zumeist eine „unerhörte Begebenheit“ (Goethe) oder eine prägnante Persönlichkeit in den Mittelpunkt eines geradlinigen Handlungsablaufs stellt

Romane

Der große realistische Roman erlebte in Europa eine enorme Blüte:

- in Frankreich mit Honoré de Balzac (Romanzyklus „Die menschliche Komödie“, 1822–50), Stendhal („Rot und Schwarz“, 1830) und Gustave Flaubert („Madame Bovary“, 1856)
- in England mit Charles Dickens („Oliver Twist“, 1838)
- in Russland mit Fjodor Dostojewski („Verbrechen und Strafe“, 1867; „Die Brüder Karamasow“, 1880) und Lew Tolstoi („Krieg und Frieden“, 1869; „Anna Karenina“, 1877)

Steckbrief

Gerhart Hauptmann

Äußerlich ähnelte Gerhart Hauptmann durchaus seinem großen Weimarer Vorgänger Goethe. Und auch in der Öffentlichkeit wurde er in der Weimarer Republik – trotz zurückgehender Erfolge – als einer der wichtigsten Repräsentanten der deutschen Literatur verehrt. Diesen Ruhm hatte er sich Jahrzehnte zuvor erkämpft, mit seinen umstrittenen naturalistischen Dramen („Vor Sonnenaufgang“, „Die Weber“, „Biberpelz“), für die er 1912 den Nobelpreis für Literatur erhielt.

Im Vergleich zu diesen bahnbrechenden Werken wählten die deutschen Schriftsteller die dezentere Lösung. Humor und Ironie statt beißender

Kritik, selbstbewusstes Bürgertum statt Proletariat und Kleine-Leute-Milieu: Diese Tendenzen fasste Otto Ludwig 1871 unter dem Begriff „Poetischer Realismus“ zusammen.

Zum Bestseller und Vorbild für eine ganze Epoche wurde Gustav Freytags (1816–95) heute vergessener Kaufmannsroman „Soll und Haben“ (1855).

Die sich vertiefenden Risse in der Gesellschaft thematisierte Wilhelm Raabe (1831–1910) in vielen seiner Werke („Der Hungerpastor“; „Stopfkuchen“). Erst gegen Ende des Jahrhunderts gelang es Theodor Fontane (1819–98), mit seinen Romanen („Frau Jenny Treibel“, 1893; „Effi Briest“, 1896; „Der Stechlin“, 1899) an die hohe literarische Qualität der ausländischen Autoren anzuknüpfen.

Die besondere Gattung des fiktiven Reiseromans bediente Karl May (1842 bis 1912), der mit seinen Abenteuergeschichten aus dem Vorderen Orient („Durchs wilde Kurdistan“) und Amerika („Winnetou“) ein riesiges Lesepublikum in aller Welt fand.

Novellen

Besonderer Beliebtheit erfreute sich weiterhin die Novelle. Der Norddeutsche Theodor Storm (1817–88) lieferte mit „Der Schimmelreiter“ und „Pole Poppenspäler“ populäre Schullektüre. Der in München lebende, überaus produktive Paul Heyse (1830–1914) wurde für sein oft von Italien inspiriertes novellistisches Schaffen („Die Hexe vom Corso“, „LArrabbiata“) 1910 mit dem Literaturnobelpreis ausgezeichnet. In der Schweiz steuerten Gottfried Keller (1819–90, „Die Leute von Seldwyla“) und Conrad Ferdinand Meyer (1825–98, „Jürg Jenatsch“) wichtige Werke zu dieser Gattung bei.



Wilhelm Buschs Bildergeschichte „Max und Moritz“ ist bis heute populär. Die Illustration zeigt den Lehrer Lämpel.

Sehr viel deutlicher fiel die Kritik an der Selbstgefälligkeit des Spießbürgers in den satirischen Bildergeschichten von Wilhelm Busch (1832–1908), frühen Vorläufern der heutigen Cartoons, aus („Max und Moritz“, „Die fromme Helene“, „Plisch und Plum“).

Naturalismus

Theodor Fontane war es, der 1889 das Drama „Vor Sonnenaufgang“ von Gerhart Hauptmann (1862–1946) an den befreundeten Intendanten Otto Brahm empfahl und damit den Durchbruch des Naturalismus in der deutschen Literatur bewirkte. Auch hier hatten französische Romanautoren wie Emile Zola („Nana“, „Germinal“) und Guy de Maupassant („Bel-Ami“) kräftige Impulse gesetzt, während die dramatischen Vorbilder vor allem auf den Norweger Henrik Ibsen („Nora oder ein Puppenheim“, „Ein Volksfeind“) zurückgehen.

Im Mittelpunkt von Hauptmanns Erfolgsdramen steht der unterdrückte oder machtlos gegen die Gesetze des Lebens ankämpfende Mensch in

Kleinbürgertum und Proletariat. Zentrale Themen sind Krankheit und Alkoholismus, Armut und Arbeitslosigkeit. In „Die Weber“ (1892), einem Drama über den schlesischen Weberaufstand von 1844, stellte Hauptmann das leidende Volk als Kollektiv in den Mittelpunkt. Soziale Determiniertheit beherrscht auch die Bewohner eines Hinterhof-Mietshauses in „Die Ratten“ (1911). Hauptmanns letztes Drama „Vor Sonnenuntergang“ (1932) schlägt den Bogen zurück zu den Anfängen des Naturalismus.

„Das Schreiben, das Schreiben, soll man nicht übertreiben, das kostet bloß Papier.“

Wilhelm Busch

Steckbrief

Rainer Maria Rilke

Seine Gedichte wie „Der Panther“ und „Das Karussell“ sichern Rainer Maria Rilke (1875–1926) bis heute anhaltende Popularität. Doch auch zu Lebzeiten war der aus Prag stammende, auf Deutsch und Französisch schreibende Dichter erfolgreich. „Die Weise von Liebe und Tod des Cornets Christoph Maria Rilke“, 1912 als Band 1 der Insel-Bücherei erschienen, wurde schnell zum Bestseller. Sein „Stunden-Buch“ traf in seiner kulturkritischen Haltung den Nerv eines großen Publikums. Später wurde der „Weltinnenraum“, das Miteinander von Außen- und Innenwelt, zu Rilkes zentralem Thema, das ihn bis zu den „Duineser Elegien“ und den „Sonetten an Orpheus“ beschäftigte.



Frühe Moderne

Der Siegeszug des realistischen Romans wie auch des naturalistischen Dramas im letzten Viertel des 19. Jh. provozierte eine Vielzahl von Gegenbewegungen:

Ästhetizismus

Subjektivität statt objektiver Betrachtung, Ich-Gefühl statt Gesellschaftskritik: Der Autor erforscht sich selbst. In poetischen Bildern und Symbolen, in klangvollen Versen und fließenden Rhythmen feiert er die Erotik des Daseins. Meisterliche Sensibilität zeigen die Gedichte von Rainer Maria Rilke (1875–1926).

Noch einen Schritt weiter ging Stefan George (1868–1933), der mit seinen Anhängern das Hohe Lied auf „die Kunst für die Kunst" anstimmte. Streng in der Form und geschult an großen literarischen Vorbildern (Rimbaud, Dante), entwickelte er später das Bild des neuen Menschen, in dem männliche Zucht und Moral mit mythologischen und esoterischen Gedanken eine schon zu Georges Lebzeiten höchst umstrittene Verbindung eingehen.

Expressionismus

„Dem Bürger fliegt vom spitzen Kopf der Hut": Der Anfangssatz des Gedichts „Weltende" von Jakob van Hoddis (1887 bis 1942) wurde 1910

zum Signal einer literarischen Revolution. Logik und Sinnhaftigkeit hatten ausgedient, die Grammatik wurde ganz bewusst verbogen. Wichtigstes Medium der Expressionisten war das Gedicht, in dem groteske und surreale Bilder sich mit großer Geste, Metaphern und Pathos verbinden. Zu seinem Großmeister wurde Gottfried Benn (1886–1956), dessen Lyrik und Prosa um die elende Existenz des Menschseins („Die Krone der Schöpfung, das Schwein, der Mensch") kreist.

Poetische Zeugnisse einer Persönlichkeit voller Fantasie und Sinnlichkeit sind die Gedichte („Hebräische Balladen", „Mein blaues Klavier") und Dramen von Else Lasker-Schüler (1869–1945).

Dada

Noch einen Schritt weiter in der kreativen Zertrümmerung der Sprache gingen die Dadaisten. Was 1916 in Zürich als Antibewegung gegründet wurde (Hugo Ball, 1886–1927; Hans Arp, 1886–1966), schwappte bald nach Köln und Berlin über Der Protest gegen Krieg und Bürgerlichkeit wurde gleichgesetzt mit einer Dekonstruktion der Sprache als sinnstiftendem Element. Klang und Zufall waren die neuen Zauberworte: Die Dichter des Dadaismus bevorzugten Montage und Collage, sprachliche Neuschöpfungen, Laut- und Buchstabengedichte. Der Dichter und Grafiker Kurt Schwitters (1887–1948) schuf mit seinen „Merz"-Collagen dadaistische Gesamtkunstwerke, die bis zu den Werken des US-Amerikaners Robert Rauschenberg nachwirkten.

Moderne Klassiker

Im 20. Jh. brachen mehr denn je die verschiedensten neuen Erfahrungen über die Schriftsteller herein: Psychoanalyse, sexuelle Revolution, Kommunismus, rasanter technischer Fortschritt, Hektik der Großstadt, dazu die tiefgreifenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen. Die Katastrophe des Ersten Weltkriegs wurde zum Wendepunkt. Der Kampf um die Demokratie in der Weimarer Republik einte oder trennte die Autoren – je nach politischer Gesinnung.

Romane

Große Popularität erreichten Lion Feuchtwanger (1884–1958; „Die hässliche Herzogin", 1923) und Jakob Wassermann (1873–1934; „Der Fall Maurizius", 1928). Noch stärker politisch akzentuiert sind die Werke von Anna Seghers (1900 bis 1983; „Aufstand der Fischer von St. Barbara", 1928) und Arnold Zweig (1887 bis 1968; „Der Streit um den Sergeanten Grischa", 1927). Vom fiebrigen Geist je ner Jahre geprägt sind die Romane von Hans Fallada (1893–1947; „Kleiner Mann – was nun?", 1932), Erich Kästner (1899 bis 1974; „Fabian", 1931) und Irmgard Keun (1905–82; „Das kunstseidene Mädchen", 1932).

Stark geprägt vom Expressionismus, schrieb Alfred Döblin (1878–1957) mit „Berlin Alexanderplatz" (1929) den Prototyp des Großstadtromans, in dem per Montage Textfetzen aus Reklame, Radio, Gerichtsberichten und Bibelzitaten mit der Geschichte des Möbelpackers Franz Biberkopf vermischt werden.

→ **Collage** In der Literatur eine Komposition aus verschiedenartigem sprachlichem Material

→ **Montage** Mit dem Zusammenfügen, Nebeneinandersetzen sprachlicher, stilistischer, inhaltlicher Teile unterschiedlicher Herkunft arbeitende literarische Technik

Besonderen journalistischen und literarischen Ruhm erschrieb sich Kurt Tucholsky (1890–1935). Unter vier Pseudonymen (Peter Panther, Theobald Tiger, Ignaz Wrobel und Kaspar Hauser) trat er als Kabarettautor, Satiriker, Dichter, Literatur- und Filmkritiker in Aktion, um mit spitzer Feder seine sozialistisch-pazifistischen Forderungen zu formulieren. Neben 3000 Artikeln und Hunderten von Gedichten hinterließ Tucholsky auch zwei heitere Liebesromane („Rheinsberg", 1912; „Schloss Gripsholm", 1931).

SCHLAGZEILE

„Im Westen nichts Neues“

Viele bildende Künstler verarbeiteten die traumatischen Erfahrungen des Ersten Weltkriegs auf der Leinwand, Erich Maria Remarque (1898–1970) fand die Worte dafür. 1928 erschien „Im Westen nichts Neues“ – und wurde sofort ein Bestseller. Ohne jede Beschönigung beschreibt Remarque die Brutalität des Krieges, aber auch die verheerenden Auswirkungen auf die Psyche der Soldaten. Noch 1929 wurde der Roman in 26 Sprachen übersetzt, 1930 verfilmt.



Im Jahr 1911 schrieb **Thomas Mann** mit der Novelle **„Der Tod in Venedig“** die Tragödie einer Entwürdigung, wie der Schriftsteller selbst sein Werk bezeichnete. In ihrem Verlauf zeigt sich ein hochgeachteter Schriftsteller als würdeloser Greis.

Die Brüder Mann

1929 krönte die Verleihung des Literaturnobelpreises die Laufbahn von Thomas Mann (1875–1955). Ausgezeichnet wurde er nicht für sein

jüngstes Werk „Der Zauberberg" (1924), das Dokument der lethargisch-morbiden Atmosphäre vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs, sondern für seinen populärsten Roman „Buddenbrooks" (1901), die Geschichte vom Verfall einer Lübecker Kaufmannsfamilie. Stand bei Thomas Mann in den frühen Jahren die Problematik des schaffenden Künstlers ganz im Mittelpunkt („Der Tod in Venedig"), weitete sich sein Blick zunehmend ins Politisch-Menschliche. Damit vollzog sich auch eine Abkehr vom Deutsch-Konservativen hin zum Demokratisch-Fortschrittlichen.

„Erst kommt das Fressen, dann die Moral."

Aus der „Dreigroschenoper" von Bertolt Brecht

Größter Gegenpol bis zum Ersten Weltkrieg war sein Bruder Heinrich Mann (1871–1950). Geprägt von der französischen Literatur wandte er sich gegen bürgerliche Scheinmoral („Im Schlaraffenland", 1900) und begeisterte sich für die europäische Idee. Zwei seiner Romane setzten sich besonders mit der Gesellschaft im wilhelminischen Kaiserreich auseinander: „Professor Unrat" (1905) und „Der Untertan" (1916).

Drama

Schon als 20-Jähriger sorgte Bertolt Brecht (1898–1956) mit „Baal" für den ersten Skandal. „Die Dreigroschenoper" (mit der Musik von Kurt Weill) wurde 1928 zu einem der glänzendsten Theatererfolge der Weimarer Republik. Als bissige Satire gedacht, kam das Stück wegen der Songs von Mackie Messer und der Seeräuber-Jenny beim Publikum bestens an. 1930 konnte das Duo Brecht/ Weill mit „Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny" einen weiteren Erfolg verbuchen. Eher in Richtung Volksstück tendierte Carl Zuckmayer (1896–1977) mit seinem „Hauptmann von Köpenick" (1931).

Deutschsprachige Autoren im Ausland

Auch außerhalb der Grenzen Deutschlands wirkten unzählige deutschsprachige Schriftsteller, deren Bücher zumeist in Deutschland

verlegt wurden:

- In Prag standen Franz Werfel (1890 bis 1945) und Max Brod (1884–1968) im Mittelpunkt, während das suggestivdüstere Werk Franz Kafkas (1883 bis 1924; „Der Prozess") erst nach seinem Tod stärker wahrgenommen wurde.
- In Österreich reicht die breite Palette profilierter Autoren von Joseph Roth (1894–1939; „Radetzkymarsch") über Stefan Zweig (1881–1942; „Sternstunden der Menschheit") und Robert Musil (1880–1942; „Der Mann ohne Eigenschaften") bis zu den Dramatikern Arthur Schnitzler (1862–1931; Hugo von Hofmannsthal (1874–1929) und Ödön von Horváth (1901–38).
- In der Schweiz stach Robert Walser (1878–1956; „Jakob van Gunten") heraus. Hermann Hesse (1877–1962), seit 1919 im Tessin lebend, fügte seinem Roman-Œuvre weitere große Erfolge hinzu („Siddharta", „Der Steppenwolf", „Narziss und Goldmund").

Exilliteratur

Erst Reichstagsbrand, dann Bücherverbrennung: Die Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 wurde zur existenziellen Bedrohung vor allem für jüdische und linksgerichtete Schriftsteller. Viele flohen umgehend ins Ausland. Von dort versuchten sie ihre schriftstellerische Arbeit fortzuführen oder gezielt den Kampf gegen die Nazis aufzunehmen. Doch nicht wenige Autoren führten vor allem einen Kampf um das nackte Überleben; einige, darunter Stefan Zweig (1881–1942), Ernst Toller (1893–1939) und Walter Benjamin (1892–1940), wählten den Freitod.

Viele der im Exil entstandenen Werke beschäftigen sich mit den brennenden Themen Unterdrückung, Vertreibung, tödliche Bedrohung und Hybris der Macht: Klaus Manns (1906–49) „Mephisto" (1936), Heinrich Manns „Henri Quatre" (1935/38), Thomas Manns „Doktor Faustus" (1947), Brechts Dramen „Mutter Courage und ihre Kinder" (1939) und „Der gute Mensch von Sezuan" (1940), Feuchtwangers „Der falsche Nero" (1936)

und „Exil" (1940), Anna Seghers' „Das siebte Kreuz" (1942) und „Transit" (1944).

Deutsch-deutsche Literatur

Das Ende der Diktatur bedeutete einen radikalen Einschnitt für die Literatur. Das besetzte Deutschland bekam die Auswirkungen des ausbrechenden Kalten Krieges stark zu spüren. Die Gründung von Bundesrepublik und DDR 1949 verschärfte die politische Abgrenzung wie auch den Druck auf die Autoren, sich für einen der beiden Staaten zu entscheiden. Zugleich begann auch literarisch eine Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit, die aber im Adenauer-Deutschland der 1950er-Jahre nur mäßige Resonanz fand.

→ **Sozialistischer Realismus** Kunstrichtung, die einer in der UdSSR formulierten politischen Richtlinie folgte. Diese Richtlinie galt für alle Künstler in allen Staaten des sowjetischen Machtbereichs.

Nachkriegszeit

In der DDR gelang es einigen Exilanten, rasch Fuß zu fassen. Johannes R. Becher (1891–1958), aus dem Moskauer Exil zurückgekehrt, schrieb 1949 den Text für die Nationalhymne („Auferstanden aus Ruinen", Musik von Hanns Eisler) und wurde erster DDR-Kulturminister. Bertolt Brecht gründete in Ostberlin das Berliner Ensemble, das 1949 sein Drama „Mutter Courage" aufführte. Erst 1952 kehrte Stefan Heym (1913–2001) aus den USA zurück und machte sich einen Namen als eigenständiger Intellektueller und Erzähler („Kreuzfahrer von heute", „Schatten und Licht"). Ansonsten herrschten für die Literaten die Vorgaben des Sozialistischen Realismus, nach denen sie den Aufbau des Arbeiter- und Bauernstaates positiv begleiten sollten.

In der Bundesrepublik Deutschland setzen sich Alfred Andersch (1914–80; „Sansibar oder der letzte Grund", 1957) und Wolfgang Koeppen (1906–96; „Das Treibhaus", 1953) mit der NS-Vergangenheit auseinander. In Anlehnung an die amerikanische Short Story wurde die Kurzgeschichte zu

einer beliebten Gattung (Wolfgang Borchert, 1921–47; Wolfdietrich Schnurre, 1920–89; Heinrich Böll, 1917–85). Auch die Lyrik, am wenigsten von der Nazisprache verseucht, erlebte eine Wiederentdeckung, so durch Paul Celan (1920–70, „Todesfuge", 1948) und Ingeborg Bachmann (1926–73, „Die gestundete Zeit", 1957).

→ **Tauwetter** Bezeichnung für die Auflockerung der politischen Restriktionen für Kulturschaffende nach Stalins Tod (1953) in den Staaten des Ostblocks, benannt nach dem gleichnamigen Roman des Russen Ilja Ehrenburg

Ab Ende der 1950er-Jahre brachte der gebürtige Danziger Günter Grass (*1927) frische Impulse mit seiner Trilogie „Die Blechtrommel" (1959), „Katz und Maus" (1961) und „Hundejahre" (1963), die bewusst den Bogen von der Vor- zur Nachkriegszeit schlägt. Heinrich Böll, rheinischer Katholik und Linksintellektueller, setzte sich in seinen Romanen „Billard um halbzehn" (1959), „Ansichten eines Clowns" (1963) und „Gruppenbild mit Dame" (1971) kritisch mit der bundesrepublikanischen Gesellschaft auseinander.

Ende der 1960er-Jahre nahm die Politisierung von Gesellschaft und Intellektuellen zu (Proteste gegen den Vietnamkrieg, Studentenunruhen). Auf dem Höhepunkt der Debatte um den RAF-Terrorismus sorgte Heinrich Böll mit „Die verlorene Ehre der Katharina Blum" (1974), einer Anklage gegen die Vorverurteilung durch Massenmedien, für erregte Diskussionen.

Gruppe 47

Nach dem verlorenen Krieg betrieb die von Hans Werner Richter (1908–93) organisierte „Gruppe 47" die Erneuerung der Literatur und die Förderung junger Talente. Man traf sich ab 1947 in unregelmäßigen Abständen, man liest und diskutiert – wie ein Who's who der kommenden Jahre liest sich die Teilnehmerliste, auf der Heinrich Böll, Günter Eich und Günter Grass ebenso stehen wie Ilse Aichinger, Ingeborg Bachmann und Martin Walser. Im Lauf der Jahre blähte sich das Treffen zu einer Großveranstaltung auf. 1967

endeten die Treffen.

Im Spiegel der gesellschaftlichen Verhältnisse variierte Martin Walser (*1927) immer wieder das Scheitern seiner Antihelden („Das Einhorn", 1966; „Ein fliehendes Pferd", 1978; „Brandung", 1985). Ähnlichen Fragen der persönlichen Befindlichkeit ging Botho Strauß (*1944) in seinen Erfolgsdramen „Trilogie des Wiedersehens" (1977) oder „Groß und klein" (1978) nach.

Nach dem Bau der Mauer

In der DDR-Literatur verstärkte der Bau der Berliner Mauer 1961 die Beschäftigung mit der eigenen Identität. Erste literarische Erfolge verbuchte Christa Wolf (1929–2011) mit „Der geteilte Himmel" (1963) und „Nachdenken über Christa T." (1968). Die erfolgreiche Entwicklung zu einer sozialistischen Persönlichkeit prägt die „Ankunftsliteratur", mit Brigitte Reimanns (1933–73) Roman „Ankunft im Alltag" (1961) als prototypischem Titel. Im Spannungsfeld zwischen sozialistischer Realität und Flucht ins Innere stand die Lyrik hoch im Kurs, so bei Günter Kunert (*1929), Reiner Kunze (*1933), Sarah Kirsch (1935–2013) und Volker Braun (*1939).

Mit dem Wechsel an der Parteispitze zu Erich Honecker 1971 begann ein allmähliches Tauwetter, das jedoch durch die Ausbürgerung Wolf Biermanns (*1936), d es wortgewaltigsten unter den DDR-Lyrikern, 1976 abrupt zum Stillstand kam. Auch Stefan Heyms Roman über den Arbeiteraufstand 1953, „Fünf Tage im Juni", konnte 1974 nur im Westen erscheinen. Zwei deutsch-deutsche Erfolge über die Grenzen hinweg ließen dagegen aufhorchen: Jurek Beckers (1937–97) tragikomischer Gettoroman „Jakob der Lügner" (1969) und Ulrich Plenzdorfs (1934–2007) „Die neuen Leiden des jungen W." (1972).



Äußerliches Markenzeichen von **Heinrich Böll** war seine Baskenmütze. Der Literatur-Nobelpreisträger engagierte sich auch in der Friedensbewegung der 1970erund 1980er-Jahre, Das Foto zeigt ihn am 1. 9.1983 bei einer Aktion gegen die Nachrüstung.

Gesamtdeutsche Literatur

Die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten führte zu einer auffälligen Rückbesinnung auf die geschichtlichen Wurzeln der eigenen Identität – im Westen wie im Osten. Die Bandbreite erstreckt sich von Thomas Brussigs (*1965) satirischem Mauerfallroman „Helden wie wir" (1995) über Uwe Tellkamps (*1968) gewichtige Familiengeschichte „Der Turm" (2008) bis zu Julia Francks (*1970) „Die Mittagsfrau" (2007) sowie Grass' Nachkriegsnovelle „Im Krebsgang" (2002).

Auf dem weiten Feld des postmodernen Schreibens tummeln sich viele neue Talente. Im Bereich der Popliteratur – in betont lockerem Schreibstil – sticht Christian Krachts (*1966) „Faserland" (1995) hervor; unter den jungen Literatinnen startete Judith Hermann (*1970) mit dem Bestseller „Sommerhaus, später" (1998) eine bemerkenswerte Karriere. Mit „Die Vermessung der Welt" (2005), einem historisch-abenteuerlichen Roman über die Begegnung des Forschers Alexander von Humboldt und des Mathematikers Carl Friedrich Gauss, konnte Daniel Kehlmann

(*1975) den größten internationalen Erfolg eines deutschsprachigen Buches seit Patrick Süskinds (*1949) „Das Parfüm" (1978) verbuchen.

Darüber hinaus ging der Literaturnobelpreis an drei deutschsprachige Autoren: Nach Günter Grass (1999) wurde 2004 die Österreicherin Elfriede Jelinek (*1946) für ihre provokant-pessimistischen Dramen und Romane („Die Klavierspielerin", 1983) ausgezeichnet, 2009 die gebürtige Rumäniendeutsche Herta Müller (*1953) für die Intensität ihrer Prosa („Herztier", 1994; „Atemschaukel", 2009), mit der sie „Landschaften der Heimatlosigkeit", so die Jury, gezeichnet habe.

Philosophie

Denker und Gesellschaftstheoretiker

Ins Deutsche übersetzt heißt Philosophie „Liebe zur Weisheit" – schon in der Antike widmeten sich große Denker der Beantwortung ihrer Grundfragen. Seit dem Mittelalter leisteten zahlreiche deutsche Gelehrte herausragende Beiträge zur Geschichte des abendländischen Denkens.

→ **Philosophie** ist das Streben nach Erkenntnis über den Sinn des Lebens, das Wesen der Welt und die Stellung des Menschen in der Welt.

Mittelalter

Die Philosophie des Mittelalters war noch stark vom christlichen Weltbild bestimmt. In Hrabanus Maurus und Albertus Magnus fand sie erste bedeutende Vertreter

Scholastik

Die ersten Gelehrten, die sich mit Fragen der Philosophie beschäftigten, waren Theologen, die an den Dom- und Klosterschulen tätig waren. Nach der zeitgenössischen Bezeichnung „scholasticus" (zu einer Schule gehörig) werden sie als „Scholastiker" bezeichnet. Methodisch forderten die Scholastiker eine klare Herausarbeitung von Fragen, eine strenge Begrifflichkeit und logische Beweise. Inhaltlich versuchten sie mithilfe der Philosophie und in Anknüpfung an den griechischen Philosophen

Aristoteles (384–322 v. Chr.) zu einem tieferen Verständnis der christlichen Offenbarung zu gelangen.

Hrabanus Maurus

Der Benediktiner Hrabanus Magnentius Maurus (um 780–856) war ein Zeitgenosse Kaiser Karls des Großen. Erst Leiter der Klosterschule von Fulda, dann Erzbischof von Mainz, verkörperte der Gelehrte in idealer Weise die „Karolingische Renaissance" genannte Förderung von Bildung, Sprache, Schrift und Literatur. Weniger Forscher als vielmehr Sammler, prägte Hrabanus das Geistesleben seiner Zeit. Sein umfangreichstes Werk ist die theologisch ausgerichtete 22-bändige Enzyklopädie des Wissens „De rerum naturis". Im 19. Jh. verlieh man ihm den Ehrentitel „Erster Lehrer Germaniens".

Albertus Magnus

Der erste deutsche Philosoph im Sinne eines eigenständig forschenden Gelehrten war Albertus Magnus (um 1193 bis 1280). Das große Verdienst des Dominikaners und Hochschullehrers bestand darin, dass er durch seine Kommentare insbesondere zu den naturwissenschaftlichen Schriften des Aristoteles das abendländische Europa mit der Ideenwelt des griechischen Philosophen vertraut machte. Einer seiner Schüler war Thomas von Aquin (um 1225–74), der zu den einflussreichsten Philosophen seiner Zeit zählte.

Humanismus – Reformation – Astronomie

Die Geistesströmungen des 15. und 16. Jh. waren von der Suche nach neuen Wahrheiten geprägt.

Mystiker

Im 15. Jh. hatten die Mystiker Konjunktur. Sie versuchten sich von der christlichen Weltsicht zu lösen und stattdessen eine neue, von der Imagination geleitete Weltanschauung zu entwickeln. Hauptvertreter im deutschsprachigen Bereich war Níkolaus von Kues (Cusanus, 1401 bis

1464) mit den wichtigsten Schriften

- „Über die gelehrte Unwissenheit"
- „Über Mutmaßungen"
- „Dialog über das Werden"
- „Über den Glaubensfrieden"

Sein Wirken zielte darauf, mit den Mitteln der menschlichen Vernunft die Gegensätze in der Welt auf ein Prinzip zurückzuführen. Ein späterer bedeutender Mystiker war Jakob Böhme (1575–1624).



Johannes Kepler stellte den Aussagewert der Erfahrungen über die Autoritäten und die Bibel.

Humanismus

Eine wichtige kulturelle und geistige Strömung des 15. und 16. Jh. stellte die Rückbesinnung auf die Werte und Lehren der Antike dar. Die Humanisten standen im Gegensatz zu den Scholastikern, indem sie deren Dogma von der die Wahrheit vermittelnden Kirche ablehnten. Der Ausweitung der Bewegung widmete sich besonders der Franke Konrad Celtis (1459–1508), nordeuropäischer Protagonist der von Italien

ausgehenden Bewegung war Erasmus von Rotterdam (1467–1536).

→ **Scholastik** Die im Mittelalter ausgebildete Theologie und Philosophie, die das christliche mit dem philosophischen Denken harmonisch verbindet

Reformation

Ideen des Humanismus beeinflussten auch die 1517 von Martin Luther (1483 bis 1546) eingeleitete Reformation, deren Ziel die Rückführung der kirchlichen Lehren auf das Evangelium war. Luther übernahm dabei Lehren des Erasmus von Rotterdam, der das Recht auf kritische Urteilsbildung und die Verantwortung des Individuums zum Prinzip erhoben hatte.

Neues Weltbild

Die Abkehr von der Autorität der Kirche und deren dogmatischen Lehren mit der Folge einer größeren Rationalität im philosophischen Denken wurde weiterhin durch die Fortschritte in der Astronomie und der damit verbundenen Entwicklung eines neuen Weltbilds gefördert. Maßgeblich waren dabei die Forschungen von Nikolaus Kopernikus (1473–1543) und Johannes Kepler (1571–1630) mit ihren Erkenntnissen zu den Bewegungen der Planeten. In Bezug auf das philosophische Denken wurden damit die Grundlagen für eine rationale, auf der Vernunft begründete Weltsicht geschaffen.

Rationalismus

In Gottfried Wilhelm Leibniz (1646–1716) fand die deutsche Philosophie einen ersten Denker von europäischem Rang.

→ **Pantheismus** Der Begriff bezeichnet die Identifizierung von Gott und Welt – Gott wird als unpersönliche Größe, als „sachhaftes“ Prinzip der Welt aufgefasst.

Europäisches Umfeld

Von dem französischen Philosophen Rene Descartes (1596–1650) stammt der berühmte Satz „Cogito ergo sum” (ich denke, also bin ich). Diese

Gewissheit ließ der Gelehrte bei allen Zweifeln an der eigenen Wahrnehmungsfähigkeit als Minimalerkenntnis gelten. Descartes wurde damit zum Wegbereiter der rationalistischen Weltsicht. Ein weiterer Protagonist des Rationalismus war Baruch de Spinoza (1632–77). Der in Amsterdam geborene Gelehrte lehrte, Gott und die Natur seien identisch, und wurde so zum Befürworter eines Pantheismus. Wie Descartes sah er die Vernunft (ratio) als Quelle aller Wahrheit und Weisheit an. Der Rationalismus trat in Konkurrenz zum Empirismus, dessen Anhänger (John Locke, Francis Bacon, David Hume) nicht den Verstand, sondern die Erfahrung als Quelle der Erkenntnis ansahen.

„Die Monaden, von denen meine Schrift handelt, sind nichts weiter als einfache Substanzen, welche in dem Zusammengesetzten enthalten sind. Einfach heißt, was ohne Teile ist."

Gottfried Wilhelm Leibniz, Erster Grundsatz der Monadologie

Gottfried Wilhelm Leibniz

1676 berief Herzog Johann Friedrich von Braunschweig-Lüneburg Gottfried Wilhelm Leibniz (1646–1716) auf den Posten des Hofbibliothekars in Hannover. Dieses Amt bekleidete der Gelehrte bis zu seinem Tod. In dieser Zeit entfaltete er auf den verschiedensten Wissensgebieten eine außerordentlich rege Tätigkeit. In Mathematik (hier begründete er die Infinitesimalrechnung), Geschichte und Rechtswissenschaften war er ebenso bewandert wie in der Theologie und vor allem in der Philosophie, die die Klammer seiner weitverzweigten Interessen bildete.

Grundzug der Leibniz'schen Philosophie war, im Anschluss an die Lehren Descartes, die rationalistisch-konstruierende Vernunft. Die Welt bestand für ihn aus Monaden (vom Griechischen monas = Einheit). Sie bestimmen bzw. machen aus, was es auf der Welt gibt und was auf der Welt geschieht. Jede Monade ist einzigartig und individuell.

Die von Gott geschaffene Welt war für Leibniz „die beste aller möglichen Welten". Auf diese Weise nahm er Stellung zum Problem der Theodizee („Rechtfertigung Gottes"), das schon einige griechische Philosophen der Antike beschäftigt hatte und das Leibniz aufgriff. Warum, so lautete die Frage, lässt Gott in der Welt das Böse und das Übel zu? In der vollkommenen, von Gott geschaffenen Welt hat das Übel den kleinsten Raum und der Mensch soll sich nach Leibniz bemühen, das Übel immer geringer und das Glück immer größer werden zu lassen.

Aufklärung

Die Aufklärung war eine gesamteuropäische Geistesbewegung. In Deutschland fand sie in Kant und Lessing herausragende Vertreter

Ursachen und Voraussetzungen

Bahnbrechende naturwissenschaftliche Erkenntnisse, das Unbehagen an der Autorität von Klerus und Kirche sowie die Kritik am höfischen Absolutismus in Frankreich und Deutschland führten zu neuen Formen des Denkens und prägten die einflussreiche philosophische Strömung der Aufklärung. Für die Aufklärer zählten nicht Macht und Glaube, sondern Vernunft und Verstand.



Gottfried Wilhelm Leibniz entwarf ein ideales Reich, in dem den Naturwissenschaften eine wichtige Funktion zukam.

Aufklärung in England und Frankreich

Die deutsche Aufklärung war in starkem Maß von europäischen Vorbildern beeinflusst. In England prägte John Locke (1632–1704) den zentralen Satz: „Die Vernunft lehrt den Menschen, dass wir alle gleich und unabhängig sind." Aus dieser Erkenntnis heraus forderte er politisch ein souveränes Staatsvolk statt des allmächtigen Herrschers. Der zweite große Aufklärer in England war David Hume (1711–76). In Frankreich standen Montesquieu (1689–1755), Voltaire (1694 bis 1778) und Rousseau (1712–78) an der Spitze der Aufklärung. Rousseau schuf das Ideal des Gesellschaftsvertrags mit dem Bild einer harmonischen, der Freiheit verpflichteten und sich freiwillig den Gesetzen unterwerfenden Gesellschaft.

→ **Absolutismus** Regierungsform, in der der Herrscher die Macht unbeschränkt innehat

Deutsche Frühaufklärer

Der Leipziger Jura-Professor Christian Thomasius (1655–1728) plädierte energisch für den Gebrauch der Vernunft. Revolutionär war unter den damaligen gesellschaftlichen Bedingungen seine Auffassung, Männer und Frauen seien gleichermaßen vernunftbegabt. Christian Wolff (1679–1754), Mathematik-Professor in Halle, war philosophisch eng mit Leibniz verbunden. Weniger ein kreativer Philosoph als ein wichtiger Kommunikator der Gedanken der Aufklärung, etablierte Wolff seine Überzeugung, dass nur das logisch Ableitbare das Vernunftgemäße und damit auch das Natürliche sei.

Immanuel Kant

Der einflussreichste und bedeutendste Aufklärer in Deutschland war Immanuel Kant (1724–1804). Der gebürtige Königsberger, der seine Heimatstadt niemals verließ, war ab 1770 an der Universität Königsberg Professor der Logik und der Metaphysik und bekleidete dort später auch das Amt des Rektors.

Aufgeklärter Absolutismus

Die politischen Forderungen der Aufklärer fielen teilweise auf fruchtbaren Boden. Im 18. Jh. bildete sich der „aufgeklärte Absolutismus“ heraus als eine Regierungsform, die den Herrscher an Gesetz und Ordnung band und die Vernunft als Leitlinie politischen Handelns betonte. Vertreter des aufgeklärten Absolutismus waren in Preußen Friedrich II. (der Große) und in Österreich Joseph II.



Carl Friedrich Hagemann schuf diese Skulptur von **Immanuel Kant**, die in der Berliner Friedrichs- werder'schen Kirche, die heute als Museum für Skulpturen des 19. Jh. dient, zu sehen ist.

Seine aufklärerischen Gedanken legte Kant in drei Hauptwerken dar:

- „Kritik der reinen Vernunft" (1781)
- „Kritik der praktischen Vernunft" (1788)
- „Kritik der Urteilskraft" (1790)

„Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könnte."

Kategorischer Imperativ von Immanuel Kant

Kant formulierte die klassische Definition der Aufklärung als „Ausgang des Menschen aus der selbst verschuldeten Unmündigkeit", wobei er Unmündigkeit als das „Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen" bezeichnete. Selbst verschuldet war diese Unmündigkeit,

wenn man nicht den Mut hatte, sich ohne Leitung eines anderen des Verstandes zu bedienen. Daher forderte Kant: „Sapere aude – habe den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen".

In dem alten Streit zwischen Rationalisten (alle Vernunft beruht auf Erfahrung) und Empiristen (Vernunft ist wesentlich für den Erkenntnisprozess) bezog Kant eine eigene Position. Der Mensch sei subjektiv nicht in der Lage, die Dinge auf der Welt so zu erkennen, wie sie objektiv sind. Dafür prägte er den Begriff vom „Ding an sich", das dem betrachtenden Individuum notwendig verborgen bleiben müsse.

Gotthold Ephraim Lessing

Als viel gelesener Dichter war Gotthold Ephraim Lessing (1729–81) einer der wichtigsten Multiplikatoren der Aufklärung. Literarisch verarbeitete er ihre Ideen vor allem in dem Drama „Nathan der Weise" (1779). Sein theoretischer Hauptbeitrag zur Aufklärung war die Schrift „Über die Wahrheit" (1777).

Idealismus

Mit der Weiterentwicklung der Lehren Kants führten bedeutende Denker die deutsche Philosophie zu einer neuen Blüte.

Begriff

Der Name „Idealismus" ist von dem griechischen Wort idéa (Gestalt, Urbild) abgeleitet. „Idealisten" ist eine Sammelbezeichnung für Philosophen der ersten Hälfte des 19. Jh., die sich im Anschluss an die Philosophie Kants, aber auch in Abgrenzung von dessen Lehren, mit dem Verhältnis zwischen der Wirklichkeit und dem erkennenden Subjekt befassten. Die Vertreter des „Deutschen Idealismus" bestritten die Existenz einer vom Geistigen unabhängigen, realen Welt und bezogen in dieser Weise Position in einer Frage, die bereits die altgriechische Philosophie (Platon) thematisiert hatte.

Johann Gottlieb Fichte

Der in ärmlichen Verhältnissen in der Oberlausitz aufgewachsene Johann Gottlob Fichte (1762–1814) genoss aufgrund der Förderung eines adligen Gönners eine Schulausbildung, die ihm den Weg zur Universität öffnete. Später bekleidete er Professuren in Jena, Berlin, Erlangen und Königsberg. 1810 war er der erste gewählte Rektor der Berliner Universität. Fichte war politisch engagiert und vertrat Ideale der Französischen Revolution.

Im Mittelpunkt von Fichtes Wirken stand die „Wissenschaftslehre". Der Begriff war für ihn ein Synonym für Philosophie. Sein Hauptwerk trägt den Titel „Grundlage der gesamten Wissenschaftslehre" (1794). Der Titel deutet bereits an, dass es ihm darauf ankam, sämtliche Wissensgebiete wie auch die gesamte Struktur des Bewusstseins auf einen einzigen Grundgedanken zurückzuführen. Diesen sah er im „Ich" gegeben, worunter er nicht das Individuum an sich, sondern das Selbstbewusstsein verstand. Mit Fichte kam somit der Gedanke eines produktiven Bewusstseins in die Geschichte der Philosophie. Auch methodisch setzte er Maßstäbe, indem er mit den Faktoren These-Antithese-Synthese das Fundament für das später von Hegel weiter entwickelte Verfahren der Dialektik legte.

SCHLAGZEILE

Lessing fordert Toleranz

In „Nathan der Weise" kleidet Lessing die Forderung nach Toleranz und Menschlichkeit in eine von Nathan erzählte Geschichte, die „Ringparabel": Ein Vater hinterlässt seinen drei Söhnen je einen Ring, von denen nur einer wundertätig ist. Der zum Streit der Brüder darüber, wer den wundertätigen Ring habe, gerufene Richter erklärt, dass man ihn eben nur an seiner wundertätigen Kraft erkennen könne. Mit dem Vater ist Gott gemeint, die Ringe stehen für Christentum, Judentum und Islam. Als Gabe des Vaters ist jeder Ring echt – jede Religion besitzt die echte Offenbarung von Gott: Der Streit, welche Religion die wahre sei, ist müßig.



Johann Gottlieb Fichte hatte mit seiner „Wissenschaftslehre“ großen Einfluss auf die jungen Intellektuellen seiner Zeit, insbesondere auf die der Romantik.

→ **Dialektik** Methode kritischen, Gegensätze einbeziehenden Philosophierens. Hegel erklärte den Dreischritt These-Antithese-Synthese zur „absoluten Methode des Erkennens“.

Friedrich von Schelling

Nach Fichte war Friedrich Schelling (1775–1864) die zweite führende Persönlichkeit des Deutschen Idealismus.

In seinem philosophischen Denken gab es manche Wandlungen und Entwicklungen. Im Kern aber kreiste sein Denken um die Frage nach dem Verhältnis zwischen Natur und Geist. Dementsprechend lässt sich Schellings Philosophie in eine Naturphilosophie und eine Transzendentalphilosophie einteilen. Der im Urzustand absolute Geist teilte sich in Natur und Geschichte auf, die aber weiter, wegen des gemeinsamen Ursprungs, eine Einheit bilden. Aufgrund dieses Identitätssystems konnte Schelling die Natur als den sichtbaren Geist und den Geist als die unsichtbare Natur beschreiben.

Georg Wilhelm Friedrich Hegel

Der gebürtige Stuttgarter Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1770–1831) studierte in Tübingen Theologie. Nach Stationen als Hauslehrer, Gymnasialdirektor und an verschiedenen Universitäten erhielt er 1818 eine Professur in Berlin.

Auch für Hegel war der Geist das bestimmende Prinzip. Dieses Dogma kleidete er in die Worte: „Das Geistige allein ist das Wirkliche." Ganz im Sinne des Idealismus, aber noch radikaler als bei den anderen Idealisten, war Philosophie für ihn die systematische Wissenschaft von der universalen Entfaltung des absoluten Geistes. Mit dem „Weltgeist" verklärte Hegel auch die Entwicklung aller politischen Geschichte. Aus seiner umfangreichen Publikationstätigkeit ragen die Werke

- „Phänomenologie des Geistes" (1807),
- „Wissenschaft der Logik" (1812/16) und die
- „Vorlesungen über die Ästhetik" (1835 bis 1838 ediert) heraus.



Georg Wilhelm Friedrich Hegel am Katheder während einer Vorlesung an der Berliner Universität (Lithografie von Franz Kugler, 1828)

Pessimismus

Die Pessimisten bestreiten eine positive Entwicklung der Menschen und der Welt, für sie ist die Weltordnung verfehlt und der Mensch verfallen – auch aufgrund der Unausweichlichkeit des Leids und der Endlichkeit des

Daseins.
Eine negative Einstellung zur Welt und zum Sein war bereits Bestandteil antiker Philosophie (Heraklit, Empedokles). Einen wichtigen Einfluss auf den philosophischen Pessimismus (vom lateinischen pessimus = der/das Schlechteste) hatten in der Neuzeit fernöstliche Weisheitslehren wie der Buddhismus.

Arthur Schopenhauer

Der Hauptvertreter des deutschen Pessimismus war Arthur Schopenhauer (1788 bis 1860). Nach Studium und Promotion in Naturwissenschaften und Philosophie war er als Privatdozent in Berlin und als Privatgelehrter in Frankfurt tätig.
Schopenhauer sah sich in der Tradition Kants und der Idealisten. 1818 erschien sein zweibändiges Hauptwerk „Die Welt als Wille und Vorstellung“. Gleich im ersten Satz („Die Welt ist meine Vorstellung“) knüpfte er an die Grundthese des Idealismus an. Im Weiteren entwickelte er eine eigenständige Lehre, bei der die Kategorie „Wille“ eine entscheidende Funktion hat. Der Wille ist die Triebkraft des Menschen. Er entsteht aus Bedürfnis und Mangel, damit aus Leiden, und hat kein Ziel. So gipfelt Schopenhauers Pessimismus in der Feststellung: „Alles Leben ist Leid.“

Friedrich Nietzsche

Von Haus aus war Friedrich Nietzsche (1844–1900) Klassischer Philologe. Ab 1870 hatte er in Basel eine Professur in diesem Fach inne, die er 1879 wegen einer psychischen Krankheit niederlegen musste. Die letzten Jahre seines Lebens verbrachte er in geistiger Umnachtung.

> „Die Geschichte hat noch nie etwas anderes gelehrt, als dass die Menschen nichts aus ihr gelernt haben.“
>
> Georg Wilhelm Friedrich Hegel

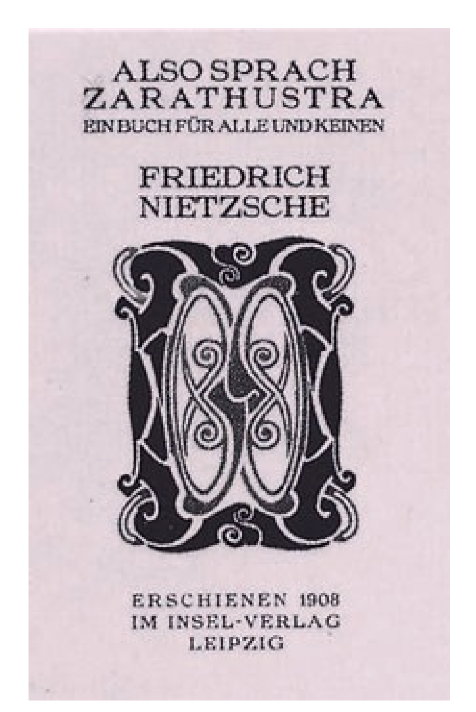
Im Anschluss an Schopenhauer betonte Nietzsche den Vorrang des

Willens (oder Triebes) vor dem Intellekt. Leben bestand für ihn aus dem Willen zur Macht. Der Gedanke der „ewigen Wiederkunft" bezog sich auf seine Überzeugung, dass sich alle Ereignisse dauerhaft und ewig (zyklisch) wiederholen. Jedoch entwickelte er kein systematisches philosophisches Gebäude. Berühmt wurde das Werk „Die Geburt der Tragödie aus dem Geist der Musik" (1872) mit einer neuen, pessimistischen Deutung der bis dahin so viel bewunderten griechischen Kultur. In „Also sprach Zarathustra" (1883/4) legte Nietzsche das Konzept vom „Übermenschen" dar.

SCHLAGZEILE

Friedrich von Schelling

Das Kind einer württembergischen Pfarrersfamilie begann schon als 15-Jähriger in Tübingen das Studium der Theologie. Zeitweise teilte er sich dort ein Zimmer mit dem späteren Philosophen Hegel und dem späteren Dichter Friedrich Hölderlin. Von einem anderen Dichter – Johann Wolfgang von Goethe – gefördert erhielt er als 23-Jähriger eine Professur für Philosophie in Jena. Nach Lehrtätigkeiten in Würzburg, Erlangen und München übernahm er 1841 den nach Hegels Tod verwaisten Lehrstuhl in Berlin. 1846 starb er in der Schweiz.



„Also sprach Zarathustra“ gilt als **Friedrich Nietzsches** Hauptwerk. Diese Ausgabe mit Jugendstilumschlag erschien 1908 im Insel-Verlag, Leipzig.

→ **Produktionsmittel** Gesamtheit der Arbeitsmittel (Rohstoffe, Maschinen) die für den Produktionsprozess notwendig sind

Materialismus

Zu einer politisch und ökonomisch bedeutsamen Kraft wurde im 19. Jh. die Philosophie des Materialismus (abgeleitet vom lateinischen Wort materia = Stoff). Antike und frühneuzeitliche Philosophen hatten den Boden bereitet mit der Ansicht, die Materie sei die einzige Substanz, aus deren Gesetzmäßigkeiten sich alles ableiten lasse.

Weitere wichtige Philosophen der Zeit

Philosoph	Denkschule
Hermann Cohen (1842–1918)	Neukantianer
Wilhelm Dilthey (1833–1911)	Begründer der Hermeneutik
Gustav Theodor Fechner (1801–87)	Naturphilosoph
Johann Friedrich Herbart (1776–1841)	Philosoph und Pädagoge
Edmund Husserl (1859–1938)	Begründer der Phänomenologie

Hermann Lotze (1817–81)	Metaphysiker und Naturforscher

Ludwig Feuerbach

Wichtige Impulse erhielt die materialistische Philosophie in Deutschland durch Ludwig Feuerbach (1804–72). Der Mensch ist nach seiner Auffassung, in Abkehr von Hegel, ein „sinnliches“ Wesen. Auch Gott ist nur eine menschliche Projektion. Religion entfremdet den Menschen von sich selbst.

Historischer Materialismus

Dem Ansatz Feuerbachs gaben Karl Marx (1818–83) und Friedrich Engels (1820–95) eine politische und gesellschaftliche Dimension. Der Historische Materialismus forschte nach den materiellen Bedingungen des Selbstbewusstseins und entdeckte sie in den gesellschaftlichen Produktivkräften („Das Sein bestimmt das Bewusstsein“). Die Selbstentfremdung des Menschen von den Produktionsmitteln kann – so Marx und Engels – nur durch das Ende des Kapitalismus und die proletarische Revolution beendet werden.

20. Jahrhundert

Die Weltkriegserfahrungen und das Zeitalter des technischen Fortschritts führten in der Philosophie zu vielen neuen Fragen.

Existenzphilosophie

Die Existenzphilosophie, die sich in Deutschland in den 1930er-Jahren herausbildete, stellte den innersten Kern des Menschen in ihren Mittelpunkt und versuchte auf diese Weise zu neuen Seinserfahrungen zu gelangen. Neben internationalen Größen wie Jean-Paul Sartre waren die wichtigsten Vertreter dieser Richtung in Deutschland Martin Heidegger (1889–1976), Karl Jaspers (1883–1969), Hans Lipps (1889–1941) und Peter Wust (1884–1940).

Philosophie der Hoffnung

Der marxistische Philosoph Ernst Bloch (1885–1977) formulierte das „Prinzip Hoffnung“ (erschienen in drei Bänden zwischen 1954 und 1959). Darin entwickelte er das Modell der „konkreten Utopie“, in der der Mensch nicht allein ein Produkt seines Seins ist, sondern auch fähig sein soll, über sich selbst hinaus zu denken. So kann die Utopie real werden.

Sprachphilosophie

Das Verhältnis von Sprache und Bedeutung und Sprache und Wirklichkeit steht im Zentrum der Sprachphilosophie. Als einer ihrer bedeutendsten Vertreter profilierte sich im deutschsprachigen Raum Hans-Georg Gadamer (1900–2002). In „Wahrheit und Methode“ (1960) schuf er die Voraussetzungen für eine universale Hermeneutik.

Frankfurter Schule

Das Institut für Sozialforschung an der Goethe-Universität Frankfurt wurde in den 1960er-Jahren zum intellektuellen Zentrum der soziologischen und philosophischen Gesellschaftskritik in der Bundesrepublik Deutschland. Federführend bei der Gründung der „Frankfurter Schule“ waren Max Horkheimer (1895–1973) und Theodor W. Adorno (1903–69). Auf sie geht die „Kritische Theorie“ zurück, mit der die autoritären Herrschaftsmechanismen der Gesellschaft aufgedeckt und ein Forum für den mündigen Bürger in einem auf den Prinzipien der Vernunft basierenden Staat geschaffen werden sollte. Der Einfluss der Frankfurter Schule auf das intellektuelle Leben in der Bundesrepublik und insbesondere auf die 68er-Bewegung war beträchtlich. Andererseits gab es auch heftige Kritik.

Führender Kopf der konservativen Philosophen, die die Lehren der Frankfurter Schule ablehnten, war Arnold Gehlen (1904–76) mit seiner „Philosophischen Anthropologie“.

Jürgen Habermas

Habermas (*1929 in Düsseldorf) gehört zu den auch über die Fachkreise

hinaus bekannten, international renommierten deutschen Philosophen und Soziologen. Er studierte in Frankfurt bei Horkheimer und Adorno. Bis zu seiner Emeritierung 1994 hatte er an der Frankfurter Universität eine Professur für Philosophie inne. Habermas knüpfte bei seinen Forschungen an die Kritische Theorie an und entwickelte sie in Hauptwerken weiter.

Philosophen in der DDR

In der DDR stand auch die Philosophie unter der Prämisse der sozialistischen Idologie. Wichtige Vertreter waren

- Rudolf Bahro (1935–97), der in seinem Buch „Die Alternative" (1977) den Sozialismus jedoch harsch kritisierte,
- Georg Klaus (1912–74), der sich um die marxistische Auseinandersetzung mit (natur-)wissenschaftlichen Fragestellungen und Phänomenen bemühte,
- Peter Ruben (*1933), der – oft im Gegensatz zur herrschenden Ideologie – eine auf dem Marxismus aufbauende Philosophie der Arbeit entwickelte,
- Helmut Seidel (1929–2007), der sich ebenfalls in einer Reihe von Werken einer Philosophie der Arbeit widmete.

Film

Vom Stummfilm- ins Internetzeitalter

Bis Anfang der 1930er-Jahre spielte Deutschland weltweit eine führende Rolle in der Filmindustrie. Der Nationalsozialismus brachte ein jähes Ende, nur in wenigen Ausnahmefällen erwerben sich deutsche Filme internationale Anerkennung.

→ **Bioscop** Ein früher Projektionsapparat, auf dem 54-mm-Filme abgespielt werden konnten, allerdings nur mit maximal 24 Bildern

Die Anfänge

Am 1.11.1895 stellten die Brüder Max und Emil Skladanowsky (1863–1939/1866 bis 1945) in Berlin mit dem ersten Filmprojektor (Bioscop) dokumentarische Kurzfilme vor. Erster künstlerischer Film mit fiktiver Handlung war „Der Student von Prag“ (1913) unter der Regie von Stellan Rye und Paul Wegener (1874–1948). Es folgten Stummfilme mit musikalischer Begleitung, die in den frühen Lichtspielhäusern vorgeführt wurden.

1912 entstand in Babelsberg bei Berlin das erste große Filmstudio. 1917 wurde die Universal-Film AG (Ufa) mit Sitz in Potsdam gegründet. Frühe Publikumserfolge waren Filme wie „Der Golem“ (1915, Regie Paul Wegener), „Das Liebes-ABC“ (1916, Regie Magnus Stifter) und „Das

Rätsel von Bangalor“ (1918, Regie Alexander von Antalffy).

Stars des Stummfilms

Asta Nielsen	1881–1972
Henny Porten	1890–1960
Pola Negri	1894–1987
Emil Jannings	1884–1950
Harry Liedtke	1882–1945
Conrad Veidt	1893–1943

Weimarer Republik

In der Zeit der Weimarer Republik entstanden in Deutschland einige hochrangige, auch international bedeutsame Spielfilme. Dazu gehörten die Stummfilme „Das Cabinet des Dr. Caligari“ (1920), „Der letzte Mann“ (1926) und „Die Büchse der Pandora“ (1929). Zum Klassiker avancierte Fritz Langs (1890–1976) „Metropolis“ (1926) als cineastischer Prototyp des Science-Fiction-Films. Am 16.12.1929 wurde mit „Melodie des Herzens“ (Regie Hanns Schwarz, mit Willy Fritsch in der Hauptrolle) der erste abendfüllende deutsche Tonfilm uraufgeführt.

„Der blaue Engel“

Großen Erfolg hatte die Literaturverfilmung „Der blaue Engel“ (Heinrich Mann, „Professor Unrat“) von 1930 unter der Regie von Josef von Sternberg (1894 bis 1969) und mit Emil Jannings und Marlene Dietrich (1901–92) in den Hauptrollen.

Musikfilme

Zu Beginn der 1930er-Jahre wurde das Genre des leichten Musikfilms populär. Eine der beliebtesten Schauspielerinnen war die gebürtige Londonerin Lilian Harvey (1906–68), die ihre größten Erfolge mit „Die Drei von der Tankstelle“ (1930) und „Der Kongress tanzt“ (1931) feierte.

Kinostars der NS-Zeit

Hans Albers	1891–1960
Willy Fritsch	1901–1973
Heinrich George	1893–1946
Johannes Heesters	1903–2011
Emil Jannings	1884–1950
Heinz Rühmann	1902–1994
Zarah Leander	1907–1981
Renate Müller	1906–1937
Marika Rökk	1913–2004
Adele Sandrock	1863–1937
Ilse Werner	1921–2005

Nationalsozialismus

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 wurde die deutsche Filmbranche Teil der politischen Propaganda des Regimes. Teilweise hatten die Filme direkt den Nationalsozialismus zum Thema, wie in dem Streifen „Hans Westmar“ (1933), der Leben und Tod des SA-Angehörigen Horst Wessel heroisierte, oder in der Produktion „Hitlerjunge Quex“ (1933).
Antijüdische Filme wie „Jud Süß“ (1940, Regie Veit Harlan) waren ebenfalls Teil der NS-Filmpolitik. Während des Zweiten Weltkriegs kamen sogenannte Durchhaltefilme wie „Kolberg“ (1945) in die Kinos.

Dokumentarfilme

Die Regisseurin Leni Riefenstahl (1902 bis 2003) drehte mit „Triumph des Willens“ (1934) d en Film zum Reichsparteitag der Nationalsozialisten. Verantwortlich zeichnete sie auch für die Dokumentation der Olympischen Spiele 1936 in Berlin („Olympia“, 1938).

→ **Durchhaltefilme** Filme, die, nachdem die militärische Niederlage im Zweiten

Weltkrieg wahrscheinlich geworden war, die Durchhaltebereitschaft der Deutschen stärken sollten. Oft handelten sie von ausweglosen militärischen Situationen in der Geschichte, die dann doch eine wundersame Wendung nahmen.

Musik- und Revuefilme

Neben der Propaganda hatte das Medium Film in der NS-Zeit die Aufgabe, beim Publikum gute Laune und heitere Stimmung zu verbreiten. Das in dieses Genre gehörende Werk „Frauen sind doch die besseren Diplomaten“ mit Marika Rökk (1913-2004) in der Hauptrolle (1941) war der erste Farbfilm der deutschen Kinogeschichte. „Wir machen Musik“ (1942, Regie Helmut Käutner) gehörte zu den erfolgreichsten, „Der weiße Traum“ (1943, Regie Géza von Cziffra) mit 2 Mio. Reichsmark Herstellungskosten zu den teuersten Produktionen in der NS-Zeit.



In **„Der blaue Engel“** verliebt sich ein älterer Lehrer in die von Marlene Dietrich meisterhaft gespielte Varietétänzerin **Lola-Lola** und geht daran zugrunde.

Nachkriegsfilm

Das Themenspektrum des deutschen Nachkriegsfilms reichte vom Trümmerfilm über den Heimatfilm bis zum Aufklärungsfilm.

Kriegs- und Trümmerfilme

Der erste deutsche Nachkriegsfilm entstand 1946. „Die Mörder sind unter uns" (Regie Wolfgang Staudte) begründete das zu dieser Zeit verbreitete Genre des Trümmerfilms, der sich anhand von einzelnen Schicksalen mit der Lage in den zerbombten deutschen Städten auseinandersetzte. Die Zeit des Nationalsozialismus thematisierte Helmut Käutner 1946 in dem Episodenfilm „In jenen Tagen". Der kritischen Aufarbeitung des NS-Regimes und des Krieges dienten die preisgekrönten Werke „Des Teufels General" (1955") nach dem gleichnamigen Bühnenstück von Carl Zuckmayer und „Die Brücke" (Regie Bernhard Wicki). Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus stand bei Filmen wie „Canaris" (1954) mit O.E. Hasse (1903–78) in der Titelrolle und „Der 20. Juli" (1955, Regie Falk Harnack) im Mittelpunkt.

Deutsche Filmschaffende im US-Exil

Felix Bressart	Schauspieler
Curt Goetz	Schauspieler und Regisseur
Friedrich Hollaender	Komponist
Fritz Lang	Regisseur
Peter Lorre	Schauspieler
Max Ophüls	Regisseur



Die Titelseite der „Illustrierten Film-Bühne“ zeigt eine Szene mit **Cornelia Froboess** und **Peter Kraus** aus dem Film „Wenn die Conny mit dem Peter“, der 1958 in die Kinos kam. Der Streifen machte die beiden Hauptdarsteller zum **ersten Teenie-Traumpaar Deutschlands.**

Problemfilme

Mit dem Beginn der 1950er-Jahre hatten Problemfilme mit psychologischem Hintergrund Konjunktur. „Die Sünderin“ mit Hildegard Knef (1925–2002) in der Hauptrolle (1951) sorgte wegen freizügiger Szenen für einen Skandal. „Ich kann nicht länger schweigen“ (1962) widmete sich dem Tabuthema Abtreibung.

Heimatfilme

In den 1950er-Jahren, parallel zum Wirtschaftswunder, wurden in der Bundesrepublik unbeschwerte Heimatfilme, die die Kinobesucher bevorzugt in die Welt der Berge entführten, populär. Den Auftakt bildete „Schwarzwaldmädel“ (1950). Es folgten Filme wie „Grün ist die Heide“ (1951), „Die Försterin vom Silberwald“ (1954) oder „Wo der Wildbach rauscht“ (1956). Im Kontrast dazu bedienten andere Filme wie „Der Tiger

von Eschnapur" (1959) die Sehnsucht nach der Ferne und nach exotischen Plätzen.

Musikfilme

Jazz und Schlager kombiniert mit einer einfach gestalteten Handlung fanden in den Musikfilmen der 1950er- und 1960er-Jahre ein dankbares Publikum. Stars wie Peter Kraus (*1939; „Wenn die Conny mit dem Peter", 1958) oder dem österreichischen Wahlhamburger Freddy Quinn (*1931; „Heimweh nach St. Pauli", 1964) boten sie einen filmischen Rahmen zur Darbietung ihrer musikalischen Künste.

Klassiker

Bis heute anhaltenden Ruhm erntete in den 1950er-Jahren die „Sissi"-Trilogie. Zwischen 1955 und 1957 verfilmte Ernst Marischka (1893–1963) mit vielen romantisierenden Elementen die frühen Jahre der Kaiserin Elisabeth von Österreich und machte Hauptdarstellerin Romy Schneider (1938–82) zum Star. In den 1960er-Jahren wurden die nach den Romanen Karl Mays gedrehten „Winnetou"-Filme zu Kassenschlagern.

> „Die Erinnerung ist oft das Schönste im Leben, glaube ich."
>
> Romy Schneider

Kriminalfilme

Aus den Kriminalfilmen, die in der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik produziert wurden, ragte in Bezug auf die Resonanz beim Publikum die Reihe der Edgar-Wallace-Verfilmungen heraus. Zwischen 1959 und 1972 entstanden unter der Leitung verschiedener Regisseure und meist prominent besetzt 38 Filme.

Aufklärungsfilme

Im Zuge der Enttabuisierung gesellschaftlicher Themen entstanden zu Beginn der 1960er-Jahre in der Bundesrepublik Filme, die sich den

Themen Sexualität und Aufklärung widmeten. Den Auftakt bildete „Helga“ (1967), es folgten die Filme des Regisseurs Oswalt Kolle (1928–2010).

Steckbrief

Oswalt Kolle

Die im Rahmen der „sexuellen Revolution“ in den 1960er-Jahren neu gewonnenen Freiheiten brachten einen erhöhten Aufklärungsbedarf mit sich. Dafür war das Medium Film wie geschaffen und der Autor und Filmproduzent Oswalt Kolle (1928–2010) trug mit einer Reihe von Filmen (z. B. „Das Wunder der Liebe“, 1968; „Deine Frau, das unbekannte Wesen“, 1969) wesentlich dazu bei, diesen Bedarf zu stillen. Im Volks“ munf trug ihm sein Werk den Ehrentitel „Aufklärer der Nation“ ein.

Film in der DDR

In der DDR diente der Film den Interessen von Politik und Partei. Es gab aber auch auch Produktionen, die sich kritisch mit dem Alltag im Land auseinandersetzten.

Anfänge der Filmindustrie

Das kulturelle Schaffen in Ostdeutschland vollzog sich in der Anfangszeit unter der Kontrolle der sowjetischen Besatzung. Im Mai 1946 wurde in Babelsberg die „Deutsche Film AG“ (DEFA) gegründet. Hier entstanden bis zum Ende der DDR über 3000 Spiel- und Dokumentarfilme.

Thema Antifaschismus

Die frühen Filmproduktionen waren überwiegend der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Herrschaft und der Bekämpfung des Faschismus gewidmet. Im Sinne der Staatspartei SED dienten sie zugleich der Propagierung der sozialistischen Doktrin. Ein Beispiel ist „Ehe im Schatten“ (1947, Regie Kurt Maetzig), in dem das Schicksal einer jüdischen Schauspielerin im Dritten Reich geschildert wird. Auch die unmittelbare Nachkriegszeit war Gegenstand von Spielfilmen. Eine der

frühesten DEFA-Produktionen trug den Titel „Irgendwo in Berlin“ (1946, Regie Gerhard Lamprecht) und handelte von Kindern in der Berliner Trümmerlandschaft.

Literaturverfilmungen

Wolfgang Staudte (1906–84) drehte 1951 nach dem Roman von Heinrich Mann den Film „Der Untertan“, in dem er die Mentalität des autoritätshörigen Deutschen im Kaiserreich bloßstellte. 1964 verfilmte Konrad Wolf (1925–82) den Roman „Der geteilte Himmel“ von Christa Wolf. Die international erfolgreichste DEFA-Produktion war „Jakob der Lügner“ nach dem Roman von Jurek Becker. Der Film, der 1974 unter der Regie von Frank Beyer (1932 bis 2006) entstand, wurde als einzige DDR-Produktion in der Kategorie „Bester ausländischer Film“ für den Oscar nominiert.

→ **Dokumentarfilm** Ein Film, der unter Verwendung dokumentarischer Filmaufnahmen versucht, Ereignisse und Verhältnisse den Tatsachen entsprechend zu schildern

Zensur und Verbote

Filme, die nicht mit der Linie der Partei übereinstimmten, wurden von den staatlichen Kontrollstellen der DDR entweder entsprechend zensiert oder verboten. Deshalb dauerte es bis 1990, bis der 1966 gedrehte Spielfilm „Spur der Steine“ (Regie Frank Beyer, in der Hauptrolle Manfred Krug als systemkritischer Bauarbeiter) in die deutschen Kinos kam. Nach einer kurzen, beim Publikum sehr erfolgreichen Laufzeit wurde „Spur der Steine“ wegen „antisozialistischer Tendenzen“ aus den Kinoprogrammen entfernt.

Deutsch-deutsche Karrieren

Viele Schauspieler, die ihre Karriere in der DDR begannen, siedelten später in die Bundesrepublik über, wo sie ihre künstlerische Laufbahn fortsetzten:

- Angelica Domröse (*1941)

- Winfried Glatzeder (*1946)
- Eva-Maria Hagen (* 1934)
- Manfred Krug (* 1937)
- Armin Mueller-Stahl (*1930)
- Katharina Thalbach (*1954)

Kinder- und Jugendfilme

Nicht alle Filme der DEFA hatten politische oder gesellschaftliche Inhalte. Viel Energie wurde in die Produktion von Märchenfilmen investiert („Dornröschen“, „Der kleine Muck“, „Die goldene Gans“, „Das tapfere Schneiderlein“). Populär waren Indianerfilme, die teilweise als ostdeutsche Antwort auf die Karl-May-Filme in der Bundesrepublik entstanden („Die Söhne der großen Bärin“, „Spur des Falken“, „Tecumseh“).

Dokumentarfilme

Einen festen Platz im Programm der DEFA hatten Dokumentarfilme. In der Regel nicht länger als 30 Minuten, dienten sie dazu, das Leben in der DDR zu glorifizieren und die Verhältnisse im Westen zu dämonisieren. In den 1970erund 1980er-Jahren gingen die Autoren (Jürgen Böttcher, Volker Koepp) auch mit dem DDR-Alltag kritischer um.

TV in Ost und West

Erste Fernsehsendungen konnten in Deutschland bereits ab 1935 empfangen werden. Als Massenmedium etablierte sich das TV erst in den 1960er- und 1970er-Jahren.



Die Unterhaltungsshow **„Ein Kessel Buntes“** war ein Aushängeschild des DDR-Fernsehens. Nach der Wiedervereinigung wurde sie bald eingestellt. Im Bild eine Szene mit dem MDR-Fernsehballett aus einer der letzten Shows am 10.10.1992

Struktur des DDR-Fernsehens

In der DDR begann die Sendetätigkeit des Deutschen Fernsehfunks (DFF) am 21.12.1952. Von diesem Zeitpunkt an gab es aus dem Fernsehzentrum in Berlin-Adlershof ein tägliches Programm. 1962 kam ein zweites Fernsehprogramm hinzu. Am 11.02.1972 wurde der DFF offiziell in „Fernsehen der DDR“ umbenannt. Unterstellt war das DDR-Fernsehen dem Staatlichen Komitee für Fernsehen beim Ministerrat der DDR.

Sendungen des DDR-Fernsehens

Zum Programm des DDR-Fernsehens gehörten Spielfilme, Serien, Magazine und Unterhaltungssendungen. Wichtigste politische Sendung war der von Karl-Eduard von Schnitzler (1918–2001) wöchentlich moderierte „Schwarze Kanal“. Ab 1953 lief als erste Show „Da lacht der Bär“ über die Bildschirme. Sie wurde 1972 durch die Show „Ein Kessel Buntes“ abgelöst, die bis 1991 fester Bestandteil des Programms blieb. Mit großem Erfolg lief ab Januar 1979 die Kultserie „Spuk unterm Riesenrad“. Nach der Wiedervereinigung wurde der Sendebetrieb Ende 1991 eingestellt.

Gründung des Fernsehens in Westdeutschland

Im Juni 1950 schlossen sich die Landesrundfunkgesellschaften zur „Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland“ (ARD) zusammen. Der regelmäßige Sendebetrieb begann im Herbst 1951. Erste Großereignisse der deutschen Fernsehgeschichte waren 1953 die Übertragung der Krönung Königin Elizabeths II. und der Fußballweltmeisterschaft 1954 in der Schweiz. Am 1.4.1963 nahm das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) seine Sendetätigkeit auf.

Straßenfeger

In den 1960er- und 1970er-Jahren erreichten Sendungen des öffentlichrechtlichen Fernsehens hinsichtlich der Zuschauerzahlen Rekordquoten. 1962 lockte der Sechsteiler „Das Halstuch“ (Drehbuch: Francis Durbridge) viele Millionen Menschen vor die Bildschirme. Die Einschaltquote lag bei 90 %. Im Jahr darauf erreichte der Durbridge-Mehrteiler „Tim Frazer“ bei einer Folge eine Sehbeteiligung von 93 %. Die fiktive Fernsehshow „Das Millionenspiel“ von Autor Wolfgang Menge (1924–2013; 1970) war eine zynische Antwort auf die zunehmende Jagd nach hohen Quoten.

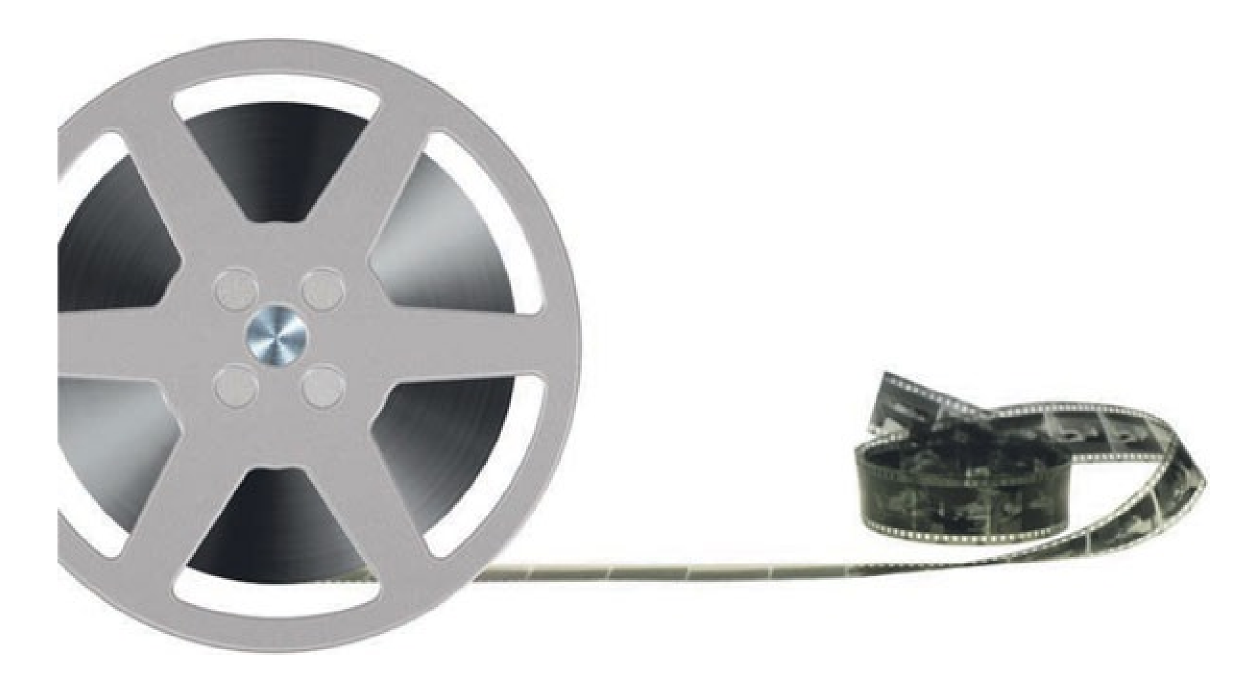
→ **Einschaltquote** Zahl der Empfangsgeräte (Radio oder Fernsehen), die während einer bestimmten Sendung eingeschaltet sind, im Verhältnis zur Gesamtzahl der entsprechenden Geräte

Fernsehspiele

ARD und ZDF produzierten eine Reihe von anspruchs- und qualitätsvollen Fernsehspielen. Zu diesen eigens für das Fernsehen hergestellten Spielfilmen, die große Publikumserfolge wurden, gehörte etwa „Flug in Gefahr“ nach dem Roman von Arthur Hailey (1964, SDR Stuttgart). Das ZDF startete im April 1963 mit dem Stück „Die Unzufriedenen“ die Reihe „Das kleine Fernsehspiel“, das seitdem vor allem Nachwuchsregisseuren die Gelegenheit bot, Filme hoher Qualität zu produzieren.

Serien

TV-Serien waren und sind ein Garant für einen großen Publikumszuspruch. Von Anfang an sendeten ARD und ZDF Serien deutscher oder mehr noch ausländischer Herkunft. Besonders US-amerikanische Serien wie „Bonanza", „Dallas", „Denver" oder „Magnum" gewannen viele Anhänger. Unter den einheimischen Produktionen ragten „Die Unverbesserlichen" hervor, die zwischen 1965 und 1971 im Deutschen Fernsehen zu sehen waren. „Der Kommissar" mit Erik Ode (1910-83) in d er Hauptrolle ermittelte im ZDF von 1968 bis 1975.



Sport

Einen zunehmend breiten Raum widmeten die Sender seit den 1970er-Jahren sportlichen Großereignissen wie den Olympischen Spielen und den Fußball-Weltmeisterschaften. Seit den 1990er-Jahren spielten auch die europäischen Fußballwettbewerbe im TV-Programm eine immer wichtigere Rolle.

Privatsender

Mehr Filme, mehr Serien und mehr Shows brachte dem Publikum die Einführung des Privatfernsehens. Es begann 1985 mit Sat 1, ein Jahr

später folgte RTL. Populär wurden in der frühen Phase Gameshows wie „Glücksrad“ und „Der Preis ist heiß“.

Neuer deutscher Film

Namhafte Regisseure verhalfen dem deutschen Film in den 1960er- und 1970er-Jahren zu internationalem Ruhm.

Krise und Wende

Ende der 1960er-/Anfang der 1970er-Jahre geriet das Kino in eine kommerzielle und inhaltliche Krise. Die Konkurrenz des Fernsehens führte zu einem Kinosterben. Junge Regisseure suchten nach Auswegen aus den konventionellen Bahnen, in denen sich die deutsche Filmszene zu dieser Zeit bewegte. Wichtig für die Wende waren die politischen und kulturellen Impulse, die von der 68er-Bewegung ausgingen. Mit neuer Kreativität und Ästhetik feierte der deutsche Film internationale Erfolge.

Volker Schlöndorff

Volker Schlöndorff (*1939) sorgte 1975 mit dem Film „Die verlorene Ehre der Katharina Blum”, nach dem gleichnamigen Roman von Heinrich Böll, erstmals für Aufmerksamkeit. Hintergrund des Films waren die damals in der Bundesrepublik aktuelle Furcht vor dem RAF-Terrorismus und die diese schürende Medienhysterie. Auch Schlöndorffs zweiter großer Erfolg „Die Blechtrommel“ (1979) war die Adaption einer Romanvorlage (Günter Grass). Schlöndorff wurde für dieses Werk, das die Bloßstellung des Nationalsozialismus mit moderner Gesellschaftskritik verband, mit dem Oscar in der Kategorie „Bester ausländischer Film“ ausgezeichnet.



Der Schweizer Schauspieler David Bennent als Oskar Matzerath in dem von **Volker Schlöndorff** inszenierten deutschen Spielfilm **„Die Blechtrommel“** nach dem Roman von Günter Grass (1979)

Wim Wenders

Wim Wenders (* 1945) gelang der internationale Durchbruch mit dem Film „Paris, Texas“ (1984), der in Cannes mit der Goldenen Palme prämiert wurde und der das Publikum nicht nur durch die ungewöhnliche Handlung, sondern auch durch großartige Bilder und die eindringliche Musik von Ry Cooder begeisterte. 1987 folgte „Der Himmel über Berlin“. Zwei Engel wachen darin über das Leben in der geteilten Stadt, bis der eine von beiden (gespielt von Bruno Ganz) den Entschluss fasst, von der Seite der Unsterblichen auf die Seite der Sterblichen zu wechseln. 2011 brachte Wenders mit dem Tanzfilm „Pina“ seinen ersten 3D-Film heraus, der für den Oscar nominiert wurde.

Werner Herzog

Werner Herzog (*1942) leistete mit zwei Werken wichtige Beiträge zum Neuen Deutschen Film, in denen er mit Klaus Kinski (1926–91) als Hauptdarsteller zusammenarbeitete. „Aquirre, der Zorn des Gottes“

(1972) spielt im 16. Jh. in der Zeit der spanischen Conquistadoren. Eine Gruppe Abenteurer, angeführt von Klaus Kinski, macht sich auf die Suche nach dem sagenhaften Eldorado. Auch der zweite Film, mit dem Herzog Maßstäbe setzte, spielt in einem exotischen Ambiente. „Fitzcarraldo" (1982) handelt von einem irischen Exzentriker, der im peruanischen Urwald ein Opernhaus bauen will. Ein letztes Mal arbeitete Herzog 1987 mit Klaus Kinski in dem Abenteuerfilm „Cobra Verde" zusammen.

Rainer Werner Fassbinder

Den größten Einfluss auf die Entwicklung des Neuen Deutschen Films hatte der Regisseur Rainer Werner Fassbinder (1945–82). In relativ kurzer Zeit produzierte Fassbinder über 40 Filme, meist Kinoaber auch Fernsehfilme wie den 15 Stunden langen TV-Mehrteiler „Berlin Alexanderplatz". Daneben war er selbst wiederholt als Schauspieler aktiv. Fassbinder zeichnete sich bei seinen Arbeiten durch einen unverwechselbaren Stil und eine eigene Ästhetik aus. Häufig arbeitete er mit der Schauspielerin Hanna Schygulla (*1943) zusammen. Sie verkörperte gleich in Fassbenders erstem abendfüllendem Spielfilm („Liebe ist kälter als der Tod", 1969) d ie Hauptrolle. Es folgten als Fontane-Literaturverfilmung „Effi Briest" (1974), sodann „Die Ehe der Maria Braun" (1979) und, als beim Publikum erfolgreichster Film, „Lili Marleen" (1981).

SCHLAGZEILE

1968 bringt zwei Kultfilme

Zwei 1968 gedrehte Filme erreichten aus unterschiedlichen Gründen Kultstatus. Uschi Glas (*1944) und Werner Enke (*1941) waren die Hauptdarsteller in May Spills Komödie „Zur Sache, Schätzchen". Die lockeren Sprüche des Films fanden vor allem bei den Jugendlichen Eingang in die Alltagssprache. Die Jagdszenen aus Niederbayern" (Regie Peter Fleischmann) erregten Aufsehen, weil sie das in den 1950er-Jahren gepflegte Klischee des deutschen Heimatfilms auf den Kopf

stellen. Es wirkten zahlreiche Laiendarsteller mit, die dem Film große Authentizität verliehen.

Zu den mutigsten Werken Fassbinders zählt „Angst essen Seele auf“ (1973) mit Brigitte Mira (1910–2005) in der Hauptrolle. Hier griff er das gesellschaftliche Tabuthema der Beziehung zwischen einer älteren deutschen Frau (Brigitte Mira) und einem 20 Jahre jüngeren Marokkaner (El Hedi ben Salem) auf. Die letzten beiden Filme Fassbinders entstanden 1982 („Die Sehnsucht der Veronika Voss“, „Querelle“).

→ **Roadmovie** Spielfilm, dessen Handlung sich unterwegs, also beispielsweise auf einer Fahrt mit dem Auto oder Lkw, abspielt

Aktuelle Tendenzen

Überwiegend heiter und mit technologischen Neuerungen startete der deutsche Film ins 21. Jh.

1980er- und 1990er-Jahre

Nach dem Neuen Deutschen Film entdeckte der deutsche Film wieder seine heitere Seite. Originelle Beziehungskomödien wie „Männer“ (1986, Regie Doris Dörrie) und „Der bewegte Mann“ (1994, Regie Sönke Wortmann) fanden begeisterte Resonanz. 1998 beeindruckte „Lola rennt“ (Regie Tom Tykwer, mit Franka Potente in der Hauptrolle) mit einer Zeitschleife der besonderen Art. Die Folgen der Wiedervereinigung behandelte 1993 in satirischer Weise das Roadmovie „Wir können auch anders“ (Detlev Buck).

Nach der Jahrtausendwende

International konnte der deutsche Film auch nach 2000 einige Erfolge verbuchen. 2001 beeindruckte Oliver HirschbiegeL (*1957) mit dem Psychothriller „Das Experiment“, 2005 in „Der Untergang“ mit den letzten Tagen Hitlers im Bunker der Reichskanzlei. Caroline Links (*1964) „Nirgendwo in Afrika“ (2001) erhielt den Oscar für den besten

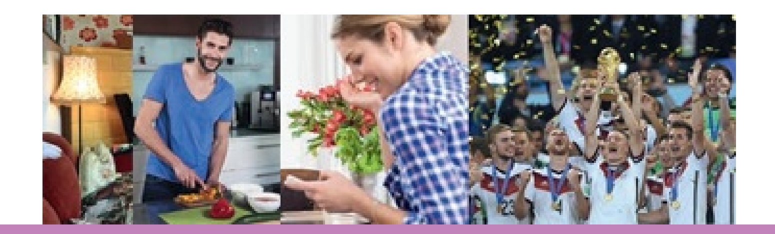
fremdsprachigen Film. Die Besucherzahlen in den deutschen Kinos stagnierten oder waren rückläufig. Dennoch gab es immer wieder Magneten wie zuletzt 2013 „Fack ju Göhte“ von Bora Dagtekin (*1978), den über 7 Mio. Menschen sehen wollten.

Neue Technologien

Immer stärker hält moderne Technik Einzug ins Filmgeschäft, sowohl bei der Herstellung der Filme wie auch bei deren Präsentation im Kino. Computeranimation und digitale Verfahrensweisen eröffnen ebenso neue Möglichkeiten wie die Rezeption im 3D-Verfahren. Film und Fernsehen werden zudem durch die schier unbegrenzten Möglichkeiten des Internets beeinflusst.

Alltag

Die fortschreitende Industrialisierung, deren Tempo sich nach dem Zweiten Weltkrieg dramatisch erhöhte, brachte eine Reihe struktureller Entwicklungen mit sich – etwa in den Bereichen Wohnen, Mobilität, Ernährung, Mode und Freizeit – und sorgte für erhebliche Veränderungen der alltäglichen Lebenswirklichkeit der Deutschen.



Leben in Deutschland

Die Entwicklung der Alltagsrealität in Deutschland nach 1945 ist gekennzeichnet vom Wandel von einer normorientierten Wertegemeinschaft zu einer Gesellschaft von genuss- und erlebnisorientierten Individualisten.

Alltag im Wandel

Industrialisierung, Technisierung und Urbanisierung revolutionierten das deutsche Alltagsleben am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jh. – von den ersten großstädtischen Siedlungsbauten über die Elektrifizierung der Haushalte bis zur individuellen Mobilisierung durch Fahrrad und Automobil. Diese Entwicklung wurde durch die Katastrophe zweier Weltkriege jäh unterbrochen. Nach 1945 bestimmten wachsende Prosperität und steigender Konsum, aber auch neue soziale (Familien-) Strukturen und sich wandelnde Freizeitbedürfnisse den Alltag der Menschen in West- und mit Abstrichen auch in Ostdeutschland. Denn in der DDR hatten die Bürger infolge des engmaschigen Kontrollsystems nur vergleichsweise geringe persönliche Entfaltungsspielräume.

Wohnen im 21. Jahrhundert

Mit der Pluralisierung der Lebensformen – von der klassischen Eltern-Kind-Familie zu einer Vielzahl individualisierter Lebensformen (Singlehaushalte, Alleinerziehende mit Kind, Mehrgenerationenfamilien) – veränderten sich auch die Wohnverhältnisse und -bedürfnisse. Nicht zuletzt stieg der Wohnflächenbedarf, der im Jahr 2013 einen neuen Höchststand erreichte.

Für die Entwicklung der Wohnkultur am Ende des 20. und zu Beginn des 21. Jh. wurde der Begriff „cocooning" geprägt: Das private Wohnumfeld erlebte eine qualitative wie quantitative Aufwertung, wurde zum Rückzugsort ins Private und zum Gegenpol zu einer zunehmend anonymisiert, abstrakt und kalt erlebten Arbeitswelt und Öffentlichkeit.

Küche international und traditionell

Kulinarisch legten die Deutschen seit den 1950er-Jahren eine weite Reise zurück. Dabei ging die Abkehr von der traditionellen deutschen Küche mit der Hinwendung zu einer gehobenen internationalen Kochkultur einher. 1964 erschien die erste deutsche Ausgabe des Guide Michelin, der Restaurants in Deutschland anhand internationaler Maßstäbe einer kritischen Inspektion unterzog. Der in den 1990er-Jahren einsetzende Boom der Fernsehkochshows spiegelte die radikale Umwertung des Kochens – vom Alltagserfordernis zum kultigen Freizeitspaß, nicht zuletzt auch für Männer. An der Wende zum 21. Jh. setzte dann eine gewisse Rückbesinnung auf die traditionelle deutsche Küche ein – sowohl in der Gastronomie als auch in den privaten Küchen. Damit einher ging, nicht zuletzt im Umfeld der „Slow Food"-Bewegung, eine neue Wertschätzung für

regionale Produkte.

Globalisierung versus Regionalisierung

Zwei gegensätzliche Tendenzen dynamisierten im Abstand weniger Jahrzehnte das deutsche Alltagsleben: Seit den 1980er-Jahren richteten technische Innovationen und eine neue Welle politischer und ökonomischer Globalisierung den Fokus der Konsum-, Reise- und Kommunikationsgewohnheiten auf „grenzenlose" Weltläufigkeit. Im Gegenzug dazu setzte einige Jahrzehnte später – auch beeinflusst von einem wachsenden Umweltbewusstsein – eine Rückbesinnung ein: auf Deutschland als Reiseland und auf Wandern, Radfahren, Gärtnern als naturnahe Freizeitaktivitäten.

Bewegter Alltag

Für den Profisport begann nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs eine neue Ära: Die für das Fernsehen attraktiven Sportarten erfreuten sich wachsender Popularität und profitierten, auch materiell, von ihrer Medienpräsenz. Erfolgreiche Sportler avancierten zu Medienstars und wurden zu Nutznießern der allgemeinen Kommerzialisierung des Sports.

Im Breitensport wurde 1970 mit dem Beginn der „Trimm-dich"'-Aktion eine neue Ära eingeläutet. Die Bewegung zur Förderung der Gesundheit und zur Prävention von Krankheiten mobilisierte in der Folge Hunderttausende Deutsche, einen Teil ihrer Freizeit sportlichen Aktivitäten zu widmen, darunter auch „Neuerfindungen" wie Jogging, Aerobic, Nordic Walking etc.

Bauen und Wohnen

Wohnverhältnisse nach 1945

Am Ende des Zweiten Weltkriegs waren große Teile des Wohnungsbestands zerstört oder schwer beschädigt. Ausreichend neuen Wohnraum zu schaffen, war also im Westen wie im Osten eine vordringliche politische Herausforderung.

Wohnungspolitik in der DDR

Der Wohnungsbau in der DDR war Teil der staatlichen Planwirtschaft. Dem Neubau von großen Wohnkomplexen (Plattenbausiedlungen) am Stadtrand wurde dabei zunehmend der Vorzug gegenüber Instandhaltung und Sanierung von (innerstädtischem) Wohnbestand gegeben. Das führte in den 1970er- und 1980er-Jahren zu einem Verfall der Innenstädte. Die Zuweisung einer Wohnung erfolgte, sofern es sich nicht um privaten Wohnraum handelte, durch eine staatliche Kommission. 1990 befanden sich von den gut 7 Mio. ostdeutschen Wohnungen 41 % in privater Hand, 42 % waren volkseigen und weitere 17 % in genossenschaftlichem Besitz.

Die Datsche

Für viele DDR-Bürger stellte die Datsche, ein kleines Gartengelände mit zugehörigem Ferienhaus, einen Ausgleich dar zu den beengten Wohnverhältnissen in den Plattensiedlungen. Sie war das Refugium für

Freizeit, Wochenende, Ferien. Im Garten wurde Gemüse und Obst angebaut für den eigenen Bedarf, aber auch zum Verkauf an staatliche Annahmestellen. Die Gartenhäuschen wurden über die Jahre vielfach zu einer Art festem Zweitwohnsitz ausgebaut. Schätzungen zufolge gab es in der DDR 3,4 Mio. Datschen.

Wohnen in der BRD

1950 gab es für die 14,6 Mio. Haushalte in der Bundesrepublik nur knapp 11 Mio. Wohnungen. Durchschnittlich fünf Personen mussten sich eine Wohnung teilen; auf jeden Bewohner entfielen 15 m^2. 1960 lag die Zahl der verfügbaren Wohnungen bei 16,2 Mio., 1980 bei 25,4 Mio. Je Bewohner standen 1981 durchschnittlich 32 m^2 Wohnfläche zur Verfügung, 2004 waren es bereits rund 42 m^2. Dabei entfiel deutlich mehr als die Hälfte aller Bauaktivitäten auf private Bauherren.
Der Anteil des staatlichen Wohnungsbaus lag bei weniger als 5 %.

Den Traum, in den eigenen vier Wänden zu wohnen, hatten sich bis zum Jahr 2008 immerhin 43 % der Deutschen erfüllt. Im europäischen Vergleich bildete Deutschland damit – gemeinsam mit der Schweiz – aber nur das Schlusslicht. Denn innerhalb der EU verfügten zu diesem Zeitpunkt immerhin 65 % der Bürger über selbstgenutztes Wohneigentum.

Haushaltsgrößen

Die Auflösung traditioneller Familienstrukturen, rückläufige Kinderzahlen und die Zunahme allein lebender Menschen spiegeln sich in den Veränderungen der Haushaltsgrößen seit den 1950er-Jahren. Während die Zahl der privaten Haushalte mit fünf und mehr Personen von 16,1 % im Jahr 1950 auf 3,5 % in 2009 sank, stieg die Zahl der Einpersonenhaushalte im gleichen Zeitraum von 19,4 auf 39,8 %. Die durchschnittliche deutsche Haushaltsgröße lag 2012 bei 2,01 Mitgliedern. Besonders hoch ist die Zahl der kleinen Haushalte mit ein bis maximal zwei Personen in den Stadtstaaten: 2012 betrug ihr Anteil in Berlin 83 %,

in Bremen 82 % und in Hamburg 81 %.

Landleben – Stadtleben

In der zweiten Hälfte des 20. Jh. verzeichneten die Statistiken eine wachsende Zahl von Menschen, die sich in den „Speckgürteln" der großen Städte oder in ländlichen Regionen ansiedelten und zwischen Wohnort und Arbeitsplatz pendelten. Lag 1950 die Quote der Personen, die über die Gemeindegrenze hinweg zur Arbeit fuhren, noch bei 14,5 % aller Erwerbstätigen, stieg sie bis 1987 auf 36,8 % – bei gleichzeitigem Anstieg der zurückgelegten Entfernungen. Diese Entwicklung kehrte sich an der Schwelle zum 21. Jh. um: „Reurbanisierung" ist seitdem angesagt. Von diesem Trend profitieren insbesondere die sogenannten Metropolregionen – der Großraum Berlin, die Rheinschiene, die Großräume Hamburg und München, aber auch Städte wie Dresden, Leipzig und Stuttgart.

„Händelhaus"

Eine Alternative zum Eigenheim ist das Wohnungseigentum. Vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg wurde es als Möglichkeit propagiert, Privatpersonen finanziell an der Schaffung von Wohnraum zu beteiligen. 2013 besaßen knapp 14 % aller deutschen Haushalte eine Eigentumswohnung. Ein Vorläufer dieses Modells war schon vor 1900 das Stockwerkseigentum: Im Volksmund bürgerte sich dafür der Name „Händelhaus" ein, weil „Händel", also Streitigkeiten, unter den Eigentümern besonders häufig gewesen sein sollen.



In den eigenen vier Wänden – am liebsten im **Eigenheim** – zu wohnen, gilt in Deutschland als bürgerliches Ideal.

Wohnkultur

Die Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren durch eine kontinuierliche Verbesserung der Wohnqualität gekennzeichnet, allerdings mit einer deutlichen zeitlichen Verschiebung zwischen West- und Ostdeutschland.



Dieses Zimmer in einem Magdeburger Museum vermittelt das **Wohngefühl der späten 1950er- und 60er-Jahre.**

Wohnqualität

Die Zahl der Wohnräume pro Person stieg im Westen von nur 0,9 im Jahr 1950 auf 2,1 im Jahr 2012. In der DDR kamen noch 1986 auf eine Person durchschnittlich 1,6 Wohnräume.

Mit der Ausweitung der Wohnflächen und -räume ging eine differenziertere Nutzung einher: Über eine eigene Küche und ein Bad/WC

verfügten in Westdeutschland 1989 94 bzw. 87 % der Wohnungen. Zum gleichen Zeitpunkt besaß ein Viertel aller Wohnungen in der DDR noch kein Innen-WC. Immerhin 63 % der Wohnungen hatten 2011 Balkon, Terrasse oder Wintergarten.

Steckbrief

Richard Sapper

Zu den herausragenden Designern von Alltagsgegenständen der Gegenwart zählt der in München geborene Richard Sapper (*1932), der mit seinen Arbeiten „der Form einen Sinn geben" will. Mit dem Modell „Tizio" schuf er 1972 eine der erfolgreichsten Arbeitsplatzleuchten der Welt.

Nierentisch, Eiche rustikal oder Billy-Regal

In den Nachkriegsjahren bedeutete Wohnkultur wesentlich Bedarfssicherung. Mit der ersten Möbelmesse in Köln 1949 und dem 1951 in Darmstadt gegründeten „Rat für Formgebung" wurde ein langsamer Prozess der Ästhetisierung der Inneneinrichtung eingeleitet. Bei einer Allensbach-Umfrage aus dem Jahr 1954 präferierten allerdings noch 60 % der Befragten das „Stilmöbel"-Wohnzimmer der Vorkriegszeit mit wuchtigen Polstermöbeln, schwerem Buffet und großem Esstisch. Nur 7 % bevorzugten Nierentisch und Tütenlampen. Eine neue Möbelära läutete 1974 die Eröffnung des ersten schwedischen (IKEA-) Einrichtungshauses in München ein. Das Unternehmen verfügt inzwischen (2014) über 46 Einrichtungshäuser in Deutschland und gilt als Marktführer in der Branche.

Vom Funktionsraum zum Lebensmittelpunkt

Bis weit in die 1950er-Jahre bestand die typische Kücheneinrichtung aus einem Sammelsurium von Schränken, technischen Geräten und einem Spülbecken. In den meisten Mietwohnungen war der knapp bemessene Küchenraum auf reine Funktionalität ausgelegt – 4 m^2 waren gängig.

1956 wurde die „Arbeitsgemeinschaft moderne Küche" gegründet, an der mehr als 100 Küchen- und Gerätehersteller beteiligt waren – mit dem Ziel einer Harmonisierung des Küchenmobiliars. Der Werkstoff „Resopal", widerstandsfähig, hitzebeständig und pflegeleicht, wurde in den 1960er-Jahren zum Kennzeichen moderner (Einbau-)Küchen.

Die Grundlage für eine seit den 1980er-Jahren aufkommende neue Küchenkultur schuf der deutsche Designer Otl Aicher (1922–91): Er plädierte für eine Umwertung der Küche vom reinen Funktionsraum zum ästhetisch anspruchsvollen Zentrum häuslicher Wohn- und Lebenskultur.

Von der Nasszelle zur Wellnessoase

Vom samstäglichen Bad in der – häufig in der Küche aufgestellten – Zinkwanne bis zum abgeschlossenen Sanitärraum mit einer durchschnittlichen Größe von 7,8 m^2 (2012) war es ein weiter Weg. Einer der bedeutenden Wegbereiter war der Designer Luigi Colani, der Mitte der 1970er-Jahre erstmals die Bestandteile eines Bades, Fliesen, Waschbecken, Armaturen usw., miteinander harmonisierte. Der Franzose Philippe Starck schuf in den 1990er-Jahren für ein deutsches Sanitärunternehmen eine Kollektion, die das kühle Fliesenbad zu einem wohnlichen „Wasserzimmer" weiterentwickelte.

Der „rote Punkt"

Formschöne Industrieprodukte einer breiten Öffentlichkeit nahezubringen war die Idee von Carl Hundhausen (1893–1977), der 1954 die Gründung des Vereins „Industrieform e.V." initiierte. Bereits ein Jahr später fand eine erste Produktausstellung statt, bei der auch ausgezeichnete Konsumgüter für den Haushalt präsentiert wurden. Das war die Geburtsstunde eines Designwettbewerbs, der seit 1992 als „roter Punkt" und seit dem Jahr 2000 als „Red dot" alljährlich das herausragende Design von Industrieerzeugnissen auszeichnet. Der „Red dot"-Award ist heute ein weltweit anerkanntes Gütesiegel für ästhetische Qualität von Alltagsprodukten.

„Die Küche und das Kochen werden zu einem Zentralbereich der Lebenskultur … Wer gut essen will, muss Hand anlegen. Anders versinken wir in der langweiligen Schönheit der Massenproduktion und der Serienfertigung."

Otl Aicher, „Die Küche zum Kochen", München 1982, S. 37

Im Rahmen einer Studie der Gesellschaft für Konsumforschung bescheinigten 2012 80 % der Bundesbürger dem Bad einen besonders hohen Stellenwert als Wohlfühlraum innerhalb der Wohnung.

Koch- und Küchenkultur

Vom Mangel zum Überfluss

Nie mehr Hunger leiden: Nach den Entbehrungen der Nachkriegsjahre waren Koch- und Küchenkultur von dem Bedürfnis nach gutem und reichlichem Essen gekennzeichnet. Technische Fortschritte in der Küche beförderten den wachsenden Konsum von Nahrungs- und Genussmitteln.

Kochen in der DDR

Die Selbstversorgung aus dem eigenen Garten, Produkte der HO-Warenhäuser und Nahrungsmittel aus Importen in den „Delikatläden" bestimmten, was in der DDR-Küche zubereitet wurde. Devisenknappheit führte seit den 1970er-Jahren zu einem Mangel an Produkten wie Kaffee, Nüssen und Gewürzen, der der Person am Herd große Improvisationskünste abverlangte.



In den 1950er-Jahren wurde der **Kühlschrank** zum Standard, für die Versorgung der Küche mit warmem Wasser war wie hier (um 1958) oft der **Boiler** zuständig.

Kühlschrank & Co.

Bis zum Zweiten Weltkrieg beherrschten traditionelle Konservierungsmethoden wie das Einwecken die private Vorrats haltung. Der Kühlschrank blieb bis in die 1950er-Jahre ein Luxusartikel. Erst dann wandelte er sich zum alltäglichen Haushaltsgegenstand. Verfügten 1955 gerade 10 % der westdeutschen Haushalte über einen Kühlschrank, waren es Mitte der 1960er-Jahre bereits 50 % und Mitte der 1970er-Jahre mehr als 90 %. Gefrierschränke und -truhen für die langfristige Vorratshaltung kamen 1956 auf den Markt. 1970 besaßen 21 % der Haushalte, 1981 50 % ein entsprechendes Gerät.

Die „Fresswelle“ in Zahlen

Grundnahrungsmittel	Jahr	Pro-Kopf-Verbrauch (im Jahr)
Kartoffeln	1950	174 kg
	1970	110 kg
	2004	67 kg
Fleisch	1950	37 kg
	1964	66 kg
Obst und Südfrüchte	1950	50,5 kg
	1964	92,9 kg
Eier	1954	7,5 kg

	1964	13,4 kg

Parallel zu dieser verbesserten Vorratshaltung entwickelte sich der Markt für vorgefertigte Convenience-Produkte, die den Aufwand für die Zubereitung von Mahlzeiten drastisch minimierten.

Diät- und Bioprodukte

Zwei Trends beherrschten die Entwicklung der Kochkultur seit den 1970er- Jahren. Als Folge des rapide steigenden Durchschnittsgewichts der Deutschen entwickelte sich ein wachsender Markt für Diät- und Lightprodukte. Die Erfolge der Ökobewegung schlugen in Form eines wachsenden Angebots von Bioprodukten auch auf die Ernährung durch. In den 1990er-Jahren etablierte sich dann „Functional Food" als Antwort auf das gewachsene Gesundheitsbewusstsein vieler Konsumenten. Lebensmittel, die durch Zusatz bestimmter Inhaltsstoffe gesundheitlichen Nutzen versprechen, etablierten sich in Deutschland besonders erfolgreich: Laut einer Studie lagen hier 1998 37 % des europäischen Gesamtumsatzes.

Männer an Herd und Grill

2010 kam die Zeitschrift „Beef" auf den Markt - ein Magazin „für Männer mit Geschmack" mit einer verkauften Auflage von 60 000 Exemplaren: Die Entdeckung des Kochens als männlicher Freizeitspaß bahnte sich Ende des 20. Jh. an und erfuhr seitdem eine kontinuierliche Aufwertung, nicht zuletzt durch eine Vielzahl von Kochshows im deutschen Fernsehen, in denen Männer eine überdurchschnittliche Präsenz zeigten. 2008 gaben 15,4 % aller Männer zwischen 20 und 39 Jahren Kochen als regelmäßige Freizeitaktivität an. Besser in die überkommenen Rollenklischees passte ein weiterer Freizeittrend für Männer: das Grillen. 1996 wurde die German Barbecue Association gegründet, die seitdem jährlich bundesweite Grillmeisterschaften austrägt, 2011 z. B. mit nicht weniger

als 80 000 Besuchern.

Die Entwicklung des Convenience-Marktes

1958: Maggi erfindet die Eierravioli aus der Dose. Sie sind bis heute das meistverkaufte Fertiggericht.
1961: Der Tiefkühlspinat kommt in den Handel.
1963: Die ersten Fischstäbchen werden verkauft.
1968: Die Tiefkühlpizza beginnt ihren Siegeszug.
2009: Im Bereich der Convenience-Produkte hat Tiefkühlkost den höchsten Anteil: 39,3 kg Tiefkühlkost (ohne Speiseeis) wurden im Jahr 2009 insgesamt pro Person verbraucht.



Schon aufgrund der veränderten Lebensmodelle und Wohnverhältnisse ist der Mann am Herd heute keine Seltenheit mehr.

Von deftiger Kost zur Nouvelle Cuisine

Spitzen-Gastronomie konnte sich in Deutschland erst seit den 1970er-Jahren entwickeln, nachdem der große Nachkriegshunger gestillt war. Bis dahin sorgten allenfalls ausländische Restaurants für Farbe im Einerlei der deftigen Gaststättenkost.

→ **Nouvelle Cuisine** Eine in Frankreich entwickelte Kochkunst, die bei kurzer Garzeit den Eigengeschmack frischer Nahrungsmittel möglichst intensiv erhalten möchte

Ausländische Gastronomie

In Großstädten wie Berlin oder Hamburg hatte es schon vor dem Zweiten Weltkrieg vereinzelt ausländische Gastronomiebetriebe gegeben. Im großen Stil erfolgte deren Etablierung in Deutschland aber erst seit den 1960er-Jahren. Im Wesentlichen handelte es sich dabei um italienische, jugoslawische, griechische und türkische Gaststätten oder Imbissbuden. Außereuropäische Gastronomie repräsentierten lange Zeit allein die chinesischen Restaurants. Mit den neuen Konsumorten veränderten sich die Essgewohnheiten der Deutschen - Pizza und Pasta, Gyros, Djuvec, Döner und Nasi Goreng sorgten für eine neue Vielfalt auf den deutschen Speiseplänen.

SCHLAGZEILE

Frauenmangel unter Spitzenköchen

Die deutsche Spitzengastronomie ist fest in männlicher Hand. Von den 274 Sterne-Restaurants in der „Guide Michelin“-Ausgabe 2014 (elf Restaurants mit drei Sternen, 37 mit zwei Sternen und 226 mit einem Stern), wurden lediglich acht Küchen von einer Frau geführt. Erstmals überhaupt wurde dabei eine Frau (Douce Steiner, Sulzburg) mit zwei Sternen ausgezeichnet. Keine einzige Frau erhielt bislang (Stand 2014) die Auszeichnung „Koch des Jahres“, die von dem Gastronomieführer „Gault Millau“ 1988 in Deutschland eingeführt wurde.

Fast Food

Im Dezember 1971 wurde in München das erste deutsche McDonald's-Restaurant eröffnet. In der Folge breiteten sich (vor allem amerikanische) Fast-Food-Ketten auch in Deutschland immer weiter aus. 2014 verfügte McDonald's in Deutschland über mehr als 1400 Filialen und bildete damit weltweit den viertgrößten Markt. 2011 befanden sich unter den 100 größten deutschen Gastronomieanbietern allein 32 Schnellrestaurantketten. Ihr Umsatz belief sich auf rund 7 Mrd. €.

DDR-Gastronomie

Die Gastronomie in der DDR war überwiegend staatlicher Kontrolle unterstellt. Die Zahl der Speisegaststätten lag in den frühen 1980er-Jahren bei knapp 26 000, von denen weniger als ein Fünftel privat geführt wurde. Für das Speiseangebot gab es klar definierte Preisstufen: Gehobenere Lokalitäten konnten Mahlzeiten der Kategorie 4 oder 5 anbieten. Vorgaben regelten ebenfalls, was verzehrt wurde: Kein Menü durfte mehr als 150 g Fleisch enthalten. In den 1960er-Jahren begann der Siegeszug des Broilers (Brathähnchen) – in jeder größeren Stadt der DDR gab es eine „Broiler-Bar“.

Spitzengastronomie in Deutschland

Die Nouvelle Cuisine, die seit den 1970er-Jahren von Frankreich aus die gehobene fortschrittliche Gastronomie eroberte, verdanken die Deutschen einem Österreicher: Eckart Witzigmann, ein Schüler von Paul Bocuse, eröffnete 1978 in München sein erstes eigenes Restaurant, das

„Aubergine", und wurde zum Vorreiter einer neuen Genusskultur. Ein Jahr später erhielt das „Aubergine" als erstes deutsches Restaurant drei Sterne im „Guide Michelin". Die Zahl der Spitzenrestaurants und -köche, die in einschlägigen Gourmetführern mit Sternen, Punkten oder Hauben ausgezeichnet wurden, stieg seitdem kontinuierlich und erreichte 2005 eine Zahl von knapp 3700 Restaurants.

In der Blütezeit der Nouvelle Cuisine waren die Speisekarten von Nord bis Süd nahezu austauschbar. Deutsche Köche orientierten sich an Frankreich und bezogen überwiegend von dort die benötigten Produkte. Ab der Jahrtausendwende setzte ein Wandel ein: Auch Spitzenköche entdeckten frische regionale Produkte, begannen mit Landwirten, Gärtnern, Erzeugern aus ihrer Region zu kooperieren, experimentierten mit fast vergessenen Gemüsen und (Wild-)Kräutern und sorgten so für eine regionale Differenzierung und Individualisierung ihrer Angebote.



Starköche sind heute als Attraktionen bei unterschiedlichsten Anlässen gefragt. Hier kocht Alfons Schuhbeck im Jahr 2014 auf der Elektronikmesse IFA in Berlin.

Kochen vor laufender Kamera

Alfred Biolek (*1934) machte ab 1994 mit seiner Kochsendung „alfredissimo!" das Kochen vor laufender Kamera salonfähig. Seitdem ist die Zahl der Kochshows und -wettbewerbe im Fernsehen rasant angestiegen. Neben zahllosen Hobbyköchen nutzten dabei auch

prominente (Sterne-)Köche wie Johann Lafer (*1957), Alfons Schuhbeck (*1949) oder Tim Mälzer (*1971) die Chance, in eigener Sache und für ihren Berufsstand zu werben.

Steckbrief

Clemens Wilmenrod

Der Urvater aller Fernsehköche war Hobbykoch: Clemens Wilmenrod (1906–67) war von Haus aus Schauspieler. Von 1953 bis 1964 produzierte er für den NWDR 185 Kochsendungen („Bitte, in zehn Minuten zu Tisch"), in denen ihm seine Frau assistierte und die zur besten Sendezeit ausgestrahlt wurden. Wilmenrod gilt auch als Erfinder des „Toast Hawaii".

Trinkkultur

Vom Bier zu Wein und Kaffee

Lange Zeit galt Deutschland als weltweit führende Biernation. Aber die Trinkgewohnheiten der Deutschen ändern sich, der Bierkonsum ist rückläufig. Dafür steigt das Image deutscher Weine. Mehr als Bier, Wein oder Mineralwasser wird in Deutschland allerdings Kaffee getrunken.

→ **Reinheitsgebot** 1516 erließ der Bayerische Landständetag die Vorschrift, dass zur Herstellung von Bier nur Gerste, Hopfen und Wasser verwendet werden dürfen. Diese Vorschrift gilt bis heute, sodass das Reinheitsgebot die älteste noch heute gültige Lebensmittelgesetzgebung der Welt ist.

Bierkonsum

Die deutsche Bierkultur ist stark vom seit 1516 bestehenden Reinheitsgebot geprägt. Seit den 1950er-Jahren stieg die durchschnittliche konsumierte Menge Bier pro Kopf und Jahr sukzessive an - von 35,6 l 1950 auf 94,7 l 1960, 141,1 l 1970 und 145,9 l 1980. Seit Mitte der 1980er-Jahre ist der Bierkonsum rückläufig, lag 2013 bei gerade noch 106,6 l.

Die Konkurrenz von ausländischen Billigbieren, steigende Personalkosten und rückläufige Verbrauchszahlen führten in den 1970er- und 1980er-Jahren zu einem Schrumpfungs- und Konzentrationsprozess in der Brauereienlandschaft. Dieser konnte in den 1990er-Jahren

gestoppt werden. 2010 lag die Zahl der deutschen Braustätten bei 1349. Produziert wurden 5000 verschiedene Biersorten, von denen viele, in kleinen Privatbrauereien hergestellt, allerdings lediglich regional verbreitet sind.

Top Ten deutscher Lieblingsbiere

Rang	Getränk	Prozent
1.	Pils	40,5
2.	Biermixgetränke	16,7
3.	Weizen/Weißbier	15,3
4.	alkoholfrei/-arm	13,4
5.	Export	3,9
6.	Altbier	3,6
7.	Helles Bier	2,5
8.	Stark-/Schwarzbier	2
9.	Bockbier	1,8
10.	Kölsch	0,2

Stand: 2012; Quelle: Statista

Weinanbau

Der Weinanbau hat in Deutschland eine Jahrtausende alte Tradition. Rund 140 verschiedene Rebsorten werden im Land angebaut, von denen der überwiegende Teil (etwa 100) der Weißweinproduktion dient. Die größte Bedeutung hat traditionell die Rieslingtraube. Seit den 1980er-Jahren hat der Anbau von Rotwein an Bedeutung gewonnen.

In den 1970er- und 1980er-Jahren hatten Weine aus Deutschland ein Imageproblem, standen im Ruf einer massenhaft produzierten Billigware für Supermärkte und Exportkunden. Dann erfolgte eine Neuorientierung, insbesondere durch eine junge Generation engagierter Winzerinnen und Winzer, die erfolgreich auf Qualität statt auf Quantität setzte. Davon

profitierte insbesondere der deutsche Riesling, der sich bei Weinkennern weltweit immer größerer Beliebtheit erfreut. 22 500 ha der insgesamt etwas mehr als 100 000 ha umfassenden deutschen Anbauflächen entfielen 2009 auf die Rieslingtraube, Tendenz steigend.

Der Weinkonsum in Deutschland lag seit der Jahrtausendwende relativ konstant bei 20 Mio. Hektolitern. Pro Kopf geben die Statistiken den Jahreskonsum im Schnitt mit 19–20 l an. 1963 lag er noch bei 12 l. 46 % der in Deutschland getrunkenen Weine stammten (2011) aus Deutschland. Verändert hat sich das Konsumverhalten hinsichtlich der Weinpräferenzen. 2011 bevorzugten 51 %o Rotund 39 %o Weißweine. 20 Jahre zuvor war das Verhältnis genau umgekehrt.

Alkohol in der DDR

Im weltweiten Vergleich belegte die DDR in Sachen Alkoholkonsum seit den 1980er-Jahren einen Spitzenplatz. Lag der Bierkonsum Mitte der 1950er-Jahre noch bei 68,5 l, steigerte er sich bis 1988 auf 143 l pro Kopf und Jahr. Hochprozentige Alkohole (Weinbrand, Klarer, Cognac etc.) bezifferte die Statistik für 1988 mit einem Pro-Kopf-Verbrauch von 16,1 l. Die Preise für Branntweine lagen zwischen 15 und 80 DDR-Mark pro Flasche. In den 1970er-Jahren gab es in der DDR rund 240 Bierbrauereien, von denen nur wenige (Radeberger, Köstritzer etc.) die Öffnung des Marktes nach der Wende erfolgreich überstanden. Wein stammte nur in geringen Mengen aus den eigenen Anbaugebieten an Saale und Unstrut, der überwiegende Teil war Importware.

Kaffeekonsum

73 Mrd. Tassen Kaffee haben die Deutschen 2012 getrunken, in jeder Sekunde waren das, laut „Kaffeereport 2013“, 2315 Tassen. Damit liegt der Kaffeekonsum deutlich vor dem Konsum von Alkohol und allen nichtalkoholischen Kaltgetränken. Die Beliebtheit des braunen Heißgetränks ist seit den 1950er-Jahren kontinuierlich gestiegen: Lag der Verbrauch 1950 noch bei 1,5 kg und 1970 bei 4,9 kg pro Kopf, belief sich

der Konsum 2012 auf 7,3 kg.



Oktoberfest

Es ist das größte Volksfest der Welt - und das größte Bierfest: Aus einem beschaulichen Pferderennen 1810 auf der Münchner Theresienwiese entwickelte sich im Lauf von zwei Jahrhunderten ein Spektakel, das inzwischen Millionen Besucher aus aller Welt anzieht. Der Bierkonsum lag 2013 bei 6,7, 2014 bei 6,5 Mio. l – bei 6,4 bzw. 6,3 (2014) Mio. Besuchern. Der Preis für eine Maß Bier lag 2014 bei 10 €.

Mode

Mode nach 1945

Petticoat und Perlonstrümpfe, Minirock und (Jeans-)Hosen, androgyner Unisex oder neue Weiblichkeit: Die Mode in Deutschland folgte seit den frühen 1960er-Jahren einer Vielzahl einander ablösender, meist internationaler Trends und Stile.

1950er-Jahre

Die idealtypische weibliche Silhouette der 1950er-Jahre war geprägt durch eng anliegende Oberteile, eine schmale Taille und wadenlange Röcke, die entweder bleistiftschmal oder – dank des trendigen Petticoats – üppig weit waren. Neue synthetische Stoffe ermöglichten die Produktion von preiswerteren und pflegeleichteren Textilien.



Sie im **superkurzen, hautengen Kleidchen**, er mit **Schlaghose** – so wie hier auf dem Kurfürstendamm in Westberlin präsentierte sich die Mode der 1970er-Jahre.

1960er-Jahre

Die gesellschaftlichen Entwicklungen veränderten Stellung und Rolle der Frau und die Bedeutung der Mode: Modische Trends wurden in den Jugendbewegungen und „auf der Straße“ kreiert, um dann von Modedesignern „geadelt“ zu werden. Der Minirock eroberte von England aus den Kontinent. Die Hose wurde auch für die Damen salonfähig. Die Nylonstrumpfhose löste die bis dahin üblichen Nylonstrümpfe mit Strumpfhalter ab.

1970er-Jahre

Frech, poppig, originell: Die Mode der 1970er-Jahre schuf Raum für modische Extreme: Superkurz oder superlang, hauteng oder schlabbernd, in jedem Fall farbenfroh und bunt gemixt musste sein, was die deutschen Konsumentinnen modisch bevorzugten. Riesige Kragen und breite Revers, üppige Manschetten, Schlaghosen, aber auch Batik-

und Patchworklooks sorgten für eine nie gekannte Farbigkeit.

1980er-Jahre

Aussehen wie die Trendsetterinnen amerikanischer Fernsehserien: Dieser Wunsch führte in der Mode der 1980er-Jahre zu gewagten Material- und Stilkombinationen, zu großen Schulterpolstern und Oversize-Trends, zu breiten Gürteln und Neon-Accessoires. Markenmode zu tragen galt als Ausdruck wachsenden Wohlstands. In der Freizeitmode wurden T-Shirts, Leggings, Stulpen und Stirnbänder populär.

Mode in der DDR

In der DDR konnte sich kein nennenswerter eigener Modestil entwickeln. Vorbild war immer die westliche Mode. Allerdings fehlte es häufig an entsprechend hochwertigen Stoffqualitäten.

Die Versuche der Textilindustrie, alternative preiswerte Textilgewebe zu entwickeln, waren nicht von Erfolg gekrönt. Das 1970 gegründete Produktions- und Handelsunternehmen „Exquisit“ mit streng kontingentierten Modellen und Stückzahlen bot nur den wohlhabenderen DDR-Bürgern modernere Kleidung und bessere Qualität.

Mode seit den 1990er-Jahren

Der Vormarsch internationaler Modeketten, weltweite Shopping-Möglichkeiten via Internet, aber auch eine gewisse Ermüdung hinsichtlich originärer neuer Trends führten seit den 1990er-Jahren zu einer wachsenden Diversifizierung und Individualisierung von Trends und Stilen. Die Übergänge zwischen Business- und Freizeitmode gestalteten sich fließender Retrotrends beschworen mit neuen Akzenten die Mode der 1960er- oder 1970er-Jahre. Deutsche Modeunternehmen setzten verstärkt auf „grüne Mode“, auf Naturfasern, nachhaltige Herstellungsverfahren und kontrollierte Arbeitsbedingungen in Herstellerländern.

Veränderung der durchschnittlichen Damenmaße zwischen 1994 und 2007:

Körperhöhe	plus 1,0 cm
Brustumfang	plus 2,3 cm
Taillenumfang	plus 4,1 cm
Hüftumfang	plus 1,8 cm

Blue Jeans

Die Hosen aus Blue Denim, im Westen auch „Texashosen", im Osten „Niethosen" genannt, entwickelten sich nach dem Krieg schnell zum Kultobjekt all derer, die modisch ihren Protest gegen Konventionen und Traditionen der Vorfahren artikulieren wollten. Zum modischen Trendartikel avancierten Jeans in den späten 1970er-Jahren – durch Aufnahme in die Designerkollektionen und Erweiterung des Programms um Jacken, Röcke und Kleider aus Denim. Nach einer Krise auf dem Jeansmarkt Ende der 1990er-Jahre erlebte die Jeans zu Beginn des 21. Jh. ein hochmodisches Comeback – auch im anspruchsvolleren Segment.

SCHLAGZEILE

SizeGERMANY: Deutsche werden größer!

Um Mode „von der Stange" kaufen zu können, bedarf es einheitlicher genormter Größen. Seit 1957 führt das Hohenstein Institute regelmäßig Reihenmessungen an Männern und Frauen durch, um durchschnittliche Körpermaße und Größenangaben zu überprüfen. Die jüngsten Erhebungen fanden 1994 und 2007 – unter dem Titel „SizeGERMANY" – statt und brachten den Nachweis, dass der deutsche Durchschnittsmann ebenso wie die Durchschnittsfrau größer und kräftiger werden.

Mode, Marken, Models

Deutsche Designer und ihre Kollektionen haben die Modetrends seit den 1980er-Jahren nachhaltig geprägt. Markenmode wurde zum Ausdruck von Wohlstand und Erfolg und unterstrich die fortschreitenden Individualisierungstendenzen.

Von Düsseldorf nach Berlin

1949 schlossen sich mehrere deutsche Modemacher zusammen und gründeten die IGEDO, die „Interessengemeinschaft Damenoberbekleidung". Ihre erste Modenschau fand im selben Jahr auf der Düsseldorfer Königsallee statt. Die parallel dazu organisierte Modefachmesse entwickelte sich in den folgenden Jahren zum weltweit größten Modemarkt. Von 1982 an wurde sie unter dem Namen „Collection Premiere Düsseldorf (CPD)" geführt. Seit den 1990er-Jahren avancierte Berlin zu einem Mekka junger Mode. 2007 fand die erste „Berlin Fashion Week" statt. Sie und die „Streetwear"-Messe „Bread & Butter" ließen Berlin in die Premiumliga der internationalen Modemetro polen aufsteigen. 2012 endete die Ära der CPDs in Düsseldorf. Die einst größte Modemesse der Welt wechselte nach Berlin.

Steckbrief

Veruschka

Sie war schon in den 1960er-Jahren eine Modeikone: Vera Anna Gottliebe Gräfin Lehndorff, (*1939), 1,83 m groß, hager, knochig und herb, machte unter dem Künstlernamen „Veruschka" Modelkarriere, wurde von der „Vogue" groß herausgebracht und war Muse u. a. von Dalf, Richard Avedon und Horst P. Horst. Sie galt als Inkarnation eines glamourösen, weltläufigen, hedonistischen Lebensstils und wirkte damit prägend

für die nachfolgenden Jahrzehnte.

Modedesign made in Germany

Seit den frühen 1980er-Jahren machten auch deutsche Modedesigner international von sich reden: Wolfgang Joop (*1944), der 1982 seine erste Damenund 1985 seine erste Herrenkollektion präsentierte; Jil Sander (*1943), die bereits 1968 ihr Hamburger Modeunternehmen gründete, aber erst nach 1989 den internationalen Durchbruch schaffte; nicht zuletzt Karl Lagerfeld (*1933), der dank seiner unverwechselbaren Kreationen, insbesondere für das Haus Chanel, als einer der renommiertesten und populärsten Modemacher der Welt gilt. Daneben und in der Folge gelang es auch anderen deutschen Modelabels, sich national und international zu etablieren (Escada, Hugo Boss, Strenesse etc.). Die Diversifizierung der Modeszene führte am Ende des 20. Jh. zu einer Vielzahl junger neuer Designunternehmen, von denen sich viele in Nischen mit Spezialangeboten einrichteten.

Deutsche Starmodels

Auf den Laufstegen der renommierten Modehäuser waren ab den 1980er-Jahren auch deutsche Topmodels gefragt: Als das Topmodel der 1980er- und 1990er-Jahre galt Claudia Schiffer (*1970). Nadja Auermann (*1971) erhielt wegen ihrer langen Beine einen Eintrag im Guinness-Buch der Rekorde. Heidi Klum (*1973) schaffte es, ihren Namen nicht nur in Deutschland, sondern auch in den USA als Marke zu etablieren. Von den Models des 21. Jh. gelang u. a. Julia Stegner (*1984), Toni Garrn (*1992), Carola Remer (*1991) und Anna Vanessa Hegelmaier (*1987) der Sprung in die internationale Szene. Mit Eva Padberg (*1980) eroberte 1995 das erste Model aus dem deutschen Osten das internationale Modeparkett.

Mode für den Mann

Auf den deutschen Laufstegen stand gehobene, innovative Männermode

immer im Schatten der Damenkollektionen. 1954 fand in Köln die erste Herrenmodewoche statt. 2002 wurde sie eingestellt. Wenig später wagte Berlin, 2006 dann Düsseldorf den Versuch einer internationalen Messe für Männermode. Für deutsche Designer wie Wolfgang Joop oder Jil Sander war Männermode meist nur ein zweites Standbein neben der Damenmode, modische Revolutionen blieben aus.

Krawatte und Krawattenmänner

Anfang der 1970er-Jahre kauften deutsche Männer noch 40 Mio.Schlipse. In den 1990er-Jahren reduzierten sich die Verkaufszahlen auf 20, weitere zehn Jahre später (2005) auf gerade noch 10 Mio. Exemplare. Zu Beginn des 21. Jh. gab es in Deutschland gerade noch zwei Manufakturen, in denen die Binder von Hand produziert wurden. Seit 1965 wird in Krefeld alljährlich der „Krawattenmann des Jahres“ ausgezeichnet. Zu den Preisträgern zählen u. a. Hans-Joachim Kuhlenkampff (1921–98), Willy Brandt (1913–92), Roy Black (1943–91), Günther Jauch (*1956) und Hape Kerkeling (*1964).



Models auf dem Laufsteg bei der **Mercedes-Benz Fashion Week** im Juli 2014 in Berlin

Arbeit und Freizeit

Für sich und die Gemeinschaft wirken

Die gesellschaftlichen Umbrüche haben vor der Arbeitswelt nicht Halt gemacht. Vor allem aufgrund von Arbeitszeitverkürzungen steht den Bürgern mehr Zeit für Freizeitaktivitäten zur Verfügung. Unter diesen haben ehrenamtliche Tätigkeiten ein ganz besonderes Gewicht.



Egal in welcher Branche – die Länge der **Arbeitszeit** ist geregelt.

Arbeitszeitregelungen

Bereits 1938 wurde in Deutschland eine bis heute gültige Arbeitszeitordnung festgeschrieben, die den Achtstundentag und eine maximale Arbeitszeit von 48 Stunden pro Woche definierte.

Im Westen blieb die Regelarbeitszeit bis Mitte der 1950er-Jahre knapp unterhalb dieser Vorgabe. Dann begann der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung und die Einführung der Fünftagewoche. Bis 1978 wurde für 92,6 %o der Arbeitnehmer die 40-Stunden-Woche realisiert. In verschiedenen Branchen wurden in der Folge weitere Verkürzungen, auf 38,5 oder 35 Stunden Wochenarbeitszeit vereinbart. Seit Mitte der 1990er-Jahre erfolgte verschiedentlich eine Rückkehr zur 40-Stunden-Woche Für die arbeitende Bevölkerung der DDR wurde im April 1950 die Wochenarbeitszeit auf 48 Stunden – je acht Stunden montags bis samstags – festgelegt. 1967 wurde die Fünftagewoche eingeführt. Die

wöchentliche Arbeitszeit wurde auf 433/4 Stunden reduziert.

Arbeit, Freizeit, Schlaf

Der Schlaf beansprucht mit 35 %o des Tages mit Abstand den größten Teil unserer Zeit. Nach einer Statistik des Bundesfamilienministeriums (2001/2002) über die Zeitverwendung von Personen ab zehn Jahren nimmt der Freizeitanteil mit 17 % den zweitgrößten Raum ein. Dann folgt ein nicht unerheblicher Anteil an „unbezahlter Arbeit“ mit 15 %o. Und erst an vierter Stelle stehen Erwerbstätigkeit bzw. Ausbildung mit 13 % Anteil.

Unentgeltliche Arbeit

Schätzungen zufolge werden in Deutschland jährlich 97 Mrd. Stunden unentgeltlicher Arbeit geleistet, vor allem Hausund Familienarbeit. Diese wiederum liegt traditionell überwiegend in weiblichen Händen. Laut Statistik (2014) verbringen deutsche Frauen täglich 163,9 Minuten mit Hausarbeiten, Männer 89,9.

Vereinswesen

Am Anfang stand das Allgemeine Preußische Landrecht, das den Bürgern 1794 erstmals Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit zugestand. Heute deckt das Vereinswesen alle Bereiche bürgerschaftlichen Engagements und aktiver Freizeitgestaltung ab. Mit 580 000 Vereinen wurde 2013 ein neuer Rekord erreicht: Immerhin hatte sich damit die Zahl der Vereine gegenüber den 1960er-Jahren um das Siebenfache erhöht. Die Zahl der Vereinsmitglieder lag 2013 bei 23 Mio.



Der gesellschaftliche **Wert des Ehrenamts** spiegelt sich auch in Aktionen wie dieser: Vor einem Spiel der Fußball-Bundesliga wird mit einem Banner allen ehrenamtlich Tätigen gedankt.

Die Vereine leben vom ehrenamtlichen Engagement. Die Verkürzung und Flexibilisierung von Arbeitszeiten in den Nachkriegsjahrzehnten war eine zentrale Voraussetzung dafür, dass ehrenamtliches Engagement einen immer wichtigeren und größeren Anteil am sozialen und gesellschaftlichen Leben bekam. Seit den 1990er-Jahren liegt der Anteil der Ehrenamtler relativ konstant bei 36 % der Bevölkerung.

Top Ten des ehrenamtlichen Engagements

Rang	Bereich	Prozent
1.	Sport/Bewegung	10,1
2.	Schule/Kindergarten	6,9
3.	Kirche/Religion	6,9
4.	Sozialer Bereich	5,2
5.	Kultur/Musik	5,2
6.	Geselligkeit/Freizeit	4,6
7.	Feuerwehr/Rettungs dienst	3,1

8.	Umwelt/Tierschutz	2,8
9.	Politik/Interessens vertretung	2,7
10.	Jugendarbeit/Bildung	2,6

Stand: 2004 Quelle: Freizeit-Survey 2009

Seit den 1970er-Jahren beobachteten Experten einen Strukturwandel des Ehrenamts. Aus den sozialen Bewegungen der 1960er-Jahre entstanden neue Formen bürgerschaftlichen Engagements, z. B. in Bürger- oder Umweltinitiativen. Demgegenüber verloren langfristig angelegte Ehrenämter im Umfeld etablierter Großorganisationen wie Parteien, Gewerkschaften und Kirchen an Attraktivität. Die neuen Formen des Engagements zeichnen sich dadurch aus, dass sie zeitlich befristet sind und den Beteiligten höhere Flexibilität, stärkere Eigenverantwortlichkeit und größere Gestaltungsspielräume einräumen.

→ Allgemeines Preußisches Landrecht Diese systematische Zusammenfassung des gesamten preußischen Rechts wurde unter Friedrich dem Großen und Friedrich Wilhelm II erstellt und 1794 erlassen.

Was tun in den Mußestunden?

Knapp vier Stunden Freizeit kann der deutsche Durchschnittsbürger täglich genießen. Die meiste Zeit davon verbringt er innerhalb der eigenen vier Wände – auch wenn die Freizeitindustrie in den letzten Jahrzehnten ein enormes Wachstum verzeichnen konnte.

Wachsende Bedeutung der Freizeit

Nach dem Zweiten Weltkrieg trat die Freizeitfrage angesichts der existenziellen Not vieler Menschen zunächst in den Hintergrund. Wirtschaftlicher Aufschwung, die Reduzierung der Zeiten für Erwerbsarbeit und die wachsende Verfügbarkeit von Konsumgütern wie Auto und Fernsehen verschoben dann seit den 1960er-Jahren den Stellenwert von Arbeit auf der einen und Freizeit auf der anderen Seite als lebens- und sinnstiftenden Alltagsbereichen. Der Begriff der Freizeitgesellschaft wurde geprägt. Erholung, im 21. Jh. gern auch als „wellness“ bezeichnet, steht bei der Definition von Freizeit im Vordergrund. Hatten in den 1980er- und 1990er-Jahren noch Gemeinschaftserlebnisse einen besonders hohen Stellenwert, kommt seit Anbruch des 21. Jh. verstärkt dem privaten, familiären Umfeld als Rückzugsbereich Bedeutung zu.

„Freizeitkapitäne befahren Binnen- und Küstengewässer, Freizeitgärtner züchten Blumen und Gemüse, Freizeitsportler sammeln Trimm-Punkte. Gemeinden bauen Freizeithäuser und Städte werben mit ihrem hohen

Freizeitwert. Die Wirtschaftswerbung preist die Vorzüge neuer Freizeitkleidung und die Urlaubsveranstalter bieten sensationelle Freizeiterlebnisse. (…) Freizeit scheint zum vordringlichen Problem für den Rest dieses Jahrhunderts geworden zu sein. Nicht Weltkrieg oder Umweltkatastrophen bedrohen offenbar die Menschheit, sondern Freizeit und Muße.“

Hans-Werner Prahl, Freizeitsoziologie, München 1977, S. 9

Heute hat der Bundesbürger laut einer Studie (Freizeit-Monitor, 2014) durchschnittlich 3 Std. 56 Min. täglich Freizeit. Je nach Lebensalter und Arbeitssituation reicht die Bandbreite von 5 Std. 10 Min. bei Ruheständlern bis zu 2 Std. 54 Min. bei Erwachsenen mit Familie.

Freizeit in der DDR

Individuelle Freizeit war in der DDR knapp bemessen, einerseits wegen der umfangreichen zu leistenden „gesellschaftlichen Arbeit“, andererseits wegen der zeitaufwendigen Organisation des Alltags. Die Angebote für die Gestaltung der Freizeit, von Bibliotheken über Theater, Kinos und Museen bis hin zu Sportvereinen oder Kleingartenanlagen wurden vom Staat gefördert und sollten der Bildung des „neuen sozialistischen Menschen“ dienen.

Freizeit zu Hause

Bei den zu Beginn des 21. Jh. bevorzugten Freizeitaktivitäten zeigt sich, was Soziologen mit dem Begriff „cocooning“ umschreiben: Freizeit findet zu einem hohen Prozentsatz in den eigenen vier Wänden, innerhalb der Familie, vor dem Fernseher oder dem Computer statt. Außer-Haus-Aktivitäten dagegen sind wesentlich den Wochenenden vorbehalten.



Das Mountainbiking wurde ab den 1980er-Jahren populär. Auch wenn sie jeder kennt, betreiben doch nur relativ wenige Deutsche solche **Trendsportarten.**

Spazieren gehen und wandern

Ob die „Runde um den Block“ oder der Wanderausflug am Wochenende: Die Mahnungen von Gesundheitsexperten hinsichtlich regelmäßiger Bewegung zeitigten Wirkung: 56 % der Deutschen (2011) gehen regelmäßig spazieren oder wandern. 2013 waren (Quelle: Statista) 17,9 Mio. Bürger mehrmals wöchentlich und 27,99 Mio. mehrmals monatlich in ihrer Freizeit zu Fuß unterwegs.

Garten

Spätestens seit dem Ende des 20. Jh. zeichnete sich im Freizeitverhalten der Deutschen eine wachsende Naturliebe und eine neue Begeisterung für Aktivitäten im Grünen ab. Davon profitierte insbesondere die Gartenkultur, vom kleinen Vorgarten über den üppigen begrünten Balkon bis zum Schrebergarten mit Obst- und Gemüseanbau. 2014 rangierten Aktivitäten im Garten mit 30,3 % an der Spitze aller Freizeitaktivitäten (Umfrage Statista) und schlugen damit sogar das Shoppen, das mit 26,9

% auf Platz 2 landete. An der wachsenden Nachfrage nach kleinen Nutzgärten und Gemüse aus eigenem (ökologischem) Anbau orientieren sich eine wachsende Zahl von Projekten - von sogenannten Mietgärten bis hin zu Solidarhöfen.

Kultur

Bei den außerhäuslichen Freizeitbeschäftigungen schneidet die Kultur besonders schlecht ab: Nach einer Umfrage 2014 (Freizeit-Monitor) waren es gerade mal 3 % der Deutschen, die einmal pro Monat ein Theater oder Museum besuchten. Bei einer Umfrage zur Häufigkeit der Wahrnehmung kultureller Angebote antworteten (2011) 52,74 % der Befragten mit „seltener“, 28,74 % mit „nie“.

Top Ten der regelmäßigen Freizeitbeschäftigungen

Rang	Freizeitbeschäftigung	Prozent
1.	Fernsehen	97
2.	Radio hören	90
3.	Telefonieren (von zu Hause)	87
4.	Zeitungen/Zeitschriften lesen	73
5.	Internet	71
6.	Gedanken nachgehen	71
7.	Telefonieren (von unterwegs)	70
8.	Zeit mit Partner verbringen	68
9.	Ausschlafen	65
10.	Über wichtige Dinge reden	63

Stand: 2014; Quelle: Freizeit-Monitor

Reisen

Fernweh als Massenphänomen

Mit wachsendem Wohlstand entdeckten die Deutschen ihre Reiselust. Seit den 1960er-Jahren entwickelte sich im Westen der Tourismusmarkt zu einem rasch aufblühenden Wirtschaftszweig, die Menschen im Osten waren auf Reiseziele im Inland und in sozialistischen Staaten beschränkt.



Das Versprechen von Sommer, Sonne und ein wenig Dolce Vita lockte ab den 1950er-Jahren die Deutschen nach **Südeuropa**.

Das Recht auf Urlaub

Als der Zentralverband der Brauereiarbeiter im Jahr 1903 die erste tarifliche Urlaubsregelung durchsetzen konnte, beinhaltete sie drei Tage bezahlten Erholungsurlaub pro Jahr. In den 1950er-Jahren bemühten sich die Gewerkschaften um eine deutliche Ausweitung des Rechts auf Urlaub. 1963 trat nach langen Diskussionen das erste einheitliche Bundesurlaubsgesetz in Kraft, das zunächst 18 Tage, seit 1994 20 Werktage Mindest urlaub vorschrieb. In der Verfassung der DDR war das allgemeine Recht auf Urlaub bereits von Anfang an verankert. Das Erholungswesen im eigenen Land wurde „planmäßig“ – und mit einem dichten Netz von subventionierten „Ferienheimen“ – betrieben.

Bella Italia & Co.

Die Wirtschaftswunderjahre machten auch das Ausland für westdeutsche Urlauber attraktiv – und erreichbar: Im Jahr 1953 reisten bereits 11 Mio. Deutsche ins Ausland, 1955 waren es schon 28 Mio. Unter den ausländischen Reisezielen rangierte Österreich auf Platz 1. Das absolute Sehnsuchts-Reiseland der Deutschen war jedoch Italien. Schon 1955 verzeichnete die italienische Fremdenverkehrsstatistik mehr als 2 Mio. deutsche Urlauber, einen Wert, der in den Folgejahren noch drastisch steigen sollte. Der Bau der Brenner-Autobahn (1959 begonnen, 1963 Eröffnung des ersten Bauabschnitts) und die Errichtung preiswerter Unterbringungsmöglichkeiten gaben der Reisewelle Richtung Süden dabei deutlich Auftrieb. Dank der wachsenden preislichen Attraktivität von Flugreisen rückten dann neue Reiseziele in den Fokus – allen voran Mallorca. Bereits 1956 startete das erste deutsche Flugzeug dorthin – mit 30 Touristen an Bord. 1975 reisten 7 Mio., 1995 gar 13 Mio. Deutsche auf die spanische Urlaubsinsel.

Top Ten beliebtester Reiseziele der Deutschen

Rang	Reiseziel	Prozent
1.	Ostsee	8,4

2.	Spanien	8,3
3.	Italien	7,8
4.	Österreich	7,6
5.	Bayern	7,4
6.	andere Regionen in Deutschland	6,8
7.	Türkei	6,6
8.	Nordsee	6,6
9.	Berlin	4,2
10.	Frankreich	3,6

Stand: 2014; Quelle: Statista

Seit den 1990er-Jahren zeichneten sich im Urlaubsverhalten der Deutschen zwei divergierende Trends ab: Der Markt für Fernreisen expandierte – die USA, die Malediven, Thailand und die Vereinigten Arabischen Emirate waren u. a. Nutznießer dieser Entwicklung. Von den Forderungen nach umwelt- und sozialverträglichen Formen des Reisens profitierte wiederum Deutschland als Reiseland. 2004 unternahmen Deutsche 274 Mio. Reisen, von denen 73 % ins Inland führten. 2010 hatten von rund 308 Mio. Reisen 77 % innerdeutsche Ziele. Von den 380,3 Mio. Übernachtungen in Deutschland im Jahr 2010 entfielen immerhin 320 Mio. auf deutsche Reisende.

Wander- und Radwege

Die wachsende touristische Attraktivität deutscher Landschaften im frühen 21. Jh. ist einem neuen Naturbewusstsein, der Popularität von „Walking“ als Gesundheitssport für jedermann, einer steigenden Tendenz zu Kurzurlauben (Städtetrips) und nicht zuletzt neuen Marketingstrategien in der Tourismusindustrie zu verdanken. Davon zeugen (Stand 2012) z. B. mehr als 190 000 km ausgewiesene Wanderwege, viele davon mit besonderer Attraktivität (Rheinsteig,

Eifelsteig, Jakobsweg), und mehr als 40 000 km Radwegenetz – Tendenz steigend. Nach einer u. a. vom Deutschen Wanderverband herausgegebenen Studie legen die Deutschen inzwischen jährlich mehr als 5,6 Mrd. km wandernd zurück.



Viel mehr braucht man nicht für einen **Strandurlaub** ...

Hospitality Club & Co.

Zu Beginn des 21. Jh. entstanden im Internet Portale, über die Menschen auf der ganzen Welt in Kontakt zueinander treten können, wenn sie irgendwo privat eine (kostenlose) Übernachtungsmöglichkeit suchen. Im Jahr 2000 gründete Veit Kühne (*1978) in Radebeul bei Dresden den „Hospitality Club“, dem nach Angaben des Portals inzwischen (Stand: 2014) knapp 330 000 Mitglieder in 207 Ländern weltweit angehören. Ebenso erfolgreich ist das amerikanische Pendant „Couchsurfing“. Beide Portale werden v. a. von jungen Leuten genutzt, die nach preiswerten alternativen Reisemöglichkeiten suchen.

Medien

Information und Unterhaltung

Mit wachsendem Wohlstand entdeckten die Deutschen ihre Reiselust. Seit den 1960er-Jahren entwickelte sich im Westen der Tourismusmarkt zu einem rasch aufblühenden Wirtschaftszweig, die Menschen im Osten waren auf Reiseziele im Inland und in sozialistischen Staaten beschränkt.



In einem Geschäft in der Schönhauser Allee in Berlin (Ost) werden **Radio- und Fernsehgeräte** angeboten (aufgenommen 1962). Der Verkäufer führt einem Kunden gerade ein Radio vor.

Auf dem Weg in die moderne Medienlandschaft

Die Grundlagen für die deutsche Medienlandschaft des späten 20. Jh. wurden in den 1950er-Jahren geschaffen. Zeitungen, Hörfunk, später auch das Fernsehen sorgten in Westdeutschland für ein dynamisch wachsendes Spektrum an Meinungsbildungs- und Unterhaltungsangeboten. In der DDR waren die Medien Instrumente der Staatsmacht. Zwischen dem, was die DDR-Bürger an Wirklichkeit erlebten, und dem, was ihnen die Medien dazu präsentierten, bestand vielfach ein massiver Widerspruch. In technischer Hinsicht entwickelte sich die Medienlandschaft etwa im Gleichschritt. Meilensteine der Entwicklung waren:

- 1948 die Gründung des Nordwestdeutschen Rundfunks (NWDR)
- 1949 der Arbeitsbeginn der Deutschen Presseagentur (dpa); der Beginn des täglichen Sendebetriebs des „Deutschen Rundfunks“ in der DDR
- 1950 die erste Ausgabe der BILD-Zeitung
- 1952 der offizielle Beginn des NWDR-Fernsehprogramms; die erste Sendung der „Tagesschau“; die Einführung der Fernsehgebühren (5 Mark monatlich)
- 1963 der Sendebeginn des ZDF
- 1984 der Start der ersten Privatfernsehsender (Sat.1 und RTL)

Hörfunk

1949 wurden in Westdeutschland 7,28 Mio. Rundfunkteilnehmer gezählt, schon 1960 verfügten mehr als 80 % der Haushalte über ein Radiogerät. Lag die Zahl der deutschen Sender 1987 noch bei 44, betrug sie 2014 230. Die größte Steigerungsquote entfiel dabei auf die privaten Radiosender – von 8 im Jahr 1987 auf 230 (2014). Trotz konkurrierender Angebote durch andere Medien ist die Hörfunkaffinität der Deutschen ungebrochen: Die tägliche Radiohördauer lag (Quelle: Statista) 2014 bei durchschnittlich drei Stunden (181 Minuten).

Kino

Die Blütezeit des Kinos währte im Westen wie im Osten Deutschlands bis in die späten 1950er-Jahre und bis zum Siegeszug des Fernsehens in den deutschen Haushalten. In der Bundesrepublik wurden für das Jahr 1956 statistisch 18,3 Kinobesuche je Bürger und Jahr ermittelt. In der DDR 1957 18 Kinobesuche und damit Werte, die weder im Westen noch im Osten jemals wieder erreicht wurden. Nach dramatischen Einbrüchen in den 1960er- und 1970er-Jahren erholte sich das Kino, blieb jedoch auf niedrigem Niveau. Bei einer Allensbach-Umfrage 2013 entfielen auf jeden Bürger im Jahresschnitt 1,61 Kinobesuche.

Fernsehen und Fernsehkonsum

Anfang der 1960er-Jahre war ein Fernsehgerät noch Luxus. 1955 hatten lediglich 80 000 Westdeutsche ein Gerät angemeldet. 1960 war ein Viertel aller Haushalte mit Fernsehen versorgt, 1975 waren es dann schon 93 %. 2013 verfügten 95,1 % aller Haushalte über Fernsehen, fast 10 Mio. Deutsche hatten drei oder mehr Fernseher in ihrem Haushalt.
Das zunächst wesentlich als Bildungsmedium definierte Fernsehen begann mit einem drei Stunden umfassenden Tagesprogramm. Ende der 1950er-Jahre waren es schon fünf Stunden täglich. Anfang der 1990er-Jahre war eine Rund-umdie-Uhr-Versorgung mit Programmangeboten auf den öffentlich-rechtlichen bzw. privaten Fernsehkanälen erreicht. Seit Einführung des Mediums hat sich der tägliche Fernsehkonsum der Deutschen sukzessive erhöht: 2013 lag er bei durchschnittlich 221 Minuten (3,68 Stunden) pro Tag.

Top Ten der erfolgreichsten Filme im deutschen Kino

Rang	Filmtitel	Jahr	Besucher
1.	Das Dschungelbuch	1968	27393531
2.	Titanic	1998	18809599
3.	Spiel mir das Lied vom Tod	1969	13000000
4.	Harry Potter und der Stein der Weisen	2001	12565007

5.	Vier Fäuste für ein Halleluja	1972	12267000
6.	Der Herr der Ringe: Die Gefährten	2001	11 930 785
7.	Der König der Löwen	1994	11 888 184
8.	Der Schuh des Manitu	2001	11 721 183
9.	Avatar – Aufbruch nach Pandora	2009	11 303 523
10.	Aristocats	1971	11294126

nach Besucherzahlen, Stand: 2014

„Es wird immer ein Rätsel bleiben, wie jemand das Fernsehen erfinden konnte, obwohl es doch damals gar kein Programm gab.“

Robert Lembke

Das Halstuch

Als im Januar 1962 in sechs Teilen der von Wilhelm Semmelroth produzierte Film „Das Halstuch“ nach einem Buch des britischen Autors Francis Durbridge ausgestrahlt wurde, legte er das gesellschaftliche Leben in der Bundesrepublik lahm. Die Einschaltquote lag bei 89 %. Und wer noch keinen Fernseher hatte, traf sich bei Nachbarn, Freunden oder in einer Kneipe mit Fernseher, um bei der Suche nach dem Halstuchmörder mitzufiebern.

Kommunikation

Telegramm, Telefon, Twitter

Das Kommunikationsverhalten hat sich in den Jahrzehnten seit der Gründung der Deutschen Bundespost 1950 radikal verändert. Mit dem Siegeszug von Internet und Mobilfunk lösten neue Kommunikationsmöglichkeiten die Telegramm- und Briefpost weitgehend ab.

Telegramm

Telegramme waren vor und nach dem Zweiten Weltkrieg die schnellste Möglichkeit, eine wichtige Nachricht zu versenden. 1978 wurden laut Angaben der Deutschen Bundespost 13 Mio. Telegramme aus Deutschland in die Welt verschickt, mehr als jemals zuvor. Seitdem waren die Zahlen kontinuierlich rückläufig. Ende 2000 stellte die Deutsche Telekom die Beförderung von Telegrammen ins Ausland mangels Nachfrage ein. Im Inland blieb der Telegrammdienst erhalten.

Brief- und Paketpost zwischen Ost- und Westdeutschland

Seit 1950 verfügte die DDR über eine dem Ministerium für Staatssicherheit unterstellte Abteilung, die für die systematische Kontrolle von Post mit Absender oder Ziel im westlichen Ausland zuständig war. Diese Abteilung

hatte Ende der 1980er-Jahre knapp 2200 Mitarbeiter, die täglich im Durchschnitt 90 000 Briefsendungen überprüften. Kontrolliert wurden auch Pakete, für die es seit den 1950er-Jahren klare Vorgaben gab: So durfte ein Westpaket für Freunde oder Verwandte im Osten maximal 250 g Kaffee und Kakao und nicht mehr als 50 g Tabak enthalten. Ein Ostpaket durfte Ware im Wert von höchstens 30 DDR-Mark beinhalten. Seit den frühen 1960er-Jahren wurden jährlich rund 50 Mio. Pakete in die DDR und rund 21 Mio. aus der DDR in den Westen geschickt.

Brief

Infolge der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung verdoppelte sich das jährliche Briefaufkommen in Westdeutschland zwischen 1950 und 1960 von 4 auf 8 Mrd. Bis 2007 war ein relativ konstanter Zuwachs feststellbar, der aber auch auf einer Zunahme von Werbesendungen basierte. Seitdem sind die Zahlen der Briefbeförderung rückläufig. Überdurchschnittlich betroffen sind die Briefe von Privat an Privat: 2000 lag ihr Anteil am Gesamtaufkommen noch bei 10, 2014 nur noch bei 4 %.

Postleitzahl

Ohne Postleitzahl kein Briefversand: Was heute selbstverständlich ist, geht auf eine Entwicklung im Zweiten Weltkrieg zurück. Seit 1944 galten für Briefsendungen zweistellige Postgebietszahlen. 1962 wurden sie für die Bundesrepublik, 1965 für die DDR auf ein neues Zahlensystem umgestellt. Für das wiedervereinigte Deutschland wurde 1993 ein neues fünfstelliges Leitsystem eingeführt.

Telefon

„Fernsprecher“ waren in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg für die meisten Privathaushalte noch ein Luxus. Anfang der 1960er-Jahre verfügten gerade einmal 14 % der Haushalte über ein Telefon. Ende der 1990er-Jahre war eine nahezu hundertprozentige Ausstattung erreicht. Dann setzte eine gegenläufige Entwicklung ein, die zur Abschaffung von Festnetzanschlüssen zugunsten von Mobiltelefonen führte: Besaßen 1998

96,8 % der Haushalte ein Festnetztelefon, waren es 2013 nur noch 90,5 %. Umgekehrt stieg der Anteil der mit Mobiltelefon ausgestatteten Haushalte von 11,2 % (1998) auf 92,7 % 2013.

Die Geschichte des Mobiltelefons in Deutschland reicht bis in das Jahr 1952 zurück, als in Bremen das erste Taxi mit einem Autotelefon ausgestattet wurde. Aber erst mit der Einführung des sogenannten D-Netzes 1992 und mit den ersten im Handel erhältlichen GSM-Handys traten die Mobiltele fone in Deutschland ihren Siegeszug an. Gab es 1993 gerade mal 1,77 Mio. Mobilfunkanschlüsse, waren es 2013 bereits 115,23 Mio. Seit Beginn des 21. Jh. stieg innerhalb der Mobilfunknutzer die Zahl der Smartphone-Besitzer von 6,31 Mio. (2009) auf 40,4 Mio. (Februar 2014).

→ GSM steht für „Global System for Mobile Communications", war der erste Standard für volldigitale Mobilfunknetze und ist heute der weltweit wichtigste Mobilfunkstandard. Er ermöglicht es u. a., Kurznachrichten (SMS) zu senden.

Soziale Netzwerke

Die Nutzung sozialer Netzwerke zu Zwecken der Kommunikation ist eine Entwicklung des frühen 21. Jh. 2008 waren 8,6 Mio. Deutsche in sozialen Netzwerken aktiv und lagen damit im europäischen Vergleich auf Platz 3. 2009 stieg „Facebook" zum größten sozialen Netzwerk in Deutschland auf und konnte seitdem seinen Vorsprung kontinuierlich ausbauen: Für September 2013 wurde die Zahl der deutschen Nutzer auf 33,36 Mio. beziffert. Weit abgeschlagen lag dahinter das Netzwerk XING mit 5,34 Mio. Der 2006 gegründete Dienstleister „Twitter", bei dem Kurznachrichten im Telegrammstil verfasst werden können, lag (Quelle: Statista) im September 2013 bei 3,6 Mio. Nutzern. Mit einem Anteil von nur 6 % aller Internetnutzer (2013) schnitt Deutschland im internationalen Twitter-Vergleich eher schwach ab.



Das **Smartphone** mit seinen vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten ist aus den meisten deutschen Haushalten nicht mehr wegzudenken.

Sport

Vom Amateur- zum Profisport

Von Beginn an kam dem Sport in der deutschen Nachkriegsgesellschaft große gesellschaftspolitische Bedeutung zu. Der Spitzensport erlebte in vielen Sportarten eine Kommerzialisierung, die zu immer höheren Anforderungen an die Sportler und schließlich zum Profisport führte.

Kommerzialisierung

Gegen eine Kommerzialisierung des Sports waren die Widerstände im Nachkriegsdeutschland zunächst sehr hoch. Sport wurde dabei als „Gegenwelt" zur Arbeits- und Wirtschaftswelt idealisiert. Mittelfristig ließ sich jedoch das Streben nach Höchstleistungen, die im internationalen Vergleich bestehen konnten, auf Amateurbasis nicht gewährleisten. Seit den 1970er-Jahren wurde der Sport in Westdeutschland zunehmend ökonomi siert. Vorreiter waren Sportarten wie Fußball, Boxen, Radfahren und Tennis. In den olympischen Disziplinen setzte die Kommerzialisierung erst in den 1980er-Jahren ein. Allein in das Sportsponsoring wurden z. B. im Jahr 2010 2,5 Mrd. € investiert. In auf den Sport bezogene Waren und Dienstleistungen investierten die Deutschen (2014) 89,1 Mrd. €.

SCHLAGZEILE

Eintracht Braunschweig mit Trikotwerbung

Am 24.3.1973 erlebt der Sport eine Revolution: Als erste Mannschaft überhaupt liefen die Spieler von Eintracht Braunschweig zum Spiel der Fußballbundesliga gegen Schalke 04 mit Werbung auf der Brust auf – für einen Kräuterlikör. Der Likörfabrikant und nun auch Erfinder der Trikotwerbung, Günter Mast (1926–2011), zahlte dafür rund 100 000 DM, heute erlösen die Vereine der Bundesliga jährlich etwa 130 Mio €. mit der Trikotwerbung.

Sport in der DDR

In der DDR kam der systematischen Sportförderung extrem hohe Bedeutung zu. Sportliche Spitzenleistungen erhöhten die internationale Reputation der DDR und stärkten das Selbstbewusstsein der Menschen im Land. Insgesamt gingen bei internationalen Wettkämpfen 755 Olympiamedaillen, 768 Weltmeisterund 747 Europameistertitel an Sportlerinnen und Sportler aus der DDR.

Top Ten der beliebtesten Sportarten

Rang	Sportart	Prozent
1.	Fußball	34,6
2.	Boxen	16,0
3.	Automobilrennsport	15,2
4.	Skispringen	12,8
5.	Leichtathletik	12,6
6.	Tanzen	12,5
7.	Biathlon	12,1
8.	Ski alpin	10,5
9.	Schwimmen	10,3
10.	Handball	10

nach Interesse der Bevölkerung; Quelle: Statista 2014



Für die nationale Identität sind Erfolge im Spitzensport von großer Bedeutung. Das gilt besonders für Erfolge bei **Fußball-Weltmeisterschaften** wie zuletzt dem Titelgewinn 2014.

Gemeinsam für Olympia

Zu den Kuriositäten der deutschen Sportgeschichte gehört die Tatsache, dass die Spitzenverbände des Sports in West- und Ostdeutschland zwar mit getrennten Mannschaften bei Welt- und Europameisterschaften vertreten waren, in den Jahren 1956, 1960 und 1964 aber mit einer gemeinsamen Olympiamannschaft antraten. Bei den Olympischen Winterspielen 1968 in Grenoble traten Bundesrepublik und DDR mit getrennten Mannschaften an, aber noch unter einer Flagge und mit einer Hymne. Bei den Olympischen Spielen 1972 waren die beiden deutschen Olympiamannschaften erstmals mit eigenen Flaggen, Hymnen und Emblemen vertreten.

Fußball

Im deutschen Fußball waren die Grundlagen für die Professionalisierung bereits in den 1930er-Jahren geschaffen worden, wurden dann allerdings

durch den Nationalsozialismus auf Eis gelegt.

Singen – oder nicht singen?

Vor Länderspielen sowie bei Siegerehrungen großer internationaler Sportwettbewerbe werden traditionell die Nationalhymnen der Gegner bzw. der Sieger gespielt. Viele Sportler singen den Text mit, andere genießen stumm. Wer – auch vor dem Fernseher - mitsingt, sollte unbedingt die richtige dritte Strophe des „Deutschlandlieds" erwischen, das Hoffmann von Fallersleben (1798–1874) im Jahr 1841 verfasste und das zur Melodie „Gott erhalte Franz, den Kaiser" von Joseph Haydn gesungen wird: Einigkeit und Recht und Freiheit/für das deutsche Vaterland!/Danach lasst uns alle streben/brüderlich mit Herz und Hand!/Einigkeit und Recht und Freiheit/sind des Glückes Unterpfand:/Blüh im Glanze dieses Glückes/blühe, deutsches Vaterland!



Das „Wunder von Bern"

1949 wurden die ersten Vertragsspieler, 1963 mit Gründung der Bundesliga die ersten Lizenzspieler unter Vertrag genommen. 1972 gab der DFB die Zahlungen an Spieler im Profibereich komplett frei. Zu Beginn des 21. Jh. lagen die monatlichen Gehälter der Profifußballer in der 1. Bundesliga zwischen 20 000 und 25 000 € monatlich, in der 2. Liga durchschnittlich bei 7000 bis 15 000 €. Für eine Handvoll Spitzenspieler wurden Jahresgehälter jeweils zwischen 5 und 10 Mio. € gezahlt.

1954 wurde erstmals im deutschen Fernsehen eine Fußballweltmeisterschaft übertragen. Die Mannschaft der Bundesrepublik Deutschland bestritt am 4.7. in Bern das Endspiel gegen die als unbesiegbar geltenden Ungarn und holte mit einem 3:2-Sieg den Weltmeistertitel. Das von Millionen Menschen am Radio und vor den Fernsehern verfolgte Ereignis löste in der Heimat einen wahren Glückstaumel aus. Vielen Historikern gilt dieses Ereignis als Meilenstein der Bildung des Selbstbewusstseins der jungen Bundesrepublik und damit als ein zentrales Ereignis der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Boxen

Der Boxsport genießt in Deutschland eine große Faszination. Das gilt weniger für Boxen als aktiven Sport als vielmehr für den Zuschauersport Boxen. Frühe Heroen waren in den 1930er-Jahren der Schwergewichtsboxer Max Schmeling (1905-2005) sowie Gustav „Bubi" Scholz (1930-2000) in den 1950er- und 1960er-Jahren. „Gentleman"-Boxer Henry Maske (*1964) und Axel Schulz (*1968) gelten als Säulen des „Boxbooms" der 1990er-Jahre, der auch das Frauenboxen mit der Protagonistin Regina Halmich (*1976) beförderte. An diesem Boxboom haben regelmäßige Übertragungen im Privatfernsehen und die damit verbundene „Eventisierung" des Sports maßgeblichen Anteil.

Wintersport

Alljährlich um die Jahreswende ist die Vierschanzentournee der Skispringer ein großes Fernsehereignis des Wintersports. Auch die Weltcup-Wettbewerbe und Weltmeisterschaften der Ski-, Bobund Rodelsportler sowie der Eisschnellund Eiskunstläufer werden regelmäßig übertragen. Biathlon – die Kombination aus Skilanglauf und Schießen – gehört heute zu den beliebtesten Wintersportarten.

Zu den herausragenden deutschen Wintersportlern zählen Maria Höfl-Riesch (*1984) im alpinen Skisport, die Eiskunstläuferin Kati Witt (*1965), die Eisschnellläuferin Claudia Pechstein (*1972), der Skispringer Jens

Weißflog (*1964), der Bobsportler André Lange (*1973), die Rodler Georg Hackl (*1966) und Sylke Otto (*1969) sowie die Biathleten Ricco Groß (*1970), Sven Fischer (*1971) und Kati Wilhelm (*1976).

Breiten- und Freizeitsport

Im Westen wie im Osten gewann die körperliche Aktivität mit den Jahrzehnten immer mehr an Bedeutung. Ursachen waren einerseits die wachsende Einsicht in den Zusammenhang zwischen Bewegung und Gesundheit, aber auch die Suche nach Talenten für den Spitzensport.

Breitensport im Westen

Ab etwa 1970 setzte bei den im Deutschen Sportbund zusammengeschlossenen Vereinen ein rapides Mitgliederwachstum ein: Die Zahlen stiegen von 10,1 Mio. (1970) über 16,9 Mio. (1980), 23,7 Mio. (1990) auf 28 Mio. (2013) an. Dabei wurden ab etwa 1990 überdurchschnittliche Zuwächse vor allem bei Frauen und Senioren festgestellt.

Sport für Jedermann

Unabhängig von den sportlichen Aktivitäten innerhalb der einzelnen Sportvereine stellte die 1970 gestartete „Trimm-dich-Aktion" eine Kampagne dar, die sich öffentlichkeitswirksam an alle Deutschen richtete und für das persönliche Sport treiben jedes Einzelnen in seiner Freizeit warb. Bereits Ende 1971 lag der Bekanntheitsgrad der Aktion bei 88 %.

Top Ten der mitgliederstärksten Sportverbände

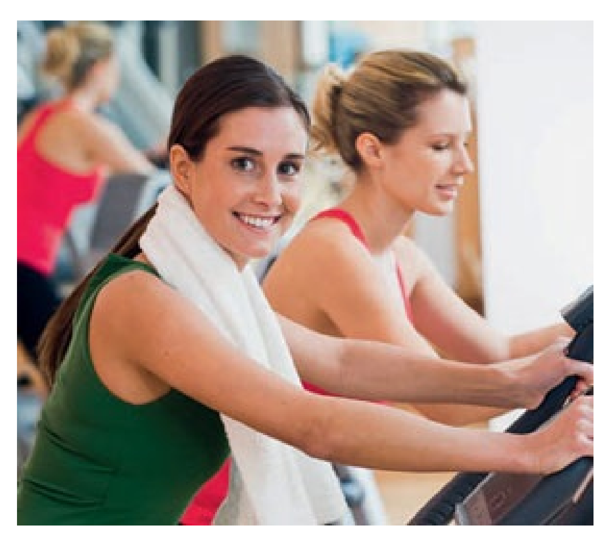
Rang	Verband	Mitglieder
1.	Deutscher Fußball-Bund	6822233
2.	Deutscher Turner-Bund	5008966
3.	Deutscher Tennis Bund	1472197

4.	Deutscher Schützenbund	1372418
5.	Deutscher Alpenverein	965615
6.	Deutscher Leichtathletik-Verband	853076
7.	Deutscher Handball-Bund	803373
8.	Deutscher Angelfischerverband	787431
9.	Deutsche Reiterliche Vereinigung	708890
10.	Deutscher Behindertensportverband	650986

Stand: 2013



Walking ist eine der neuen Trendsportarten.



Fitnessstudios bieten Gelegenheit zum Kraft- und Ausdauertraining an Geräten sowie u. a. Gymnastik- und Rehabilitationskurse. Im Gegensatz zu Sportvereinen sind sie kommerziell ausgerichtet.

Fitness, Wellness, aber auch Geselligkeit wurden in den Folgejahrzehnten zu Kernbegriffen für sportliche Betätigung. Neue oder neu definierte Sportarten wie Jogging, Aerobic, Nordic Walking und Inline Skating erlangten große Popularität.

Sport im Fitnessstudio

In den 1980er-Jahren setzte der Boom der Fitnessstudios ein. Anfänglich noch unter einem eher negativen Image leidend, konnten sich bald selbst in kleinen Städten professionell betriebene Fitnesseinrichtungen durchsetzen. Ende 2011 verzeichnete die Branche einen Bestand von 7,6 Mio. Mitgliedern. Die Zahl der Fitnessstudios lag 2013 bei 7500.

Extremsportarten

Ende des 20. Jh. zeichnete sich im Freizeitsport ein neuer Trend ab: Es ging um sportliche Aktivitäten, die den Einzelnen physisch und psychisch an die Grenzen der Belastbarkeit bringen. Den Anfang machten die in vielen Städten angebotenen Marathonläufe. Lag deren Zahl 2003 bereits bei 111, stieg sie bis 2012 auf 190. Die Zahl der Teilnehmer, die erfolgreich ins Ziel kamen, erreichte 2005 mit 150 515 einen Rekord. In der Folge verlagerte sich der Trendsport hin zu besonders ausgefallenen

und besonders extremen Sportarten, die außergewöhnliche Abenteuer und hohe Risiken implizieren, vom Apnoetauchen über das Free-Climbing bis zum Klippenspringen.

Männer versus Frauen

Sport galt auch in den Nachkriegsjahren noch lange als Männerdomäne. Zum Ende des Jahrhunderts entdeckten jedoch immer mehr Frauen den Sport als Freizeitaktivität: Waren es 1992 noch nur 33,9 % aller Frauen, die angaben, wöchentlich Sport zu treiben, stieg deren Zahl bis 2014 auf 46 %. 2001 hatte eine Studie nach den Gründen gefragt, weshalb Männer bzw. Frauen Sport treiben. Die meistgegebene Antwort der Männer lautete: Weil es Spaß macht; die der Frauen: wegen der Figur.

Breitensport im Osten

Sport spielte im Alltagsleben der Ostdeutschen eine große Rolle: „Jedermann an jedem Ort – einmal in der Woche Sport!“ lautete eine von Walter Ulbricht 1959 ausgegebene Parole. Systematische Sportförderung in Kindergärten, an Schulen und Universitäten zählte ebenso zum staatlichen Förderprogramm wie kostenlose Mitgliedschaften z. B. in Betriebssportvereinen oder eine Vielzahl organisierter Großwettkämpfe. Dabei lag das Augenmerk v. a. auf der Suche nach sportlichem Nachwuchs für den Leistungssport. Dass Doping, auch von Kindern und Jugendlichen, dabei eine erhebliche Rolle spielte, wurde erst nach dem Ende des DDR-Regimes manifest.

Register

A

B

C

D

E

F

G

H

I

J

K

L

M

N

O

P

Q/R

S

T

U

V

W

X/Y/Z

Bildquellenverzeichnis

BASF, Ludwigshafen am Rhein 261
Bibliographisches Institut, Berlin Henning Ristau 53, Alexander Burkatovski 56 und 77, Bildarchiv Paturi 235 l. und 270
Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg 163
CORBIS/Royalty-Free: 90, 91
Deutsches Zweirad- und NSU-Museum, Neckarsulm 255
Directmedia Publishing, Berlin 292 und 299
Fotolia.com © auremar 134, © XJ6652 145, © Christian Schwier 173
Heinrich-Heine-Institut, Düsseldorf 317
IBM Deutschland, Sindelfingen 247
Kessler-Medien, Saarbrücken 13
MEV Verlag, Augsburg 149 l. und r., 154, 161, 164, 269, 349, 357, 362, 365, 367, 376
mgo/in-effigie.de 278
Naturpix, B. Mühr und G. Müller, Karlsruhe 29
Otto-von-Guerike-Gesellschaft e.V., Magdeburg 245
Photo Digital, München 7 r., 20, 26, 32, 35, 282, 314
picture-alliance, Frankfurt a. M. blickwinkel/A. Hartl 7 l., DuMont Bildarchiv/Sabine Lubenow 7 M. l., Mary Evans Picture Library 7 M. r., blickwinkel/A. Hartl 10, DuMont Bildarchiv/Sabine Lubenow 14, blickwinkel/R. Bala 17, blickwinkel/McPHOTO 18, ZB 22, Mary Evans Picture Library 25, dpa 27, blickwinkel/F. Sommariva 31, Süddeutsche Zeitung Photo 36, dpa 38, blickwinkel/McPHOTO 41, dpa 42, ZB 44, dpa 46 und 47 l., Bianchetti/Leemage 47 M. l., AP Images 47 r., dpa 51, Robert Harding 54, pa 58, Heritage Images 60, Bianchetti/Leemage 62, Artcolor 63, Heritage Images 65, ZB 66, Judaica-Sammlung Richter 68, akg-images 71 und 72, ZB 80, akg-images 84 und 88, dpa US Army 92, dpa 95, akg-images/Erich Lessing 97, AP Images 99, dpa 101–104, ZB 107, R. Goldmann 109 M. l., dpa 109 M. r., 109 r. und 115, R. Goldmann 121, ZB 122, dpa 124, Klaus Ohlen-schläger 126, chromorange 129, dpa 130 und 133, AP Photo 138, dpa 141, 143, 147, 149 M. l. und M. r., 153 und 156, blickwin- kel/McPHOTOs 159, ZB 165, dpa 167–171 und 175, Süddeutsche Zeitung Photo 177, dpa 180 und 183, akg-images/Hilbich 185 l., ZB 185 M. l. und M. r., Westend61 185 r., akg-images/Hilbich 188, ZB 191 und 192, akg-images 195, dpa 197–202, West- end61 205, dpa 207 und 209, ZB 213–216, dpa 221, Westend61 222, dpa 224, Westend61 227–229, dpa 231 und 232, akg-images
235 M. l., dpa 235 M. r. und r., akg-images 239 und 240, ZB 246, akg-images 251, dpa 252 und 257, akg-images 258, dpa 262, akg-images 265, dpa 267, ZB 273, Arco Images 275 l., ZB 275 r., Arco Images 281 und 285, Westend61 286, Roman von Götz/ www.bildarchiv 291, dpa 301, 306 und 311, Daniel Kalker 313, akg-images 320, dpa 325, maxppp/Leemage 329, Eibner-Pressefoto 330, akg-

images 332 und 338, ZB 341, Westend61 342, Keystone 343, dpa 345 l., Westend61 345 M. l., Cultura/Image Source 345 M. r., GES-Sportfoto 345 r., dpa 350, akg-images 352, Westend61 353, dpa 355 und 358, SCHROEWIG/Thomas Lehmann 361, dpa 363 und 366, ZB 368, Cultura/Image Source 371, GES-Sportfoto 373, AP Photo 374, Westend61 375 Presse- und Informationsamt des Landes Berlin/Landesbildstelle, Berlin 105 Tourist Information Zwickau 304
F. Überall, Köln 109 l., 113, 119, 137 wikipedia 327
Wilhelm-Hack-Museum, Ludwigshafen 294

Weitere grafische Darstellungen, Karten und Zeichnungen Bibliographisches Institut, Berlin

Reproduktionsgenehmigungen für Abbildungen künstlerischer Werke von Mitgliedern und Wahrnehmungsberechtigten wurden erteilt durch die Verwertungsgesellschaft Bild-Kunst, Bonn 2015: 294 und 297